

1972	Ausgegeben zu Bonn am 11. Oktober 1972	Nr. 62
Tag 2. 10. 72	Inhalt Gesetz zu dem Vertrag und dem Beschluß vom 22. Januar 1972 über den Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands, des Königreichs Norwegen und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, zur Europäischen Atomgemeinschaft und zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl	Seite 1125

Gesetz
zu dem Vertrag und dem Beschluß vom 22. Januar 1972
über den Beitritt
des Königreichs Dänemark, Irlands, des Königreichs Norwegen
und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland
zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,
zur Europäischen Atomgemeinschaft
und zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl

Vom 2. Oktober 1972

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Es wird zugestimmt

- dem in Brüssel am 22. Januar 1972 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Vertrag über den Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands, des Königreichs Norwegen und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur Europäischen Atomgemeinschaft
- dem Beschluß des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 22. Januar 1972 über den Beitritt der genannten Staaten zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
- der Schlußakte.

Der Vertrag, der Beschluß und die Schlußakte werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 2 Abs. 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt und der Beschluß nach seinem Artikel 2 Abs. 2 wirksam wird, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 2. Oktober 1972

Der Bundespräsident
Heinemann

Der Bundeskanzler
Brandt

Der Bundesminister des Auswärtigen
Scheel

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Finanzen
Schmidt

Der Bundesminister
für Bildung und Wissenschaft
Dohnanyi

Der Bundesminister der Justiz
Gerhard Jahn

Für den Bundesminister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
Der Bundesminister
für Wirtschaft und Finanzen
Schmidt

Vertragswerk
über den Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands,
des Königreichs Norwegen
und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland
zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,
zur Europäischen Atomgemeinschaft
und zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl

Inhaltsverzeichnis
(nicht Bestandteil des Vertragswerkes)

	Seite		Seite
Vertrag über den Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur Europäischen Atomgemeinschaft	1130	Kapitel 3: Bestimmungen über Fischerei-erzeugnisse	
Beschluß des Rates der Europäischen Gemeinschaften über den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl	1140	Abschnitt 1 — Gemeinsame Marktorganisation	
Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge	1144	Abschnitt 2 — Regelung der Fischereirechte	
Erster Teil — Grundsätze	1144	Kapitel 4: Sonstige Bestimmungen	
Zweiter Teil — Anpassungen der Verträge	1148	Abschnitt 1 — Veterinärrechtliche Maßnahmen	
Titel I Vorschriften über die Organe	1148	Abschnitt 2 — Sonstige Maßnahmen	
Kapitel 1: Die Versammlung		Titel III Auswärtige Beziehungen	1210
Kapitel 2: Der Rat		Kapitel 1: Abkommen der Gemeinschaften mit bestimmten dritten Ländern	
Kapitel 3: Die Kommission		Kapitel 2: Beziehungen zu den assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar und zu bestimmten Entwicklungsländern des Commonwealth	
Kapitel 4: Der Gerichtshof		Kapitel 3: Beziehungen zu Papua — Neuguinea	
Kapitel 5: Der Wirtschafts- und Sozialausschuß		Titel IV Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete	1216
Kapitel 6: Der Beratende Ausschuß der EGKS		Titel V Kapitalverkehr	1218
Kapitel 7: Der Ausschuß für Wissenschaft und Technik		Titel VI Finanzvorschriften	1224
Titel II Sonstige Anpassungen	1156	Titel VII Sonstige Bestimmungen	1226
Dritter Teil — Anpassungen der Rechtsakte der Organe	1160	Fünfter Teil — Bestimmungen über die Durchführung dieser Akte	1230
Vierter Teil — Übergangsmaßnahmen	1162	Titel I Einsetzung der Organe	1230
Titel I Freier Warenverkehr	1162	Titel II Anwendbarkeit der Rechtsakte der Organe	1234
Kapitel 1: Zollbestimmungen		Titel III Schlußbestimmungen	1236
Kapitel 2: Beseitigung der mengenmäßigen Beschränkungen		Anhänge	
Kapitel 3: Sonstige Bestimmungen		Anhang I	
Titel II Landwirtschaft	1176	Liste zu Artikel 29 der Beitrittsakte	1241
Kapitel 1: Allgemeine Bestimmungen		Anhang II	
Kapitel 2: Bestimmungen über gemeinsame Marktorganisationen		Liste zu Artikel 30 der Beitrittsakte	1296
Abschnitt 1 — Obst und Gemüse		Anhang III	
Abschnitt 2 — Wein		Liste der Erzeugnisse im Sinne der Artikel 32, 36 und 39 der Beitrittsakte (Euratom)	1300
Abschnitt 3 — Olsaaten		Anhang IV	
Abschnitt 4 — Getreide		Liste der Erzeugnisse im Sinne des Artikels 32 der Beitrittsakte (Erzeugnisse des Commonwealth, die im Vereinigten Königreich Gegenstand vertraglicher Präferenzspannen sind) ..	1303
Abschnitt 5 — Schweinefleisch		Anhang V	
Abschnitt 6 — Eier		Liste zu Artikel 107 der Beitrittsakte	1307
Abschnitt 7 — Geflügelfleisch		Anhang VI	
Abschnitt 8 — Reis		Liste der Länder im Sinne des Artikels 109 der Beitrittsakte sowie des Protokolls Nr. 22	1308
Abschnitt 9 — Zucker		Anhang VII	
Abschnitt 10 — Lebende Pflanzen und Waren des Blumenhandels		Liste zu Artikel 133 der Beitrittsakte	1309
Abschnitt 11 — Milch und Milcherzeugnisse		Anhang VIII	
Abschnitt 12 — Rindfleisch		Liste zu Artikel 148 Absatz 1 der Beitrittsakte	1317
Abschnitt 13 — Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse		Anhang IX	
Abschnitt 14 — Flachs		Liste zu Artikel 148 Absatz 2 der Beitrittsakte	1317
Abschnitt 15 — Saatgut		Anhang X	
Abschnitt 16 — Landwirtschaftliche Erzeugnisse, die in Form von nicht unter Anhang II des EWG-Vertrags fallenden Waren ausgeführt werden		Liste zu Artikel 150 der Beitrittsakte	1319
		Anhang XI	
		Liste zu Artikel 152 der Beitrittsakte	1321

	Seite		Seite
Protokolle		Protokoll Nr. 17	
Protokoll Nr. 1		über die Zuckereinfuhr des Vereinigten Königreichs aus den im Commonwealth-Zuckerabkommen genannten Zucker ausführenden Ländern und Gebieten	1362
über die Satzung der Europäischen Investitionsbank	1328		
Protokoll Nr. 2		Protokoll Nr. 18	
betreffend die Färöer	1336	über die Einfuhr von Butter und Käse aus Neuseeland in das Vereinigte Königreich	1364
Protokoll Nr. 3		Protokoll Nr. 19	
betreffend die Kanalinseln und die Insel Man	1338	über alkoholische Getränke auf Getreidebasis	1366
Protokoll Nr. 4		Protokoll Nr. 20	
betreffend Grönland	1342	über die norwegische Landwirtschaft	1368
Protokoll Nr. 5		Protokoll Nr. 21	
betreffend Svalbard (Spitzbergen)	1342	über die Regelung der Fischereirechte für Norwegen	1372
Protokoll Nr. 6		Protokoll Nr. 22	
über bestimmte mengenmäßige Beschränkungen betreffend Irland und Norwegen	1344	über die Beziehungen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar sowie den unabhängigen Entwicklungsländern des Commonwealth in Afrika, im Indischen Ozean, im Pazifischen Ozean und im Karibischen Raum	1372
Protokoll Nr. 7		Protokoll Nr. 23	
über die Einfuhr von Kraftfahrzeugen und die Kraftfahrzeug-Montageindustrie in Irland	1348	über die Anwendung des von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft angewandten Systems allgemeiner Zollpräferenzen durch die neuen Mitgliedstaaten	1376
Protokoll Nr. 8		Protokoll Nr. 24	
über Phosphor der Tarifstelle 28.04 C IV des Gemeinsamen Zolltarifs	1352	über die Beteiligung der neuen Mitgliedstaaten am Vermögen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl	1376
Protokoll Nr. 9		Protokoll Nr. 25	
über Aluminiumoxid und -hydroxid der Tarifstelle 28.20 A des Gemeinsamen Zolltarifs	1352	über den Austausch von Kenntnissen auf dem Gebiet der Kernenergie mit Dänemark	1378
Protokoll Nr. 10		Protokoll Nr. 26	
über Mimosa-Gerbstoffauszüge der Tarifstelle 32.01 A des Gemeinsamen Zolltarifs und Kastanien-Gerbstoffauszüge der Tarifstelle ex 32.01 C des Gemeinsamen Zolltarifs	1354	über den Austausch von Kenntnissen auf dem Gebiet der Kernenergie mit Irland	1380
Protokoll Nr. 11		Protokoll Nr. 27	
über Sperrholz der Tarifstelle ex 44.15 des Gemeinsamen Zolltarifs	1354	über den Austausch von Kenntnissen auf dem Gebiet der Kernenergie mit Norwegen	1382
Protokoll Nr. 12		Protokoll Nr. 28	
über Halbstoffe der Tarifstelle 47.01 A II des Gemeinsamen Zolltarifs	1356	über den Austausch von Kenntnissen auf dem Gebiet der Kernenergie mit dem Vereinigten Königreich	1384
Protokoll Nr. 13		Protokoll Nr. 29	
über Zeitungsdruckpapier der Tarifstelle 48.01 A des Gemeinsamen Zolltarifs	1356	über das Abkommen mit der Internationalen Atomenergieorganisation	1388
Protokoll Nr. 14		Protokoll Nr. 30	
über Rohblei der Tarifstelle 78.01 A des Gemeinsamen Zolltarifs	1356	betreffend Irland	1388
Protokoll Nr. 15		Briefwechsel über Währungsfragen	1390
über Rohzink der Tarifstelle 79.01 A des Gemeinsamen Zolltarifs	1358	Schlussakte	1396
Protokoll Nr. 16			
über die Agrarmärkte und den Agrarhandel	1360		

Vertrag

zwischen

dem Königreich Belgien,
der Bundesrepublik Deutschland,
der Französischen Republik,
der Italienischen Republik,
dem Großherzogtum Luxemburg,
dem Königreich der Niederlande,
Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften,

dem Königreich Dänemark,
Irland,
dem Königreich Norwegen
und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland

über den Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands, des Königreichs Norwegen
und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zur Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft und zur Europäischen Atomgemeinschaft

Treaty

between

the Kingdom of Belgium,
the Federal Republic of Germany,
the French Republic,
the Italian Republic,
the Grand Duchy of Luxembourg,
the Kingdom of the Netherlands,
Member States of the European Communities,

the Kingdom of Denmark,
Ireland,
the Kingdom of Norway,
and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland

concerning the accession of the Kingdom of Denmark, Ireland, the Kingdom of Norway and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland to the European Economic Community and to the European Atomic Energy Community.

Traité

entre

le Royaume de Belgique,
la République fédérale d'Allemagne,
la République Française,
la République Italienne,
le Grand-Duché de Luxembourg,
le Royaume des Pays-Bas,
Etats membres des Communautés européennes,

le Royaume de Danemark,
l'Irlande,
le Royaume de Norvège,
et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord,

relatif à l'adhésion à la Communauté économique européenne et à la Communauté européenne de l'énergie atomique du Royaume de Danemark, de l'Irlande, du Royaume de Norvège et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord.

Seine Majestät der König der Belgier,
 Ihre Majestät die Königin von Dänemark,
 Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland,
 Der Präsident der Französischen Republik,
 Der Präsident Irlands,
 Der Präsident der Italienischen Republik,
 Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Luxemburg,
 Ihre Majestät die Königin der Niederlande,
 Seine Majestät der König von Norwegen,
 Ihre Majestät die Königin des Vereinigten
 Königreichs Großbritannien und Nordirland —

EINIG in dem Willen, die Verwirklichung der Ziele des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft fortzuführen,

ENTSCHLOSSEN, im Geiste dieser Verträge auf den bereits geschaffenen Grundlagen einen immer engeren Zusammenschluß der europäischen Völker herbeizuführen,

IN DER ERWÄGUNG, daß Artikel 237 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Artikel 205 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft den europäischen Staaten die Möglichkeit eröffnen, Mitglieder dieser Gemeinschaften zu werden,

IN DER ERWÄGUNG, daß das Königreich Dänemark, Irland, das Königreich Norwegen und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland beantragt haben, Mitglieder dieser Gemeinschaften zu werden,

IN DER ERWÄGUNG, daß sich der Rat der Europäischen Gemeinschaften nach Einholung der Stellungnahme der Kommission für die Aufnahme dieser Staaten ausgesprochen hat —

HABEN BESCHLOSSEN, die Aufnahmebedingungen und die erforderlichen Anpassungen der Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft im gegenseitigen Einvernehmen festzulegen;

sie haben zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

SEINE MAJESTÄT DER KÖNIG DER BELGIER

Herrn G. EYSKENS, Ministerpräsident;

Herrn P. HARMEL, Minister für Auswärtige
Angelegenheiten;

Herrn J. VAN DER MEULEN, Botschafter, Ständiger
Vertreter bei den Europäischen Gemeinschaften;

IHRE MAJESTÄT DIE KÖNIGIN VON DÄNEMARK

Herrn J. O. KRAG, Ministerpräsident;

Herrn I. NØRGAARD, Minister für Außenwirtschaft;

Herrn J. CHRISTENSEN, Staatssekretär für Außen-
wirtschaft im Ministerium für Auswärtige
Angelegenheiten;

**DER PRÄSIDENT DER BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND**

Herrn W. SCHEEL, Bundesminister des Auswärtigen;

Herrn H.-G. SACHS, Botschafter, Ständiger Vertreter
bei den Europäischen Gemeinschaften;

His Majesty the King of the Belgians,
Her Majesty the Queen of Denmark,
the President of the Federal Republic of Germany,
the President of the French Republic,
the President of Ireland,
the President of the Italian Republic,
His Royal Highness the Grand Duke of Luxembourg,
Her Majesty the Queen of the Netherlands,
His Majesty the King of Norway,
Her Majesty the Queen of the United Kingdom
of Great Britain and Northern Ireland

Sa Majesté le Roi des Belges,
Sa Majesté la Reine de Danemark,
le Président de la République fédérale d'Allemagne,
le Président de la République Française,
le Président d'Irlande,
le Président de la République Italienne,
Son Altesse Royale le Grand-Duc de Luxembourg,
Sa Majesté la Reine des Pays-Bas,
Sa Majesté le Roi de Norvège,
Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni
de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord

UNITED in their desire to pursue the attainment of the objectives of the Treaty establishing the European Economic Community and the Treaty establishing the European Atomic Energy Community,

DETERMINED in the spirit of those Treaties to construct an ever closer union among the peoples of Europe on the foundations already laid,

CONSIDERING that Article 237 of the Treaty establishing the European Economic Community and Article 205 of the Treaty establishing the European Atomic Energy Community afford European States the opportunity of becoming members of these Communities,

CONSIDERING that the Kingdom of Denmark, Ireland, the Kingdom of Norway and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland have applied to become members of these Communities,

CONSIDERING that the Council of the European Communities, after having obtained the Opinion of the Commission, has declared itself in favour of the admission of these States,

HAVE DECIDED to establish by common agreement the conditions of admission and the adjustments to be made to the Treaties establishing the European Economic Community and the European Atomic Energy Community, and to this end have designated as their Plenipotentiaries:

HIS MAJESTY THE KING OF THE BELGIANS

Mr G. EYSKENS, Prime Minister;
Mr P. HARMEL, Minister of Foreign Affairs;
Mr J. VAN DER MEULEN, Ambassador, Permanent Representative to the European Communities;

HER MAJESTY THE QUEEN OF DENMARK

Mr J. O. KRAG, Prime Minister;
Mr I. NØRGAARD, Minister of External Economic Affairs;
Mr J. CHRISTENSEN, Secretary General for External Economic Affairs, Ministry of Foreign Affairs;

THE PRESIDENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY

Mr W. SCHEEL, Minister of Foreign Affairs;
Mr H.-G. SACHS, Ambassador, Permanent Representative to the European Communities;

UNIS dans la volonté de poursuivre la réalisation des objectifs du traité instituant la Communauté économique européenne et du traité instituant la Communauté européenne de l'énergie atomique,

DÉCIDÉS, dans l'esprit de ces traités, à construire sur les fondements déjà établis une union sans cesse plus étroite entre les peuples européens,

CONSIDÉRANT que l'article 237 du traité instituant la Communauté économique européenne ainsi que l'article 205 du traité instituant la Communauté européenne de l'énergie atomique offrent aux Etats européens la possibilité de devenir membres de ces Communautés,

CONSIDÉRANT que le Royaume de Danemark, l'Irlande, le Royaume de Norvège et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord ont demandé à devenir membres de ces Communautés,

CONSIDÉRANT que le Conseil des Communautés européennes, après avoir pris l'avis de la Commission, s'est prononcé en faveur de l'admission de ces Etats,

ONT DÉCIDÉ de fixer d'un commun accord les conditions de cette admission et les adaptations à apporter aux traités instituant la Communauté économique européenne et la Communauté européenne de l'énergie atomique, et ont désigné à cet effet comme plénipotentiaires:

SA MAJESTÉ LE ROI DES BELGES

Monsieur G. EYSKENS, Premier Ministre;
Monsieur P. HARMEL, Ministre des Affaires étrangères;
Monsieur J. VAN DER MEULEN, Ambassadeur, Représentant Permanent auprès des Communautés européennes;

SA MAJESTÉ LA REINE DE DANEMARK

Monsieur J. O. KRAG, Premier Ministre;
Monsieur I. NØRGAARD, Ministre des Affaires de l'Economie Extérieure;
Monsieur J. CHRISTENSEN, Secrétaire Général des Affaires de l'Economie Extérieure au Ministère des Affaires étrangères;

LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE

Monsieur W. SCHEEL, Ministre des Affaires étrangères;
Monsieur H.-G. SACHS, Ambassadeur, Représentant Permanent auprès des Communautés européennes;

DER PRÄSIDENT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK

Herrn M. SCHUMANN, Minister für Auswärtige
Angelegenheiten;

Herrn J.-M. BOEGNER, Botschafter, Ständiger
Vertreter bei den Europäischen Gemeinschaften;

DER PRÄSIDENT IRLANDS

Herrn J. A. LYNCH, Ministerpräsident;

Herrn P. J. HILLERY, Minister für Auswärtige
Angelegenheiten;

DER PRÄSIDENT DER ITALIENISCHEN REPUBLIK

Herrn E. COLOMBO, Ministerpräsident;

Herrn A. MORO, Minister für Auswärtige
Angelegenheiten;

Herrn G. BOMBASSEI FRASCANI DE VETTOR,
Botschafter, Ständiger Vertreter bei den
Europäischen Gemeinschaften;

**SEINE KÖNIGLICHE HOHEIT DER GROSSHERZOG
VON LUXEMBURG**

Herrn G. THORN, Minister für Auswärtige
Angelegenheiten;

Herrn J. DONDELINGER, Botschafter, Ständiger
Vertreter bei den Europäischen Gemeinschaften;

IHRE MAJESTÄT DIE KÖNIGIN DER NIEDERLANDE

Herrn W. K. N. SCHMELZER, Minister für Auswärtige
Angelegenheiten;

Herrn Th. E. WESTERTERP, Staatssekretär im
Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten;

Herrn E. M. J. A. SASSEN, Botschafter, Ständiger
Vertreter bei den Europäischen Gemeinschaften;

SEINE MAJESTÄT DER KÖNIG VON NORWEGEN

Herrn T. BRATTELI, Ministerpräsident;

Herrn A. CAPPELEN, Minister für Auswärtige
Angelegenheiten;

Herrn S. Chr. SOMMERFELT, Außerordentlicher
und bevollmächtigter Botschafter;

**IHRE MAJESTÄT DIE KÖNIGIN DES VEREINIGTEN
KÖNIGREICHS GROSSBRITANNIEN UND
NORDIRLAND**

Herrn E. HEATH, M.B.E., M.P., Premierminister,
Erster Lord des Schatzamtes, Minister für den
öffentlichen Dienst;

Sir Alec DOUGLAS-HOME, K.T., M.P., Ihrer Majestät
Minister für Auswärtige und Commonwealth-
Angelegenheiten;

Herrn G. RIPPON, Q.C., M.P., Kanzler des Herzogtums
Lancaster

DIESE SIND nach Austausch ihrer als gut und gehörig
befundenen Vollmachten wie folgt ÜBEREINGEKOM-
MEN:

Artikel 1

1. Das Königreich Dänemark, Irland, das Königreich
Norwegen und das Vereinigte Königreich Großbritannien
und Nordirland werden Mitglieder der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atom-
gemeinschaft und Vertragsparteien der Verträge zur
Gründung dieser Gemeinschaften mit den dazugehörigen
Änderungen oder Ergänzungen.

2. Die Aufnahmebedingungen und die erforderlichen
Anpassungen der Verträge zur Gründung der Europäi-
schen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen
Atomgemeinschaft sind in der diesem Vertrag beigefüg-
ten Akte festgelegt. Die die Europäische Wirtschafts-

THE PRESIDENT OF THE FRENCH REPUBLIC

Mr M. SCHUMANN, Minister of Foreign Affairs;

Mr J.-M. BOEGNER, Ambassador, Permanent Representative to the European Communities;

THE PRESIDENT OF IRELAND

Mr J. A. LYNCH, Prime Minister;

Mr P. J. HILLERY, Minister for Foreign Affairs;

THE PRESIDENT OF THE ITALIAN REPUBLIC

Mr E. COLOMBO, Prime Minister;

Mr A. MORO, Minister of Foreign Affairs;

Mr G. BOMBASSEI FRASCANI DE VETTOR, Ambassador, Permanent Representative to the European Communities;

HIS ROYAL HIGHNESS THE GRAND DUKE OF LUXEMBOURG

Mr G. THORN, Minister of Foreign Affairs;

Mr J. DONDELINGER, Ambassador, Permanent Representative to the European Communities;

HER MAJESTY THE QUEEN OF THE NETHERLANDS

Mr W. K. N. SCHMELZER, Minister of Foreign Affairs;

Mr Th. E. WESTERTERP, State Secretary, Ministry of Foreign Affairs;

Mr E. M. J. A. SASSEN, Ambassador, Permanent Representative to the European Communities;

HIS MAJESTY THE KING OF NORWAY

Mr T. BRATTELI, Prime Minister;

Mr A. CAPPELEN, Minister of Foreign Affairs;

Mr S. Chr. SOMMERFELT, Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary;

HER MAJESTY THE QUEEN OF THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND

The Right Honourable Edward HEATH, M.B.E., M.P., Prime Minister, First Lord of the Treasury, Minister for the Civil Service;

The Right Honourable Sir Alec DOUGLAS-HOME, K.T., M.P., Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign and Commonwealth Affairs;

The Right Honourable Geoffrey RIPPON, Q.C., M.P., Chancellor of the Duchy of Lancaster;

WHO, having exchanged their Full Powers found in good and due form,

HAVE AGREED as follows:

Article 1

1. The Kingdom of Denmark, Ireland, the Kingdom of Norway and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland hereby become members of the European Economic Community and of the European Atomic Energy Community and Parties to the Treaties establishing these Communities as amended or supplemented.

2. The conditions of admission and the adjustments to the Treaties establishing the European Economic Community and the European Atomic Energy Community necessitated thereby are set out in the Act annexed to this Treaty. The provisions of that Act concerning the Euro-

LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE

Monsieur M. SCHUMANN, Ministre des Affaires étrangères;

Monsieur J.-M. BOEGNER, Ambassadeur, Représentant Permanent auprès des Communautés européennes;

LE PRÉSIDENT D'IRLANDE

Monsieur J. A. LYNCH, Premier Ministre;

Monsieur P. J. HILLERY, Ministre des Affaires étrangères;

LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE ITALIENNE

Monsieur E. COLOMBO, Premier Ministre;

Monsieur A. MORO, Ministre des Affaires étrangères;

Monsieur G. BOMBASSEI FRASCANI DE VETTOR, Ambassadeur, Représentant Permanent auprès des Communautés européennes;

SON ALTESSE ROYALE LE GRAND-DUC DE LUXEMBOURG

Monsieur G. THORN, Ministre des Affaires étrangères;

Monsieur J. DONDELINGER, Ambassadeur, Représentant Permanent auprès des Communautés européennes;

SA MAJESTÉ LA REINE DES PAYS-BAS

Monsieur W. K. N. SCHMELZER, Ministre des Affaires étrangères;

Monsieur Th. E. WESTERTERP, Secrétaire d'Etat aux Affaires étrangères;

Monsieur E. M. J. A. SASSEN, Ambassadeur, Représentant Permanent auprès des Communautés européennes;

SA MAJESTÉ LE ROI DE NORVÈGE

Monsieur T. BRATTELI, Premier Ministre;

Monsieur A. CAPPELEN, Ministre des Affaires étrangères;

Monsieur S. CHR. SOMMERFELT, Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire;

SA MAJESTÉ LA REINE DU ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE ET D'IRLANDE DU NORD

Monsieur E. HEATH, M.B.E., M.P., Premier Ministre, Président du Conseil, Ministre de l'Administration;

Sir ALEC DOUGLAS-HOME, K.T., M.P., Ministre principal de Sa Majesté pour les Affaires étrangères et du Commonwealth;

Monsieur G. RIPPON, Q.C., M.P., Chancelier du Duché de Lancaster;

LESQUELS, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs reconnus en bonne et due forme,

SONT CONVENUS des dispositions qui suivent:

Article 1

1. Le Royaume de Danemark, l'Irlande, le Royaume de Norvège et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord deviennent membres de la Communauté économique européenne et de la Communauté européenne de l'énergie atomique et parties aux traités instituant ces Communautés, tels qu'ils ont été modifiés ou complétés.

2. Les conditions de l'admission et les adaptations des traités instituant la Communauté économique européenne et la Communauté européenne de l'énergie atomique que celle-ci entraîne figurent dans l'acte joint au présent traité. Les dispositions de cet acte qui concernent la

gemeinschaft und die Europäische Atomgemeinschaft betreffenden Bestimmungen der Akte sind Bestandteil dieses Vertrags.

3. Die Bestimmungen der in Absatz 1 genannten Verträge über die Rechte und Pflichten der Mitgliedstaaten sowie über die Befugnisse und Zuständigkeiten der Organe der Gemeinschaften gelten auch für diesen Vertrag.

Artikel 2

Dieser Vertrag bedarf der Ratifizierung durch die Hohen Vertragsparteien gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften. Die Ratifikationsurkunden werden spätestens am 31. Dezember 1972 bei der Regierung der Italienischen Republik hinterlegt.

Dieser Vertrag tritt am 1. Januar 1973 in Kraft, sofern alle Ratifikationsurkunden vor diesem Tag hinterlegt worden sind und alle Urkunden über den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl an diesem Tag hinterlegt werden.

Haben jedoch nicht alle in Artikel 1 Absatz 1 genannten Staaten ihre Ratifikations- und Beitrittsurkunden rechtzeitig hinterlegt, so tritt der Vertrag für die Staaten in Kraft, die diese Urkunden hinterlegt haben. In diesem Falle beschließt der Rat der Europäischen Gemeinschaften unverzüglich einstimmig die infolgedessen unerläßlichen Anpassungen des Artikels 3 dieses Vertrags, der Artikel 14, 16, 17, 19, 20, 23, 129, 142, 143, 155 und 160 der Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge, der Bestimmungen des Anhangs I der Akte über die Zusammensetzung und die Arbeitsweise verschiedener Ausschüsse und der Artikel 5 und 8 des dieser Akte beigefügten Protokolls über die Satzung der Europäischen Investitionsbank; er kann ferner einstimmig die Bestimmungen der Akte, die sich ausdrücklich auf einen Staat beziehen, der seine Ratifikations- und Beitrittsurkunden nicht hinterlegt hat, für nichtig erklären oder anpassen.

Artikel 3

Dieser Vertrag ist in einer Urschrift in dänischer, deutscher, englischer, französischer, irischer, italienischer, niederländischer und norwegischer Sprache abgefaßt, wobei alle acht Wortlaute gleichermaßen verbindlich sind; er wird im Archiv der Regierung der Italienischen Republik hinterlegt; diese übermittelt der Regierung jedes anderen Unterzeichnerstaats eine beglaubigte Abschrift.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschriften unter diesen Vertrag gesetzt.

GESCHEHEN zu Brüssel am zweiundzwanzigsten Januar neunzehnhundertzweiundsiebzig.

G. Eyskens

P. Harmel

J. van der Meulen

Ivar Nørgaard

Jens Otto Krag

Jens Christensen

pean Economic Community and the European Atomic Energy Community shall form an integral part of this Treaty.

3. The provisions concerning the rights and obligations of the Member States and the powers and jurisdiction of the institutions of the Communities as set out in the Treaties referred to in paragraph 1 shall apply in respect of this Treaty.

Article 2

This Treaty will be ratified by the High Contracting Parties in accordance with their respective constitutional requirements. The instruments of ratification will be deposited with the Government of the Italian Republic by 31 December 1972 at the latest.

This Treaty will enter into force on 1 January 1973, provided that all the instruments of ratification have been deposited before that date and that all the instruments of accession to the European Coal and Steel Community are deposited on that date.

If, however, the States referred to in Article 1 (1) have not all deposited their instruments of ratification and accession in due time, the Treaty shall enter into force for those States which have deposited their instruments. In this case, the Council of the European Communities, acting unanimously, shall decide immediately upon such resulting adjustments as have become indispensable, to Article 3 of this Treaty, and to Articles 14, 16, 17, 19, 20, 23, 129, 142, 143, 155 and 160 of the Act concerning the Conditions of Accession and the Adjustments to the Treaties, to the provisions of Annex I to that Act concerning the composition and functioning of various committees, and to Articles 5 and 8 of the Protocol on the Statute of the European Investment Bank; acting unanimously, it may also declare that those provisions of the aforementioned Act which refer expressly to a State which has not deposited its instruments of ratification and accession have lapsed, or it may adjust them.

Article 3

This Treaty, drawn up in a single original in the Danish, Dutch, English, French, German, Irish, Italian and Norwegian languages, all eight texts being equally authentic, will be deposited in the archives of the Government of the Italian Republic, which will transmit a certified copy to each of the Governments of the other signatory States.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned Plenipotentiaries have affixed their signatures below this Treaty.

DONE at Brussels on this twenty-second day of January in the year one thousand nine hundred and seventy-two.

Communauté économique européenne et la Communauté européenne de l'énergie atomique font partie intégrante du présent traité.

3. Les dispositions concernant les droits et obligations des Etats membres ainsi que les pouvoirs et compétences des institutions des Communautés telles qu'elles figurent dans les traités visés au paragraphe 1 s'appliquent à l'égard du présent traité.

Article 2

Le présent traité sera ratifié par les Hautes Parties Contractantes, en conformité de leurs règles constitutionnelles respectives. Les instruments de ratification seront déposés auprès du gouvernement de la République italienne au plus tard le 31 décembre 1972.

Le présent traité entrera en vigueur le 1^{er} janvier 1973, à condition que tous les instruments de ratification aient été déposés avant cette date et que tous les instruments d'adhésion à la Communauté européenne du charbon et de l'acier soient déposés à cette date.

Si toutefois les Etats visés à l'article 1 paragraphe 1 n'ont pas tous déposé en temps voulu leurs instruments de ratification et d'adhésion, le traité entre en vigueur pour les Etats ayant effectué ces dépôts. En ce cas, le Conseil des Communautés européennes, statuant à l'unanimité, décide immédiatement les adaptations devenues de ce fait indispensables de l'article 3 du présent traité et des articles 14, 16, 17, 19, 20, 23, 129, 142, 143, 155 et 160 de l'acte relatif aux conditions d'adhésion et aux adaptations des traités, des dispositions de son annexe I qui concernent la composition et le fonctionnement de divers comités et des articles 5 et 8 du protocole concernant les statuts de la Banque européenne d'investissement annexé à cet acte; il peut également, à l'unanimité, déclarer caduques ou bien adapter les dispositions de l'acte précité qui se réfèrent nommément à un Etat qui n'a pas déposé ses instruments de ratification et d'adhésion.

Article 3

Le présent traité, rédigé en un exemplaire unique, en langue allemande, en langue anglaise, en langue danoise, en langue française, en langue irlandaise, en langue italienne, en langue néerlandaise et en langue norvégienne, les huit textes faisant également foi, sera déposé dans les archives du gouvernement de la République italienne qui remettra une copie certifiée conforme à chacun des gouvernements des autres Etats signataires.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires soussignés ont apposé leurs signatures au bas du présent traité.

FAIT à Bruxelles, le vingt-deux janvier mil neuf cent soixante-douze.

G. Eyskens

P. Harmel

J. van der Meulen

Ivar Nørgaard

Jens Otto Krag

Jens Christensen

Walter Scheel

H. G. Sachs

Maurice Schumann

J.-M. Boegner

Seán Ó Loinsigh

Pádraig Ó hÍrighile

Colombo

Aldo Moro

Bombassei de Vettor

Gaston Thorn

J. Dondelinger

N. Schmelzer

Th. Westerterp

Sassen

Trygve Bratteli

Andreas Cappelen

S. Chr. Sommerfelt

Edward Heath

Alec Douglas-Home

Geoffrey Rippon

Walter Scheel

H. G. Sachs

Maurice Schumann

J.-M. Boegner

Seán Ó Loinsigh

Pádraig Ó hRíghile

Colombo

Aldo Moro

Bombassei de Vettor

Gaston Thorn

J. Dondelinger

N. Schmelzer

Th. Westerterp

Sassen

Trygve Bratteli

Andreas Cappelen

S. Chr. Sommerfelt

Edward Heath

Alec Douglas-Home

Geoffrey Rippon

**Beschluß des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 22. Januar 1972
über den Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands,
des Königreichs Norwegen und des Vereinigten Königreichs Großbritannien
und Nordirland
zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

GESTÜTZT auf Artikel 98 des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl,

IN DER ERWAGUNG, daß das Königreich Dänemark, Irland, das Königreich Norwegen und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl beantragt haben,

NACH Stellungnahme der Kommission,

IN DER ERWAGUNG, daß die vom Rat festzulegenden Beitrittsbedingungen mit den genannten Staaten ausgehandelt worden sind —

BESCHLIESST:

Artikel 1

1. Das Königreich Dänemark, Irland, das Königreich Norwegen und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland können Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl werden, indem sie unter den in diesem Beschluß festgelegten Bedingungen dem Vertrag über die Gründung dieser Gemeinschaft mit den dazugehörigen Änderungen oder Ergänzungen beitreten.

2. Die Beitrittsbedingungen und die erforderlichen Anpassungen des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl sind in der diesem Beschluß beigefügten Akte festgelegt. Die die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl betreffenden Bestimmungen der Akte sind Bestandteil dieses Beschlusses.

3. Die Bestimmungen des in Absatz 1 genannten Vertrags über die Rechte und Pflichten der Mitgliedstaaten sowie über die Befugnisse und Zuständigkeiten der Organe der Gemeinschaften gelten auch für diesen Beschluß.

Artikel 2

Die Urkunden über den Beitritt der Königreichs Dänemark, Irlands, des Königreichs Norwegen und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl werden am 1. Januar 1973 bei der Regierung der Französischen Republik hinterlegt.

Der Beitritt wird am 1. Januar 1973 wirksam, sofern alle Beitrittsurkunden an diesem Tag hinterlegt werden und alle Ratifikationsurkunden über den Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur Europäischen Atomgemeinschaft vor diesem Tag hinterlegt worden sind.

Haben jedoch nicht alle in Absatz 1 genannten Staaten ihre Beitritts- und Ratifikationsurkunden rechtzeitig hinterlegt, so wird der Beitritt für die anderen beitretenden Staaten wirksam. In diesem Falle beschließt der Rat der

**Decision of the Council of the European Communities of 22 January 1972
concerning the accession of the Kingdom of Denmark, Ireland,
the Kingdom of Norway, and the United Kingdom of Great Britain
and Northern Ireland
to the European Coal and Steel Community**

**Décision du Conseil des Communautés européennes du 22 janvier 1972
relative à l'adhésion à la Communauté européenne
du charbon et de l'acier du Royaume de Danemark,
de l'Irlande, du Royaume de Norvège et du Royaume-Uni
de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord**

THE COUNCIL OF THE EUROPEAN COMMUNITIES,

HAVING REGARD to Article 98 of the Treaty establishing the European Coal and Steel Community,

WHEREAS the Kingdom of Denmark, Ireland, the Kingdom of Norway and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland have applied to accede to the European Coal and Steel Community,

HAVING REGARD to the Opinion of the Commission,

WHEREAS the conditions of accession to be determined by the Council have been negotiated with the aforementioned States,

HAS DECIDED AS FOLLOWS:

Article 1

1. The Kingdom of Denmark, Ireland, the Kingdom of Norway and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland may become members of the European Coal and Steel Community by acceding, under the conditions laid down in this Decision, to the Treaty establishing that Community, as amended or supplemented.

2. The conditions of accession and the adjustments to the Treaty establishing the European Coal and Steel Community necessitated thereby are set out in the Act annexed to this Decision. The provisions of that Act concerning the European Coal and Steel Community shall form an integral part of this Decision.

3. The provisions concerning the rights and obligations of the Member States and the powers and jurisdiction of the institutions of the Communities as set out in the Treaty referred to in paragraph 1 shall apply in respect of this Decision.

Article 2

The instruments of accession of the Kingdom of Denmark, Ireland, the Kingdom of Norway and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland to the European Coal and Steel Community will be deposited with the Government of the French Republic on 1 January 1973.

Accession will take effect on 1 January 1973, provided that all the instruments of accession have been deposited on that date and that all the instruments of ratification of the Treaty concerning Accession to the European Economic Community and the European Atomic Energy Community have been deposited before that date.

If, however, the States referred to in the first paragraph of this Article have not all deposited their instruments of accession and ratification in due time, accession shall take effect for the other acceding States. In this case,

LE CONSEIL DES COMMUNAUTÉS EUROPÉENNES,

VU l'article 98 du traité instituant la Communauté européenne du charbon et de l'acier,

CONSIDÉRANT que le Royaume de Danemark, l'Irlande, le Royaume de Norvège et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord ont demandé à adhérer à la Communauté européenne du charbon et de l'acier,

VU l'avis de la Commission,

CONSIDÉRANT que les conditions d'adhésion à fixer par le Conseil ont été négociées avec les Etats mentionnés ci-dessus,

DÉCIDE:

Article 1

1. Le Royaume de Danemark, l'Irlande, le Royaume de Norvège et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord peuvent devenir membres de la Communauté européenne du charbon et de l'acier en adhérant, dans les conditions prévues par la présente décision, au traité instituant cette Communauté, tel qu'il a été modifié ou complété.

2. Les conditions de l'adhésion et les adaptations du traité instituant la Communauté européenne du charbon et de l'acier que celle-ci entraîne figurent dans l'acte joint à la présente décision. Les dispositions de cet acte qui concernent la Communauté européenne du charbon et de l'acier font partie intégrante de la présente décision.

3. Les dispositions concernant les droits et obligations des Etats membres ainsi que les pouvoirs et compétences des institutions des Communautés telles qu'elles figurent dans le traité visé au paragraphe 1 s'appliquent à l'égard de la présente décision.

Article 2

Les instruments d'adhésion du Royaume de Danemark, de l'Irlande, du Royaume de Norvège et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord à la Communauté européenne du charbon et de l'acier seront déposés auprès du gouvernement de la République française de 1^{er} janvier 1973.

L'adhésion prendra effet le 1^{er} janvier 1973, à condition que tous les instruments d'adhésion soient déposés à cette date et que tous les instruments de ratification du traité relatif à l'adhésion à la Communauté économique européenne et à la Communauté européenne de l'énergie atomique aient été déposés avant cette date.

Si toutefois les Etats visés à l'alinéa 1 du présent article n'ont pas tous déposé en temps voulu leurs instruments d'adhésion et de ratification, l'adhésion devient effective pour les autres Etats adhérents. En ce cas, le

Europäischen Gemeinschaften unverzüglich einstimmig die infolgedessen unerläßlichen Anpassungen des Artikels 3 dieses Beschlusses und der Artikel 12, 13, 16, 17, 19, 20, 22, 142, 155 und 160 der Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge; er kann ferner einstimmig die Bestimmungen der Akte, die sich ausdrücklich auf einen Staat beziehen, der seine Beitritts- und Ratifikationsurkunden nicht hinterlegt hat, für nichtig erklären oder anpassen.

Die Regierung der Französischen Republik übermittelt eine beglaubigte Abschrift der Beitrittsurkunde jedes beitretenden Staates an die Regierungen der Mitgliedstaaten und an die Regierungen der anderen beitretenden Staaten.

Artikel 3

Dieser Beschluß ist in dänischer, deutscher, englischer, französischer, irischer, italienischer, niederländischer und norwegischer Sprache abgefaßt, wobei alle acht Wortlaute gleichermaßen verbindlich sind; er wird den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, dem Königreich Dänemark, Irland, dem Königreich Norwegen und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland übermittelt.

GESCHEHEN zu Brüssel am 22. Januar 1972

Im Namen des Rates
Der Präsident
Gaston Thorn

the Council of the European Communities, acting unanimously, shall decide immediately upon such resulting adjustments as have become indispensable, to Article 3 of this Decision, and Articles 12, 13, 16, 17, 19, 20, 22, 142, 155 and 160 of the Act concerning the Conditions of Accession and the Adjustments to the Treaties; acting unanimously, it may also declare that those provisions of the aforementioned Act which refer expressly to a State which has not deposited its instruments of accession and ratification have lapsed, or it may adjust them.

The Government of the French Republic will transmit a certified copy of the instrument of accession of each acceding State to the Governments of the Member States and of the other acceding States.

Article 3

This Decision, drawn up in the Danish, Dutch, English, French, German, Irish, Italian and Norwegian languages, all eight texts being equally authentic, shall be communicated to the Member States of the European Coal and Steel Community, the Kingdom of Denmark, Ireland, the Kingdom of Norway and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland.

DONE at Brussels, 22 January 1972

For the Council
The President
Gaston Thorn

Conseil des Communautés européennes, statuant à l'unanimité, décide immédiatement les adaptations devenues de ce fait indispensables de l'article 3 de la présente décision, et des articles 12, 13, 16, 17, 19, 20, 22, 142, 155 et 160 de l'acte relatif aux conditions d'adhésion et aux adaptations des traités; il peut également, à l'unanimité, déclarer caduques ou bien adapter les dispositions de l'acte précité qui se réfèrent nommément à un Etat qui n'a pas déposé ses instruments d'adhésion et de ratification.

Le gouvernement de la République française remettra une copie certifiée conforme de l'instrument d'adhésion de chaque Etat adhérent aux gouvernements des Etats membres et des autres Etats adhérents.

Article 3

La présente décision établie en langue allemande, en langue anglaise, en langue danoise, en langue française, en langue irlandaise, en langue italienne, en langue néerlandaise et en langue norvégienne, les huit textes faisant également foi, est communiquée aux Etats membres de la Communauté européenne du charbon et de l'acier, au Royaume de Danemark, à l'Irlande, au Royaume de Norvège et au Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord.

FAIT à Bruxelles, le 22 janvier 1972

Par le Conseil
Le président
Gaston Thorn

Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge

Erster Teil

Grundsätze

Artikel 1

Im Sinne dieser Akte bezieht sich

- der Ausdruck „ursprüngliche Verträge“ auf den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft mit den Änderungen oder Ergänzungen, die durch vor dem Beitritt in Kraft getretene Verträge oder andere Rechtsakte vorgenommen worden sind; der Ausdruck „EGKS-Vertrag“, „EWG-Vertrag“ oder „EAG-Vertrag“ auf den betreffenden ursprünglichen Vertrag mit den dazugehörigen Änderungen oder Ergänzungen;
- der Ausdruck „ursprüngliche Mitgliedstaaten“ auf das Königreich Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, die Französische Republik, die Italienische Republik, das Großherzogtum Luxemburg und das Königreich der Niederlande;
- der Ausdruck „neue Mitgliedstaaten“ auf das Königreich Dänemark, Irland, das Königreich Norwegen und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland.

Artikel 2

Vom Zeitpunkt des Beitritts an sind die ursprünglichen Verträge und die Rechtsakte der Organe der Gemeinschaften für die neuen Mitgliedstaaten verbindlich und gelten in diesen Staaten in Übereinstimmung mit den genannten Verträgen und dieser Akte.

Artikel 3

1. Die neuen Mitgliedstaaten treten durch diese Akte den Beschlüssen und Vereinbarungen der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten bei. Sie verpflichten sich, unmittelbar nach dem Beitritt allen sonstigen von den ursprünglichen Mitgliedstaaten für das Funktionieren der Gemeinschaften oder in Verbindung mit deren Tätigkeit geschlossenen Übereinkünften beizutreten.

2. Die neuen Mitgliedstaaten verpflichten sich, den in Artikel 220 des EWG-Vertrags vorgesehenen und von den ursprünglichen Mitgliedstaaten unterzeichneten Übereinkommen und den Protokollen über die Auslegung dieser Übereinkommen durch den Gerichtshof beizutreten und zu diesem Zweck mit den ursprünglichen Mitgliedstaaten Verhandlungen im Hinblick auf die erforderlichen Anpassungen aufzunehmen.

3. Die neuen Mitgliedstaaten befinden sich hinsichtlich der Erklärungen, Entschließungen und sonstigen Stellungnahmen des Rates sowie hinsichtlich der die Europäischen Gemeinschaften betreffenden Erklärungen, Entschließungen und sonstigen Stellungnahmen, die von den Mitgliedstaaten im gegenseitigen Einvernehmen angenommen wurden, in derselben Lage wie die ursprünglichen Mitgliedstaaten; sie werden demgemäß die sich daraus ergebenden Grundsätze und Leitlinien beachten und die gegebenenfalls zu ihrer Durchführung erforderlichen Maßnahmen treffen.

Act concerning the Conditions of Accession and the Adjustments to the Treaties

Acte relatif aux conditions d'adhésion et aux adaptations des Traités

Part One Principles

Article 1

For the purposes of this Act:

- the expression "original Treaties" means the Treaty establishing the European Coal and Steel Community, the Treaty establishing the European Economic Community and the Treaty establishing the European Atomic Energy Community, as supplemented or amended by treaties or other acts which entered into force before accession; the expressions "ECSC Treaty", "EEC Treaty" and "Euratom Treaty" mean the relevant original Treaties thus supplemented or amended;
- the expression "original Member States" means the Kingdom of Belgium, the Federal Republic of Germany, the French Republic, the Italian Republic, the Grand Duchy of Luxembourg and the Kingdom of the Netherlands;
- the expression "new Member States" means the Kingdom of Denmark, Ireland, the Kingdom of Norway and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland.

Article 2

From the date of accession, the provisions of the original Treaties and the acts adopted by the institutions of the Communities shall be binding on the new Member States and shall apply in those States under the conditions laid down in those Treaties and in this Act.

Article 3

1. The new Member States accede by this Act to the decisions and agreements adopted by the Representatives of the Governments of the Member States meeting in Council. They undertake to accede from the date of accession to all other agreements concluded by the original Member States relating to the functioning of the Communities or connected with their activities.

2. The new Member States undertake to accede to the conventions provided for in Article 220 of the EEC Treaty, and to the protocols on the interpretation of those conventions by the Court of Justice, signed by the original Member States, and to this end they undertake to enter into negotiations with the original Member States in order to make the necessary adjustments thereto.

3. The new Member States are in the same situation as the original Member States in respect of declarations or resolutions of, or other positions taken up by, the Council and in respect of those concerning the European Communities adopted by common agreement of the Member States; they will accordingly observe the principles and guidelines deriving from those declarations, resolutions or other positions and will take such measures as may be necessary to ensure their implementation.

Première partie Les principes

Article 1

Au sens du présent acte:

- l'expression « traités originaires » vise le traité instituant la Communauté européenne du charbon et de l'acier, le traité instituant la Communauté économique européenne et le traité instituant la Communauté européenne de l'énergie atomique tels qu'ils ont été complétés ou modifiés par des traités ou par d'autres actes entrés en vigueur avant l'adhésion; les expressions « traité CECA », « traité CEE », « traité CEEA » visent les traités originaires correspondants ainsi complétés ou modifiés;
- l'expression « Etats membres originaires » vise le Royaume de Belgique, la République fédérale d'Allemagne, la République française, la République italienne, le Grand-Duché de Luxembourg et le Royaume des Pays-Bas;
- l'expression « nouveaux Etats membres » vise le Royaume de Danemark, l'Irlande, le Royaume de Norvège et le Royaume-Uni de Grand-Bretagne et d'Irlande du Nord.

Article 2

Dès l'adhésion les dispositions des traités originaires et les actes pris par les institutions des Communautés lient les nouveaux Etats membres et sont applicables dans ces Etats dans les conditions prévues par ces traités et par le présent acte.

Article 3

1. Les nouveaux Etats membres adhèrent par le présent acte aux décisions et accords convenus par les représentants des gouvernements des Etats membres réunis au sein du Conseil. Ils s'engagent à adhérer dès l'adhésion à tout autre accord conclu par les Etats membres originaires relatif au fonctionnement des Communautés ou présentant un lien avec l'action de celles-ci.

2. Les nouveaux Etats membres s'engagent à adhérer aux conventions prévues à l'article 220 du traité CEE ainsi qu'aux protocoles concernant l'interprétation de ces conventions par la Cour de justice, signés par les Etats membres originaires, et à entamer à cet effet des négociations avec les Etats membres originaires pour y apporter les adaptations nécessaires.

3. Les nouveaux Etats membres se trouvent dans la même situation que les Etats membres originaires à l'égard des déclarations, résolutions ou autres prises de position du Conseil ainsi qu'à l'égard de celles relatives aux Communautés européennes qui sont adoptées d'un commun accord par les Etats membres; en conséquence, ils respecteront les principes et orientations qui en découlent et prendront les mesures qui peuvent s'avérer nécessaires pour en assurer la mise en application.

Artikel 4

1. Die von einer Gemeinschaft mit einem oder mehreren dritten Staaten, mit einer internationalen Organisation oder mit einem Staatsangehörigen eines dritten Staates geschlossenen Abkommen oder Vereinbarungen sind für die neuen Mitgliedstaaten in Übereinstimmung mit den ursprünglichen Verträgen und dieser Akte verbindlich.

2. Die neuen Mitgliedstaaten verpflichten sich, in Übereinstimmung mit dieser Akte den von den ursprünglichen Mitgliedstaaten zusammen mit einer Gemeinschaft geschlossenen Abkommen oder Übereinkommen sowie den von den ursprünglichen Mitgliedstaaten geschlossenen Abkommen, die mit diesen Abkommen oder Übereinkommen verbunden sind, beizutreten. Die Gemeinschaft und die ursprünglichen Mitgliedstaaten leisten den neuen Mitgliedstaaten hierbei Hilfe.

3. Die neuen Mitgliedstaaten treten durch diese Akte und unter den darin vorgesehenen Bedingungen den internen Abkommen bei, die die ursprünglichen Mitgliedstaaten zur Durchführung der Abkommen oder Übereinkommen im Sinne des Absatzes 2 geschlossen haben.

4. Die neuen Mitgliedstaaten ergreifen geeignete Maßnahmen, um gegebenenfalls ihre Stellung in bezug auf internationale Organisationen oder internationale Übereinkommen, denen auch andere Mitgliedstaaten oder eine Gemeinschaft als Vertragspartei angehören, den Rechten und Pflichten anzupassen, die sich aus ihrem Beitritt zu den Gemeinschaften ergeben.

Artikel 5

Der Artikel 234 des EWG-Vertrags und die Artikel 105 und 106 des EAG-Vertrags sind für die neuen Mitgliedstaaten auf die vor dem Beitritt geschlossenen Abkommen und Übereinkommen anwendbar.

Artikel 6

Die Bestimmungen dieser Akte können, soweit darin nicht etwas anderes bestimmt ist, nur nach den in den ursprünglichen Verträgen vorgesehenen Verfahren, die eine Revision dieser Verträge ermöglichen, ausgesetzt, geändert oder aufgehoben werden.

Artikel 7

Die von den Organen der Gemeinschaften erlassenen Rechtsakte, auf die sich die in dieser Akte festgelegten Übergangsbestimmungen beziehen, bewahren ihren Rechtscharakter; insbesondere bleiben die Verfahren zur Änderung dieser Rechtsakte auf sie anwendbar.

Artikel 8

Die Bestimmungen dieser Akte, die eine nicht nur vorübergehende Aufhebung oder Änderung von Rechtsakten der Organe der Gemeinschaften zum Gegenstand haben oder bewirken, haben denselben Rechtscharakter wie die durch sie aufgehobenen oder geänderten Bestimmungen und unterliegen denselben Regeln wie diese.

Article 4

1. The agreements or conventions entered into by any of the Communities with one or more third States, with an international organization or with a national of a third State, shall, under the conditions laid down in the original Treaties and in this Act, be binding on the new Member States.

2. The new Member States undertake to accede, under the conditions laid down in this Act, to agreements or conventions concluded by the original Member States and any of the Communities, acting jointly, and to agreements concluded by the original Member States which are related to those agreements or conventions. The Community and the original Member States shall assist the new Member States in this respect.

3. The new Member States accede by this Act and under the conditions laid down therein to the internal agreements concluded by the original Member States for the purpose of implementing the agreements or conventions referred to in paragraph 2.

4. The new Member States shall take appropriate measures, where necessary, to adjust their positions in relation to international organizations and international agreements to which one of the Communities or to which other Member States are also parties, to the rights and obligations arising from their accession to the Communities.

Article 5

Article 234 of the EEC Treaty and Articles 105 and 106 of the Euratom Treaty shall apply, for the new Member States, to agreements or conventions concluded before accession.

Article 6

The provisions of this Act may not, unless otherwise provided herein, be suspended, amended or repealed other than by means of the procedure laid down in the original Treaties enabling those Treaties to be revised.

Article 7

Acts adopted by the institutions of the Communities to which the transitional provisions laid down in this Act relate shall retain their status in law; in particular, the procedures for amending those acts shall continue to apply.

Article 8

Provisions of this Act the purpose or effect of which is to repeal or amend acts adopted by the institutions of the Communities, otherwise than as a transitional measure, shall have the same status in law as the provisions which they repeal or amend and shall be subject to the same rules as those provisions.

Article 4

1. Les accords ou conventions passés par une des Communautés avec un ou plusieurs Etats tiers, avec une organisation internationale ou avec un ressortissant d'un Etat tiers, lient les nouveaux Etats membres dans les conditions prévues dans les traités originaires et dans le présent acte.

2. Les nouveaux Etats membres s'engagent à adhérer, dans les conditions prévues dans le présent acte, aux accords ou conventions conclus par les Etats membres originaires conjointement avec une des Communautés, ainsi qu'aux accords conclus par les Etats membres originaires qui sont connexes à ces accords ou conventions. La Communauté et les Etats membres originaires prêtent à cet égard assistance aux nouveaux Etats membres.

3. Les nouveaux Etats membres adhèrent, par le présent acte et dans les conditions prévues dans celui-ci, aux accords internes conclus par les Etats membres originaires pour l'application des accords ou conventions visés au paragraphe 2.

4. Les nouveaux Etats membres prennent les mesures appropriées pour adapter, le cas échéant, leur situation à l'égard des organisations internationales et des accords internationaux, auxquels d'autres Etats membres ou une des Communautés sont également parties, aux droits et obligations résultant de leur adhésion aux Communautés.

Article 5

Pour les nouveaux Etats membres, l'article 234 du traité CEE et les articles 105 et 106 du traité CEEA sont applicables aux accords ou conventions conclus avant l'adhésion.

Article 6

Les dispositions figurant au présent acte ne peuvent, à moins que celui-ci n'en dispose autrement, être suspendues, modifiées ou abrogées que selon les procédures prévues par les traités originaires permettant d'aboutir à une révision de ces traités.

Article 7

Les actes pris par les institutions des Communautés auxquels se rapportent les dispositions transitoires établies dans le présent acte conservent leur nature juridique; en particulier, les procédures de modification de ces actes leur restent applicables.

Article 8

Les dispositions du présent acte qui ont pour objet ou pour effet d'abroger ou de modifier, autrement qu'à titre transitoire, des actes pris par les institutions des Communautés, acquièrent la même nature juridique que les dispositions ainsi abrogées ou modifiées et sont soumises aux mêmes règles que ces dernières.

Artikel 9

1. Um den neuen Mitgliedstaaten die Anpassung an die in den Gemeinschaften geltenden Regeln zu erleichtern, gelten vorübergehend für die Anwendung der ursprünglichen Verträge und der Rechtsakte der Organe die in dieser Akte vorgesehenen abweichenden Bestimmungen.

2. Unbeschadet der in dieser Akte vorgesehenen Zeitpunkte, Fristen und besonderen Bestimmungen endet die Anwendung der Übergangsmaßnahmen mit Ablauf des Jahres 1977.

Zweiter Teil

Anpassungen der Verträge

Titel I**Vorschriften über die Organe****Kapitel 1****Die Versammlung****Artikel 10**

Artikel 21 Absatz 2 des EGKS-Vertrags, Artikel 138 Absatz 2 des EWG-Vertrags und Artikel 108 Absatz 2 des EAG-Vertrags erhalten folgende Fassung:

„Die Zahl dieser Abgeordneten wird wie folgt festgesetzt:

Belgien	14
Dänemark	10
Deutschland	36
Frankreich	36
Irland	10
Italien	36
Luxemburg	6
Niederlande	14
Norwegen	10
Vereinigtes Königreich	36“

Kapitel 2**Der Rat****Artikel 11**

Artikel 2 Absatz 2 des Vertrags zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften erhält folgende Fassung:

„Der Vorsitz wird von den Mitgliedern des Rates nacheinander für je sechs Monate wahrgenommen, und zwar in folgender Reihenfolge der Mitgliedstaaten: Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Vereinigtes Königreich.“

Artikel 12

Artikel 28 des EGKS-Vertrags erhält folgende Fassung:

„Artikel 28

Bei Anhörung des Rates durch die Hohe Behörde berät der Rat, ohne notwendigerweise eine Abstimmung vorzunehmen. Die Beratungsprotokolle werden der Hohen Behörde übermittelt

Article 9

1. In order to facilitate the adjustment of the new Member States to the rules in force within the Communities, the application of the original Treaties and acts adopted by the institutions shall, as a transitional measure, be subject to the derogations provided for in this Act.

2. Subject to the dates, time limits and special provisions provided for in this Act, the application of the transitional measures shall terminate at the end of 1977.

Part Two
Adjustments to the Treaties

Title I

Provisions Governing the Institutions

Chapter 1
The Assembly

Article 10

The following shall be substituted for Article 21 (2) of the ECSC Treaty, Article 138 (2) of the EEC Treaty and Article 108 (2) of the Euratom Treaty:

“The number of these delegates shall be as follows:

Belgium	14
Denmark	10
Germany	36
France	36
Ireland	10
Italy	36
Luxembourg	6
Netherlands	14
Norway	10
United Kingdom	36”

Chapter 2
The Council

Article 11

The following shall be substituted for the second paragraph of Article 2 of the Treaty establishing a Single Council and a Single Commission of the European Communities:

“The office of President shall be held for a term of six months by each member of the Council in turn, in the following order of Member States: Belgium, Denmark, Germany, France, Ireland, Italy, Luxembourg, Netherlands, Norway, United Kingdom.”

Article 12

The following shall be substituted for Article 28 of the ECSC Treaty:

“Article 28

When the Council is consulted by the High Authority, it shall consider the matter without necessarily taking a vote. The minutes of its proceedings shall be forwarded to the High Authority.

Article 9

1. Pour faciliter l'adaptation des nouveaux Etats membres aux règles en vigueur au sein des Communautés, l'application des traités originaires et des actes pris par les institutions fait l'objet, à titre transitoire, des dispositions dérogatoires prévues par le présent acte.

2. Sous réserve des dates, délais et dispositions particulières prévus par le présent acte, l'application des mesures transitoires s'achève à la fin de l'année 1977.

Deuxième partie
Les adaptations des traités

Titre I

Dispositions institutionnelles

Chapitre 1
L'Assemblée

Article 10

L'article 21 paragraphe 2 du traité CECA, l'article 138 paragraphe 2 du traité CEE et l'article 108 paragraphe 2 du traité CEEA sont remplacés par les dispositions suivantes:

« Le nombre de ces délégués est fixé ainsi qu'il suit:

Belgique	14
Danemark	10
Allemagne	36
France	36
Irlande	10
Italie	36
Luxembourg	6
Pays-Bas	14
Norvège	10
Royaume-Uni	36”

Chapitre 2
Le Conseil

Article 11

L'article 2 deuxième alinéa du traité instituant un Conseil unique et une Commission unique des Communautés européennes est remplacé par les dispositions suivantes:

« La présidence est exercée à tour de rôle par chaque membre du Conseil pour une durée de six mois selon l'ordre suivant des Etats membres: Belgique, Danemark, Allemagne, France, Irlande, Italie, Luxembourg, Pays-Bas, Norvège, Royaume-Uni. »

Article 12

L'article 28 du traité CECA est remplacé par les dispositions suivantes:

« Article 28

Lorsque le Conseil est consulté par la Haute Autorité, il délibère sans procéder nécessairement à un vote. Les procès-verbaux des délibérations sont transmis à la Haute Autorité.

Eine nach diesem Vertrag erforderliche Zustimmung des Rates gilt als erteilt, wenn dem von der Hohen Behörde vorgelegten Vorschlag zustimmen:

- die absolute Mehrheit der Vertreter der Mitgliedstaaten, einschließlich der Stimmen der Vertreter von zwei Mitgliedstaaten, die mindestens je ein Achtel des Gesamtwerts der Kohle- und Stahlproduktion in der Gemeinschaft umfassen;
- oder, wenn bei Stimmengleichheit die Hohe Behörde ihren Vorschlag nach einer zweiten Beratung aufrechterhält, die Vertreter von drei Mitgliedstaaten, die mindestens je ein Achtel des Gesamtwerts der Kohle- und Stahlproduktion in der Gemeinschaft umfassen.

Ist in diesem Vertrag eine einstimmige Entscheidung oder einstimmige Zustimmung verlangt, so sind hierzu die Stimmen aller Mitglieder des Rates erforderlich. Bei der Anwendung der Artikel 21, 32, 32 a, 78 d und 78 f dieses Vertrages und der Artikel 16, 20 Absatz 3, 28 Absatz 5 und 44 des Protokolls über die Satzung des Gerichtshofes steht jedoch die Stimmenthaltung von anwesenden oder vertretenen Mitgliedern dem Zustandekommen von Beschlüssen des Rates, zu denen Einstimmigkeit erforderlich ist, nicht entgegen.

Mit Ausnahme der Entscheidungen, die einer qualifizierten Mehrheit oder der Einstimmigkeit bedürfen, werden die Entscheidungen des Rates mit Mehrheit der Mitglieder des Rates getroffen; diese Mehrheit gilt als erreicht, wenn sie die absolute Mehrheit der Vertreter der Mitgliedstaaten, einschließlich der Stimmen der Vertreter von zwei Mitgliedstaaten enthält, die mindestens je ein Achtel des Gesamtwerts der Kohle- und Stahlproduktion in der Gemeinschaft umfassen. Die Stimmen der Mitglieder des Rates werden bei Anwendung der Artikel 78, 78 b und 78 d dieses Vertrages, nach denen die qualifizierte Mehrheit erforderlich ist, jedoch wie folgt gewogen: Belgien 5, Dänemark 3, Deutschland 10, Frankreich 10, Irland 3, Italien 10, Luxemburg 2, Niederlande 5, Norwegen 3, Vereinigtes Königreich 10. Beschlüsse kommen zustande, wenn dafür mindestens 43 Stimmen, welche die Zustimmung von mindestens sechs Mitgliedern umfassen, abgegeben werden.

Jedes Mitglied des Rates kann bei Abstimmungen nur für eines der anderen Mitglieder mitstimmen.

Der Rat verkehrt mit den Mitgliedstaaten über seinen Präsidenten.

Die Beschlüsse des Rates werden in der von ihm bestimmten Weise veröffentlicht."

Artikel 13

Artikel 95 Absatz 4 des EGKS-Vertrags erhält folgende Fassung:

„Diese Änderungen werden als Vorschläge von der Hohen Behörde und dem mit einer Mehrheit von neun Zehnteln seiner Mitglieder beschließenden Rat in gegenseitigem Einvernehmen aufgestellt und dem Gerichtshof zur Stellungnahme unterbreitet. Der Gerichtshof hat für seine Prüfung eine tatsächlich und rechtlich unbeschränkte Nachprüfungsbefugnis. Stellt der Gerichtshof aufgrund seiner Prüfung fest, daß die Vorschläge mit den Bestimmungen des vorstehenden Absatzes übereinstimmen, so werden die Vorschläge der Versammlung zugeleitet. Sie treten in Kraft, wenn sie mit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen und zwei Dritteln der Mitglieder der Versammlung gebilligt werden.“

Wherever this Treaty requires that the assent of the Council be given, that assent shall be considered to have been given if the proposal submitted by the High Authority receives the approval:

- of an absolute majority of the representatives of the Member States, including the votes of the representatives of two Member States which each produce at least one eighth of the total value of the coal and steel output of the Community; or
- in the event of an equal division of votes and if the High Authority maintains its proposal after a second discussion, of the representatives of three Member States which each produce at least one eighth of the total value of the coal and steel output of the Community.

Wherever this Treaty requires a unanimous decision or unanimous assent, such decision or assent shall have been duly given if all the members of the Council vote in favour. However, for the purposes of applying Articles 21, 32, 32 a, 78 d and 78 f of this Treaty, and Article 16, the third paragraph of Article 20, the fifth paragraph of Article 28 and Article 44 of the Protocol on the Statute of the Court of Justice, abstention by members present in person or represented shall not prevent the adoption by the Council of acts which require unanimity.

Decisions of the Council, other than those for which a qualified majority or unanimity is required, shall be taken by a vote of the majority of its members; this majority shall be considered to be attained if it represents an absolute majority of the representatives of the Member States, including the votes of the representatives of two Member States which each produce at least one eighth of the total value of the coal and steel output of the Community. However, for the purpose of applying those provisions of Articles 78, 78 b and 78 d of this Treaty which require a qualified majority, the votes of the members of the Council shall be weighted as follows: Belgium 5, Denmark 3, Germany 10, France 10, Ireland 3, Italy 10, Luxembourg 2, Netherlands 5, Norway 3, United Kingdom 10. For their adoption, acts shall require at least forty-three votes in favour, cast by not less than six members.

Where a vote is taken, any member of the Council may act on behalf of not more than one other member.

The Council shall deal with the Member States through its President.

The acts of the Council shall be published in such a manner as it may decide."

Article 13

The following shall be substituted for the fourth paragraph of Article 95 of the ECSC Treaty:

"These amendments shall be proposed jointly by the High Authority and the Council, acting by a nine-tenths majority of its members, and shall be submitted to the Court for its opinion. In considering them, the Court shall have full power to assess all points of fact and of law. If as a result of such consideration it finds the proposals compatible with the provisions of the preceding paragraph, they shall be forwarded to the Assembly and shall enter into force if approved by a majority of three quarters of the votes cast and two thirds of the members of the Assembly."

Dans le cas où le présent traité requiert un avis conforme du Conseil, l'avis est réputé acquis si la proposition soumise par la Haute Autorité recueille l'accord:

- de la majorité absolue des représentants des Etats membres y compris les voix des représentants de deux Etats membres assurant chacun un huitième au moins de la valeur totale des productions de charbon et d'acier de la Communauté;
- ou, en cas de partage égal des voix et si la Haute Autorité maintient sa proposition après une seconde délibération, des représentants de trois Etats membres assurant chacun un huitième au moins de la valeur totale des productions de charbon et d'acier de la Communauté.

Dans le cas où le présent traité requiert une décision à l'unanimité ou un avis conforme à l'unanimité, la décision ou l'avis sont acquis s'ils recueillent les voix de tous les membres du Conseil. Toutefois, pour l'application des articles 21, 32, 32bis, 78^{quinto}, 78^{septimo} du présent traité et de l'article 16, de l'article 20 troisième alinéa, de l'article 28 cinquième alinéa, et de l'article 44 du protocole sur le statut de la Cour de justice, les abstentions des membres présents ou représentés ne font pas obstacle à l'adoption des délibérations du Conseil qui requièrent l'unanimité.

Les décisions du Conseil, autres que celles qui requièrent une majorité qualifiée ou l'unanimité, sont prises à la majorité des membres qui composent le Conseil; cette majorité est réputée acquise si elle comprend la majorité absolue des représentants des Etats membres, y compris les voix des représentants des deux Etats membres assurant chacun un huitième au moins de la valeur totale des productions de charbon et d'acier de la Communauté. Toutefois, les voix des membres du Conseil sont affectées de la pondération suivante pour l'application des dispositions des articles 78, 78^{ter} et 78^{quinto} du présent traité qui requièrent la majorité qualifiée: Belgique 5, Danemark 3, Allemagne 10, France 10, Irlande 3, Italie 10, Luxembourg 2, Pays-Bas 5, Norvège 3, Royaume-Uni 10. Les délibérations sont acquises si elles ont recueilli au moins 43 voix exprimant le vote favorable d'au moins six membres.

En cas de vote, chaque membre du Conseil peut recevoir délégation d'un seul des autres membres.

Le Conseil communique avec les Etats membres par l'intermédiaire de son président.

Les délibérations du Conseil sont publiées dans les conditions arrêtées par lui.»

Article 13

L'article 95 quatrième alinéa du traité CECA est remplacé par les dispositions suivantes:

« Ces modifications font l'objet de propositions établies en accord par la Haute Autorité et par le Conseil statuant à la majorité des neuf dixièmes de ses membres, et soumises à l'avis de la Cour. Dans son examen, la Cour a pleine compétence pour apprécier tous les éléments de fait et de droit. Si, à la suite de cet examen, la Cour reconnaît la conformité des propositions aux dispositions de l'alinéa qui précède, elles sont transmises à l'Assemblée et entrent en vigueur si elles sont approuvées à la majorité des trois quarts des voix exprimées et à la majorité des deux tiers des membres qui composent l'Assemblée.»

Artikel 14

Artikel 148 Absatz 2 des EWG-Vertrags und Artikel 118 Absatz 2 des EAG-Vertrags erhalten folgende Fassung:

„Ist zu einem Beschluß des Rates die qualifizierte Mehrheit erforderlich, so werden die Stimmen der Mitglieder wie folgt gewogen:

Belgien	5
Dänemark	3
Deutschland	10
Frankreich	10
Irland	3
Italien	10
Luxemburg	2
Niederlande	5
Norwegen	3
Vereinigtes Königreich	10

Beschlüsse kommen zustande, wenn dafür mindestens abgegeben werden:

- dreiundvierzig Stimmen in den Fällen, in denen die Beschlüsse nach diesem Vertrag auf Vorschlag der Kommission zu fassen sind;
- dreiundvierzig Stimmen, welche die Zustimmung von mindestens sechs Mitgliedern umfassen, in allen anderen Fällen.“

Kapitel 3

Die Kommission

Artikel 15

Artikel 10 Absatz 1 Unterabsatz 1 des Vertrags zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften erhält folgende Fassung:

„Die Kommission besteht aus vierzehn Mitgliedern, die auf Grund ihrer allgemeinen Befähigung ausgewählt werden und volle Gewähr für ihre Unabhängigkeit bieten müssen.“

Artikel 16

Artikel 14 Absatz 1 des Vertrags zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften erhält folgende Fassung:

„Der Präsident und die fünf Vizepräsidenten der Kommission werden aus deren Mitgliedern für zwei Jahre nach dem Verfahren ernannt, das für die Ernennung der Mitglieder der Kommission vorgesehen ist. Wiederernennung ist zulässig.“

Kapitel 4

Der Gerichtshof

Artikel 17

Artikel 32 Absatz 1 des EGKS-Vertrags, Artikel 165 Absatz 1 des EWG-Vertrags und Artikel 137 Absatz 1 des EAG-Vertrags erhalten folgende Fassung:

„Der Gerichtshof besteht aus elf Richtern.“

Article 14

The following shall be substituted for Article 148 (2) of the EEC Treaty and Article 118 (2) of the Euratom Treaty:

"Where the Council is required to act by a qualified majority, the votes of its members shall be weighted as follows:

Belgium	5
Denmark	3
Germany	10
France	10
Ireland	3
Italy	10
Luxembourg	2
Netherlands	5
Norway	3
United Kingdom	10.

For their adoption, acts of the Council shall require at least:

- forty-three votes in favour where this Treaty requires them to be adopted on a proposal from the Commission,
- forty-three votes in favour, cast by at least six members, in other cases."

Chapter 3
The Commission

Article 15

The following shall be substituted for the first subparagraph of Article 10 (1) of the Treaty establishing a Single Council and a Single Commission of the European Communities:

"The Commission shall consist of fourteen members, who shall be chosen on the grounds of their general competence and whose independence is beyond doubt."

Article 16

The following shall be substituted for the first paragraph of Article 14 of the Treaty establishing a Single Council and a Single Commission of the European Communities:

"The President and the five Vice-Presidents of the Commission shall be appointed from among its members for a term of two years in accordance with the same procedure as that laid down for the appointment of members of the Commission. Their appointments may be renewed."

Chapter 4
The Court of Justice

Article 17

The following shall be substituted for the first paragraph of Article 32 of the ECSC Treaty, the first paragraph of Article 165 of the EEC Treaty and the first paragraph of Article 137 of the Euratom Treaty:

"The Court of Justice shall consist of eleven Judges."

Article 14

L'article 148 paragraphe 2 du traité CEE et l'article 118 paragraphe 2 du traité CEEA sont remplacés par les dispositions suivantes:

«Pour les délibérations du Conseil qui requièrent une majorité qualifiée, les voix des membres sont affectées de la pondération suivante:

Belgique	5
Danemark	3
Allemagne	10
France	10
Irlande	3
Italie	10
Luxembourg	2
Pays-Bas	5
Norvège	3
Royaume-Uni	10

Les délibérations sont acquises si elles ont recueilli au moins:

- quarante-trois voix lorsqu'en vertu du présent traité, elles doivent être prises sur proposition de la Commission,
- quarante-trois voix exprimant le vote favorable d'au moins six membres dans les autres cas.»

Chapitre 3
La Commission

Article 15

L'article 10 paragraphe 1 premier alinéa du traité instituant un Conseil unique et une Commission unique des Communautés européennes est remplacé par les dispositions suivantes:

«La Commission est composée de quatorze membres choisis en raison de leur compétence générale et offrant toutes garanties d'indépendance.»

Article 16

L'article 14 premier alinéa du traité instituant un Conseil unique et une Commission unique des Communautés européennes est remplacé par les dispositions suivantes:

«Le président et les cinq vice-présidents de la Commission sont désignés parmi les membres de celle-ci pour deux ans, selon la même procédure que celle prévue pour la nomination des membres de la Commission. Leur mandat peut être renouvelé.»

Chapitre 4
La Cour de justice

Article 17

L'article 32 premier alinéa du traité CECA, l'article 165 premier alinéa du traité CEE et l'article 137 premier alinéa du traité CEEA sont remplacés par les dispositions suivantes:

«La Cour de justice est formée de onze juges

Artikel 18

Artikel 32 a Absatz 1 des EGKS-Vertrags, Artikel 166 Absatz 1 des EWG-Vertrags und Artikel 138 Absatz 1 des EAG-Vertrags erhalten folgende Fassung:

„Der Gerichtshof wird von drei Generalanwälten unterstützt.“

Artikel 19

Artikel 32 b Absätze 2 und 3 des EGKS-Vertrags, Artikel 167 Absätze 2 und 3 des EWG-Vertrags und Artikel 139 Absätze 2 und 3 des EAG-Vertrags erhalten folgende Fassung:

„Alle drei Jahre findet eine teilweise Neubesetzung der Richterstellen statt. Sie betrifft abwechselnd je sechs und fünf Richter.“

Alle drei Jahre findet eine teilweise Neubesetzung der Stellen der Generalanwälte statt. Sie betrifft abwechselnd je einen und zwei Generalanwälte.“

Artikel 20

Artikel 18 Absatz 2 des Protokolls über die Satzung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Artikel 15 des Protokolls über die Satzung des Gerichtshofs der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Artikel 15 des Protokolls über die Satzung des Gerichtshofs der Europäischen Atomgemeinschaft erhalten folgende Fassung:

„Der Gerichtshof kann nur in der Besetzung mit einer ungeraden Zahl von Richtern rechtswirksam entscheiden. Die in Vollsitzungen getroffenen Entscheidungen des Gerichtshofs sind gültig, wenn sieben Richter anwesend sind. Die Entscheidungen der Kammern sind nur dann gültig, wenn sie von drei Richtern getroffen werden; bei Verhinderung eines Richters einer Kammer kann nach Maßgabe der Verfahrensordnung ein Richter einer anderen Kammer herangezogen werden.“

Kapitel 5

Der Wirtschafts- und Sozialausschuß

Artikel 21

Artikel 194 Absatz 1 des EWG-Vertrags und Artikel 166 Absatz 1 des EAG-Vertrags erhalten folgende Fassung:

„Die Zahl der Mitglieder des Ausschusses wird wie folgt festgesetzt:

Belgien	12
Dänemark	9
Deutschland	24
Frankreich	24
Irland	9
Italien	24
Luxemburg	6
Niederlande	12
Norwegen	9
Vereinigtes Königreich	24“

Article 18

The following shall be substituted for the first paragraph of Article 32 a of the ECSC Treaty, the first paragraph of Article 166 of the EEC Treaty and the first paragraph of Article 138 of the Euratom Treaty:

“The Court of Justice shall be assisted by three Advocates-General.”

Article 19

The following shall be substituted for the second and third paragraphs of Article 32 b of the ECSC Treaty, the second and third paragraphs of Article 167 of the EEC Treaty and the second and third paragraphs of Article 139 of the Euratom Treaty:

“Every three years there shall be a partial replacement of the Judges. Six and five Judges shall be replaced alternately.

Every three years there shall be a partial replacement of the Advocates-General. One and two Advocates-General shall be replaced alternately.”

Article 20

The following shall be substituted for the second paragraph of Article 18 of the Protocol on the Statute of the Court of Justice of the European Coal and Steel Community, Article 15 of the Protocol on the Statute of the Court of Justice of the European Economic Community and Article 15 of the Protocol on the Statute of the Court of Justice of the European Atomic Energy Community:

“Decisions of the Court shall be valid only when an uneven number of its members is sitting in the deliberations. Decisions of the full Court shall be valid if seven members are sitting. Decisions of the Chambers shall be valid only if three Judges are sitting; in the event of one of the Judges of a Chamber being prevented from attending, a Judge of another Chamber may be called upon to sit in accordance with conditions laid down in the rules of procedure.”

Chapter 5

The Economic and Social Committee

Article 21

The following shall be substituted for the first paragraph of Article 194 of the EEC Treaty and the first paragraph of Article 166 of the Euratom Treaty:

“The number of members of the Committee shall be as follows:

Belgium	12
Denmark	9
Germany	24
France	24
Ireland	9
Italy	24
Luxembourg	6
Netherlands	12
Norway	9
United Kingdom	24.”

Article 18

L'article 32^{bis} premier alinéa du traité CECA, l'article 166 premier alinéa du traité CEE et l'article 138 premier alinéa du traité CEEA sont remplacés par les dispositions suivantes:

«La Cour de justice est assistée de trois avocats généraux.»

Article 19

L'article 32^{er} deuxième et troisième alinéas du traité CECA, l'article 167 deuxième et troisième alinéas du traité CEE et l'article 139 deuxième et troisième alinéas du traité CEEA sont remplacés par les dispositions suivantes:

«Un renouvellement partiel des juges a lieu tous les trois ans. Il porte alternativement sur six et cinq juges.

Un renouvellement partiel des avocats généraux a lieu tous les trois ans. Il porte alternativement sur un et deux avocats généraux.»

Article 20

L'article 18 deuxième alinéa du protocole sur le statut de la Cour de justice de la Communauté européenne du charbon et de l'acier, l'article 15 du protocole sur le statut de la Cour de justice de la Communauté économique européenne et l'article 15 du protocole sur le statut de la Cour de justice de la Communauté européenne de l'énergie atomique sont remplacés par les dispositions suivantes:

«La Cour ne peut valablement délibérer qu'en nombre impair. Les délibérations de la Cour, siégeant en séance plénière, sont valables si sept juges sont présents. Les délibérations des chambres ne sont valables que si elles sont prises par trois juges; en cas d'empêchement de l'un des juges composant une chambre, il peut être fait appel à un juge faisant partie d'une autre chambre dans les conditions déterminées par le règlement de procédure.»

Chapitre 5

Le Comité économique et social

Article 21

L'article 194 premier alinéa du traité CEE et l'article 166 premier alinéa du traité CEEA sont remplacés par les dispositions suivantes:

«Le nombre des membres du Comité est fixé ainsi qu'il suit:

Belgique	12
Danemark	9
Allemagne	24
France	24
Irlande	9
Italie	24
Luxembourg	6
Pays-Bas	12
Norvège	9
Royaume-Uni	24.»

Kapitel 6**Der Beratende Ausschuß der EGKS**

Artikel 22

Artikel 18 Absatz 1 des EGKS-Vertrags erhält folgende Fassung:

„Bei der Hohen Behörde wird ein Beratender Ausschuß gebildet. Er besteht aus mindestens sechzig und höchstens vierundachtzig Mitgliedern, und zwar aus einer gleichen Anzahl von Vertretern der Erzeuger, der Arbeitnehmer sowie der Verbraucher und Händler.“

Kapitel 7**Der Ausschuß für Wissenschaft und Technik**

Artikel 23

Artikel 134 Absatz 2 Unterabsatz 1 des EAG-Vertrags erhält folgende Fassung:

„Der Ausschuß besteht aus achtundzwanzig Mitgliedern, die vom Rat nach Anhörung der Kommission ernannt werden.“

Titel II

Sonstige Anpassungen

Artikel 24

1. Artikel 131 Absatz 1 Satz 1 des EWG-Vertrags wird dadurch ergänzt, daß zusätzlich zu den dort aufgeführten Mitgliedstaaten Norwegen und das Vereinigte Königreich genannt werden.

2. Die dem EWG-Vertrag als Anhang IV beigefügte Liste wird durch Hinzufügung folgender Länder und Gebiete ergänzt:

Französisch-britisches Kondominium Neue Hebriden
Norwegische Besitzungen in der Antarktis (Bouvetinsel, Peter-I.-Insel und Königin-Maud-Land)
Assoziierte Staaten im Karibischen Raum: Antigua, Dominica, Grenada, Santa Lucia, St. Vincent, St. Christoph-Nevis-Anguilla
Bahama-Inseln
Bermuda
Britische Jungferninseln
Britische Salomonen
Britisches Antarktis-Territorium
Britisches Territorium im Indischen Ozean
Britisch-Honduras
Brunei
Falklandinseln und Nebengebiete
Gilbert- und Ellice-Inseln
Kaimaninseln
Mittlere und südliche Linieninseln
Montserrat
Pitcairn
St. Helena und Nebengebiete
Seychellen
Turks- und Caicosinseln

Chapter 6**The ECSC Consultative Committee****Article 22**

The following shall be substituted for the first paragraph of Article 18 of the ECSC Treaty:

"A Consultative Committee shall be attached to the High Authority. It shall consist of not less than sixty and not more than eighty-four members and shall comprise equal numbers of producers, of workers and of consumers and dealers."

Chapter 7**The Scientific and Technical Committee****Article 23**

The following shall be substituted for the first subparagraph of Article 134 (2) of the Euratom Treaty:

"The Committee shall consist of twenty-eight members, appointed by the Council after consultation with the Commission."

Title II**Other Adjustments****Article 24**

1. Norway and the United Kingdom shall be added to the Member States specified in the first sentence of Article 131 of the EEC Treaty.

2. The following countries and territories shall be added to the list in Annex IV to the EEC Treaty:

Anglo-French Condominium of the New Hebrides
 Norwegian possessions in the Antarctic (Bouvet Island, Peter I Island and Queen Maud Land)
 The Bahamas
 Bermuda
 British Antarctic Territory
 British Honduras
 British Indian Ocean Territory
 British Solomon Islands
 British Virgin Islands
 Brunei
 Associated States in the Caribbean: Antigua, Dominica, Grenada, St Lucia, St Vincent, St Kitts-Nevis-Anguilla
 Cayman Islands
 Central and Southern Line Islands
 Falkland Islands and Dependencies
 Gilbert and Ellice Islands
 Montserrat
 Pitcairn
 St Helena and Dependencies
 The Seychelles
 Turks and Caicos Islands.

Chapitre 6**Le Comité consultatif CECA****Article 22**

L'article 18 premier alinéa du traité CECA est remplacé par les dispositions suivantes:

«Un comité consultatif est institué auprès de la Haute Autorité. Il est composé de soixante membres au moins et de quatre-vingt-quatre au plus et comprend, en nombre égal, des producteurs, des travailleurs et des utilisateurs et négociants.»

Chapitre 7**Le Comité scientifique et technique****Article 23**

L'article 134 paragraphe 2 premier alinéa du traité CEEA est remplacé par les dispositions suivantes:

«Le comité est composé de vingt-huit membres, nommés par le Conseil après consultation de la Commission.»

Titre II**Autres adaptations****Article 24**

1. L'article 131 du traité CEE est complété par la mention de la Norvège et du Royaume-Uni parmi les Etats membres cités dans la première phrase de cet article.

2. La liste qui fait l'objet de l'annexe IV du traité CEE est complétée par la mention des pays et territoires suivants:

Le Condominium franco-britannique des Nouvelles-Hébrides
 Possessions de la Norvège dans l'Antarctique (Ile Bouvet, Ile Pierre 1^{er} et Terre de la Reine Maud).
 Les Bahamas
 Les Bermudes
 Brunei
 Les Etats associés de la mer des Caraïbes: Antigua, la Dominique, Grenade, Sainte-Lucie, Saint-Vincent, Saint-Christophe/Nevis/Anguilla
 Le Honduras britannique
 Les Iles Caïmanes
 Les Iles Falkland et leurs dépendances
 Les Iles Gilbert et Ellice
 Les Iles de la ligne méridionales et centrales
 Les Iles Salomon britanniques
 Les Iles Turques et Caïques
 Les Iles Vierges britanniques
 Montserrat
 Pitcairn
 Sainte-Hélène et ses dépendances
 Les Seychelles
 Le Territoire Antarctique britannique
 Le Territoire britannique de l'Océan Indien.

Artikel 25

Artikel 79 des EGKS-Vertrags wird durch Hinzufügung des folgenden neuen Absatzes im Anschluß an Absatz 1 ergänzt:

„Abweichend von Absatz 1 gilt:

- a) Dieser Vertrag findet auf die Färöer keine Anwendung. Die Regierung des Königreichs Dänemark kann jedoch durch eine Erklärung, die spätestens am 31. Dezember 1975 bei der Regierung der Französischen Republik zu hinterlegen ist, notifizieren, daß dieser Vertrag auf die genannten Inseln Anwendung findet; die Regierung der Französischen Republik übermittelt den Regierungen der anderen Mitgliedstaaten eine beglaubigte Abschrift. In diesem Fall findet der Vertrag vom ersten Tag des zweiten auf die Hinterlegung der Erklärung folgenden Monats an auf die genannten Inseln Anwendung.
- b) Dieser Vertrag findet auf die Hoheitszonen des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland auf Zypern keine Anwendung.
- c) Dieser Vertrag findet auf die Kanalinseln und die Insel Man nur insoweit Anwendung, als dies erforderlich ist, um die Anwendung der Regelung sicherzustellen, die in dem Beschluß über den Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands, des Königreichs Norwegen und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl für diese Inseln vorgesehen ist.“

Artikel 26

1. Artikel 227 Absatz 1 des EWG-Vertrags erhält folgende Fassung:

„1. Dieser Vertrag gilt für das Königreich Belgien, das Königreich Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland, die Französische Republik, Irland, die Italienische Republik, das Großherzogtum Luxemburg, das Königreich der Niederlande, das Königreich Norwegen und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland.“

2. Artikel 227 Absatz 3 des EWG-Vertrags wird durch Hinzufügung des folgenden neuen Unterabsatzes ergänzt:

„Dieser Vertrag findet keine Anwendung auf die überseeischen Länder und Hoheitsgebiete, die besondere Beziehungen zum Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland unterhalten und die in dem genannten Anhang nicht aufgeführt sind.“

3. Artikel 227 des EWG-Vertrags wird durch Hinzufügung des folgenden Absatzes 5 ergänzt:

„5. Abweichend von den Absätzen 1 bis 4 gilt:

- a) Dieser Vertrag findet auf die Färöer keine Anwendung. Die Regierung des Königreichs Dänemark kann jedoch durch eine Erklärung, die spätestens am 31. Dezember 1975 bei der Regierung der Italienischen Republik zu hinterlegen ist, notifizieren, daß dieser Vertrag auf die genannten Inseln Anwendung findet; die Regierung der Italienischen Republik übermittelt den Regierungen der anderen Mitgliedstaaten eine beglaubigte Abschrift. In diesem Fall findet der Vertrag vom ersten Tag des zweiten auf die Hinterlegung der Erklärung folgenden Monats an auf die genannten Inseln Anwendung.
- b) Dieser Vertrag findet auf die Hoheitszonen des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland auf Zypern keine Anwendung

Article 25

The following paragraph shall be added after the first paragraph of Article 79 of the ECSC Treaty:

“Notwithstanding the preceding paragraph:

- (a) This Treaty shall not apply to the Faroe Islands. The Government of the Kingdom of Denmark may, however, give notice, by a declaration deposited by 31 December 1975 at the latest with the Government of the French Republic, which shall transmit a certified copy thereof to each of the Governments of the other Member States, that this Treaty shall apply to those Islands. In that event, this Treaty shall apply to those Islands from the first day of the second month following the deposit of the declaration.
- (b) This Treaty shall not apply to the Sovereign Base Areas of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland in Cyprus.
- (c) This Treaty shall apply to the Channel Islands and the Isle of Man only to the extent necessary to ensure the implementation of the arrangements for those islands set out in the Decision concerning the accession of the Kingdom of Denmark, Ireland, the Kingdom of Norway and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland to the European Coal and Steel Community.”

Article 26

1. The following shall be substituted for Article 227 (1) of the EEC Treaty:

“1. This Treaty shall apply to the Kingdom of Belgium, the Kingdom of Denmark, the Federal Republic of Germany, the French Republic, Ireland, the Italian Republic, the Grand Duchy of Luxembourg, the Kingdom of the Netherlands, the Kingdom of Norway and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland.”

2. The following subparagraph shall be added to Article 227 (3) of the EEC Treaty:

“This Treaty shall not apply to those overseas countries and territories having special relations with the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland which are not included in the afore-mentioned list.”

3. The following paragraph shall be added to Article 227 of the EEC Treaty:

“5. Notwithstanding the preceding paragraphs:

- (a) This Treaty shall not apply to the Faroe Islands. The Government of the Kingdom of Denmark may, however, give notice, by a declaration deposited by 31 December 1975 at the latest with the Government of the Italian Republic, which shall transmit a certified copy thereof to each of the Governments of the other Member States, that this Treaty shall apply to those Islands. In that event, this Treaty shall apply to those Islands from the first day of the second month following the deposit of the declaration.
- (b) This Treaty shall not apply to the Sovereign Base Areas of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland in Cyprus.

Article 25

L'article 79 du traité CECA est complété par l'adjonction, après le premier alinéa, d'un nouvel alinéa ainsi conçu:

« Par dérogation à l'alinéa précédent:

- a) Le présent traité ne s'applique pas aux îles Féroé. Toutefois, le gouvernement du Royaume de Danemark peut notifier, par une déclaration déposée au plus tard le 31 décembre 1975 auprès du gouvernement de la République française qui en remet une copie certifiée conforme à chacun des gouvernements des autres Etats membres, que le présent traité est applicable à ces îles. Dans ce cas, le présent traité s'applique à ces îles à partir du premier jour du second mois suivant le dépôt de cette déclaration.
- b) Le présent traité ne s'applique pas aux zones de souveraineté du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord à Chypre.
- c) Les dispositions du présent traité ne sont applicables aux îles anglo-normandes et à l'île de Man que dans la mesure nécessaire pour assurer l'application du régime prévu pour ces îles par la décision relative à l'adhésion à la Communauté européenne du charbon et de l'acier du Royaume de Danemark, de l'Irlande, du Royaume de Norvège et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord. »

Article 26

1. L'article 227 paragraphe 1 du traité CEE est remplacé par les dispositions suivantes:

« 1. Le présent traité s'applique au Royaume de Belgique, au Royaume de Danemark, à la République fédérale d'Allemagne, à la République française, à l'Irlande, à la République italienne, au Grand-Duché de Luxembourg, au Royaume des Pays-Bas, au Royaume de Norvège et au Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord. »

2. L'article 227 paragraphe 3 du traité CEE est complété par l'adjonction de l'alinéa suivant:

« Le présent traité ne s'applique pas aux pays et territoires d'outre-mer entretenant des relations particulières avec le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord qui ne sont pas mentionnés dans la liste précitée. »

3. L'article 227 du traité CEE est complété par l'adjonction d'un paragraphe 5 ainsi conçu:

« 5. Par dérogation aux paragraphes précédents:

- a) Le présent traité ne s'applique pas aux îles Féroé. Toutefois, le gouvernement du Royaume de Danemark peut notifier, par une déclaration déposée au plus tard le 31 décembre 1975 auprès du gouvernement de la République italienne qui en remet une copie certifiée conforme à chacun des gouvernements des autres Etats membres, que le présent traité est applicable à ces îles. Dans ce cas, le présent traité s'applique à ces îles à partir du premier jour du second mois suivant le dépôt de cette déclaration.
- b) Le présent traité ne s'applique pas aux zones de souveraineté du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord à Chypre.

- c) Dieser Vertrag findet auf die Kanalinseln und die Insel Man nur insoweit Anwendung, als dies erforderlich ist, um die Anwendung der Regelung sicherzustellen, die im Vertrag über den Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands, des Königreichs Norwegen und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur Europäischen Atomgemeinschaft für diese Inseln vorgesehen ist."

Artikel 27

Artikel 198 des EAG-Vertrags wird durch Hinzufügung des folgenden Absatzes ergänzt:

„Abweichend von den Absätzen 1 und 2 gilt:

- a) Dieser Vertrag findet auf die Färöer keine Anwendung. Die Regierung des Königreichs Dänemark kann jedoch durch eine Erklärung, die spätestens am 31. Dezember 1975 bei der Regierung der Italienischen Republik zu hinterlegen ist, notifizieren, daß dieser Vertrag auf die genannten Inseln Anwendung findet; die Regierung der Italienischen Republik übermittelt den Regierungen der anderen Mitgliedstaaten eine beglaubigte Abschrift. In diesem Fall findet der Vertrag vom ersten Tag des zweiten auf die Hinterlegung der Erklärung folgenden Monats an auf die genannten Inseln Anwendung.
- b) Dieser Vertrag findet auf die Hoheitszonen des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland auf Zypern keine Anwendung.
- c) Dieser Vertrag findet keine Anwendung auf die überseeischen Länder und Hoheitsgebiete, die besondere Beziehungen zum Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland unterhalten und die in Anhang IV des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nicht aufgeführt sind.
- d) Dieser Vertrag findet auf die Kanalinseln und die Insel Man nur insoweit Anwendung, als dies erforderlich ist, um die Anwendung der Regelung sicherzustellen, die im Vertrag über den Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands, des Königreichs Norwegen und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur Europäischen Atomgemeinschaft für diese Inseln vorgesehen ist."

Artikel 28

Die Rechtsakte der Organe der Gemeinschaft betreffend die Erzeugnisse des Anhangs II des EWG-Vertrags und die Erzeugnisse, die bei der Einfuhr in die Gemeinschaft infolge der Durchführung der gemeinsamen Agrarpolitik einer Sonderregelung unterliegen, sowie die Rechtsakte betreffend die Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Umsatzsteuer sind auf Gibraltar nicht anwendbar, sofern der Rat nicht einstimmig auf Vorschlag der Kommission etwas anderes bestimmt.

Dritter Teil

Anpassungen der Rechtsakte der Organe

Artikel 29

Die in der Liste des Anhangs I aufgeführten Rechtsakte sind Gegenstand der in diesem Anhang festgelegten Anpassungen

(c) This Treaty shall apply to the Channel Islands and the Isle of Man only to the extent necessary to ensure the implementation of the arrangements for those islands set out in the Treaty concerning the accession of the Kingdom of Denmark, Ireland, the Kingdom of Norway and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland to the European Economic Community and to the European Atomic Energy Community."

Article 27

The following paragraph shall be added to Article 198 of the Euratom Treaty:

"Notwithstanding the previous paragraphs:

- (a) This Treaty shall not apply to the Faroe Islands. The Government of the Kingdom of Denmark may, however, give notice, by a declaration deposited by 31 December 1975 at the latest with the Government of the Italian Republic, which shall transmit a certified copy thereof to each of the Governments of the other Member States, that this Treaty shall apply to those Islands. In that event, this Treaty shall apply to those Islands from the first day of the second month following the deposit of the declaration.
- (b) This Treaty shall not apply to the Sovereign Base Areas of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland in Cyprus.
- (c) This Treaty shall not apply to those overseas countries and territories having special relations with the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland which are not listed in Annex IV to the Treaty establishing the European Economic Community.
- (d) This Treaty shall apply to the Channel Islands and the Isle of Man only to the extent necessary to ensure the implementation of the arrangements for those islands set out in the Treaty concerning the accession of the Kingdom of Denmark, Ireland, the Kingdom of Norway and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland to the European Economic Community and to the European Atomic Energy Community."

Article 28

Acts of the institutions of the Community relating to the products in Annex II to the EEC Treaty and the products subject, on importation into the Community, to specific rules as a result of the implementation of the common agricultural policy, as well as the acts on the harmonization of legislation of Member States concerning turnover taxes, shall not apply to Gibraltar unless the Council, acting unanimously on a proposal from the Commission, provides otherwise.

Part Three

Adaptations to Acts Adopted by the Institutions

Article 29

The acts listed in Annex I to this Act shall be adapted as specified in that Annex.

c) Les dispositions du présent traité ne sont applicables aux îles anglo-normandes et à l'île de Man que dans la mesure nécessaire pour assurer l'application du régime prévu pour ces îles par le traité relatif à l'adhésion à la Communauté économique européenne et à la Communauté européenne de l'énergie atomique du Royaume de Danemark, de l'Irlande, du Royaume de Norvège et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord.

Article 27

L'article 198 du traité CEEA est complété par l'adjonction de l'alinéa suivant:

« Par dérogation aux alinéas précédents:

- a) Le présent traité ne s'applique pas aux îles Féroé. Toutefois, le gouvernement du Royaume de Danemark peut notifier, par une déclaration déposée au plus tard le 31 décembre 1975 auprès du gouvernement de la République italienne qui en remet une copie certifiée conforme à chacun des gouvernements des autres Etats membres, que le présent traité est applicable à ces îles. Dans ce cas, le présent traité s'applique à ces îles à partir du premier jour du second mois suivant le dépôt de cette déclaration.
- b) Le présent traité ne s'applique pas aux zones de souveraineté du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord à Chypre.
- c) Le présent traité ne s'applique pas aux pays et territoires d'outre-mer entretenant des relations particulières avec le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord qui ne sont pas mentionnés dans la liste figurant à l'annexe IV du traité instituant la Communauté économique européenne.
- d) Les dispositions du présent traité ne sont applicables aux îles anglo-normandes et à l'île de Man que dans la mesure nécessaire pour assurer l'application du régime prévu pour ces îles par le traité relatif à l'adhésion à la Communauté économique européenne et à la Communauté européenne de l'énergie atomique du Royaume de Danemark, de l'Irlande, du Royaume de Norvège et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord.»

Article 28

Les actes des institutions de la Communauté visant les produits de l'annexe II du traité CEE et les produits soumis à l'importation dans la Communauté à une réglementation spécifique comme conséquence de la mise en œuvre de la politique agricole commune, ainsi que les actes en matière d'harmonisation des législations des Etats membres relatives aux taxes sur le chiffre d'affaires ne sont pas applicables à Gibraltar, à moins que le Conseil statuant à l'unanimité sur proposition de la Commission n'en dispose autrement.

Troisième partie

Les adaptations des actes pris par les institutions

Article 29

Les actes énumérés dans la liste figurant à l'annexe I du présent acte font l'objet des adaptations définies dans ladite annexe.

Artikel 30

Die infolge des Beitritts erforderlichen Anpassungen der Rechtsakte, die in der Liste des Anhangs II aufgeführt sind, werden im Einklang mit den dort aufgestellten Leitlinien nach dem Verfahren und nach Maßgabe des Artikels 153 festgelegt.

Vierter Teil Übergangsmaßnahmen

Titel I

Freier Warenverkehr

Kapitel I

Zollbestimmungen

Artikel 31

1. Für jede Ware gilt als Ausgangszollsatz, nach dem die in den Artikeln 32 und 59 vorgesehenen aufeinanderfolgenden Herabsetzungen vorgenommen werden, der am 1. Januar 1972 tatsächlich angewandte Zollsatz.

Für jede Ware gilt als Ausgangszollsatz für die in den Artikeln 39 und 59 vorgesehenen Annäherungen an den Gemeinsamen Zolltarif und den vereinheitlichten EGKS-Tarif der von den neuen Mitgliedstaaten am 1. Januar 1972 tatsächlich angewandte Zollsatz.

Im Sinne dieser Akte bedeutet „vereinheitlichter EGKS-Tarif“ das Zolltarifschema sowie die geltenden Zollsätze für die Erzeugnisse der Anlage I des EGKS-Vertrags, ausgenommen Kohle.

2. Werden nach dem 1. Januar 1972 Zollherabsetzungen durchgeführt, die sich aus dem hauptsächlich chemische Waren betreffenden Übereinkommen in Ergänzung des Genfer Protokolls von 1967 zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen ergeben, so treten die herabgesetzten Zollsätze an die Stelle der in Absatz 1 genannten Ausgangszollsätze.

Artikel 32

1. Die Einfuhrzölle werden zwischen der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung und den neuen Mitgliedstaaten sowie zwischen den neuen Mitgliedstaaten schrittweise wie folgt abgeschafft:

- am 1. April 1973 wird jeder Zoll auf 80 v. H. des Ausgangszolls herabgesetzt;
- die vier weiteren Herabsetzungen um jeweils 20 v. H. erfolgen am
 - 1. Januar 1974
 - 1. Januar 1975
 - 1. Januar 1976
 - 1. Juli 1977

2. Abweichend von Absatz 1

- a) werden die Einfuhrzölle für Kohle im Sinne der Anlage I des EGKS-Vertrags zwischen den Mitgliedstaaten mit dem Beitritt abgeschafft;
- b) werden die Einfuhrzölle für die in Anhang III aufgeführten Erzeugnisse am 1. Januar 1974 abgeschafft;
- c) wird vom Beitritt an für Einfuhren im Sinne der Bestimmungen über die Steuerbefreiung im Rahmen des Reiseverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten Zollfreiheit gewährt.

Article 30

The adaptations to the acts listed in Annex II to this Act made necessary by accession shall be drawn up in conformity with the guidelines set out in that Annex and in accordance with the procedure and under the conditions laid down in Article 153.

Part Four
Transitional Measures

Title I
Free Movement of Goods

Chapter 1
Tariff Provisions

Article 31

1. The basic duty to which the successive reductions provided for in Articles 32 and 59 are to be applied shall, for each product, be the duty actually applied on 1 January 1972.

The basic duty used for the moves towards the Common Customs Tariff and the ECSC unified tariff provided for in Articles 39 and 59 shall, for each product, be the duty actually applied by the new Member States on 1 January 1972.

For the purposes of this Act, "ECSC unified tariff" means the customs nomenclature and the existing customs duties for the products in Annex I to the ECSC Treaty, other than coal.

2. If, after 1 January 1972, any tariff reductions deriving from the Agreement Relating Principally to Chemicals supplementary to the Geneva (1967) Protocol to the General Agreement on Tariffs and Trade become applicable, the reduced duties shall replace the basic duties referred to in paragraph 1.

Article 32

1. Customs duties on imports between the Community as originally constituted and the new Member States and between the new Member States themselves shall be progressively abolished in accordance with the following timetable:

- on 1 April 1973, each duty shall be reduced to 80% of the basic duty;
- the four other reductions of 20% each shall be made on:
 - 1 January 1974;
 - 1 January 1975;
 - 1 January 1976;
 - 1 July 1977.

2. Notwithstanding paragraph 1:

- (a) customs duties on imports of coal within the meaning of Annex I to the ECSC Treaty shall be abolished between Member States from the date of accession;
- (b) customs duties on imports of products listed in Annex III to this Act shall be abolished on 1 January 1974;
- (c) duty-free entry shall, from the date of accession, apply to imports which benefit from the provisions relating to tax exemptions applicable to persons travelling from one Member State to another.

Article 30

Les adaptations des actes énumérés dans la liste figurant à l'annexe II du présent acte qui sont rendues nécessaires par l'adhésion sont établies conformément aux orientations définies par ladite annexe et selon la procédure et dans les conditions prévues par l'article 153.

Quatrième partie
Les mesures transitoires

Titre I
La libre circulation
des marchandises

Chapitre 1
Dispositions tarifaires

Article 31

1. Pour chaque produit, le droit de base sur lequel les réductions successives prévues aux articles 32 et 59 doivent être opérées est le droit effectivement appliqué le 1^{er} janvier 1972.

Pour chaque produit, le droit de base retenu pour les rapprochements vers le tarif douanier commun et vers le tarif unifié CECA prévus aux articles 39 et 59 est le droit effectivement appliqué par les nouveaux Etats membres le 1^{er} janvier 1972.

Au sens du présent acte, on entend par « tarif unifié CECA » l'ensemble constitué par la nomenclature douanière et les droits de douane existants pour les produits de l'annexe I du traité CECA, à l'exception du charbon.

2. Si après le 1^{er} janvier 1972 des réductions de droits découlant de l'accord concernant principalement les produits chimiques, additionnel au Protocole de Genève (1967) annexé à l'Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce, deviennent applicables, les droits ainsi réduits se substituent aux droits de base visés au paragraphe 1.

Article 32

1. Les droits de douane à l'importation entre la Communauté dans sa composition originaire et les nouveaux Etats membres, et entre les nouveaux Etats membres, sont progressivement supprimés selon le rythme suivant:

- le 1^{er} avril 1973, chaque droit est ramené à 80% du droit de base;
- les quatre autres réductions de 20% chacune sont effectuées:
 - le 1^{er} janvier 1974
 - le 1^{er} janvier 1975
 - le 1^{er} janvier 1976
 - le 1^{er} juillet 1977.

2. Par dérogation au paragraphe 1:

- a) les droits de douane à l'importation sur le charbon au sens de l'annexe I du traité CECA sont supprimés entre les Etats membres dès l'adhésion;
- b) les droits de douane à l'importation pour les produits énumérés à l'annexe III du présent acte sont supprimés le 1^{er} janvier 1974;
- c) une franchise des droits de douane est appliquée dès l'adhésion aux importations bénéficiant des dispositions relatives à la franchise fiscale dans le cadre du trafic de voyageurs entre les Etats membres.

3. Bei den in Anhang IV aufgeführten Erzeugnissen, die Gegenstand vertraglicher Präferenzmargen zwischen dem Vereinigten Königreich und bestimmten anderen Ländern sind, für die Commonwealth-Präferenzen gelten, kann das Vereinigte Königreich die erste der in Absatz 1 vorgesehenen Zollherabsetzungen bis zum 1. Juli 1973 aufschieben.

4. Absatz 1 berührt nicht die Möglichkeit, für bestimmte Eisen- und Stahlerzeugnisse, die in der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung nicht oder nicht in ausreichender Menge oder Qualität hergestellt werden, Zollkontingente zu eröffnen.

Artikel 33

Innerhalb der Gemeinschaft werden in keinem Fall höhere Zollsätze als gegenüber dritten Ländern angewandt, für die die Meistbegünstigungsklausel gilt.

Bei Änderung oder bei Aussetzung von Sätzen des Gemeinsamen Zolltarifs oder bei Anwendung des Artikels 41 durch die neuen Mitgliedstaaten kann der Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission die zur Aufrechterhaltung der Gemeinschaftspräferenz erforderlichen Maßnahmen beschließen.

Artikel 34

Jeder neue Mitgliedstaat kann die Anwendung seiner Zollsätze für aus anderen Mitgliedstaaten eingeführte Waren ganz oder teilweise aussetzen. Er gibt den anderen Mitgliedstaaten und der Kommission davon Kenntnis.

Artikel 35

Jede ab 1. Januar 1972 im Handel zwischen der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung und den neuen Mitgliedstaaten sowie zwischen den neuen Mitgliedstaaten eingeführte Abgabe mit gleicher Wirkung wie ein Einfuhrzoll wird am 1. Januar 1973 abgeschafft.

Jede Abgabe mit gleicher Wirkung wie ein Einfuhrzoll, deren Satz am 31. Dezember 1972 höher ist als der am 1. Januar 1972 tatsächlich angewandte Satz, wird am 1. Januar 1973 auf die Höhe dieses Satzes gesenkt.

Artikel 36

1. Die Abgaben mit gleicher Wirkung wie Einfuhrzölle werden zwischen der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung und den neuen Mitgliedstaaten sowie zwischen den neuen Mitgliedstaaten schrittweise wie folgt abgeschafft:

- spätestens am 1. Januar 1974 wird jede Abgabe auf 60 v. H. des am 1. Januar 1972 angewandten Satzes herabgesetzt;
- die drei weiteren Herabsetzungen um jeweils 20 v. H. erfolgen am
 - 1. Januar 1975
 - 1. Januar 1976
 - 1. Juli 1977

2. Abweichend von Absatz 1
a) werden die Abgaben mit gleicher Wirkung wie Einfuhrzölle für Kohle im Sinne der Anlage I des EGKS-Vertrags zwischen den Mitgliedstaaten mit dem Beitritt abgeschafft;

3. As regards the products listed in Annex IV to this Act which are subject to contractual margins of preferences between the United Kingdom and certain other countries enjoying Commonwealth preferences, the United Kingdom may defer until 1 July 1973 the first of the tariff reductions referred to in paragraph 1.

4. Paragraph 1 shall not preclude the possibility of opening tariff quotas for certain iron and steel products which are not manufactured or the manufacture of which is inadequate in quantity or quality in the Community as originally constituted.

Article 33

In no case shall customs duties higher than those applied to third countries enjoying most favoured nation treatment be applied within the Community.

In the event of the Common Customs Tariff duties being amended or suspended or the new Member States applying Article 41, the Council, acting by a qualified majority on a proposal from the Commission, may take the necessary measures for the maintenance of Community preference.

Article 34

Any new Member State may suspend in whole or in part the levying of duties on products imported from other Member States. It shall inform the other Member States and the Commission thereof.

Article 35

Any charge having equivalent effect to a customs duty on imports, introduced after 1 January 1972 in trade between the Community as originally constituted and the new Member States or between the new Member States themselves, shall be abolished on 1 January 1973.

Any charge having equivalent effect to a customs duty on imports the rate of which on 31 December 1972 is higher than that actually applied on 1 January 1972 shall be reduced to the latter rate on 1 January 1973.

Article 36

1. Charges having equivalent effect to customs duties on imports shall be progressively abolished between the Community as originally constituted and the new Member States and between the new Member States themselves in accordance with the following timetable:

- by 1 January 1974 at the latest, each charge shall be reduced to 60 % of the rate applied on 1 January 1972;
- the three other reductions of 20 % each shall be made on:
 - 1 January 1975;
 - 1 January 1976;
 - 1 July 1977.

2. Notwithstanding paragraph 1:

- (a) charges having equivalent effect to customs duties on imports of coal within the meaning of Annex I to the ECSC Treaty shall be abolished between Member States from the date of accession;

3. Pour les produits énumérés à l'annexe IV du présent acte et qui font l'objet de marges de préférences conventionnelles entre le Royaume-Uni et certains autres pays bénéficiant des préférences du Commonwealth, le Royaume-Uni peut différer la première des réductions tarifaires visées au paragraphe 1 jusqu'au 1^{er} juillet 1973.

4. Les dispositions du paragraphe 1 ne préjugent pas la possibilité d'ouvrir des contingents tarifaires pour certains produits sidérurgiques qui ne sont pas fabriqués, ou le sont en quantité ou qualité insuffisantes dans la Communauté dans sa composition originaire.

Article 33

En aucun cas, il n'est appliqué à l'intérieur de la Communauté des droits de douane supérieurs à ceux qui sont appliqués à l'égard des pays tiers bénéficiant de la clause de la nation la plus favorisée.

En cas de modification ou de suspension des droits du tarif douanier commun ou d'application par les nouveaux Etats membres de l'article 41, le Conseil, statuant à la majorité qualifiée et sur proposition de la Commission, peut prendre les mesures nécessaires pour maintenir la préférence communautaire.

Article 34

Tout nouvel Etat membre peut suspendre totalement ou partiellement la perception des droits applicables aux produits importés des autres Etats membres. Il en informe les autres Etats membres et la Commission.

Article 35

Toute taxe d'effet équivalant à un droit de douane à l'importation introduite à partir du 1^{er} janvier 1972 dans les échanges entre la Communauté dans sa composition originaire et les nouveaux Etats membres, et entre les nouveaux Etats membres, est supprimée le 1^{er} janvier 1973.

Toute taxe d'effet équivalant à un droit de douane à l'importation dont le taux serait, à la date du 31 décembre 1972, supérieur à celui effectivement appliqué le 1^{er} janvier 1972 est ramenée à ce dernier taux le 1^{er} janvier 1973.

Article 36

1. Les taxes d'effet équivalant à des droits de douane à l'importation entre la Communauté dans sa composition originaire et les nouveaux Etats membres, et entre les nouveaux Etats membres, sont progressivement supprimées selon le rythme suivant:

- chaque taxe est ramenée, au plus tard le 1^{er} janvier 1974, à 60 % du taux appliqué le 1^{er} janvier 1972;
- les trois autres réductions de 20 % chacune sont effectuées:
 - le 1^{er} janvier 1975
 - le 1^{er} janvier 1976
 - le 1^{er} juillet 1977.

2. Par dérogation au paragraphe 1:

- a) les taxes d'effet équivalant à des droits de douane à l'importation sur le charbon au sens de l'annexe I du traité CECA sont supprimées entre les Etats membres dès l'adhésion;

- b) werden die Abgaben mit gleicher Wirkung wie Einfuhrzölle für die in Anhang III aufgeführten Erzeugnisse am 1. Januar 1974 abgeschafft.

Artikel 37

Die Ausfuhrzölle und Abgaben gleicher Wirkung werden zwischen der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung und den neuen Mitgliedstaaten sowie zwischen den neuen Mitgliedstaaten spätestens am 1. Januar 1974 abgeschafft.

Artikel 38

1. Unbeschadet der Absätze 2 und 6 gelten die Bestimmungen über die schrittweise Abschaffung der Zölle auch für die Finanzzölle.

2. Die neuen Mitgliedstaaten sind weiterhin berechtigt, einen Finanzzoll oder den Finanzanteil eines solchen Zolls durch eine inländische Abgabe zu ersetzen, die den Bestimmungen des Artikels 95 des EWG-Vertrags entspricht. Macht ein neuer Mitgliedstaat von dieser Möglichkeit Gebrauch, so stellt der gegebenenfalls nicht durch die inländische Abgabe gedeckte Bestandteil den Ausgangszollsatz im Sinne des Artikels 31 dar. Dieser Bestandteil wird nach Maßgabe der Artikel 32, 39 und 59 im innergemeinschaftlichen Handel beseitigt und an den Gemeinsamen Zolltarif angenähert.

3. Stellt die Kommission fest, daß die Ersetzung eines Finanzzolls oder des Finanzanteils eines solchen Zolls in einem neuen Mitgliedstaat auf ernste Schwierigkeiten stößt, so ermächtigt sie den betreffenden Staat, diesen Zoll oder Finanzanteil unter der Bedingung beizubehalten, daß er ihn spätestens am 1. Januar 1976 abschafft; die Ermächtigung muß vor dem 1. Februar 1973 beantragt werden. Die Kommission entscheidet vor dem 1. März 1973.

Der Schutzanteil, dessen Höhe die Kommission nach Konsultierung des betreffenden Staates vor dem 1. März 1973 bestimmt, stellt den Ausgangszollsatz im Sinne des Artikels 31 dar. Dieser Bestandteil wird nach Maßgabe der Artikel 32, 39 und 59 im innergemeinschaftlichen Handel beseitigt und an den Gemeinsamen Zolltarif angenähert.

4. Die Kommission kann das Vereinigte Königreich ermächtigen, die Finanzzölle oder den Finanzanteil solcher Zölle auf Tabak für weitere zwei Jahre beizubehalten, wenn die Umwandlung dieser Zölle in inländische Abgaben auf verarbeiteten Tabak auf einer nach Artikel 99 des EWG-Vertrags harmonisierten Grundlage nicht bis zum 1. Januar 1976 erfolgen konnte, weil einschlägige Gemeinschaftsbestimmungen am 1. Januar 1975 nicht vorliegen oder weil der Zeitpunkt für den Beginn der Anwendung dieser Gemeinschaftsbestimmungen nach dem 1. Januar 1976 liegt.

5. Die Richtlinie des Rates vom 4. März 1969 zur Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über den Zahlungsaufschub für Zölle, Abgaben gleicher Wirkung und Abschöpfungen ist in den neuen Mitgliedstaaten nicht auf die Finanzzölle im Sinne der Absätze 3 und 4 oder den Finanzanteil solcher Zölle anwendbar.

6. Die Richtlinie des Rates vom 4. März 1969 zur Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über den aktiven Veredelungsverkehr ist im Vereinigten Königreich nicht auf die Finanzzölle im Sinne der Absätze 3 und 4 oder den Finanzanteil solcher Zölle anwendbar.

(b) charges having equivalent effect to customs duties on imports on the products listed in Annex III to this Act shall be abolished on 1 January 1974.

Article 37

Customs duties on exports and charges having equivalent effect shall be abolished between the Community as originally constituted and the new Member States and between the new Member States themselves by 1 January 1974 at the latest.

Article 38

1. Without prejudice to the following paragraphs, the provisions concerning the progressive abolition of customs duties shall apply to customs duties of a fiscal nature.

2. The new Member States shall retain the right to replace a customs duty of a fiscal nature or the fiscal element of any such duty by an internal tax which is in conformity with Article 95 of the EEC Treaty. If a new Member State avails itself of this right, any element not so replaced by the internal tax shall constitute the basic duty under Article 31. This element shall be abolished in trade within the Community and brought into line with the Common Customs Tariff under the conditions laid down in Articles 32, 39 und 59.

3. Where the Commission finds that in a new Member State there is serious difficulty in replacing a customs duty of a fiscal nature or the fiscal element of any such duty, it shall authorize that State, following a request made before 1 February 1973, to retain the duty or fiscal element, provided the State abolishes it by 1 January 1976 at the latest. The decision of the Commission shall be taken before 1 March 1973.

The protective element, the amount of which shall be fixed by the Commission before 1 March 1973 after consulting the State concerned, shall constitute the basic duty provided for in Article 31. This element shall be abolished in trade within the Community and brought into line with the Common Customs Tariff under the conditions laid down in Articles 32, 39 and 59.

4. The Commission may authorize the United Kingdom to retain customs duties of a fiscal nature or the fiscal element of such duties on tobacco for two additional years if by 1 January 1976 it has not proved possible to convert those duties into internal taxes on manufactured tobacco on a harmonized basis in accordance with Article 99 of the EEC Treaty, either because there are no Community provisions in this field on 1 January 1975 or because the time limit set for the implementation of such Community provisions is later than 1 January 1976.

5. The Council Directive of 4 March 1969 on the harmonization of provisions laid down by law, regulation or administrative action for deferred payment of customs duties, charges having equivalent effect and agricultural levies shall not apply in the new Member States to the customs duties of a fiscal nature referred to in paragraphs 3 and 4 or to the fiscal element of such duties.

6. The Council Directive of 4 March 1969 on the harmonization of provisions laid down by law, regulation or administrative action in respect of inward processing shall not apply in the United Kingdom to the customs duties of a fiscal nature referred to in paragraphs 3 and 4 or to the fiscal element of such duties.

b) les taxes d'effet équivalant à des droits de douane à l'importation, applicables aux produits énumérés à l'annexe III du présent acte, sont supprimées le 1^{er} janvier 1974.

Article 37

Les droits de douane à l'exportation et les taxes d'effet équivalent entre la Communauté dans sa composition originale et les nouveaux Etats membres, et entre les nouveaux Etats membres, sont supprimés au plus tard le 1^{er} janvier 1974.

Article 38

1. Sans préjudice des dispositions des paragraphes suivants, les dispositions portant sur la suppression progressive des droits de douane sont applicables aux droits de douane à caractère fiscal.

2. Les nouveaux Etats membres conservent la faculté de remplacer un droit de douane à caractère fiscal, ou l'élément fiscal d'un tel droit, par une taxe intérieure conforme aux dispositions de l'article 95 du traité CEE. Si un nouvel Etat membre se prévaut de cette faculté, l'élément éventuellement non couvert par la taxe intérieure représente le droit de base prévu à l'article 31. Cet élément est supprimé dans les échanges à l'intérieur de la Communauté et rapproché du tarif douanier commun dans les conditions prévues aux articles 32, 39 et 59.

3. Lorsque la Commission constate que le remplacement d'un droit de douane à caractère fiscal, ou de l'élément fiscal d'un tel droit, se heurte à des difficultés sérieuses dans un nouvel Etat membre, elle autorise cet Etat, sur demande formulée avant le 1^{er} février 1973, à maintenir ce droit ou cet élément, à condition qu'il le supprime au plus tard le 1^{er} janvier 1976. La décision de la Commission doit intervenir avant le 1^{er} mars 1973.

L'élément protecteur, dont le montant est déterminé avant le 1^{er} mars 1973 par la Commission après consultation de l'Etat intéressé, représente le droit de base prévu à l'article 31. Cet élément est supprimé dans les échanges à l'intérieur de la Communauté et rapproché du tarif douanier commun dans les conditions prévues aux articles 32, 39 et 59.

4. La Commission peut autoriser le Royaume-Uni à maintenir les droits de douane à caractère fiscal ou l'élément fiscal de ces droits sur les tabacs pendant deux années supplémentaires si, le 1^{er} janvier 1976, la transformation de ces droits en taxes intérieures sur les tabacs manufacturés sur une base harmonisée conformément aux dispositions de l'article 99 du traité CEE n'a pu être réalisée, soit en raison de l'absence de dispositions communautaires dans ce domaine le 1^{er} janvier 1975, soit parce que le terme prévu pour la mise en application de ces dispositions communautaires serait postérieur au 1^{er} janvier 1976.

5. La directive du Conseil, du 4 mars 1969, concernant l'harmonisation des dispositions législatives, réglementaires et administratives relatives au report de paiement des droits de douane, taxes d'effet équivalent et prélèvements agricoles ne s'applique pas, dans les nouveaux Etats membres, aux droits de douane à caractère fiscal visés aux paragraphes 3 et 4 ou à l'élément fiscal de ces droits.

6. La directive du Conseil, du 4 mars 1969, concernant l'harmonisation des dispositions législatives, réglementaires et administratives relatives au régime du perfectionnement actif ne s'applique pas dans le Royaume-Uni aux droits de douane à caractère fiscal visés aux paragraphes 3 et 4 ou à l'élément fiscal de ces droits.

Artikel 39

1. Zur schrittweisen Einführung des Gemeinsamen Zolltarifs und des vereinheitlichten EGKS-Tarifs ändern die neuen Mitgliedstaaten ihre gegenüber dritten Ländern geltenden Zollsätze wie folgt:

- a) auf Zollpositionen, bei denen die Ausgangszollsätze um höchstens 15 v. H. von den Sätzen des Gemeinsamen Zolltarifs oder des vereinheitlichten EGKS-Tarifs abweichen, werden die letzteren ab 1. Januar 1974 angewandt;
- b) in den anderen Fällen wendet jeder neue Mitgliedstaat vom gleichen Zeitpunkt an einen Zollsatz an, durch den der Abstand zwischen dem Ausgangszollsatz und dem Satz des Gemeinsamen Zolltarifs oder des vereinheitlichten EGKS-Tarifs um 40 v. H. verringert wird.

Dieser Abstand wird erneut am 1. Januar 1975 und am 1. Januar 1976 um jeweils 20 v. H. verringert.

Die neuen Mitgliedstaaten wenden den Gemeinsamen Zolltarif und den vereinheitlichten EGKS-Tarif ab 1. Juli 1977 in vollem Umfang an.

2. Werden vom 1. Januar 1974 an bestimmte Sätze des Gemeinsamen Zolltarifs geändert oder ausgesetzt, so werden die neuen Mitgliedstaaten ihre Zollsätze gleichzeitig in dem Verhältnis, das sich aus der Anwendung des Absatzes 1 ergibt, ändern oder aussetzen.

3. Bei den in Anhang III aufgeführten Erzeugnissen wenden die neuen Mitgliedstaaten den Gemeinsamen Zolltarif ab 1. Januar 1974 an.

4. Die neuen Mitgliedstaaten wenden vom Beitritt an das Schema des Gemeinsamen Zolltarifs an. Dänemark, Norwegen und das Vereinigte Königreich werden jedoch ermächtigt, die Anwendung des Schemas bis zum 1. Januar 1974 aufzuschieben.

Die neuen Mitgliedstaaten können in das Schema die bestehenden innerstaatlichen Unterteilungen übernehmen, die für die nach Maßgabe dieser Akte vorzunehmende schrittweise Annäherung ihrer Zollsätze an die Sätze des Gemeinsamen Zolltarifs unerlässlich sind.

5. Um den neuen Mitgliedstaaten die schrittweise Einführung des Gemeinsamen Zolltarifs zu erleichtern, legt die Kommission gegebenenfalls die Einzelheiten fest, nach denen die neuen Mitgliedstaaten ihre Zollsätze ändern.

Artikel 40

Für folgende im Gemeinsamen Zolltarif wiedergegebene Erzeugnisse

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung (EGKS)
73.01	Roheisen (einschließlich Spiegeleisen) in Barren, Masseln, Flossen oder dergleichen, auch in formlosen Stücken
73.02	Ferrolegerungen: A. Ferromangan: I. mit einem Gehalt an Kohlenstoff von mehr als 2 Gewichtshundertteilen (hochgekohltes Ferromangan)
73.07	Vorblöcke (Blooms), Knüppel, Brammen und Platinen, aus Stahl; Stahl, nur vorgeschmiedet oder gehämmert (Schmiedehalbzeug); A. Vorblöcke (Blooms) und Knüppel. ex l. Knüppel, gewalzt

Article 39

1. For the purpose of the progressive introduction of the Common Customs Tariff and of the ECSC unified tariff, the new Member States shall amend their tariffs applicable to third countries as follows:

- (a) in the case of tariff headings in respect of which the basic duties do not differ by more than 15 % in either direction from the duties in the Common Customs Tariff or the ECSC unified tariff, these latter duties shall be applied from 1 January 1974;
- (b) in other cases, each new Member State shall, from the same date, apply a duty reducing by 40 % the difference between the basic duty and the duty in the Common Customs Tariff or the ECSC unified tariff.

This difference shall be further reduced by 20 % on 1 January 1975 and by 20 % on 1 January 1976.

The new Member States shall apply in full the Common Customs Tariff and the ECSC unified tariff from 1 July 1977.

2. From 1 January 1974, if any duties in the Common Customs Tariff are altered or suspended, the new Member States shall simultaneously amend or suspend their tariffs in the proportion resulting from the implementation of paragraph 1.

3. The new Member States shall apply the Common Customs Tariff from 1 January 1974 in respect of the products listed in Annex III to this Act.

4. The new Member States shall apply the Common Customs Tariff nomenclature from the date of accession. Denmark, Norway and the United Kingdom are, however, authorized to defer their application of the nomenclature until 1 January 1974.

The new Member States may include within this nomenclature existing national subdivisions which are indispensable in order that the progressive alignment of their customs duties with those in the Common Customs Tariff be carried out under the conditions laid down in this Act.

5. With a view to facilitating the progressive introduction of the Common Customs Tariff by the new Member States, the Commission shall determine, if necessary, the provisions whereby new Member States alter their customs duties.

Article 40

In respect of the following products in the Common Customs Tariff:

CCT heading No	Description of goods (ECSC)
73.01	Pig iron, cast iron and spiegeleisen, in pigs, blocks, lumps and similar forms
73.02	Ferro-alloys: A. Ferro-manganese: I. Containing more than 2 % by weight of carbon (high carbon ferro-manganese)
73.07	Blooms, billets, slabs and sheet bars (including tinplate bars), of iron or steel; pieces roughly shaped by forging, of iron or steel A. Blooms and billets: ex I. Rolled billets

Article 39

1. Aux fins de la mise en place progressive du tarif douanier commun et du tarif unifié CECA, les nouveaux Etats membres modifient leurs tarifs applicables aux pays tiers comme suit:

- a) pour les positions tarifaires pour lesquelles les droits de base ne s'écartent pas de plus de 15 % en plus ou en moins des droits du tarif douanier commun ou du tarif unifié CECA, ces derniers droits sont appliqués à partir du 1^{er} janvier 1974;
- b) dans les autres cas, chaque nouvel Etat membre applique, à partir de la même date, un droit réduisant de 40 % l'écart entre le droit de base et le droit du tarif douanier commun ou du tarif unifié CECA.

Cet écart est de nouveau réduit de 20 % chaque fois le 1^{er} janvier 1975 et le 1^{er} janvier 1976.

Les nouveaux Etats membres appliquent intégralement le tarif douanier commun et le tarif unifié CECA à partir du 1^{er} juillet 1977.

2. A partir du 1^{er} janvier 1974, si certains droits du tarif douanier commun sont modifiés ou suspendus, les nouveaux Etats membres modifient ou suspendent simultanément leurs tarifs dans la proportion résultant de la mise en œuvre du paragraphe 1.

3. Pour les produits énumérés à l'annexe III du présent acte, les nouveaux Etats membres appliquent le tarif douanier commun à partir du 1^{er} janvier 1974.

4. Les nouveaux Etats membres appliquent dès l'adhésion la nomenclature du tarif douanier commun. Toutefois, le Danemark, la Norvège et le Royaume-Uni sont autorisés à en différer l'application jusqu'au 1^{er} janvier 1974.

Les nouveaux Etats membres peuvent reprendre à l'intérieur de cette nomenclature les subdivisions nationales existantes qui seraient indispensables pour que le rapprochement progressif de leurs droits de douane vers ceux du tarif douanier commun s'effectue dans les conditions prévues au présent acte.

5. En vue de faciliter la mise en place progressive du tarif douanier commun par les nouveaux Etats membres, la Commission détermine, s'il y a lieu, les modalités d'application selon lesquelles ceux-ci modifient leurs droits de douane.

Article 40

Pour les produits suivants qui sont repris dans le tarif douanier commun:

No du tarif douanier commun	Désignation des marchandises (CECA)
73.01	Fontes (y compris la fonte spiegel) brutes, en lingots, gueuses, saumons ou masses
73.02	Ferro-alliages: A. Ferro-manganèse: I. contenant en poids plus de 2 % de carbone (ferro-manganèse carburé)
73.07	Fer et acier en blooms, billettes, brames et largets; fer et acier simplement dégrossis par forgeage ou par martelage (ébauches de forge): A. Blooms et billettes: ex I. Billettes laminées

wendet Irland abweichend von Artikel 39 ab 1. Januar 1975 Zollsätze an, durch die der Abstand zwischen den am 1. Januar 1972 tatsächlich angewandten Zollsätzen und den Sätzen des vereinheitlichten EGKS-Tarifs um ein Drittel verringert wird. Der sich nach dieser ersten Annäherung ergebende Abstand wird am 1. Januar 1976 um 50 v. H. erneut verringert.

Irland wendet ab 1. Juli 1977 den vereinheitlichten EGKS-Tarif in vollem Umfang an.

Artikel 41

Den neuen Mitgliedstaaten steht es frei, ihre Zollsätze rascher als in Artikel 39 Absätze 1 und 3 vorgesehen zu ändern, um sie den Sätzen des Gemeinsamen Zolltarifs und des vereinheitlichten EGKS-Tarifs anzugleichen. Sie geben den anderen Mitgliedstaaten und der Kommission davon Kenntnis.

Kapitel 2

Beseitigung der mengenmäßigen Beschränkungen

Artikel 42

Die mengenmäßigen Ein- und Ausfuhrbeschränkungen werden zwischen der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung und den neuen Mitgliedstaaten sowie zwischen den neuen Mitgliedstaaten mit dem Beitritt beseitigt.

Die Maßnahmen mit gleicher Wirkung wie diese Beschränkungen werden spätestens am 1. Januar 1975 beseitigt.

Artikel 43

Abweichend von Artikel 42 können die Mitgliedstaaten Ausfuhrbeschränkungen für Bearbeitungsabfälle und Schrott von Eisen oder Stahl der Tarifnummer 73.03 des Gemeinsamen Zolltarifs zwei Jahre lang beibehalten, sofern diese Regelung nicht restriktiver ist als die auf die Ausfuhr nach dritten Ländern angewandte Regelung.

Diese Frist wird für Dänemark und Norwegen auf drei Jahre, für Irland auf fünf Jahre festgesetzt.

Artikel 44

1. Die neuen Mitgliedstaaten formen ihre staatlichen Handelsmonopole im Sinne des Artikels 37 Absatz 1 des EWG-Vertrags schrittweise derart um, daß bis zum 31. Dezember 1977 jede Diskriminierung in den Versorgungs- und Absatzbedingungen zwischen den Angehörigen der Mitgliedstaaten ausgeschlossen wird.

Die ursprünglichen Mitgliedstaaten übernehmen gegenüber den neuen Mitgliedstaaten gleichwertige Verpflichtungen.

2. Vom Beginn des Jahres 1973 an spricht die Kommission Empfehlungen aus über die Art und Weise und die Zeitfolge der in diesem Artikel vorgesehenen Anpassung, wobei diese Art und Weise und diese Zeitfolge für die neuen Mitgliedstaaten und für die ursprünglichen Mitgliedstaaten gleich sein müssen.

Ireland shall, notwithstanding the provisions of Article 39, apply from 1 January 1975 duties reducing by one third the difference between the rates actually applied on 1 January 1972 and those of the ECSC unified tariff. The difference resulting from this first move towards alignment shall be further reduced by 50% on 1 January 1976.

Ireland shall apply in full the ECSC unified tariff from 1 July 1977.

Article 41

In order to bring their tariffs into line with the Common Customs Tariff and the ECSC unified tariff, the new Member States shall remain free to alter their customs duties more rapidly than is provided for in Article 39 (1) and (3). They shall inform the other Member States and the Commission thereof.

Chapter 2

Elimination of quantitative restrictions

Article 42

Quantitative restrictions on imports and exports shall, from the date of accession, be abolished between the Community as originally constituted and the new Member States and between the new Member States themselves.

Measures having equivalent effect to such restrictions shall be abolished by 1 January 1975 at the latest.

Article 43

Notwithstanding Article 42, Member States may, for a period of two years, retain restrictions on exports of waste and scrap metal of iron or steel falling within Common Customs Tariff heading No 73.03, insofar as these arrangements are not more restrictive than those applied to exports to third countries.

For Denmark and Norway the period shall be three years and for Ireland five years.

Article 44

1. The new Member States shall progressively adjust State monopolies of a commercial character within the meaning of Article 37 (1) of the EEC Treaty so as to ensure that by 31 December 1977 no discrimination regarding the conditions under which goods are procured and marketed exists between nationals of Member States.

The original Member States shall have equivalent obligations in relation to the new Member States.

2. From the beginning of 1973 the Commission shall make recommendations as to the manner in which and the timetable according to which the adjustment provided for in this Article must be carried out, it being understood that the manner and timetable must be the same for the new Member States and the original Member States.

L'Irlande applique, à partir du 1^{er} janvier 1975, par dérogation à l'article 39, des droits réduisant d'un tiers l'écart entre les taux effectivement appliqués le 1^{er} janvier 1972 et ceux du tarif unifié CECA. L'écart résultant de ce premier rapprochement est à nouveau réduit de 50% le 1^{er} janvier 1976.

L'Irlande applique intégralement le tarif unifié CECA à partir du 1^{er} juillet 1977.

Article 41

Pour aligner leurs tarifs sur le tarif douanier commun et sur le tarif unifié CECA, les nouveaux Etats membres restent libres de modifier leurs droits de douane selon un rythme plus rapide que celui prévu à l'article 39 paragraphes 1 et 3. Ils en informent les autres Etats membres et la Commission.

Chapitre 2

Elimination des restrictions quantitatives

Article 42

Les restrictions quantitatives à l'importation et à l'exportation entre la Communauté dans sa composition originaires et les nouveaux Etats membres, et entre les nouveaux Etats membres, sont supprimées dès l'adhésion.

Les mesures d'effet équivalant à ces restrictions sont supprimées au plus tard le 1^{er} janvier 1975.

Article 43

Par dérogation à l'article 42, les Etats membres peuvent maintenir des restrictions à l'exportation de ferraille, déchets et débris d'ouvrages de fonte, de fer ou d'acier, de la position 73.03 du tarif douanier commun, pendant une période de deux ans, pour autant que ce régime ne soit pas plus restrictif que celui appliqué aux exportations vers les pays tiers.

Pour le Danemark et la Norvège, cette période est fixée à trois ans et pour l'Irlande à cinq ans.

Article 44

1. Les nouveaux Etats membres aménagent progressivement les monopoles nationaux présentant un caractère commercial, au sens de l'article 37 paragraphe 1 du traité CEE, de telle façon que soit assurée, avant le 31 décembre 1977, l'exclusion de toute discrimination entre les ressortissants des Etats membres dans les conditions d'approvisionnement et de débouchés.

Les Etats membres originaires assument à l'égard des nouveaux Etats membres des obligations équivalentes.

2. La Commission fait, dès l'année 1973, des recommandations au sujet des modalités et du rythme selon lesquels l'adaptation prévue au présent article doit être réalisée, étant entendu que ces modalités et ce rythme doivent être les mêmes pour les nouveaux Etats membres et pour les Etats membres originaires.

Kapitel 3 Sonstige Bestimmungen

Artikel 45

1. Die Kommission regelt vor dem 1. April 1973 unter gebührender Berücksichtigung der geltenden Vorschriften, insbesondere derjenigen für das gemeinschaftliche Versandverfahren, die Methoden der Zusammenarbeit der Verwaltungen, durch die die Abschaffung der Zölle und der Abgaben gleicher Wirkung sowie der mengenmäßigen Beschränkungen und aller Maßnahmen gleicher Wirkung bei den Waren, welche die hierfür erforderlichen Voraussetzungen erfüllen, gewährleistet werden soll.

2. Vor Ablauf dieser Frist erläßt die Kommission Vorschriften für den innergemeinschaftlichen Handel mit Waren, die in der Gemeinschaft hergestellt sind unter Verwendung von

- Waren, für welche die in der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung oder in einem neuen Mitgliedstaat anwendbaren Zölle und Abgaben gleicher Wirkung nicht erhoben oder vollständig oder teilweise rückvergütet worden sind;
- landwirtschaftlichen Erzeugnissen, welche die Voraussetzungen für die Zulassung zum freien Warenverkehr in der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung oder in einem neuen Mitgliedstaat nicht erfüllen.

Bei Erlaß dieser Vorschriften berücksichtigt die Kommission die Bestimmungen dieser Akte über die Abschaffung der Zölle zwischen der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung und den neuen Mitgliedstaaten sowie zwischen den neuen Mitgliedstaaten und über die schrittweise Einführung des Gemeinsamen Zolltarifs und der Vorschriften für die gemeinsame Agrarpolitik in den neuen Mitgliedstaaten.

Artikel 46

1. Solange im innergemeinschaftlichen Handel Zölle erhoben werden, finden, soweit in dieser Akte nichts anderes bestimmt ist, die für den Handel mit dritten Ländern geltenden Zollbestimmungen in gleicher Weise auf den innergemeinschaftlichen Handel Anwendung.

Für die Ermittlung des Zollwerts im innergemeinschaftlichen Handel ist als Zollgebiet das Zollgebiet zugrunde zu legen, das in den am 31. Dezember 1972 in der Gemeinschaft und in den neuen Mitgliedstaaten geltenden Bestimmungen festgelegt ist.

2. Die Mitgliedstaaten wenden vom Beitritt an das Schema des Gemeinsamen Zolltarifs im innergemeinschaftlichen Handel an. Dänemark, Norwegen und das Vereinigte Königreich werden jedoch ermächtigt, die Anwendung des Schemas bis zum 1. Januar 1974 aufzuschieben.

Die neuen Mitgliedstaaten können in das Schema die bestehenden innerstaatlichen Unterteilungen übernehmen, die für die nach Maßgabe dieser Akte vorzunehmende schrittweise Abschaffung ihrer Zölle innerhalb der Gemeinschaft unerläßlich sind.

Artikel 47

1. Werden im Handel zwischen der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung und den neuen Mitgliedstaaten sowie zwischen den neuen Mitgliedstaaten auf Grunderzeugnisse, bei denen davon ausgegangen

Chapter 3
Other provisions

Article 45

1. The Commission shall, before 1 April 1973 and with due regard for the provisions in force, in particular those relating to Community transit, determine the methods of administrative cooperation designed to ensure that goods fulfilling the requisite conditions benefit from the abolition of customs duties and charges having equivalent effect and quantitative restrictions and measures having equivalent effect.

2. The Commission shall, before the expiry of that time limit, lay down the provisions applicable to trade within the Community in goods obtained in the Community in the manufacture of which have been incorporated:

- products on which the customs duties or charges having equivalent effect which were applicable to them in the Community as originally constituted or in a new Member State have not been levied, or which have benefited from a total or partial drawback of such duties or charges;
- agricultural products which do not fulfil the conditions required for admission to free movement in the Community as originally constituted or in a new Member State.

In adopting these provisions, the Commission shall take into account the rules laid down in this Act for the elimination of customs duties between the Community as originally constituted and the new Member States and between the new Member States themselves, and for the progressive introduction by the new Member States of the Common Customs Tariff and the provisions relating to the common agricultural policy.

Article 46

1. Save as otherwise provided in this Act, the provisions in force with regard to customs legislation for trade with third countries shall apply under the same conditions to trade within the Community, for such time as customs duties are levied in that trade.

For the purpose of establishing the customs value in respect of that trade, the customs territory to be taken into consideration shall be that defined by the provisions existing in the Community, and in the new Member States on 31 December 1972.

2. The Member States shall apply the Common Customs Tariff nomenclature in trade within the Community from the date of accession. Denmark, Norway and the United Kingdom are, however, authorized to defer their application of this nomenclature until 1 January 1974.

The new Member States may include within this nomenclature existing national subdivisions which are indispensable in order that the progressive elimination of their customs duties within the Community be carried out under the conditions laid down in this Act.

Article 47

1. Where the compensatory amounts referred to in Article 55 (1) (a) are levied in trade between the Community as originally constituted and the new Member States and between the new Member States themselves

Chapitre 3
Autres dispositions

Article 45

1. La Commission détermine avant le 1^{er} avril 1973, en tenant dûment compte des dispositions en vigueur et notamment de celles relatives au transit communautaire, les méthodes de coopération administrative destinées à assurer que les marchandises remplissant les conditions requises à cet effet bénéficient de l'élimination des droits de douane et taxes d'effet équivalent ainsi que des restrictions quantitatives et mesures d'effet équivalent.

2. Avant l'expiration de ce délai, la Commission détermine les dispositions applicables aux échanges, à l'intérieur de la Communauté, des marchandises obtenues dans la Communauté dans la fabrication desquelles sont entrés:

- des produits qui n'ont pas été soumis aux droits de douane et taxes d'effet équivalent qui leur étaient applicables dans la Communauté dans sa composition originaire ou dans un nouvel Etat membre, ou qui ont bénéficié d'une ristourne totale ou partielle de ces droits ou taxes;
- des produits agricoles qui ne satisfont pas aux conditions requises pour être admis à la libre circulation dans la Communauté dans sa composition originaire ou dans un nouvel Etat membre.

En arrêtant ces dispositions, la Commission tient compte des règles prévues dans le présent acte pour l'élimination des droits de douane entre la Communauté dans sa composition originaire et les nouveaux Etats membres, et entre les nouveaux Etats membres, et pour l'application progressive, par ceux-ci, du tarif douanier commun et des dispositions en matière de politique agricole commune.

Article 46

1. Sauf disposition contraire du présent acte, les dispositions en vigueur en matière de législation douanière pour les échanges avec les pays tiers s'appliquent dans les mêmes conditions aux échanges à l'intérieur de la Communauté, aussi longtemps que des droits de douane sont perçus lors de ces échanges.

Pour l'établissement de la valeur en douane dans ces échanges, le territoire douanier à prendre en considération est celui défini par les dispositions existant dans la Communauté et dans les nouveaux Etats membres le 31 décembre 1972.

2. Les Etats membres appliquent dès l'adhésion la nomenclature du tarif douanier commun dans les échanges à l'intérieur de la Communauté. Toutefois, le Danemark, la Norvège et le Royaume-Uni sont autorisés à en différer l'application jusqu'au 1^{er} janvier 1974.

Les nouveaux Etats membres peuvent reprendre à l'intérieur de cette nomenclature les subdivisions nationales existantes qui seraient indispensables pour que l'élimination progressive de leurs droits de douane à l'intérieur de la Communauté s'effectue dans les conditions prévues au présent acte.

Article 47

1. Pour autant qu'il est perçu dans les échanges entre la Communauté dans sa composition originaire et les nouveaux Etats membres, et entre les nouveaux Etats membres, des montants compensatoires visés à l'ar-

wird, daß sie bei der Herstellung von Waren im Sinne der Verordnungen Nr. 170/67/EWG zur Festlegung der Handelsregelung für Eieralbumin und Milchalbumin und (EWG) Nr. 1059/69 zur Festlegung der Handelsregelung für bestimmte aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen hergestellte Waren verwendet wurden, Ausgleichsbeträge im Sinne des Artikels 55 Absatz 1 Buchstabe a erhoben, so wird bei der Einfuhr dieser Waren ein Ausgleichsbetrag angewandt, der ausgehend von diesen Beträgen nach den Regeln bestimmt wird, die in den genannten Verordnungen für die Berechnung der Abgabe oder des beweglichen Teilbetrags auf diese Waren vorgesehen sind.

Bei der Einfuhr dieser Waren aus dritten Ländern in die neuen Mitgliedstaaten werden die Abgabe im Sinne der Verordnung Nr. 170/67/EWG und der bewegliche Teilbetrag im Sinne der Verordnung (EWG) Nr. 1059/69 unter den gleichen Bedingungen wie in Artikel 55 Absatz 1 Buchstabe b vorgesehen um den Ausgleichsbetrag verringert oder erhöht.

2. Artikel 61 Absatz 2 findet Anwendung bei der Bestimmung des Zollsatzes, der den festen Teilbetrag der in den neuen Mitgliedstaaten auf Waren im Sinne der Verordnung (EWG) Nr. 1059/69 anwendbaren Belastung darstellt.

Jeder im Handel zwischen der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung und den neuen Mitgliedstaaten sowie zwischen den neuen Mitgliedstaaten angewandte feste Teilbetrag wird nach Maßgabe des Artikels 32 Absatz 1 beseitigt.

Jeder von den neuen Mitgliedstaaten auf Einfuhren aus dritten Ländern angewandte feste Teilbetrag wird nach Maßgabe des Artikels 39 an den Gemeinsamen Zolltarif angenähert.

3. Die neuen Mitgliedstaaten wenden das Schema des Gemeinsamen Zolltarifs auf Waren im Sinne der Verordnungen Nr. 170/67/EWG und (EWG) Nr. 1059/69 spätestens ab 1. Februar 1973 in vollem Umfang an.

4. Die Zölle und Abgaben gleicher Wirkung, soweit sie nicht unter die Absätze 1 und 2 fallen, werden von den neuen Mitgliedstaaten am 1. Februar 1973 abgeschafft.

Gleichzeitig werden die Maßnahmen mit gleicher Wirkung wie mengenmäßige Beschränkungen von den neuen Mitgliedstaaten im Handel untereinander und mit der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung beseitigt.

5. Der Rat erläßt mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission die Durchführungsbestimmungen zu diesem Artikel; er berücksichtigt dabei vor allem die Lage, die sich aus der Anwendung des Absatzes 1 Unterabsatz 1 und des Artikels 97 für eine bestimmte Ware ergeben kann.

Artikel 48

1. Die Bestimmungen dieses Titels stehen einer von Irland auf Erzeugnisse mit Ursprung im Vereinigten Königreich angewandten Regelung nicht entgegen, die gemäß den Bestimmungen des am 14. Dezember 1965 unterzeichneten Abkommens zur Gründung einer Freihandelszone zwischen Irland und dem Vereinigten Königreich und der damit zusammenhängenden Übereinkünfte eine raschere Abschaffung der Zölle und der Schutzanteile der Finanzzölle zuläßt.

2. Ab 1. Januar 1974 sind die aufgrund des Artikels 45 Absatz 2 erlassenen Vorschriften auf die zwischen Irland und dem Vereinigten Königreich geltende Zollregelung anwendbar.

on imports of primary products considered as having been used in the manufacture of goods covered by Regulation No 170/67/EEC on the common system of trade for ovalbumin and lactalbumin and Regulation (EEC) No 1059/69 determining the system of trade applicable to certain goods processed from agricultural products, a compensatory amount, calculated on the basis of the said amounts and in accordance with the rules laid down by the above Regulations for calculating either the charge or the variable component applicable to the goods under consideration, shall be applied on importation of those goods.

When these same goods are imported from third countries into the new Member States, the charge laid down by Regulation No 170/67/EEC and the variable component laid down by Regulation (EEC) No 1059/69 shall be reduced or increased, as the case may be, by the compensatory amount under the same conditions as those laid down in Article 55 (1) (b).

2. Article 61 (2) shall apply for the determination of the customs duty constituting the fixed component of the charge applicable in the new Member States to goods covered by Regulation (EEC) No 1059/69.

Each fixed component applied in trade between the Community as originally constituted and the new Member States and between the new Member States themselves shall be abolished in accordance with Article 32 (1).

Each fixed component applied by the new Member States to imports from third countries shall be brought into line with the Common Customs Tariff in accordance with Article 39.

3. The new Member States shall, for the goods covered by Regulations No 170/67/EEC and (EEC) No 1059/69, apply in full the Common Customs Tariff nomenclature by 1 February 1973 at the latest.

4. The new Member States shall abolish customs duties and charges having equivalent effect, other than those provided for in paragraphs 1 and 2, on 1 February 1973.

On the same date, the new Member States shall abolish the measures having equivalent effect to quantitative restrictions in trade between themselves and with the Community as originally constituted.

5. The Council shall, acting by a qualified majority on a proposal from the Commission, adopt provisions to implement this Article, taking account, in particular, of the special situations which may result from the implementation for the same goods of the first subparagraph of paragraph 1 and of Article 97.

Article 48

1. The provisions of this Title shall not prevent Ireland from applying to products originating in the United Kingdom arrangements enabling customs duties and protective elements contained in customs duties of a fiscal nature to be eliminated more rapidly, in accordance with the Anglo-Irish Free Trade Area Agreement, signed on 14 December 1965, and related Agreements.

2. The provisions adopted pursuant to Article 45 (2) shall apply from 1 January 1974 in the context of the customs arrangements in force between Ireland and the United Kingdom.

ticle 55 paragraphe 1 a) sur les produits de base considérés comme étant entrés dans la fabrication des marchandises relevant du règlement n° 170/67/CEE concernant le régime d'échanges pour l'ovoalbumine et la lactoalbumine et du règlement (CEE) n° 1059/69 déterminant le régime d'échanges applicable à certaines marchandises résultant de la transformation de produits agricoles, il est appliqué, à l'importation de ces marchandises, un montant compensatoire déterminé sur la base desdits montants et selon les règles prévues par ces règlements pour le calcul de l'imposition ou de l'élément mobile applicable aux marchandises considérées.

A l'importation de ces mêmes marchandises dans les nouveaux Etats membres en provenance des pays tiers, l'imposition prévue par le règlement n° 170/67/CEE et l'élément mobile prévu par le règlement (CEE) n° 1059/69 sont, selon le cas, diminués ou augmentés du montant compensatoire dans les mêmes conditions que celles prévues à l'article 55 paragraphe 1 b).

2. L'article 61 paragraphe 2 est applicable pour la détermination du droit de douane constituant l'élément fixe de l'imposition applicable, dans les nouveaux Etats membres, aux marchandises relevant du règlement (CEE) n° 1059/69.

Chaque élément fixe appliqué dans les échanges entre la Communauté dans sa composition originaire et les nouveaux Etats membres, et entre les nouveaux Etats membres, est éliminé conformément à l'article 32 paragraphe 1.

Chaque élément fixe appliqué par les nouveaux Etats membres à l'importation en provenance des pays tiers est rapproché du tarif douanier commun conformément à l'article 39.

3. Pour les marchandises relevant des règlements n° 170/67/CEE et (CEE) n° 1059/69, les nouveaux Etats membres appliquent intégralement la nomenclature du tarif douanier commun au plus tard le 1^{er} février 1973.

4. Les droits de douane et taxes d'effet équivalent, autres que ceux visés aux paragraphes 1 et 2, sont supprimés par les nouveaux Etats membres le 1^{er} février 1973.

A la même date, les mesures d'effet équivalent à des restrictions quantitatives sont supprimées par les nouveaux Etats membres dans leur échanges entre eux et avec la Communauté dans sa composition originaire.

5. Le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission, arrête les dispositions d'application du présent article en tenant compte notamment des situations particulières pouvant résulter de l'application, pour une même marchandise, des dispositions du paragraphe 1 premier alinéa et de l'article 97.

Article 48

1. Les dispositions du présent titre ne font pas obstacle à l'application par l'Irlande, à l'égard des produits originaires du Royaume-Uni, d'un régime permettant une élimination plus rapide des droits de douane et des éléments protecteurs contenus dans les droits de douane à caractère fiscal, conformément aux dispositions de l'accord instituant une zone de libre-échange entre l'Irlande et le Royaume-Uni, signé le 14 décembre 1965, et des accords connexes.

2. Dès le 1^{er} janvier 1974, les dispositions prises en vertu de l'article 45 paragraphe 2 sont applicables dans le cadre du régime douanier en vigueur entre l'Irlande et le Royaume-Uni.

Artikel 49

1. Die dieser Akte beigefügten Protokolle Nrn. 8 bis 15 stehen einer Änderung oder Aussetzung von Zollsätzen, über die nach Artikel 28 des EWG-Vertrags entschieden wurde, nicht entgegen.

2. Die Protokolle im Anhang zum Abkommen über die Aufstellung eines Teils des Gemeinsamen Zolltarifs betreffend die Waren der Liste G im Anhang zum EWG-Vertrag werden mit Ausnahme des Protokolls Nr. XVII aufgehoben.

Titel II

Landwirtschaft

Kapitel 1

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 50

Soweit in diesem Titel nichts anderes bestimmt ist, finden die Vorschriften dieser Akte auf die landwirtschaftlichen Erzeugnisse Anwendung.

Artikel 51

1. Dieser Artikel findet auf die Preise Anwendung, hinsichtlich derer in den Kapiteln 2 und 3 auf diesen Artikel verwiesen wird.

2. Bis zur ersten Preisannäherung nach Artikel 52 werden die in jedem neuen Mitgliedstaat anzuwendenden Preise nach den in der gemeinsamen Marktorganisation für den betreffenden Warenbereich vorgesehenen Regeln in einer Höhe festgesetzt, die den Erzeugern dieses Bereichs Erlöse ermöglicht, die den zuvor nach der innerstaatlichen Regelung erzielten Erlösen gleichkommen.

3. Für Norwegen und das Vereinigte Königreich werden diese Preise jedoch so festgesetzt, daß die Anwendung der Gemeinschaftsregelung zu Marktpreisen führt, die dem in dem betreffenden Mitgliedstaat während eines repräsentativen Zeitraums vor Anwendung der Gemeinschaftsregelung festgestellten Preisniveau vergleichbar sind.

Artikel 52

1. Führt die Anwendung dieses Titels zu einem von dem der gemeinsamen Preise abweichenden Preisniveau, so werden die Preise, hinsichtlich derer in den Kapiteln 2 und 3 auf diesen Artikel verwiesen wird, in sechs Stufen den gemeinsamen Preisen angenähert.

2. Vorbehaltlich des Absatzes 4 erfolgt die Annäherung jährlich zu Beginn des Wirtschaftsjahres nach folgenden Bestimmungen:

- a) liegt der Preis eines Erzeugnisses in einem neuen Mitgliedstaat unter dem gemeinsamen Preis, so wird der Preis dieses Mitgliedstaats bei jeder Annäherung nacheinander um ein Sechstel, ein Fünftel, ein Viertel, ein Drittel und um die Hälfte des Unterschieds zwischen dem vor jeder Annäherung bestehenden Preisniveau des neuen Mitgliedstaats und dem zum gleichen Zeitpunkt bestehenden gemeinsamen Preisniveau heraufgesetzt; der sich aus dieser Berechnung ergebende Preis wird im Verhältnis zur etwaigen Erhöhung des gemeinsamen Preises für das nächste Wirtschaftsjahr erhöht;
- b) liegt der Preis eines Erzeugnisses in einem neuen Mitgliedstaat über dem gemeinsamen Preis, so wird der Unterschied zwischen dem vor jeder Annäherung

Article 49

1. Protocols Nos 8 to 15 annexed to this Act shall not preclude any alteration to or suspension of duties decided under Article 28 of the EEC Treaty.

2. The Protocols annexed to the Agreement on the determination of part of the Common Customs Tariff in respect of the products in List G annexed to the EEC Treaty are hereby revoked, with the exception of Protocol No XVII.

Title II
Agricultures

Chapter 1
General provisions

Article 50

Save as otherwise provided in this Title, the rules provided for in this Act shall apply to agricultural products.

Article 51

1. This Article shall apply to prices in respect of which Chapters 2 and 3 refer to this Article.

2. Before the first move towards price alignment referred to in Article 52, the prices to be applied in each new Member State shall be fixed in accordance with the rules provided for in the common organization of the market in the sector in question at a level which allows producers in that sector to obtain returns equivalent to those obtained under the previous national system.

3. In respect of Norway and the United Kingdom, those prices shall, however, be fixed at a level such that the application of the Community rules results in a level of market prices comparable with the level recorded in the Member State concerned during a representative period preceding the implementation of the Community rules.

Article 52

1. If the application of the provisions of this Title results in a price level different from that of the common prices, the prices in respect of which Chapters 2 and 3 refer to this Article shall be aligned with the level of the common prices in six stages.

2. Subject to paragraph 4, the moves towards alignment shall be carried out each year at the beginning of the marketing year according to the following provisions:

- (a) when the price of a product in a new Member State is lower than the common price, the price in that Member State shall, at the time of each move towards alignment, be increased successively by a sixth, a fifth, a quarter, a third and a half of the difference between the price level in that new Member State and the common price level which are applicable before each move towards alignment; the price resulting from this calculation shall be increased proportionately to any rise in the common price for the following marketing year;
- (b) when the price of a product in a new Member State is higher than the common price, the difference between the price level applicable before each move

Article 49

1. Les protocoles nos 8 à 15 annexés au présent acte ne font pas obstacle à une modification ou suspension de droits décidée en vertu de l'article 28 du traité CEE.

2. Les protocoles annexés à l'accord concernant l'établissement d'une partie du tarif douanier commun relative aux produits de la liste G annexée au traité CEE sont abrogés, à l'exception du protocole n° XVII.

Titre II
Agriculture

Chapitre 1
Dispositions générales

Article 50

Sauf dispositions contraires du présent titre, les règles prévues par le présent acte sont applicables aux produits agricoles.

Article 51

1. Les dispositions du présent article s'appliquent aux prix pour lesquels les dispositions des chapitres 2 et 3 renvoient au présent article.

2. Jusqu'au premier des rapprochements de prix visés à l'article 52, les prix à appliquer dans chaque nouvel Etat membre sont fixés selon les règles prévues dans l'organisation commune des marchés dans le secteur en cause, à un niveau permettant aux producteurs de ce secteur d'obtenir des recettes équivalentes à celles obtenues sous le régime national antérieur.

3. Toutefois, pour la Norvège et le Royaume-Uni, ces prix sont fixés à un niveau tel que l'application de la réglementation communautaire conduise à un niveau de prix de marché comparable à celui constaté dans l'Etat membre intéressé au cours d'une période représentative précédant la mise en application de cette réglementation.

Article 52

1. Si l'application des dispositions du présent titre conduit à un niveau de prix différent de celui des prix communs, les prix pour lesquels les dispositions des chapitres 2 et 3 renvoient au présent article sont rapprochés du niveau des prix communs en six étapes.

2. Sous réserve des dispositions du paragraphe 4, le rapprochement s'effectue chaque année au début de la campagne de commercialisation selon les dispositions suivantes:

- a) lorsque, pour un produit, le prix dans un nouvel Etat membre est inférieur au prix commun, le prix de cet Etat membre est majoré, au moment de chaque rapprochement, successivement d'un sixième, d'un cinquième, d'un quart, d'un tiers et de la moitié de la différence entre le niveau du prix de ce nouvel Etat membre et le niveau du prix commun qui sont applicables avant chaque rapprochement; le prix résultant de ce calcul est augmenté proportionnellement à l'augmentation éventuelle du prix commun pour la campagne à venir;
- b) lorsque, pour un produit, le prix dans un nouvel Etat membre est supérieur au prix commun, la différence existant entre le niveau du prix applicable avant

in dem neuen Mitgliedstaat bestehenden Preisniveau und dem für das nächste Wirtschaftsjahr geltenden gemeinsamen Preisniveau nacheinander um ein Sechstel, ein Fünftel, ein Viertel, ein Drittel und um die Hälfte verringert.

3. Im Interesse eines reibungslosen Ablaufs der Integration kann der Rat nach dem Verfahren des Artikels 43 Absatz 2 des EWG-Vertrags beschließen, daß abweichend von Absatz 2 in einem oder mehreren neuen Mitgliedstaaten der Preis eines oder mehrerer Erzeugnisse während eines Wirtschaftsjahres von den sich aus der Anwendung des Absatzes 2 ergebenden Preisen abweicht.

Diese Abweichung darf höchstens 10 v. H. des Ausmaßes der durchzuführenden Preisbewegung betragen.

In diesem Fall gilt für das folgende Wirtschaftsjahr das Preisniveau, das sich aus der Anwendung des Absatzes 2 ergeben hätte, wenn die Abweichung nicht beschlossen worden wäre. Für dieses Wirtschaftsjahr kann jedoch nach Unterabsatz 1 eine weitere Abweichung von diesem Niveau beschlossen werden.

4. Die gemeinsamen Preise werden in den neuen Mitgliedstaaten spätestens ab 1. Januar 1978 angewandt.

Artikel 53

Wird festgestellt, daß der Unterschied zwischen dem Preis für ein Erzeugnis in einem neuen Mitgliedstaat und dem gemeinsamen Preis äußerst gering ist, so kann der Rat nach dem Verfahren des Artikels 43 Absatz 2 des EWG-Vertrags beschließen, daß der gemeinsame Preis für das betreffende Erzeugnis in diesem neuen Mitgliedstaat angewandt wird.

Artikel 54

1. Solange im Vereinigten Königreich ein Unterschied besteht zwischen den Preisen, die im Rahmen des innerstaatlichen Systems garantierter Preise erzielt wurden, und den Marktpreisen, die sich aus der Anwendung der Mechanismen der gemeinsamen Agrarpolitik und der Bestimmungen dieses Titels ergeben, ist dieser Mitgliedstaat ermächtigt, Erzeugersubventionen beizubehalten.

2. Das Vereinigte Königreich bemüht sich, diese Subventionen für alle Erzeugnisse, auf die Absatz 1 Anwendung findet, so bald wie möglich während des in Artikel 9 Absatz 2 genannten Zeitraums abzuschaffen.

3. Diese Subventionen dürfen nicht zur Folge haben, daß die Erlöse der Erzeuger das Niveau überschreiten, das sich aus der Anwendung der in Artikel 52 vorgesehenen Regeln für die Annäherung der Preise auf diese Erlöse ergeben würde.

4. Der Rat erläßt nach dem Verfahren des Artikels 43 Absatz 2 des EWG-Vertrags die zur Durchführung dieses Artikels erforderlichen Bestimmungen, um das reibungslose Funktionieren der gemeinsamen Agrarpolitik, insbesondere der gemeinsamen Marktorganisationen, sicherzustellen.

Artikel 55

1. Die Preisunterschiede werden wie folgt ausgeglichen:

- a) im Handel der neuen Mitgliedstaaten untereinander und mit der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung werden Ausgleichsbeträge vom einführenden Staat erhoben oder vom ausführenden Staat gewährt;

towards alignment in the new Member State and the common price level applicable for the next marketing year shall be reduced successively by a sixth, a fifth, a quarter, a third and a half.

3. In the interest of the smooth functioning of the process of integration, the Council, acting in accordance with the procedure laid down in Article 43 (2) of the EEC Treaty, may decide that, notwithstanding paragraph 2, the price of one or more products in one or more of the new Member States shall for one marketing year depart from the prices resulting from the application of paragraph 2.

This departure may not exceed 10 % of the amount of the price move to be made.

In that event, the price level for the following marketing year shall be that which would have resulted from applying paragraph 2 if the departure had not been decided upon. A further departure from this price level may, however, be decided upon for that marketing year in accordance with the conditions in the preceding subparagraphs.

4. The common prices shall be applied in the new Member States by 1 January 1978 at the latest.

Article 53

If the difference between the price level of a product in a new Member State and the common price level is found to be minimal, the Council, acting in accordance with the procedure laid down in Article 43 (2) of the EEC Treaty, may decide that the common price shall be applied in that new Member State in respect of the product concerned.

Article 54

1. For such time as there is a difference in the United Kingdom between prices obtained under the national system of guaranteed prices and market prices resulting from the application of the mechanisms of the common agricultural policy and the provisions of this Title, that Member State is authorized to retain production subsidies.

2. The United Kingdom shall, for each of the products to which paragraph 1 applies, endeavour to abolish these subsidies as soon as possible during the period referred to in Article 9 (2).

3. These subsidies may not have the effect of raising the returns of producers above the level which would have resulted from the application to these returns of the rules for the alignment of prices laid down in Article 52.

4. The Council, acting in accordance with the procedure laid down in Article 43 (2) of the EEC Treaty, shall adopt the rules necessary for the application of this Article with a view to ensuring the proper functioning of the common agricultural policy and in particular of the common organization of the market.

Article 55

1. The differences in price levels shall be compensated as follows:

(a) in trade between the new Member States themselves and with the Community as originally constituted, compensatory amounts shall be levied by the importing State or granted by the exporting State;

chaque rapprochement dans le nouvel Etat membre et le niveau du prix commun applicable pour la campagne à venir est réduite successivement d'un sixième, d'un cinquième, d'un quart, d'un tiers et de la moitié.

3. Dans l'intérêt d'un fonctionnement harmonieux du processus d'intégration, le Conseil, statuant selon la procédure prévue à l'article 43 paragraphe 2 du traité CEE, peut décider que, par dérogation au paragraphe 2, le prix d'un ou plusieurs produits, pour un ou plusieurs des nouveaux Etats membres, s'écarte, pendant une campagne, des prix résultant de l'application du paragraphe 2.

Cet écart ne peut dépasser 10 % du montant du mouvement de prix à effectuer.

Dans ce cas, le niveau de prix pour la campagne suivante est celui qui aurait résulté de l'application du paragraphe 2, si l'écart n'avait pas été décidé. Toutefois, pour cette campagne, un nouvel écart peut être décidé par rapport à ce niveau, dans les conditions prévues aux alinéas ci-dessus.

4. Les prix communs sont appliqués dans les nouveaux Etats membres au plus tard le 1^{er} janvier 1978.

Article 53

S'il est constaté que la différence entre le niveau de prix pour un produit dans un nouvel Etat membre et celui du prix commun est minime, le Conseil, statuant selon la procédure prévue à l'article 43 paragraphe 2 du traité CEE, peut décider que le prix commun est appliqué, dans ce nouvel Etat membre, pour le produit en question.

Article 54

1. Aussi longtemps que subsiste, au Royaume-Uni, une différence entre les prix obtenus sous le régime national des prix garantis et les prix de marché qui résultent de l'application des mécanismes de la politique agricole commune et des dispositions du présent titre, cet Etat membre est autorisé à maintenir des subventions à la production.

2. Le Royaume-Uni s'efforce, pour chacun des produits auxquels s'appliquent les dispositions du paragraphe 1, d'abolir ces subventions aussitôt que possible au cours de la période visée à l'article 9 paragraphe 2.

3. Ces subventions ne peuvent avoir pour effet d'augmenter les recettes des producteurs au-delà du niveau qui résulterait de l'application à ces recettes des règles pour le rapprochement des prix prévues à l'article 52.

4. Le Conseil, statuant selon la procédure prévue à l'article 43 paragraphe 2 du traité CEE, arrête les modalités nécessaires à l'application des dispositions du présent article en vue d'assurer le bon fonctionnement de la politique agricole commune et notamment de l'organisation commune des marchés.

Article 55

1. Les différences de niveau des prix sont compensées selon les modalités suivantes:

a) dans les échanges des nouveaux Etats membres entre eux et avec la Communauté dans sa composition originale, des montants compensatoires sont perçus par l'Etat importateur ou octroyés par l'Etat exportateur;

b) im Handel der neuen Mitgliedstaaten mit dritten Ländern werden die im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik angewandten Abschöpfungen oder sonstigen Einfuhrabgaben und die Ausfuhrerstattungen um die im Handel mit der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung anwendbaren Ausgleichsbeträge gesenkt oder erhöht. Die Zölle dürfen jedoch nicht um den Ausgleichsbetrag verringert werden.

2. Bei den Erzeugnissen, deren Preise nach den Artikeln 51 und 52 festgesetzt werden, sind die im Handel zwischen der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung und den neuen Mitgliedstaaten sowie zwischen den neuen Mitgliedstaaten und dritten Ländern anwendbaren Ausgleichsbeträge gleich dem Unterschied zwischen den für den betreffenden neuen Mitgliedstaat festgesetzten Preisen und den gemeinsamen Preisen.

Bei den anderen Erzeugnissen werden die Ausgleichsbeträge in den Fällen der Kapitel 2 und 3 und nach Maßgabe dieser Kapitel festgesetzt.

3. Die im Handel zwischen den neuen Mitgliedstaaten anwendbaren Ausgleichsbeträge werden im Verhältnis zu den für jeden von ihnen nach Absatz 2 festgesetzten Ausgleichsbeträgen festgelegt.

4. Führt die Anwendung der Absätze 2 und 3 jedoch zu äußerst geringen Beträgen, so werden keine Ausgleichsbeträge festgesetzt.

5. Bei den Erzeugnissen, für die der Zollsatz des gemeinsamen Zolltarifs im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens konsolidiert ist, wird die Konsolidierung berücksichtigt.

6. Der Ausgleichsbetrag, der von einem Mitgliedstaat nach Absatz 1 Buchstabe a erhoben oder gewährt wird, darf den Gesamtbetrag nicht überschreiten, den dieser Mitgliedstaat bei der Einfuhr aus dritten Ländern erhebt.

Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission Abweichungen von Unterabsatz 1 beschließen, insbesondere um Verkehrsverlagerungen und Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern.

Artikel 56

Liegt bei einem Erzeugnis der Weltmarktpreis über dem für die Berechnung der Einfuhrbelastung im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik festgelegten Preis abzüglich des Ausgleichsbetrags, der nach Artikel 55 von der Einfuhrbelastung abgezogen wird, oder ist die Erstattung bei der Ausfuhr nach dritten Ländern niedriger als der Ausgleichsbetrag oder wird eine Erstattung nicht gewährt, so können Maßnahmen getroffen werden, die geeignet sind, das reibungslose Funktionieren der gemeinsamen Marktorganisationen zu gewährleisten.

Artikel 57

Für die neuen Mitgliedstaaten wird bei der Festlegung der Höhe der verschiedenen Bestandteile der Preis- und Interventionsregelung, mit Ausnahme der in den Artikeln 51 und 70 genannten Preise, der im Ausgleichsbetrag wiedergegebene Preisunterschied berücksichtigt, soweit dies für das reibungslose Funktionieren der Gemeinschaftsregelung erforderlich ist.

Artikel 58

Die gewährten Ausgleichsbeträge werden von der Gemeinschaft aus dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie, finanziert.

(b) in trade between the new Member States and third countries, levies or other import charges applied under the common agricultural policy and export refunds shall be reduced or increased, as the case may be, by the compensatory amounts applicable in trade with the Community as originally constituted. Customs duties may not, however, be reduced by the compensatory amount.

2. For products in respect of which prices are fixed in accordance with Articles 51 and 52, the compensatory amounts applicable in trade between the Community as originally constituted and the new Member States, and between those States and third countries, shall be equal to the difference between the prices fixed for the new Member State concerned and the common prices.

For the other products, the compensatory amounts shall be determined in the cases provided for in Chapters 2 and 3 and in accordance with the rules which they lay down.

3. The compensatory amounts applicable in trade between the new Member States shall be determined by direct reference to the compensatory amounts fixed for each of those States in accordance with paragraph 2.

4. No compensatory amount shall, however, be fixed if the application of paragraphs 2 and 3 results in a minimal amount.

5. For products in respect of which the duty in the Common Customs Tariff is bound under the General Agreement on Tariffs and Trade, the binding shall be taken into account.

6. The compensatory amount levied or granted by a Member State in accordance with paragraph 1 (a) may not exceed the total amount levied by that same Member State on imports from third countries.

The Council, acting by a qualified majority on a proposal from the Commission, may derogate from this rule, in particular in order to avoid deflections of trade and distortions of competition.

Article 56

If the world market price for a product is higher than the price used in calculating the import charge introduced under the common agricultural policy, less the compensatory amount deducted from the import charge in accordance with Article 55, or if the refund on exports to third countries is less than the compensatory amount, or if no refund is applicable, appropriate measures may be taken with a view to ensuring the proper functioning of the common organization of the market.

Article 57

In fixing the level of the various elements of the price and intervention system, except for the prices referred to in Articles 51 and 70, account shall be taken for the new Member States, to the extent necessary for the proper functioning of the Community rules, of the difference in prices expressed by the compensatory amount.

Article 58

The compensatory amounts granted shall be financed by the Community from the Guarantee Section of the European Agricultural Guidance and Guarantee Fund.

b) dans les échanges des nouveaux Etats membres avec les pays tiers, les prélèvements ou autres impositions à l'importation appliqués dans le cadre de la politique agricole commune, ainsi que les restitutions à l'exportation, sont, selon le cas, diminués ou augmentés des montants compensatoires applicables dans les échanges avec la Communauté dans sa composition origininaire. Toutefois, les droits de douane ne peuvent être diminués du montant compensatoire.

2. Pour les produits pour lesquels des prix sont fixés conformément aux dispositions des articles 51 et 52, les montants compensatoires applicables dans les échanges entre la Communauté dans sa composition origininaire et les nouveaux Etats membres, et entre ces derniers et les pays tiers, sont égaux à la différence entre les prix fixés pour le nouvel Etat membre intéressé et les prix communs.

Pour les autres produits, les montants compensatoires sont établis dans les cas et selon les modalités prévus aux chapitres 2 et 3.

3. Les montants compensatoires applicables dans les échanges entre les nouveaux Etats membres sont établis en fonction des montants compensatoires fixés pour chacun d'eux conformément au paragraphe 2.

4. Toutefois, il n'est pas fixé de montant compensatoire si l'application des paragraphes 2 et 3 conduit à un montant minime.

5. Pour les produits pour lesquels le droit du tarif douanier commun est consolidé dans le cadre de l'Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce, il est tenu compte de la consolidation.

6. Le montant compensatoire perçu ou octroyé par un Etat membre conformément au paragraphe 1 a) ne peut être supérieur au montant total perçu par ce même Etat membre à l'importation en provenance des pays tiers.

Le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission, peut déroger à cette règle, notamment pour éviter des détournements de trafic et des distorsions de concurrence.

Article 56

Lorsque, pour un produit, le prix du marché mondial est supérieur au prix retenu pour le calcul de la charge à l'importation instaurée dans le cadre de la politique agricole commune, diminué du montant compensatoire qui est déduit de la charge à l'importation en application de l'article 55, ou lorsque la restitution à l'exportation vers les pays tiers est inférieure au montant compensatoire, ou si aucune restitution n'est applicable, les mesures appropriées peuvent être prises en vue d'assurer le bon fonctionnement de l'organisation commune des marchés.

Article 57

Lors de la fixation du niveau des différents éléments du régime des prix et des interventions, autres que les prix visés aux articles 51 et 70, il est tenu compte, pour les nouveaux Etats membres, dans la mesure nécessaire au bon fonctionnement de la réglementation communautaire, de la différence des prix exprimée par le montant compensatoire.

Article 58

Les montants compensatoires octroyés sont financés par la Communauté au titre du Fonds européen d'orientation et de garantie agricole, section garantie.

Artikel 59

Auf Erzeugnisse, bei deren Einfuhr aus dritten Ländern in die Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung Zölle erhoben werden, finden folgende Bestimmungen Anwendung:

1. Die Einfuhrzölle werden zwischen der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung und den neuen Mitgliedstaaten sowie zwischen den neuen Mitgliedstaaten in fünf Stufen abgeschafft. Die erste Herabsetzung, bei der die Zollsätze auf 80 v. H. der Ausgangszollsätze gesenkt werden, und die vier weiteren Herabsetzungen um jeweils 20 v. H. werden nach folgendem Zeitplan vorgenommen:

- a) bei den Erzeugnissen, die unter die gemeinsame Marktorganisation für Rindfleisch fallen: jährlich zu Beginn des Wirtschaftsjahres, wobei die erste Herabsetzung im Jahre 1973 erfolgt;
- b) bei den Erzeugnissen, die unter die Verordnungen Nr. 23 über die schrittweise Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Obst und Gemüse, (EWG) Nr. 234/68 über eine gemeinsame Marktorganisation für lebende Pflanzen und Waren des Blumenhandels und (EWG) Nr. 865/68 über die gemeinsame Marktorganisation für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse fallen: am 1. Januar jedes Jahres, wobei die erste Herabsetzung am 1. Januar 1974 erfolgt;
- c) bei den übrigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen: nach dem in Artikel 32 Absatz 1 festgelegten Zeitplan, wobei die erste Herabsetzung jedoch am 1. Juli 1973 erfolgt.

2. Zur schrittweisen Einführung des Gemeinsamen Zolltarifs verringert jeder neue Mitgliedstaat den Abstand zwischen dem Ausgangszollsatz und dem Satz des Gemeinsamen Zolltarifs in Raten von 20 v. H. Diese Annäherungen erfolgen zu den in Absatz 1 für die betreffenden Erzeugnisse vorgesehenen Zeitpunkten. Bei den in Absatz 1 Buchstabe c genannten Erzeugnissen erfolgen die Annäherungen nach dem in Artikel 39 Absatz 1 vorgesehenen Zeitplan.

Auf Zollpositionen, bei denen die Ausgangszollsätze um höchstens 15 v. H. von den Sätzen des Gemeinsamen Zolltarifs abweichen, werden die letzteren jedoch für jede Gruppe der betreffenden Erzeugnisse vom Zeitpunkt der ersten Annäherung ab angewandt.

3. Für die in Absatz 1 Buchstabe b genannten Erzeugnisse kann der Rat bei der zweiten, dritten und vierten Herabsetzung oder Annäherung mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission beschließen, daß diese Zölle bei einem oder mehreren dieser Erzeugnisse für einen oder mehrere neue Mitgliedstaaten während eines Jahres von den sich aus der Anwendung des Absatzes 1 oder des Absatzes 2 ergebenden Sätzen abweichen.

Die Abweichung darf höchstens 10 v. H. des Ausmaßes der nach den Absätzen 1 oder 2 durchzuführenden Änderung betragen.

In diesem Fall sind im folgenden Jahr die Zollsätze anzuwenden, die sich aus der Anwendung des Absatzes 1 oder des Absatzes 2 ergeben hätten, wenn die Abweichung nicht beschlossen worden wäre. Für dieses Jahr kann jedoch nach Maßgabe der Unterabsätze 1 und 2 erneut eine Abweichung von diesen Zollsätzen beschlossen werden.

Am 1. Januar 1978 werden die Zölle für diese Erzeugnisse abgeschafft; von diesem Zeitpunkt an wenden die neuen Mitgliedstaaten den Gemeinsamen Zolltarif in vollem Umfang an.

Article 59

The following provisions shall apply to products the importation of which from third countries into the Community as originally constituted is subject to customs duties:

1. Customs duties on imports shall be progressively abolished between the Community as originally constituted and the new Member States and between the new Member States themselves in five stages. The first reduction, which shall reduce the customs duties to 80% of the basic duty, and the four other reductions of 20% each, shall be made in accordance with the following timetable:

- (a) for products covered by the common organization of the market in beef and veal: at the start of each marketing year, the first reduction taking place in 1973;
- (b) for products covered by Regulation No 23 on the progressive establishment of a common organization of the market in fruit and vegetables, by Regulation (EEC) No 234/68 on the establishment of a common organization of the market in live trees and other plants, bulbs, roots and the like, cut flowers and ornamental foliage, and by Regulation (EEC) No 865/68 on the establishment of a common organization of the market in products processed from fruit and vegetables: on 1 January each year, the first reduction taking place on 1 January 1974;
- (c) for other agricultural products: in accordance with the timetable laid down in Article 32 (1), the first reduction, however, taking place on 1 July 1973.

2. For the purpose of the progressive introduction of the Common Customs Tariff, each new Member State shall reduce the difference between the basic duty and the duty in the Common Customs Tariff by successive amounts of 20%. These moves towards alignment shall be made on the dates laid down in paragraph 1 for the products in question. For the products referred to in paragraph 1 (c), the moves towards alignment shall follow the timetable laid down in Article 39 (1).

However, in the case of tariff headings in respect of which the basic duties do not differ by more than 15% in either direction from the duties in the Common Customs Tariff, the latter duties shall be applied from the date of the first move towards alignment for each category of products in question.

3. In respect of the second, third and fourth reductions or moves towards alignment, the Council, acting by a qualified majority on a proposal from the Commission, may decide that, in respect of one or more of the new Member States, the duties applicable to one or more of the products referred to in paragraph 1 (b) shall for one year, depart from the duties resulting from the application of paragraph 1 or, as the case may be, paragraph 2.

This departure may not exceed 10% of the amount of the modification to be made under paragraphs 1 or 2.

In that event, the duties to be applied for the following year shall be those which would have resulted from applying paragraph 1 or, as the case may be, paragraph 2, if the departure had not been decided upon. However, for that year, a further departure from those duties may be decided upon in accordance with the conditions set out in the above subparagraphs.

On 1 January 1978, the customs duties on these products shall be abolished and the new Member States shall apply in full the Common Customs Tariff.

Article 59

Pour les produits dont l'importation en provenance des pays tiers dans la Communauté dans sa composition originare est soumise à l'application de droits de douane, les dispositions suivantes s'appliquent:

1. Les droits de douane à l'importation sont progressivement supprimés entre la Communauté dans sa composition originare et les nouveaux Etats membres, et entre les nouveaux Etats membres, en cinq étapes. La première réduction qui ramène les droits de douane à 80% du droit de base, et les quatre autres réductions de 20% chacune sont effectuées selon le rythme suivant:

- a) pour les produits relevant de l'organisation commune des marchés dans le secteur de la viande bovine: chaque année au début de la campagne de commercialisation, la première réduction intervenant en 1973;
- b) pour les produits relevant des règlements n° 23 portant établissement graduel d'une organisation commune des marchés dans le secteur des fruits et légumes, (CEE) n° 234/68 portant établissement d'une organisation commune des marchés dans le secteur des plantes vivantes et des produits de la floriculture et (CEE) n° 865/68 portant établissement d'une organisation commune des marchés dans le secteur des produits transformés à base de fruits et légumes: le 1^{er} janvier de chaque année, la première réduction intervenant le 1^{er} janvier 1974;
- c) pour les autres produits agricoles: selon le rythme fixé à l'article 32 paragraphe 1, la première réduction intervenant toutefois le 1^{er} juillet 1973.

2. Aux fins de la mise en place progressive du tarif douanier commun, chaque nouvel Etat membre réduit l'écart existant entre le droit de base et le droit du tarif douanier commun par tranches de 20%. Ces rapprochements sont effectués aux dates prévues au paragraphe 1 pour les produits en question. Pour les produits visés au paragraphe 1 c), les rapprochements suivent le rythme prévu à l'article 39 paragraphe 1.

Toutefois, pour les positions tarifaires pour lesquelles les droits de base ne s'écartent pas de plus de 15% en plus ou en moins des droits du tarif douanier commun, ces derniers droits sont appliqués à partir de la date du premier rapprochement pour chacune des catégories de produits en question.

3. En ce qui concerne les produits visés au paragraphe 1 b), pour les deuxième, troisième et quatrième réductions ou rapprochements, le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission, peut décider, pour un ou plusieurs des nouveaux Etats membres, que les droits applicables à un ou plusieurs de ces produits s'écartent pendant une année des droits résultant de l'application du paragraphe 1 ou, selon le cas, du paragraphe 2.

Cet écart ne peut dépasser 10% du montant de la modification à effectuer en application des paragraphes 1 et 2.

Dans ce cas, les droits à appliquer pour l'année suivante sont ceux qui auraient résulté de l'application du paragraphe 1 ou, selon le cas, du paragraphe 2, si l'écart n'avait pas été décidé. Toutefois, pour cette année, un nouvel écart peut être décidé par rapport à ces droits, dans les conditions prévues aux alinéas ci-dessus.

Le 1^{er} janvier 1978, les droits de douane applicables à ces produits sont supprimés et les nouveaux Etats membres appliquent intégralement le tarif douanier commun.

4. Bei den einer gemeinsamen Marktorganisation unterliegenden Erzeugnissen können die neuen Mitgliedstaaten nach dem Verfahren des Artikels 26 der Verordnung Nr. 120/67/EWG über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide oder nach den entsprechenden Artikeln der anderen Verordnungen über gemeinsame Agrarmarktorganisationen ermächtigt werden, die Abschaffung der in Absatz 1 genannten Zölle oder die in Absatz 2 vorgesehene Annäherung rascher als in den Absätzen 1 bis 3 vorgesehen durchzuführen oder die bei der Einfuhr von Erzeugnissen aus anderen Mitgliedstaaten anwendbaren Zölle ganz oder teilweise aussetzen.

Bei den anderen Erzeugnissen ist für die Durchführung der in Unterabsatz 1 genannten Maßnahmen keine Ermächtigung erforderlich.

Die sich aus einer beschleunigten Annäherung ergebenden Zollsätze dürfen nicht niedriger sein als die Zollsätze, die bei der Einfuhr der gleichen Erzeugnisse aus den anderen Mitgliedstaaten angewandt werden.

Die neuen Mitgliedstaaten unterrichten die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über die getroffenen Maßnahmen.

Artikel 60

1. Die in der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung für Zölle, Abgaben gleicher Wirkung, mengenmäßige Beschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung geltende Regelung findet in den neuen Mitgliedstaaten vom 1. Februar 1973 an, vorbehaltlich der Artikel 55 und 59, auf die Erzeugnisse Anwendung, die zum Zeitpunkt des Beitritts unter eine gemeinsame Marktorganisation fallen.

2. Bei den Erzeugnissen, die zum Zeitpunkt des Beitritts nicht einer gemeinsamen Marktorganisation unterliegen, finden die Bestimmungen des Titels I über die schrittweise Beseitigung der Abgaben mit gleicher Wirkung wie Zölle, der mengenmäßigen Beschränkungen und der Maßnahmen gleicher Wirkung keine Anwendung auf diese Abgaben, Beschränkungen und Maßnahmen, wenn sie zum Zeitpunkt des Beitritts Bestandteil einer einzelstaatlichen Marktordnung sind.

Unterabsatz 1 gilt bis zur Anwendung der gemeinsamen Marktorganisation für diese Erzeugnisse und nur insoweit, als dies zur Aufrechterhaltung der innerstaatlichen Marktordnung erforderlich ist.

3. Die neuen Mitgliedstaaten wenden für die unter eine gemeinsame Marktorganisation fallenden Erzeugnisse spätestens vom 1. Februar 1973 ab das Schema des Gemeinsamen Zolltarifs an.

Soweit sich daraus keine Schwierigkeiten für die Anwendung der Gemeinschaftsregelung, insbesondere für das Funktionieren der gemeinsamen Marktorganisationen und der in diesem Titel vorgesehenen Übergangsmechanismen, ergeben, kann der Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission einen neuen Mitgliedstaat ermächtigen, in dieses Schema die bestehenden einzelstaatlichen Unterteilungen zu übernehmen, die für die schrittweise Annäherung an den Gemeinsamen Zolltarif oder für die Abschaffung der Zölle innerhalb der Gemeinschaft in Übereinstimmung mit dieser Akte unerlässlich sind.

Artikel 61

1. Der Bestandteil zum Schutz der Verarbeitungsindustrie, der bei Erzeugnissen, die unter die gemeinsamen

4. In respect of products covered by a common organization of the market, the new Member States may, in accordance with the procedure laid down in Article 26 of Regulation No 120/67/EEC on the common organization of the market in cereals or, as the case may be, laid down in the corresponding Articles of the other Regulations on the establishment of a common organization of agricultural markets, be authorized to abolish the customs duties referred to in paragraph 1, or to align duties as provided for in paragraph 2, or both, at a more rapid rate than that laid down in the preceding paragraphs or to suspend in whole or in part the customs duties on products imported from other Member States.

In respect of other products, no authorization shall be required for the introduction of the measures referred to in the preceding subparagraph.

The customs duties resulting from an accelerated alignment shall not be less than the customs duties on imports of the same products from other Member States.

Each new Member State shall inform the other Member States and the Commission of the measures taken.

Article 60

1. In respect of products covered, on the date of accession, by a common organization of the market, the system applicable in the Community as originally constituted in respect of customs duties and charges having equivalent effect and quantitative restrictions and measures having equivalent effect shall, subject to Articles 55 and 59, apply in the new Member States from 1 February 1973.

2. In respect of products not covered, on the date of accession, by a common organization of the market, the provisions of Title I concerning the progressive abolition of charges having equivalent effect to customs duties and of quantitative restrictions and measures having equivalent effect shall not apply to those charges, restrictions and measures if they form part of a national market organization on the date of accession.

This provision shall apply only to the extent necessary to ensure the maintenance of the national organization and until the common organization of the market for these products is implemented.

3. The new Member States shall apply the Common Customs Tariff nomenclature by 1 February 1973 at the latest, in respect of agricultural products covered by a common organization of the market.

To the extent that no difficulties arise in the application of the Community rules and, in particular, in the functioning of the common organization of markets and of the transitional mechanisms provided for in this Title, the Council, acting by a qualified majority on a proposal from the Commission, may authorize a new Member State to include within this nomenclature such existing national subdivisions as would be indispensable for carrying out the progressive moves towards alignment with the Common Customs Tariff or the elimination of the duties in the Community under the conditions laid down in this Act.

Article 61

1. The component for protection of the processing industry which is used in calculating the charge on imports

4. Pour les produits soumis à l'organisation commune des marchés, les nouveaux Etats membres peuvent être autorisés, selon la procédure prévue à l'article 26 du règlement n° 120/67/CEE portant organisation commune des marchés dans le secteur des céréales ou, selon le cas, aux articles correspondants des autres règlements portant organisation commune des marchés agricoles, à procéder à la suppression des droits de douane visés au paragraphe 1 ou au rapprochement visé au paragraphe 2, selon un rythme plus rapide que celui prévu dans les paragraphes précédents, ou à une suspension totale ou partielle des droits de douane applicables aux produits importés en provenance des autres Etats membres.

Pour les autres produits, une autorisation n'est pas requise pour procéder aux mesures visées à l'alinéa précédent.

Les droits de douane résultant d'un rapprochement accéléré ne peuvent être inférieurs à ceux appliqués à l'importation des mêmes produits en provenance des autres Etats membres.

Les nouveaux Etats membres informent les autres Etats membres et la Commission des mesures prises.

Article 60

1. Le régime applicable dans la Communauté dans sa composition originaires en matière de droits de douane et taxes d'effet équivalent, et de restrictions quantitatives et mesures d'effet équivalent, s'applique dans les nouveaux Etats membres dès le 1^{er} février 1973 et sous réserve des dispositions des articles 55 et 59 pour les produits soumis, lors de l'adhésion, à l'organisation commune des marchés.

2. Pour les produits qui ne sont pas soumis, lors de l'adhésion, à l'organisation commune des marchés, les dispositions du titre I concernant la suppression progressive des taxes d'effet équivalent à des droits de douane, et des restrictions quantitatives et mesures d'effet équivalent ne s'appliquent pas à ces taxes, restrictions et mesures, lorsqu'elles font partie d'une organisation nationale de marchés à la date de l'adhésion.

Cette disposition n'est applicable que dans la mesure nécessaire pour assurer le maintien de l'organisation nationale et jusqu'à la mise en application de l'organisation commune des marchés pour ces produits.

3. Les nouveaux Etats membres appliquent la nomenclature du tarif douanier commun au plus tard le 1^{er} février 1973 pour les produits agricoles soumis à l'organisation commune des marchés.

Pour autant qu'il n'en résulte pas de difficultés pour l'application de la réglementation communautaire, et notamment pour le fonctionnement de l'organisation commune des marchés et des mécanismes transitoires prévus au présent titre, le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission, peut autoriser un nouvel Etat membre à reprendre, à l'intérieur de cette nomenclature, les subdivisions nationales existantes qui seraient indispensables pour que le rapprochement progressif vers le tarif douanier commun ou l'élimination des droits à l'intérieur de la Communauté s'effectuent dans les conditions prévues au présent acte.

Article 61

1. L'élément destiné à assurer la protection de l'industrie de transformation qui entre dans le calcul de la

Marktorganisationen für Getreide, Reis und Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse fallen, in die Berechnung der Belastung der Einfuhr aus dritten Ländern einbezogen wird, wird bei der Einfuhr aus den neuen Mitgliedstaaten in die Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung erhoben.

2. Für Einfuhren in die neuen Mitgliedstaaten wird der Betrag dieses Bestandteils dadurch bestimmt, daß der Bestandteil oder die Bestandteile zum Schutz der Verarbeitungsindustrie von dem ab 1. Januar 1972 geltenden Gesamtschutz getrennt werden.

Dieser Bestandteil oder diese Bestandteile werden bei der Einfuhr aus anderen Mitgliedstaaten erhoben und treten, was die Belastung bei der Einfuhr aus dritten Ländern anbelangt, an die Stelle des dem Gemeinschaftsschutz dienenden Bestandteils.

3. Artikel 59 findet auf den in den Absätzen 1 und 2 genannten Bestandteil Anwendung. Die betreffenden Herabsetzungen oder Annäherungen werden jedoch für die Erzeugnisse der Sektoren Getreide und Reis zu Beginn des für das betreffende Grunderzeugnis festgelegten Wirtschaftsjahres vorgenommen.

Artikel 62

1. Der Rat erläßt mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission die zur Durchführung dieses Titels erforderlichen Bestimmungen.

2. Der Rat kann einstimmig auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung der Versammlung die infolge einer Änderung der Gemeinschaftsregelung erforderlichen Anpassungen der in den Kapiteln 2, 3 und 4 enthaltenen Einzelheiten vornehmen.

Artikel 63

1. Sind Übergangsmaßnahmen notwendig, um die Überleitung von der in den neuen Mitgliedstaaten bestehenden Regelung zu der Regelung zu erleichtern, die sich aus der Anwendung der gemeinsamen Marktorganisation nach Maßgabe dieses Titels ergibt, insbesondere wenn die Anwendung der neuen Regelung zum vorgesehenen Zeitpunkt bei bestimmten Erzeugnissen erhebliche Schwierigkeiten verursacht, so werden diese Maßnahmen nach dem Verfahren des Artikels 26 der Verordnung Nr. 120/67/EWG oder der entsprechenden Artikel der anderen Verordnungen über gemeinsame Agrarmarktorganisationen getroffen. Diese Maßnahmen können während eines Zeitraums, der am 31. Januar 1974 endet, getroffen werden; ihre Anwendbarkeit ist auf diese Frist begrenzt.

2. Der Rat kann einstimmig auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung der Versammlung die in Absatz 1 genannte Frist bis zum 31. Januar 1975 verlängern.

Artikel 64

Die Bestimmungen dieses Titels berühren nicht das Ausmaß der Liberalisierung des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, das sich aus dem am 14. Dezember 1965 unterzeichneten Abkommen zur Gründung einer Freihandelszone zwischen Irland und dem Vereinigten Königreich und den damit zusammenhängenden Übereinkünften ergibt.

from third countries of products covered by the common organization of the markets in cereals, rice and products processed from fruit and vegetables shall be levied on imports from the new Member States into the Community as originally constituted.

2. For imports into the new Member States, the amount of that component shall be determined by separating out, from the total protection applied on 1 January 1972, the component or components designed to ensure the protection of the processing industry.

Such component or components shall be levied on imports from other Member States; they shall replace, as regards the charge on imports from third countries, the Community protective component.

3. Article 59 shall apply to the component referred to in paragraphs 1 and 2. The reductions or alignments in question shall, however, in respect of cereal and rice products be made at the beginning of the marketing year fixed for the basic product concerned.

Article 62

1. The Council, acting by a qualified majority on a proposal from the Commission, shall adopt the provisions necessary for implementing this Title.

2. The Council, acting unanimously on a proposal from the Commission after consulting the Assembly, may make the necessary adaptations to the provisions of Chapters 2, 3 and 4 of this Title, if made necessary as a result of a change in Community rules.

Article 63

1. If transitional measures are necessary to facilitate the passage from the existing arrangements in the new Member States to those resulting from the application of the common organization of the markets as provided for in this Title, particularly if for certain products the implementation of the new arrangements on the scheduled date meets with appreciable difficulties, such measures shall be adopted in accordance with the procedure provided for in Article 26 of Regulation No 120/67/EEC or, as the case may be, in the corresponding Articles of the other Regulations on the common organization of agricultural markets. Such measures may be taken during the period up to 31 January 1974, but their application may not extend beyond that date.

2. The Council may, acting unanimously on a proposal from the Commission after consulting the Assembly, extend the time limit in paragraph 1 up to 31 January 1975.

Article 64

The provisions of this Title shall not affect the degree of freedom of trade in agricultural products which results from the Anglo-Irish Free Trade Area Agreement, signed on 14 December 1965, and related Agreements.

charge à l'importation en provenance des pays tiers pour les produits relevant de l'organisation commune des marchés dans les secteurs des céréales, du riz et des produits transformés à base de fruits et légumes est perçu à l'importation dans la Communauté dans sa composition originaire en provenance des nouveaux Etats membres.

2. Pour les importations dans les nouveaux Etats membres, le montant de cet élément est déterminé en isolant à l'intérieur de la protection appliquée le 1^{er} janvier 1972 l'élément ou les éléments qui étaient destinés à assurer la protection de l'industrie de transformation.

Cet élément ou ces éléments sont perçus à l'importation en provenance des autres Etats membres; ils remplacent, en ce qui concerne la charge à l'importation en provenance des pays tiers, l'élément de protection communautaire.

3. Les dispositions de l'article 59 s'appliquent à l'élément visé aux paragraphes 1 et 2. Toutefois, les réductions ou rapprochements en cause s'effectuent pour les produits relevant des secteurs des céréales et du riz au début de la campagne de commercialisation déterminée pour le produit de base en question.

Article 62

1. Le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission, arrête les dispositions nécessaires pour mettre en œuvre les dispositions du présent titre.

2. Le Conseil, statuant à l'unanimité sur proposition de la Commission et après consultation de l'Assemblée, peut procéder aux adaptations nécessaires des modalités figurant dans les chapitres 2, 3 et 4 du présent titre, en cas de nécessité résultant d'une modification de la réglementation communautaire.

Article 63

1. Si des mesures transitoires sont nécessaires pour faciliter le passage du régime existant dans les nouveaux Etats membres à celui résultant de l'application de l'organisation commune des marchés dans les conditions prévues au présent titre, notamment si la mise en application du nouveau régime à la date prévue se heurte, pour certains produits, à des difficultés sensibles, ces mesures sont arrêtées selon la procédure prévue à l'article 26 du règlement n° 120/67/CEE ou, selon le cas, aux articles correspondants des autres règlements portant organisation commune des marchés agricoles. Ces mesures peuvent être prises pendant une période expirant le 31 janvier 1974, leur application étant limitée à cette date.

2. Le Conseil, statuant à l'unanimité sur proposition de la Commission et après consultation de l'Assemblée, peut reporter la date visée au paragraphe 1 jusqu'au 31 janvier 1975.

Article 64

Les dispositions du présent titre n'affectent pas le degré de liberté des échanges de produits agricoles qui résulte de l'Accord instituant une zone de libre-échange entre l'Irlande et le Royaume-Uni, signé le 14 décembre 1965 et des accords connexes.

Kapitel 2**Bestimmungen über gemeinsame Marktorganisationen****Abschnitt 1****Obst und Gemüse****Artikel 65**

1. Ein Ausgleichsbetrag wird für Obst und Gemüse festgesetzt, für das

- a) der betreffende neue Mitgliedstaat im Jahre 1971 mengenmäßige Beschränkungen oder Maßnahmen gleicher Wirkung anwandte,
- b) ein gemeinsamer Grundpreis festgesetzt ist und
- c) der Erzeugerpreis in dem betreffenden neuen Mitgliedstaat den Grundpreis erheblich überschreitet, der in der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung während der Zeit vor der Anwendung der Gemeinschaftsregelung auf die neuen Mitgliedstaaten anwendbar war.

2. Der Erzeugerpreis im Sinne des Absatzes 1 Buchstabe c wird berechnet unter Anwendung der in Artikel 4 Absatz 2 der Verordnung Nr. 159/66/EWG mit zusätzlichen Vorschriften für die gemeinsame Marktorganisation für Obst und Gemüse niedergelegten Grundsätze auf die Angaben des betreffenden neuen Mitgliedstaats.

3. Der Ausgleichsbetrag findet nur während des Zeitraums Anwendung, für den der Grundpreis gilt.

Artikel 66

1. Bis zur ersten Annäherung ist der Ausgleichsbetrag im Handel zwischen einem neuen Mitgliedstaat, in dem die in Artikel 65 Absatz 1 genannten Voraussetzungen gegeben sind, und der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung oder anderen neuen Mitgliedstaaten, mit Ausnahme der in Unterabsatz 2 genannten, oder dritten Ländern gleich dem Unterschied zwischen den in Artikel 65 Absatz 1 Buchstabe c genannten Preisen.

Im Handel zwischen zwei neuen Mitgliedstaaten, in denen die in Artikel 65 Absatz 1 genannten Voraussetzungen gegeben sind, ist der Ausgleichsbetrag gleich dem Unterschied zwischen ihren Erzeugerpreisen. Der Ausgleichsbetrag wird nicht angewandt, wenn dieser Unterschied geringfügig ist.

Die Unterschiede im Sinne der Unterabsätze 1 und 2 werden, soweit erforderlich, um die Zollbelastung berichtigt.

2. Bei den nachfolgenden Festsetzungen wird der Ausgleichsbetrag am 1. Januar jedes Jahres um ein Fünftel des ursprünglichen Betrags herabgesetzt; die erste Herabsetzung erfolgt am 1. Januar 1974.

Artikel 52 Absatz 3 ist sinngemäß anwendbar. Der Ausgleichsbetrag wird am 1. Januar 1978 abgeschafft.

Artikel 67

Zur Bestimmung der Einfuhrpreise werden von den in den neuen Mitgliedstaaten festgestellten Notierungen abgezogen:

- a) ein etwaiger Ausgleichsbetrag,
- b) die anstelle der Zölle des Gemeinsamen Zolltarifs auf Einfuhren aus dritten Ländern in die neuen Mitgliedstaaten anwendbaren Zölle.

Chapter 2
Provisions relating
to certain common organizations of markets

Section 1
Fruit and Vegetables

Article 65

1. A compensatory amount shall be fixed for fruit and vegetables in respect of which:

- (a) the new Member State concerned applied, during 1971, quantitative restrictions or measures having equivalent effect,
- (b) a common basic price is fixed, and
- (c) the producer price in that new Member State appreciably exceeds the basic price applicable in the Community as originally constituted during the period preceding the application of the Community system to the new Member States.

2. The producer price referred to in paragraph 1 (c) shall be calculated by applying to the national data of the new Member State concerned the principles set out in Article 4 (2) of Regulation No 159/66/EEC laying down additional provisions in respect of the common organization of the market in fruit and vegetables.

3. The compensatory amount shall apply only during the period for which the basic price is in force.

Article 66

1. Until the first move towards alignment, the compensatory amount applicable in trade between a new Member State in which the conditions referred to in Article 65 (1) are fulfilled and the Community as originally constituted, another new Member State, with the exception of those referred to in the following subparagraph, or third countries, shall be equal to the difference between the prices referred to in Article 65 (1) (c).

In trade between two new Member States in which the conditions referred to in Article 65 (1) are fulfilled, the compensatory amount shall be equal to the difference between their respective producer prices. The compensatory amount shall not be applied if this difference is insignificant.

The differences referred to in the above subparagraphs shall be adjusted, to the extent necessary, by the incidence of customs duties.

2. Where subsequent compensatory amounts are fixed, the compensatory amount shall be reduced by one fifth of the original amount on 1 January every year, beginning on 1 January 1974.

Article 52 (3) shall apply by analogy. The compensatory amount shall be abolished on 1 January 1978.

Article 67

For the purpose of determining entry prices, the price quotations recorded in the new Member States shall be reduced by:

- (a) the compensatory amount, if any;
- (b) the duties applicable to imports into those Member States from third countries instead of the duties of the Common Customs Tariff.

Chapitre 2
Dispositions relatives
à certaines organisations communes des marchés

Section 1
Fruits et légumes

Article 65

1. Un montant compensatoire est fixé pour les fruits et légumes pour lesquels:

- a) le nouvel Etat membre intéressé appliquait, au cours de l'année 1971, des restrictions quantitatives ou des mesures d'effet équivalent,
- b) un prix de base commun est fixé et
- c) le prix à la production dans ce nouvel Etat membre dépasse sensiblement le prix de base applicable dans la Communauté dans sa composition originaire pendant la période précédant l'application aux nouveaux Etats membres du régime communautaire.

2. Le prix à la production visé au paragraphe 1 c) est calculé en appliquant les principes prévus à l'article 4 paragraphe 2 du règlement n° 159/66/CEE portant dispositions complémentaires pour l'organisation commune des marchés dans le secteur des fruits et légumes aux données nationales du nouvel Etat membre intéressé.

3. Le montant compensatoire n'est applicable que pendant la période au cours de laquelle le prix de base est en vigueur.

Article 66

1. Jusqu'au premier rapprochement, le montant compensatoire applicable dans les échanges entre un nouvel Etat membre, dans lequel les conditions visées à l'article 65 paragraphe 1 sont remplies, et la Communauté dans sa composition originaire, un autre nouvel Etat membre, à l'exception de ceux visés à l'alinéa suivant, ou les pays tiers, est égal à la différence entre les prix visés à l'article 65 paragraphe 1 c).

Pour les échanges entre deux nouveaux Etats membres dans lesquels les conditions visées à l'article 65 paragraphe 1 sont remplies, le montant compensatoire est égal à la différence entre leurs prix à la production. Il n'est pas appliqué si cette différence est de faible importance.

Les différences visées aux alinéas ci-dessus sont corrigées, dans la mesure nécessaire, de l'incidence des droits de douane.

2. Pour les fixations suivantes, le montant compensatoire est diminué le 1^{er} janvier de chaque année d'un cinquième du montant originaire, la première réduction intervenant le 1^{er} janvier 1974.

Les dispositions de l'article 52 paragraphe 3 sont applicables par analogie. Le montant compensatoire est supprimé le 1^{er} janvier 1978.

Article 67

Pour la détermination des prix d'entrée, les cours constatés dans les nouveaux Etats membres sont diminués:

- a) du montant compensatoire éventuel;
- b) des droits applicables aux importations dans ces Etats membres en provenance des pays tiers, au lieu des droits du tarif douanier commun.

Artikel 68

Die Bestimmungen über die gemeinsamen Qualitätsnormen sind im Vereinigten Königreich auf die Vermarktung einheimischer Erzeugnisse erst anwendbar

- a) ab 1. Februar 1974 für Artischocken, Spargel, Rosenkohl, Sellerie, Chicoree, Knoblauch, Speisezwiebeln,
- b) ab 1. Februar 1975 für Bohnen (Busch- und Stangenbohnen), Kopfkohl, Speisemöhren, Kopfsalat, krause Endivie und Eskariol, Pflückerbsen, Spinat, Erdbeeren.

Abschnitt 2

Wein

Artikel 69

Irland und das Vereinigte Königreich werden ermächtigt, bis zum 31. Dezember 1975 die zusammengesetzten Bezeichnungen, die das Wort „Wein“ enthalten, zur Benennung bestimmter Getränke beizubehalten, bei denen die Verwendung dieser Bezeichnungen nicht mit der Gemeinschaftsregelung vereinbar ist. Diese Abweichung gilt jedoch nicht für Erzeugnisse, die in die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung ausgeführt werden.

Abschnitt 3

Ölsaaten

Artikel 70

1. Bei Ölsaaten findet Artikel 52 auf die abgeleiteten Interventionspreise Anwendung.

2. Die bis zur ersten Annäherung in den neuen Mitgliedstaaten anwendbaren Interventionspreise werden nach den im Rahmen der gemeinsamen Marktorganisation vorgesehenen Regeln unter Berücksichtigung des normalen Verhältnisses festgesetzt, das zwischen den für Ölsaaten zu erzielenden Einkünften und den Einkünften aus Erzeugnissen, die in der Fruchtfolge mit Ölsaaten in Wettbewerb treten, bestehen soll.

Artikel 71

Die Gemeinschaftsbeihilfe für die in einem neuen Mitgliedstaat geernteten Ölsaaten wird um den in diesem Staat anwendbaren, um die Zollbelastung erhöhten Ausgleichsbetrag berichtigt.

Artikel 72

Im Handel wird der Ausgleichsbetrag nur auf Erstattungen angewandt, die bei der Ausfuhr der in einem neuen Mitgliedstaat geernteten Ölsaaten nach dritten Ländern gewährt werden.

Abschnitt 4

Getreide

Artikel 73

Auf dem Getreidesektor finden die Artikel 51 und 52 auf die abgeleiteten Interventionspreise Anwendung.

Article 68

The provisions relating to the common quality standards shall apply to the marketing of home produce in the United Kingdom only from:

- (a) 1 February 1974, in respect of artichokes, asparagus, Brussels sprouts, ribbed celery, witloof chicory, garlic and onions;
- (b) 1 February 1975, in respect of beans, roundheaded cabbages, carrots, lettuces, curled-leaved endives and broad-leaved (Batavian) endives, shelling peas, spinach and strawberries.

Section 2
Wine

Article 69

Until 31 December 1975, Ireland and the United Kingdom are authorized to retain the use of composite names including the word wine for the designation of certain beverages in respect of which the use of such names is incompatible with Community rules. This derogation shall not, however, apply to products exported to the Member States of the Community as originally constituted.

Section 3
Oilseeds

Article 70

1. Article 52 shall apply to the derived intervention prices for oilseeds.

2. The intervention prices applicable in the new Member States until the first move towards alignment shall be fixed in accordance with the rules provided for within the common organization of the market, account being taken of the normal relationship which should exist between the income to be obtained from oilseeds and that obtained from the production of the products which compete in crop rotation with oilseeds.

Article 71

The amount of aid in respect of oilseeds harvested in a new Member State shall be adjusted by the compensatory amount applicable in that State, increased by the incidence of the customs duties applied therein.

Article 72

In trade in oilseeds, the compensatory amount shall be applied only to refunds granted on exports to third countries of oilseeds harvested in a new Member State.

Section 4
Cereals

Article 73

Articles 51 and 52 shall apply to the derived intervention prices for cereals.

Article 68

Les dispositions relatives aux normes communes de qualité ne sont applicables à la commercialisation de la production indigène au Royaume-Uni qu'à partir:

- a) du 1^{er} février 1974 pour les artichauts, les asperges, les choux de Bruxelles, les céleris à côtes, les chicorées witloof, les aulx, les oignons;
- b) du 1^{er} février 1975 pour les haricots, les choux pomés, les carottes, les laitues, chicorées frisées et scaroles, les pois à écosser, les épinards, les fraises.

Section 2
Vin

Article 69

Jusqu'au 31 décembre 1975, l'Irlande et le Royaume-Uni sont autorisés à maintenir l'utilisation de dénominations composées comportant le mot vin, pour la désignation de certaines boissons pour lesquelles l'emploi de cette dénomination n'est pas compatible avec la réglementation communautaire. Toutefois, cette dérogation n'est pas applicable aux produits exportés vers les Etats membres de la Communauté dans sa composition originale.

Section 3
Graines oléagineuses

Article 70

1. Pour les graines oléagineuses les dispositions de l'article 52 s'appliquent aux prix d'intervention dérivés.

2. Les prix d'intervention applicables dans les nouveaux Etats membres jusqu'au premier rapprochement sont fixés selon les règles prévues dans le cadre de l'organisation commune des marchés en tenant compte du rapport normal qui doit exister entre le revenu à obtenir pour les graines oléagineuses et celui résultant de la production des produits qui entrent en concurrence dans les assolements avec ces graines.

Article 71

Le montant de l'aide pour les graines oléagineuses récoltées dans un nouvel Etat membre est corrigé du montant compensatoire applicable dans cet Etat, augmenté de l'incidence des droits de douane qui y sont appliqués.

Article 72

Lors des échanges, le montant compensatoire n'est appliqué qu'aux restitutions octroyées à l'exportation vers les pays tiers des graines oléagineuses récoltées dans un nouvel Etat membre.

Section 4
Céréales

Article 73

Dans le secteur des céréales, les dispositions des articles 51 et 52 s'appliquent aux prix d'intervention dérivés.

Artikel 74

Die im Handel zwischen der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung und den neuen Mitgliedstaaten sowie zwischen den neuen Mitgliedstaaten und dritten Ländern anwendbaren Ausgleichsbeträge werden wie folgt festgesetzt:

1. Bei Getreidearten, für die kein abgeleiteter Interventionspreis für die neuen Mitgliedstaaten festgesetzt ist, wird der bis zur ersten Annäherung anwendbare Ausgleichsbetrag von demjenigen für die konkurrierende Getreideart, für die ein abgeleiteter Interventionspreis festgesetzt ist, abgeleitet; dabei wird das Verhältnis zwischen den Schwellenpreisen der betreffenden Getreidearten berücksichtigt. Weicht jedoch das Verhältnis zwischen den Schwellenpreisen erheblich von dem Verhältnis der auf dem Markt des betreffenden neuen Mitgliedstaats festgestellten Preise ab, so kann letzteres Verhältnis berücksichtigt werden.

Bei den nachfolgenden Festsetzungen wird der Betrag nach den in Artikel 52 für die Preisannäherung aufgestellten Regeln ausgehend von dem in Unterabsatz 1 genannten Betrag festgesetzt.

2. Bei den in Artikel 1 Buchstaben c und d der Verordnung Nr. 120/67/EWG genannten Erzeugnissen wird der Ausgleichsbetrag von dem Ausgleichsbetrag für die Getreidearten, denen sie zugeordnet sind, mit Hilfe der Koeffizienten oder Regeln für die Festlegung der Abschöpfung oder des beweglichen Teilbetrags der Abschöpfung für diese Erzeugnisse abgeleitet.

Abschnitt 5

Schweinefleisch

Artikel 75

1. Der Ausgleichsbetrag je Kilogramm für geschlachtete Schweine wird ausgehend von den Ausgleichsbeträgen für die Futtergetreidemenge berechnet, die in der Gemeinschaft zur Erzeugung eines Kilogramms Schweinefleisch erforderlich ist.

2. Für die in Artikel 1 Absatz 1 der Verordnung Nr. 121/67/EWG über die gemeinsame Marktorganisation für Schweinefleisch genannten Erzeugnisse, ausgenommen geschlachtete Schweine, wird der Ausgleichsbetrag mit Hilfe der zur Berechnung der Abschöpfung angewandten Koeffizienten von dem in Absatz 1 genannten Ausgleichsbetrag abgeleitet.

Artikel 76

1. Bis zum 31. Dezember 1975 können Erzeugnisse, die nicht der Nummer 23 der Anlage I der Richtlinie Nr. 64/433/EWG zur Regelung gesundheitlicher Fragen beim innergemeinschaftlichen Handelsverkehr mit frischem Fleisch entsprechen, in Dänemark, in Irland und im Vereinigten Königreich von den Interventionsstellen aufgekauft werden.

2. Das Vereinigte Königreich wird ermächtigt, bis zum 31. Oktober 1974 das gemeinschaftliche Handelsklassenschema für die Einstufung von Schweinehälften nicht anzuwenden.

Abschnitt 6

Eier

Artikel 77

1. Der Ausgleichsbetrag für ein Kilogramm Eier in der Schale wird ausgehend von den Ausgleichsbeträgen für die Futtergetreidemenge berechnet, die in der Gemeinschaft zur Erzeugung eines Kilogramms Eier in der Schale erforderlich ist.

Article 74

The compensatory amounts applicable in trade between the Community as originally constituted and the new Member States and between those States and third countries shall be fixed as follows:

1. The compensatory amount applicable until the first move towards alignment in the case of cereals for which no derived intervention price is fixed for the new Member States shall be derived from the compensatory amount applicable in the case of a competing cereal for which a derived intervention price is fixed, account being taken of the relationship existing between the threshold prices of the cereals in question. However, if the relationship between the threshold prices differs appreciably from that between the prices recorded on the market of the new Member State concerned, the latter relationship may be taken into consideration.

The subsequent compensatory amounts shall be fixed on the basis of those referred to in the first subparagraph and according to the rules in Article 52 for the alignment of prices.

2. The compensatory amount for the products specified in Article 1 (c) and (d) of Regulation No 120/67/EEC shall be derived from the compensatory amount for the cereals to which they relate with the help of the coefficients or rules used in determining the levy, or the variable component of the levy, on those products.

Section 5

Pigmeat

Article 75

1. The compensatory amount per kilogramme of pig carcass shall be calculated on the basis of the compensatory amounts applicable to the quantity of feed grain required for the production in the Community of one kilogramme of pigmeat.

2. The compensatory amount for the products, other than pig carcasses, specified in Article 1 (1) of Regulation No 121/67/EEC on the common organization of the market in pigmeat shall be derived from the compensatory amount referred to in paragraph 1 with the help of the coefficients used in calculating the levy.

Article 76

1. Until 31 December 1975, products which do not correspond to the provisions of point 23 of Annex I to Directive No 64/433/EEC, on health protection questions in intra-Community trade in fresh meat, may be bought in by intervention agencies in Denmark, Ireland and the United Kingdom.

2. Until 31 October 1974, the United Kingdom is authorized not to apply the Community scale of classification for pig carcasses.

Section 6

Eggs

Article 77

1. The compensatory amount per kilogramme of eggs in shell shall be calculated on the basis of the compensatory amounts applicable to the quantity of feed grain required for the production in the Community of one kilogramme of eggs in shell.

Article 74

Les montants compensatoires applicables dans les échanges entre la Communauté dans sa composition origininaire et les nouveaux Etats membres, et entre ces derniers et les pays tiers, sont fixés comme suit:

1. En ce qui concerne les céréales pour lesquelles un prix d'intervention dérivé n'est pas fixé pour les nouveaux Etats membres, le montant compensatoire applicable jusqu'au premier rapprochement est dérivé de celui applicable à la céréale concurrente pour laquelle un prix d'intervention dérivé est fixé, en prenant en considération la relation existant entre les prix de seuil des céréales en question. Toutefois, dans le cas où la relation entre les prix de seuil s'écarte de manière sensible de la relation des prix constatés sur le marché du nouvel Etat membre intéressé, cette dernière relation peut être prise en considération.

Pour les fixations suivantes, les montants sont fixés à partir de ceux visés au premier alinéa et selon les règles établies à l'article 52 pour le rapprochement des prix.

2. Pour les produits visés à l'article 1^{er} c) et d) du règlement n° 120/67/CEE, le montant compensatoire est dérivé du montant compensatoire applicable aux céréales auxquelles ils se rattachent, à l'aide des coefficients ou des règles retenus pour la détermination du prélèvement, ou de l'élément mobile du prélèvement, pour ces produits.

Section 5

Viande de porc

Article 75

1. Le montant compensatoire applicable par kilogramme de porc abattu est calculé à partir des montants compensatoires applicables à la quantité de céréales fourragères nécessaire à la production dans la Communauté d'un kilogramme de viande de porc.

2. Pour les produits, autres que le porc abattu, visés à l'article 1^{er} paragraphe 1 du règlement n° 121/67/CEE portant organisation commune des marchés dans le secteur de la viande de porc, le montant compensatoire est dérivé de celui visé au paragraphe 1, à l'aide des coefficients utilisés pour le calcul du prélèvement.

Article 76

1. Jusqu'au 31 décembre 1975, des produits ne correspondant pas aux dispositions du point 23 de l'annexe I de la directive n° 64/433/CEE relative à des problèmes sanitaires en matière d'échanges intracommunautaires de viandes fraîches, peuvent être achetés à l'intervention au Danemark, en Irlande et au Royaume-Uni.

2. Jusqu'au 31 octobre 1974, le Royaume-Uni est autorisé à ne pas appliquer la grille communautaire de classement des carcasses de porcs.

Section 6

Œufs

Article 77

1. Le montant compensatoire applicable par kilogramme d'œufs en coquille est calculé à partir des montants compensatoires applicables à la quantité de céréales fourragères nécessaire à la production dans la Communauté d'un kilogramme d'œufs en coquille.

2. Der Ausgleichsbetrag je Brutei wird ausgehend von den Ausgleichsbeträgen für die Futtergetreidemenge berechnet, die in der Gemeinschaft zur Erzeugung eines Bruteies erforderlich ist.

3. Für die in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung Nr. 122/67/EWG über die gemeinsame Marktorganisation für Eier genannten Erzeugnisse wird der Ausgleichsbetrag mit Hilfe der zur Berechnung der Abschöpfung angewandten Koeffizienten von dem Ausgleichsbetrag für Eier in der Schale abgeleitet.

Artikel 78

Irland und das Vereinigte Königreich können auf ihrem Markt als Vermarktungsnormen für Eier eine Einteilung in vier beziehungsweise fünf Gewichtsklassen beibehalten, sofern die Vermarktung von Eiern, die den gemeinschaftlichen Vermarktungsnormen entsprechen, nicht wegen der unterschiedlichen Gewichtsklasseneinteilungen beschränkt wird.

Abschnitt 7

Geflügelfleisch

Artikel 79

1. Der Ausgleichsbetrag für ein Kilogramm geschlachtetes Geflügel wird ausgehend von den Ausgleichsbeträgen für die Futtergetreidemenge berechnet, die in der Gemeinschaft zur Erzeugung eines Kilogramms geschlachtetes Geflügel der jeweiligen Art erforderlich ist.

2. Der Ausgleichsbetrag je Küken wird ausgehend von dem Ausgleichsbetrag für die Futtergetreidemenge berechnet, die in der Gemeinschaft zur Erzeugung eines Kükens erforderlich ist.

3. Für die in Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe d der Verordnung Nr. 123/67/EWG über die gemeinsame Marktorganisation für Geflügelfleisch genannten Erzeugnisse wird der Ausgleichsbetrag mit Hilfe der zur Berechnung der Abschöpfung angewandten Koeffizienten von dem Ausgleichsbetrag für geschlachtetes Geflügel abgeleitet.

Abschnitt 8

Reis

Artikel 80

Die im Handel zwischen der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung und den neuen Mitgliedstaaten sowie zwischen den neuen Mitgliedstaaten und dritten Ländern anwendbaren Ausgleichsbeträge werden wie folgt festgesetzt:

1. Für rundkörnigen geschälten Reis, langkörnigen geschälten Reis und Bruchreis wird der bis zur ersten Annäherung anwendbare Ausgleichsbetrag auf der Grundlage des Unterschieds zwischen dem Schwellenpreis und den Marktpreisen festgesetzt, die während eines Bezugszeitraums auf dem Markt des betreffenden neuen Mitgliedstaats festgestellt werden.

Bei den nachfolgenden Festsetzungen wird der Betrag ausgehend von dem in Unterabsatz 1 genannten Betrag nach den in Artikel 52 für die Preisannäherung aufgestellten Regeln festgesetzt.

2. Bei Rohreis, halbgeschliffenem Reis, vollständig geschliffenem Reis und den in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung Nr. 359/67/EWG über die ge-

2. The compensatory amount per hatching egg shall be calculated on the basis of the compensatory amounts applicable to the quantity of feed grain required for the production in the Community of one hatching egg.

3. The compensatory amount for the products specified in Article 1 (1) (b) of Regulation No 122/67/EEC on the common organization of the market in eggs shall be derived from the compensatory amount for eggs in shell with the help of the coefficients used in calculating the levy.

Article 78

With regard to egg-marketing standards, Ireland and the United Kingdom may retain on their markets a system of grading in four and five weight-categories respectively, on condition that the marketing of eggs which comply with Community standards shall not be subject to restrictions because of different systems of grading.

Section 7

Poultrymeat

Article 79

1. The compensatory amount per kilogramme of slaughtered poultry shall be calculated on the basis of the compensatory amounts applicable to the quantity of feed grain, differentiated according to species of poultry, which is required for the production in the Community of one kilogramme of slaughtered poultry.

2. The compensatory amount applicable per chick shall be calculated on the basis of the compensatory amounts applicable to the quantity of feed grain required for the production in the Community of one chick.

3. The compensatory amount for the products specified in Article 1 (2) (d) of Regulation No 123/67/EEC on the common organization of the market in poultrymeat shall be derived from the compensatory amount for slaughtered poultry with the help of the coefficients used in calculating the levy.

Section 8

Rice

Article 80

The compensatory amounts applicable in trade between the Community as originally constituted and the new Member States and between those States and third countries shall be fixed as follows:

1. The compensatory amount applicable until the first move towards alignment for round-grained husked rice, long-grained husked rice and broken rice shall be established on the basis of the difference between the threshold price and the market prices recorded on the market of the new Member State concerned during a reference period.

The subsequent compensatory amounts shall be fixed on the basis of those provided for in the first subparagraph and according to the rules in Article 52 for the alignment of prices.

2. The compensatory amount for paddy rice, semi-milled rice, wholly-milled rice and the products specified in Article 1 (1) (c) of Regulation No 359/67/EEC on the

2. Le montant compensatoire applicable par œuf à couvrir est calculé à partir des montants compensatoires applicables à la quantité de céréales fourragères nécessaire à la production dans la Communauté d'un œuf à couvrir.

3. Pour les produits visés à l'article 1^{er} paragraphe 1 b) du règlement n° 122/67/CEE portant organisation commune des marchés dans le secteur des œufs, le montant compensatoire est dérivé du montant compensatoire des œufs en coquille, à l'aide des coefficients utilisés pour le calcul du prélèvement.

Article 78

L'Irlande et le Royaume-Uni peuvent maintenir sur leur marché, pour les normes de commercialisation des œufs, un classement respectivement en quatre et en cinq catégories de poids, à condition que la commercialisation des œufs qui correspondent aux normes communautaires ne fasse pas l'objet de restrictions résultant de systèmes de classement différents.

Section 7

Viande de volaille

Article 79

1. Le montant compensatoire applicable par kilogramme de volaille abattue est calculé à partir des montants compensatoires applicables à la quantité de céréales fourragères nécessaire à la production dans la Communauté d'un kilogramme de volaille abattue, différenciée par espèce.

2. Le montant compensatoire applicable par poussin est calculé à partir des montants compensatoires applicables à la quantité de céréales fourragères nécessaire à la production dans la Communauté d'un poussin.

3. Pour les produits visés à l'article 1^{er} paragraphe 2 d) du règlement n° 123/67/CEE portant organisation commune des marchés dans le secteur de la viande de volaille, le montant compensatoire est dérivé du montant compensatoire de la volaille abattue, à l'aide des coefficients utilisés pour le calcul du prélèvement.

Section 8

Riz

Article 80

Les montants compensatoires applicables dans les échanges entre la Communauté dans sa composition originelle et les nouveaux Etats membres, et entre ces derniers et les pays tiers, sont fixés comme suit:

1. Pour le riz décortiqué à grains ronds, le riz décortiqué à grains longs et les brisures, le montant compensatoire applicable jusqu'au premier rapprochement est établi sur la base de la différence entre le prix de seuil et les prix de marché constatés, pendant une période de référence, sur le marché du nouvel Etat membre intéressé.

Pour les fixations suivantes, les montants sont fixés à partir de ceux visés au premier alinéa et selon les règles établies à l'article 52 pour le rapprochement des prix.

2. Pour le riz paddy, le riz semi-blanchi, le riz blanchi et les produits visés à l'article 1^{er} paragraphe 1 c) du règlement n° 359/67/CEE portant organisation commune

meinsame Marktorganisation für Reis genannten Erzeugnissen wird der Ausgleichsbetrag für jedes dieser Erzeugnisse von dem Ausgleichsbetrag für das in Absatz 1 genannte Erzeugnis, dem es zugeordnet ist, mit Hilfe der Koeffizienten für die Festlegung der Abschöpfung oder des beweglichen Teilbetrags der Abschöpfung abgeleitet.

Abschnitt 9

Zucker

Artikel 81

Auf dem Zuckersektor finden die Artikel 51 und 52 auf den abgeleiteten Interventionspreis für Weißzucker, den Interventionspreis für Rohzucker und den Mindestpreis für Zuckerrüben Anwendung.

Artikel 82

Die im Handel zwischen der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung und den neuen Mitgliedstaaten sowie zwischen den neuen Mitgliedstaaten und dritten Ländern anwendbaren Ausgleichsbeträge werden abgeleitet:

- a) für die in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung Nr. 1009/67/EWG über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker aufgeführten Erzeugnisse, außer frischen Zuckerrüben, von dem auf das betreffende Ausgangserzeugnis anwendbaren Ausgleichsbetrag nach den Regeln für die Berechnung der Abschöpfung;
- b) für die in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe d der Verordnung Nr. 1009/67/EWG aufgeführten Erzeugnisse von dem auf das betreffende Ausgangserzeugnis anwendbaren Ausgleichsbetrag nach den Regeln für die Berechnung
 - der Abschöpfung, soweit es sich um den Ausgleichsbetrag bei der Einfuhr handelt;
 - der Erstattung, soweit es sich um den Ausgleichsbetrag bei der Ausfuhr handelt.

Artikel 83

Der in Artikel 25 Absatz 3 der Verordnung Nr. 1009/67/EWG genannte Betrag wird in den neuen Mitgliedstaaten um den nach Artikel 55 Absatz 2 berechneten Ausgleichsbetrag berichtigt.

Abschnitt 10

Lebende Pflanzen und Waren des Blumenhandels

Artikel 84

Die Bestimmungen über die gemeinsamen Qualitätsnormen sind im Vereinigten Königreich auf die Vermarktung von einheimischen Erzeugnissen erst ab 1. Februar 1974, auf die Vermarktung von Schnittblumen erst ab 1. Februar 1975 anwendbar.

Abschnitt 11

Milch und Milcherzeugnisse

Artikel 85

Die Artikel 51 und 52 finden auf die Interventionspreise für Butter und Magermilchpulver Anwendung.

common organization of the market in rice shall, for each of those products, be derived from the compensatory amount for the product referred to in paragraph 1 to which it relates with the help of the coefficients used in determining the levy or the variable component of the levy.

Section 9

Sugar

Article 81

Articles 51 and 52 shall apply to the derived intervention price for white sugar, the intervention price for raw sugar and to the minimum price for beet.

Article 82

The compensatory amounts applicable in trade between the Community as originally constituted and the new Member States and between those States and third countries shall:

- (a) in the case of the products, other than fresh beet, in Article 1 (1) (b) of Regulation No 1009/67/EEC on the common organization of the market in sugar, be derived from the compensatory amount for the primary product in question, in accordance with the rules in force for calculating the levy;
- (b) in the case of the products in Article 1 (1) (d) of Regulation No 1009/67/EEC, be derived from the compensatory amount for the primary product in question, in accordance with the rules in force for calculating:
 - the levy, in respect of the compensatory amount applicable to imports,
 - the refund, in respect of the compensatory amount applicable to exports.

Article 83

The amount referred to in Article 25 (3) of Regulation No 1009/67/EEC shall, in the new Member States, be adjusted by the compensatory amount calculated in accordance with Article 55 (2).

Section 10

Live Trees and Other Plants, Bulbs, Roots and the Like, Cut Flowers and Ornamental Foliage

Article 84

The provisions relating to common quality standards shall be applicable to the marketing of home produce in the United Kingdom only from 1 February 1974 and, in respect of cut flowers, only from 1 February 1975.

Section 11

Milk and Milk Products

Article 85

Articles 51 and 52 shall apply to the intervention prices for butter and skim milk powder.

des marchés dans le secteur du riz, le montant compensatoire est, pour chacun de ces produits, dérivé du montant compensatoire applicable au produit visé au paragraphe 1 auquel il se rattache, à l'aide des coefficients retenus pour la détermination du prélèvement ou de l'élément mobile de celui-ci.

Section 9

Sucre

Article 81

Dans le secteur du sucre, les dispositions des articles 51 et 52 s'appliquent au prix d'intervention dérivé du sucre blanc, au prix d'intervention du sucre brut et au prix minimum de la betterave.

Article 82

Les montants compensatoires applicables dans les échanges entre la Communauté dans sa composition originale et les nouveaux Etats membres, ainsi qu'entre ces derniers et les pays tiers, sont dérivés:

- a) pour les produits, autres que les betteraves fraîches, figurant à l'article 1^{er} paragraphe 1 b) du règlement n° 1009/67/CEE portant organisation commune des marchés dans le secteur du sucre, du montant compensatoire applicable au produit de base en question, selon les règles en vigueur pour le calcul du prélèvement;
- b) pour les produits figurant à l'article 1^{er} paragraphe 1 d) du règlement n° 1009/67/CEE, du montant compensatoire applicable au produit de base en question, selon les règles en vigueur pour le calcul:
 - du prélèvement, en ce qui concerne le montant compensatoire applicable à l'importation,
 - de la restitution, en ce qui concerne le montant compensatoire applicable à l'exportation.

Article 83

Le montant visé à l'article 25 paragraphe 3 du règlement n° 1009/67/CEE est corrigé, dans les nouveaux Etats membres, du montant compensatoire calculé conformément à l'article 55 paragraphe 2.

Section 10

Plantes vivantes et produits de la floriculture

Article 84

Les dispositions relatives aux normes communes de qualité ne sont applicables à la commercialisation de la production indigène au Royaume-Uni qu'à partir du 1^{er} février 1974 et pour les fleurs coupées qu'à partir du 1^{er} février 1975.

Section 11

Lait et produits laitiers

Article 85

Les dispositions des articles 51 et 52 s'appliquent aux prix d'intervention du beurre et du lait écrémé en poudre.

Artikel 86

Im Handel zwischen der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung und den neuen Mitgliedstaaten sowie zwischen den neuen Mitgliedstaaten und dritten Ländern werden die Ausgleichsbeträge wie folgt festgesetzt:

1. Für die Leiterzeugnisse, außer den in Artikel 85 genannten, wird der bis zur ersten Annäherung anwendbare Ausgleichsbetrag auf der Grundlage des Unterschieds zwischen dem repräsentativen Marktpreis des betreffenden neuen Mitgliedstaats und dem repräsentativen Marktpreis der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung während eines repräsentativen Zeitraums, welcher der Anwendung der Gemeinschaftsregelung in dem betreffenden neuen Mitgliedstaat vorausgeht, festgesetzt.

Bei der Festsetzung der nach der ersten Annäherung anwendbaren Ausgleichsbeträge werden der nach Unterabsatz 1 oder Absatz 3 festgesetzte Betrag und die in Artikel 52 für die Preisannäherung aufgestellten Regeln berücksichtigt.

2. Bei Erzeugnissen, die keine Leiterzeugnisse sind, werden die Ausgleichsbeträge von dem Ausgleichsbetrag für das Leiterzeugnis der Gruppe, zu der das betreffende Erzeugnis gehört, nach den Regeln für die Berechnung der Abschöpfung abgeleitet.

3. Können Absatz 1 Unterabsatz 1 und Absatz 2 nicht angewandt werden oder führt ihre Anwendung zu Ausgleichsbeträgen, die unnormale Preisverhältnisse nach sich ziehen, so wird der Ausgleichsbetrag ausgehend von den auf Butter und Magermilchpulver anwendbaren Ausgleichsbeträgen berechnet.

Artikel 87

1. Bestand vor dem Beitritt eine je nach der Verwendung unterschiedliche Regelung für die Bewertung der Milch und führt die Anwendung des Artikels 86 zu Marktschwierigkeiten, so wird der bis zur ersten Annäherung auf eines oder mehrere Erzeugnisse der Nummer 04.01 des Gemeinsamen Zolltarifs anwendbare Ausgleichsbetrag auf der Grundlage des Unterschieds zwischen den Marktpreisen festgesetzt.

Bei den nachfolgenden Festsetzungen wird der Ausgleichsbetrag jährlich zu Beginn des Wirtschaftsjahres um ein Sechstel des ursprünglichen Betrags herabgesetzt und am 1. Januar 1978 abgeschafft.

2. Es werden geeignete Maßnahmen getroffen, um Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern, die sich aus der Anwendung des Absatzes 1 für die betreffenden Erzeugnisse oder für andere Milcherzeugnisse ergeben könnten, und um etwaigen Änderungen des gemeinsamen Preises Rechnung zu tragen.

Artikel 88

1. Irland wird ermächtigt, für den Butterverbrauch eine Subvention in dem Ausmaß zu gewähren, das erforderlich ist, damit der Verbraucherpreis während der Übergangszeit schrittweise an das Preisniveau in der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung angepaßt werden kann.

Macht Irland von der Ermächtigung nach Unterabsatz 1 Gebrauch, so gewährt es für aus den anderen Mitgliedstaaten eingeführte Butter eine Verbrauchersubvention in gleicher Höhe.

Article 86

In trade between the Community as originally constituted and the new Member States, and between those States and third countries, compensatory amounts shall be fixed as follows:

1. For pilot products other than those referred to in Article 85, the compensatory amount applicable until the first move towards alignment shall be determined on the basis of the difference between the representative market price level of the new Member State concerned and the representative market price level of the Community as originally constituted over a representative period preceding the introduction of the Community rules in the new Member State in question.

In fixing the compensatory amounts applicable from the first move towards alignment, account shall be taken of the amount fixed in accordance with the first subparagraph or paragraph 3 and the rules for alignment of prices in Article 52.

2. For products other than pilot products, the compensatory amounts shall be derived from the compensatory amount for the pilot product of the group to which the product concerned belongs, in accordance with the rules in force for calculating the levy.

3. If the first subparagraph of paragraph 1 and paragraph 2 cannot be applied or if their application results in compensatory amounts leading to abnormal price relationships, the compensatory amount shall be calculated on the basis of the compensatory amounts applicable for butter and skim milk powder.

Article 87

1. If a system providing for a different valuation of milk according to its use existed in a new Member State before accession, and if the application of Article 86 leads to difficulties on the market, the compensatory amount applicable until the first move towards alignment for one or more products falling within Common Customs Tariff heading No 04.01 shall be fixed on the basis of the difference between market prices.

When subsequent compensatory amounts are fixed, the compensatory amount shall be reduced annually at the beginning of the marketing year by one-sixth of the original amount and shall be abolished on 1 January 1978.

2. Appropriate measures shall be adopted to avoid distortions of competition which might result from the application of paragraph 1, either in respect of the products in question or in respect of other milk products, and to take account of possible changes in the common price.

Article 88

1. Ireland is authorized to grant a subsidy on the direct consumption of butter to the extent necessary to allow, during the transitional period, the price paid by the consumer to be progressively adjusted to the price level obtaining in the Community as originally constituted.

In the event of Ireland making use of the authorization referred to in the first subparagraph, it shall grant a subsidy of the same amount on the consumption of butter imported from the other Member States.

Article 86

Dans les échanges entre la Communauté dans sa composition origininaire et les nouveaux Etats membres, ainsi qu'entre ces derniers et les pays tiers, les montants compensatoires sont fixés comme suit:

1. Pour les produits pilotes autres que ceux visés à l'article 85, le montant compensatoire applicable jusqu'au premier rapprochement est établi sur la base de la différence entre le niveau de prix de marché représentatif du nouvel Etat membre intéressé et le niveau de prix de marché représentatif de la Communauté dans sa composition origininaire au cours d'une période représentative précédant l'application de la réglementation communautaire dans le nouvel Etat membre en cause.

Pour les fixations des montants compensatoires applicables à partir du premier rapprochement, il est tenu compte du montant fixé conformément aux dispositions du premier alinéa ou du paragraphe 3 et des règles établies à l'article 52 pour le rapprochement des prix.

2. Pour les produits autres que les produits pilotes, les montants compensatoires sont dérivés du montant compensatoire applicable au produit pilote du groupe auquel appartient le produit en question, selon les règles en vigueur pour le calcul du prélèvement.

3. Si les dispositions du paragraphe 1 premier alinéa et du paragraphe 2 ne peuvent être appliquées ou si leur application conduit à des montants compensatoires entraînant des relations anormales de prix, le montant compensatoire est calculé à partir des montants compensatoires applicables au beurre et au lait écrémé en poudre.

Article 87

1. Si un régime de valorisation du lait différent selon l'utilisation existait avant l'adhésion dans un nouvel Etat membre et si l'application des dispositions de l'article 86 conduit à des difficultés sur le marché, le montant compensatoire applicable jusqu'au premier rapprochement pour un ou plusieurs produits relevant de la position 04.01 du tarif douanier commun est fixé sur la base de la différence entre les prix de marché.

Pour les fixations suivantes, le montant compensatoire est diminué chaque année au début de la campagne d'un sixième du montant origininaire et supprimé le 1^{er} janvier 1978.

2. Des mesures appropriées sont arrêtées pour éviter des distorsions de concurrence pouvant résulter de l'application du paragraphe 1, soit pour les produits en cause, soit pour d'autres produits laitiers, et pour tenir compte des modifications éventuelles du prix commun.

Article 88

1. L'Irlande est autorisée à accorder une subvention à la consommation de beurre dans la mesure nécessaire pour permettre, au cours de la période transitoire, une adaptation progressive du prix payé par le consommateur au niveau du prix pratiqué dans la Communauté dans sa composition origininaire.

Dans le cas où l'Irlande fait usage de l'autorisation visée au premier alinéa, elle accorde une subvention à la consommation d'un même montant pour le beurre importé en provenance des autres Etats membres.

2. Diese Subvention wird in sechs Stufen abgeschafft, die mit den Stufen für die Angleichung des Butterpreises zusammenfallen.

Artikel 89

1. Die Abgabe von Milch, deren Fettgehalt unter 3,5 v. H. liegt, als Vollmilch an den Verbraucher ist im Vereinigten Königreich bis zum 31. Dezember 1975 und in Irland bis zum 31. Dezember 1977 zulässig.

Die nach Unterabsatz 1 als Vollmilch verkaufte Milch darf jedoch nicht entrahmt worden sein. Im übrigen sind die Bestimmungen über Vollmilch auch auf solche Milch anwendbar.

2. Dänemark wird ermächtigt, die zum Zeitpunkt des Beitritts in bestimmten Gebieten bestehenden Exklusivkonzessionen für die Milchlieferung bis zum 31. Dezember 1977 beizubehalten. Konzessionen, die vor dem 1. Januar 1978 ablaufen, dürfen jedoch nicht erneuert werden.

Abschnitt 12

Rindfleisch

Artikel 90

Die Artikel 51 und 52 finden auf die Orientierungspreise für ausgewachsene Rinder und Kälber Anwendung.

Artikel 91

1. Der nach Artikel 55 berechnete Ausgleichsbetrag für ausgewachsene Rinder und Kälber wird, soweit erforderlich, um die Zollbelastung berichtigt.

Ist die Zollbelastung im Handel zwischen der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung und den neuen Mitgliedstaaten sowie zwischen den neuen Mitgliedstaaten höher als der nach Artikel 55 berechnete Ausgleichsbetrag, so wird der Zollsatz in einer Höhe ausgesetzt, bei der die Zollbehandlung diesem Ausgleichsbetrag entspricht.

2. Bei Anwendung des Artikels 10 Absatz 1 Unterabsatz 3 oder des Artikels 11 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 805/68 über die gemeinsame Marktorganisation für Rindfleisch werden Maßnahmen getroffen, die geeignet sind, die Gemeinschaftspräferenz aufrechtzuerhalten und Verkehrsverlagerungen zu verhindern.

3. Der Ausgleichsbetrag für die im Anhang zur Verordnung (EWG) Nr. 805/68 aufgeführten Erzeugnisse wird unter Berücksichtigung der Absätze 1 und 2 und mit Hilfe der Regeln für die Festsetzung der Abschöpfungen für diese Erzeugnisse festgesetzt.

Artikel 92

Für die in Artikel 1 Buchstaben b und c der Verordnung (EWG) Nr. 805/68 genannten Erzeugnisse wird die Erstattung bei der Ausfuhr aus den neuen Mitgliedstaaten in dritte Länder um die Auswirkung des Unterschieds zwischen den Zollsätzen berichtigt, die auf die im Anhang zur genannten Verordnung aufgeführten Erzeugnisse bei der Einfuhr aus dritten Ländern in die Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung oder die neuen Mitgliedstaaten angewandt werden.

2. This subsidy shall be abolished in six stages coinciding with the stages for aligning the price of butter.

Article 89

1. Until 31 December 1975 in the United Kingdom and until 31 December 1977 in Ireland, the supply to consumers as whole milk of milk with a fat content of less than 3.5% is authorized.

Milk sold as whole milk pursuant to the first subparagraph must not, however, have been subjected to any skimming. Furthermore, the provisions in respect of whole milk shall apply to such milk.

2. Denmark is authorized to maintain until 31 December 1977 the exclusive milk supply licences which existed in certain areas at the date of accession. Licences which expire before 1 January 1978 may not be renewed.

Section 12

Beef and Veal

Article 90

Articles 51 and 52 shall apply to the guide prices for adult bovine animals and calves.

Article 91

1. The compensatory amount for calves and adult bovine animals calculated in accordance with Article 55 shall be corrected to the extent necessary, by the incidence of customs duties.

If the incidence of the customs duty applicable to trade between the Community as originally constituted and the new Member States and between the new Member States themselves is higher than the compensatory amount calculated in accordance with Article 55, the customs duty shall be suspended at a level such that its incidence corresponds to the compensatory amount.

2. If the third subparagraph of Article 10 (1) of Regulation (EEC) No 805/68 on the common organization of the market in beef and veal, or if Article 11 (1) of that Regulation, is applied, the appropriate measures shall be adopted in order to maintain Community preference and avoid deflections of trade.

3. The compensatory amount for the products referred to in the Annex to Regulation (EEC) No 805/68 shall be fixed taking account of the provisions laid down in the preceding paragraphs and with the help of the rules laid down for fixing the levies applicable to those products.

Article 92

In respect of the products specified in Article 1 (b) and (c) of Regulation (EEC) No 805/68, the refund on exports to third countries by the new Member States shall be corrected by the incidence of the difference between the customs duties on the products listed in the Annex to the said Regulation to imports from third countries into the Community as originally constituted on the one hand and into the new Member States on the other.

2. Cette subvention est supprimée en six étapes coïncidant avec les étapes de rapprochement du prix du beurre.

Article 89

1. La livraison au consommateur en tant que lait entier, de lait dont la teneur en matière grasse n'atteint pas 3,50%, est autorisée jusqu'au 31 décembre 1975 au Royaume-Uni et jusqu'au 31 décembre 1977 en Irlande.

Le lait vendu comme lait entier en vertu de l'alinéa précédent ne doit toutefois avoir subi aucun écrémage. Par ailleurs, les dispositions concernant le lait entier sont applicables à ce lait.

2. Le Danemark est autorisé à maintenir jusqu'au 31 décembre 1977 les concessions exclusives de fourniture de lait existant à la date de l'adhésion dans certaines zones. Les concessions venant à expiration avant le 1^{er} janvier 1978 ne pourront pas être renouvelées.

Section 12

Viande bovine

Article 90

Les dispositions des articles 51 et 52 s'appliquent aux prix d'orientation pour les gros bovins et pour les veaux.

Article 91

1. Le montant compensatoire pour les veaux et les gros bovins calculé conformément à l'article 55 est corrigé, dans la mesure nécessaire, de l'incidence des droits de douane.

Si l'incidence du droit de douane applicable dans les échanges entre la Communauté dans sa composition originale et les nouveaux Etats membres, et entre les nouveaux Etats membres, est supérieure au montant compensatoire calculé conformément à l'article 55, le droit de douane est suspendu à un niveau tel que son incidence corresponde à ce montant compensatoire.

2. En cas d'application de l'article 10 paragraphe 1 troisième alinéa ou de l'article 11 paragraphe 1 du règlement (CEE) n° 805/68 portant organisation commune des marchés dans le secteur de la viande bovine, les mesures appropriées sont prises en vue de maintenir la préférence communautaire et d'éviter des détournements de trafic.

3. Le montant compensatoire pour les produits visés à l'annexe du règlement (CEE) n° 805/68 est fixé en tenant compte des dispositions des paragraphes précédents et à l'aide des règles prévues pour la fixation des prélèvements applicables à ces produits.

Article 92

Pour les produits visés à l'article 1^{er} b) et c) du règlement (CEE) n° 805/68, la restitution à l'exportation des nouveaux Etats membres vers les pays tiers est corrigée de l'incidence de la différence entre les droits de douane appliqués sur les produits figurant à l'annexe dudit règlement à l'importation en provenance des pays tiers dans la Communauté dans sa composition originale d'une part, et dans les nouveaux Etats membres d'autre part.

Artikel 93

Solange das Vereinigte Königreich gemäß Artikel 54 Subventionen für die Erzeugung von Schlachtvieh beibehält, ist Irland ermächtigt, zur Verhinderung von Verzerrungen auf dem irischen Viehmarkt die Maßnahmen auf dem Gebiet der Rindfleischausfuhr beizubehalten, die es vor dem Beitritt im Zusammenhang mit der im Vereinigten Königreich angewandten Subventionsregelung anwandte.

Abschnitt 13

Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse

Artikel 94

Die Ausgleichsbeträge werden auf der Grundlage der für Zucker, Glukose oder Glukosesirup festgesetzten Ausgleichsbeträge festgelegt nach den Regeln für die Berechnung

- der Abschöpfung, soweit es sich um den Ausgleichsbetrag bei der Einfuhr handelt;
- der Erstattung, soweit es sich um den Ausgleichsbetrag bei der Ausfuhr handelt.

Abschnitt 14

Flachs

Artikel 95

1. Die Höhe der Beihilfe für Flachs wird für die neuen Mitgliedstaaten auf der Grundlage des Unterschieds zwischen den von den Flachserzeugern zu erzielenden Einkünften und den Erlösen festgesetzt, die sich aus dem voraussichtlichen Marktpreis für dieses Erzeugnis ergeben.

2. Bei der Berechnung der von den Flachserzeugern zu erzielenden Einkünfte werden die Preise der in dem betreffenden neuen Mitgliedstaat in der Fruchtfolge konkurrierenden Erzeugnisse und das in der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung zwischen den Einkünften aus der Flachserzeugung und den Einkünften aus der Erzeugung konkurrierender Erzeugnisse bestehende Verhältnis berücksichtigt.

Abschnitt 15

Saatgut

Artikel 96

Wird für die Erzeugung von Saatgut eine Beihilfe gewährt, so kann deren Betrag für die neuen Mitgliedstaaten in einer anderen Höhe als für die Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung festgelegt werden, wenn zwischen den Einkünften der Erzeuger eines neuen Mitgliedstaats und den Einkünften der Erzeuger der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung ein erheblicher Unterschied bestand.

In diesem Fall ist bei der Festsetzung des Beihilfebetrags für den neuen Mitgliedstaat den von den Saatguterzeugern früher erzielten Einkünften sowie der Notwendigkeit Rechnung zu tragen, etwaige Verzerrungen in der Produktionsstruktur zu vermeiden und diesen Betrag stufenweise dem Gemeinschaftsbetrag anzunähern.

Article 93

For such time as the United Kingdom, pursuant to Article 54, retains production subsidies for slaughter cattle, Ireland is authorized, in order to avoid distortion of the Irish cattle market, to retain the measures relating to the export of beef and veal which it applied before accession, in correlation with the system of subsidies applied in the United Kingdom.

Section 13
Products Processed From
Fruit and Vegetables

Article 94

Compensatory amounts shall be determined on the basis of the compensatory amounts fixed for sugar, glucose, or glucose syrup, as the case may be, and in accordance with the rules applicable for calculating:

- the levy, in respect of the compensatory amount applicable to imports,
- the refund, in respect of the compensatory amount applicable to exports.

Section 14
Flax

Article 95

1. The amount of aid for flax shall, for the new Member States, be fixed on the basis of the difference between the income to be obtained by flax producers and the return resulting from the foreseeable market price for this product.

2. The income to be received by flax producers shall be established taking into account the price of competing products in the crop rotation in the new Member State in question and the relationship in the Community as originally constituted between the income resulting from flax production and that resulting from the production of competing products.

Section 15
Seeds

Article 96

When an aid is granted for seed production, the amount of the aid may be fixed, in respect of the new Member States, at a level different from that fixed for the Community as originally constituted if the income of producers in a new Member State was previously appreciably different from the income of producers in the Community as originally constituted.

In that event, the amount of aid in respect of the new Member State must take account of the income previously received by seed producers and of the need to avoid any distortion of production patterns, and the need to align that amount gradually with the Community amount.

Article 93

Aussi longtemps que le Royaume-Uni maintient, en vertu de l'article 54, des subventions à la production pour le bétail d'abattage, l'Irlande est autorisée, pour éviter des distorsions sur le marché irlandais du bétail, à maintenir les mesures en matière d'exportation de viande bovine qu'elle appliquait avant l'adhésion, en corrélation avec le régime de subventions appliqué au Royaume-Uni.

Section 13
Produits transformés à base de
fruits et légumes

Article 94

Les montants compensatoires sont établis sur la base des montants compensatoires fixés, selon le cas, pour le sucre, le glucose ou le sirop de glucose, et selon les règles applicables au calcul:

- du prélèvement, en ce qui concerne le montant compensatoire applicable à l'importation,
- de la restitution, en ce qui concerne le montant compensatoire applicable à l'exportation.

Section 14
Lin

Article 95

1. Le montant de l'aide pour le lin est fixé, pour les nouveaux Etats membres, sur la base de l'écart entre le revenu à obtenir par les producteurs de lin et la recette résultant du prix de marché prévisible pour ce produit.

2. Le revenu à obtenir par les producteurs de lin est établi en tenant compte du prix des produits concurrents dans les assolements dans le nouvel Etat membre considéré et du rapport existant, dans la Communauté dans sa composition originaire, entre le revenu résultant de la production de lin et celui résultant de la production des produits concurrents.

Section 15
Semences

Article 96

Lorsqu'une aide est octroyée à la production de semences, le montant de l'aide peut être fixé, pour les nouveaux Etats membres, à un niveau différent de celui fixé pour la Communauté dans sa composition originaire, si auparavant le revenu obtenu par les producteurs d'un nouvel Etat membre était sensiblement différent de celui obtenu par les producteurs de la Communauté dans sa composition originaire.

Dans ce cas, le montant de l'aide pour le nouvel Etat membre doit tenir compte du revenu obtenu antérieurement par les producteurs de semences et de la nécessité d'éviter toute distorsion dans les structures de production ainsi que de rapprocher graduellement ce montant du montant communautaire.

Abschnitt 16

*Landwirtschaftliche Erzeugnisse, die in Form von
nicht unter Anhang II des EWG-Vertrags fallenden
Waren ausgeführt werden*

Artikel 97

Die Ausgleichsbeträge werden auf der Grundlage der für die Ausgangserzeugnisse festgesetzten Ausgleichsbeträge nach den Regeln für die Berechnung der Erstattungen berechnet, die vorgesehen sind in der Verordnung (EWG) Nr. 204/69 zur Festlegung der allgemeinen Regeln für die Gewährung von Ausfuhrerstattungen und der Kriterien zur Festsetzung des Erstattungsbetrags für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse, die in Form von nicht unter Anhang II des Vertrags fallenden Waren ausgeführt werden.

Kapitel 3**Bestimmungen über Fischereierzeugnisse***Abschnitt 1**Gemeinsame Marktorganisation***Artikel 98**

Die Artikel 51 und 52 finden auf die Orientierungspreise für Fischereierzeugnisse Anwendung. Die Preisannäherung erfolgt zu Beginn des Fischereiwirtschaftsjahres, erstmalig am 1. Februar 1973.

Artikel 99

Die Ausgleichsbeträge werden, soweit erforderlich, um die Zollbelastung berichtigt.

*Abschnitt 2**Regelung der Fischereirechte***Artikel 100**

1. Die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft werden ermächtigt, abweichend von Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2141/70 über die Einführung einer gemeinsamen Strukturpolitik für die Fischwirtschaft bis zum 31. Dezember 1982 in den ihrer Hoheitsgewalt oder ihrer Gerichtsbarkeit unterliegenden Gewässern innerhalb einer Zone von sechs Seemeilen, die von den Basislinien des an der Küste gelegenen Mitgliedstaats aus berechnet wird, die Ausübung des Fischfangs nur solchen Schiffen zu gestatten, die herkömmlicherweise von den Häfen der betreffenden Küste aus in diesen Gewässern Fischfang treiben; vor der Küste Grönlands können jedoch Schiffe aus anderen Gebieten Dänemarks bis spätestens 31. Dezember 1977 Fischfang treiben.

Die Mitgliedstaaten dürfen, soweit sie von dieser Abweichung Gebrauch machen, in bezug auf die Voraussetzungen für den Fischfang in diesen Gewässern keine weniger restriktiven als die zum Zeitpunkt des Beitritts tatsächlich angewandten Bestimmungen erlassen.

2. Absatz 1 und Artikel 101 berühren nicht die besonderen Fischereirechte, die jeder der ursprünglichen Mitgliedstaaten und der neuen Mitgliedstaaten am 31. Januar 1971 gegenüber einem oder mehreren anderen Mitgliedstaaten geltend machen konnte; die Mitgliedstaaten

*Section 16**Agricultural Products Exported
in the Form of Goods not covered by Annex II
to the EEC Treaty***Article 97**

Compensatory amounts shall be determined on the basis of the compensatory amounts fixed for the basic products and in accordance with the rules applicable for the calculation of the refunds provided for in Regulation (EEC) No 204/69, establishing the general rules concerning the granting of export refunds and the rules for fixing the amounts thereof, with respect to certain agricultural products exported in the form of goods not covered by Annex II to the Treaty.

Chapter 3**Provisions relating to fisheries***Section 1**Common Organization of the Market .***Article 98**

Articles 51 and 52 shall apply to the guide price for fisheries products. The moves towards price alignment shall be made at the beginning of the fishing year, and for the first time on 1 February 1973.

Article 99

The compensatory amounts shall be corrected, to the extent necessary, by the incidence of the customs duties.

*Section 2**Fishing Rights***Article 100**

1. Notwithstanding the provisions of Article 2 of Regulation (EEC) No 2141/70 on the establishment of a common structural policy for the fishing industry, the Member States of the Community are authorized, until 31 December 1982, to restrict fishing in waters under their sovereignty or jurisdiction, situated within a limit of six nautical miles, calculated from the base lines of the coastal Member State, to vessels which fish traditionally in those waters and which operate from ports in that geographical coastal area; however, vessels from other regions of Denmark may continue to fish in the waters of Greenland until 31 December 1977 at the latest.

Member States may not, insofar as they avail themselves of this derogation, adopt provisions dealing with conditions for fishing in those waters which are less restrictive than those applied in practice at the time of accession.

2. The provisions laid down in the preceding paragraph and in Article 101 shall not prejudice the special fishing rights which each of the original Member States and the new Member States might have enjoyed on 31 January 1971 in regard to one or more other Member

*Section 16**Produits agricoles exportés
sous forme de marchandises ne relevant
pas de l'annexe II du traité CEE***Article 97**

Les montants compensatoires sont établis sur la base des montants compensatoires fixés pour les produits de base et selon les règles applicables au calcul des restitutions prévues au règlement (CEE) n° 204/69 établissant, pour certains produits agricoles exportés sous forme de marchandises ne relevant pas de l'annexe II du traité, les règles générales relatives à l'octroi des restitutions à l'exportation et les critères de fixation de leur montant.

Chapitre 3**Dispositions relatives à la pêche***Section 1**Organisation commune des marchés***Article 98**

Pour les produits de la pêche, les dispositions des articles 51 et 52 s'appliquent au prix d'orientation. Le rapprochement de prix s'effectue au début de la campagne de pêche et pour la première fois le 1^{er} février 1973.

Article 99

Les montants compensatoires sont corrigés, dans la mesure nécessaire, de l'incidence des droits de douane.

*Section 2**Régime de la pêche***Article 100**

1. Les Etats membres de la Communauté sont autorisés à limiter, par dérogation aux dispositions de l'article 2 du règlement (CEE) n° 2141/70 portant établissement d'une politique commune des structures dans le secteur de la pêche, et jusqu'au 31 décembre 1982, l'exercice de la pêche dans les eaux relevant de leur souveraineté ou de leur juridiction, situées en-deçà d'une limite de six milles marins, calculée à partir des lignes de base de l'Etat membre riverain, aux navires dont l'activité de pêche s'exerce traditionnellement dans ces eaux et à partir des ports de la zone géographique riveraine; toutefois, les navires des autres régions du Danemark peuvent continuer à exercer leur activité de pêche dans les eaux du Groenland au plus tard jusqu'au 31 décembre 1977.

Les Etats membres, dans la mesure où ils ont recours à cette dérogation, ne peuvent arrêter de dispositions relatives aux conditions de la pêche dans ces eaux moins restrictives que celles effectivement appliquées lors de l'adhésion.

2. Les dispositions prévues au paragraphe précédent et à l'article 101 ne portent pas atteinte aux droits de pêche particuliers dont chacun des Etats membres originaires et des nouveaux Etats membres pouvait se prévaloir le 31 janvier 1971 à l'égard d'un ou de plusieurs autres

können diese Rechte so lange ausüben, wie in den betreffenden Gebieten eine Ausnahmeregelung gilt. In bezug auf die Gewässer vor der Küste Grönlands laufen die Sonderrechte jedoch zu den für diese Rechte vorgesehenen Terminen ab.

3. Erweitert ein Mitgliedstaat seine Fischereigrenzen in bestimmten Gebieten auf zwölf Seemeilen, so muß die innerhalb der zwölf Seemeilen bestehende Ausübung des Fischfangs gewahrt bleiben, so daß in dieser Hinsicht keine Verschlechterung gegenüber der am 31. Januar 1971 bestehenden Lage eintritt.

4. Damit sich in der Gemeinschaft im Verlauf des in Absatz 1 genannten Zeitraums ein befriedigendes Gesamtgleichgewicht auf dem Gebiet des Fischfangs einstellen kann, können die Mitgliedstaaten davon absehen, von den Möglichkeiten, die gemäß Absatz 1 Unterabsatz 1 in bestimmten Gebieten der ihrer Hoheitsgewalt oder ihrer Gerichtsbarkeit unterliegenden Meeresgewässer geboten sind, voll Gebrauch zu machen.

Die Mitgliedstaaten unterrichten die Kommission über die Maßnahmen, die sie zu diesem Zweck treffen; der Rat prüft anhand des Berichts der Kommission die Lage und richtet unter Berücksichtigung dieser Lage gegebenenfalls Empfehlungen an die Mitgliedstaaten.

Artikel 101

Die in Artikel 100 genannte Grenze von sechs Seemeilen wird für folgende Gebiete auf zwölf Seemeilen erweitert:

1. Dänemark

- Färöer
- Grönland
- Die Westküste von Thyborön bis Blaavands Huk

2. Frankreich

Die Küsten der Départements Manche, Ille-et-Vilaine, Côtes-du Nord, Finistère und Morbihan

3. Irland

- Die Nord- und Westküste von Lough Foyle bis Cork Harbour im Südwesten
- Die Ostküste von Carlingford Lough bis Carnsore Point, für den Fang von Krebstieren und Weichtieren („shellfish“)

4. Norwegen

Die Küste von Egersund bis zur Grenze zwischen Norwegen und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

5. Vereinigtes Königreich

- Shetland- und Orkney-Inseln
- Der Norden und Osten Schottlands von Cape Wrath bis Berwick
- Der Nordosten Englands vom Fluß Coquet bis Flamborough Head
- Der Südwesten vom Lyme Regis bis Hartland Point (einschließlich 12 Seemeilen um Lundy Island)
- Die Grafschaft Down

Artikel 102

Spätestens ab dem sechsten Jahre nach dem Beitritt legt der Rat auf Vorschlag der Kommission die Voraussetzungen für die Ausübung des Fischfangs im Hinblick auf den Schutz der Fischbestände und die Erhaltung der biologischen Schätze des Meeres fest.

States; the Member States may exercise these rights for such time as derogations continue to apply in the areas concerned. As regards the waters of Greenland, however, the special rights shall expire on the dates laid down for these rights.

3. If a Member State extends its fishing limits in certain areas to twelve nautical miles, the existing fishing activities within twelve nautical miles must be so pursued that there is no retrograde change by comparison with the situation on 31 January 1971.

4. In order to permit a satisfactory overall balance of fishing operations to be established within the Community during the period referred to in the first paragraph, the Member States need not make full use of the opportunities presented by the provisions of the first subparagraph of paragraph 1 in certain areas of the maritime waters under their sovereignty or jurisdiction.

The Member States shall inform the Commission of the measures which they adopt for this purpose; on a report from the Commission, the Council shall examine the situation and, in the light thereof, shall, where necessary, address recommendations to the Member States.

Article 101

The limit of six nautical miles referred to in Article 100 shall be extended to twelve nautical miles for the following areas:

1. Denmark

- the Faroe Islands
- Greenland
- the west coast, from Thyborøn to Blaavandshuk.

2. France

The coasts of the départements of Manche, Ille-et-Vilaine, Côtes du Nord, Finistère and Morbihan.

3. Ireland

- the north and west coasts, from Lough Foyle to Cork Harbour in the south-west
- the east coast, from Carlingford Lough to Carnsore Point, for crustaceans and molluscs (shellfish).

4. Norway

The coast between Egersund and the frontier between Norway and the Union of Soviet Socialist Republics.

5. United Kingdom

- The Shetlands and the Orkneys
- The north and east of Scotland, from Cape Wrath to Berwick
- The north-east of England, from the river Coquet to Flamborough Head
- The south-west from Lyme Regis to Hartland Point (including twelve nautical miles around Lundy Island)
- County Down.

Article 102

From the sixth year after Accession at the latest, the Council, acting on a proposal from the Commission, shall determine conditions for fishing with a view to ensuring protection of the fishing grounds and conservation of the biological resources of the sea.

Etats membres; les Etats membres peuvent faire valoir ces droits aussi longtemps qu'un régime dérogatoire reste en vigueur dans les zones en question. Toutefois, en ce qui concerne les eaux du Groenland, les droits particuliers expirent aux dates prévues pour ces droits.

3. Si un Etat membre porte ses limites de pêche dans certaines zones à douze milles marins, la pratique de pêche existante en-deçà de douze milles marins doit être maintenue de façon à ce qu'un recul en la matière par rapport à la situation existant le 31 janvier 1971 ne se produise pas.

4. En vue de permettre au sein de la Communauté l'établissement d'un équilibre global satisfaisant en matière d'exercice de la pêche au cours de la période visée au paragraphe 1, les Etats membres peuvent ne pas faire intégralement usage des possibilités ouvertes au titre des dispositions du paragraphe 1 premier alinéa dans certaines zones des eaux maritimes relevant de leur souveraineté ou de leur juridiction.

Les Etats membres informent la Commission des mesures qu'ils arrêtent à cet effet; sur rapport de cette dernière, le Conseil examine la situation et, au vu de celle-ci, adresse, le cas échéant, des recommandations aux Etats membres.

Article 101

La limite de six milles marins visée à l'article 100 est étendue à douze milles marins pour les zones suivantes:

1. Danemark

- les Iles Féroé
- le Groenland
- la côte ouest, de Thyborøn jusqu'à Blaavandshuk

2. France

Les côtes des départements de la Manche, de l'Ille-et-Vilaine, des Côtes-du-Nord, du Finistère et du Morbihan.

3. Irlande

- les côtes nord et ouest, de Lough Foyle jusqu'à Cork Harbour dans le Sud-Ouest
- la côte est, de Carlingford Lough jusqu'à Carnsore Point, pour la pêche des crustacés et des mollusques (« shellfish »)

4. Norvège

La côte entre Egersund et la frontière entre la Norvège et l'Union des Républiques socialistes soviétiques.

5. Royaume-Uni

- Les Shetlands et des Orcades
- Le Nord et l'Est de l'Ecosse, de Cape Wrath à Berwick
- Le Nord-Est de l'Angleterre, de la rivière Coquet jusqu'à Flamborough Head
- Le Sud-Ouest de Lyme Regis à Hartland Point (y compris 12 milles marins autour de Lundy Island)
- Le Comté de Down.

Article 102

Au plus tard à partir de la sixième année après l'adhésion, le Conseil, statuant sur proposition de la Commission, détermine les conditions d'exercice de la pêche en vue d'assurer la protection des fonds et la conservation des ressources biologiques de la mer.

Artikel 103

Vor dem 31. Dezember 1982 legt die Kommission dem Rat einen Bericht über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Küstengebiete der Mitgliedstaaten sowie über den Fischbestand vor. Auf der Grundlage dieses Berichts und unter Berücksichtigung der Ziele der gemeinsamen Fischereipolitik prüft der Rat auf Vorschlag der Kommission die Bestimmungen, die den Ausnahmeregelungen, die bis zum 31. Dezember 1982 in Kraft sind, folgen könnten.

Kapitel 4

Sonstige Bestimmungen

Abschnitt 1

Veterinärrechtliche Maßnahmen

Artikel 104

Die Richtlinie Nr. 64/432/EWG zur Regelung viehseuchenrechtlicher Fragen beim innergemeinschaftlichen Handelsverkehr mit Rindern und Schweinen wird unter Berücksichtigung folgender Bestimmungen angewandt:

1. Die neuen Mitgliedstaaten werden ermächtigt, bis zum 31. Dezember 1977 ihre innerstaatlichen Vorschriften über die Einfuhr von Zucht-, Nutz- und Schlachtrindern sowie von Zucht-, Nutz- und Schlachtschweinen, im Falle Dänemarks mit Ausnahme von Schlachtrindern, unter Beachtung der allgemeinen Bestimmungen des EWG-Vertrags beizubehalten.

Im Rahmen der genannten Vorschriften werden Anpassungen mit dem Ziel angestrebt, die Weiterentwicklung des Handels sicherzustellen; zu diesem Zweck werden diese Vorschriften im Ständigen Veterinärausschuß geprüft.

2. Bis zum 31. Dezember 1977 räumen die Bestimmungsmitgliedstaaten den Versandmitgliedstaaten von Rindern die Ausnahmeregelung nach Artikel 7 Absatz 1 Abschnitt A Buchstabe a der Richtlinie ein.

3. Die neuen Mitgliedstaaten werden ermächtigt, bis zum 31. Dezember 1977 die Verfahren beizubehalten, die in ihrem Hoheitsgebiet angewandt werden, um einen Rinderbestand für „amtlich anerkannt tuberkulosefrei“ oder „brucellosefrei“ im Sinne des Artikels 2 der Richtlinie zu erklären, sofern die Bestimmungen der Richtlinie über die Anwesenheit gegen Brucellose geimpfter Tiere eingehalten werden. Die Bestimmungen über die Tests, die für innerhalb der Gemeinschaft gehandelte Tiere vorgesehen sind, bleiben vorbehaltlich der Absätze 4 und 6 anwendbar.

4. Bis zum 31. Dezember 1977 können Rinder aus Irland unter Abweichung von folgenden Bestimmungen der Richtlinie in das Vereinigte Königreich ausgeführt werden:

- a) Bestimmungen über Brucellose; die Bestimmungen über die Tests, die für innerhalb der Gemeinschaft gehandelte Tiere vorgesehen sind, bleiben jedoch bei der Ausfuhr nichtkastrierter Tiere anwendbar;
- b) Bestimmungen über Tuberkulose, sofern bei der Ausfuhr eine Bescheinigung erteilt wird, aus der hervorgeht, daß das ausgeführte Tier aus einem Rinderbestand stammt, der nach den in Irland geltenden Verfahren amtlich als tuberkulosefrei anerkannt worden ist;
- c) Bestimmungen über die obligatorische Trennung der Zucht- und Nutztiere von den Schlachttieren.

Article 103

Before 31 December 1982, the Commission shall present a report to the Council on the economic and social development of the coastal areas of the Member States and the state of stocks. On the basis of that report, and of the objectives of the common fisheries policy, the Council, acting on a proposal from the Commission, shall examine the provisions which could follow the derogations in force until 31 December 1982.

Chapter 4
Other provisions

Section 1
Veterinary Measures

Article 104

Directive No 64/432/EEC on veterinary health inspection questions in intra-Community trade in bovine animals and swine shall be applied account being taken of the following provisions:

1. Until 31 December 1977, the new Member States are authorized to retain, in compliance with the general rules of the EEC Treaty, their national rules on imports of bovine animals and swine for breeding, store and slaughter with the exception, in the case of Denmark, of slaughter cattle.

Adjustments will be sought, within the framework of those national rules, to ensure the progressive development of trade; to this end, those rules will be examined by the Standing Veterinary Committee.

2. Until 31 December 1977, the Member States into which cattle are imported shall grant to the Member States from which cattle are exported the derogation provided for in Article 7 (1) (A) (a) of the Directive.

3. Until 31 December 1977, the new Member States are authorized to retain the methods applied in their territory for declaring a herd of cattle officially free of tuberculosis or brucellosis within the meaning of Article 2 of the Directive, subject to the application of the provisions of the Directive relating to the presence of animals vaccinated against brucellosis. The provisions relating to the tests laid down for animals traded within the Community shall continue to apply, subject to paragraphs 4 and 6.

4. Until 31 December 1977, exports of cattle from Ireland to the United Kingdom may be carried out:

- (a) by way of derogation from the provisions of the Directive relating to brucellosis; however, the provisions relating to the test laid down for animals traded within the Community shall continue to apply to exports of uncastrated cattle;
- (b) by way of derogation from the provisions of the Directive relating to tuberculosis, provided that, at the time of export, a declaration is made certifying that the exported animal comes from a herd declared officially free of tuberculosis according to the methods in force in Ireland;
- (c) by way of derogation from the provisions of the Directive relating to the obligation to separate breeding and store cattle on the one hand and slaughter cattle on the other.

Article 103

Avant le 31 décembre 1982, la Commission présente au Conseil un rapport concernant le développement économique et social des zones côtières des Etats membres et l'état des stocks. Sur la base de ce rapport et des objectifs de la politique commune de la pêche, le Conseil, sur proposition de la Commission, examine les dispositions qui pourraient suivre les dérogations en vigueur jusqu'au 31 décembre 1982.

Chapitre 4
Autres dispositions

Section 1
Mesures vétérinaires

Article 104

La directive n° 64/432/CEE relative à des problèmes de police sanitaire en matière d'échanges intracommunautaires d'animaux des espèces bovine et porcine, est appliquée compte tenu des dispositions suivantes:

1. Jusqu'au 31 décembre 1977, les nouveaux Etats membres sont autorisés à maintenir, dans le respect des dispositions générales du traité CEE, leur réglementation nationale applicable à l'importation des animaux d'élevage, de rente et de boucherie des espèces bovine et porcine à l'exclusion, pour le Danemark, des bovins de boucherie.

Dans le cadre de ces réglementations, des aménagements seront recherchés en vue d'assurer le développement progressif des échanges; à cette fin, ces réglementations feront l'objet d'un examen au sein du Comité vétérinaire permanent.

2. Jusqu'au 31 décembre 1977, les Etats membres destinataires accordent aux Etats membres expéditeurs d'animaux de l'espèce bovine le bénéfice de la dérogation prévue à l'article 7 paragraphe 1 A a) de la directive.

3. Jusqu'au 31 décembre 1977, les nouveaux Etats membres sont autorisés à maintenir les méthodes appliquées sur leur territoire pour déclarer un cheptel bovin officiellement indemne de tuberculose ou indemne de brucellose au sens de l'article 2 de la directive, sous réserve de l'application des dispositions de la directive relatives à la présence d'animaux vaccinés contre la brucellose. Les dispositions relatives aux tests prévus pour les animaux qui font l'objet d'échanges intracommunautaires demeurent applicables, sous réserve des dispositions des paragraphes 4 et 6.

4. Jusqu'au 31 décembre 1977, les exportations de bovins d'Irlande vers le Royaume-Uni peuvent s'effectuer:

- a) en dérogation des dispositions de la directive concernant la brucellose; toutefois, les dispositions relatives au test prévu pour les animaux qui font l'objet d'échanges intracommunautaires demeurent applicables à l'exportation des bovins non castrés;
- b) en dérogation des dispositions de la directive concernant la tuberculose, à condition que, lors de l'exportation, une déclaration soit faite attestant que l'animal exporté provient d'un cheptel déclaré officiellement indemne de tuberculose selon les méthodes en vigueur en Irlande;
- c) en dérogation des dispositions de la directive relatives à l'obligation de séparer les animaux d'élevage et de rente d'une part, et les animaux de boucherie d'autre part.

5. Dänemark wird ermächtigt, bis zum 31. Dezember 1975 abweichend von den Bestimmungen des Anhangs B der Richtlinie Alt-Tuberkulin zu verwenden.

6. Irland und das Vereinigte Königreich werden ermächtigt, bis zum Inkrafttreten der gemeinschaftlichen Bestimmungen über die Vermarktung innerhalb der Mitgliedstaaten für die unter die Richtlinie fallenden Erzeugnisse ihre einzelstaatlichen Vorschriften über den Handel zwischen Irland und Nordirland beizubehalten.

Die betreffenden Mitgliedstaaten treffen geeignete Maßnahmen, um diese Ausnahmeregelung ausschließlich auf diesen Handel zu beschränken.

Artikel 105

Die Richtlinie Nr. 64/433/EWG zur Regelung gesundheitlicher Fragen beim innergemeinschaftlichen Handelsverkehr mit frischem Fleisch wird unter Berücksichtigung folgender Bestimmungen angewandt:

Irland, Norwegen und das Vereinigte Königreich — dieses für Nordirland — werden ermächtigt, bis zum 31. Dezember 1977 für die Frischfleißeinfuhr ihre innerstaatlichen Vorschriften zum Schutz gegen die Einschleppung der Maul- und Klauenseuche unter Beachtung der allgemeinen Bestimmungen des EWG-Vertrags beizubehalten.

Artikel 106

Vor Ablauf der in den Artikeln 104 und 105 genannten Fristen wird die Lage in der Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit sowie in ihren Teilen unter Berücksichtigung der Entwicklung im Veterinärbereich geprüft.

Die Kommission unterbreitet dem Rat spätestens am 1. Juli 1976 einen Bericht sowie erforderlichenfalls geeignete Vorschläge, die dieser Entwicklung Rechnung tragen.

Abschnitt 2

Sonstige Maßnahmen

Artikel 107

Die in der Liste in Anhang V enthaltenen Rechtsakte finden gegenüber den neuen Mitgliedstaaten in Übereinstimmung mit diesem Anhang Anwendung.

Titel III

Auswärtige Beziehungen

Kapitel 1

Abkommen der Gemeinschaften mit bestimmten dritten Ländern

Artikel 108

1. Die neuen Mitgliedstaaten wenden die in Absatz 3 genannten Abkommen mit dem Beitritt an; sie berücksichtigen dabei die gegebenenfalls erforderlichen Übergangsmaßnahmen und Anpassungen, die in Protokollen niedergelegt werden, welche mit den an diesen Abkommen als Vertragsparteien beteiligten dritten Ländern geschlossen und den Abkommen beigelegt werden.

5. Until 31 December 1975, Denmark is authorized to use "alltuberculin" by way of derogation from the provisions in Annex B to the Directive.

6. Until the implementation of the Community provisions concerning trade within the Member States, in respect of the matters governed by the Directive, Ireland and the United Kingdom are authorized to retain their national rules governing trade between Ireland and Northern Ireland.

The Member States concerned may take appropriate measures in order to limit this derogation exclusively to the trade referred to above.

Article 105

Directive No 64/433/EEC on health protection questions in intra-Community trade in fresh meat shall apply, account being taken of the following provisions:

Until 31 December 1977, Ireland, Norway, and the United Kingdom in respect of Northern Ireland, are authorized to retain for the import of fresh meat their national rules relating to protection against foot-and-mouth disease, while complying with the general provisions of the EEC Treaty.

Article 106

Before the expiry of the time limits referred to in Articles 104 and 105, a review of the situation in the Community as a whole and in its various parts will be carried out in the light of developments in the veterinary field.

By 1 July 1976 at the latest, the Commission shall submit a report to the Council and, in so far as is necessary, appropriate proposals taking account of these developments.

Section 2

Miscellaneous Provisions

Article 107

The acts listed in Annex V to this Act shall apply in respect of the new Member States under the conditions laid down in that Annex.

Title III

External Relations

Chapter 1

Agreements of the communities with certain third countries

Article 108

1. From the date of accession, the new Member States shall apply the provisions of the agreements referred to in paragraph 3, taking into account the transitional measures and adjustments which may appear necessary and which will be the subject of protocols to be concluded with the co-contracting third countries and annexed to those agreements.

5. Jusqu'au 31 décembre 1975, le Danemark est autorisé à utiliser l'alltuberculine en dérogation des dispositions figurant à l'annexe B de la directive.

6. Jusqu'à la mise en vigueur des dispositions communautaires concernant la commercialisation à l'intérieur des Etats membres en ce qui concerne les matières régies par la directive, l'Irlande et le Royaume-Uni sont autorisés à maintenir leur réglementation nationale régissant les échanges entre l'Irlande et l'Irlande du Nord.

Les Etats membres en cause prennent les mesures appropriées afin de limiter cette dérogation exclusivement aux échanges visés ci-dessus.

Article 105

La directive n° 64/433/CEE relative à des problèmes sanitaires en matière d'échanges intracommunautaires de viandes fraîches, est appliquée compte tenu des dispositions suivantes:

Jusqu'au 31 décembre 1977, l'Irlande, la Norvège et le Royaume-Uni pour l'Irlande du Nord sont autorisés à maintenir, à l'importation de viandes fraîches, leur réglementation nationale concernant la protection contre la fièvre aphteuse, dans le respect des dispositions générales du traité CEE.

Article 106

Avant l'expiration des délais visés aux articles 104 et 105, un examen de la situation dans l'ensemble de la Communauté et dans ses différentes parties sera effectué à la lumière de l'évolution dans le domaine vétérinaire.

Au plus tard le 1^{er} juillet 1976, la Commission soumet au Conseil un rapport et, pour autant que de besoin, des propositions appropriées tenant compte de cette évolution.

Section 2

Dispositions diverses

Article 107

Les actes figurant dans la liste en annexe V du présent acte s'appliquent à l'égard des nouveaux Etats membres dans les conditions prévues dans cette annexe.

Titre III

Les relations extérieures

Chapitre 1

Les accords des Communautés avec certains pays tiers

Article 108

1. Les nouveaux Etats membres appliquent, dès l'adhésion, les dispositions des accords visés au paragraphe 3, compte tenu des mesures de transition et des adaptations qui pourront se révéler nécessaires et qui feront l'objet de protocoles qui seront conclus avec les pays tiers co-contractants et seront joints à ces accords.

2. Diese Übergangsmaßnahmen tragen den in der Gemeinschaft geltenden entsprechenden Maßnahmen Rechnung und dürfen deren Geltungsdauer nicht überschreiten; ihr Zweck ist sicherzustellen, daß in der Gemeinschaft schrittweise ein einheitliches System zur Regelung ihrer Beziehungen zu den an diesen Abkommen als Vertragsparteien beteiligten dritten Ländern verwirklicht wird und daß die Rechte und Pflichten der Mitgliedstaaten gleich sind.

3. Die Absätze 1 und 2 gelten für die mit Griechenland, der Türkei, Tunesien, Marokko, Israel, Spanien und Malta geschlossenen Abkommen.

Die Absätze 1 und 2 gelten auch für die Abkommen, die die Gemeinschaft bis zum Beitritt mit anderen dritten Ländern des Mittelmeerraums schließt.

Kapitel 2

Beziehungen zu den assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar und zu bestimmten Entwicklungsländern des Commonwealth

Artikel 109

1. Die sich aus dem am 29. Juli 1969 unterzeichneten Abkommen über die Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den mit dieser Gemeinschaft assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar und aus dem am 24. September 1969 unterzeichneten Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Vereinigten Republik Tansania, der Republik Uganda und der Republik Kenia ergebenden Regelungen gelten nicht in den Beziehungen zwischen den neuen Mitgliedstaaten und den mit der Gemeinschaft durch die vorgenannten Abkommen assoziierten Staaten.

Die neuen Mitgliedstaaten sind nicht verpflichtet, dem am 29. Juli 1969 unterzeichneten Abkommen über die Erzeugnisse, die unter die Zuständigkeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl fallen, beizutreten.

2. Vorbehaltlich der Artikel 110 und 111 gilt für Erzeugnisse mit Ursprung in den in Absatz 1 genannten assoziierten Staaten bei der Einfuhr in die neuen Mitgliedstaaten die Regelung, die vor dem Beitritt auf sie angewandt wurde.

3. Vorbehaltlich der Artikel 110 und 111 gilt für Erzeugnisse mit Ursprung in den in Anhang VI genannten unabhängigen Ländern des Commonwealth bei der Einfuhr in die Gemeinschaft die Regelung, die vor dem Beitritt auf sie angewandt wurde.

Artikel 110

Haben die in der Liste des Anhangs II des EWG-Vertrags aufgeführten Erzeugnisse, soweit für sie eine gemeinsame Marktorganisation besteht, und die Erzeugnisse, für die bei der Einfuhr in die Gemeinschaft infolge der Durchführung der gemeinsamen Agrarpolitik eine Sonderregelung gilt, ihren Ursprung in den in Artikel 109 Absatz 1 genannten assoziierten Staaten oder den in Artikel 109 Absatz 3 genannten unabhängigen Ländern des Commonwealth, so wenden die neuen Mitgliedstaaten bei der Einfuhr dieser Erzeugnisse die Gemeinschaftsregelung in Übereinstimmung mit dieser Akte vorbehaltlich der nachstehenden Bestimmungen an:

- a) sieht die Gemeinschaftsregelung die Erhebung von Zöllen bei der Einfuhr aus dritten Ländern vor, so wenden die neuen Mitgliedstaaten vorbehaltlich des Artikels 111 die von ihnen vor dem Beitritt angewandte Zollregelung an;

2. These transitional measures, which will take into account the corresponding measures adopted within the Community and which may not extend beyond the period of validity thereof, shall be designed to ensure the progressive application by the Community of a single system for its relations with the co-contracting third countries as well as the identity of the rights and obligations of the Member States.

3. Paragraphs 1 and 2 shall apply to the agreements concluded with Greece, Turkey, Tunisia, Morocco, Israel, Spain and Malta.

Paragraphs 1 and 2 shall also apply to agreements which the Community concludes with other third countries in the Mediterranean region before the entry into force of this Act.

Chapter 2

Relations with the associated African and Malagasy States and with certain developing Commonwealth Countries

Article 109

1. The arrangements resulting from the Convention of Association between the European Economic Community and the African and Malagasy States associated with that Community, signed on 29 July 1969, and from the Agreement establishing an Association between the European Economic Community and the United Republic of Tanzania, the Republic of Uganda and the Republic of Kenya, signed on 24 September 1969, shall not apply in relations between the new Member States and the States associated with the Community under the above acts.

The new Member States need not accede to the Agreement on products within the competence of the European Coal and Steel Community, signed on 29 July 1969.

2. Subject to the provisions of Articles 110 and 111, products originating in the Associated States referred to in paragraph 1 shall, on importation into the new Member States, be subject to the arrangements applied to those products before accession.

3. Subject to the provisions of Articles 110 and 111, products originating in the independent Commonwealth countries listed in Annex VI to this Act shall, on importation into the Community, be subject to the arrangements applied to those products before accession.

Article 110

For those products listed in Annex II to the EEC Treaty which are subject to a common organisation of the market and for those products subject on importation into the Community to specific rules as a result of the implementation of the common agricultural policy, which originate in the Associated States referred to in Article 109 (1) or in the independent Commonwealth countries referred to in Article 109 (3), the new Member States shall apply on importation the Community rules under the conditions laid down in this Act and subject to the following provisions:

(a) where the Community rules provide for the levying of customs duties on imports from third countries, the new Member States shall, subject to the provisions of Article 111, apply the tariff arrangements which they applied before accession;

2. Ces mesures de transition, qui tiendront compte des mesures correspondantes retenues à l'intérieur de la Communauté et ne pourront en dépasser la durée, visent à assurer l'application progressive par la Communauté d'un régime unique dans ses relations avec les pays tiers co-contractants, ainsi que l'identité des droits et obligations des Etats membres.

3. Les dispositions des paragraphes 1 et 2 s'appliquent aux accords conclus avec la Grèce, la Turquie, la Tunisie, le Maroc, Israël, l'Espagne et Malte.

Ces dispositions s'appliquent également aux accords que la Communauté aura conclus jusqu'à l'entrée en vigueur du présent acte avec d'autres pays tiers appartenant à la région méditerranéenne.

Chapitre 2

Les relations avec les Etats d'Afrique et de Madagascar associés, et avec certains pays en voie de développement du Commonwealth

Article 109

1. Les régimes résultant de la convention d'association entre la Communauté économique européenne et les Etats africains et malgache associés à cette Communauté, signée le 29 juillet 1969, ainsi que de l'accord créant une association entre la Communauté économique européenne et la République unie de Tanzanie, la République de l'Ouganda et la République du Kenya, signé le 24 septembre 1969, ne sont pas applicables dans les relations entre les nouveaux Etats membres et les Etats associés à la Communauté en vertu des actes visés ci-dessus.

Les nouveaux Etats membres n'ont pas à adhérer à l'accord relatif aux produits relevant de la Communauté européenne du charbon et de l'acier, signé le 29 juillet 1969.

2. Sous réserve des dispositions des articles 110 et 111, les produits originaires des Etats associés visés au paragraphe 1 sont soumis, lors de leur importation dans les nouveaux Etats membres, au régime qui leur était appliqué avant l'adhésion.

3. Sous réserve des dispositions des articles 110 et 111, les produits originaires des pays indépendants du Commonwealth visés à l'annexe VI au présent acte sont soumis, lors de leur importation dans la Communauté, au régime qui leur était appliqué avant l'adhésion.

Article 110

Pour ceux des produits énumérés à la liste de l'annexe II du traité CEE qui font l'objet d'une organisation commune des marchés et pour ceux des produits soumis à l'importation dans la Communauté à une réglementation spécifique comme conséquence de la mise en œuvre de la politique agricole commune, qui sont originaires des Etats associés visés à l'article 109 paragraphe 1, ou des pays indépendants du Commonwealth visés à l'article 109 paragraphe 3, les nouveaux Etats membres appliquent à l'importation la réglementation communautaire dans les conditions prévues au présent acte sous réserve des dispositions suivantes:

a) lorsque la réglementation communautaire prévoit la perception de droits de douane à l'importation en provenance de pays tiers, les nouveaux Etats membres appliquent, sous réserve des dispositions de l'article 111, le régime tarifaire qu'ils appliquaient avant l'adhésion;

- b) bei Schutzfaktoren außer Zöllen legt der Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission erforderlichenfalls geeignete Anpassungen der Gemeinschaftsregelung fest, um sicherzustellen, daß diese Erzeugnisse unter entsprechenden Bedingungen wie vor dem Beitritt eingeführt werden.

Artikel 111

Führt die Annäherung an den Gemeinsamen Zolltarif in einem neuen Mitgliedstaat zu einer Herabsetzung des Zollsatzes, so wird dieser neue Zollsatz auf die Einfuhren nach Artikel 109 und 110 angewandt.

Artikel 112

1. Erzeugnisse mit Ursprung in den in Artikel 109 Absatz 3 genannten unabhängigen Ländern des Commonwealth, die innerhalb der in Anwendung des Artikels 115 bestimmten Fristen in das Vereinigte Königreich eingeführt werden, können nicht als dort im Sinne des Artikels 10 des EWG-Vertrags im freien Verkehr befindlich angesehen werden, wenn sie in einen anderen neuen Mitgliedstaat oder in die Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung wiederausgeführt werden.

2. Erzeugnisse mit Ursprung in den in Artikel 109 Absatz 1 genannten assoziierten Staaten, die innerhalb der gleichen Fristen in die Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung eingeführt werden, können nicht als dort im Sinne des Artikels 10 des EWG-Vertrags im freien Verkehr befindlich angesehen werden, wenn sie in die neuen Mitgliedstaaten wiederausgeführt werden.

3. Die Kommission kann Abweichungen von den Bestimmungen der Absätze 1 und 2 festlegen, wenn keine Gefahr einer Verkehrsverlagerung besteht, insbesondere wenn die Unterschiede zwischen den Einfuhrregelungen äußerst gering sind.

Artikel 113

1. Unmittelbar nach dem Beitritt teilen die neuen Mitgliedstaaten den ursprünglichen Mitgliedstaaten und der Kommission ihre Bestimmungen mit, die für die Einfuhr von Erzeugnissen mit Ursprung in oder Herkunft aus den in Artikel 109 Absatz 3 genannten unabhängigen Ländern des Commonwealth sowie den in Artikel 109 Absatz 1 genannten assoziierten Staaten gelten.

2. Unmittelbar nach dem Beitritt teilt die Kommission den neuen Mitgliedstaaten die innergemeinschaftlichen oder vertraglichen Bestimmungen mit, die für die Einfuhr von Erzeugnissen mit Ursprung in oder Herkunft aus den in Artikel 109 Absatz 3 genannten unabhängigen Ländern des Commonwealth sowie den in Artikel 109 Absatz 1 genannten assoziierten Staaten in die Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung gelten.

Artikel 114

Bei Beschlüssen, die der Rat im Rahmen des Internen Abkommens über die zur Durchführung des am 29. Juli 1969 unterzeichneten Abkommens über die Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den mit dieser Gemeinschaft assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar zu treffenden Maßnahmen und die dabei anzuwendenden Verfahren, des am 29. Juli 1969 unterzeichneten Internen Abkommens über die Finanzierung und die Verwaltung der Hilfe der Gemein-

(b) as regards protective components other than customs duties, the Council shall, acting by a qualified majority on a proposal from the Commission, determine, should it prove necessary, adaptations to Community rules designed to ensure that those products are imported under conditions similar to those existing before accession.

Article 111

Where alignment with the Common Customs Tariff leads to the reduction of a customs duty in a new Member State, the reduced customs duty shall apply to imports covered by Articles 109 and 110.

Article 112

1. Products imported into the United Kingdom before the dates determined under Article 115 which originate in the independent Commonwealth countries referred to in Article 109 (3) shall not, when they are re-exported to another new Member State or to the Community as originally constituted, be considered to be in free circulation within the meaning of Article 10 of the EEC Treaty.

2. Products imported into the Community as originally constituted during that same period which originated in the Associated States referred to in Article 109 (1) shall not, when re-exported to another Member State, be considered to be in free circulation in the Community as originally constituted, within the meaning of Article 10 of the EEC Treaty.

3. Where there is no risk of deflection of trade, and in particular in the event of minimal disparities in the import arrangements, the Commission may derogate from paragraphs 1 and 2.

Article 113

1. From accession, the new Member States shall communicate to the original Member States and the Commission the provisions concerning the arrangements which they apply to imports of products originating in or coming from the independent Commonwealth countries referred to in Article 109 (3) or the Associated States referred to in Article 109 (1).

2. From accession, the Commission shall communicate to the new Member States the internal or conventional provisions concerning arrangements applicable to imports into the Community as originally constituted of products originating in or coming from the independent Commonwealth countries referred to in Article 109 (3) or the Associated States referred to in Article 109 (1).

Article 114

When the Council takes decisions and when the Committee of the European Development Fund gives opinions within the framework of the Internal Agreement on measures to be taken and procedures to be followed for the implementation of the Convention of Association between the European Economic Community and the African and Malagasy States associated with that Community, signed on 29 July 1969, of the Internal Agreement on the financing and administration of Com-

b) en ce qui concerne les éléments de protection autres que les droits de douane, le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission, détermine, si cela s'avère nécessaire, les adaptations à la réglementation communautaire de nature à assurer à l'importation de ces produits des conditions analogues à celles existant avant l'adhésion.

Article 111

Lorsque le rapprochement vers le tarif douanier commun conduit dans un nouvel Etat membre à une diminution du droit de douane, le nouveau droit de douane ainsi réduit est appliqué aux importations visées aux articles 109 et 110.

Article 112

1. Les produits importés au Royaume-Uni, pendant la période s'étendant jusqu'aux dates déterminées en application de l'article 115, qui sont originaires des pays indépendants du Commonwealth visés à l'article 109 paragraphe 3, ne peuvent être considérés comme y étant en libre pratique au sens de l'article 10 du traité CEE, lorsqu'ils sont réexportés vers un autre nouvel Etat membre ou vers la Communauté dans sa composition originaires.

2. Les produits originaires des Etats associés visés à l'article 109 paragraphe 1, importés dans la Communauté dans sa composition originaires pendant cette même période, ne peuvent être considérés comme y étant en libre pratique au sens de l'article 10 du traité CEE, lorsqu'ils sont réexportés vers les nouveaux Etats membres.

3. La Commission peut, en l'absence de risque de détournement de trafic, et notamment en cas de disparités minimes dans les régimes d'importation, apporter des dérogations aux dispositions des paragraphes 1 et 2.

Article 113

1. Dès l'adhésion, les nouveaux Etats membres communiquent aux Etats membres originaires et à la Commission les dispositions relatives au régime qu'ils appliquent aux importations de produits originaires ou en provenance des pays indépendants du Commonwealth visés à l'article 109 paragraphe 3 ainsi que des Etats associés visés à l'article 109 paragraphe 1.

2. Dès l'adhésion, la Commission communique aux nouveaux Etats membres les dispositions internes ou conventionnelles relatives au régime applicable aux importations dans la Communauté dans sa composition originaires de produits originaires ou en provenance des pays indépendants du Commonwealth visés à l'article 109 paragraphe 3 ainsi que des Etats associés visés à l'article 109 paragraphe 1.

Article 114

Lors de l'adoption des décisions à prendre par le Conseil et des avis à donner par le Comité du Fonds européen de développement, dans le cadre de l'accord interne relatif aux mesures à prendre et aux procédures à suivre pour l'application de la convention d'association entre la Communauté économique européenne et les Etats africains et malgache associés à cette Communauté, signé le 29 juillet 1969, de l'accord interne relatif au financement et à la gestion des aides de la Communauté, signé le 29

schaft und des am 24. September 1969 unterzeichneten Internen Abkommens über die zur Durchführung des Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Vereinigten Republik Tansania, der Republik Uganda und der Republik Kenia zu treffenden Maßnahmen und die dabei anzuwendenden Verfahren erläßt, werden nur die Stimmen der ursprünglichen Mitgliedstaaten gezählt; das gleiche gilt für Stellungnahmen, die der Ausschuß für den Europäischen Entwicklungsfonds in diesem Rahmen abgibt; die Stimmen werden nach dem vor dem Beitritt geltenden Verfahren für die Ermittlung der qualifizierten Mehrheit beziehungsweise nach Artikel 13 Absatz 3 des Internen Abkommens über die Finanzierung und die Verwaltung der Hilfe der Gemeinschaft gewogen.

Artikel 115

1. Die Artikel 109 bis 114 gelten bis zum 31. Januar 1975.

2. Unter Berücksichtigung der Übergangsbestimmungen dieser Akte gilt für Erzeugnisse mit Ursprung in den in Artikel 109 Absatz 3 genannten unabhängigen Ländern des Commonwealth, die ihre Beziehungen zur Gemeinschaft vor dem genannten Zeitpunkt auf einer anderen Grundlage als der der Assoziation regeln, vom Zeitpunkt des Inkrafttretens ihrer Übereinkunft mit der Gemeinschaft an und für die darin nicht erfaßten Bereiche bei der Einfuhr in die neuen Mitgliedstaaten die gegenüber dritten Ländern angewandte Regelung.

3. Bei Anwendung der in Artikel 62 Absatz 2 des am 29. Juli 1969 unterzeichneten Abkommens über die Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den mit dieser Gemeinschaft assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar oder der in Artikel 36 Absatz 2 des am 24. September 1969 unterzeichneten Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Vereinigten Republik Tansania, der Republik Uganda und der Republik Kenia vorgesehenen Übergangsbestimmungen kann der Rat einstimmig nach Konsultierung der Kommission beschließen, die in Absatz 1 genannte Frist für die Dauer der Anwendung dieser Übergangsbestimmungen zu verlängern.

Kapitel 3

Beziehungen zu Papua-Neuguinea

Artikel 116

1. Die Artikel 109 Absatz 3 und 110 bis 113 gelten für die Einfuhr von Erzeugnissen mit Ursprung in oder Herkunft aus Papua-Neuguinea in das Vereinigte Königreich bis zum 31. Dezember 1977.

2. Diese Regelung kann insbesondere dann geändert werden, wenn dieses Gebiet vor dem 1. Januar 1978 die Unabhängigkeit erlangt. Der Rat erläßt mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission gegebenenfalls die erforderlichen Bestimmungen.

Titel IV

Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete

Artikel 117

1. Die Assoziierung der in Artikel 24 Absatz 2 genannten außereuropäischen Gebiete, die besondere Beziehungen mit Norwegen oder dem Vereinigten Königreich

munity aid, signed on 29 July 1969, and of the Internal Agreement on measures to be taken and procedures to be followed for the implementation of the Agreement establishing an Association between the European Economic Community and the United Republic of Tanzania, the Republic of Uganda and the Republic of Kenya, signed on 24 September 1969, only the votes of the original Member States shall be counted, as the case may be, either in accordance with the weighted voting in force before accession for calculating a qualified majority or in accordance with Article 13 (3) of the abovementioned Internal Agreement on the financing and administration of Community aid.

Article 115

1. Articles 109 to 114 shall apply until 31 January 1975.

2. However, imports originating in any independent Commonwealth country referred to in Article 109 (3) which has before that date, established its relations with the Community on a basis other than association shall be subject in the new Member States from the date of entry into force of its agreement with the Community and in respect of matters not covered by that agreement, to the third country arrangements applicable to those imports taking into account the transitional provisions of this Act.

3. The Council may, acting unanimously after consulting the Commission, decide to defer the date laid down in paragraph 1 in the event of implementation of the transitional provisions laid down in the second paragraph of Article 62 of the Convention of Association between the European Economic Community and the African and Malagasy States associated with that Community, signed on 29 July 1969, or in the second paragraph of Article 36 of the Agreement establishing an Association between the European Economic Community and the United Republic of Tanzania, the Republic of Uganda and the Republic of Kenya, signed on 24 September 1969, for the period during which such transitional provisions are being implemented.

Chapter 3

Relations with Papua-New Guinea

Article 116

1. Articles 109 (3) and 110 to 113 shall apply until 31 December 1977 to products originating in or coming from Papua-New Guinea imported into the United Kingdom.

2. These arrangements may be reviewed, in particular if that territory becomes independent before 1 January 1978. The Council shall, acting by a qualified majority on a proposal from the Commission, adopt, if the need arises, such provisions as are appropriate and may prove necessary.

Title IV

Association of Overseas Countries and Territories

Article 117

1. The association of the non-European territories maintaining special relations with Norway or the United Kingdom and of the Anglo-French Condominium of the

juillet 1969, et de l'accord interne relatif aux mesures à prendre et aux procédures à suivre pour l'application de l'accord créant une association entre la Communauté économique européenne et la République unie de Tanzanie, la République de l'Ouganda et la République du Kenya, signé le 24 septembre 1969, seules les voix des Etats membres originaires sont décomptées, conformément, selon les cas, soit aux pondérations de voix en vigueur avant l'adhésion pour le calcul de la majorité qualifiée, soit aux dispositions de l'article 13 paragraphe 3 de l'accord interne relatif au financement et à la gestion des aides de la Communauté précitée.

Article 115

1. Les articles 109 à 114 s'appliquent jusqu'au 31 janvier 1975.

2. Toutefois, les importations originaires des pays indépendants du Commonwealth visés à l'article 109 paragraphe 3 qui auront réglé avant cette date leurs relations avec la Communauté sur une base autre que l'association, sont soumises dans les nouveaux Etats membres, à partir de la date de l'entrée en vigueur de leur accord avec la Communauté et pour les domaines non couverts par celui-ci, au régime pays tiers qui leur est applicable, compte tenu des dispositions transitoires du présent acte.

3. Le Conseil, statuant à l'unanimité après consultation de la Commission, peut décider de reporter la date prévue au paragraphe 1 en cas de mise en œuvre des dispositions transitoires prévues à l'article 62 deuxième alinéa de la convention d'association entre la Communauté économique européenne et les Etats africains et malgache associés à cette Communauté, signée le 29 juillet 1969, ou à l'article 36 deuxième alinéa de l'accord créant une association entre la Communauté économique européenne et la République unie de Tanzanie, la République de l'Ouganda et la République du Kenya, signé le 24 septembre 1969, et pour la durée de celles-ci.

Chapitre 3

Les relations avec la Papouasie-Nouvelle Guinée

Article 116

1. L'article 109 paragraphe 3 et les articles 110 à 113 sont applicables jusqu'au 31 décembre 1977 aux produits originaires ou en provenance de la Papouasie-Nouvelle Guinée importés dans le Royaume-Uni.

2. Ce régime peut être revu, notamment en cas d'accession de ce territoire à l'indépendance avant le 1^{er} janvier 1978. Le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission, adopte, le cas échéant, les dispositions appropriées qui s'avèreraient nécessaires.

Titre IV

L'association des pays et territoires d'outre-mer

Article 117

1. L'association des territoires non européens entretenant des relations particulières avec la Norvège ou le Royaume-Uni et du condominium franco-britannique des

unterhalten, und des ebenfalls dort genannten französisch-britischen Kondominiums Neue Hebriden wird frühestens am 1. Februar 1975 aufgrund eines Beschlusses wirksam, den der Rat nach Artikel 136 des EWG-Vertrags erläßt.

2. Die neuen Mitgliedstaaten sind nicht verpflichtet, dem am 14. Dezember 1970 unterzeichneten Abkommen über den Handel mit den überseeischen Ländern und Gebieten mit Erzeugnissen, die unter die Zuständigkeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl fallen, beizutreten.

Artikel 118

Die Bestimmungen des Abschnitts III des Protokolls Nr. 22 über die Beziehungen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar sowie den unabhängigen Entwicklungsländern des Commonwealth in Afrika, im Indischen Ozean, im Pazifischen Ozean und im Karibischen Raum gelten sowohl für die in Artikel 117 genannten Länder und überseeischen Gebiete als auch die außereuropäischen Länder und Gebiete, die besondere Beziehungen zu den ursprünglichen Mitgliedstaaten unterhalten.

Artikel 119

1. Die Regelung, die sich aus dem Beschluß des Rates vom 29. September 1970 über die Assoziation der überseeischen Länder und Gebiete mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ergibt, gilt nicht in den Beziehungen zwischen diesen Ländern und Gebieten und den neuen Mitgliedstaaten.

2. Für Erzeugnisse mit Ursprung in den mit der Gemeinschaft assoziierten Ländern und Gebieten gilt bei der Einfuhr in die neuen Mitgliedstaaten die Regelung, die vor dem Beitritt auf sie angewandt wurde.

Für Erzeugnisse mit Ursprung in den in Artikel 24 Absatz 2 genannten außereuropäischen Gebieten, die besondere Beziehungen mit Norwegen oder dem Vereinigten Königreich unterhalten, und im ebenfalls dort genannten französisch-britischen Kondominium Neue Hebriden gilt bei der Einfuhr in die Gemeinschaft die Regelung, die vor dem Beitritt auf sie angewandt wurde.

Die Artikel 110 bis 114 gelten entsprechend.

3. Dieser Artikel gilt bis zum 31. Januar 1975. Bei Anwendung des Artikels 115 Absatz 3 kann diese Frist nach dem Verfahren und nach Maßgabe des genannten Artikels verlängert werden.

Titel V

Kapitalverkehr

Artikel 120

1. Die neuen Mitgliedstaaten können die in der ersten Richtlinie des Rates vom 11. Mai 1960 zur Durchführung des Artikels 67 des EWG-Vertrags und in der zweiten Richtlinie des Rates vom 18. Dezember 1962 zur Ergänzung und Änderung der ersten Richtlinie zur Durchführung des Artikels 67 des EWG-Vertrags vorgesehene Liberalisierung des Kapitalverkehrs im Rahmen der in den Artikeln 121 bis 126 genannten Bedingungen und Fristen aufschieben.

2. Zwischen den neuen Mitgliedstaaten und der Kommission finden rechtzeitig geeignete Konsultationen über die Einzelheiten der Liberalisierungs- oder Lockerungsmaßnahmen statt, deren Durchführung gemäß den nachstehenden Bestimmungen aufgeschoben werden kann.

New Hebrides, listed in Article 24 (2), shall take effect on 1 February 1975 at the earliest upon a decision of the Council taken under Article 136 of the EEC Treaty.

2. The new Member States need not accede to the Agreement on trade with overseas countries and territories in products within the province of the European Coal and Steel Community, signed on 14 December 1970.

Article 118

The provisions of the third part of Protocol No 22 on relations between the European Economic Community and the Associated African and Malagasy States and the independent developing Commonwealth countries situated in Africa, the Indian Ocean, the Pacific Ocean and the Caribbean shall apply both to the overseas countries and territories referred to in Article 117 and to the non-European countries and territories maintaining special relations with the original Member States.

Article 119

1. The arrangements resulting from the Council Decision of 29 September 1970 on the association of the overseas countries and territories with the European Economic Community shall not apply in relations between those countries and territories and the new Member States.

2. Products originating in the countries and territories associated with the Community shall, on importation into the new Member States, be subject to the arrangements applied to those products before accession.

Products originating in the non-European territories maintaining special relations with Norway or the United Kingdom and in the Anglo-French Condominium of the New Hebrides, listed in Article 24 (2), shall, on importation into the Community, be subject to the arrangements applied to those products before accession.

Articles 110 to 114 shall apply.

3. This Article shall apply until 31 January 1975. If Article 115 (3) is applied, this date may be deferred in accordance with the procedure and under the conditions laid down in that Article.

Title V

Capital Movements

Article 120

1. The new Member States may, under the conditions and within the time limits in Articles 121 to 126, defer the liberalization of capital movements provided for in the First Council Directive of 11 May 1960 for the implementation of Article 67 of the EEC Treaty and in the Second Council Directive of 18 December 1962 adding to and amending the First Directive for the implementation of Article 67 of the EEC Treaty.

2. Appropriate consultations shall take place in due course between the new Member States and the Commission about procedures for applying measures of liberalization or relaxation, the implementation of which may be deferred under the following provisions.

Nouvelles-Hébrides, visés à l'article 24 paragraphe 2 prend effet au plus tôt le 1^{er} février 1975 sur décision du Conseil prise en vertu de l'article 136 du traité CEE.

2. Les nouveaux Etats membres n'ont pas à adhérer à l'accord relatif aux échanges avec les pays et territoires d'outre-mer portant sur les produits relevant de la Communauté européenne du charbon et de l'acier, signé le 14 décembre 1970.

Article 118

Les dispositions de la troisième partie du protocole n° 22 concernant les relations entre la Communauté économique européenne et les Etats africains et malgache associés ainsi que les pays indépendants en voie de développement du Commonwealth situés en Afrique, dans l'Océan Indien, dans l'Océan Pacifique et dans les Antilles s'appliquent tant aux pays et territoires d'outre-mer visés à l'article 117 qu'aux pays et territoires non européens entretenant des relations particulières avec les Etats membres originaires.

Article 119

1. Le régime résultant de la décision du Conseil, du 29 septembre 1970, relative à l'association des pays et territoires d'outre-mer à la Communauté économique européenne, n'est pas applicable dans les relations entre ces pays et territoires et les nouveaux Etats membres.

2. Les produits originaires des pays et territoires associés à la Communauté sont soumis, lors de leur importation dans les nouveaux Etats membres, au régime qui leur était appliqué avant l'adhésion.

Les produits originaires des territoires non européens entretenant des relations particulières avec la Norvège ou le Royaume-Uni et du condominium franco-britannique des Nouvelles-Hébrides, visés à l'article 24 paragraphe 2, sont soumis, lors de leur importation dans la Communauté, au régime qui leur était appliqué avant l'adhésion.

Les articles 110 à 114 sont applicables.

3. Le présent article est appliqué jusqu'au 31 janvier 1975. En cas d'application de l'article 115 paragraphe 3, cette date peut être reportée selon la procédure et dans les conditions prévues audit article.

Titre V

Les mouvements de capitaux

Article 120

1. Les nouveaux Etats membres peuvent différer, dans les conditions et délais indiqués aux articles 121 à 126, la libération des mouvements de capitaux prévue par la première directive du Conseil du 11 mai 1960 pour la mise en œuvre de l'article 67 du traité CEE et par la deuxième directive du Conseil du 18 décembre 1962 complétant et modifiant la première directive pour la mise en œuvre de l'article 67 du traité CEE.

2. Des consultations appropriées ont lieu, en temps utile, entre les nouveaux Etats membres et la Commission sur les modalités d'application des mesures de libération ou d'assouplissement dont la mise en œuvre peut être différée en vertu des dispositions qui suivent.

Artikel 121

1. Dänemark kann

- a) die Liberalisierung des Erwerbs auf dänische Kronen lautender und in Dänemark an der Börse gehandelter Schuldverschreibungen durch Devisenausländer, einschließlich des Stückeverkehrs solcher Wertpapiere, bis zu zwei Jahren nach dem Beitritt aufschieben;
- b) die Liberalisierung des Erwerbs ausländischer, an Börsen gehandelter Wertpapiere durch Deviseninländer und des Rückkaufs dänischer, an Börsen gehandelter und ganz oder teilweise auf Fremdwährung lautender Wertpapiere aus dem Ausland, einschließlich des Stückeverkehrs solcher Wertpapiere, bis zu fünf Jahren nach dem Beitritt aufschieben.

2. Dänemark wird vom Beitritt an eine schrittweise Liberalisierung der in Absatz 1 Buchstabe a genannten Geschäfte vornehmen.

Artikel 122

1. Irland kann

- a) die Liberalisierung von Direktinvestitionen durch Deviseninländer in den Mitgliedstaaten und die Liberalisierung der Liquidierung von Direktinvestitionen durch Deviseninländer in den Mitgliedstaaten bis zu zwei Jahren nach dem Beitritt aufschieben;
- b) die Liberalisierung des nachstehend bezeichneten Kapitalverkehrs mit persönlichem Charakter bis zu dreißig Monaten nach dem Beitritt aufschieben:
 - Kapitaltransfer von auswandernden Deviseninländern mit Ausnahme des mit der Freizügigkeit der Arbeitnehmer zusammenhängenden Kapitaltransfers, der vom Beitritt an liberalisiert wird;
 - Schenkungen und Stiftungen, Mitgiften, Erbschaftssteuern sowie Immobilienerwerb mit Ausnahme des mit der Freizügigkeit der Arbeitnehmer zusammenhängenden Immobilienerwerbs, der vom Beitritt an liberalisiert wird;
- c) die Liberalisierung der Geschäfte, die in der Liste B der Anlage zu den in Artikel 120 bezeichneten Richtlinien aufgeführt sind und von Deviseninländern getätigt werden, bis zu fünf Jahren nach dem Beitritt aufschieben.

2. Irland erkennt an, daß es wünschenswert ist, vom Beitritt an eine erhebliche Lockerung der Regeln für die in Absatz 1 Buchstabe a genannten Geschäfte vorzunehmen; es wird bestrebt sein, die hierfür erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Artikel 123

1. Norwegen kann

- a) die Liberalisierung von Kapitaleinfuhren für Direktinvestitionen in Form von langfristigen Darlehen in Unternehmen, die sich bereits in Norwegen niedergelassen haben, bis zu zwei Jahren nach dem Beitritt aufschieben;
- b) die Liberalisierung von Handelskrediten bis zu fünf Jahren für einen Zeitraum von zwei Jahren nach dem Beitritt aufschieben, sofern der ausländische Kreditgeber ein Finanzinstitut ist;
- c) die Liberalisierung des Erwerbs auf norwegische Kronen lautender und in Norwegen an Börsen gehandelter Aktien durch Devisenausländer, einschließlich des Stückeverkehrs solcher Wertpapiere, bis zu zwei Jahren nach dem Beitritt aufschieben;

Article 121

1. Denmark may:
- (a) for a period of two years after accession, defer the liberalization of purchases by non-residents of bonds denominated in Danish kroner and dealt in on the stock exchange in Denmark, including physical transfers of the securities in question;
 - (b) for a period of five years after accession, defer the liberalization of purchases by persons resident in Denmark of foreign securities dealt in on the stock exchange and of repurchases from abroad of Danish securities dealt in on the stock exchange, denominated entirely or partly in foreign currency, including physical transfers of the securities in question.
2. From the date of accession, Denmark will proceed to a progressive liberalization of the operations referred to in paragraph 1 (a).

Article 122

1. Ireland may:
- (a) for a period of two years after accession, defer the liberalization of direct investments in Member States by persons resident in Ireland and the liberalization of the liquidation of direct investments in Member States by persons resident in Ireland;
 - (b) for a period of thirty months after accession, defer the liberalization of the following capital movements of a personal nature:
 - transfers of capital belonging to persons resident in Ireland who are emigrating, other than transfers connected with freedom of movement for workers which shall be liberalized from the date of accession;
 - gifts and endowments, dowries, succession duties, and real estate investments other than those connected with freedom of movement for workers which shall be liberalized from the date of accession;
 - (c) for a period of five years after accession, defer the liberalization of the operations set out in List B annexed to the Directives referred to in Article 120 and carried out by persons resident in Ireland.
2. Recognizing that it is desirable to proceed, from the date of accession, to a substantial relaxation in the rules concerning the operations referred to in paragraph 1 (a), Ireland will endeavour to take appropriate measures to this end.

Article 123

1. Norway may:
- (a) for a period of two years after accession, defer the liberalization of capital imports for direct investment, in the form of long-term loans, in undertakings already established in Norway;
 - (b) for a period of two years after accession, defer the liberalization of commercial credits for a period not exceeding five years where the foreign lender is a financial institution;
 - (c) for a period of two years after accession, defer the liberalization of purchases by non-residents of shares denominated in Norwegian kroner and dealt in on the stock exchange in Norway, including physical transfers of the securities in question;

Article 121

1. Le Danemark peut différer:
- a) pendant une période de deux ans après l'adhésion, la libération des achats par des non-résidents d'obligations libellées en couronnes danoises et négociées en bourse au Danemark, y compris les mouvements matériels des titres en question;
 - b) pendant une période de cinq ans après l'adhésion, la libération des achats, par des résidents du Danemark, de titres étrangers négociés en bourse et des rachats de l'étranger de titres danois négociés en bourse, libellés entièrement ou partiellement en monnaie étrangère, y compris les mouvements matériels des titres en question.
2. Le Danemark procédera, dès l'adhésion, à une libération progressive des opérations visées au paragraphe 1 a).

Article 122

1. L'Irlande peut différer:
- a) pendant une période de deux ans après l'adhésion, la libération des investissements directs effectués dans les Etats membres par des résidents de l'Irlande et la libération de la liquidation des investissements directs effectués dans les Etats membres par des résidents de l'Irlande;
 - b) pendant une période de trente mois après l'adhésion, la libération des mouvements de capitaux à caractère personnel énumérés ci-après:
 - transferts de capitaux appartenant à des résidents de l'Irlande qui émigrent, autres que ceux liés à la libre circulation des travailleurs qui sont libérés dès l'adhésion;
 - dons et dotations, dots, impôts de succession, investissements immobiliers autres que ceux liés à la libre circulation des travailleurs qui sont libérés dès l'adhésion;
 - c) pendant une période de cinq ans après l'adhésion, la libération des opérations énumérées à la liste B annexée aux directives visées à l'article 120 et effectuées par des résidents de l'Irlande.
2. L'Irlande, reconnaissant qu'il est souhaitable de procéder, dès l'adhésion, à un assouplissement important des règles concernant les opérations visées au paragraphe 1 a), s'efforcera de prendre les mesures appropriées à cet effet.

Article 123

1. La Norvège peut différer:
- a) pendant une période de deux ans après l'adhésion, la libération des importations de capitaux effectuées aux fins d'investissements directs, sous forme de prêts à long terme, dans des entreprises déjà établies en Norvège;
 - b) pendant une période de deux ans après l'adhésion, la libération des crédits commerciaux jusqu'à cinq ans, lorsque le prêteur étranger est un établissement financier;
 - c) pendant une période de deux ans après l'adhésion, la libération des achats par des non-résidents d'actions libellées en couronnes norvégiennes et négociées en bourse en Norvège, y compris les mouvements matériels des titres en question;

d) die Liberalisierung der Geschäfte von Deviseninländern mit ausländischen, an Börsen gehandelten Wertpapieren, einschließlich des Stückeverkehrs solcher Wertpapiere, bis zu fünf Jahren nach dem Beitritt aufschieben.

2. Norwegen wird bei der vom Beitritt an erfolgenden Erteilung von Genehmigungen für die in Absatz 1 Buchstabe a genannten Geschäfte Diskriminierungen zwischen norwegischen Unternehmen, gleichviel, ob diese von Unternehmen anderer Mitgliedstaaten kontrolliert werden oder nicht, vermeiden.

3. Hinsichtlich der in Absatz 1 Buchstabe b genannten Geschäfte wird Norwegen bestrebt sein, von devisenrechtlichen Beschränkungen Abstand zu nehmen und vielmehr wirtschaftspolitische Maßnahmen anzuwenden, die mit den Gemeinschaftsregeln vereinbar sind.

4. Norwegen erkennt an, daß es wünschenswert ist, die in Absatz 1 Buchstabe c genannten Geschäfte vom Beitritt an schrittweise zu liberalisieren; es wird bestrebt sein, die hierfür erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Artikel 124

1. Das Vereinigte Königreich kann

a) die Liberalisierung von Direktinvestitionen durch Deviseninländer in den Mitgliedstaaten und die Liberalisierung der Liquidierung von Direktinvestitionen durch Deviseninländer in den Mitgliedstaaten bis zu zwei Jahren nach dem Beitritt aufschieben;

b) die Liberalisierung des folgenden Kapitalverkehrs mit persönlichem Charakter bis zu dreißig Monaten nach dem Beitritt aufschieben:

— Kapitaltransfer von auswandernden Deviseninländern mit Ausnahme des mit der Freizügigkeit der Arbeitnehmer zusammenhängenden Kapitaltransfers, der vom Beitritt an liberalisiert wird;

— Schenkungen und Stiftungen, Mitgiften, Erbschaftssteuern sowie Immobilienerwerb mit Ausnahme des mit der Freizügigkeit der Arbeitnehmer zusammenhängenden Immobilienerwerbs, der vom Beitritt an liberalisiert wird;

c) die Liberalisierung der Geschäfte, die in der Liste B der Anlage zu den in Artikel 120 bezeichneten Richtlinien aufgeführt sind und von Deviseninländern getätigt werden, bis zu fünf Jahren nach dem Beitritt aufschieben.

2. Das Vereinigte Königreich wird vom Beitritt an eine erhebliche Lockerung der Vorschriften für die in Absatz 1 Buchstabe a genannten Geschäfte vornehmen.

Artikel 125

Die neuen Mitgliedstaaten führen, wenn die Umstände es erlauben, die in den Artikeln 121 bis 124 vorgesehene Liberalisierung des Kapitalverkehrs schon vor Ablauf der dort genannten Fristen durch.

Artikel 126

Zur Durchführung der Bestimmungen dieses Titels kann die Kommission den Währungsausschuß anhören und dem Rat zweckdienliche Vorschläge unterbreiten.

(d) for a period of five years after accession, defer the liberalization of operations effected by persons resident in Norway in foreign securities dealt in on the stock exchange, including physical transfers of the securities in question.

2. From the date of accession Norway will, when granting authorizations for the operations referred to in paragraph 1 (a), avoid discrimination between Norwegian undertakings, whether or not they are controlled by undertakings of other Member States.

3. With regard to the operations referred to in paragraph 1 (b), Norway will endeavour to have recourse to instruments of economic policy compatible with Community rules rather than to exchange restrictions.

4. Recognizing that it is desirable to proceed, from the date of accession, to a progressive liberalization of the operations referred to in paragraph 1 (c), Norway will endeavour to take appropriate measures to this end.

Article 124

1. The United Kingdom may:

(a) for a period of two years after accession, defer the liberalization of direct investments in Member States by persons resident in the United Kingdom and the liberalization of the liquidation of direct investments in Member States by persons resident in the United Kingdom;

(b) for a period of thirty months after accession, defer the liberalization of the following capital movements of a personal nature:

— transfers of capital belonging to persons resident in the United Kingdom who are emigrating, other than transfers connected with freedom of movement for workers which shall be liberalized from the date of accession;

— gifts and endowments, dowries, succession duties, and real estate investments other than those connected with freedom of movement for workers which shall be liberalized from the date of accession;

(c) for a period of five years after accession, defer the liberalization of the operations set out in List B annexed to the Directives referred to in Article 120, and carried out by persons resident in the United Kingdom.

2. From the date of accession, the United Kingdom will proceed to a substantial relaxation in the rules concerning the operations referred to in paragraph 1 (a).

Article 125

The new Member States will, circumstances permitting, carry out the liberalization of capital movements referred to in Articles 121 to 124 before the expiry of the time limits laid down in those Articles.

Article 126

For the purpose of implementing the provisions of this Title, the Commission may consult the Monetary Committee and submit appropriate proposals to the Council.

d) pendant une période de cinq ans après l'adhésion, la libération des opérations effectuées par des résidents de la Norvège sur des titres étrangers négociés en bourse, y compris les mouvements matériels des titres en question.

2. La Norvège, en accordant, à partir de l'adhésion, des autorisations pour les opérations visées au paragraphe 1 a), évitera des discriminations entre les entreprises norvégiennes, qu'elles soient ou non sous le contrôle d'entreprises d'autres Etats membres.

3. La Norvège s'efforcera, en ce qui concerne les opérations visées au paragraphe 1 b), d'avoir recours à des instruments de politique économique compatibles avec la réglementation communautaire plutôt qu'à des restrictions de change.

4. La Norvège, reconnaissant qu'il est souhaitable de procéder, dès l'adhésion, à une libération progressive des opérations visées au paragraphe 1 c), s'efforcera de prendre les mesures appropriées à cet effet.

Article 124

1. Le Royaume-Uni peut différer:

a) pendant une période de deux ans après l'adhésion, la libération des investissements directs effectués dans les Etats membres par des résidents du Royaume-Uni et la libération de la liquidation des investissements directs effectués dans les Etats membres par des résidents du Royaume-Uni;

b) pendant une période de trente mois après l'adhésion, la libération des mouvements de capitaux à caractère personnel énumérés ci-après:

— transferts de capitaux appartenant à des résidents du Royaume-Uni qui émigrent, autres que ceux liés à la libre circulation des travailleurs qui sont libérés dès l'adhésion;

— dons et dotations, dots, impôts de succession, investissements immobiliers autres que ceux liés à la libre circulation des travailleurs qui sont libérés dès l'adhésion;

c) pendant une période de cinq ans après l'adhésion, la libération des opérations énumérées à la liste B annexée aux directives visées à l'article 120 et effectuées par des résidents du Royaume-Uni.

2. Le Royaume-Uni procédera, dès l'adhésion, à un assouplissement important des règles concernant les opérations visées au paragraphe 1 a).

Article 125

Les nouveaux Etats membres réaliseront, si les circonstances le permettent, la libération des mouvements de capitaux prévue aux articles 121 à 124 avant l'expiration des délais prévus dans ces articles.

Article 126

Pour l'application des dispositions du présent titre, la Commission peut procéder à la consultation du Comité monétaire et soumettre toute proposition utile au Conseil.

Titel VI
Finanzvorschriften

Artikel 127

Der Beschluß vom 21. April 1970 über die Ersetzung der Finanzbeiträge der Mitgliedstaaten durch eigene Mittel der Gemeinschaften, im folgenden „Beschluß vom 21. April 1970“ genannt, wird unter Berücksichtigung der folgenden Bestimmungen angewandt.

Artikel 128

Einnahmen im Sinne des Artikels 2 des Beschlusses vom 21. April 1970 sind auch

- a) unter den als Abschöpfungen bezeichneten Einnahmen die Einnahmen aus allen Ausgleichsbeträgen, die bei Einfuhren nach Artikel 47 und 55 erhoben werden, und aus festen Teilbeträgen, die im Handel zwischen der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung und den neuen Mitgliedstaaten sowie zwischen den neuen Mitgliedstaaten selbst nach Artikel 61 angewendet werden;
- b) unter den als Zölle bezeichneten Einnahmen die Zölle, die von den neuen Mitgliedstaaten im Handel mit den Nichtmitgliedstaaten erhoben werden, sowie die Zölle, die im Handel zwischen der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung und den neuen Mitgliedstaaten und zwischen den neuen Mitgliedstaaten selbst erhoben werden.

Artikel 129

1. Die in Artikel 3 Absatz 2 des Beschlusses vom 21. April 1970 genannten Finanzbeiträge der Mitgliedstaaten werden wie folgt aufgeteilt:

- zwischen den neuen Mitgliedstaaten

Dänemark	2,42 v. H.
Irland	0,60 v. H.
Norwegen	1,66 v. H.
Vereinigtes Königreich	19,00 v. H.

- und zwischen den ursprünglichen Mitgliedstaaten nach Abzug der obengenannten Finanzbeiträge der neuen Mitgliedstaaten gemäß dem in Artikel 3 Absatz 2 des Beschlusses vom 21. April 1970 vorgesehenen Aufbringungsschlüssel.

2. Für das Jahr 1973 dienen als Bezugsgröße für die Berechnung der Schwankungsbreiten im Sinne des Artikels 3 Absatz 3 des Beschlusses vom 21. April 1970

- für die neuen Mitgliedstaaten die in Absatz 1 genannten Hundertsätze;
- für die ursprünglichen Mitgliedstaaten ihr Anteil im Vorjahr unter Berücksichtigung der in Absatz 1 genannten Hundertsätze der neuen Mitgliedstaaten.

Artikel 130

Die eigenen Mittel sowie die Finanzbeiträge und gegebenenfalls die Beiträge nach Artikel 4 Absätze 2, 3 und 4 des Beschlusses vom 21. April 1970 sind von den neuen Mitgliedstaaten nur in folgender Höhe zu leisten:

- 45,0 v. H. im Jahre 1973
- 56,0 v. H. im Jahre 1974
- 67,5 v. H. im Jahre 1975
- 79,5 v. H. im Jahre 1976
- 92,0 v. H. im Jahre 1977

Title VI
Financial Provisions

Article 127

The Decision of 21 April 1970 on the replacement of financial contributions from Member States by the Communities' own resources, hereinafter referred to as the "Decision of 21 April 1970", shall be applied, account being taken of the following provisions.

Article 128

The revenue referred to in Article 2 of the Decision of 21 April 1970 shall also include:

- (a) among those designated as agricultural levies, the revenue from any compensatory amount levied on imports under Articles 47 and 55, and from the fixed components applied in trade between the Community as originally constituted and the new Member States and between the new Member States themselves under Article 61;
- (b) among those designated as customs duties, the customs duties levied by the new Member States in trade with non-member States, and also customs duties levied in trade between the Community as originally constituted and the new Member States and between the new Member States themselves.

Article 129

1. The financial contributions from Member States referred to in Article 3 (2) of the Decision of 21 April 1970 shall be apportioned as follows:

— for the new Member States:

Denmark	2.42 %
Ireland	0.60 %
Norway	1.66 %
United Kingdom	19.00 %

— and for the original Member States, in accordance with the scale laid down in Article 3 (2) of the Decision of 21 April 1970, after the financial contributions of the new Member States specified above have been deducted.

2. For 1973, the basis for calculating the variations referred to in Article 3 (3) of the Decision of 21 April 1970 shall be:

- for the new Member States, the percentages referred to in paragraph 1;
- for the original Member States, their relative share for the preceding year, account being taken of the percentages for the new Member States specified above.

Article 130

The Communities' own resources and also the financial contributions and, where appropriate, the contributions referred to in Article 4 (2), (3) and (4) of the Decision of 21 April 1970 shall be due from the new Member States to the following extent only:

45.0 % in 1973
56.0 % in 1974
67.5 % in 1975
79.5 % in 1976
92.0 % in 1977.

Titre VI
Dispositions financières

Article 127

La décision du 21 avril 1970 relative au remplacement des contributions financières des Etats membres par des ressources propres aux Communautés, ci-après dénommée « décision du 21 avril 1970 », est appliquée compte tenu des dispositions suivantes.

Article 128

Les recettes visées à l'article 2 de la décision du 21 avril 1970 comprennent également:

- a) parmi celles dénommées prélèvements agricoles, les recettes provenant de tout montant compensatoire perçu à l'importation au titre des articles 47 et 55 et des éléments fixes appliqués dans les échanges entre la Communauté dans sa composition originaire et les nouveaux Etats membres ainsi qu'entre les nouveaux Etats membres au titre de l'article 61;
- b) parmi celles dénommées droits de douane, les droits de douane perçus par les nouveaux Etats membres dans les échanges avec les pays non membres, ainsi que les droits de douane perçus dans les échanges entre la Communauté dans sa composition originaire et les nouveaux Etats membres ainsi qu'entre les nouveaux Etats membres.

Article 129

1. Les contributions financières des Etats membres visées à l'article 3 paragraphe 2 de la décision du 21 avril 1970, sont réparties de la manière suivante:

— entre les nouveaux Etats membres:

Danemark	2,42 %
Irlande	0,60 %
Norvège	1,66 %
Royaume-Uni	19,00 %

— et entre les Etats membres originaires, selon la clé de répartition prévue à l'article 3 paragraphe 2 de la décision du 21 avril 1970, déduction faite des contributions financières des nouveaux Etats membres visées ci-dessus.

2. Pour l'année 1973, sont pris comme référence pour calculer les variations visées à l'article 3 paragraphe 3 de la décision du 21 avril 1970

- pour les nouveaux Etats membres, les pourcentages visés au paragraphe 1;
- pour les Etats membres originaires, leur part relative de l'année précédente, compte tenu des pourcentages des nouveaux Etats membres visés ci-dessus.

Article 130

Les ressources propres ainsi que les contributions financières et, le cas échéant, les contributions visées à l'article 4 paragraphes 2, 3 et 4 de la décision du 21 avril 1970, ne sont dues par les nouveaux Etats membres qu'à concurrence de:

45,0 % en 1973
56,0 % en 1974
67,5 % en 1975
79,5 % en 1976
92,0 % en 1977.

Artikel 131

1. Die eigenen Mittel sowie gegebenenfalls die Beiträge nach Artikel 4 Absätze 2, 3 und 4 des Beschlusses vom 21. April 1970 sind ab 1. Januar 1978 von den neuen Mitgliedstaaten vorbehaltlich nachstehender Bestimmungen in vollem Umfang zu leisten:

- a) die Erhöhung des von jedem neuen Mitgliedstaat als eigene Mittel und Beiträge für 1978 zu erbringenden Anteils gegenüber dem für 1977 geschuldeten Anteil darf nicht mehr betragen als zwei Fünftel der Differenz zwischen dem als eigene Mittel und Beiträge für 1977 geschuldeten Anteil und dem Anteil, den jeder neue Mitgliedstaat im gleichen Jahr als eigene Mittel und Beiträge hätte einzahlen müssen, wenn dieser Anteil nach der Regelung berechnet worden wäre, die aufgrund des Beschlusses vom 21. April 1970 ab 1978 für die ursprünglichen Mitgliedstaaten gilt;
- b) für 1979 darf die Erhöhung des Anteils jedes neuen Mitgliedstaates gegenüber 1978 die Erhöhung des Jahres 1978 gegenüber 1977 nicht übersteigen.

2. Die Kommission stellt die für die Durchführung dieses Artikels erforderlichen Berechnungen an.

Artikel 132

Bis zum 31. Dezember 1979 wird der Teil des Haushalts der Gemeinschaften, der infolge der Anwendung der Artikel 130 und 131 ungedeckt bleibt, in den sich für die ursprünglichen Mitgliedstaaten aus der Aufteilung nach Artikel 129 ergebenden Betrag eingefügt. Dieser Gesamtbetrag wird nach den Vorschriften des Beschlusses vom 21. April 1970 auf die ursprünglichen Mitgliedstaaten umgelegt.

Titel VII

Sonstige Bestimmungen

Artikel 133

Die in der Liste des Anhangs VII aufgeführten Rechtsakte gelten für die neuen Mitgliedstaaten nach Maßgabe dieses Anhangs.

Artikel 134

1. Binnen fünf Jahren nach dem Beitritt prüft die Kommission mit den betreffenden Regierungen, ob die aufgrund geltender Rechts- und Verwaltungsvorschriften in den neuen Mitgliedstaaten bestehenden Maßnahmen, auf die, wenn sie nach dem Beitritt eingeführt worden wären, Artikel 67 des EGKS-Vertrags anwendbar wäre, im Vergleich zu den in den ursprünglichen Mitgliedstaaten geltenden Maßnahmen ernste Verzerrungen der Wettbewerbsbedingungen in der Kohle- und Stahlindustrie innerhalb des gemeinsamen Marktes oder auf den Ausfuhrmärkten verursachen könnten. Die Kommission kann nach Konsultierung des Rates den betreffenden Regierungen Maßnahmen vorschlagen, die sie zur Berichtigung dieser Maßnahmen oder zum Ausgleich ihrer Wirkungen für angebracht hält.

2. Bis zum 31. Dezember 1977 dürfen die von Unternehmen auf dem irischen Markt für Stahlverkäufe angewandten Preise, umgerechnet auf ihr Äquivalent an dem Ort, der für die Aufstellung ihrer Preistafel gewählt wurde, nur dann unter den Preisen ihrer Preistafel für

Article 131

1. From 1 January 1978, the Communities' own resources and, where appropriate, the financial contributions referred to in Article 4 (2), (3) and (4) of the Decision of 21 April 1970, shall be due from the new Member States, in full, subject to the following provisions:

- (a) The increase in the relative share to be paid by each new Member State under the head of the Communities' own resources and of the financial contributions for 1978 in comparison with the relative share due for 1977, shall not exceed two-fifths of the difference between the relative share due under the head of the Communities' own resources and of the financial contributions for 1977 and the relative share which each new Member State would have had to pay under the same head for the same year, if this relative share had been calculated in accordance with the arrangements laid down for the original Member States from 1978 by the Decision of 21 April 1970.
- (b) For 1979, the increase in the relative share of each new Member State in comparison with 1978 shall not exceed that for 1978 in comparison with 1977.

2. The Commission shall carry out the calculations necessary for the application of this Article.

Article 132

Until 31 December 1979, that part of the Communities' budget which is not covered as a result of applying Articles 130 and 131 shall be incorporated into the amount apportioned for the original Member States in accordance with Article 129. The total amount thus determined shall be apportioned among the original Member States in accordance with the Decision of 21 April 1970.

Title VII

Other Provisions

Article 133

The acts listed in Annex VII to this Act shall apply in respect of the new Member States under the conditions laid down in that Annex.

Article 134

1. During the five years following accession, the Commission will examine, with the Governments concerned, whether existing measures arising from provisions laid down by law, regulation or administrative action in force in the new Member States, which had they been introduced after accession would have fallen within the scope of Article 67 of the ECSC Treaty, could, by comparison with the measures in force in the original Member States, give rise to serious distortions in conditions of competition in the coal and steel industries whether within the common market or in export markets. The Commission may, after consulting the Council, propose to the Governments concerned any action which it considers appropriate to correct such measures or to offset their effects.

2. Until 31 December 1977, the prices charged by undertakings for sales of steel on the Irish market, reduced to their equivalent at the point chosen for their price list, may not be below the prices shown in the price list in question for comparable transactions, save when author-

Article 131

1. A partir du 1^{er} janvier 1978, les ressources propres ainsi que, le cas échéant, les contributions visées à l'article 4, paragraphes 2, 3 et 4 de la décision du 21 avril 1970, sont intégralement dues par les nouveaux Etats membres sous réserve des dispositions suivantes:

- a) l'augmentation de la part relative à verser par chaque nouvel Etat membre au titre des ressources propres et des contributions pour l'année 1978 par rapport à la part relative due pour 1977, ne doit pas dépasser les deux cinquièmes de la différence entre la part relative due au titre des ressources propres et des contributions pour l'année 1977 et la part relative que chaque nouvel Etat membre aurait dû verser au même titre, pour la même année, si cette part relative avait été calculée selon le régime prévu pour les Etats membres originaires à partir de 1978 par la décision du 21 avril 1970;
- b) pour l'année 1979, l'augmentation de la part relative de chaque nouvel Etat membre par rapport à 1978 ne doit pas dépasser celle de l'année 1978 par rapport à l'année 1977.

2. La Commission procède aux calculs nécessaires pour l'application du présent article.

Article 132

Jusqu'au 31 décembre 1979, la fraction du budget des Communautés qui resterait non couverte du fait de l'application des articles 130 et 131 est intégrée dans le montant résultant pour les Etats membres originaires de la répartition effectuée conformément à l'article 129. Le montant total ainsi obtenu est réparti entre les Etats membres originaires selon les dispositions de la décision du 21 avril 1970.

Titre VII

Autres dispositions

Article 133

Les actes figurant dans la liste en annexe VII du présent acte s'appliquent à l'égard des nouveaux Etats membres dans les conditions prévues dans cette annexe.

Article 134

1. La Commission examinera avec les gouvernements intéressés, dans les cinq ans qui suivent l'adhésion, si les mesures existantes, découlant de dispositions législatives, réglementaires ou administratives en vigueur dans les nouveaux Etats membres qui, si elles avaient été introduites après l'adhésion, auraient relevé de l'article 67 du traité CECA, pourraient, par comparaison avec les mesures en vigueur dans les Etats membres originaires, provoquer de sérieuses distortions des conditions de concurrence dans les industries du charbon et de l'acier, au sein du marché commun ou sur les marchés d'exportation. La Commission peut, après avoir consulté le Conseil, proposer aux gouvernements intéressés toute action qu'elle estime appropriée pour corriger ces mesures ou compenser leurs effets.

2. Jusqu'au 31 décembre 1977, les prix pratiqués par les entreprises pour les ventes d'acier sur le marché irlandais, ramenés à leur équivalent au départ du point choisi pour l'établissement de leur barème, ne peuvent être inférieurs aux prix prévus par ledit barème pour

vergleichbare Geschäfte liegen, wenn die Kommission dies im Einvernehmen mit der irischen Regierung genehmigt hat; Artikel 60 Absatz 2 Buchstabe b letzter Unterabsatz des EGKS-Vertrags bleibt unberührt.

3. Sollte die Geltungsdauer der Entscheidung Nr. 1/64 der Hohen Behörde vom 15. Januar 1964 über ein Verbot der Angleichung an Angebote von Stahlerzeugnissen und Roheisen aus Staatshandelsländern und Staatshandelsgebieten nach dem Beitritt verlängert werden, so gilt das Verbot bis zum 31. Dezember 1975 nicht für Erzeugnisse, die für den dänischen und den norwegischen Markt bestimmt sind.

Artikel 135

1. Bis zum 31. Dezember 1977 kann ein neuer Mitgliedstaat bei Schwierigkeiten, welche einen Wirtschaftszweig erheblich und voraussichtlich anhaltend treffen oder welche die wirtschaftliche Lage eines bestimmten Gebietes beträchtlich verschlechtern können, die Genehmigung zur Anwendung von Schutzmaßnahmen beantragen, um die Lage wieder auszugleichen oder den betreffenden Wirtschaftszweig an die Wirtschaft des Gemeinsamen Marktes anzupassen.

2. Auf Antrag des betreffenden Staates bestimmt die Kommission unverzüglich in einem Dringlichkeitsverfahren die ihres Erachtens erforderlichen Schutzmaßnahmen und legt gleichzeitig die Bedingungen und Einzelheiten ihrer Anwendung fest.

3. Die nach Absatz 2 genehmigten Maßnahmen können von den Vorschriften des EWG-Vertrags und dieser Akte abweichen, soweit und solange dies unbedingt erforderlich ist, um die in Absatz 1 genannten Ziele zu erreichen. Es sind mit Vorrang solche Maßnahmen zu wählen, die das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes am wenigsten stören.

4. Unter den gleichen Bedingungen und nach dem gleichen Verfahren kann ein ursprünglicher Mitgliedstaat die Genehmigung zur Anwendung von Schutzmaßnahmen gegenüber einem oder mehreren neuen Mitgliedstaaten beantragen.

Artikel 136

1. Stellt die Kommission bis zum 31. Dezember 1977 auf Antrag eines Mitgliedstaates oder eines anderen Betroffenen Dumping-Praktiken zwischen der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung und den neuen Mitgliedstaaten oder zwischen den neuen Mitgliedstaaten fest, so richtet sie Empfehlungen an den oder die Urheber, um diese Praktiken abzustellen.

Werden die Dumping-Praktiken trotzdem fortgesetzt, so ermächtigt die Kommission den geschädigten Mitgliedstaat oder die geschädigten Mitgliedstaaten, Schutzmaßnahmen zu treffen, deren Bedingungen und Einzelheiten sie festlegt.

2. Zur Anwendung dieses Artikels auf die in Anhang II des EWG-Vertrags aufgeführten Erzeugnisse prüft die Kommission alle Ursachen, insbesondere die Höhe der Preise, zu denen die Einfuhren anderer Herkunft auf den betreffenden Markt getätigt werden; sie berücksichtigt dabei die Bestimmungen des EWG-Vertrags über die Landwirtschaft, insbesondere Artikel 39.

Artikel 137

1. Abweichend von Artikel 136 kann Irland die in äußerst dringenden Fällen erforderlichen Maßnahmen

ization has been given by the Commission, in agreement with the Government of Ireland, without prejudice to the last subparagraph of Article 60 (2) (b) of the ECSC Treaty.

3. If Decision No 1/64 of the High Authority of 15 January 1964 prohibiting alignment on quotations for steel products and pig iron from State-trading countries or territories is extended after accession, that prohibition shall not apply until 31 December 1975 to products for the Danish and Norwegian markets.

Article 135

1. If, before 31 December 1977, difficulties arise which are serious and liable to persist in any sector of the economy or which could bring about serious deterioration in the economic situation of a given area, a new Member State may apply for authorization to take protective measures in order to rectify the situation and adjust the sector concerned to the economy of the common market.

2. On application by the State concerned, the Commission shall, by emergency procedure, determine without delay the protective measures which it considers necessary, specifying the circumstances and the manner in which they are to be put into effect.

3. The measures authorized under paragraph 2 may involve derogations from the rules of the EEC Treaty and of this Act to such an extent and for such periods as are strictly necessary in order to attain the objectives referred to in paragraph 1. Priority shall be given to such measures as will least disturb the functioning of the common market.

4. In the same circumstances and according to the same procedure, any original Member State may apply for authorization to take protective measures in regard to one or more new Member States.

Article 136

1. If, before 31 December 1977, the Commission, on application by a Member State or by any other interested party, finds that dumping is being practised between the Community as originally constituted and the new Member States or between the new Member States themselves, it shall address recommendations to the person or persons with whom such practices originate for the purpose of putting an end to them.

Should the practices continue, the Commission shall authorize the injured Member State or States to take protective measures, the conditions and details of which the Commission shall determine.

2. For the application of this Article to the products listed in Annex II to the EEC Treaty, the Commission shall evaluate all relevant factors, in particular the level of prices at which these products are imported into the market in question from elsewhere, account being taken of the provisions of the EEC Treaty relating to agriculture, in particular Article 39.

Article 137

1. Notwithstanding Article 136, Ireland may, until 31 December 1977, take the necessary measures in cases

des transactions comparables, sauf autorisation donnée par la Commission, en accord avec le gouvernement irlandais, sans préjudice des dispositions de l'article 60 paragraphe 2 b) dernier alinéa du traité CECA.

3. Dans le cas où la décision n° 1/64 de la Haute Autorité, du 15 janvier 1964, portant interdiction de l'alignement sur les offres de produits sidérurgiques et de fonte en provenance de pays ou territoires à commerce d'état, serait reconduite après l'adhésion, cette interdiction ne s'applique pas jusqu'au 31 décembre 1975 aux produits destinés aux marchés danois et norvégien.

Article 135

1. Jusqu'au 31 décembre 1977, en cas de difficultés graves et susceptibles de persister dans un secteur de l'activité économique ainsi que de difficultés pouvant se traduire par l'altération grave d'une situation économique régionale, un nouvel Etat membre peut demander à être autorisé à adopter des mesures de sauvegarde permettant de rééquilibrer la situation et d'adapter le secteur intéressé à l'économie du marché commun.

2. Sur demande de l'Etat intéressé, la Commission, par une procédure d'urgence, fixe sans délai les mesures de sauvegarde qu'elle estime nécessaires, en précisant les conditions et les modalités d'application.

3. Les mesures autorisées aux termes du paragraphe 2 peuvent comporter des dérogations aux règles du traité CEE et du présent acte, dans la mesure et pour les délais strictement nécessaires pour atteindre les buts visés au paragraphe 1. Par priorité devront être choisies les mesures qui apportent le moins de perturbation au fonctionnement du marché commun.

4. Dans les mêmes conditions et selon la même procédure, un Etat membre originaire peut demander à être autorisé à adopter des mesures de sauvegarde à l'égard d'un ou de plusieurs nouveaux Etats membres.

Article 136

1. Si, jusqu'au 31 décembre 1977, la Commission, sur demande d'un Etat membre ou de tout autre intéressé, constate des pratiques de dumping exercées entre la Communauté dans sa composition originaire et les nouveaux Etats membres ou entre les nouveaux Etats membres, elle adresse des recommandations à l'auteur ou aux auteurs de ces pratiques en vue d'y mettre fin.

Au cas où les pratiques de dumping continuent, la Commission autorise l'Etat membre ou les Etats membres lésés à prendre les mesures de protection dont elle définit les conditions et modalités.

2. Pour l'application du présent article aux produits énumérés à l'annexe II du traité CEE, la Commission apprécie toutes les causes, notamment le niveau des prix auxquels sont effectuées les importations d'autres provenances sur le marché considéré, en tenant compte des dispositions du traité CEE relatives à l'agriculture et en particulier de celle de l'article 39.

Article 137

1. Par dérogation à l'article 136, l'Irlande peut prendre, jusqu'au 31 décembre 1977, les mesures nécessaires en

bis zum 31. Dezember 1977 selbst treffen. Es teilt diese Maßnahmen sofort der Kommission mit, die ihre Aufhebung oder Änderung beschließen kann.

2. Diese Bestimmung gilt nicht für die Erzeugnisse des Anhangs II des EWG-Vertrags.

Artikel 138

Abweichend von Artikel 95 Absatz 2 des EWG-Vertrags kann Dänemark die besonderen Verbrauchsabgaben auf in Flaschen oder ähnlichen Behältnissen eingeführten Tafelwein bis zum 30. Juni 1974 beibehalten.

Fünfter Teil

Bestimmungen über die Durchführung dieser Akte

Titel I

Einsetzung der Organe

Artikel 139

1. Die Parlamente der neuen Mitgliedstaaten benennen unmittelbar nach dem Beitritt ihre Abgeordneten in der Versammlung.

2. Die Versammlung tritt binnen einem Monat nach dem Beitritt zusammen. Sie nimmt die infolge des Beitritts erforderlichen Anpassungen ihrer Geschäftsordnung vor.

Artikel 140

1. Vom Beitritt an wird der Vorsitz im Rat von dem Mitglied des Rates ausgeübt, das nach Artikel 2 des Vertrags zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften in seiner ursprünglichen Fassung den Vorsitz wahrzunehmen hat. Nach Ablauf dieser Amtszeit wird der Vorsitz in der Reihenfolge der Mitgliedstaaten wahrgenommen, die in Artikel 2 des genannten Vertrags in der durch Artikel 11 geänderten Fassung vorgesehen ist.

2. Der Rat nimmt die infolge des Beitritts erforderlichen Anpassungen seiner Geschäftsordnung vor.

Artikel 141

1. Der Präsident, die Vizepräsidenten und die Mitglieder der Kommission werden unmittelbar nach dem Beitritt ernannt. Die Kommission nimmt ihre Tätigkeit am fünften Tag nach der Ernennung ihrer Mitglieder auf. Die Amtszeit der zum Zeitpunkt des Beitritts im Amt befindlichen Mitglieder endet zur gleichen Zeit.

2. Die Kommission nimmt die infolge des Beitritts erforderlichen Anpassungen ihrer Geschäftsordnung vor.

Artikel 142

1. Der Gerichtshof wird unmittelbar nach dem Beitritt durch die Ernennung von vier Richtern ergänzt.

2. Die Amtszeit von zwei der nach Absatz 1 ernannten Richter endet am 6. Oktober 1976. Diese zwei Richter werden durch das Los bestimmt. Die Amtszeit der anderen zwei Richter endet am 6. Oktober 1979.

of extreme urgency. It shall forthwith notify such measures to the Commission, which may decide to abolish or modify them.

2. This provision shall not apply to the products in Annex II to the EEC Treaty.

Article 138

Notwithstanding the second paragraph of Article 95 of the EEC Treaty, Denmark may retain until 30 June 1974 the special excise duties on table wines imported in bottles or other similar containers.

Part Five

Provisions relating to the Implementation of this Act

Title I

Setting up of the Institutions

Article 139

1. The Parliaments of the new Member States shall, upon accession, designate their delegates to the Assembly.

2. The Assembly shall meet at the latest one month after accession. It shall make such adaptations to its rules of procedure as are made necessary by accession.

Article 140

1. Upon accession, the office of President of the Council shall be held by the member of the Council who would have held that office in accordance with the original text of Article 2 of the Treaty establishing a Single Council and a Single Commission of the European Communities. On expiry of his term of office, the office of President shall then be held in the order of Member States laid down in the Article referred to above as amended by Article 11.

2. The Council shall make such adaptations to its rules of procedure as are made necessary by accession.

Article 141

1. The President, the Vice-Presidents and the members of the Commission shall be appointed upon accession. The Commission shall take up its duties on the fifth day after its members have been appointed. The terms of office of the members in office at the time of accession shall terminate at the same time.

2. The Commission shall make such adaptations to its rules of procedure as are made necessary by accession.

Article 142

1. Upon accession, four additional judges shall be appointed to the Court of Justice.

2. The terms of office of two of the judges appointed in accordance with paragraph 1 shall expire on 6 October 1976. Those two judges shall be chosen by lot. The terms of office of the other two judges shall expire on 6 October 1979.

cas d'extrême urgence. Elle notifie immédiatement ces mesures à la Commission qui peut décider de les supprimer ou de les modifier.

2. Cette disposition n'est pas applicable aux produits de l'annexe II du traité CEE.

Article 138

Par dérogation à l'article 95 deuxième alinéa du traité CEE, le Danemark peut maintenir jusqu'au 30 juin 1974 les droits d'accise particuliers sur les vins de table importés en bouteilles ou dans d'autres récipients analogues.

Cinquième partie

Dispositions relatives à la mise en application du présent acte

Titre I

Mise en place des institutions

Article 139

1. Les Parlements des nouveaux Etats membres sont appelés à désigner, dès l'adhésion, leurs délégués à l'Assemblée.

2. L'Assemblée se réunit au plus tard un mois après l'adhésion. Elle apporte à son règlement intérieur les adaptations rendues nécessaires par l'adhésion.

Article 140

1. Dès l'adhésion, la présidence du Conseil est exercée par le membre du Conseil qui, conformément à l'article 2 du traité instituant un Conseil unique et une Commission unique des Communautés européennes dans son texte original, doit assurer la présidence. A l'expiration de ce mandat, la présidence est assurée à la suite dans l'ordre des Etats membres fixé par l'article visé ci-dessus, modifié par l'article 11.

2. Le Conseil apporte à son règlement intérieur les adaptations rendues nécessaires par l'adhésion.

Article 141

1. Le président, les vice-présidents et les membres de la Commission sont nommés dès l'adhésion. La Commission entre en fonctions le cinquième jour suivant celui de la nomination de ses membres. Le mandat des membres qui sont en fonctions au moment de l'adhésion prend fin simultanément.

2. La Commission apporte à son règlement intérieur les adaptations rendues nécessaires par l'adhésion.

Article 142

1. Dès l'adhésion, la Cour de justice est complétée par la nomination de quatre juges.

2. Le mandat de deux des juges nommés conformément au paragraphe 1 expire le 6 octobre 1976. Ces deux juges sont désignés par le sort. Le mandat des deux autres juges expire le 6 octobre 1979.

3. Unmittelbar nach dem Beitritt wird ein dritter Generalanwalt ernannt. Seine Amtszeit endet am 6. Oktober 1979.

4. Der Gerichtshof nimmt die infolge des Beitritts erforderlichen Anpassungen seiner Verfahrensordnung vor. Die angepaßte Verfahrensordnung bedarf der einstimmigen Genehmigung des Rates.

5. Bei der Entscheidung der am 1. Januar 1973 anhängigen Rechtssachen, in denen das mündliche Verfahren vor diesem Zeitpunkt eröffnet wurde, tagen der Gerichtshof bei Vollsitzungen und die Kammern in der Zusammensetzung, die sie vor dem Beitritt hatten; sie wenden dabei die am 31. Dezember 1972 geltende Verfahrensordnung an.

Artikel 143

Der Wirtschafts- und Sozialausschuß wird unmittelbar nach dem Beitritt durch die Ernennung von einundfünfzig Mitgliedern, welche die verschiedenen Gruppen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens der neuen Mitgliedstaaten vertreten, ergänzt. Die Amtszeit dieser Mitglieder endet zur gleichen Zeit wie die Amtszeit der zum Zeitpunkt des Beitritts im Amt befindlichen Mitglieder.

Artikel 144

Der Beratende Ausschuß der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl wird unmittelbar nach dem Beitritt durch die Ernennung weiterer Mitglieder ergänzt. Die Amtszeit dieser Mitglieder endet zur gleichen Zeit wie die Amtszeit der zum Zeitpunkt des Beitritts im Amt befindlichen Mitglieder.

Artikel 145

Die Mitglieder des Ausschusses für Wissenschaft und Technik werden unmittelbar nach dem Beitritt gemäß dem in Artikel 134 des EAG-Vertrags vorgesehenen Verfahren ernannt. Der Ausschuß nimmt seine Tätigkeit am fünften Tag nach der Ernennung seiner Mitglieder auf. Die Amtszeit der zum Zeitpunkt des Beitritts im Amt befindlichen Mitglieder endet zur gleichen Zeit.

Artikel 146

Der Währungsausschuß wird unmittelbar nach dem Beitritt durch die Ernennung der Mitglieder ergänzt, welche die neuen Mitgliedstaaten vertreten. Die Amtszeit dieser Mitglieder endet zur gleichen Zeit wie die Amtszeit der zum Zeitpunkt des Beitritts im Amt befindlichen Mitglieder.

Artikel 147

Die infolge des Beitritts erforderlichen Anpassungen der Satzungen und Geschäftsordnungen der durch die ursprünglichen Verträge eingesetzten Ausschüsse werden so bald wie möglich nach dem Beitritt vorgenommen.

Artikel 148

1. Die Amtszeit der neuen Mitglieder der in Anhang VIII genannten Ausschüsse endet zur gleichen Zeit wie die Amtszeit der zum Zeitpunkt des Beitritts im Amt befindlichen Mitglieder.

2. Die in Anhang IX genannten Ausschüsse werden mit dem Beitritt vollständig neu besetzt.

3. Upon accession, a third Advocate-General shall be appointed. His term of office shall expire on 6 October 1979.

4. The Court shall make such adaptations to its rules of procedure as are made necessary by accession. The rules of procedure as adapted shall require the unanimous approval of the Council.

5. In order to give judgment in cases pending before the Court on 1 January 1973 in respect of which oral proceedings have started before that date, the full Court and the Chambers shall be composed as before accession and shall apply the rules of procedure in force on 31 December 1972.

Article 143

Upon accession, the Economic and Social Committee shall be enlarged by the appointment of fifty-one members representing the various categories of economic and social activity in the new Member States. The terms of office of the members thus appointed shall expire at the same time as those of the members in office at the time of accession.

Article 144

Upon accession, the Consultative Committee of the European Coal and Steel Community shall be enlarged by the appointment of additional members. The terms of office of the members thus appointed shall expire at the same time as those of the members in office at the time of accession.

Article 145

Upon accession, the members of the Scientific and Technical Committee shall be appointed in accordance with the procedure laid down in Article 134 of the Euratom Treaty. The Committee shall take up its duties on the fifth day after its members have been appointed. The terms of office of the members in office at the time of accession shall expire at that time.

Article 146

Upon accession, the Monetary Committee shall be enlarged by the appointment of members representing the new Member States. Their terms of office shall expire at the same time as those of the members in office at the time of accession.

Article 147

Adaptations to the Rules of the Committees established by the original Treaties and to their rules of procedure, necessitated by accession, shall be made as soon as possible after accession.

Article 148

1. The terms of office of the new members of the Committees listed in Annex VIII shall expire at the same time as those of the members in office at the time of accession.

2. Upon accession, the membership of the Committees listed in Annex IX shall be completely renewed.

3. Dès l'adhésion, un troisième avocat général est nommé. Son mandat expire le 6 octobre 1979.

4. La Cour apporte à son règlement de procédure les adaptations rendues nécessaires par l'adhésion. Le règlement de procédure ainsi adapté est soumis à l'approbation unanime du Conseil.

5. Pour le jugement des affaires en instance devant la Cour le 1^{er} janvier 1973 pour lesquelles la procédure orale a été ouverte avant cette date, la Cour en séance plénière ou les Chambres siègent dans la composition qu'elles avaient avant l'adhésion et appliquent le règlement de procédure tel qu'il était en vigueur le 31 décembre 1972.

Article 143

Dès l'adhésion, le Comité économique et social est complété par la nomination de cinquante et un membres représentant les différentes catégories de la vie économique et sociale des nouveaux Etats membres. Le mandat des membres ainsi nommés expire en même temps que celui des membres qui sont en fonctions au moment de l'adhésion.

Article 144

Dès l'adhésion, le Comité consultatif de la Communauté européenne du charbon et de l'acier est complété par la nomination de membres supplémentaires. Le mandat des membres ainsi nommés expire en même temps que celui des membres qui sont en fonctions au moment de l'adhésion.

Article 145

Les membres du Comité scientifique et technique sont nommés, dès l'adhésion, selon la procédure prévue à l'article 134 du traité CEEA. Le Comité entre en fonctions le cinquième jour suivant celui de la nomination de ses membres. Le mandat des membres qui sont en fonctions au moment de l'adhésion prend fin simultanément.

Article 146

Dès l'adhésion, le Comité monétaire est complété par la nomination des membres représentant les nouveaux Etats membres. Leur mandat expire en même temps que celui des membres qui sont en fonctions au moment de l'adhésion.

Article 147

Les adaptations des statuts et des règlements intérieurs des comités institués par les traités originaires, rendues nécessaires par l'adhésion, sont effectuées dès que possible après l'adhésion.

Article 148

1. Pour les comités énumérés à l'annexe VIII, le mandat des nouveaux membres expire en même temps que celui des membres qui sont en fonctions au moment de l'adhésion.

2. Les comités énumérés à l'annexe IX sont intégralement renouvelés lors de l'adhésion.

Titel II

Anwendbarkeit der Rechtsakte der Organe

Artikel 149

Die Richtlinien und Entscheidungen im Sinne des Artikels 189 des EWG-Vertrags und des Artikels 161 des EAG-Vertrags sowie die Empfehlungen und Entscheidungen im Sinne des Artikels 14 des EGKS-Vertrags gelten vom Zeitpunkt des Beitritts an als an die neuen Mitgliedstaaten gerichtet und diesen notifiziert, soweit diese Richtlinien, Empfehlungen und Entscheidungen allen ursprünglichen Mitgliedstaaten notifiziert wurden.

Artikel 150

Die Anwendung der in der Liste des Anhangs X aufgeführten Rechtsakte wird in den neuen Mitgliedstaaten bis zu den in dieser Liste vorgesehenen Zeitpunkten aufgeschoben.

Artikel 151

1. Bis zum 1. Februar 1973 wird aufgeschoben

- a) die Anwendung der Gemeinschaftsregelung für die Erzeugung und Vermarktung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und für den Handel mit bestimmten, unter eine Sonderregelung fallenden landwirtschaftlichen Verarbeitungserzeugnissen auf die neuen Mitgliedstaaten;
- b) die Anwendung der durch diese Akte vorgenommenen Änderungen dieser Regelung, einschließlich der sich aus Artikel 153 ergebenden Änderungen, auf die Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung.

2. Absatz 1 findet auf die in Teil II Buchstabe A des Anhangs I zu Artikel 29 aufgeführten Anpassungen keine Anwendung.

3. Bis zum 31. Januar 1973 ist die vor dem Beitritt angewandte Regelung im Handel zwischen einem neuen Mitgliedstaat einerseits und der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung, den anderen neuen Mitgliedstaaten oder dritten Ländern andererseits anwendbar.

Artikel 152

Sofern in der Liste des Anhangs XI oder in anderen Bestimmungen dieser Akte nicht eine Frist vorgesehen ist, setzen die neuen Mitgliedstaaten die erforderlichen Maßnahmen in Kraft, um den Richtlinien und Entscheidungen im Sinne des Artikels 189 des EWG-Vertrags und des Artikels 161 des EAG-Vertrags sowie den Empfehlungen und Entscheidungen im Sinne des Artikels 14 des EGKS-Vertrags vom Beitritt an nachzukommen.

Artikel 153

1. Die nicht in dieser Akte oder ihren Anhängen enthaltenen Anpassungen der Rechtsakte der Organe der Gemeinschaften, die von den Organen vor dem Beitritt nach dem in Absatz 2 vorgesehenen Verfahren vorgenommen wurden, um die Rechtsakte mit den Bestimmungen dieser Akte, insbesondere im Vierten Teil, in Einklang zu bringen, treten mit dem Beitritt in Kraft.

Title II
Applicability of the Acts
of the Institutions

Article 149

From accession, the new Member States shall be considered as being addressees of and as having received notification of directives and decisions within the meaning of Article 189 of the EEC Treaty and of Article 161 of the Euratom Treaty, and of recommendations and decisions within the meaning of Article 14 of the ECSC Treaty, provided that those directives, recommendations and decisions have been notified to all the original Member States.

Article 150

The application in each new Member State of the acts listed in Annex X to this Act shall be deferred until the dates specified in that list.

Article 151

1. The following shall be deferred until 1 February 1973:

- (a) the application to the new Member States of the Community rules established for production of and trade in agricultural products and for trade in certain goods processed from agricultural products which are the subject of special arrangements;
- (b) the application to the Community as originally constituted of the amendments made to these rules by this Act, including those arising from Article 153.

2. Paragraph 1 shall not apply to the adaptations referred to in Part II, point A, of Annex I, referred to in Article 29 of this Act.

3. Until 31 January 1973, the arrangements applicable to trade between, on the one hand, a new Member State and, on the other hand, the Community as originally constituted, the other new Member States or third countries shall be those applied before accession.

Article 152

The new Member States shall put into effect the measures necessary for them to comply from the date of accession with the provisions of directives and decisions within the meaning of Article 189 of the EEC Treaty and of Article 161 of the Euratom Treaty, and with recommendations and decisions within the meaning of Article 14 of the ECSC Treaty, unless a time limit is provided for in the list in Annex XI or in any other provisions of this Act.

Article 153

1. Adaptations to the acts of the institutions of the Communities not included in this Act or its Annexes, made by the institutions before accession in accordance with the procedure in paragraph 2 to bring those acts into line with the provisions of this Act, in particular those of Part Four, shall enter into force on accession.

Titre II
Applicabilité des actes des institutions

Article 149

Dès l'adhésion, les nouveaux Etats membres sont considérés comme étant destinataires et ayant reçu notification des directives et des décisions, au sens de l'article 189 du traité CEE et de l'article 161 du traité CEEA, ainsi que des recommandations et des décisions au sens de l'article 14 du traité CECA, pour autant que ces directives, recommandations et décisions aient été notifiées à tous les Etats membres originaires.

Article 150

L'application dans chaque nouvel Etat membre des actes figurant dans la liste en annexe X du présent acte est différée jusqu'aux dates prévues dans cette liste.

Article 151

1. Sont différées jusqu'au 1^{er} février 1973:

- a) l'application aux nouveaux Etats membres de la réglementation communautaire instaurée pour la production et le commerce des produits agricoles et pour les échanges de certaines marchandises résultant de la transformation de produits agricoles faisant l'objet d'un régime spécial;
- b) l'application à la Communauté dans sa composition originaires des modifications apportées à cette réglementation par le présent acte, y compris celles résultant de l'article 153.

2. Les dispositions du paragraphe 1 ne s'appliquent pas aux adaptations visées à la partie II point A de l'annexe I, visée à l'article 29 du présent acte.

3. Jusqu'au 31 janvier 1973, le régime applicable aux échanges entre un nouvel Etat membre, d'une part, et la Communauté dans sa composition originaires, les autres nouveaux Etats membres ou les pays tiers, d'autre part, est celui qui était d'application avant l'adhésion.

Article 152

Les nouveaux Etats membres mettent en vigueur les mesures qui leur sont nécessaires pour se conformer dès l'adhésion aux dispositions des directives et des décisions, au sens de l'article 189 du traité CEE et de l'article 161 du traité CEEA, ainsi que des recommandations et des décisions au sens de l'article 14 du traité CECA, à moins qu'un délai ne soit prévu dans la liste figurant à l'annexe XI ou dans d'autres dispositions du présent acte.

Article 153

1. Les adaptations des actes des institutions des Communautés non contenues dans le présent acte ou ses annexes et effectuées par les institutions, avant l'adhésion, selon la procédure prévue au paragraphe 2, pour mettre ces actes en concordance avec les dispositions du présent acte, notamment celles figurant dans sa quatrième partie, entrent en vigueur dès l'adhésion.

2. Der Rat oder die Kommission, je nachdem, welches Organ die ursprünglichen Rechtsakte erlassen hat, legt zu diesem Zweck die erforderlichen Texte fest; der Rat beschließt dabei mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission.

Artikel 154

Abweichend von Artikel 3 Absatz 3 finden die im Rahmen der Anwendung der Artikel 92 bis 94 des EWG-Vertrags ausgearbeiteten und in der Mitteilung der Kommission vom 23. Juni 1971 sowie in der Entschließung der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 20. Oktober 1971 enthaltenen Grundsätze betreffend die allgemeinen Beihilferegulungen mit regionaler Zielsetzung spätestens ab 1. Juli 1973 auf die neuen Mitgliedstaaten Anwendung.

Diese Texte werden ergänzt, um der neuen Situation in der Gemeinschaft nach dem Beitritt Rechnung zu tragen, damit sich alle Mitgliedstaaten in bezug auf diese Texte in derselben Lage befinden.

Artikel 155

Die vor dem Beitritt erlassenen Rechtsakte der Organe der Gemeinschaften in den vom Rat oder von der Kommission in dänischer, englischer und norwegischer Sprache abgefaßten Wortlauten sind vom Beitritt an unter den gleichen Bedingungen wie die Wortlaute in den vier ursprünglichen Sprachen verbindlich. Sie werden im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht, soweit die Wortlaute in den ursprünglichen Sprachen dort veröffentlicht worden sind.

Artikel 156

Die zum Zeitpunkt des Beitritts bestehenden Vereinbarungen, Beschlüsse und verabredeten Praktiken, die aufgrund des Beitritts in den Anwendungsbereich des Artikels 65 des EGKS-Vertrags fallen, sind der Kommission binnen drei Monaten nach dem Beitritt mitzuteilen. Nur die mitgeteilten Vereinbarungen und Beschlüsse bleiben bis zur Entscheidung der Kommission vorläufig wirksam.

Artikel 157

Die neuen Mitgliedstaaten teilen der Kommission nach Artikel 33 des EAG-Vertrags binnen drei Monaten nach dem Beitritt die Rechts- und Verwaltungsvorschriften mit, die in ihrem Hoheitsgebiet den Gesundheitsschutz der Bevölkerung und der Arbeitskräfte gegen die Gefahren ionisierender Strahlungen sicherstellen sollen.

Titel III

Schlußbestimmungen

Artikel 158

Die beigefügten Anhänge I bis XI, die Protokolle Nrn. 1 bis 30 und der beigefügte Briefwechsel betreffend Währungsfragen sind Bestandteil dieser Akte.

Artikel 159

Die Regierung der Französischen Republik übermittelt den Regierungen des Königreichs Dänemark, Irlands, des Königreichs Norwegen und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland je eine beglaubigte Abschrift des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Verträge, durch die er geändert wurde.

2. The Council, acting by a qualified majority on a proposal from the Commission, or the Commission, according to which of these two institutions adopted the original act, shall to this end draw up the necessary texts.

Article 154

Notwithstanding Article 3 (3), the principles concerning the general arrangements for regional aid, elaborated within the framework of the application of Articles 92 to 94 of the EEC Treaty and contained in the communication of the Commission of 23 June 1971 and also in the resolution of the Representatives of the Governments of the Member States, meeting in Council, of 20 October 1971, shall apply to the new Member States on 1 July 1973 at the latest.

These texts will be supplemented to take account of the new situation of the Community after accession, so that all the Member States are in the same situation in regard to them.

Article 155

The texts of the acts of the institutions of the Communities adopted before accession and drawn up by the Council or the Commission in the Danish, English and Norwegian languages shall, from the date of accession, be authentic under the same conditions as the texts drawn up in the four original languages. They shall be published in the Official Journal of the European Communities if the texts in the original languages were so published.

Article 156

Agreements, decisions and concerted practices in existence at the time of accession which come within the scope of Article 65 of the ECSC Treaty by reason of accession must be notified to the Commission within three months of accession. Only agreements and decisions which have been notified shall remain provisionally in force until a decision has been taken by the Commission.

Article 157

Provisions laid down by law, regulation or administrative action designed to ensure the protection of the health of the workers and the general public in the territories of the new Member States against the dangers arising from ionizing radiations shall, in accordance with Article 33 of the Euratom Treaty, be communicated by those States to the Commission within three months of accession.

Title III

Final Provisions

Article 158

Annexes I to XI, Protocols Nos 1 to 30 and the Exchange of Letters on Monetary Questions, which are attached to this Act, shall form an integral part thereof.

Article 159

The Government of the French Republic shall transmit a certified copy of the Treaty establishing the European Coal and Steel Community and the Treaties amending that Treaty to the Governments of the Kingdom of Denmark, Ireland, the Kingdom of Norway and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland.

2. Le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission, ou la Commission, selon que les actes initiaux ont été adoptés par l'une ou l'autre de ces deux institutions, établit à cette fin les textes nécessaires.

Article 154

Par dérogation à l'article 3 paragraphe 3, les principes concernant les régimes généraux d'aides à finalité régionale, élaborés dans le cadre de l'application des articles 92 à 94 du traité CEE, et contenus dans la communication de la Commission du 23 juin 1971 ainsi que dans la résolution des représentants des gouvernements des Etats membres, réunis au sein du Conseil, du 20 octobre 1971 s'appliquent aux nouveaux Etats membres au plus tard le 1^{er} juillet 1973.

Ces textes seront complétés pour tenir compte de la nouvelle situation de la Communauté après l'adhésion, afin que tous les Etats membres se trouvent dans la même situation à leur égard.

Article 155

Les textes des actes des institutions des Communautés adoptés avant l'adhésion et qui ont été établis par le Conseil ou la Commission en langue anglaise, en langue danoise et en langue norvégienne font foi, dès l'adhésion, dans les mêmes conditions que les textes établis dans les quatre langues originaires. Ils sont publiés dans le Journal officiel des Communautés européennes dans les cas où les textes dans les langues originaires ont fait l'objet d'une telle publication.

Article 156

Les accords, décisions et pratiques concertées existant au moment de l'adhésion et qui entrent dans le champ d'application de l'article 65 du traité CECA du fait de l'adhésion, doivent être notifiés à la Commission dans un délai qui ne peut pas dépasser trois mois après l'adhésion. Seuls les accords et décisions notifiés restent provisoirement en vigueur jusqu'à la décision de la Commission.

Article 157

Les dispositions législatives, réglementaires et administratives destinées à assurer, sur le territoire des nouveaux Etats membres, la protection sanitaire des populations et des travailleurs contre les dangers résultant des radiations ionisantes sont, conformément à l'article 33 du traité CEEA, communiquées par ces Etats à la Commission, dans un délai de trois mois à compter de l'adhésion.

Titre III

Dispositions finales

Article 158

Les annexes I à XI, les protocoles n° 1 à 30 et l'échange de lettres concernant les questions monétaires joints au présent acte en font partie intégrante.

Article 159

Le gouvernement de la République française remet aux gouvernements du Royaume de Danemark, de l'Irlande, du Royaume de Norvège et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, une copie certifiée conforme du traité instituant la Communauté européenne du charbon et de l'acier et des traités qui l'ont modifié.

Artikel 160

Die Regierung der Italienischen Republik übermittelt den Regierungen des Königreichs Dänemark, Irlands, des Königreichs Norwegen und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland je eine beglaubigte Abschrift des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft und der Verträge, durch die sie geändert oder ergänzt wurden, in deutscher, französischer, italienischer und niederländischer Sprache.

Die in dänischer, englischer, irischer und norwegischer Sprache abgefaßten Texte des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft sowie der Verträge, durch die sie geändert oder ergänzt wurden, sind dieser Akte beigelegt. Diese Texte sind gleichermaßen verbindlich wie die ursprünglichen Texte der genannten Verträge.

Artikel 161

Eine beglaubigte Abschrift der im Archiv des Generalsekretariats des Rates der Europäischen Gemeinschaften hinterlegten internationalen Übereinkünfte wird den Regierungen der neuen Mitgliedstaaten vom Generalsekretär übermittelt.

Article 160

The Government of the Italian Republic shall transmit a certified copy of the Treaty establishing the European Economic Community, the Treaty establishing the European Atomic Energy Community and the Treaties amending or supplementing them in the Dutch, French, German and Italian languages to the Governments of the Kingdom of Denmark, Ireland, the Kingdom of Norway and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland.

The texts of the Treaty establishing the European Economic Community and the Treaty establishing the European Atomic Energy Community, and the Treaties amending or supplementing them, drawn up in the Danish, English, Irish and Norwegian languages, shall be annexed to this Act. These texts shall be authentic under the same conditions as the original texts of the Treaties referred to above.

Article 161

A certified copy of the international agreements deposited in the archives of the Secretariat of the Council of the European Communities shall be transmitted to the Governments of the new Member States by the Secretary-General.

Article 160

Le gouvernement de la République italienne remet aux gouvernements du Royaume de Danemark, de l'Irlande, du Royaume de Norvège et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, une copie certifiée conforme du traité instituant la Communauté économique européenne, du traité instituant la Communauté européenne de l'énergie atomique et des traités qui les ont modifiés ou complétés en langue allemande, en langue française, en langue italienne et en langue néerlandaise.

Les textes du traité instituant la Communauté économique européenne et du traité instituant la Communauté européenne de l'énergie atomique ainsi que des traités qui les ont modifiés ou complétés, établis en langue anglaise, en langue danoise, en langue irlandaise et en langue norvégienne sont annexés au présent acte. Ces textes font foi dans les mêmes conditions que les textes originaux des traités visés ci-dessus.

Article 161

Une copie certifiée conforme des accords internationaux déposés dans les archives du secrétariat général du Conseil des Communautés européennes est remise aux gouvernements des nouveaux Etats membres par les soins du secrétaire général.



Anhang I

Liste zu Artikel 29 der Beitrittsakte

I. Zollrecht

1. **Verordnung (EWG) Nr. 802/68** des Rates vom 27. Juni 1968

ABl. Nr. L 148/1 vom 28. Juni 1968

In Artikel 14 Absatz 2 wird das Wort „zwölf“ durch das Wort „dreiundvierzig“ ersetzt.

2. **Verordnung (EWG) Nr. 803/68** des Rates vom 27. Juni 1968

ABl. Nr. L 148/6 vom 28. Juni 1968

Artikel 6 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„2. Für Waren, die nach dem Verbringen in das Gebiet eines Mitgliedstaates durch das Gebiet eines dritten Landes oder auf dem Seeweg nach Beförderung durch das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates zum Bestimmungsort in einem anderen Mitgliedstaat befördert werden, wird der maßgebende Ort des Verbringens in die Gemeinschaft nach dem Verfahren des Artikels 17 festgesetzt.“

Artikel 6 Absatz 3 Unterabsatz 1 erhält folgende Fassung:

„3. Für Waren, die nach dem Verbringen in das Zollgebiet der Gemeinschaft unmittelbar zwischen einem der französischen überseeischen Departements oder Grönland und einem anderen Teil des Zollgebiets der Gemeinschaft befördert werden, ist Ort des Verbringens der in den Absätzen 1 und 2 vorgesehene Ort in dem Teil des Zollgebiets der Gemeinschaft, aus dem die Waren herkommen, sofern sie dort entladen oder umgeladen worden sind und dies von der Zollstelle bescheinigt ist.“

In Artikel 17 Absatz 2 wird das Wort „zwölf“ durch das Wort „dreiundvierzig“ ersetzt.

3. **Verordnung (EWG) Nr. 950/68** des Rates vom 28. Juni 1968

ABl. Nr. L 172/1 vom 22. Juli 1968

Buchstabe C Nummer 3 des Titels I des Teils I des Anhangs erhält folgende Fassung:

„Die Rechnungseinheit (RE), die bei bestimmten spezifischen Zollsätzen verwendet wird oder die als Merkmal zur Abgrenzung bestimmter Tarifnummern oder Tarifstellen dient, hat einen Wert von 0,88867088 g Feingold. Für die Umrechnung in belgische Franken, dänische Kronen, Deutsche Mark, französische Franken, irische Pfund, italienische Lire, luxemburgische Franken, niederländische Gulden, norwegische Kronen oder Pfund Sterling gilt der Kurs, welcher der Währungsparität entspricht, die beim Internationalen Währungsfonds angemeldet und von diesem anerkannt worden ist.“

4. **Verordnung (EWG) Nr. 1496/68** des Rates vom 27. September 1968

ABl. Nr. L 238/1 vom 28. September 1968

Artikel 1 erhält folgende Fassung:

„Das Zollgebiet der Gemeinschaft umfaßt die folgenden Gebiete:

- das Gebiet des Königreichs Belgien;
- das Gebiet des Königreichs Dänemark mit Ausnahme der Färöer;

— die deutschen Gebiete, in denen der Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gilt, mit Ausnahme der Insel Helgoland sowie des Gebietes von Büsingen (Vertrag vom 23. November 1964 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft);

— das Gebiet der Französischen Republik mit Ausnahme der überseeischen Gebiete;

— das Gebiet Irlands;

— das Gebiet der Italienischen Republik mit Ausnahme der Gemeinden Livigno und Campione d'Italia sowie des zum italienischen Hoheitsgebiet gehörenden Teils des Luganer Sees zwischen dem Ufer und der politischen Grenze der zwischen Ponte Tresa und Porto Ceresio gelegenen Zone;

— das Gebiet des Großherzogtums Luxemburg;

— das Gebiet des Königreichs der Niederlande in Europa;

— Das Gebiet des Königreichs Norwegen mit Ausnahme der Inseln — außer Jan Mayen —, die sich nicht in dem Gebiet zwischen seiner Festlandküste und der Grenze seiner Hoheitsgewässer befinden;

— das Gebiet des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland sowie die Kanalinseln und die Insel Man.“

5. **Verordnung (EWG) Nr. 1769/68** der Kommission vom 6. November 1968

ABl. Nr. L 285/1 vom 25. November 1968

In der Anlage erhält Nummer 3 Absatz 1 der Vorbemerkungen folgende Fassung:

„Für die französischen überseeischen Departements (Guadeloupe, Guayana, Martinique, Réunion) sowie Grönland, deren Flughäfen die Liste nicht enthält, sind die nachstehenden Vorschriften anzuwenden:

a) Werden Waren aus Drittländern direkt in diese Gebiete befördert, so sind die gesamten Kosten der Beförderung auf dem Luftweg bis zu diesen Flughäfen in den Zollwert einzubeziehen.

b) Werden Waren aus Drittländern in den europäischen Teil der Gemeinschaft befördert und in einem dieser Gebiete entladen oder umgeladen, so sind die Kosten der Beförderung auf dem Luftweg in den Zollwert einzubeziehen, die entstanden wären, wenn die Waren nur bis zum Ent- oder Umladehafen befördert worden wären.

c) Werden Waren aus Drittländern in diese Gebiete befördert und auf einem Flughafen in dem europäischen Teil der Gemeinschaft entladen oder umgeladen, so sind die Kosten der Beförderung auf dem Luftweg in den Zollwert einzubeziehen, die sich unter Anwendung der Prozentsätze der nachstehenden Liste auf die Kosten ergeben, die für die Beförderung der Waren vom Abflughafen bis zu dem Flughafen, auf dem die Waren entladen oder umgeladen werden, entstanden wären.“

6. **Verordnung (EWG) Nr. 97/69** des Rates vom 16. Januar 1969

ABl. Nr. L 14/1 vom 21. Januar 1969

In Artikel 3 Absatz 2 wird das Wort „zwölf“ durch das Wort „dreiundvierzig“ ersetzt.

7. Verordnung (EWG) Nr. 542/69 des Rates vom 18. März 1969

ABl. Nr. L 77/1 vom 29. März 1969

Artikel 11 Buchstabe d erhält folgende Fassung:

„d) die „Grenzübergangsstelle“:

- die Eingangszollstelle, die in einem Mitgliedstaat liegt, der nicht der Abgangsmitgliedstaat ist,
- sowie die Ausgangszollstelle aus der Gemeinschaft, wenn im Verlauf eines gemeinschaftlichen Versandverfahrens die Sendung das Gebiet der Gemeinschaft über eine Grenze zwischen einem Mitgliedstaat und einem Drittland verläßt“.

Artikel 11 Buchstabe g erhält folgende Fassung:

„g) die „Binnengrenze“:

die gemeinsame Grenze zweier Mitgliedstaaten.

Die Waren, die in einem Seehafen eines Mitgliedstaates verladen und in einem Seehafen eines anderen Mitgliedstaates entladen werden, werden als Waren, die eine Binnengrenze überschreiten, betrachtet, sofern die Verschiffung mit einem einzigen Frachtbrief erfolgt.

Die Waren, die aus Drittländern auf dem Seeweg eintreffen und in einem Seehafen eines Mitgliedstaates umgeladen werden, um in einem Seehafen eines anderen Mitgliedstaates entladen zu werden, gelten nicht als Waren, die eine Binnengrenze überschreiten.“

An Artikel 41 Absatz 2 wird folgender Absatz angefügt:

„3. Absatz 1 gilt ebenfalls für die Waren, die eine Binnengrenze gemäß Artikel 11 Buchstabe g Absatz 2 überschreiten.“

Artikel 44 erhält folgende Fassung:

1. Abweichend von Artikel 4 kann auf Waren, die während der Beförderung eine Binnengrenze im Sinne des Artikels 11 Buchstabe g Absatz 2 überschreiten, das gemeinschaftliche Versandverfahren nicht angewandt werden, bevor sie die genannte Grenze überschreiten.
2. Absatz 1 gilt nicht,
 - wenn die Waren gemeinschaftlichen Maßnahmen zur Überwachung ihrer Verwendung oder ihrer Bestimmung unterliegen oder
 - wenn die Beförderung in einem anderen Mitgliedstaat als demjenigen, in dem der Entladehafen gelegen ist, endet, sofern die Weiterbeförderung von diesem Hafen nicht in Anwendung von Artikel 7 Absatz 2 Unterabsatz 2 aufgrund des Rheinmanifestes erfolgen soll.
3. Bei Waren, die vor dem Überschreiten der Binnengrenze dem gemeinschaftlichen Versandverfahren unterstellt worden sind, wird die Wirkung dieses Verfahrens während der Beförderung im Seeweg ausgesetzt.
4. Für die Beförderung im Seeverkehr ist keine Sicherheit zu leisten.“

In Artikel 47 werden nach den Worten „... aufgrund von Artikel 44“ die folgenden Worte gestrichen: „Absatz 1 Unterabsatz 2“.

In Artikel 58 Absatz 2 wird das Wort „zwölf“ durch das Wort „dreiundvierzig“ ersetzt.

In Anhang A wird der Kopf jedes Formblatts durch die Zeichen „EC“ und „EF“ ergänzt.

In Anhang B wird der Kopf jedes Formblatts durch die Zeichen „EC“ und „EF“ ergänzt.

In Anhang C wird der Kopf jedes Formblatts durch die Zeichen „EC“ und „EF“ ergänzt.

In Anhang D wird der Kopf jedes Formblatts durch die Zeichen „EC“ und „EF“ ergänzt.

In Anhang E wird der Kopf jedes Formblatts durch die Zeichen „EC“ und „EF“ ergänzt.

In Anhang F wird der Kopf des Musters I durch die Zeichen „EC“ und „EF“ ergänzt.

In Anhang F erhält Teil I Nummer 1 des Musters I folgende Fassung:

„Der (die) Unterzeichnete (1)
mit Wohnsitz (Sitz) in (2)
leistet hiermit bei der Zollstelle der Bürgschaftsleistung
bis zum Höchstbetrag von
selbstschuldnerische Bürgschaft gegenüber dem Königreich Belgien, dem Königreich Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, Irland, der Italienischen Republik, dem Großherzogtum Luxemburg, dem Königreich der Niederlande, dem Königreich Norwegen und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland (3), für die Beträge, die der Hauptverpflichtete (1)
den genannten Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften auf Grund von Zuwiderhandlungen, die im Verlauf eines von ihm durchgeführten gemeinschaftlichen Versandverfahrens begangen worden sind, insgesamt an Zöllen, Steuern, Abschöpfungen und anderen Abgaben — mit Ausnahme von Geldstrafen oder Bußgeldern — schuldet oder schulden wird, und zwar bezüglich der Haupt- und Nebenverbindlichkeiten, der Unkosten und der Zuschläge.“

In Anhang F wird der Kopf des Musters II durch die Zeichen „EC“ und „EF“ ergänzt.

In Anhang F erhält Teil I Nummer 1 des Musters II folgende Fassung:

„Der (die) Unterzeichnete (1)
mit Wohnsitz (Sitz) in (2)
leistet hiermit bei der Abgangszollstelle
selbstschuldnerische Bürgschaft gegenüber dem Königreich Belgien, dem Königreich Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, Irland, der Italienischen Republik, dem Großherzogtum Luxemburg, dem Königreich der Niederlande, dem Königreich Norwegen und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland (3), für die Beträge, die der Hauptverpflichtete (1)
den genannten Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften auf Grund von Zuwiderhandlungen, die im Verlauf eines von ihm mit den unten bezeichneten Waren von der Abgangszollstelle
zur Bestimmungszollstelle
durchgeführten gemeinschaftlichen Versandverfahrens begangen worden sind, insgesamt an Zöllen, Steuern, Abschöpfungen und anderen Abgaben — mit Ausnahme von Geldstrafen oder Bußgeldern — schuldet oder schulden wird, und zwar bezüglich der Haupt- und Nebenverbindlichkeiten, der Unkosten und der Zuschläge.“

In Anhang G wird der Kopf des Formblatts durch die Zeichen „EC“ und „EF“ ergänzt.

Auf Seite 1 des Formblatts in Anhang G werden nach den Worten „in den folgenden ... Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften gestattet:“ vier zusätzliche punktierte Zeilen angefügt.

In Anhang H wird das Muster des Aufklebezettels durch die Zeichen „EC“ und „EF“ ergänzt.

8. Verordnung (EWG) Nr. 582/69 der Kommission vom 26. März 1969
 ABl. Nr. L 79/1 vom 31. März 1969

In der Anlage wird der Kopf des Formblatts des „Ursprungszeugnisses“ und der Durchschrift wie folgt ergänzt:

- „EUROPEAN COMMUNITIES“
- „DE EUROPÆISKE FÆLLESKABER“
- „DE EUROPEISKE FELLESKAP“.

9. Verordnung (EWG) Nr. 1062/69 der Kommission vom 6. Juni 1969
 ABl. Nr. L 141/31 vom 12. Juni 1969

Im Anhang erhält der Wortlaut des Formblatts der „BESCHEINIGUNG“, dessen Gestaltung von der Kommission festgelegt wird, folgende Fassung:

CERTIFICAT/BESCHEINIGUNG/CERTIFICATO/CERTIFICAAT/CERTIFICATE/CERTIFIKAT/

BEVIS No. (.....)

Pour les préparations dites „Fondues“ présentées en emballages immédiats d'un contenu net inférieur ou égal à 1 kg
 Für „Käsefondue“ genannte Zubereitungen in unmittelbaren Umschließungen mit einem Gewicht des Inhalts von 1 kg oder weniger

Per le preparazioni dette „Fonduite“ presentate in imballaggi immediati di un contenuto netto inferiore o uguale a 1 kg

Voor de preparaten „Fondues“ genaamd, in onmiddellijke verpakking, met een netto-inhoud van 1 kg of minder

For preparations known as „Cheese Fondues“ put up in immediate packings of a net capacity of 1 kg or less

For tilberedte produkter betegnet „Oste-fondue“ i eengangsemballage med et netto-indhold på mindre end eller lig med 1 kg

For såkalte „Oste-fondue“-tilberedninger i direkte emballasje, med et netto-innhold på 1 kg eller mindre

L'autorité compétente/Die zuständige Stelle/L'autorità competente/De bevoegde autoriteit/The competent authority/
 Vedkommende myndighed/Vedkommende myndighet:

certifie que le lot de
 bescheinigt, daß die Sendung von
 certifica che la partita di
 bevestigt dat de partij van
 certifies that the parcel of
 bekræfter, at sendingen på
 bekrefter at varepartiet på

kilogrammes de produit, faisant l'objet de la facture no.	du
Kilogramm, für welche die Rechnung Nr.	vom
chilogrammi di prodotto, oggetto della fattura n.	del
kilogram van het produkt, waarvoor factuur nr.	van
kilogrammes of product, covered by Invoice No.	of
kilogram af produktet, omhandlet i faktura nr.	af
kilo, med faktura nr.	av

délivrée par/ausgestellt wurde durch/emessa da/afgegeven door/issued by/udstedt af/utstedt av:
 pays d'origine/Ursprungsland/paese d'origine/land van oorsprong/country of origin/oprindelsesland/opprinnelsesland:

pays de destination/Bestimmungsland/paese destinatario/land van bestemming/ country of destination/bestemmel-
 sesland/bestemmelsesland:

répond aux caractéristiques suivantes:
 folgende Merkmale aufweist:
 risponde alle seguenti caratteristiche:
 de volgende kenmerken vertoont:
 has the following characteristics:
 svarer til følgende karakteristika:
 har følgende kjennetegn:

Ce produit a une teneur en poids en matières grasses provenant du lait égale ou supérieure à 12% et inférieure à 18%.

Diese Erzeugnis hat einen Gehalt an Milchfett von 12 oder mehr, jedoch weniger als 18 Gewichtshundertteilen.

Tale prodotto ha un tenore in peso di materie grasse provenienti dal latte uguale o superiore a 12% e inferiore a 18%.

Dit produkt heeft een gehalte aan van melk afkomstige vetstoffen gelijk aan of hoger dan 12%, doch lager dan 18%.

This product has a milkfat content equal to or exceeding 12% and less than 18% by weight.

Dette produkt har et vægtindhold af mælkefett på mindst 12 og højst 18 procent.

Dette produkt har et vektinnhold av melkefett på 12% eller mer, men mindre enn 18%.

Il a été obtenu à partir de fromages dans la fabrication desquels ne sont entrés d'autres fromages que l'Emmental ou le Gruyère.

Es ist hergestellt aus Schmelzkäse, zu dessen Erzeugung keine anderen Käsesorten als Emmentaler oder Greyerzer verwendet wurden.

E stato ottenuto con formaggi fusi per la cui fabbricazione sono stati utilizzati solamente Emmental o Gruviera.

Het werd verkregen uit gesmolten kaas, waarin bij de fabricatie ervan geen andere kaassoorten dan Emmental en Gruyere werden verwerkt.

It is prepared with processed cheeses made exclusively from Emmental or Gruyere cheese.

Fremstillet af smelteost, ved hvis fabrikation der ikke er anvendt andre ostersorter end Emmentaler eller Gruyère.

Det er fremstilt av smelteost i hvis produksjon ikke er inngått andre ostersorter enn Emmentaler eller Gruyère.

avec adjonction de vin blanc, d'eau-de-vie de cerises (kirsch), de fécule et d'épices.

mit Zusätzen von Weißwein, Kirschwasser, Stärke und Gewürzen.

con l'aggiunta di vino bianco, acquavite di ciliege (kirsch), fecola e spezie.

met toevoeging van witte wijn, brandewijn van kersen (kirsch), zetmeel en specerijen.

wit added white wine, kirsch, starch and spices.

met tilsætning af hvidvin, kirsebærbrændevin (kirsch), stivelse og krydderier.

tilsatt hvitvin, kirsebærbrennevin (kirsch), plantestivelse og krydder.

Les fromages Emmental ou Gruyère utilisés dans sa fabrication ont été fabriqués dans le pays exportateur.

Die zu seiner Herstellung verwendeten Käsesorten Emmentaler oder Greyerzer sind im Ausfuhrland erzeugt worden.

I formaggi Emmental o Gruviera utilizzati per la sua fabbricazione sono stati fabbricati nel paese esportatore.

De voor de bereiding ervan verwerkte Gruyère en Emmentaler kaassoorten werden in het uitvoerland bereid.

The Emmental and Gruyere cheeses used in its manufacture were made in the exporting country.

De ved fabrikationen anvendte Emmentaler- eller Gruyère-oste er fremstillet i eksportlandet.

Ostersortene Emmentaler eller Gruyère som er brukt i produktets fremstilling, er fremstilt i eksportlandet.

Lieu et date d'émission:

Ausstellungsort und -datum:

Luogo e data d'emissione:

Plaats en datum van afgifte:

Place and date of issue:

Sted og dato for udstedelsen:

Sted og dato for utstedelsen:

Cachet de l'organisme émetteur:

Stempel der ausstellenden Stelle:

Timbro dell'organismo emittente:

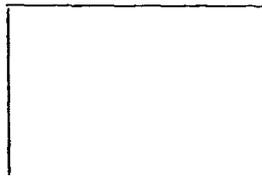
Stempel van het met de afgifte
belaste bureau:

Stamp of issuing body:

Den udstedende myndigheds

stempel:

Den utstedende instans' stempel:



Signature(s):

Unterschrift(en):

Firma(e):

Handtekening(en):

Signature(s):

Unterskrift(er):

Underskrift(er):

10. **Verordnung (EWG) Nr. 1617/69** der Kommission vom 31. Juli 1969
 ABl. Nr. L 212/1 vom 25. August 1969
 Im Anhang wird der Kopf des Formblatts durch die Zeichen „EC“ und „EF“ ergänzt.
11. **Verordnung (EWG) Nr. 2311/69** der Kommission vom 19. November 1969
 ABl. Nr. L 295/1 vom 24. November 1969
 In Anhang I wird der Kopf des Formblatts durch die Zeichen „EC“ und „EF“ ergänzt.
 Punkt I Nummer 1 des in Anhang I enthaltenen Musters erhält folgende Fassung:
 „1. Der (die) Unterzeichnete (1)
 mit Wohnsitz (Sitz) in (2)
 leistet hiermit bei der Zollstelle der Bürgschaftsleistung
 selbstschuldnerische Bürgschaft gegenüber dem Königreich Belgien, dem Königreich Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, Irland, der Italienischen Republik, dem Großherzogtum Luxemburg, dem Königreich der Niederlande, dem Königreich Norwegen und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland für die Beiträge, die ein Hauptverpflichteter den genannten Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften auf Grund von Zuwiderhandlungen, die im Verlaufe von gemeinschaftlichen Versandverfahren begangen worden sind, für die der (die) Unterzeichnete durch Ausstellung eines Sicherheitstitels eine Bürgschaft übernommen hat, insgesamt an Zöllen, Steuern, Abschöpfungen und anderen Abgaben — mit Ausnahme von Geldstrafen oder Bußgeldern — schulden wird, und zwar bezüglich der Haupt- und Nebenverbindlichkeiten, der Unkosten und der Zuschläge — bis zu einem Höchstbetrag von 5000 Rechnungseinheiten je Sicherheitstitel.“
 Die Aufstellung unter Punkt I Nummer 4 des gleichen Musters wird durch vier punktierte Zeilen ergänzt, die wie folgt numeriert werden: 6., 7., 8., 9.
 In Anhang II wird der Kopf des Formblatts durch die Zeichen „EC“ und „EF“ ergänzt.
12. **Verordnung (EWG) Nr. 2312/69** der Kommission vom 19. November 1969
 ABl. Nr. L 295/6 vom 24. November 1969
 Im Anhang wird der Kopf des Formblatts durch die Zeichen „EC“ und „EF“ ergänzt.
 Der Kopf des gleichen Formblatts wird durch folgende Worte ergänzt:
 „RECEIPT“
 „ANKOMSTBEVIS“
 „FREMKOMSTBEVIS“
13. **Verordnung (EWG) Nr. 2313/69** der Kommission vom 19. November 1969
 ABl. Nr. L 295/8 vom 24. November 1969
 In Artikel 5 Absatz 3 sind nach den Worten „Achteraf angegeben“ folgende Vermerke einzufügen:
 „ISSUED RETROACTIVELY“
 „UDSTEDT EFTERFØLGENDE“
 „UTSTEDT A POSTERIORI“
 Im Anhang wird der Kopf des Formblatts durch die Zeichen „EC“ und „EF“ ergänzt.
14. **Verordnung (EWG) Nr. 2314/69** der Kommission vom 19. November 1969
 ABl. Nr. L 295/13 vom 24. November 1969
 Im Anhang wird der Kopf des Formblatts durch die Zeichen „EC“ und „EF“ ergänzt.
 Im Kopf des gleichen Formulars werden folgende Worte hinzugefügt:
 „TRANSIT ADVICE NOTE“
 „GRAENSEOVERGANGSATTEST“
 „GRENSEPASSERINGSBEVIS“
15. **Verordnung (EWG) Nr. 2315/69** der Kommission vom 19. November 1969
 ABl. Nr. L 295/14 vom 24. November 1969
 Im Anhang wird der Kopf des Formblatts durch die Zeichen „EC“ und „EF“ ergänzt.

16. Verordnung (EWG) Nr. 2552/69 der Kommission vom
17. Dezember 1969

ABl. Nr. L 320/19 vom 20. Dezember 1969

In Anhang I erhält das Formblatt „Echtheitszeugnis“,
dessen Gestaltung von der Kommission festgelegt
wird, folgende Fassung:

ANNEX I — ANNEXE I — ANHANG I — ALLEGATO I — BIJLAGE I — BILAG I — VEDLEGG I (Front — recto — Vorderseite — recto — recto — forside — forside)							
Certificate of authenticity	Certificat d'authenticité	Echtheitszeugnis	Certificato di autenticità	Certificaat van echtheid	Ægtheds-certifikat	Ekthets-bevis	BOURBON WHISKY
No.							
Consignor (Name and address)				Shipped by S/S — by air			
Expéditeur (Nom et adresse)				Expédié par bateau — par avion			
Absender (Name und Adresse)				Verschifft durch M/S — versandt durch Flugzeug			
Speditore (Cognome e indirizzo)				Spedito per nave — con aeroplano			
Afzender (Naam en adres)				Verscheept per schip — verzonden per vliegtuig			
Afsender (Navn og adresse)				Forsendelsesmåde, skib/fly			
Sender (Navn og adresse)				Sendt med båt — med fly			
Consignee (Name and address)				Clearance note No.			
Destinataire (Nom et adresse)				Dédouanement No.			
Empfänger (Name und Adresse)				Zollurkunde Nr.			
Destinatario (Cognome e indirizzo)				Bolletta doganale n.			
Ontbieder (Naam en adres)				Uitvoerdocument nr.			
Modtager (Navn og adresse)				Tolldokument nr.			
Mottaker (Navn og adresse)				Tolldokument nr.			
Number of packages Nombre des colis Anzahl der Packstücke Numero dei colli Aantal colli Antal kolli	Serial numbers & marks Marques & numéros Zeichen & Nummern Marche e numeri Merken en nummers Mærker og numre Mærker og nummer	Quantity — nombre Anzahl — Quantità Aantal — Antal Antall		Weight — Poids Gewicht — Peso Gewicht — Vægt Vekt		Quantity (Litres) Quantité (Litres) Menge (Liter) Quantità (Litri) Hoeveelheid (Liters) Kvantum (liter) Mengde (liter)	Observations Observations Bemerkungen Osservazioni Opmerkingen Bemærkninger Merknader
		Casks Fûts Fässer Fusti Fusten Fade Fat	Bottles Bouteilles Flaschen Bottiglie Flessen Flasker Flasker	gross brut brutto lordo bruto brutto	net net netto netto netto netto		

(back — verso — Rückseite — verso — verso — bagside — bakside)

The Internal Revenue Service certifies that the above whisky was distilled in the United States at not exceeding 160° proof (80° Gay-Lussac) from a fermented mash of grain of which not less than 51% was corn grain (maize) and aged for not less than two years in charred new oak containers.

L'Internal Revenue Service certifie que le whisky Bourbon décrit ci-dessus a été obtenu aux U.S.A. directement à 160° proof (80° Gay-Lussac) au maximum, exclusivement par distillation de moûts fermentés d'un mélange de céréales contenant au moins 51% de grains de maïs et qu'il a vieilli pendant au moins deux ans en fûts de chêne neufs superficiellement carbonisés.

Der Internal Revenue Service bestätigt, daß der obengenannte Bourbon-Whisky in den USA unmittelbar mit einer Stärke von höchstens 160° proof (80° Gay-Lussac) durch Destillation aus vergorener Getreide-Maische mit einem Anteil an Mais von mindestens 51 Gewichtshundertteilen hergestellt wurde und daß er mindestens 2 Jahre in neuen, innen angekohlten Eichenfässern gelagert hat.

L'Internal Revenue Service certifica che il whisky Bourbon sopra descritto è stato ottenuto negli U.S.A. direttamente a non più di 160° proof (80° Gay-Lussac) esclusivamente per distillazione di mosti fermentati di una miscela di cereali contenente almeno 51% di granturco e che è stato invecchiato per almeno due anni in fuste nuovi di quercia carbonizzati superficialmente.

De Internal Revenue Service verklaart dat de hierboven omschreven Bourbon whisky met een sterkte van niet meer dan 160° proof (80° Gay-Lussac) in de Verenigde Staaten van Noord-Amerika in één produktiegang is verkregen uitsluitend door distillatie van gegist beslag van gemengde granen bestaande uit ten minste 51 gewichtspercenten (‰) mais en dat deze whisky gedurende ten minste twee jaar is gelagerd in nieuwe, aan de binnenzijde verkoelde, eikehouten vaten.

The Internal Revenue Service bekræfter, at forannævnte Bourbon-whisky med en styrke på højst 160° proof (80° Gay-Lussac) er fremstillet i USA i én arbejdsgang udelukkende ved destillering af gæret urt af en kornblanding indeholdende mindst 51 % majs, og at den er lagret i mindst 2 år i ny, indvendigt forkullede egetræsfade.

Internal Revenue Service bekrefter at ovennevnte Bourbon whisky er fremstilt ved én produksjonsgang i USA med en styrke på maksimum 160° proof (80° Gay-Lussac) utelukkende ved destillering av gjæret most av en kornblanding med et maisinnhold på minst 51 %, og lagret i minst to år i nye ekefat med karbonisert innside.

Place and date of issuance
Lieu et date d'émission
Ort und Datum der Ausstellung
Luogo e data di emissione
Plaats en datum van afgifte
Sted og dato for udstedelsen
Sted og dato for utstedelsen
Seal of the Internal Revenue Service
Sceau de l'Internal Revenue Service
Stempel des Internal Revenue Service
Timbro dell'Internal Revenue Service
Stempel van het Internal Revenue Service
Internal Revenue Service's stempel
Internal Revenue Service's stempel

U.S. Treasury Department
Internal Revenue Service Officer

17. Verordnung (EWG) Nr. 2588/69 der Kommission vom 22. Dezember 1969

ABl. Nr. L 322/32 vom 24. Dezember 1969

geändert durch:

Verordnung (EWG) Nr. 2631/70 der Kommission vom 23. Dezember 1970

ABl. Nr. L 279/34 vom 24. Dezember 1970

Verordnung (EWG) Nr. 1571/71 der Kommission vom 22. Juli 1971

ABl. Nr. L 165/25 vom 23. Juli 1971

Der Anhang erhält folgende Fassung:

„Liste der Luftfahrtgesellschaften, die von der Sicherheitsleistung befreit sind:

1. Aer Lingus Teoranta (Irish Air Lines), Dublin
2. Aeroflot, Moskwa
3. Aerolineas Argentinas, Buenos Aires
4. Aerolinee Itavia, Roma
5. Aer Turas, Dublin
6. African Safari Airways, Nairobi
7. Air Afrique, Abidjan
8. Air Algérie (Compagnie générale de transports aériens), Alger
9. Air Anglia, Norwich
10. Air Bahama (International), Nassau
11. Air Canada, Montréal
12. Air Ceylon, Colombo
13. Air France, Paris
14. Air India, Bombay

15. Air Inter, Paris

16. Airlift International, USA

17. Air Madagascar (Société nationale malgache de transports aériens), Tananarive

18. Air Sénégal (Compagnie sénégalaise de transports aériens), Dakar

19. Air Viking, Reykjavik

20. Air Zaire, Kinshasa

21. Alaska Airlines, USA

22. Alia (Royal Jordan Airlines), Amman

23. Alitalia (Linee Aeree Italiane), Roma

24. APSA, Lima

25. Arco, Bermuda

26. Ariana (Afghan Airlines), Kabul

27. ATI, Napoli

28. Aurigny (Channel Islands), Alderney

29. Austrian Airlines, Wien

30. Avianca (Aerovias Nacionales de Colombia S.A.), Bogotá

31. „Balkan“ Bulgarian Airlines, Sofia

32. „Basco“ Brothers Air Services Co., Aden

33. Bavaria Fluggesellschaft Schwabe & Co., München

34. B.E.A. (British European Airways Corporation), Ruislip

35. B.K.S., Air Transport Ltd., London

36. BOAC (British Overseas Airways Corporation), Heathrow Airport, London

37. Britannia, Luton
 38. British Air Ferries, Southend
 39. British Island Airways, Gatwick Airport, London
 40. British Midland, Castle Donington
 41. British United Airways, Gatwick Airport, London
 42. Caledonian-BUA, Gatwick Airport, London
 43. Cambrian, Rhoose
 44. Canadian Pacific — Air, Vancouver
 45. Ceskoslovenske Aerolinie (C.S.A.), Praha
 46. Channel Airways, Stansted Airport, London
 47. Condor Flugdienst GmbH, Frankfurt (Main)
 48. Cyprus Airways, Nicosia
 49. Dan — Air Services Ltd., London
 50. Deutsche Lufthansa AG, Köln
 51. Donaldson, Gatwick Airport, London
 52. East African Airways Corporation, Nairobi
 53. El Al Israel Airlines Ltd., Tel Aviv
 54. Elivie (Società Italiana Esercizio Elicotteri S. p. A.), Napoli
 55. Ethiopian Airlines, Addis Abeba
 56. Fairflight, Biggin Hill Airport, London
 57. Finnair, Helsinki
 58. Garuda Indonesian Airways, Djakarta
 59. General Air Nord GmbH, Hamburg
 60. Germanair Bedarfsluftfahrtgesellschaft mbH, Frankfurt (Main)
 61. Ghana Airways Corporation, Accra
 62. Humber Airways, Hull
 63. Iberia (Lineas Aéreas de España), Madrid
 64. Icelandic Airlines (Flugfélag), Reykjavik
 65. Interregional-Fluggesellschaft mbH, Düsseldorf
 66. Intra Airways, Jersey
 67. Invicta Airways, Manston
 68. Iran National Airlines Corporation, Teheran
 69. Iraqi Airways, Baghdad
 70. Japan Air Lines Co. Ltd., Tokio
 71. JAT (Jugoslovenski Aerotransport), Beograd
 72. KLM (Koninklijke Luchtvaart Maatschappij), Den Haag
 73. Kuwait Airways Corporation, Koweit
 74. Laker Airways, Gatwick Airport, London
 75. Libyan Arab Airlines, Tripoli
 76. Lloyd International, Stansted Airport, London
 77. Loftleidir H.F., Reykjavik
 78. Loganair, Glasgow
 79. LOT (Polskie Linie Lotnicze), Warszawa
 80. Lufttransport-Unternehmen GmbH, Düsseldorf
 81. Luftverkehrsunternehmen Atlantis AG, Frankfurt (Main)-Niederrad
 82. Luxair (Luxembourg Airlines), Luxembourg
 83. Malaysia-Singapore Airlines, Singapore
 84. Malev (Magyar Légiközlekedési Vállalat), Budapest
 85. Martinair Holland N.V. (MAC), Amsterdam
 86. MEA (Middle East Airlines Airliban S.A.L.), Beyrouth
 87. Monarch, Luton
 88. National Airlines Inc., Miami
 89. Nigerian Airways, Lagos
 90. NLM (Nederlandse Luchtvaart Maatschappij), Amsterdam
 91. (Fred) Olsen, Oslo
 92. Olympic Airways, Athenai
 93. Ontario World Air, Toronto
 94. Pacific Western, Vancouver
 95. Pakistan International Airlines Corporation, Karachi
 96. Panair Luftverkehrsgesellschaft mbH & Co., München
 97. Pan American World Airways Inc., New York
 98. Qantas Airways Ltd., Sydney
 99. Rousseau Aviation, Dinard
 100. Royal Air Maroc, Casablanca
 101. SAA (South African Airways), Johannesburg
 102. Sabena — Belgian World Airlines, Bruxelles — Brussel
 103. SAM (Società Aerea Mediterranea), Roma
 104. SAS (Scandinavian Airlines System), Stockholm
 105. Saturn, Oakland
 106. Saudi Arabian Airlines, Jeddah
 107. Seaboard World Airlines Inc., New York
 108. Sierra Leone Airways, Freetown
 109. Skyways Coach Air, Ashford
 110. Southern Air Transport, Miami
 111. South-West Aviation Ltd., Exeter
 112. Spantax SA, Madrid
 113. Strathallan, Perth
 114. Sudan Airways, Khartoum
 115. Swissair (Swiss Air Transport Company Ltd.), Zürich
 116. Syrian Arab Airlines, Damascus
 117. TAP (Transportes Aereos Portugueses SARL), Lisboa
 118. Tarom (Rumanian Air Transport), Bucuresti
 119. TF — Transport Flug GmbH & Co., Frankfurt (M.)
 120. Tradewinds, Gatwick Airport, London
 121. Transavia (Holland N.V.), Amsterdam
 122. Trans-Mediterranean Airways, Beyrouth
 123. Transmeridian, Stansted Airport, London
 124. Trans-Union, Paris
 125. Tunis Air, Tunis
 126. Turk Hava Yollari Anonim Ortakligi, Istanbul
 127. TWA (Trans World Airlines Inc.), New York
 128. United Arab Airlines, Heliopolis
 129. UTA (Union de Transports Aériens), Paris
 130. VARIG (Empresa Viaçao Aera Riograndense), Rio de Janeiro
 131. VIASA (Venezolana Internacional de Aviación S.A.), Caracas
 132. Zambia Airways, Lusaka
18. **Verordnung (EWG) Nr. 1570/70** der Kommission vom 3. April 1970
 ABL. Nr. L 171/10 vom 4. August 1970; berichtigt
 ABI. Nr. L 195/24
- Artikel 1 Buchstabe b erhält folgende Fassung:
- „b) unter Handelszentrum: eines der nachstehend bezeichneten Zentren:
- für Deutschland: Frankfurt, Hamburg, Köln und München
 - für Dänemark: Kopenhagen
 - für Frankreich: Dieppe, Le Havre, Marseille, Paris-Rungis, Perpignan, Rouen
 - für Irland: Dublin

- für Italien: Mailand
- für Norwegen: Oslo
- für die Niederlande: Rotterdam
- für das Vereinigte Königreich: London, Liverpool, Hull und Glasgow
- für die BLWU: Antwerpen und Brüssel.“

Artikel 4 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„2. Der mittlere Frei-Grenze-Preis, unverzollt, wird aus den Bruttoerlösen aus Kaufgeschäften zwischen den Einführern und Großhändlern ermittelt. Bei den Handelszentren Paris-Rungis, Mailand, London, Oslo und Kopenhagen jedoch ist es angebracht, sich auf die Preise zu beziehen, zu denen die Waren in diesen Handelszentren am häufigsten verkauft werden.

Die Bruttoerlöse dieser Verkäufe sind zu vermindern um:

- eine Beteiligungsmarge von 15 % für Paris-Rungis, Mailand, London, Oslo und Kopenhagen und von 6 % für die anderen Handelszentren;
- die Beförderungskosten innerhalb der Gemeinschaft;
- eine Pauschale von 2,5 Rechnungseinheiten für die übrigen Kosten, die nicht in den Zollwert einzubeziehen sind;
- die Zölle und Steuern, die nicht in den Zollwert einzubeziehen sind.“

19. Verordnung (EWG) Nr. 304/71 der Kommission vom 11. Februar 1971

ABl. Nr. L 35/31 vom 12. Februar 1971

Artikel 5 erhält folgende Fassung:

„Die Eisenbahnverwaltungen sorgen dafür, daß die im gemeinschaftlichen Versandverfahren abgewickelten Beförderungen durch Zettel mit dem Aufdruck „Zoll/Douane/Dogana/Customs/Told/Toll“ gekennzeichnet werden. Die Zettel werden auf dem Frachtbrief oder dem Expresgutschein sowie, sofern es sich um abgeschlossene Ladungen handelt, an dem Waggon, in den übrigen Fällen auf dem Packstück oder den Packstücken befestigt.“

20. Verordnung (EWG) Nr. 1279/71 der Kommission vom 17. Juni 1971

ABl. Nr. L 133/32 vom 19. Juni 1971

Artikel 2 erhält folgende Fassung:

„Werden die in Artikel 1 Absatz 1 genannten Waren zum gemeinschaftlichen Versandverfahren abgefertigt, so bringt der Hauptverpflichtete im Feld ‚Warenbezeichnung‘ der Versandanmeldung einen der nachstehenden Vermerke an:

- Ausgang aus der Gemeinschaft Beschränkungen unterworfen
Sortie de la Communauté soumise à des restrictions
Uscita dalla Comunità assoggettata a restrizioni
Verlaten van de Gemeenschap aan beperkingen onderworpen
Export from the Community subject to restrictions
Udførsel fra Fællesskabet undergivet restriktioner
Utførsel fra Fællesskabet underlagt restriksjoner
- Ausgang aus der Gemeinschaft Abgabenerhebung unterworfen
Sortie de la Communauté soumise à imposition
Uscita dalla Comunità assoggettata a tassazione

Verlaten van de Gemeenschap aan belastingsheffing onderworpen
Export from the Community subject to a duty
Udførsel fra Fællesskabet betinget af afgiftsbetaling
Utførsel fra Fællesskabet avgiftspliktig

21. Entscheidung Nr. 64/503/EWG der Kommission vom 30. Juli 1964

ABl. Nr. 137/2293 vom 28. August 1964

Im Anhang wird der Kopf des Formblatts DD5 durch die Zeichen „EC“ und „EF“ ergänzt.

Im Titel desselben Formblatts werden die Worte hinzugefügt:

„MOVEMENT CERTIFICATE“
„GODSTRANSPORTBEVIS“

22. Entscheidung Nr. 70/41/EWG der Kommission vom 19. Dezember 1969

ABl. Nr. L 13/13 vom 19. Januar 1970

Im Anhang wird die erste Seite des Formblatts DD3 durch die Zeichen „EC“ und „EF“ ergänzt.

Auf der ersten Seite desselben Formulars werden die Worte hinzugefügt:

„MOVEMENT CERTIFICATE“
„GODSTRANSPORTBEVIS“

23. Richtlinie Nr. 68/312/EWG des Rates vom 30. Juli 1968

ABl. Nr. L 194/13 vom 6. August 1968

Der Anhang wird wie folgt ergänzt:

- „6. Vereinigtes Königreich
Großbritannien und Nordirland
 - Transit sheds (Section 17 Customs & Excise Act 1952, geändert durch Section 10 Finance Act 1966)
- 7. Irland
 - Transit sheds (Customs Code vol. II)
 - Transit dépôts (Section 16 Finance Act 1967)
- 8. Königreich Norwegen
 - Pakkhus og opplagssteder (Tolloven, §§ 45—55)“

24. Richtlinie Nr. 69/73/EWG des Rates vom 4. März 1969

ABl. Nr. L 58/1 vom 8. März 1969

In Artikel 28 Absatz 2 wird das Wort „zwölf“ durch das Wort „dreißig“ ersetzt.

25. Richtlinie Nr. 69/74/EWG des Rates vom 4. März 1969

ABl. Nr. L 58/7 vom 8. März 1969

Der Anhang wird wie folgt ergänzt:

- „7. Vereinigtes Königreich
Großbritannien und Nordirland
 - Private bonded warehouses (Custom & Excise Act 1952, Part III)
 - General bonded warehouses
- 8. Irland
 - Approved warehouses (Customs Consolidation Act 1876, Section 12)

9. Königreich Norwegen
— Transitloplag (Tolloven, §§ 48—55)“
26. **Richtlinie Nr. 69/75/EWG** des Rates vom 4. März 1969
ABl. Nr. L 58/11 vom 8. März 1969
Der Anhang wird wie folgt ergänzt:
„6. Irland
Shannon Customs-Free
Airport (Customs-Free Airport
Act 1947)
7. Königreich Dänemark
Frihavne (Toldloven, Kapitel 9)
8. Königreich Norwegen
Frilagre (Tolloven, §§ 48—55)“

II. Landwirtschaft

A. Allgemeines

In den folgenden Rechtsakten und in den genannten Artikeln wird das Wort „zölf“ durch das Wort „drei- undvierzig“ ersetzt.

1. **Verordnung Nr. 23** des Rates vom 4. April 1962
ABl. Nr. 30/965 vom 20. April 1962
Artikel 13 Absatz 2
2. **Verordnung Nr. 24** des Rates vom 4. April 1962
ABl. Nr. 30/989 vom 20. April 1962
Artikel 7 Absatz 2
3. **Verordnung Nr. 17/64/EWG** des Rates vom 5. Februar 1964
ABl. Nr. 34/586 vom 27. Februar 1964
Artikel 26 Absatz 2
4. **Verordnung Nr. 79/65/EWG** des Rates vom 15. Juni 1965
ABl. Nr. 109/1859 vom 23. Juni 1965
Artikel 19 Absatz 2
5. **Verordnung Nr. 136/66/EWG** des Rates vom 22. September 1966
ABl. Nr. 172/3025 vom 30. September 1966
Artikel 38 Absatz 2
6. **Verordnung Nr. 120/67/EWG** des Rates vom 13. Juni 1967
ABl. Nr. 117/2269 vom 19. Juni 1967; berichtigt ABl. Nr. 200/11
Artikel 26 Absatz 2
7. **Verordnung Nr. 121/67/EWG** des Rates vom 13. Juni 1967
ABl. Nr. 117/2283 vom 19. Juni 1967; berichtigt ABl. Nr. 200/11
Artikel 24 Absatz 2
8. **Verordnung Nr. 122/67/EWG** des Rates vom 13. Juni 1967
ABl. Nr. 117/2293 vom 19. Juni 1967; berichtigt ABl. Nr. 200/11
Artikel 17 Absatz 2
9. **Verordnung Nr. 123/67/EWG** des Rates vom 13. Juni 1967
ABl. Nr. 117/2301 vom 19. Juni 1967; berichtigt ABl. Nr. 200/12
Artikel 17 Absatz 2
10. **Verordnung Nr. 359/67/EWG** des Rates vom 25. Juli 1967
ABl. Nr. 174/1 vom 31. Juli 1967
Artikel 26 Absatz 2
11. **Verordnung Nr. 1009/67/EWG** des Rates vom 18. Dezember 1967
ABl. Nr. 308/1 vom 18. Dezember 1967
Artikel 40 Absatz 2
12. **Verordnung (EWG) Nr. 234/68** des Rates vom 27. Februar 1968
ABl. Nr. L 55/1 vom 2. März 1968
Artikel 14 Absatz 2
13. **Verordnung (EWG) Nr. 804/68** des Rates vom 27. Juni 1968
ABl. Nr. L 148/13 vom 28. Juni 1968
Artikel 30 Absatz 2
14. **Verordnung (EWG) Nr. 805/68** des Rates vom 27. Juni 1968
ABl. Nr. L 148/24 vom 28. Juni 1968
Artikel 27 Absatz 2
15. **Verordnung (EWG) Nr. 865/68** des Rates vom 28. Juni 1968
ABl. Nr. L 153/8 vom 1. Juli 1968
Artikel 15 Absatz 2
16. **Verordnung (EWG) Nr. 727/70** des Rates vom 21. April 1970
ABl. Nr. L 94/1 vom 28. April 1970; berichtigt ABl. Nr. L 175/23
Artikel 17 Absatz 2
17. **Verordnung (EWG) Nr. 729/70** des Rates vom 21. April 1970
ABl. Nr. L 94/13 vom 28. April 1970
Artikel 13 Absatz 2
18. **Verordnung (EWG) Nr. 1308/70** des Rates vom 29. Juni 1970
ABl. Nr. L 146/1 vom 4. Juli 1970
Artikel 12 Absatz 2
19. **Verordnung (EWG) Nr. 2142/70** des Rates vom 20. Oktober 1970
ABl. Nr. L 236/5 vom 27. Oktober 1970; berichtigt ABl. Nr. L 4/11/71 und Nr. L 9/7/71
Artikel 29 Absatz 2
20. **Verordnung (EWG) Nr. 1696/71** des Rates vom 26. Juli 1971
ABl. Nr. L 175/1 vom 4. August 1971
Artikel 20 Absatz 2
21. **Verordnung (EWG) Nr. 2358/71** des Rates vom 26. Oktober 1971
ABl. Nr. L 246/1 vom 5. November 1971
Artikel 11 Absatz 2
22. **Richtlinie des Rates** vom 23. Oktober 1962
ABl. Nr. 115/2645 vom 11. November 1962
geändert durch:
Richtlinie Nr. 70/358/EWG des Rates vom 13. Juli 1970
ABl. Nr. L 157/36 vom 18. Juli 1970
Artikel 11 a Absatz 2

23. **Richtlinie Nr. 64/54/EWG** des Rates vom 5. November 1963
 ABl. Nr. 12/161 vom 27. Januar 1964; berichtigt ABl. S. 808/65
 geändert durch:
 Richtlinie Nr. 70/359/EWG des Rates vom 13. Juli 1970
 ABl. Nr. L 157/38 vom 18. Juli 1970
 Artikel 8 a Absatz 2
24. **Richtlinie Nr. 64/432/EWG** des Rates vom 26. Juni 1964
 ABl. Nr. 121/1977 vom 29. Juli 1964; berichtigt ABl. S. 2799
 geändert durch:
 Richtlinie Nr. 71/285/EWG des Rates vom 19. Juli 1971
 ABl. Nr. L 179/1 vom 9. August 1971
 Artikel 12 Absatz 3
25. **Richtlinie Nr. 64/433/EWG** des Rates vom 26. Juni 1964
 ABl. Nr. 121/2012 vom 29. Juli 1964; berichtigt ABl. S. 2799
 geändert durch:
 Richtlinie Nr. 69/349/EWG des Rates vom 6. Oktober 1969
 ABl. Nr. L 256/5 vom 11. 10. 1969
 Artikel 9 a Absatz 3
26. **Richtlinie Nr. 66/400/EWG** des Rates vom 14. Juni 1966
 ABl. Nr. 125/2290 vom 11. Juli 1966
 Artikel 21 Absatz 3
27. **Richtlinie Nr. 66/401/EWG** des Rates vom 14. Juni 1966
 ABl. Nr. 125/2298 vom 11. Juli 1966
 Artikel 21 Absatz 3
28. **Richtlinie Nr. 66/402/EWG** des Rates vom 14. Juni 1966
 ABl. Nr. 125/2309 vom 11. Juli 1966
 Artikel 21 Absatz 3
29. **Richtlinie Nr. 66/403/EWG** des Rates vom 14. Juni 1966
 ABl. Nr. 125/2320 vom 11. Juli 1966
 Artikel 19 Absatz 3
30. **Richtlinie Nr. 66/404/EWG** des Rates vom 14. Juni 1966
 ABl. Nr. 125/2326 vom 11. Juli 1966
 Artikel 17 Absatz 3
31. **Richtlinie Nr. 68/193/EWG** des Rates vom 9. April 1968
 ABl. Nr. L 93/15 vom 17. April 1968
 Artikel 17 Absatz 3
32. **Richtlinie Nr. 69/208/EWG** des Rates vom 30. Juni 1969
 ABl. Nr. L 169/3 vom 10. Juli 1969
 Artikel 20 Absatz 3
33. **Richtlinie Nr. 70/357/EWG** des Rates vom 13. Juli 1970
 ABl. Nr. L 157/31 vom 18. Juli 1970
 Artikel 6 Absatz 2
34. **Richtlinie Nr. 70/373/EWG** des Rates vom 20. Juli 1970
 ABl. Nr. L 170/2 vom 3. August 1970
 Artikel 3 Absatz 2
35. **Richtlinie Nr. 70/457/EWG** des Rates vom 29. September 1970
 ABl. Nr. L 225/1 vom 12. Oktober 1970
 Artikel 23 Absatz 3
36. **Richtlinie Nr. 70/458/EWG** des Rates vom 29. September 1970
 ABl. Nr. L 225/7 vom 12. Oktober 1970
 Artikel 40 Absatz 3
37. **Richtlinie Nr. 71/118** des Rates vom 15. Februar 1971
 ABl. Nr. L 55/23 vom 8. März 1971
 Artikel 12 Absatz 3
38. **Richtlinie Nr. 71/161/EWG** des Rates vom 30. März 1971
 ABl. Nr. L 87/14 vom 17. April 1971
 Artikel 18 Absatz 3

B. Gemeinsame Marktorganisation

a) Obst und Gemüse

1. **Verordnung Nr. 158/66/EWG** des Rates vom 25. Oktober 1966
 ABl. Nr. 192/3282 vom 27. Oktober 1966
 geändert durch:
 Verordnung Nr. 1040/67/EWG des Rates vom 21. Dezember 1967
 ABl. Nr. 314/7 vom 23. Dezember 1967
 Verordnung (EWG) Nr. 161/69 des Rates vom 28. Januar 1969
 ABl. Nr. L 23/1 vom 30. Januar 1969
 Verordnung (EWG) Nr. 2516/69 des Rates vom 9. Dezember 1969
 ABl. Nr. L 318/14 vom 18. Dezember 1969
 Verordnung (EWG) Nr. 2423/70 des Rates vom 30. November 1970
 ABl. Nr. L 261/1 vom 2. Dezember 1970
 In Artikel 2 Absatz 3 wird folgender Unterabsatz angefügt:
 „Die zusätzlichen Güteklassen für Blumenkohl, Tomaten, Äpfel und Birnen, Pfirsiche, Zitrusfrüchte, Tafeltrauben, Kopfsalat, krause Endivie und Eskariol, Speisewiebeln, Chicoree, Kirschen, Erdbeeren, Spargel und Gurken können jedoch bis zum 31. Dezember 1977 anwendbar gemacht werden.“
2. **Verordnung (EWG) Nr. 193/70** der Kommission vom 2. Februar 1970
 ABl. Nr. L 26/6 vom 3. Februar 1970
 geändert durch:
 Verordnung (EWG) Nr. 304/70 der Kommission vom 19. Februar 1970
 ABl. Nr. L 40/24 vom 20. Februar 1970
 Verordnung (EWG) Nr. 344/70 der Kommission vom 25. Februar 1970
 ABl. Nr. L 46/1 vom 27. Februar 1970
 Verordnung (EWG) Nr. 2509/70 der Kommission vom 11. Dezember 1970
 ABl. Nr. L 269/10 vom 12. Dezember 1970
 Verordnung (EWG) Nr. 282/71 der Kommission vom 9. Februar 1971
 ABl. Nr. L 33/13 vom 10. Februar 1971

In Artikel 9 Absatz 3 werden folgende Fassungen angefügt:

- „goods to be put on the market in (1)
by (2)“
„varer bestemt ti forbrug i (1)
af (2)“
„varer bestemt til forbrug i (1)
av (2)“

3. Verordnung (EWG) Nr. 1559/70 der Kommission vom 31. Juli 1970

ABl. Nr. L 169/55 vom 1. August 1970

In Artikel 10 Absatz 2 Unterabsatz 2 werden folgende Fassungen angefügt:

- „for processing into feedingstuffs under Article 7 (b) of Regulation No 159/66/EEC“
„bestemt til omdannelse til dyrefoder i overensstemmelse med artikel 7, litra b i forordning nr. 159/66/EØF“
„bestemt for omdannelse til dyrefoder i henhold til artikel 7 b) i forordning nr. 159/66/EØF“

4. Verordnung (EWG) Nr. 1562/70 der Kommission vom 31. Juli 1970

ABl. Nr. L 169/67 vom 1. August 1970

In Artikel 10 Absatz 2 Unterabsatz 2 werden folgende Fassungen angefügt:

- „intended for distillation under Article 7 (b) of Regulation No 159/66/EEC“
„bestemt til destillering i overensstemmelse med artikel 7, litra b i forordning nr. 159/66/EØF“
„bestemt til destillering i henhold til artikel 7 b) i forordning nr. 159/66/EØF“

b) Wein

1. Verordnung Nr. 143 der Kommission vom 23. Oktober 1962

ABl. Nr. 127/2789 vom 1. Dezember 1962

geändert durch:

Verordnung Nr. 26/64/EWG der Kommission vom 28. Februar 1964

ABl. Nr. 48/753 vom 19. März 1964

Artikel 1 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„Zwecks Einrichtung des in Artikel 1 der Verordnung Nr. 24 des Rats über die schrittweise Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Wein vorgesehenen Weinbaukatasters ist jede natürliche oder juristische Person, die in einem Mitgliedstaat, in dem die gesamte Freilandfläche für den Weinbau 100 ha überschreitet, Reben im Freiland anbaut oder anbauen läßt, verpflichtet, bei der von den Mitgliedstaaten bestimmten Behörde eine Erklärung über den Rebbaubetrieb zu unterzeichnen.“

2. Verordnung Nr. 26/64/EWG der Kommission vom 28. Februar 1964

ABl. Nr. 48/753 vom 19. März 1964

geändert durch:

Verordnung (EWG) Nr. 39/68 der Kommission vom 11. Januar 1968

ABl. Nr. L 9/17 vom 12. Januar 1968

Der Text von Artikel 4 wird Absatz 1. Es wird folgender Absatz 2 angefügt:

„2. Absatz 1 gilt auch für den Fall des Rebbaus im Freiland in einem Mitgliedstaat, in dem die gesamte Freilandfläche für den Weinbau 100 ha nicht überschreitet.“

3. Verordnung (EWG) Nr. 1594/70 der Kommission vom 5. August 1970

ABl. Nr. L 173/23 vom 6. August 1970

Artikel 3 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„2. In Belgien, in Irland, in den Niederlanden und im Vereinigten Königreich kann die Zugabe von Saccharose in wäßriger Lösung nur bei den in Artikel 19 Absatz 1 Buchstaben a und b der Verordnung (EWG) Nr. 816/70 genannten Erzeugnissen vorgenommen werden, die auf Rebflächen geerntet oder aus auf Rebflächen geernteten Weintrauben hergestellt wurden, die in Gemeinden oder anderen Verwaltungseinheiten liegen, in denen, soweit es Belgien und die Niederlande betrifft, zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung und, soweit es Irland und das Vereinigte Königreich betrifft, zum Zeitpunkt des Beitritts Wein angebaut wurde.“

4. Verordnung (EWG) Nr. 1698/70 der Kommission vom 25. August 1970

ABl. Nr. L 190/4 vom 26. August 1970

In Artikel 4 Absatz 2 werden folgende Fassungen angefügt:

- „intended for making into wine under Regulation (EEC) No 1698/70 for the production of quality wine psr“
„bestemt til vinfremstilling i overensstemmelse med forordning (EØF) nr. 1698/70 med henblik på produktion af k.v.b.d.“
„bestemt til fremstilling av vin i henhold til forordning (EØF) nr. 1698/70, med henblik på produksjon av k.v.b.d.“

5. Verordnung (EWG) Nr. 1699/70 der Kommission vom 25. August 1970

ABl. Nr. L 190/6 vom 26. August 1970

In Artikel 2 Buchstabe a Ziffer aa werden folgende Fassungen angefügt:

- „not to be made into wine nor to be used in the making of wine“
„ikke tilladt til vinfremstilling eller til anvendelse ved vinfremstilling“
„ikke tillatt til fremstilling av vin, heller ikke til bruk ved fremstilling av vin“

In Artikel 2 Buchstabe a Ziffer bb werden folgende Fassungen angefügt:

- „not to be used for the preparation of wine or of beverages intended for direct human consumption, with the exception of alcohol, potable spirits and piquette, in so far as the making of the latter is authorized by the Member State concerned“
„ikke tilladt til tilberedning af vin eller drikkevarer bestemt til direkte menneskeligt forbrug, med undtagelse af alkohol, brændevin og eftervin, for så vidt fremstillingen af denne sidstnævnte er tilladt i den pågældende medlemsstat“
„ikke tillatt ved bearbeidelse av vin og heller ikke for drikkevarer som er bestemt til direkte konsum for mennesker, unntatt ren alkohol, eau-de-vie, ettervin; den siste forsåvidt produksjon er tillatt av vedkommende Medlemsstat“

In Artikel 2 Buchstabe a Ziffer cc werden folgende Fassungen angefügt:

- „intended for distillation“
„bestemt til destillering“
„bestemt til destillering“

In Artikel 2 Buchstabe b Ziffer aa werden folgende Fassungen angefügt:

„not to be made into wine nor to be used in the making of wine“

„ikke tilladt til vinfremstilling eller til anvendelse ved vinfremstilling“

„ikke tillatt ved fremstilling av vin og heller ikke til bruk ved fremstilling av vin“

In Artikel 2 Buchstabe b Ziffer bb werden folgende Fassungen angefügt:

„not to be used for the preparation of wine or beverages intended for direct human consumption“

„ikke tilladt til tilberedning af vin eller drikkevarer bestemt til direkte menneskeligt forbrug“

„ikke tillatt ved bearbeidelse av vin og heller ikke ved drikkevarer som er bestemt for direkte konsum for mennesker“

In Artikel 2 Buchstabe b Ziffer cc werden folgende Fassungen angefügt:

„intended for the production of potable spirits“

„bestemt til fremstilling af brændevin“

„bestemt til produksjon av eau-de vie“

6. Verordnung (EWG) Nr. 1700/70 der Kommission vom 25. August 1970

ABl. Nr. L 190/9 vom 26. August 1970

In Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe a werden folgende Fassungen angefügt:

„not for direct human consumption in the unaltered state“

„ikke tilladt i denne stand til direkte menneskeligt forbrug“

„ikke tillatt i en tilstand som muliggjør direkte konsum for mennesker“

In Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe b werden folgende Fassungen angefügt:

„not for direct human consumption“

„ikketilladt til direkte menneskeligt forbrug“

„ikke tillatt til direkte konsum for mennesker“

c) Fette

1. Verordnung Nr. 225/67/EWG der Kommission vom 28. Juni 1967

ABl. Nr. 136/2919 vom 30. Juni 1967

geändert durch:

Verordnung (EWG) Nr. 1486/69 der Kommission vom 28. Juli 1969

ABl. Nr. L 186/7 vom 30. Juli 1969

Verordnung (EWG) Nr. 458/70 der Kommission vom 11. März 1970

ABl. Nr. L 57/19 vom 12. März 1970

Verordnung (EWG) Nr. 1382/70 der Kommission vom 14. Juli 1970

ABl. Nr. L 154/14 vom 15. Juli 1970

Verordnung (EWG) Nr. 1478/71 der Kommission vom 12. Juli 1971

ABl. Nr. L 156/9 vom 13. Juli 1971

Im Anhang sind unter Buchstabe A folgende Angaben zu streichen:

„Ølsaaten mit Herkunft aus Dänemark“

und der entsprechende Ausgleichskoeffizient:

„0,08“.

2. Verordnung (EWG) Nr. 911/68 der Kommission vom 5. Juli 1968

ABl. Nr. L 158/8 vom 6. Juli 1968

geändert durch:

Verordnung (EWG) Nr. 1469/68 der Kommission vom 23. September 1968

ABl. Nr. L 239/1 vom 28. September 1968

Verordnung (EWG) Nr. 52/69 der Kommission vom 11. Januar 1969

ABl. Nr. L 8/1 vom 14. Januar 1969

Verordnung (EWG) Nr. 474/69 der Kommission vom 13. März 1969

ABl. Nr. L 63/21 vom 14. März 1969

Verordnung (EWG) Nr. 971/69 der Kommission vom 28. Mai 1969

ABl. Nr. L 127/10 vom 29. Mai 1969

Verordnung (EWG) Nr. 1486/69 der Kommission vom 28. Juli 1969

ABl. Nr. L 186/7 vom 30. Juli 1969

Verordnung (EWG) Nr. 1851/69 der Kommission vom 18. September 1969

ABl. Nr. L 236/31 vom 19. September 1969

Verordnung (EWG) Nr. 2478/69 der Kommission vom 11. Dezember 1969

ABl. Nr. L 312/35 vom 12. Dezember 1969

Verordnung (EWG) Nr. 329/70 der Kommission vom 23. Februar 1970

ABl. Nr. L 43/22 vom 24. Februar 1970

Verordnung (EWG) Nr. 1480/71 der Kommission vom 12. Juli 1971

ABl. Nr. L 156/12 vom 13. Juli 1971

Verordnung (EWG) Nr. 2193/71 der Kommission vom 13. Oktober 1971

ABl. Nr. L 231/23 vom 14. Oktober 1971

In Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer aa werden folgende Fassungen angefügt:

„seeds or mixtures not imported from third countries or from Greece“

„frø eller blandinger heraf ikke importeret fra tredjelande eller Grækenland“

„frø eller blandinger av frø som ikke er importert fra tredjeland eller Hellas“

In Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer bb werden folgende Fassungen angefügt:

„seeds or mixtures denatured in accordance with Article 9 of Regulation (EEC) No. 911/68“

„frø eller blandinger heraf denatureret i overensstemmelse med artikel 9 i forordning (EØF) 911/68“

„frø eller blandinger av frø i henhold til artikkel 9 i forordning (EØF) 911/68“

In Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer cc werden folgende Fassungen angefügt:

„seeds recognized as seeds for sowing“

„frø anerkendt som udsæd“

„frø godkjent som såvare“

d) Getreide

1. Verordnung Nr. 131/67/EWG des Rates vom 13. Juni 1967

ABl. Nr. 120/2362 vom 21. Juni 1967

geändert durch:

Verordnung (EWG) Nr. 538/68 des Rates vom 29. April 1968

ABl. Nr. L 104/1 vom 3. Mai 1968

Verordnung (EWG) Nr. 1205/69 des Rates vom 26. Juni 1969

ABl. Nr. L 155/6 vom 28. Juni 1969

Der deutsche Wortlaut von Artikel 2 Absatz 2 muß nicht geändert werden.

2. Verordnung Nr. 158/67/EWG der Kommission vom 23. Juni 1967

ABl. Nr. 128/2536 vom 27. Juni 1967

geändert durch:

Verordnung (EWG) Nr. 478/67 der Kommission vom 23. August 1967

ABl. Nr. 205/2 vom 24. August 1967

Verordnung (EWG) Nr. 213/68 der Kommission vom 22. Februar 1968

ABl. Nr. L 47/18 vom 23. Februar 1968

Verordnung (EWG) Nr. 405/69 der Kommission vom 3. März 1969

ABl. Nr. L 53/10 vom 4. März 1969

Verordnung (EWG) Nr. 2204/69 des Rates vom 5. November 1969

ABl. Nr. L 279/19 vom 6. November 1969

Verordnung (EWG) Nr. 1637/71 der Kommission vom 28. Juli 1971

ABl. Nr. L 170/20 vom 29. Juli 1971

Im Anhang werden in den verschiedenen Spalten folgende Angaben gestrichen:

Hinsichtlich Weichweizen die Hinweise auf „Großbritannien“

Hinsichtlich Roggen die Hinweise auf „Dänemark“

Hinsichtlich Gerste die Hinweise auf „Dänemark“ und „Großbritannien“

Hinsichtlich Hafer die Hinweise auf „Dänemark“ und „Großbritannien“

e) Eier

1. Verordnung Nr. 129/63/EWG des Rates vom 12. Dezember 1963

ABl. Nr. 185/2938 vom 19. Dezember 1963

geändert durch:

Verordnung Nr. 122/67/EWG des Rates vom 13. Juni 1967

ABl. Nr. 117/2293 vom 19. Juni 1967

Verordnung Nr. 123/67/EWG des Rates vom 13. Juni 1967

ABl. Nr. 117/2301 vom 19. Juni 1967

In Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a werden folgende Fassungen angefügt:

„for hatching“

„rugeæg“

„rugeegg“

2. Verordnung (EWG) Nr. 95/69 der Kommission vom 17. Januar 1969

ABl. Nr. L 13/13 vom 18. Januar 1969

Niederländische Fassung geändert durch:

Verordnung (EWG) Nr. 927/69 vom 20. Mai 1969

ABl. Nr. L 120/6 vom 21. Mai 1969

In Artikel 2 Absatz 2 werden folgende Mitgliedstaaten mit den entsprechenden Kennnummern angefügt:

Dänemark 7

Irland 8

Norwegen 9

Vereinigtes Königreich 10

f) Schweinefleisch

Verordnung Nr. 2108/70 des Rates vom 20. Oktober 1970

ABl. Nr. L 234/1 vom 23. Oktober 1970

In Anhang I werden die Spalte 2 „Zweihälftengewicht“ und die Spalte 3 „Speckdicke“ entsprechend folgender Tabelle geändert:

	Zweihälftengewicht Kilogramm	Speckdicke Millimeter
bei Unterklasse EAA wird folgendes angefügt:	50 bis unter 60	bis 15 einschließlich
	(Rest unverändert)	
bei Unterklasse I A wird folgendes angefügt:	50 bis unter 60	bis 18 einschließlich
	(Rest unverändert)	
bei Unterklasse II A wird folgendes angefügt:	50 bis unter 60	bis 22 einschließlich
	(Rest unverändert)	
bei Unterklasse III A wird folgendes angefügt:	50 bis unter 60	bis 27 einschließlich
	(Rest unverändert)	

g) Reis

1. Verordnung (EWG) Nr. 2085/68 der Kommission vom 20. Dezember 1968

ABl. Nr. L 307/11 vom 21. Dezember 1968

geändert durch:

Verordnung (EWG) Nr. 316/70 der Kommission vom 20. Februar 1970

ABl. Nr. L 41/14 vom 21. Februar 1970

In Artikel 4 zweiter Gedankenstrich werden folgende Fassungen angefügt:

„intended for the manufacture of starch, of ‚quellmehl‘ or for use in the brewing industry, in accordance with the provisions of Regulation (EEC) No 2085/68“

„bestemt til fremstilling af stivelse, kvældemel eller til anvendelse i bryggerier i overensstemmelse med bestemmelserne i forordning (EØF) nr. 2085/68“

„bestemt til produksjon av stivelse, forklistret med eller til anvendelse i bryggerinæringen i samsvar med bestemmelsene i forordning (EØF) nr. 2085/68“

2. Verordnung (EWG) Nr. 559/68 der Kommission vom 6. Mai 1968

ABl. Nr. L 106/6 vom 7. Mai 1968

geändert durch:

Verordnung (EWG) Nr. 316/70 der Kommission vom 20. Februar 1970

ABl. Nr. L 41/14 vom 21. Februar 1970

Verordnung (EWG) Nr. 1607/71 der Kommission vom 26. Juli 1971

ABl. Nr. L 168/16 vom 27. Juli 1971

In Artikel 2 Absatz 2 zweiter Gedankenstrich werden folgende Fassungen angefügt:

„intended for use in the brewing industry, in accordance with the provisions of Regulation (EEC) No 559/68“

„bestemt til anvendelse i bryggerier i overensstemmelse med bestemmelserne i forordning (EØF) nr. 559/68“

„bestemt til anvendelse i bryggerinaeringen i samsvar med bestemmelsene i forordning (EØF) nr. 559/68“

h) Zucker

1. Verordnung Nr. 1009/67/EWG des Rates vom 18. Dezember 1967

ABl. Nr. 308/1 vom 18. Dezember 1967

geändert durch:

Verordnung (EWG) Nr. 2100/68 des Rates vom 20. Dezember 1968

ABl. Nr. L 309/4 vom 24. Dezember 1968

Verordnung (EWG) Nr. 1393/69 des Rates vom 17. Juli 1969

ABl. Nr. L 179/1 vom 21. Juli 1969

Verordnung (EWG) Nr. 2485/69 des Rates vom 9. Dezember 1969

ABl. Nr. L 314/6 vom 15. Dezember 1969

Verordnung (EWG) Nr. 853/70 des Rates vom 12. Mai 1970

ABl. Nr. L 103/2 vom 13. Mai 1970

Verordnung (EWG) Nr. 1253/70 des Rates vom 29. Juni 1970

ABl. Nr. L 143/1 vom 1. Juli 1970

Verordnung (EWG) Nr. 1060/71 des Rates vom 25. Mai 1971

ABl. Nr. L 115/16 vom 27. Mai 1971

An Artikel 23 Absatz 1 Unterabsatz 1 wird folgender Satz angefügt:

„Die neuen Mitgliedstaaten können jedoch an Stelle der durchschnittlichen jährlichen Zuckererzeugung während der Wirtschaftsjahre 1961/1962 bis 1965/1966 diejenige der Wirtschaftsjahre 1965/1966 bis 1969/1970 verwenden.“

Artikel 23 Absatz 1 Unterabsatz 2 erhält folgende Fassung:

„Die Grundmenge beträgt für:

Dänemark	290 000	Tonnen Weißzucker
Deutschland	1 750 000	Tonnen Weißzucker
Frankreich	2 400 000	Tonnen Weißzucker
Irland	150 000	Tonnen Weißzucker
Italien	1 230 000	Tonnen Weißzucker
Niederlande	550 000	Tonnen Weißzucker
BLWU	550 000	Tonnen Weißzucker
Vereinigtes Königreich	900 000	Tonnen Weißzucker

An Artikel 24 Absatz 2 wird folgender Unterabsatz angefügt:

„Der im Vereinigten Königreich zur Bestimmung der Höchstquote anzuwendende Koeffizient wird jedoch für die Zeit bis zum Ende des Zuckerwirtschaftsjahres 1974/1975 auf 1,0 festgesetzt.“

Artikel 26 Absatz 2 Unterabsatz 1 erhält folgende Fassung:

„Diese Menge ist gleich der in Weißzucker ausgedrückten Menge, die voraussichtlich in der Gemeinschaft in dem Zuckerwirtschaftsjahr, für das die Menge gilt, für den menschlichen Verbrauch verwendet wird, abzüglich der in Weißzucker ausgedrückten Menge, die nach der Regelung des Protokolls Nr. 17 über die Zuckereinfuhr des Vereinigten Königreichs aus den im Commonwealth-Zuckerabkommen genannten Zucker ausführenden Ländern und Gebieten eingeführt werden kann.“

Folgender Artikel wird eingefügt:

„Artikel 33 a

(1) Die neuen Mitgliedstaaten ermitteln die Zuckerbestände, die sich bei Beginn der Anwendung dieser Verordnung in ihrem Hoheitsgebiet im freien Verkehr befinden.

(2) Für jeden neuen Mitgliedstaat wird eine Zuckermenge festgelegt, die als normaler Bestand zu dem in Absatz 1 genannten Zeitpunkt angesehen werden kann.

Bei der Festlegung dieser Menge wird folgendes berücksichtigt:

- ein normaler Arbeitsvorrat,
- der voraussichtliche Verbrauch in dem betreffenden Mitgliedstaat bis zum Beginn der neuen Zuckerrübenenernte,
- die Versorgungslage, ausgehend von der Inlandsproduktion und den Einfuhren oder Ausfuhren dieses Mitgliedstaates.

(3) Überschreiten die bei der in Absatz 1 genannten Ermittlung festgestellten Mengen die in Absatz 2 Unterabsatz 1 genannten Mengen, so werden die erforderlichen Maßnahmen getroffen, um zu verhindern, daß sich durch den Absatz einer Menge, die der Überschußmenge gleichkommt, finanzielle Lasten für die Gemeinschaft ergeben.

(4) Die Durchführungsbestimmungen zu diesem Artikel werden nach dem Verfahren des Artikels 40 erlassen.“

2. Verordnung (EWG) Nr. 1027/67 des Rates vom 21. Dezember 1967

ABl. Nr. 313/2 vom 22. Dezember 1967

In Artikel 3 Absatz 1 wird folgender Unterabsatz angefügt:

„Im Falle der neuen Mitgliedstaaten gilt diese Bestimmung für das erste Zuckerwirtschaftsjahr nach dem Beitritt.“

In Artikel 4 Absatz 1 wird folgender Unterabsatz angefügt:

„Im Falle der neuen Mitgliedstaaten gilt diese Bestimmung ab dem ersten Zuckerwirtschaftsjahr nach dem Beitritt.“

3. Verordnung (EWG) Nr. 206/68 des Rates vom 20. Februar 1968

ABl. Nr. L 47/1 vom 23. Februar 1968

Nach Artikel 8 wird der folgende Artikel eingefügt:

„Artikel 8 a

Für die neuen Mitgliedstaaten werden

— ‚die in Artikel 4 Absatz 2, Artikel 5 Absatz 2, Artikel 6 Absatz 2 und Artikel 10 Absatz 2 enthaltenen Worte

‚Wirtschaftsjahr 1967/1968‘

durch

‚Wirtschaftsjahr 1972/1973‘ ersetzt;

— ‚die in Artikel 5 Absatz 3 und Artikel 8 Buchstabe d enthaltenen Worte ‚vor dem Zuckerwirtschaftsjahr 1968/1969‘

durch

‚vor dem Zuckerwirtschaftsjahr 1973/1974‘ ersetzt.“

In Artikel 5 wird folgender Absatz angefügt:

„4. Für den Fall jedoch, daß die Zuckerrüben in einem neuen Mitgliedstaat frei Zuckerfabrik geliefert werden, sieht der Vertrag eine Beteiligung des Herstellers an den Beförderungskosten vor und legt hierfür den Hundertsatz oder die Beträge fest.“

4. Verordnung (EWG) Nr. 2061/69 der Kommission vom 20. Oktober 1969

ABl. Nr. L 263/19 vom 21. Oktober 1969

geändert durch:

Verordnung (EWG) Nr. 267/70 der Kommission vom 12. Februar 1970

ABl. Nr. L 35/25 vom 13. Februar 1970

Verordnung (EWG) Nr. 1068/70 der Kommission vom 5. Juni 1970

ABl. Nr. L 123/10 vom 6. Juni 1970

Verordnung (EWG) Nr. 772/71 der Kommission vom 14. April 1971

ABl. Nr. L 85/18 vom 15. April 1971

In Artikel 16 Absatz 2 werden folgende Fassungen angefügt:

„intended for denaturing by one of the processes set out in the Annex to Regulation (EEC) No 2061/69 and approved by the Member State of destination“

„bestemt til denaturering efter en af de fremgangsmåder, der er fastsat i bilaget til forordning (EØF) nr. 2061/69 og tilladt af den modtagende medlemsstat“

„bestemt til å denatureres etter en av de metoder som er fastsatt i vedlegget til forordning (EØF) nr. 2061/69, og godkjent av den Medlemsstat som er mottager“

In Artikel 21 Absatz 1 werden folgende Fassungen angefügt:

„denatured sugar“

„denatureret sukker“

„denaturert sukker“

5. Verordnung (EWG) Nr. 1734/70 der Kommission vom 26. August 1970

ABl. Nr. L 191/30 vom 27. August 1970

geändert durch:

Verordnung (EWG) Nr. 2462/70 der Kommission vom 4. Dezember 1970

ABl. Nr. L 264/16 vom 5. Dezember 1970

Verordnung (EWG) Nr. 1739/71 der Kommission vom 6. August 1971

ABl. Nr. L 178/15 vom 7. August 1971

In Artikel 4 wird folgender Absatz angefügt:

„5. Während des Zeitraums, in dem in Irland und im Vereinigten Königreich die sogenannte Sommerzeit nicht angewandt wird, gelten die in den vorstehenden Absätzen festgelegten Termine in diesen Mitgliedstaaten als um eine Stunde vorgerückt.“

6. Verordnung (EWG) Nr. 258/71 der Kommission vom 4. Februar 1971

ABl. Nr. L 29/29 vom 5. Februar 1971

geändert durch:

Verordnung (EWG) Nr. 2164/71 der Kommission vom 8. Oktober 1971

ABl. Nr. L 228/11 vom 9. Oktober 1971

In Artikel 4 wird folgender Absatz angefügt:

„5. Während des Zeitraums, in dem in Irland und im Vereinigten Königreich die sogenannte Sommerzeit nicht angewandt wird, gelten die in den vorstehenden Absätzen festgelegten Termine in diesen Mitgliedstaaten als um eine Stunde vorgeückt.“

i) Milcherzeugnisse

1. Verordnung (EWG) Nr. 823/68 des Rates vom 28. Juni 1968

ABl. Nr. L 151/3 vom 30. Juni 1968

geändert durch:

Verordnung (EWG) Nr. 2197/69 des Rates vom 28. Oktober 1969

ABl. Nr. L 279/3 vom 6. November 1969

Verordnung (EWG) Nr. 2307/70 des Rates vom 10. November 1970

ABl. Nr. L 249/13 vom 17. November 1970

Verordnung (EWG) Nr. 668/71 des Rates vom 30. März 1971

ABl. Nr. L 77/1 vom 1. April 1971; berichtigt ABl. Nr. L 95/20

Verordnung (EWG) Nr. 1578/71 des Rates vom 19. Juli 1971

ABl. Nr. L 166/1 vom 24. Juli 1971

In Anhang II werden unter Nummer 04.04 des Gemeinsamen Zolltarifs unter Punkt E 1 b) 2 folgende Käsesorten gestrichen:

„Havarti, Esrom“

2. Verordnung (EWG) Nr. 987/68 des Rates vom 15. Juli 1968

ABl. Nr. L 169/6 vom 18. Juli 1968

Artikel 1 Buchstabe a enthält folgende Fassung:

„a) Milch:

das Gemelk einer oder mehrerer Kühe oder Ziegen, dem nichts hinzugefügt und höchstens ein Teil der Fettstoffe entzogen worden ist;“

3. Verordnung (EWG) Nr. 1053/68 der Kommission vom 23. Juli 1968

ABl. Nr. L 179/17 vom 25. Juli 1968

geändert durch:

Verordnung (EWG) Nr. 196/69 der Kommission vom 31. Januar 1969

ABl. Nr. L 26/28 vom 1. Februar 1969; berichtigt ABl. Nr. L 143/15

Verordnung (EWG) Nr. 2605/70 der Kommission vom 22. Dezember 1970

ABl. Nr. L 278/17 vom 23. Dezember 1970

Verordnung (EWG) Nr. 2369/71 der Kommission vom 4. November 1971

ABl. Nr. L 246/27 vom 5. November 1971

Beim zweiten Muster der Bescheinigung werden in der Überschrift die Käsesorten „Havarti oder Esrom“ gestrichen.

4. Verordnung (EWG) Nr. 1054/68 der Kommission vom 23. Juli 1968

ABl. Nr. L 179/25 vom 25. Juli 1968; berichtigt ABl. Nr. L 143/15/69

geändert durch:

Verordnung (EWG) Nr. 196/69 der Kommission vom 31. Januar 1969

ABl. Nr. L 26/28 vom 1. Februar 1969; berichtigt ABl. Nr. L 143/15

Verordnung (EWG) Nr. 2262/69 der Kommission vom 13. November 1969

ABl. Nr. L 286/25 vom 14. November 1969

Verordnung (EWG) Nr. 2632/69 der Kommission vom 29. Dezember 1969

ABl. Nr. L 327/21 vom 30. Dezember 1969

Verordnung (EWG) Nr. 1183/70 der Kommission vom 24. Juni 1970

ABl. Nr. L 138/13 vom 25. Juni 1970

Verordnung (EWG) Nr. 50/71 der Kommission vom 12. Januar 1971

ABl. Nr. L 10/9 vom 13. Januar 1971

Verordnung (EWG) Nr. 375/71 der Kommission vom 22. Februar 1971

ABl. Nr. L 44/9 vom 23. Februar 1971

Verordnung (EWG) Nr. 1106/71 der Kommission vom 28. Mai 1971

ABl. Nr. L 177/13 vom 29. Mai 1971

Verordnung (EWG) Nr. 1660/71 der Kommission vom 28. Juli 1971

ABl. Nr. L 172/16 vom 31. Juli 1971

Im dritten Erwägungsgrund wird folgender Absatz gestrichen:

„von Dänemark:

— der ‚Mejeribrugets Osteeksportudvalg‘ in Aarhus für Havarti der Tarifstelle 04.04 E I b 2;“

Im Anhang werden die Rubrik

„Dänemark“

sowie die entsprechenden Eintragungen in den einzelnen Spalten gestrichen.

5. **Verordnung (EWG) Nr. 1098/68** der Kommission vom 27. Juli 1968

ABl. Nr. L 184/10 vom 29. Juli 1968

geändert durch:

Verordnung (EWG) Nr. 412/69 der Kommission vom 4. März 1969

ABl. Nr. L 54/9 vom 5. März 1969

Verordnung (EWG) Nr. 849/69 der Kommission vom 7. Mai 1969

ABl. Nr. L 109/7 vom 8. Mai 1969

Verordnung (EWG) Nr. 1353/69 der Kommission vom 15. Juli 1969

ABl. Nr. L 174/10 vom 16. Juli 1969

Verordnung (EWG) Nr. 951/71 der Kommission vom 7. Mai 1971

ABl. Nr. L 103/10 vom 8. Mai 1971

Im Anhang

— wird der Text unter Zone E („In Europa gelegene Gebiete“ bis „ausgenommen Gibraltar“) gestrichen;

— Zone F wird Zone E.

6. **Verordnung (EWG) Nr. 1106/68** der Kommission vom 27. Juli 1968

ABl. Nr. L 184/26 vom 29. Juli 1968; berichtigt ABl. Nr. L 200/31/69

geändert durch:

Verordnung (EWG) Nr. 2044/69 der Kommission vom 17. Oktober 1969

ABl. Nr. L 262/9 vom 18. Oktober 1969

Verordnung (EWG) Nr. 332/70 der Kommission vom 23. Februar 1970

ABl. Nr. L 44/1 vom 25. Februar 1970

Verordnung (EWG) Nr. 2026/71 der Kommission vom 21. September 1971

ABl. Nr. L 214/9 vom 22. September 1971

In Artikel 7 Absatz 2 Unterabsatz 2 werden folgende Fassungen angefügt:

„intended for denaturing or processing in accordance with Regulation (EEC) No 1106/68“

„bestemt til at underkastes kontrol med henblik på denaturering eller forarbejdning i overensstemmelse med forordning (EØF) nr. 1106/68“

„bestemt til å kontrolleres med sikte på denaturering eller bearbejdelse i samsvar med forordning (EØF) nr. 1106/68“

7. **Verordnung (EWG) Nr. 1324/68** der Kommission vom 29. August 1968

ABl. Nr. L 215/25 vom 30. August 1968

Anlage I der Verordnung erhält folgende Fassung:

In Anhang II zur Verordnung (EWG) Nr. 823/68 aufgeführte Tarifstellen	Erzeugnisse
04.04 E I b) 2	Tilsiter
ex 04.04 E I b) 3	Butterkäse Danbo Edamer Elbo Esrom Fontal Fontina Fynbo Galantino Gouda Havarti Italico Jarlsberg Maribo Molbo Mimoletto Norvegia Samsö St. Paulin Tybo andere Käsesorten mit einem Fettgehalt in der Trockenmasse von 30 Gewichtshundertteilen oder mehr und mit einem Wassergehalt in der fettfreien Käsemasse von mehr als 52 und bis zu einschließlich 67 Gewichtshundertteilen

8. **Verordnung (EWG) Nr. 685/69** der Kommission vom 14. April 1969

ABl. Nr. L 90/12 vom 15. April 1969; berichtigt ABl. Nr. L 143/15

geändert durch:

Verordnung (EWG) Nr. 880/69 der Kommission vom 12. Mai 1969

ABl. Nr. L 114/11 vom 13. Mai 1969

Verordnung (EWG) Nr. 1064/69 der Kommission vom 10. Juni 1969

ABl. Nr. L 139/13 vom 11. Juni 1969

Verordnung (EWG) Nr. 1273/69 der Kommission vom 2. Juli 1969

ABl. Nr. L 161/9 vom 3. Juli 1969

Verordnung (EWG) Nr. 332/70 der Kommission vom 23. Februar 1970

ABl. Nr. L 44/1 vom 25. Februar 1970

Verordnung (EWG) Nr. 603/70 der Kommission vom 31. März 1970

ABl. Nr. L 72/62 vom 1. April 1970

Verordnung (EWG) Nr. 757/70 der Kommission vom 24. April 1970

ABl. Nr. L 91/31 vom 25. April 1970

Verordnung (EWG) Nr. 878/70 der Kommission vom 14. Mai 1970

ABl. Nr. L 105/24 vom 15. Mai 1970

Verordnung (EWG) Nr. 606/71 der Kommission vom 23. Mai 1971

ABl. Nr. L 70/16 vom 24. Mai 1971

Verordnung (EWG) Nr. 1179/71 der Kommission vom 4. Juni 1971

ABl. Nr. L 123/18 vom 5. Juni 1971

Artikel 3 erhält folgende Fassung:

„1. Die Butter muß in Molkereien, die über technisch geeignete Anlagen verfügen, hergestellt worden sein, und zwar

a) aus pasteurisiertem saurem Rahm und

b) unter Voraussetzungen, die die Herstellung einer Butter guter Haltbarkeit gestatten.

2. Die Interventionsstellen der Mitgliedstaaten, in denen die Buttererzeugung aus pasteurisiertem süßem Rahm mindestens 65 v. H. der gesamten Buttererzeugung erreicht, kaufen jedoch auch aus Süßrahm hergestellte Butter auf.“

In Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe b werden folgende Fassungen angefügt:

„Butter for intervention“

„Interventionssmør“

„Smør fra intervensionslagre“

In Artikel 19 Absatz 2 Unterabsatz 2 werden folgende Fassungen angefügt:

„intended for processing in accordance with Regulation (EEC) No 685/69“

„bestemt til forarbejdning i overensstemmelse med forordning (EØF) nr. 685/69“

„bestemt til bearbejdning i henhold til forordning (EØF) nr. 685/69“

9. **Verordnung (EWG) Nr. 2683/70** der Kommission vom 29. Dezember 1970

ABl. Nr. L 285/36 vom 31. Dezember 1970

geändert durch:

Verordnung (EWG) Nr. 994/71) der Kommission vom 13. Mai 1971

ABl. Nr. L 108/24 vom 14. Mai 1971

Verordnung (EWG) Nr. 1638/71 der Kommission vom 28. Juli 1971

ABl. Nr. L 170/23 vom 29. Juli 1971

Verordnung (EWG) Nr. 2369/71 der Kommission vom 4. November 1971

ABl. Nr. L 246/27 vom 5. November 1971

Im Anhang werden folgende Eintragungen gestrichen:

„ex 04.03“,

„Butter mit einem Fettgehalt von 99,5 Gewichtshundertteilen oder weniger“ und

„Zone E“.

10. **Verordnung (EWG) Nr. 757/71** der Kommission vom 7. April 1971

ABl. Nr. L 83/53 vom 8. April 1971

geändert durch:

Verordnung (EWG) Nr. 1189/71 der Kommission vom 7. Juni 1971

ABl. Nr. L 124/15 vom 8. Juni 1971

Verordnung (EWG) Nr. 1549/71 der Kommission vom 20. Juli 1971

ABl. Nr. L 163/62 vom 21. Juli 1971

Verordnung (EWG) Nr. 1688/71 der Kommission vom 30. Juli 1971

ABl. Nr. L 174/1 vom 3. August 1971

In Artikel 3 Absatz 2 werden folgende Fassungen angefügt:

„Exported from the Community subject to payment of the amount laid down in Regulation (EEC) No 757/71“

„Udførsel fra Fællesskabet undergivet opkrævning af det beløb, der er omhandlet i forordning (EØF) nr. 757/71“

„Udførsel fra Fællesskabet hvor beløpet nevnt i forordning (EØF) nr. 757/71 skal oppkræves“

11. **Verordnung (EWG) Nr. 1411/71** des Rates vom 29. Juni 1971

ABl. Nr. L 148/4 vom 3. Juli 1971

berichtigt durch:

Berichtigung zur Verordnung (EWG) Nr. 1411/71 des Rates vom 29. Juni 1971

ABl. Nr. L 188/24 vom 20. August 1971 Berichtigung zur Verordnung (EWG) Nr. 1411/71 des Rates vom 29. Juni 1971

ABl. Nr. L 233/12 vom 16. Oktober 1971

In Artikel 6 wird folgender Absatz angefügt:

„1. a) Die Mitgliedstaaten können eine weitere Klasse für Vollmilch mit einem Mindestfettgehalt von 3,8 v. H. vorsehen.“

j) **Rindfleisch**

1. **Verordnung (EWG) Nr. 805/68** des Rates vom 27. Juni 1968

ABl. Nr. L 148/24 vom 28. Juni 1968

geändert durch:

Verordnung (EWG) Nr. 1253/70 des Rates vom 29. Juni 1970

ABl. Nr. L 143/1 vom 1. Juli 1970

Verordnung (EWG) Nr. 1261/71 des Rates vom 15. Juni 1971

ABl. Nr. L 132/1 vom 18. Juni 1971

Artikel 10 erhält folgende Fassung:

„Artikel 10

(1) Für Kälber und ausgewachsene Rinder wird ein Einfuhrpreis festgelegt, der für jedes dieser Erzeugnisse auf der Grundlage der Frei-Grenze-Angebotspreise der Gemeinschaft unter Berücksichtigung der repräsentativsten Kaufmöglichkeiten in bezug auf die Qualität und die Quantität sowie die Entwicklung auf dem Markt für diese Erzeugnisse berechnet wird.

Dieser Einfuhrpreis wird anhand der für Kälber, ausgewachsene Rinder oder eines der Erzeugnisse des Anhangs Abschnitt a Tarifstellen 02.01 A II a) 1 aa) oder 02.01 A II a) 1 bb) verfügbaren Preisangaben festgelegt, wobei für die letztgenannten Erzeugnisse die Angaben in Angebotspreise für Kälber oder ausgewachsene Rinder umgerechnet werden.

(2) Werden die Ausfuhren von lebenden Tieren oder von frischem und gekühltem Fleisch aus einem oder mehreren Drittländern zu anomal niedrigen Preisen getätigt, die unter den Angebotspreisen der anderen Drittländer liegen, so wird für die Einfuhren aus den betreffenden Drittländern ein besonderer Einfuhrpreis für Kälber oder ausgewachsene Rinder festgelegt.

(3) Falls einer oder mehrere der um den Zoll erhöhten Einfuhrpreise für Kälber oder für ausgewachsene Rinder niedriger sind als der Orientierungspreis, wird der Unterschied zwischen dem Orientierungspreis und dem betreffenden um den Zoll erhöhten Einfuhrpreis durch eine Abschöpfung ausgeglichen, die bei der Einfuhr dieses Erzeugnisses in die Gemeinschaft erhoben wird.

Diese Abschöpfung beträgt jedoch

- a) 75 v. H. des obengenannten Unterschieds, wenn festgestellt wird, daß der Preis des betreffenden Erzeugnisses auf den repräsentativen Märkten der Gemeinschaft höher als der Orientierungspreis und niedriger als oder gleich 102 v. H. dieses Preises ist;
- b) 50 v. H. des obengenannten Unterschieds, wenn festgestellt wird, daß der Preis des betreffenden Erzeugnisses auf den repräsentativen Märkten der Gemeinschaft höher als 102 v. H. des Orientierungspreises und niedriger als oder gleich 104 v. H. dieses Preises ist;
- c) 25 v. H. des obengenannten Unterschieds, wenn festgestellt wird, daß der Preis des genannten Erzeugnisses auf den repräsentativen Märkten der Gemeinschaft höher als 104 v. H. des Orientierungspreises und niedriger als oder gleich 106 v. H. dieses Preises ist;
- d) null, wenn festgestellt wird, daß der Preis des betreffenden Erzeugnisses auf den repräsentativen Märkten der Gemeinschaft höher als 106 v. H. des Orientierungspreises ist.

(4) Bei der Anwendung von Absatz 3 wird eine Änderung des Einfuhrpreises oder des auf den repräsentativen Märkten der Gemeinschaft festgestellten Preises nicht berücksichtigt, wenn diese Änderung einen festzulegenden Betrag nicht übersteigt.

(5) Der auf den repräsentativen Märkten der Gemeinschaft festgestellte Preis ist der Preis, der ausgehend von den auf dem repräsentativen Markt oder den repräsentativen Märkten der einzelnen Mitgliedstaaten für die verschiedenen Qualitäten — je nach Fall für Kälber, für ausgewachsene Rinder oder für Fleisch von Kälbern oder von ausgewachsenen Rindern — festgesetzten Preisen ermittelt wird, wobei einerseits der Bedeutung dieser Qualitäten und andererseits der relativen Höhe des Viehbestands der einzelnen Mitgliedstaaten Rechnung getragen wird.

(6) Die Durchführungsbestimmungen zu diesem Artikel werden nach dem Verfahren des Artikels 27 festgesetzt.

(7) Die sich aus der Anwendung des Absatzes 2 ergebenden Abschöpfungen werden nach dem Verfahren des Artikels 27 festgesetzt.

Die sich aus der Anwendung des Absatzes 1 ergebenden Abschöpfungen werden von der Kommission festgesetzt."

2. **Verordnung (EWG) Nr. 1027/68** der Kommission vom 22. Juli 1968
 ABl. Nr. L 174/14 vom 23. Juli 1968
 geändert durch:
 Verordnung (EWG) Nr. 705/71 der Kommission vom 31. März 1971
 ABl. Nr. L 77/79 vom 1. April 1971

Artikel 8 über den Handel mit Dänemark wird gestrichen.

Artikel 9 erhält folgende Fassung:

„Vorbehaltlich des Artikels 6 der Verordnung (EWG) Nr. 1026/68 der Kommission vom 22. Juli 1968 über die Errechnung eines besonderen Einfuhrpreises für Kälber und ausgewachsene Rinder werden die in Artikel 10 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 805/68 genannten Abschöpfungen einmal wöchentlich festgesetzt und gelten von dem auf ihre Festsetzung folgenden Montag an.“

3. **Verordnung (EWG) Nr. 1097/68** der Kommission vom 27. Juli 1968

ABl. Nr. L 184/5 vom 29. Juli 1968

geändert durch:

Verordnung (EWG) Nr. 1261/68 der Kommission vom 20. August 1968

ABl. Nr. L 208/7 vom 21. August 1968

Verordnung (EWG) Nr. 1556/68 der Kommission vom 4. Oktober 1968

ABl. Nr. L 244/15 vom 5. Oktober 1968

Verordnung (EWG) Nr. 1585/68 der Kommission vom 10. Oktober 1968

ABl. Nr. L 248/16 vom 11. Oktober 1968

Verordnung (EWG) Nr. 1809/69 der Kommission vom 12. September 1969

ABl. Nr. L 232/6 vom 13. September 1969

Verordnung (EWG) Nr. 1795/71 der Kommission vom 17. August 1971

ABl. Nr. L 187/5 vom 19. August 1971

In Artikel 9 Absatz 1 werden folgende Fassungen angefügt:

„This copy of the contract entitles to the special import arrangements provided for in Article 14 (3), subparagraph (b) (aa) of Regulation (EEC) No 805/68“

„Dette kontrakteksemplar berettiger til at nyde godt af den særlige importordning, der er omhandlet i artikel 14, stk. 3, litra b, underlitra aa, i forordning (EØF) nr. 805/68“

„Dette kontrakteksemplar gir rett il å nyte godt av den særlige importordning som er nevnt i artikkel 14 nr. 3 b) aa i forordning (EØF) nr. 805/68“

k) T a b a k

Verordnung (EWG) Nr. 1726/70 der Kommission vom 25. August 1970

ABl. Nr. L 191/1 vom 27. August 1970

geändert durch:

Verordnung (EWG) Nr. 2596/70 der Kommission vom 21. Dezember 1970

ABl. Nr. L 277/7 vom 22. Dezember 1970

In Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a werden folgende Fassungen angefügt:

„leaf tobacco harvested in the Community“

„tobaksblade høstet i Fællesskabet“

„bladtobakk innhøstet innen Fellesskapet“

In Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe b werden folgende Fassungen angefügt:

„leaf tobacco imported from third countries“

„tobaksblade importeret fra tredjelande“

„bladtobakk importert fra tredjeland“

In Artikel 5 Absatz 3 werden folgende Fassungen angefügt:

„tobacco imported from third countries“

„tobak importeret fra tredjelande“

„tobakk importert fra tredjeland“

l) F i s c h e r e i e r z e u g n i s s e

1. **Verordnung (EWG) Nr. 2142/70** des Rates vom 20. Oktober 1970

ABl. Nr. L 236/5 vom 27. Oktober 1970; berichtigt
 ABl. Nr. L 4/11/71 und Nr. L 9/7/71

Artikel 6 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„3. Die ursprünglichen Mitgliedstaaten können die Beihilfen für die vor Inkrafttreten dieser Verordnung gegründeten Erzeugerorganisationen und die neuen Mitgliedstaaten die Beihilfen für die vor dem Beitritt gegründeten Erzeugerorganisationen zur Erleichterung ihrer Anpassung und ihrer Tätigkeit im Rahmen der Maßnahmen nach Artikel 5 Absatz 1 beibehalten, sofern diese Beihilfen nicht höher sind und nicht während eines längeren Zeitraums gewährt werden als die gemäß Absatz 1 zulässigen Beihilfen.“

Nach Artikel 7 wird folgender Artikel eingefügt:

„Artikel 7 a

Die ausschließliche Anerkennung einer Erzeugerorganisation für Fischereierzeugnisse für ein bestimmtes wirtschaftliches Gebiet kann von den Mitgliedstaaten erteilt werden, wenn die Erzeugerorganisation als repräsentativ für die Erzeugung und den Markt dieses Gebietes angesehen wird.

Die Erzeuger, die der in dieser Weise anerkannten Erzeugerorganisation nicht angehören und die ihre Erzeugung in dem betreffenden Gebiet anlanden, können von den Mitgliedstaaten folgenden Regeln unterworfen werden:

- a) Den gemeinsamen Regeln des Artikels 5 Absatz 1 Unterabsatz 2 zweiter Gedankenstrich für Erzeugung und Vermarktung;
- b) den von der betreffenden Organisation festgelegten Regeln betreffend den Rücknahmepreis, wenn dieser dem nach Artikel 10 Absatz 5 festgesetzten Preis gleich ist oder darüber liegt, ohne jedoch den Orientierungspreis zu übersteigen, und wenn er den gemäß Artikel 7 Absatz 1 Unterabsatz 3 erlassenen Bestimmungen entspricht.“

In Artikel 10 Absatz 4 erhält Unterabsatz 2 folgende Fassung:

„Um den Erzeugern in den Anlandegebieten, die von den wichtigsten Verbrauchszentren der Gemeinschaft sehr weit entfernt liegen, zufriedenstellende Bedingungen für den Zugang zu den Märkten zu gewährleisten, können für diese Gebiete Anpassungskoeffizienten auf den in Unterabsatz 1 genannten Preis angewandt werden; diese Koeffizienten werden so festgesetzt, daß die Unterschiede zwischen den auf diese Weise angepaßten Preisen den Preisunterschieden entsprechen, die auf der Grundlage der natürlichen Bedingungen der Preisbindung auf dem Markt bei normaler Produktion vorherzusehen sind.

Der Rat erläßt auf Vorschlag der Kommission nach dem in Artikel 43 Absatz 2 des EWG-Vertrags vorgesehenen Abstimmungsverfahren die allgemeinen Vorschriften über die Festsetzung des Hundertsatzes des Orientierungspreises, der bei der Berechnung des Rücknahmepreises als Grundlage dient, und über die Festlegung der in Unterabsatz 1 erwähnten Anlandegebiete.

Der Rat prüft anhand eines Berichts der Kommission unter Berücksichtigung der Lage der Fischer in den sehr weit entfernten Gebieten die Folgen, welche die Anwendung der Anpassungskoeffizienten auf die Berechnung des Finanzausgleichs haben könnte. Der Rat faßt auf Vorschlag der Kommission nach dem in Unterabsatz 2 genannten Abstimmungsverfahren die erforderlichen Beschlüsse.“

Nach Artikel 25 wird folgender Artikel eingefügt:

„Artikel 25 a

Für tiefgefrorene Erzeugnisse erläßt der Rat, soweit es in irgendeiner Weise erforderlich erscheint, nach dem

Verfahren des Artikels 43 Absatz 2 des EWG-Vertrags geeignete Maßnahmen, damit die Stabilität der Preise nicht leidet und sich nicht für die an Bord tiefgefrorenen Fische und die an Land tiefgefrorenen Fische unterschiedliche Wettbewerbsbedingungen ergeben. Nach dem gleichen Verfahren erläßt der Rat geeignete Maßnahmen, um etwaigen Schwierigkeiten bei der Erhaltung des Versorgungsgleichgewichts zu begegnen.“

2. **Verordnung (EWG) Nr. 166/71** des Rates vom 26. Januar 1971

ABl. Nr. L 23 3 vom 29. Januar 1971

In Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe b werden folgende Fassungen angefügt:

„shrimps“
„grå rejer“
„strandreker“

m) **Hopfen**

Verordnung (EWG) Nr. 1696/71 des Rates vom 26. Juli 1971

ABl. Nr. L 175/1 vom 4. August 1971

In Artikel 17 Absatz 5 wird der Betrag

„1,6 Millionen Rechnungseinheiten“

durch

„2,4 Millionen Rechnungseinheiten“

ersetzt.

C. Allgemeine Rechtsakte

1. **Verordnung (EWG) Nr. 1373/70** der Kommission vom 10. Juli 1970

ABl. Nr. L 158 1 vom 20. Juli 1970

geändert durch:

Verordnung (EWG) Nr. 2638/70 der Kommission vom 23. Dezember 1970

ABl. Nr. L 283 34 vom 29. Dezember 1970

Artikel 6 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„3. Die in diesem Artikel festgesetzten Zeitgrenzen
— liegen, solange in Italien die Sommerzeit gilt, für diesen Mitgliedstaat um eine Stunde später,
— liegen, solange in Irland und im Vereinigten Königreich nicht die Sommerzeit gilt, für diese Mitgliedstaaten um eine Stunde früher.“

Artikel 12 Absatz 4 Unterabsatz 2 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Der Seriennummer sind je nach dem Mitgliedstaat, der das Dokument erteilt, folgende Buchstaben voranzustellen: B für Belgien, DK für Dänemark, D für Deutschland, F für Frankreich, IR für Irland, I für Italien, L für Luxemburg, NL für die Niederlande, N für Norwegen und UK für das Vereinigte Königreich.“

2. **Verordnung (EWG) Nr. 2637/70** der Kommission vom 23. Dezember 1970

ABl. Nr. L 283 15 vom 29. Dezember 1970

geändert durch:

Verordnung (EWG) Nr. 434/71 der Kommission vom 26. Februar 1971

ABl. Nr. L 48 71 vom 27. Februar 1971

Verordnung (EWG) Nr. 435/71 der Kommission vom 26. Februar 1971

ABl. Nr. L 48 72 vom 27. Februar 1971

Verordnung (EWG) Nr. 589/71 der Kommission vom 19. März 1971

ABl. Nr. L 67/15 vom 20. März 1971

Verordnung (EWG) Nr. 952/71 der Kommission vom 7. Mai 1971

ABl. Nr. L 103/11 vom 8. Mai 1971

Verordnung (EWG) Nr. 1391/71 der Kommission vom 30. Juni 1971

ABl. Nr. L 145/44 vom 1. Juli 1971

Verordnung (EWG) Nr. 1605/71 der Kommission vom 26. Juli 1971

ABl. Nr. L 168/13 vom 27. Juli 1971

Verordnung (EWG) Nr. 1607/71 der Kommission vom 26. Juli 1971

ABl. Nr. L 168/16 vom 27. Juli 1971

Verordnung (EWG) Nr. 1614/71 der Kommission vom 26. Juli 1971

ABl. Nr. L 168/34 vom 27. Juli 1971

Verordnung (EWG) Nr. 2128/71 der Kommission vom 4. Oktober 1971

ABl. Nr. L 224/16 vom 5. Oktober 1971

Verordnung (EWG) Nr. 2195/71 der Kommission vom 13. Oktober 1971

ABl. Nr. L 231/26 vom 14. Oktober 1971

Verordnung (EWG) Nr. 2256/71 der Kommission vom 21. Oktober 1971

ABl. Nr. L 237/25 vom 22. Oktober 1971

In Artikel 8 Absatz 2 Unterabsatz 2 werden folgende Fassungen angefügt:

„without cash refund“

„uden kontant restitution“

„uten restitusjon i konanter“

In Artikel 8 Absatz 3 Unterabsatz 4 werden folgende Fassungen angefügt:

„exempt from levies“

„fritagelse for importavgift“

„fritakelse for importavgift“

In Artikel 10 Absatz 1 werden folgende Fassungen angefügt:

„the quantity relates to the standard quality“

„mængden refererer til standardkvaliteten“

„mengden refererer seg til standardkvaliteten“

In Artikel 11 Absatz 2 Buchstabe b werden folgende Hinweise gestrichen:

„Dänemark“ und „Großbritannien“

In Artikel 16 Absatz 1 Unterabsatz 2 werden folgende Fassungen angefügt:

„valid for ... (quantity given in figures and in letters)“

„gyldig for ... (mængde i tal og bogstaver)“

„gyldig for ... (mengden i tall og bokstaver)“

In Artikel 18 Absatz 1 werden folgende Fassungen angefügt:

„the abbreviations AAMS/OCT“

„forkortelserne A.A.S.M./O.L.T.“

„forkortelsene E.A.M.A./P.T.O.M.“

In Artikel 18 Absatz 2 werden folgende Fassungen angefügt:

„levy applied for in accordance with Article 3 (2) of Regulation No 540/70“

„importavgift begæres i overensstemmelse med artikel 3, stk. 2, i forordning nr. 540/70“

„importavgift begjært i samsvar med artikkel 3 nr. 2 i forordning nr. 540/70“

In Artikel 19 Absatz 1 werden folgende Fassungen angefügt:

„food aid“

„fødevarehjælp“

„næringsmiddelstilskott“

„matvarehjælp“

In Artikel 30 Absatz 2 werden folgende Fassungen angefügt:

„Tender Regulation No ... (OJ No ...)“

„final date for the submission of tenders“

„expiring on ...“

„licitationsforordning nr. ... (EFT nr. ... af ...)“

„tilbudsfristen udløber ...“

„forordning om anbudsutskrivning nr. ... (O.K. nr. ... av ...) fristen for å presentere tilbudene utløper den ...“

In Artikel 31 Absatz 1 werden folgende Fassungen angefügt:

„for export in pursuance of Article 25 of Regulation No 1009/67/EEC“

„til eksport i medfør af artikel 25 i forordning nr. 1009/67/EØF“

„til eksport i henhold til artikkel 25 i forordning nr. 1009/67/EØF“

In Artikel 31 Absatz 2 werden folgende Fassungen angefügt:

„for export without refund“

„til eksport uden restitution“

„til eksport uten restitusjon“

In Artikel 35 Absatz 2 Buchstabe b wird die Rubrik

„ex 04.04 E I b) 1 Cheddar und Chester für die Ausfuhr nach der Zone E“

gestrichen.

In Artikel 35 wird Absatz 4 gestrichen.

In Artikel 36 Absatz 1 Unterabsatz 1 werden folgende Fassungen angefügt:

„target quantity“

„anslået mængde“

„anslåt mengde“

In Artikel 36 Absatz 3 Unterabsatz 2 werden folgende Fassungen angefügt:

„additional licence“

„ekstra lisens“

„utfyllende lisens“

In Artikel 41 Absatz 1 werden folgende Fassungen angefügt:

„meat intended for processing — system bb) ...“

„kød bestemt til forarbejdning — ordning bb) ...“

„kjøtt bestemt til foredling — bb reglene ...“

In Artikel 41 Absatz 2 werden folgende Fassungen angefügt:

„suspension of the levy at ...% in respect of ... (quantity in figures and in letters) kg“

„nedsættelse af importavgiften til ...% for ... (kvan- tum i tal og bogstaver) kg“

„suspensjon av importavgiften til et beløp på ...% for ... (mengde i tall og bokstaver) kg“

In Artikel 47 Absatz 1 Unterabsatz 2 werden folgende Fassungen angefügt:

„density tolerance of 0.03“

„tolerance for vægtfylde på 0.03“

„tillatt avvik i romvekt på 0.03“

In Artikel 49 Absatz 2 Unterabsatz 2 werden folgende Fassungen angefügt:

- „tolerance of 0.4 degree“
- „tolerance 0,4 grader“
- „tillatt avvik på 0,4 grader“

D. Saatgut- und Pflanzgutrecht

1. Richtlinie Nr. 66/401/EWG des Rates vom 14. Juni 1966

ABl. Nr. 125/2298 vom 11. Juli 1966

geändert durch:

Richtlinie Nr. 69/63/EWG des Rates vom 18. Februar 1969

ABl. Nr. L 48/8 vom 26. Februar 1969

Richtlinie Nr. 71/162/EWG des Rates vom 30. März 1971

ABl. Nr. L 87/24 vom 17. April 1971

In Artikel 14 wird der folgende Absatz angefügt:

- „1. a) Die Kommission genehmigt nach dem Verfahren des Artikel 21 für den Verkehr mit Futterpflanzensaatgut im gesamten Gebiet oder in Teilgebieten eines oder mehrerer Mitgliedstaaten den Erlaß strengerer als der in der Anlage II vorgesehenen Vorschriften bezüglich des Vorhandenseins von *Avena fatua* in diesem Saatgut, wenn vergleichbare Vorschriften auf die einheimische Erzeugung dieses Saatguts angewandt werden und wenn im Futterpflanzenbau des betreffenden Gebiets tatsächlich Maßnahmen zur Bekämpfung von *Avena fatua* im Gange sind.“

2. Richtlinie Nr. 66/402/EWG des Rates vom 14. Juni 1966

ABl. Nr. 125/2309 vom 11. Juli 1966

geändert durch:

Richtlinie Nr. 69/60/EWG des Rates vom 18. Februar 1969

ABl. Nr. L 48/1 vom 26. Februar 1969

Richtlinie Nr. 71/162/EWG des Rates vom 30. März 1971

ABl. Nr. L 87/24 vom 17. April 1971

Artikel 14 wird durch folgenden neuen Absatz ergänzt:

- „1. a) Die Kommission genehmigt nach dem Verfahren des Artikels 21 für den Verkehr mit Getreidesaatgut im gesamten Gebiet oder in Teilgebieten eines oder mehrerer Mitgliedstaaten den Erlaß strengerer als der in der Anlage II vorgesehenen Vorschriften bezüglich des Vorhandenseins von *Avena fatua* in diesem Saatgut, wenn vergleichbare Vorschriften auf die einheimische Erzeugung dieses Saatguts angewandt werden und wenn im Getreideanbau des betreffenden Gebiets tatsächlich Maßnahmen zur Bekämpfung von *Avena fatua* im Gange sind.“

3. Richtlinie Nr. 70/457/EWG des Rates vom 29. September 1970

ABl. Nr. L 225/1 vom 12. Oktober 1970

In Artikel 3 Absatz 3 wird folgender Unterabsatz angefügt:

„Im Falle der neuen Mitgliedstaaten wird der oben genannte Termin 1. Juli 1970 durch den Termin 1. Januar 1973 ersetzt.“

In Artikel 15 Absatz 1 wird folgender Unterabsatz angefügt:

„Im Falle der neuen Mitgliedstaaten wird der oben genannte Termin 1. Juli 1972 durch den Termin 1. Juli 1973 ersetzt.“

In Artikel 16 Absatz 1 wird folgender Unterabsatz angefügt:

„Im Falle der neuen Mitgliedstaaten wird der oben genannte Termin 1. Juli 1972 durch den Termin 1. Juli 1973 ersetzt.“

In Artikel 17 wird folgender Unterabsatz angefügt:

„Im Falle der neuen Mitgliedstaaten wird der oben genannte Termin 1. Juli 1972 durch den Termin 1. Juli 1973 ersetzt.“

4. Richtlinie Nr. 70/458/EWG des Rates vom 29. September 1970

ABl. Nr. L 225/7 vom 12. Oktober 1970

geändert durch:

Richtlinie Nr. 71/162/EWG des Rates vom 30. März 1971

ABl. Nr. L 87/24 vom 17. April 1971

In Artikel 9 Absatz 1 wird folgender Unterabsatz angefügt:

„Im Falle der neuen Mitgliedstaaten werden die oben genannten Termine 1. Juli 1970 und 30. Juni 1975 durch die Termine 1. Januar 1973 bzw. 31. Dezember 1977 ersetzt.“

In Artikel 9 Absatz 2 wird folgender Unterabsatz angefügt:

„Im Falle der neuen Mitgliedstaaten wird der oben genannte Termin 1. Juli 1970 durch den Termin 1. Januar 1973 ersetzt.“

In Artikel 12 Absatz 1 wird folgender Unterabsatz angefügt:

„Im Falle der neuen Mitgliedstaaten wird der oben genannte Termin 1. Juli 1970 durch den Termin 1. Januar 1973 ersetzt.“

In Artikel 16 Absatz 4 wird folgender Unterabsatz angefügt:

„Im Falle der neuen Mitgliedstaaten wird der oben genannte Termin 1. Juli 1972 durch den Termin 1. Juli 1973 ersetzt.“

In Artikel 26 Absatz 2 wird folgender Unterabsatz angefügt:

„Im Falle der neuen Mitgliedstaaten wird der oben genannte Termin 1. Juli 1970 durch den Termin 1. Januar 1973 ersetzt.“

Anlage II Nummer 3 Buchstabe a:

- a) nach der Zeile „*Asparagus Officinalis*“ wird folgende Art eingefügt: „*Beta vulgaris* (Cheltenham beet)“; in den Spalten betreffend die technische Mindestreinheit, den Höchstanteil an Körnern anderer Pflanzenarten und die Mindestkeimfähigkeit werden jeweils die folgenden Prozentsätze angegeben:

„97 — 0,5 — 50 (Knäuel)“

- b) die Angabe „*Beta vulgaris* (alle Arten)“ wird durch „*Beta vulgaris* (übrige Arten)“

ersetzt.

E. Agrarstatistik

1. Richtlinie Nr. 68/161/EWG des Rates vom 27. März 1968

ABl. Nr. L 76/13 vom 28. März 1968

berichtigt durch:

Berichtigung der Richtlinie Nr. 68/161/EWG des Rates vom 27. März 1968

ABl. Nr. L 132/15 vom 14. Juni 1968

In Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe b wird folgender Satz angefügt:

„Die neuen Mitgliedstaaten führen diese Untersuchung im Verlauf des Jahres 1973 durch.“

2. Richtlinie Nr. 69/400/EWG des Rates vom 28. Oktober 1969

ABl. Nr. L 288/1 vom 17. November 1969

In Artikel 6 Absatz 2 wird folgender Unterabsatz angefügt:

„Im Falle der neuen Mitgliedstaaten erfolgt die Übermittlung der Angaben, über die sie verfügen, so bald wie möglich nach dem Beitritt.“

F. Veterinärrecht

1. Richtlinie Nr. 64/432/EWG des Rates vom 26. Juni 1964
ABl. Nr. 121/1977 vom 29. Juli 1964; berichtigt ABl. S. 2799

geändert durch:

Richtlinie Nr. 66/600/EWG des Rates vom 25. Oktober 1966

ABl. Nr. 192/3294 vom 27. Oktober 1966

Richtlinie Nr. 70/360/EWG des Rates vom 13. Juli 1970

ABl. Nr. L 157/40 vom 18. Juli 1970

Richtlinie Nr. 71/285/EWG des Rates vom 19. Juli 1971

ABl. Nr. L 179/1 vom 9. August 1971

Das Datum in Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe C Absatz 2 wird durch das Datum des 31. Dezember 1977 ersetzt.

Anlage F:

- a) — unter Punkt IV Zeile 5 der Bescheinigung Muster I ist nach dem Wort „Schiff“ die Anmerkung (3) einzufügen
- unter Punkt IV Zeile 5 der Bescheinigung Muster II ist nach dem Wort „Schiff“ die Anmerkung (4) einzufügen
- unter Punkt IV Zeile 5 der Bescheinigung Muster III ist nach dem Wort „Schiff“ die Anmerkung (3) einzufügen
- unter Punkt IV Zeile 5 der Bescheinigung Muster IV ist nach dem Wort „Schiff“ die Anmerkung (4) einzufügen.

- b) — die Fußnote (3) der Bescheinigung Muster I
- die Fußnote (4) der Bescheinigung Muster II
- die Fußnote (3) der Bescheinigung Muster III
- die Fußnote (4) der Bescheinigung Muster IV

erhalten folgende Fassung:

„Bei Versand mit Eisenbahnwaggons oder Lastkraftwagen sind die jeweiligen Kennzeichen oder Nummern, bei Versand per Flugzeug die Flugnummer und bei Versand per Schiff der Name des Schiffes einzutragen.“

2. Richtlinie Nr. 64/433/EWG des Rates vom 26. Juni 1964
ABl. Nr. 121/2012 vom 29. Juli 1964; berichtigt ABl. S. 2799

geändert durch:

Richtlinie Nr. 66/601/EWG des Rates vom 25. Oktober 1966

ABl. Nr. 192/3302 vom 27. Oktober 1966

Richtlinie Nr. 69/349/EWG des Rates vom 6. Oktober 1969

ABl. Nr. L 256/5 vom 11. Oktober 1969

Richtlinie Nr. 70/486/EWG des Rates vom 27. Oktober 1970

ABl. Nr. L 239/42 vom 30. Oktober 1970; berichtigt ABl. Nr. L 245/35

In Anlage I Kapitel IX erhalten Absatz 1 dritter Gedankenstrich der Nummer 40 und Absatz 3 dritter Gedankenstrich der Nummer 43 folgende Fassung:

„— im unteren Teil eine der folgenden Abkürzungen: EWG, EEG, CEE, EØF, EEC.“

In Anlage II erhält die Fußnote (3) des Musters der Gesundheitsbescheinigung folgende Fassung:

„Bei Versand mit Eisenbahnwaggons oder Lastkraftwagen sind die jeweiligen Kennzeichen oder Nummern, bei Versand per Flugzeug die Flugnummer und bei Versand per Schiff der Name des Schiffes einzutragen.“

3. Richtlinie Nr. 71/118/EWG des Rates vom 15. Februar 1971

ABl. Nr. L 55/23 vom 8. März 1971

In Anhang I Kapitel II Nummer 2 Buchstabe b wird der erste Absatz wie folgt ergänzt:

„In den Mitgliedstaaten, in denen auch Tauben entsprechend den Bestimmungen dieser Richtlinie geschlachtet werden müssen, kann jedoch das frische Taubenfleisch in dem gleichen Raum gelagert werden wie das frische Fleisch von Haustieren der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Arten.“

In Anhang I Kapitel IV wird unter Nummer 16 der folgende Satz angefügt:

„Die Betäubung braucht jedoch nicht durchgeführt zu werden, wenn eine religiöse Vorschrift dies verbietet.“

In Anhang I Kapitel VII Nummer 31 erhalten unter Buchstabe a in Absatz 2 der dritte Gedankenstrich und unter Buchstabe c in Absatz 2 der dritte Gedankenstrich folgende Fassung:

„— im unteren Teil eine der folgenden Abkürzungen: EWG, EEG, CEE, EØF, EEC.“

In Anhang II wird unter Nummer 1 Buchstabe a der folgende Satz angefügt:

„Wird in einem Mitgliedstaat ein polizeiliches Führungszeugnis nicht ausgestellt, so kann statt dessen eine eidesstattliche Erklärung oder eine feierliche Erklärung vorgelegt werden, die der Betreffende vor einer Justiz- oder Verwaltungsbehörde, einem Notar oder einer hierzu befugten Berufsorganisation dieses Mitgliedstaates abgegeben hat.“

In Anhang IV erhält die Fußnote (3) des Musters der Genußtauglichkeitsbescheinigung folgende Fassung:

„Bei Versand mit Eisenbahnwaggons oder Lastwagen sind die jeweiligen Kennzeichen oder Nummern, bei Versand per Flugzeug die Flugnummer und bei Versand per Schiff der Name des Schiffes einzutragen.“

III. Niederlassungsrecht, freier Dienstleistungsverkehr, Koordinierung der Verfahren auf dem Gebiet der öffentlichen Bauaufträge und Angleichung der Rechtsvorschriften

A. Land- und Forstwirtschaft, Gartenbau, Fischerei

1. **Richtlinie Nr. 65/1/EWG** des Rates vom 14. Dezember 1964
 ABl. Nr. 1/65 vom 8. Januar 1965
 Am Ende von Artikel 5 Absatz 2 wird angefügt:
 „d) In Dänemark:
 — durch das Erfordernis für nicht in Dänemark ansässige Personen und für Gesellschaften, die ihren Sitz nicht in Dänemark haben, eine vorherige Genehmigung für den Erwerb von Grundbesitz vom Justizministerium zu erwirken (Gesetz vom 23. Dezember 1959 über den Erwerb von Grundbesitz).“
 Artikel 6 Absatz 2 erhält folgende Fassung:
 „2. Wird im Heimat- oder Herkunftsland ein Zuverlässigkeitsnachweis oder eine Bescheinigung darüber, daß kein Konkurs erfolgt ist, nicht ausgestellt, so kann das betreffende Dokument durch eine eidesstattliche Erklärung — oder in den Staaten, in denen es keine eidesstattliche Erklärung gibt, durch eine feierliche Erklärung — ersetzt werden, die der Betreffende vor einer zuständigen Justiz- oder Verwaltungsbehörde oder gegebenenfalls vor einem Notar des Heimat- oder Herkunftslandes, die eine diese eidesstattliche Erklärung oder diese feierliche Erklärung bestätigende Bescheinigung ausstellen, abgegeben hat. Die Erklärung, daß kein Konkurs erfolgt ist, kann auch vor einer hierzu befugten, für den Beruf des Betreffenden zuständigen Stelle dieses Landes abgegeben werden.“
2. **Richtlinie Nr. 67/530/EWG** des Rates vom 25. Juli 1967
 ABl. Nr. 190/1 vom 10. August 1967
 An Artikel 3 Absatz 2 wird folgendes angefügt:
 „In Dänemark:
 — Erfordernis für nicht in Dänemark ansässige Personen und für Gesellschaften, die ihren Sitz nicht in Dänemark haben, eine vorherige Genehmigung für den Erwerb von Grundbesitz vom Justizministerium zu erwirken (Gesetz vom 23. Dezember 1959 über den Erwerb von Grundbesitz);
 In Norwegen:
 — Erfordernis norwegischer Staatsangehörigkeit für die Zucht von Rentieren (Gesetz vom 12. Mai 1933).“
3. **Richtlinie Nr. 67/531/EWG** des Rates vom 25. Juli 1967
 ABl. Nr. 190/3 vom 10. August 1967
 Am Ende von Artikel 3 Absatz 2 wird folgendes angefügt:
 „In Dänemark:
 — Erfordernis für nicht in Dänemark ansässige Personen und für Gesellschaften, die ihren Sitz nicht in Dänemark haben, eine vorherige Genehmigung für den Erwerb von Grundbesitz vom Justizministerium zu erwirken (Gesetz vom 23. Dezember 1959 über den Erwerb von Grundbesitz).“
4. **Richtlinie Nr. 67/532/EWG** des Rates vom 25. Juli 1967
 ABl. Nr. 190/5 vom 10. August 1967
 Am Ende von Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b wird folgendes angefügt:
 „Im Vereinigten Königreich:
 „Cooperative association“ (Finance Act 1965, section 70 (9));
 In Irland:
 „Cooperative Society“ (Industrial and Provident Societies Acts, 1893—1966);
 In Dänemark:
 „Andelsselskab“;
 In Norwegen:
 „Kooperativer“.“
5. **Richtlinie Nr. 67/654/EWG** des Rates vom 24. Oktober 1967
 ABl. Nr. 263/6 vom 30. Oktober 1967
 Am Ende von Artikel 3 Absatz 2 wird folgendes angefügt:
 „d) In Dänemark:
 — durch das Erfordernis für nicht in Dänemark ansässige Personen und für Gesellschaften, die ihren Sitz nicht in Dänemark haben, eine vorherige Genehmigung für den Erwerb von Grundbesitz vom Justizministerium zu erwirken (Gesetz vom 23. Dezember 1959 über den Erwerb von Grundbesitz);
 e) In Norwegen:
 — durch das Erfordernis der norwegischen Staatsangehörigkeit für den Erwerb von Wald (Gesetz vom 18. September 1909).“
 Artikel 6 Absatz 2 erhält folgende Fassung:
 „Wird im Heimat- oder Herkunftsland ein Zuverlässigkeitsnachweis oder eine Bescheinigung darüber, daß kein Konkurs erfolgt ist, nicht ausgestellt, so kann das betreffende Dokument durch eine eidesstattliche Erklärung — oder in den Staaten, in denen es keine eidesstattliche Erklärung gibt, durch eine feierliche Erklärung — ersetzt werden, die der Betreffende vor einer zuständigen Justiz- oder Verwaltungsbehörde oder gegebenenfalls vor einem Notar des Heimat- oder Herkunftslandes, die eine diese eidesstattliche Erklärung oder diese feierliche Erklärung bestätigende Bescheinigung ausstellen, abgegeben hat. Die Erklärung, daß kein Konkurs erfolgt ist, kann auch vor einer hierzu befugten, für den Beruf des Betreffenden zuständigen Stelle dieses Landes abgegeben werden.“
6. **Richtlinie Nr. 68/192/EWG** des Rates vom 5. April 1968
 ABl. Nr. L 93/13 vom 17. April 1968
 Am Ende von Artikel 3 Absatz 2 wird folgendes angefügt:
 „In Dänemark:
 — Voraussetzung für die Gewährung oder weitere Inanspruchnahme von Darlehen unter gewissen günstigen Bedingungen und Sicherheiten für Kleinbauern ist gemäß § 5 Sektion 1 des Gesetzes über die Kleinbauern Nr. 117 vom 10. April 1967 die dänische Staatsangehörigkeit.“
7. **Richtlinie Nr. 71/18/EWG** des Rates vom 16. Dezember 1970
 ABl. Nr. L 8/24 vom 11. Januar 1971
 Am Ende von Artikel 3 Absatz 2 wird folgendes angefügt:
 „c) In Dänemark:
 — durch das Erfordernis für nicht in Dänemark ansässige Personen und für Gesellschaften, die

ihren Sitz nicht in Dänemark haben, für den Erwerb von Grundbesitz eine vorherige Genehmigung vom Justizministerium zu erwirken (Gesetz vom 23. Dezember 1959 über den Erwerb von Grundbesitz).“

Artikel 7 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„Wird im Heimat- oder Herkunftsland ein Zuverlässigkeitsnachweis oder eine Bescheinigung darüber, daß kein Konkurs erfolgt ist, nicht ausgestellt, so kann das betreffende Dokument durch eine eidesstattliche Erklärung — oder in den Staaten, in denen es keine eidesstattliche Erklärung gibt, durch eine feierliche Erklärung — ersetzt werden, die der Betreffende vor einer zuständigen Justiz- oder Verwaltungsbehörde oder gegebenenfalls vor einem Notar des Heimat- oder Herkunftslandes, die eine diese eidesstattliche Erklärung oder diese feierliche Erklärung bestätigende Bescheinigung ausstellen, abgegeben hat. Die Erklärung, daß kein Konkurs erfolgt ist, kann auch vor einer hierzu befugten, für den Beruf des Betreffenden zuständigen Stelle dieses Landes abgegeben werden.“

B. Bergbau, Energie- und Wasserwirtschaft

1. Richtlinie Nr. 64/428/EWG des Rates vom 7. Juli 1964 Abl. Nr. 117/1871 vom 23. Juli 1964

Am Ende von Artikel 4 Absatz 2 wird folgendes hinzugefügt:

„e) Im Vereinigten Königreich:

- durch die Beschränkung der Erteilung von Konzessionen für das Schürfen und die Erzeugung von Erdöl und Erdgas an Personen, die ansässige Bürger des Vereinigten Königreichs und der Kolonien sind oder an im Vereinigten Königreich niedergelassene Gesellschaften (Verordnung Nr. 4 der Verordnungen von 1966 über Erdöl [Gewinnung]);

f) In Dänemark:

- durch das Erfordernis für nicht in Dänemark ansässige Personen und für Gesellschaften, die ihren Sitz nicht in Dänemark haben, eine vorherige Genehmigung vom Justizministerium für den Erwerb von Grundbesitz zu erwirken (Gesetz vom 23. Dezember 1959 über den Erwerb von Grundbesitz);

g) In Norwegen:

- durch das Verbot in bezug auf Schürfung und Einreichung von Konzessionserklärungen und -anträgen für Ausländer oder Gesellschaften, Körperschaften (korporasjoner) und Stiftungen (stiftelser), die ihren Sitz nicht in Norwegen haben und deren Geschäftsführungsorgane nicht ausschließlich von norwegischen Staatsbürgern besetzt sind (Gesetz vom 14. Juli 1842, Artikel 66);
- durch die Befreiung norwegischer Staatsbürger von der Verpflichtung zur Erlangung einer Konzession bei dem Erwerb von nachgewiesenen Vorkommen oder Bergwerken durch Erbübergang, Übertragung innerhalb der Familie usw. (Gesetz Nr. 16 vom 14. Dezember 1917, Artikel 11 Absatz 1);
- durch entsprechende Vorschriften für den Erwerb von Kalksteinvorkommen (Gesetz Nr. 5 vom 3. Juli 1914, Artikel 2 Buchstabe a);
- durch entsprechende Vorschriften für den Erwerb von Quarzvorkommen (Gesetz Nr. 3 vom 17. Juni 1949, Artikel 2 Buchstabe a);

- durch das Erfordernis in bezug auf Konzessionen für den Erwerb und den Abbau nachgewiesener Vorkommen oder von Bergwerken an eine Gesellschaft, Körperschaft (korporasjon) oder Stiftung (stiftelse), im allgemeinen den Gesellschaftssitz in Norwegen und die Mehrheit der Verwaltungsratsmitglieder einschließlich des Präsidenten die norwegische Staatsangehörigkeit zu haben (Gesetz Nr. 16 vom 14. Dezember 1917, Artikel 13 Absatz 1);
- durch entsprechende Vorschriften betreffend den Erwerb von Kalksteinvorkommen (Gesetz Nr. 5 vom 3. Juli 1914, Artikel 4);
- durch entsprechende Vorschriften betreffend den Erwerb von Quarzvorkommen (Gesetz Nr. 3 vom 17. Juni 1949, Artikel 4).“

Artikel 6 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„Wird im Heimat- oder Herkunftsland ein Zuverlässigkeitsnachweis oder eine Bescheinigung darüber, daß kein Konkurs erfolgt ist, nicht ausgestellt, so kann das betreffende Dokument durch eine eidesstattliche Erklärung — oder in den Staaten, in denen es keine eidesstattliche Erklärung gibt, durch eine feierliche Erklärung — ersetzt werden, die der Betreffende vor einer zuständigen Justiz- oder Verwaltungsbehörde oder gegebenenfalls vor einem Notar des Heimat- oder Herkunftslandes, die eine diese eidesstattliche Erklärung oder diese feierliche Erklärung bestätigende Bescheinigung ausstellen, abgegeben hat. Die Erklärung, daß kein Konkurs erfolgt ist, kann auch vor einer hierzu befugten, für den Beruf des Betreffenden zuständigen Stelle dieses Landes abgegeben werden.“

2. Richtlinie Nr. 66/162/EWG des Rates vom 28. Februar 1966

Abl. Nr. 42/584 vom 8. März 1966

Am Ende von Artikel 4 Absatz 2 wird folgendes angefügt:

„e) In Dänemark:

- durch das Erfordernis für nicht in Dänemark ansässige Personen und für Gesellschaften, die ihren Sitz nicht in Dänemark haben, für den Erwerb von Grundbesitz eine vorherige Genehmigung vom Justizministerium zu erwirken (Gesetz vom 23. Dezember 1959 über den Erwerb von Grundbesitz);

f) In Norwegen:

- durch die Beschränkung der Erteilung von Konzessionen für den Erwerb von Wasserfällen auf Gesellschaften, Körperschaften (korporasjoner) und Stiftungen (stiftelser) mit Sitz in Norwegen, deren Verwaltungsratsmitglieder einschließlich des Präsidenten in der Mehrheit norwegische Staatsbürger sind (Gesetz Nr. 16 vom 14. Dezember 1917, Artikel 2);
- durch die Beschränkung der Erteilung von Konzessionen für den Erwerb eines Nutzungsrechts an dem norwegischen Staat oder den norwegischen Gemeinden gehörenden Wasserfällen an die obengenannten Gesellschaften oder an norwegische Staatsbürger (Artikel 5 desselben Gesetzes);
- durch die Befreiung norwegischer Staatsbürger von der Verpflichtung zur Erlangung einer Konzession beim Erwerb von Wasserfällen aus Erbübergang, Übertragung innerhalb der Familie usw. (Artikel 1 Absatz 2 desselben Gesetzes);
- durch die Festlegung günstigerer Bedingungen für norwegische Staatsbürger betreffend bestimmte Arten des Erwerbs von Wasserfällen (Artikel 3 desselben Gesetzes).“

Artikel 7 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„Wird im Heimat- oder Herkunftsland ein Zuverlässigkeitsnachweis oder eine Bescheinigung darüber, daß kein Konkurs erfolgt ist, nicht ausgestellt, so kann das betreffende Dokument durch eine eidesstattliche Erklärung — oder in den Staaten, in denen es keine eidesstattliche Erklärung gibt, durch eine feierliche Erklärung — ersetzt werden, die der Betreffende vor einer zuständigen Justiz- oder Verwaltungsbehörde oder gegebenenfalls vor einem Notar des Heimat- oder Herkunftslandes, die eine diese eidesstattliche Erklärung oder diese feierliche Erklärung bestätigende Bescheinigung ausstellen, abgegeben hat. Die Erklärung, daß kein Konkurs erfolgt ist, kann auch vor einer hierzu befugten, für den Beruf des Betreffenden zuständigen Stelle dieses Landes abgegeben werden.“

3. Richtlinie Nr. 69/82/EWG des Rates vom 13. März 1969
Abl. Nr. L 68/4 vom 19. März 1969

Am Ende von Artikel 3 Absatz 2 wird folgendes angefügt:

„d) Im Vereinigten Königreich:

- durch die Beschränkung der Erteilung von Konzessionen für das Schürfen von Erdöl und Erdgas an Personen, die im Vereinigten Königreich ansässige Staatsbürger des Vereinigten Königreichs und der Kolonien sind oder an im Vereinigten Königreich niedergelassene Gesellschaften (Verordnung Nr. 4 der Verordnungen von 1966 über Erdöl [Gewinnung]);

e) In Dänemark:

- durch das Erfordernis für nicht in Dänemark ansässige Personen und für Gesellschaften, die ihren Sitz nicht in Dänemark haben, für den Erwerb von Grundbesitz eine vorherige Genehmigung vom Justizministerium zu erwirken (Gesetz vom 23. Dezember 1959 über den Erwerb von Grundbesitz);

f) In Norwegen:

- durch das Verbot des Erwerbs von Eigentums- oder Nutzungsrechten an Immobilien für jede natürliche oder juristische Person mit Ausnahme des norwegischen Staates, der norwegischen Gemeinden, der norwegischen Staatsbürger und der Gesellschaften, Körperschaften (korporasjoner) und Stiftungen (stiftelser) mit Sitz in Norwegen und einem Verwaltungsrat, der ausschließlich aus Norwegern besteht und — soweit es die Gesellschaften betrifft — mit mindestens acht Zehntel norwegischem Gesellschaftskapital (Gesetz Nr. 16 vom 14. Dezember 1917, Kapitel III);
- durch die Beschränkungen für den Erwerb von Aktien der Gesellschaften, die Eigentums- oder Nutzungsrechte an Immobilien besitzen, durch Ausländer (Artikel 37 und 37 a Absatz 2 desselben Gesetzes).“

Artikel 5 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„Wird im Heimat- oder Herkunftsland ein Zuverlässigkeitsnachweis oder eine Bescheinigung darüber, daß kein Konkurs erfolgt ist, nicht ausgestellt, so kann das betreffende Dokument durch eine eidesstattliche Erklärung — oder in den Staaten, in denen es keine eidesstattliche Erklärung gibt, durch eine feierliche Erklärung — ersetzt werden, die der Betreffende vor einer zuständigen Justiz- oder Verwaltungsbehörde oder gegebenenfalls vor einem Notar des Heimat- oder Herkunftslandes, die eine diese eidesstattliche Erklärung oder diese feierliche Erklärung bestätigende Bescheinigung ausstellen, abgegeben hat. Die Erklärung,

daß kein Konkurs erfolgt ist, kann auch vor einer hierzu befugten, für den Beruf des Betreffenden zuständigen Stelle dieses Landes abgegeben werden.“

C. Verarbeitende Gewerbe

1. Richtlinie Nr. 68/365/EWG des Rates vom 15. Oktober 1968

ABl. Nr. L 260/9 vom 22. Oktober 1968

Am Ende von Artikel 3 Absatz 2 wird folgendes angefügt:

„d) In Dänemark:

- durch das Erfordernis dänischer Staatsangehörigkeit für die Mitglieder des Verwaltungsrates von Gesellschaften, die eine Genehmigung für die Herstellung von Alkohol und Hefe besitzen (§ 3 Sektion 1 des Gesetzes Nr. 74 vom 15. März 1934 über Alkohol und Hefe);
- durch das Erfordernis für nicht in Dänemark ansässige Personen und für Gesellschaften, die ihren Sitz nicht in Dänemark haben, für den Erwerb von Grundbesitz eine vorherige Genehmigung vom Justizministerium zu erwirken (Gesetz vom 23. Dezember 1959 über den Erwerb von Grundbesitz);

e) In Norwegen:

- durch das Verbot des Erwerbs von Eigentums- oder Nutzungsrechten an Immobilien für jede natürliche oder juristische Person mit Ausnahme des norwegischen Staates, der norwegischen Gemeinden, der norwegischen Staatsbürger sowie der Gesellschaften, Körperschaften (korporasjoner) und Stiftungen (stiftelser) mit Sitz in Norwegen und einem Verwaltungsrat, der ausschließlich aus norwegischen Staatsbürgern besteht und — soweit es die Gesellschaften betrifft — mit mindestens acht Zehntel norwegischem Gesellschaftskapital (Gesetz Nr. 16 vom 14. Dezember 1917, Kapitel III);
- durch die Beschränkungen für den Erwerb von Aktien der Gesellschaften, die ein Eigentums- oder Nutzungsrechte an Immobilien besitzen, durch Ausländer (Artikel 37 und 37 a Absatz 2 desselben Gesetzes);
- durch die Beschränkung der Erteilung von Konzessionen für den Erwerb elektrischer Energie, über eine bestimmte Menge hinaus, an Gesellschaften, Körperschaften (korporasjoner) und Stiftungen (stiftelser) mit Sitz in Norwegen und einem Verwaltungsrat, dessen Mitglieder einschließlich des Präsidenten in der Mehrheit norwegische Staatsbürger sind (Artikel 23 Absatz 1 desselben Gesetzes);
- durch die Möglichkeit einer Klausel, in den genannten Konzessionen, die dem Staat ein Rückkaufsrecht einräumt, falls der Berechtigte ein Ausländer oder eine ausländische Gesellschaft ist (Artikel 23 Absatz 7 desselben Gesetzes);
- durch die vorherige Festlegung von Aufenthaltsbedingungen in Norwegen für die Erteilung der Gewerbeerlaubnis für Handwerker (Artikel 7 des Handwerkergesetzes vom 19. Juni 1970).“

Artikel 6 Absatz 1 Unterabsatz 2 erhält folgende Fassung:

„Wird im Heimat- oder Herkunftsland ein Zuverlässigkeitsnachweis oder eine Bescheinigung darüber, daß kein Konkurs erfolgt ist, nicht ausgestellt, so kann

das betreffende Dokument durch eine eidesstattliche Erklärung — oder in den Staaten, in denen es keine eidesstattliche Erklärung gibt, durch eine feierliche Erklärung — ersetzt werden, die der Betreffende vor einer zuständigen Justiz- oder Verwaltungsbehörde oder gegebenenfalls vor einem Notar des Heimat- oder Herkunftslandes, die eine diese eidesstattliche Erklärung oder diese feierliche Erklärung bestätigende Bescheinigung ausstellen, abgegeben hat. Die Erklärung, daß kein Konkurs erfolgt ist, kann auch vor einer hierzu befugten, für den Beruf des Betreffenden zuständigen Stelle dieses Landes abgegeben werden.“

2. **Richtlinie Nr. 64/429/EWG** des Rates vom 7. Juli 1964
 ABl. Nr. 117/1880 vom 23. Juli 1964

Am Ende von Artikel 4 Absatz 2 wird folgendes hinzugefügt:

„f) In Dänemark:

- durch das Erfordernis für nicht in Dänemark ansässige Personen und für Gesellschaften, die ihren Sitz nicht in Dänemark haben, für den Erwerb von Grundbesitz eine vorherige Genehmigung vom Justizministerium zu erwirken (Gesetz vom 23. Dezember 1959 über den Erwerb von Grundbesitz);

g) In Norwegen:

- durch das Verbot des Erwerbs von Eigentums- oder Nutzungsrechten an Grundstücken für jede natürliche oder juristische Person mit Ausnahme des norwegischen Staates, der norwegischen Gemeinden, der norwegischen Staatsbürger sowie der Gesellschaften, Körperschaften (korporasjoner) und Stiftungen (stiftelser) mit Sitz in Norwegen und einem Verwaltungsrat, der ausschließlich aus norwegischen Staatsbürgern besteht und — soweit es die Gesellschaften betrifft — mit mindestens acht Zehntel norwegischem Gesellschaftskapital (Gesetz Nr. 16 vom 14. Dezember 1917, Kapitel III);
- durch die Beschränkungen des Erwerbs von Aktien der Gesellschaften, die ein Eigentums- oder ein Nutzungsrecht an Immobilien besitzen, durch Ausländer (Artikel 37 und 37 a Absatz 2 desselben Gesetzes);
- durch die Beschränkung der Erteilung von Konzessionen für den Erwerb elektrischer Energie, über eine bestimmte Menge hinaus, an Gesellschaften, Körperschaften (korporasjoner) und Stiftungen (stiftelser) mit Sitz in Norwegen und einem Verwaltungsrat, dessen Mitglieder einschließlich des Präsidenten in der Mehrheit norwegische Staatsbürger sind (Artikel 23 Absatz 1 desselben Gesetzes);
- durch die Möglichkeit einer Klausel in den genannten Konzessionen, die dem Staat ein Rückkaufsrecht einräumt, falls der Berechtigte ein Ausländer oder eine ausländische Gesellschaft ist (Artikel 23 Absatz 7 desselben Gesetzes);
- durch die vorherige Festlegung von Aufenthaltsbedingungen in Norwegen für die Erteilung der Gewerbeerlaubnis für Handwerker (Artikel 7 des Handwerkergesetzes vom 19. Juni 1970);
- durch die vorherige Festlegung von Aufenthaltsbedingungen in Norwegen für die Erteilung der Zulassung als Unternehmer (Gesetz vom 24. Oktober 1952 betreffend die Zulassung der Unternehmer).“

Artikel 7 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„Wird im Heimat- oder Herkunftsland ein Zuverlässigkeitsnachweis oder eine Bescheinigung darüber, daß kein Konkurs erfolgt ist, nicht ausgestellt, so kann das betreffende Dokument durch eine eidesstattliche Erklärung — oder in den Staaten, in denen es keine eidesstattliche Erklärung gibt, durch eine feierliche Erklärung — ersetzt werden, die der Betreffende vor einer zuständigen Justiz- oder Verwaltungsbehörde oder gegebenenfalls vor einem Notar des Heimat- oder Herkunftslandes, die eine diese eidesstattliche Erklärung oder diese feierliche Erklärung bestätigende Bescheinigung ausstellen, abgegeben hat. Die Erklärung, daß kein Konkurs erfolgt ist, kann auch vor einer hierzu befugten, für den Beruf des Betreffenden zuständigen Stelle dieses Landes abgegeben werden.“

D. Handels- und Vermittlertätigkeiten

1. **Richtlinie Nr. 64/223/EWG** des Rates vom 25. Februar 1964

ABl. Nr. 56/863 vom 4. April 1964

Am Ende von Artikel 3 Absatz 2 wird folgendes angefügt:

„e) In Dänemark:

- durch das Erfordernis für nicht in Dänemark ansässige Personen und für Gesellschaften, die ihren Sitz nicht in Dänemark haben, für den Erwerb von Grundbesitz eine vorherige Genehmigung vom Justizministerium zu erwirken (Gesetz vom 23. Dezember 1959 über den Erwerb von Grundbesitz);

f) In Norwegen:

- durch das Erfordernis eines zweijährigen Aufenthalts, um als Bewohner des Königreichs zu gelten (Gesetz vom 8. März 1935, Artikel 1);
- durch das Erfordernis eines Handelspasses für jede nicht als Bewohner des Königreichs geltende Person (Gesetz vom 8. März 1935, Artikel 47).“

Artikel 6 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„Wird im Heimat- oder Herkunftsland ein Zuverlässigkeitsnachweis oder eine Bescheinigung darüber, daß kein Konkurs erfolgt ist, nicht ausgestellt, so kann das betreffende Dokument durch eine eidesstattliche Erklärung — oder in den Staaten, in denen es keine eidesstattliche Erklärung gibt, durch eine feierliche Erklärung — ersetzt werden, die der Betreffende vor einer zuständigen Justiz- oder Verwaltungsbehörde oder gegebenenfalls vor einem Notar des Heimat- oder Herkunftslandes, die eine diese eidesstattliche Erklärung oder diese feierliche Erklärung bestätigende Bescheinigung ausstellen, abgegeben hat. Die Erklärung, daß kein Konkurs erfolgt ist, kann auch vor einer hierzu befugten, für den Beruf des Betreffenden zuständigen Stelle dieses Landes abgegeben werden.“

2. **Richtlinie Nr. 64/224/EWG** des Rates vom 25. Februar 1964

ABl. Nr. 56/869 vom 4. April 1964

Am Ende von Artikel 3 wird folgendes angefügt:

für Selbständige *für Unselbständige*

„Im Vereinigten Königreich:

- | | |
|----------------------|----------------------|
| Agent | Commercial traveller |
| Commission agent | Commission salesman |
| Broker | Representative |
| Factor | |
| Representative | |
| Wholesale auctioneer | |

In Irland:

Agent	Commercial traveller
Broker	Sales representative
Commercial (or Commission) agent	

In Dänemark:

Handelsagent	Handelsreisende
Varemaegler	Repraesentant
Kommissionaer	

In Norwegen:

Handelsagent	Handelsreisende
Kommissjonaer	Byselger
Handelsreisende	
Byselger	

Am Ende von Artikel 4 Absatz 2 wird folgendes angefügt:

„Im Vereinigten Königreich:

- der Verkauf von Waren in Vollstreckung einer gerichtlichen Anordnung (a) in England und Wales durch die Sheriffs, Untersheriffs oder Gerichtsvollzieher (sheriffs'officers) oder (b) in Schottland durch „messengers-at-arms“, Gerichtsvollzieher (sheriffs'officers) oder alle sonstigen von einem Sheriff hierzu ermächtigten Personen;

In Irland:

- der Verkauf von Waren in Vollstreckung einer gerichtlichen Anordnung durch Sheriffs, Untersheriffs oder Gerichtsboten (court messengers);

In Dänemark:

- die Versteigerung von Waren durch öffentlich bestellte Versteigerer.“

Am Ende von Artikel 5 Absatz 2 wird folgendes angefügt:

„f) In Dänemark:

- durch das Erfordernis der dänischen Staatsangehörigkeit, um eine Genehmigung zur Durchführung von Versteigerungen von Fischen und Krebstieren zu erhalten (Gesetz Nr. 72 vom 13. März 1969 über öffentliche Fischversteigerung § 3 Absatz 1);
- durch das Erfordernis der dänischen Staatsangehörigkeit für die Ausübung des Berufs des zugelassenen Maklers und Hilfsmaklers (§ 1 Absatz 2 und § 7 Absatz 4 des Gesetzes Nr. 69 vom 15. März 1967 über Schiffsmakler und Makler);
- durch das Erfordernis für nicht in Dänemark ansässige Personen und für Gesellschaften, die ihren Sitz nicht in Dänemark haben, für den Erwerb von Grundbesitz eine vorherige Genehmigung vom Justizministerium zu erwirken (Gesetz vom 23. Dezember 1959 über den Erwerb von Grundbesitz);

g) In Norwegen:

- durch das Erfordernis eines zweijährigen Aufenthalts als Voraussetzung, um als Bewohner des Königreichs betrachtet zu werden (Artikel 1 des Gesetzes vom 8. März 1935);
- durch das Erfordernis eines Handelspasses für nicht als Bewohner des Königreichs geltende Personen (Artikel 47 des Gesetzes vom 8. März 1935);
- durch das Erfordernis der norwegischen Staatsangehörigkeit für die Ausübung des Berufs des öffentlich bestellten Versteigerers (Gesetz vom 1. Februar 1936).“

Artikel 8 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„Wird im Heimat- oder Herkunftsland ein Zuverlässigkeitsnachweis oder eine Bescheinigung darüber, daß kein Konkurs erfolgt ist, nicht ausgestellt, so kann das betreffende Dokument durch eine eidesstattliche Erklärung — oder in den Staaten, in denen es keine eidesstattliche Erklärung gibt, durch eine feierliche Erklärung — ersetzt werden, die der Betreffende vor einer zuständigen Justiz- oder Verwaltungsbehörde oder gegebenenfalls vor einem Notar des Heimat- oder Herkunftslandes, die eine diese eidesstattliche Erklärung oder diese feierliche Erklärung bestätigende Bescheinigung ausstellen, abgegeben hat. Die Erklärung, daß kein Konkurs erfolgt ist, kann auch vor einer hierzu befugten, für den Beruf des Betreffenden zuständigen Stelle dieses Landes abgegeben werden.“

3. Richtlinie Nr. 68/363/EWG des Rates vom 15. Oktober 1968

ABl. Nr. L 260/1 vom 22. Oktober 1968; berichtigt
ABl. Nr. L 297/15

Am Ende von Artikel 4 wird folgendes angefügt:

„Im Vereinigten Königreich:

- der Verkauf von Waren in Vollstreckung einer gerichtlichen Anordnung (a) in England und Wales durch Sheriffs, Untersheriffs oder Gerichtsvollzieher (sheriffs'officers) oder (b) in Schottland durch „messengers-at-arms“, Gerichtsvollzieher (sheriffs'officers) oder alle sonstigen von einem Sheriff hierzu ermächtigten Personen;

In Irland:

- der Verkauf von Waren in Vollstreckung einer gerichtlichen Anordnung durch Sheriffs, Untersheriffs oder Gerichtsboten (court messengers);

In Dänemark:

- die Versteigerung von Waren durch öffentlich bestellte Versteigerer.“

Am Ende von Artikel 5 Absatz 2 wird angefügt:

„f) In Dänemark:

- durch das Erfordernis für nicht in Dänemark ansässige Personen und für Gesellschaften, die ihren Sitz nicht in Dänemark haben, für den Erwerb von Grundbesitz eine vorherige Genehmigung vom Justizministerium zu erwirken (Gesetz vom 23. Dezember 1959 über den Erwerb von Grundbesitz);

g) In Norwegen:

- durch das Erfordernis eines zweijährigen Aufenthalts, um als Bewohner des Königreichs betrachtet zu werden (Gesetz vom 8. März 1935, Artikel 1);
- durch das Erfordernis eines Handelspasses für nicht als Bewohner des Königreichs geltende Personen (Gesetz vom 8. März 1935, Artikel 47);
- durch das Erfordernis der norwegischen Staatsangehörigkeit für die Ausübung des Berufs eines öffentlich bestellten Versteigerers (Gesetz vom 1. Februar 1936).“

Artikel 8 Absatz 1 Unterabsatz 2 erhält folgende Fassung:

„Wird im Heimat- oder Herkunftsland ein Zuverlässigkeitsnachweis oder eine Bescheinigung darüber, daß kein Konkurs erfolgt ist, nicht ausgestellt, so kann das betreffende Dokument durch eine eidesstattliche Erklärung — oder in den Staaten, in denen es keine eidesstattliche Erklärung gibt, durch eine feierliche Erklärung — ersetzt werden, die der Betreffende vor

einer zuständigen Justiz- oder Verwaltungsbehörde oder gegebenenfalls vor einem Notar des Heimat- oder Herkunftslandes, die eine diese eidesstattliche Erklärung oder diese feierliche Erklärung bestätigende Bescheinigung ausstellen, abgegeben hat. Die Erklärung, daß kein Konkurs erfolgt ist, kann auch vor einer hierzu befugten, für den Beruf des Betroffenen zuständigen Stelle dieses Landes abgegeben werden."

4. Richtlinie Nr. 70/522/EWG des Rates vom 30. November 1970

ABl. Nr. L 267/14 vom 10. Dezember 1970

Am Ende von Artikel 4 Absatz 2 wird folgendes angefügt:

„d) In Dänemark:

- durch das Erfordernis für nicht in Dänemark ansässige Personen und für Gesellschaften, die ihren Sitz nicht in Dänemark haben, für den Erwerb von Grundbesitz eine vorherige Genehmigung vom Justizministerium zu erwirken (Gesetz vom 23. Dezember 1959 über den Erwerb von Grundbesitz).

e) In Norwegen:

- durch das Erfordernis eines zweijährigen Aufenthalts, um als Bewohner des Königreichs betrachtet zu werden (Gesetz vom 8. März 1935, Artikel 1);
- durch das Erfordernis eines Handelspasses für nicht als Bewohner des Königreichs geltende Personen (Gesetz vom 8. März 1935, Artikel 47)."

Artikel 7 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„Wird im Heimat- oder Herkunftsland ein Zuverlässigkeitsnachweis oder eine Bescheinigung darüber, daß kein Konkurs erfolgt ist, nicht ausgestellt, so kann das betreffende Dokument durch eine eidesstattliche Erklärung — oder in den Staaten, in denen es keine eidesstattliche Erklärung gibt, durch eine feierliche Erklärung — ersetzt werden, die der Betreffende vor einer zuständigen Justiz- oder Verwaltungsbehörde oder gegebenenfalls vor einem Notar des Heimat- oder Herkunftslandes, die eine diese eidesstattliche Erklärung oder diese feierliche Erklärung bestätigende Bescheinigung ausstellen, abgegeben hat. Die Erklärung, daß kein Konkurs erfolgt ist, kann auch vor einer hierzu befugten, für den Beruf des Betroffenen zuständigen Stelle dieses Landes abgegeben werden.“

E. Dienstleistungsunternehmen
(einschließlich persönlicher Dienstleistungen und Dienste für das Geschäftsleben)

1. Richtlinie Nr. 67/43/EWG des Rates vom 12. Januar 1967

ABl. Nr. 10/140 vom 19. Januar 1967

Am Ende von Artikel 2 Absatz 3 ist folgendes anzufügen:

„Im Vereinigten Königreich:

- estate agents including accommodation and house agents,
- estate or property developers,
- estate, house or property factors,
- estate or property managers,
- property investment or development companies,
- property consultants,
- property valuers;

In Irland:

- auctioneers,
- estate agents,

- house agents,
- property developers,
- estate consultants,
- estate managers,
- estate valuers;

In Dänemark:

- ejendomsråglere,
- ejendomshandlere,
- ejendomsudlejningsbureauer;

In Norwegen:

- eiendomsråglere."

Am Ende von Artikel 4 wird folgendes angefügt:

„c) Im Vereinigten Königreich:

- verderers of the New Forest and the Forest of Dean."

Am Ende von Artikel 5 Absatz 2 wird folgendes angefügt:

„e) In Dänemark:

- durch das Erfordernis der dänischen Staatsangehörigkeit für die Ausübung des Berufs des Immobilienmaklers (Gesetz Nr. 218 vom 8. Juni 1966 über die Immobilienmakler, Artikel 1 Absatz 2);
- durch das Erfordernis der dänischen Staatsangehörigkeit für die Ausübung des Berufs des Übersetzers oder Dolmetschers (Gesetz Nr. 213 vom 8. Juni 1966 über Übersetzer und Dolmetscher, Artikel 1 Absatz 2);
- durch das Erfordernis für nicht in Dänemark ansässige Personen und für Gesellschaften, die ihren Sitz nicht in Dänemark haben, für den Erwerb von Grundbesitz eine vorherige Genehmigung vom Justizministerium zu erwirken (Gesetz vom 23. Dezember 1959 über den Erwerb von Grundbesitz);

f) In Norwegen:

- durch das Erfordernis der norwegischen Staatsangehörigkeit für die Zulassung als ‚Eiendomsmægler‘ (Immobilienmakler) (Gesetz Nr. 13 vom 24. Juni 1938, Artikel 4)."

Artikel 8 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„Wird im Heimat- oder Herkunftsland ein Zuverlässigkeitsnachweis oder eine Bescheinigung darüber, daß kein Konkurs erfolgt ist, nicht ausgestellt, so kann das betreffende Dokument durch eine eidesstattliche Erklärung — oder in den Staaten, in denen es keine eidesstattliche Erklärung gibt, durch eine feierliche Erklärung — ersetzt werden, die der Betreffende vor einer zuständigen Justiz- oder Verwaltungsbehörde oder gegebenenfalls vor einem Notar des Heimat- oder Herkunftslandes, die eine diese eidesstattliche Erklärung oder diese feierliche Erklärung bestätigende Bescheinigung ausstellen, abgegeben hat. Die Erklärung, daß kein Konkurs erfolgt ist, kann auch vor einer hierzu befugten, für den Beruf des Betroffenen zuständigen Stelle dieses Landes abgegeben werden.“

2. Richtlinie Nr. 68/367/EWG des Rates vom 15. Oktober 1968

ABl. Nr. L 260/16 vom 22. Oktober 1968

Am Ende von Artikel 3 Absatz 2 wird folgendes angefügt:

„f) In Dänemark:

- durch das Erfordernis für nicht in Dänemark ansässige Personen und für Gesellschaften, die ihren Sitz nicht in Dänemark haben, für den

Erwerb von Grundbesitz eine vorherige Genehmigung vom Justizministerium zu erwirken (Gesetz vom 23. Dezember 1959 über den Erwerb von Grundbesitz);

g) In Norwegen:

- durch das Erfordernis der norwegischen Staatsangehörigkeit oder durch das Erfordernis einer ununterbrochenen Ansässigkeit in Norwegen während der letzten fünf Jahre für die Erlangung einer Hotellizenz (Gesetz Nr. 3 vom 5. April 1957, Artikel 18);
- durch das Erfordernis der norwegischen Staatsangehörigkeit oder durch das Erfordernis einer ununterbrochenen Ansässigkeit in Norwegen während der letzten fünf Jahre für die Erlangung einer Gaststättenlizenz (Gesetz Nr. 3 vom 5. April 1957, Artikel 19).“

Artikel 6 Absatz 1 Unterabsatz 2 erhält folgende Fassung:

„Wird im Heimat- oder Herkunftsland ein Zuverlässigkeitsnachweis oder eine Bescheinigung darüber, daß kein Konkurs erfolgt ist, nicht ausgestellt, so kann das betreffende Dokument durch eine eidesstattliche Erklärung — oder in den Staaten, in denen es keine eidesstattliche Erklärung gibt, durch eine feierliche Erklärung — ersetzt werden, die der Betreffende vor einer zuständigen Justiz- oder Verwaltungsbehörde oder gegebenenfalls vor einem Notar des Heimat- oder Herkunftslandes, die eine diese eidesstattliche Erklärung oder diese feierliche Erklärung bestätigende Bescheinigung ausstellen, abgegeben hat. Die Erklärung, daß kein Konkurs erfolgt ist, kann auch vor einer hierzu befugten, für den Beruf des Betreffenden zuständigen Stelle dieses Landes abgegeben werden.“

F. Filmwirtschaft

1. **Richtlinie Nr. 68/369/EWG** des Rates vom 15. Oktober 1968

ABl. Nr. L 260/22 vom 22. Oktober 1968

Am Ende von Artikel 3 Absatz 2 wird folgendes angefügt:

„d) In Dänemark:

- durch das Erfordernis für nicht in Dänemark ansässige Personen und für Gesellschaften, die ihren Sitz nicht in Dänemark haben, für den Erwerb von Grundbesitz eine vorherige Genehmigung vom Justizministerium zu erwirken (Gesetz vom 23. Dezember 1959 über den Erwerb von Grundbesitz).“

Artikel 4 Absatz 1 Unterabsatz 2 erhält folgende Fassung:

„Wird im Heimat- oder Herkunftsland ein Zuverlässigkeitsnachweis oder eine Bescheinigung darüber, daß kein Konkurs erfolgt ist, nicht ausgestellt, so kann das betreffende Dokument durch eine eidesstattliche Erklärung — oder in den Staaten, in denen es keine eidesstattliche Erklärung gibt, durch eine feierliche Erklärung — ersetzt werden, die der Betreffende vor einer zuständigen Justiz- oder Verwaltungsbehörde oder gegebenenfalls vor einem Notar des Heimat- oder Herkunftslandes, die eine diese eidesstattliche Erklärung oder diese feierliche Erklärung bestätigende Bescheinigung ausstellen, abgegeben hat. Die Erklärung, daß kein Konkurs erfolgt ist, kann auch vor einer hierzu befugten, für den Beruf des Betreffenden zuständigen Stelle dieses Landes abgegeben werden.“

2. **Richtlinie Nr. 70/451/EWG** des Rates vom 29. September 1970

ABl. Nr. L 218/37 vom 3. Oktober 1970

Am Ende von Artikel 3 Absatz 2 wird folgendes angefügt:

„e) Im Vereinigten Königreich:

- durch das Erfordernis einer im Vereinigten Königreich niedergelassenen Gesellschaft, deren allgemeine Leitung und Tätigkeitsaufsicht im Vereinigten Königreich ausgeübt werden, als Voraussetzung für eine Förderung durch den britischen Filmfonds (section 3 [1] [ii] der SI 1970 Nr. 1146);

f) In Dänemark:

- durch das Erfordernis der dänischen Staatsangehörigkeit als Voraussetzung für die Erlangung einer Filmproduktionsbeihilfe aus dem dänischen Filmfonds (Gesetz Nr. 155 vom 27. Mai 1964 für Film- und Kinowesen, Artikel 33);
- durch das Erfordernis für nicht in Dänemark ansässige Personen und für Gesellschaften, die ihren Sitz nicht in Dänemark haben, für den Erwerb von Grundbesitz eine vorherige Genehmigung vom Justizministerium zu erwirken (Gesetz vom 23. Dezember 1959 über den Erwerb von Grundbesitz).“

Artikel 6 Absatz 1 Unterabsatz 2 erhält folgende Fassung:

„Wird im Heimat- oder Herkunftsland ein Zuverlässigkeitsnachweis oder eine Bescheinigung darüber, daß kein Konkurs erfolgt ist, nicht ausgestellt, so kann das betreffende Dokument durch eine eidesstattliche Erklärung — oder in den Staaten, in denen es keine eidesstattliche Erklärung gibt, durch eine feierliche Erklärung — ersetzt werden, die der Betreffende vor einer zuständigen Justiz- oder Verwaltungsbehörde oder gegebenenfalls vor einem Notar des Heimat- oder Herkunftslandes, die eine diese eidesstattliche Erklärung oder diese feierliche Erklärung bestätigende Bescheinigung ausstellen, abgegeben hat. Die Erklärung, daß kein Konkurs erfolgt ist, kann auch vor einer hierzu befugten, für den Beruf des Betreffenden zuständigen Stelle dieses Landes abgegeben werden.“

G. Bank-, Finanz- und Versicherungswesen

1. **Richtlinie Nr. 64/225/EWG** des Rates vom 25. Februar 1964

ABl. Nr. 56/878 vom 4. April 1964

Am Ende von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe a wird folgendes angefügt:

„— betreffend das Königreich Dänemark:

Gesetz vom 23. Dezember 1959 über den Erwerb von Grundbesitz.“

Am Ende von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b wird folgendes angefügt:

„— betreffend das Königreich Dänemark:

Gesetz vom 23. Dezember 1959 über den Erwerb von Grundbesitz.“

H. Gesellschaftsrecht

Richtlinie Nr. 68/151/EWG des Rates vom 9. März 1968

ABl. Nr. L 65/8 vom 14. März 1968

Am Ende von Artikel 1 wird folgendes angefügt:

„Für das Vereinigte Königreich:

- Companies incorporated with limited liability;

Für Irland:

— Companies incorporated with limited liability;

Für Dänemark:

— Aktieselskab; Kommandit-Aktieselskab;

Für Norwegen:

— Aksjeselskap; kommandittaksjeselskap."

Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe f erhält folgende Fassung:

„f) die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung für jedes Geschäftsjahr. In das Dokument, das die Bilanz enthält, sind die Personalien derjenigen aufzunehmen, die auf Grund gesetzlicher Vorschriften einen Bestätigungsvermerk zu der Bilanz zu erteilen haben. Für die in Artikel 1 genannten Gesellschaften mit beschränkter Haftung des deutschen, des belgischen, des französischen, des italienischen oder des luxemburgischen Rechts sowie für geschlossene Aktiengesellschaften des niederländischen Rechts und für die ‚private companies‘ des irischen Rechts und die ‚private companies‘ des nordirischen Rechts wird die Pflicht zur Anwendung dieser Bestimmung jedoch bis zum Zeitpunkt der Anwendung einer Richtlinie aufgeschoben, die sowohl Vorschriften über die Koordinierung des Inhalts der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen enthält, als auch diejenigen dieser Gesellschaften, deren Bilanzsumme einen in der Richtlinie festzusetzenden Betrag nicht erreicht, von der Pflicht zur Offenlegung aller oder eines Teils dieser Schriftstücke befreit. Der Rat erläßt die genannte Richtlinie innerhalb von zwei Jahren nach der Annahme der vorliegenden Richtlinie.“

I. Öffentliche Bauaufträge

Richtlinie Nr. 71/305/EWG des Rates vom 26. Juli 1971

ABl. Nr. L 185/5 vom 16. August 1971; berichtigt ABl. Nr. L 206/26

In Artikel 1 Buchstabe b wird nach „öffentlichen Rechts“ folgendes eingefügt:

„(oder in den Mitgliedstaaten, die diesen Begriff nicht kennen, die gleichwertigen Einheiten)“

In Artikel 23 Absatz 3 wird nach „eine eidesstattliche Erklärung“ folgendes eingefügt:

„(oder in den Mitgliedstaaten, in denen es keine eidesstattliche Erklärung gibt, durch eine feierliche Erklärung.)“

Am Ende des Artikels 24 wird angefügt:

„für Dänemark ‚aktieselskabsregistret, foreningsregistret og handelsregistret‘; für Norwegen ‚Register over autoriserte entreprenører“.

Für das Vereinigte Königreich und für Irland tritt an die Stelle eines Nachweises der Eintragung im Berufsregister für die „registered companies“ eine Bescheinigung des ‚Registrar of Companies‘, aus der hervorgeht, daß die Gesellschaft ‚incorporated‘ ist“.

Anhang I der Richtlinie wird wie folgt angepaßt:

a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„Verzeichnis der in Artikel 1 Buchstabe b genannten juristischen Personen des öffentlichen Rechts (oder für die Mitgliedstaaten, die diesen Begriff nicht kennen, der gleichwertigen Einheiten).“

b) Die Liste wird wie folgt ergänzt:

„VIII. Vereinigtes Königreich:

— ‚local authorities‘

— ‚new towns‘ corporations“

— ‚Commission for the New Towns‘

— ‚Scottish Special Housing Association‘

— ‚Northern Ireland Housing Executive‘;

IX. Dänemark:

— ‚andre forvaltningssubjekter‘;

X. Norwegen:

— andre offentlige forvaltningsorganer“;

XI. Irland:

— ‚other public authorities whose public works contracts are subject to control by the state‘.“

IV. Verkehr

1. **Verordnung (EWG) Nr. 1191/69** des Rates vom 26. Juni 1969

ABl. Nr. L 156/1 vom 28. Juni 1969

Artikel 19 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„1. Diese Verordnung gilt für die nachstehenden Eisenbahnunternehmen in bezug auf ihre Schienenbeförderungstätigkeit:

— Société nationale des chemins de fer belges (SNCB)/Nationale Maatschappij der Belgische Spoorwegen (NMBS)

— Danske Statsbaner (DSB)

— Deutsche Bundesbahn (DB)

— Société nationale des chemins de fer français (SNCF)

— Córas Iompair Eireann (CIE)

— Azienda autonoma delle Ferrovie dello Stato (FS)

— Société nationale des chemins de fer luxembourgeois (CFL)

— Naamloze Vennootschap Nederlandse Spoorwegen (NS)

— Norges Statsbaner (NSB)

— British Railways Board (BRB)

— Northern Ireland Railways Company Ltd. (NIR).“

2. **Verordnung (EWG) Nr. 1192/69** des Rates vom 26. Juni 1969

ABl. Nr. L 156/8 vom 28. Juli 1969

Artikel 3 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„1. Diese Verordnung gilt für die nachstehenden Eisenbahnunternehmen:

— Société nationale des chemins de fer belges (SNCB)/Nationale Maatschappij der Belgische Spoorwegen (NMBS)

— Danske Statsbaner (DSB)

— Deutsche Bundesbahn (DB)

— Société nationale des chemins de fer français (SNCF)

— Córas Iompair Eireann (CIE)

— Azienda autonoma delle Ferrovie dello Stato (FS)

- Société nationale des chemins de fer luxembourgeois (CFL)
- Naamloze Vennootschap Nederlandse Spoorwegen (NS)
- Norges Statsbaner (NSB)
- British Railways Board (BRB)
- Northern Ireland Railways Company Ltd. (NIR).“

3. Verordnung (EWG) Nr. 1108/70 des Rates vom 4. Juni 1970

ABl. Nr. L 130/4 vom 15. Juni 1970

In Anhang II erhalten die Buchstaben A und B folgende Fassung:

A. Eisenbahn

Königreich Belgien

- Société nationale des chemins de fer belges (SNCB)/Nationale Maatschappij der Belgische Spoorwegen (NMBS)

Königreich Dänemark

- Danske Statsbaner (DSB)

Bundesrepublik Deutschland

- Deutsche Bundesbahn (DB)

Französische Republik

- Société nationale des chemins de fer français (SNCF)

Irland

- Córas Iompair Eireann (CIE)

Italienische Republik

- Azienda autonoma delle Ferrovie dello Stato (FS)

Großherzogtum Luxemburg

- Société nationale des chemins de fer luxembourgeois (CFL)

Königreich der Niederlande

- N. V. Nederlandse Spoorwegen (NS)

Königreich Norwegen

- Norges Statsbaner (NSB)

Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland

- British Railways Board (BRB)
- Northern Ireland Railways Company Ltd. (NIR).

B. Straße

Königreich Belgien

1. Autoroutes/Autosnelwegen
2. Autres routes de l'Etat/Andere rijkswegen
3. Routes provinciales/Provinciale wegen
4. Routes communales/Gemeentewegen

Königreich Dänemark

1. Motorveje
2. Hovedlandeveje
3. Landeveje
4. Biveje

Bundesrepublik Deutschland

1. Bundesautobahnen
2. Bundesstraßen

3. Land-(Staats-)straßen
4. Kreisstraßen
5. Gemeindestraßen

Französische Republik

1. Autoroutes
2. Routes nationales
3. Chemins départementaux
4. Voies communales

Irland

1. National primary roads
2. Main roads
3. County roads
4. County borough roads
5. Urban roads

Italienische Republik

1. Autostrade
2. Strade statali
3. Strade regionali e provinciali
4. Strade comunali

Großherzogtum Luxemburg

1. Routes d'Etat
2. Chemins repris
3. Chemins vicinaux

Königreich der Niederlande

1. Autosnelwegen van het Rijkswegenplan
2. Overige wegen van het Rijkswegenplan
3. Wegen van de secundaire wegenplannen
4. Wegen van de tertiaire wegenplannen
5. Overige verharde wegen

Königreich Norwegen

1. Riksveger
2. Fylkesveger
3. Kommunale veger

Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland

1. Motorways and trunk roads
2. Principal roads
3. Non-principal and other roads.“

4. Verordnung (EWG) Nr. 1463/70 des Rates vom 20. Juli 1970

ABl. Nr. L 164/1 vom 27. Juli 1970

Im Anhang II Punkt I Nummer 1 erhält der in Klammern aufgeführte Text folgende Fassung:

„(1 für Deutschland, 2 für Frankreich, 3 für Italien, 4 für die Niederlande, 6 für Belgien, 11 für das Vereinigte Königreich, DK für Dänemark, IRL für Irland, L für Luxemburg und N für Norwegen).“

5. Verordnung (EWG) Nr. 281/71 der Kommission vom 9. Februar 1971

ABl. Nr. L 33/11 vom 10. Februar 1971

Im Anhang wird nach „Kanaal Gent—Terneuzen“ folgendes angefügt:

„Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland

- Weaver Navigation (Northwich to the junction with the Manchester Ship Canal)
- Gloucester and Sharpness Canal.“

6. **Richtlinie Nr. 65/269/EWG** des Rates vom 13. Mai 1965
 ABl. Nr. 88/1469 vom 24. Mai 1965

Im Anhang wird in Zeile 3 das Wort „vier“ durch das Wort „sieben“ ersetzt.

7. **Richtlinie Nr. 68/297/EWG** des Rates vom 19. Juli 1968
 ABl. Nr. L 175/15 vom 23. Juli 1968

Nach Artikel 1 wird der folgende Artikel eingefügt:

„Artikel 1 a

Im Sinne dieser Richtlinie gelten als eine gemeinsame Grenze zwischen Mitgliedstaaten überschreitend auch die in einem Mitgliedstaat zugelassenen Nutzkraftfahrzeuge, die mit einem Seetransportmittel das Meer zwischen zwei Häfen überqueren, die jeweils im Gebiet der Mitgliedstaaten liegen.“

In Artikel 5 Absatz 1 wird am Ende folgender Satz angefügt:

„Für Beförderungen nach Artikel 1 a erfolgt die Abgrenzung dieser Zone ab Anlandehäfen.“

V. Wettbewerb

1. **Verordnung Nr. 17** des Rates vom 6. Februar 1962
 ABl. Nr. 13/204 vom 21. Februar 1962

geändert durch:

- Verordnung Nr. 59 des Rates vom 3. Juli 1962
 ABl. Nr. 58/1655 vom 10. Juli 1962

- Verordnung Nr. 118/63/EWG des Rates vom 5. November 1963
 ABl. Nr. 162/2696 vom 7. November 1963

Nach Artikel 24 wird folgender Artikel eingefügt:

„Artikel 25

(1) In bezug auf die Vereinbarungen, Beschlüsse und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen, die infolge des Beitritts in den Anwendungsbereich von Artikel 85 des Vertrags fallen, gilt der Zeitpunkt des Beitritts als Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung in allen Fällen, in denen in dieser Verordnung auf diesen Zeitpunkt verwiesen wird.

(2) Vereinbarungen, Beschlüsse und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, die zum Zeitpunkt des Beitritts bestehen und die infolge des Beitritts in den Anwendungsbereich von Artikel 85 des Vertrags fallen, müssen vor Ablauf der Frist von sechs Monaten nach dem Beitritt gemäß Artikel 5 Absatz 1 und Artikel 7 Absätze 1 und 2 angemeldet werden.

(3) Die in Artikel 15 Absatz 2 Buchstabe a vorgesehenen Geldbußen dürfen nicht für Handlungen festgelegt werden, die vor der Anmeldung im Rahmen von Vereinbarungen, Beschlüssen und Praktiken, die unter Absatz 2 fallen und innerhalb der in diesem Absatz vorgesehenen Fristen angemeldet worden sind, begangen werden.

(4) Die neuen Mitgliedstaaten treffen vor Ablauf einer Frist von sechs Monaten nach dem Beitritt nach Anhörung der Kommission die in Artikel 14 Absatz 6 vorgesehenen Maßnahmen.“

2. **Verordnung Nr. 19/65/EWG** des Rates vom 2. März 1965
 ABl. Nr. 36/533 vom 6. März 1965

Artikel 4 Absatz 1 Unterabsatz 1 erhält folgende Fassung:

„In einer auf Grund des Artikels 1 erlassenen Verordnung kann bestimmt werden, daß das Verbot des Artikels 85 Absatz 1 des Vertrags für einen in der Verordnung festgesetzten Zeitraum nicht für Vereinbarungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen gilt, die zum Zeitpunkt des Beitritts bestehen und infolge des Beitritts in den Anwendungsbereich von Artikel 85 fallen und die Voraussetzungen des Artikels 85 Absatz 3 nicht erfüllen.“

Artikel 4 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„Absatz 1 gilt für Vereinbarungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, die infolge des Beitritts in den Anwendungsbereich von Artikel 85 Absatz 1 des Vertrags fallen und die gemäß den Artikeln 5 und 25 der Verordnung Nr. 17 vor dem 1. Juli 1973 angemeldet werden müssen, nur dann, wenn dies vor diesem Zeitpunkt geschehen ist.“

3. **Verordnung (EWG) Nr. 1017/68** des Rates vom 19. Juli 1968

ABl. Nr. L 175/1 vom 23. Juli 1968

Artikel 21 Absatz 6 zweiter Satz erhält folgende Fassung:

„Zu diesem Zweck treffen die neuen Mitgliedstaaten vor Ablauf der Frist von sechs Monaten nach dem Beitritt nach Anhörung der Kommission die erforderlichen Maßnahmen.“

4. **Verordnung Nr. 67/67/EWG** der Kommission vom 22. März 1967

ABl. Nr. 57/849 vom 25. März 1967

Artikel 5 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Das Verbot des Artikels 85 Absatz 1 des Vertrags gilt nicht für Vereinbarungen, Beschlüsse und aufeinander abgestimmte Alleinvertriebsvereinbarungen, die zum Zeitpunkt des Beitritts bestehen und infolge des Beitritts in den Anwendungsbereich von Artikel 85 Absatz 1 fallen und innerhalb von sechs Monaten nach dem Beitritt derart abgeändert worden sind, daß sie die in dieser Verordnung genannten Voraussetzungen erfüllen.“

5. **Entscheidung Nr. 33/56** der Hohen Behörde der EGKS vom 21. November 1956

ABl. Nr. 26/334 vom 25. November 1956

geändert durch:

Entscheidung Nr. 2/62 der Hohen Behörde der EGKS vom 8. März 1962

ABl. Nr. 20/376 vom 19. März 1962

In der Anlage zur Entscheidung Nr. 2/62 werden nach der Spalte „07“ die Spalten „08“ und „09“ gestrichen und durch folgende Spalten ersetzt:

Dänemark	Irland	Norwegen	Ver-einigtes König-reich	Dritte Länder	Hundertsätze der Lieferungen unter 01 im Verhältnis zur Gesamtanzahl (= 100)
08	09	10	11	12	13

VI. Steuerrecht

Richtlinie Nr. 69/335/EWG des Rates vom 17. Juni 1969
 ABl. Nr. L 249/25 vom 3. Oktober 1969

Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe a erhält folgende Fassung:

„1. Kapitalgesellschaften im Sinne dieser Richtlinie sind:

- a) die Gesellschaften belgischen, dänischen, deutschen, französischen, irischen, italienischen, luxemburgischen, niederländischen und norwegischen Rechts sowie des Rechts des Vereinigten Königreichs, die nachstehend aufgeführt sind:
- société anonyme/naamloze vennootschap, aktieselskab, Aktiengesellschaft, société anonyme, companies incorporated with limited liability, società per azioni, société anonyme, naamloze vennootschap, aksjeselskap, companies incorporated with limited liability;
 - société en commandite par actions/commanditaire vennootschap op aandelen, kommanditaktieselskab, Kommanditgesellschaft auf Aktien, société en commandite par actions, società in accomandita per azioni, société en commandite par actions, commanditaire vennootschap op aandelen, kommanditaksjeselskap;
 - société de personnes à responsabilité limitée/personenvennootschap met beperkte aansprakelijkheid, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, société à responsabilité limitée, società a responsabilità limitata, société à responsabilité limitée.“

VII. Wirtschaftspolitik

1. Entscheidung des Rates vom 18. März 1958
 ABl. Nr. 17/390 vom 6. Oktober 1958

In Artikel 7 wird das Wort „acht“ durch das Wort „zwölf“ ersetzt.

In Artikel 10 Absatz 1 wird das Wort „acht“ durch das Wort „zwölf“ ersetzt.

2. Entscheidung Nr. 71/143/EWG des Rates vom 22. März 1971
 ABl. Nr. L 73/15 vom 27. März 1971

In Artikel 1 Absatz 2 werden nach den Worten: „Diese Verpflichtung gilt für einen Zeitraum von vier Jahren vom 1. Januar 1972 an gerechnet;“

folgende Worte eingefügt:

„im Falle der neuen Mitgliedstaaten gilt sie vom Zeitpunkt des Beitritts an und endet am 31. Dezember 1975.“

In dem darauffolgenden Satz wird das Wort „sie“ durch die Worte „Diese Verpflichtung“ ersetzt.

In Artikel 6 werden nach den Worten „ab 1. Januar 1972“.

folgende Worte eingefügt:

„und im Falle der neuen Mitgliedstaaten vom Zeitpunkt des Beitritts an“.

Der Anhang erhält folgende Fassung:

„Anhang

Die in Artikel 1 Absatz 1 diese: Entscheidung vorgesehenen Bereitstellungsplafonds belaufen sich auf folgende Beträge:

	Millionen Rechnungs- einheiten	v. H. des Gesamt- betrags
Deutschland	600	21,4
Belgien-Luxemburg	200	7,2
Dänemark	90	3,2
Frankreich	600	21,4
Irland	35	1,2
Italien	400	14,3
Norwegen	75	2,7
Niederlande	200	7,2
Vereinigtes Königreich	600	21,4
Insgesamt	2 800	100,0

3. Richtlinie des Rates vom 11. Mai 1960
 ABl. Nr. 43/921 vom 12. Juli 1960

Artikel 3 Absatz 2 Unterabsatz 1 erhält folgende Fassung:

„2. Wenn die Liberalisierung dieses Kapitalverkehrs geeignet ist, die Verwirklichung der Wirtschaftspolitik eines Mitgliedstaats zu behindern, so kann dieser die bei Inkrafttreten dieser Richtlinie für die neuen Mitgliedstaaten vor dem Beitritt bestehenden devisenrechtlichen Beschränkungen dieses Kapitalverkehrs aufrechterhalten oder wiedereinführen. Er berät hierüber mit der Kommission.“

Artikel 6 erhält folgende Fassung:

„Die Mitgliedstaaten werden bestrebt sein, weder neue devisenrechtliche Beschränkungen des bereits vor Inkrafttreten dieser Richtlinie für die neuen Mitgliedstaaten vor dem Beitritt liberalisierten Kapitalverkehrs innerhalb der Gemeinschaft einzuführen noch bestehende Vorschriften zu verschärfen.“

Artikel 7 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„Die Mitgliedstaaten unterrichten die Kommission spätestens drei Monate nach Inkrafttreten dieser Richtlinie (für die neuen Mitgliedstaaten drei Monate nach dem Beitritt) über:

- a) die am Tage des Inkrafttretens dieser Richtlinie geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften über den Kapitalverkehr,
- b) die in Anwendung dieser Richtlinie erlassenen Vorschriften,
- c) die Durchführungsmodalitäten für die vorerwähnten Vorschriften.“

Artikel 8 wird gestrichen.

VIII. Handelspolitik

1. **Verordnung (EWG) Nr. 1023/70** des Rates vom 25. Mai 1970
 ABl. Nr. L 124/1 vom 8. Juni 1970
 In Artikel 11 Absatz 2 wird das Wort „zwölf“ durch das Wort „dreißig“ ersetzt.
2. **Verordnung (EWG) Nr. 1025/70** des Rates vom 25. Mai 1970
 ABl. Nr. L 124/6 vom 8. Juni 1970
 geändert durch:
 Verordnung (EWG) Nr. 1984/70 des Rates vom 29. September 1970
 ABl. Nr. L 218/1 vom 3. Oktober 1970
 Verordnung (EWG) Nr. 724/71 des Rates vom 30. März 1971
 ABl. Nr. L 80/3 vom 5. April 1971
 Verordnung (EWG) Nr. 1080/71 des Rates vom 25. Mai 1971
 ABl. Nr. L 116/8 vom 28. Mai 1971
 Verordnung (EWG) Nr. 1429/71 des Rates vom 2. Juli 1971
 ABl. Nr. L 151/8 vom 7. Juli 1971
 In Anhang II wird die Länderliste durch die nachstehende Liste ersetzt:

„Länderliste

Afghanistan
 Algerien
 Andorra
 Antigua
 Arabische Republik Ägypten
 Argentinien
 Äquatorialguinea
 Äthiopien
 Australien (mit Papua, Treuhandgebiet Neuguinea, Norfolk-Inseln und Kokos-[Keeling-]Inseln)
 Australe und Antarktische Gebiete (französische ULG: Kerguelen, Crozet-Inseln, Sankt Paul und Amsterdam, Adélieland)
 Bahama-Inseln
 Bahrain
 Barbados
 Bermuda
 Bhutan
 Burma
 Bolivien
 Botsuana
 Brasilien (einschließlich Fernando de Noronha [mit Klippen São Pedro und São Paulo und Rocas-Atoll, Trindade und Martim Vaz])
 Britisches Antarktisgebiet
 Britische Gebiete im Indischen Ozean (Tschagos-, Aldabra-, Farquhar- und Des Roches-Inseln)
 Britisch-Honduras
 Britische Jungferninseln
 Brunei
 Burundi
 Ceylon
 Chile (einschließlich folgender Inseln: Juan Fernandez-Inseln, Osterinseln, Sala-y-Gomez, San Feliz, San Ambrosio und westlicher Teil von Feuerland)
 Republik China (Taiwan)

Costa Rica
 Dahome
 Dominica
 Dominikanische Republik (einschließlich der Inseln Saona, Catalina, Beata und einiger kleinerer Inseln)
 Ecuador
 Elfenbeinküste
 Falkland-Inseln und Nebengebiete
 Färöer
 Fidschi
 Französisches Afar- und Issa-Territorium
 Französisch Polynesien. Gesellschaftsinseln, Iles sous-le-vent, Marquesas, Tuamotu-, Gambier- und Tubuai-Inseln, Rapa und Clipperton
 Finnland
 Gabun
 Gambia
 Ghana
 Grenada
 Griechenland (einschließlich Euböa, Sporaden, Dodekanes-Inseln, Kykladen, Ionische Inseln, Inseln im Ägäischen Meer, Kreta)
 Guatemala
 Guyana
 Republik Guinea
 Haiti (einschließlich Tortuga, Gonave, Cayemiten, Ile à Vache, Ile de la Navase und Grande-Caye)
 Hohheitsgebiete unter der Westpazifischen Hohen Kommission (einschließlich der Zollgebiete, die nicht zum Protektorat der britischen Salomonen und zur Kolonie der Gilbert- und Ellice-Inseln gehören)
 Hoheitszonen des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland auf Zypern
 Honduras
 Hongkong
 Indien (einschließlich Andamanen, Nikobaren, Lakadiven, Minicoy und Amindiven)
 Indonesien (Java, Sumatra, Kalimantan, Sulawesi, Bali und Nusatenggara [einschließlich des indonesischen Teils von Timor], Maluku, Irian Barat)
 Inseln Tromelin, Iles Glorieuses, Juan de Nova, Europa und Bassa da India
 Irak
 Iran
 Island
 Israel
 Jamaika
 Japan
 Jemen
 Jordanien
 Jugoslawien
 Kaiman-Inseln
 Kamerun
 Kanada
 Katar (Scheichtum Katar)
 Kenia
 Republik Khmer
 Kolumbien
 Komoren
 Volksrepublik Kongo
 Republik Korea (Südkorea)
 Kuwait

- Lesotho
 Libanon
 Liberia
 Libyen
 Liechtenstein
 Republik Madagaskar
 Malawi
 Malaysia (einschließlich Nord-Borneo und Sarawak)
 Malediven
 Mali
 Malta
 Marokko
 Maskat und Oman
 Mauretanien
 Mauritius
 Mexiko
 Montserrat
 Nauru
 Nepal
 Neue Hebriden
 Neukaledonien und Nebengebiete (einschließlich Iles des Pin, Huon, Iles Loyauté, Walpole und Surprise, Chesterfield-Inseln)
 Neuseeland (einschließlich Kermadec- und Chatham-Inseln)
 Cook-Inseln:
 1. Nördliche Gruppe (Penrhyn, Manihiki, Rakahanga, Pukapuka, Palmerston, Suwarow und Nassau)
 2. Südliche Gruppe (Rarotonga, Aitutaki, Atiu, Mitiaro, Mauke, Mangaia, Takutea und Manuae)
 3. Niue
 Nicaragua
 Niederländische Antillen (mit den Inseln Curaçao, Aruba, Bonaire, Saba, Sankt Eustatius und dem niederländischen Teil von Sankt Martin)
 Niger
 Bundesrepublik Nigeria
 Norwegische Besitzungen in der Antarktis (Bouvet-Insel, Peter I.-Insel, Königin Maud-Land)
 Obervolta
 Österreich
 Pakistan
 Panama
 Paraguay
 Peru
 Philippinen
 Portugal
 europäisches Gebiet (einschließlich Madeira und Azoren)
 Angola
 Cabinda
 Portugiesisch-Guinea
 Kapverdische Inseln
 Macau
 Mosambik
 Portugiesisch-Timor
 São Tomé und Príncipe
 Rio Muni
 Ruanda
 Saint-Pierre-et-Miquelon
 El Salvador
 Sambia
 St. Helena und Nebengebiete (Ascension und Tristan da Cunha)
- St. Christoph, Nevis und Anguilla
 Santa Lucia
 St. Vincent
 Saudi-Arabien
 Schweden
 Schweiz
 Senegal
 Seychellen
 Sierra Leone
 Sikkim
 Singapur
 Somalia
 Spanien
 Festlandgebiet sowie Balearen, Kanarische Inseln, Ceuta und Melilla, Alhucemas, Chafarinas, Peñón de Vélez de la Gomera, Ifni und Sahara
 Südafrikanische Republik (einschließlich Südwestafrika sowie Prinz-Eduard- und Marion-Inseln)
 Sudan
 Südjemen (einschließlich der Inseln Perim und Sokotra)
 Südvietnam
 Surinam
 Svalbard (Spitzbergen, einschließlich Bären-Insel)
 Swasiland
 Syrien
 Tansania
 Thailand
 Togo
 Tonga
 Trinidad und Tobago
 Tschad
 Türkei
 Turks- und Caicos-Inseln
 Tunesien
 Union der arabischen Emirate (Abu Dhabi, Dubai, Scherdscha, Adschman, Umm al Kaiwan, Fudschaira) sowie Ras al Chaima
 Uganda
 Uruguay
 Venezuela
 Vereinigte Staaten von Amerika
 (Amerikanische) Jungferninseln
 Amerikanisch-Samoa (einschließlich Swains)
 Guam
 Kingman Reef
 Midway-Inseln
 Panamakanal-Zone
 Puerto Rico
 Riukiu-Inseln (Okinawa) und Daito-Inseln
 Treuhandgebiet Pazifische Inseln (Karolinen, Marshall-Inseln, Marianen, ausgenommen Guam)
 Wake
 Wallis und Futuna
 Westsamoa
 Zaire
 Zentralafrikanische Republik
 Zypern"
3. **Verordnung (EWG) Nr. 2384/71** des Rates vom 8. November 1971
 ABl. Nr. L 249/1 vom 10. November 1971
 Der Kopf der Anlage erhält folgende Fassung:
 „ANLAGE — ANNEXE — ALLEGATO — BIJLAGE — ANNEX — BILAG — VEDLEGG“

Der Kopf der Tabelle erhält folgende Fassung:

„Warenbezeichnung
— Nr. des GZT —

Désignation des produits
— No du T.D.C. —

Designazione dei prodotti
— N. della T.D.C. —

Opgave van de produkten
— Nr. G.D.T. —

Description of product
— CCT No —

Varebeskrivelse
— Pos. nr. i FTT —

Vareslag
— Pos. nr. i FTT. —

4. **Verordnung (EWG) Nr. 109/70** des Rates vom 19. Dezember 1969

ABl. Nr. L 19/1 vom 26. Januar 1970

geändert durch:

Verordnung (EWG) Nr. 1492/70 des Rates vom 20. Juli 1970

ABl. Nr. L 166/1 vom 29. Juli 1970

Verordnung (EWG) Nr. 2172/70 des Rates vom 27. Oktober 1970

ABl. Nr. L 239/1 vom 30. Oktober 1970; berichtigt
ABl. Nr. L 248/38 und Nr. L 17/12/72

Verordnung (EWG) Nr. 2567/70 des Rates vom 14. Dezember 1970

ABl. Nr. L 276/1 vom 21. Dezember 1970

Verordnung (EWG) Nr. 532/71 des Rates vom 8. März 1971

ABl. Nr. L 60/1 vom 13. März 1971

Verordnung (EWG) Nr. 725/71 des Rates vom 30. März 1971

ABl. Nr. L 80/4 vom 5. April 1971

Verordnung (EWG) Nr. 1073/71 des Rates vom 25. Mai 1971

ABl. Nr. L 119/1 vom 1. Juni 1971

Verordnung (EWG) Nr. 1074/71 des Rates vom 25. Mai 1971

ABl. Nr. L 119/35 vom 1. Juni 1971

Verordnung (EWG) Nr. 2385/71 des Rates vom 8. November 1971

ABl. Nr. L 249/3 vom 10. November 1971

Der Kopf der Anlage erhält folgende Fassung:

„ANLAGE — ANNEXE — ALLEGATO — BIJLAGE — ANNEX — BILAG — VEDLEGG“

Das Abkürzungsverzeichnis wird durch folgende drei Spalten ergänzt:

„— Abbreviations — Forkortelser — Forkortelser

Bulgaria	Bulgarien	Bulgaria
----------	-----------	----------

Hungary	Ungarn	Ungarn
---------	--------	--------

Poland	Polen	Polen
--------	-------	-------

Romania	Rumänien	Romania
---------	----------	---------

Czechoslovakia	Tjekkosllovakiet	Tsjekkoslovakia“
----------------	------------------	------------------

Der Kopf der ersten Spalte der Tabelle erhält folgende Fassung:

„Warenbezeichnung
— Nr. des GZT —

Désignation des produits
— No du T.D.C. —

Designazione dei prodotti
— N. della T.D.C. —

Opgave van de produkten
— Nr. G.D.T. —

Description of product
— CCT No —

Varebeskrivelse
— Pos. nr. i FTT —

Vareslag
— Pos. nr. i FTT —

5. **Verordnung (EWG) Nr. 2386/71** des Rates vom 8. November 1971

ABl. Nr. L 249/12 vom 10. November 1971

Der Kopf der Anlage erhält folgende Fassung:

„ANLAGE — ANNEXE — ALLEGATO — BIJLAGE — ANNEX — BILAG — VEDLEGG“

Das Abkürzungsverzeichnis wird durch folgende drei Spalten ergänzt:

„— Abbreviations — Forkortelser — Forkortelser

Albania	Albanien	Albania
---------	----------	---------

USSR	Sovjetunionen	Sovjetunionen“
------	---------------	----------------

Der Kopf der ersten Spalte der Tabelle erhält folgende Fassung:

„Warenbezeichnung
— Nr. des GZT —

Désignation des produits
— No du T.D.C. —

Designazione dei prodotti
— N. della T.D.C. —

Opgave van de produkten
— Nr. G.D.T. —

Description of product
— CCT No —

Varebeskrivelse
— Pos. nr. i FTT —

Vareslag
— Pos. nr. i FTT —

6. **Verordnung (EWG) Nr. 2406/71** des Rates vom 9. November 1971

ABl. Nr. L 250/1 vom 11. November 1971

Der Kopf der Anlage erhält folgende Fassung:

„ANLAGE — ANNEXE — ALLEGATO — BIJLAGE — ANNEX — BILAG — VEDLEGG“

Das Abkürzungsverzeichnis wird durch folgende drei Spalten ergänzt:

„— Abbreviations — Forkortelser — Forkortelser

People's Republic of China	Folkerepublikken Kina	Folkerrepublikken China
----------------------------	-----------------------	-------------------------

North Korea	Nordkorea	Nord-Korea
-------------	-----------	------------

Mongolia	Den mongolske Folkerepublik	Mongolia
----------	-----------------------------	----------

North Vietnam	Nordvietnam	Nord-Vietnam“
---------------	-------------	---------------

Der Kopf der ersten Spalte erhält folgende Fassung:

„Warenbezeichnung
— Nr. des GZT —

Désignation des produits
— No du T.D.C. —

Designazione dei prodotti
— N. della T.D.C. —

Opgave van de produkten
— Nr. G.D.T. —

Description of product
— CCT No. —

Varebeskrivelse
— Pos. nr. i FTT —

Vareslag
— Pos. nr. i FTT —

Die Anmerkung wird wie folgt ergänzt:

„The references to Chapter 73 do not allude to ECSC Treaty products

Oplysningerne vedrørende kapitel 73 sigter ikke til produkter, der falder ind under EKSF-traktaten.

Opplysningene vedrørende kapitell 73 angir ikke varer som hører inn under EKSF-traktaten.“

7. Verordnung (EWG) Nr. 2407/71 des Rates vom 9. November 1971

ABl. Nr. L 250/7 vom 11. November 1971; berichtigt
ABl. Nr. L 264/54

Der Kopf der Anlage erhält folgende Fassung:

„ANLAGE — ANNEXE — ALLEGATO — BIJLAGE — ANNEX — BILAG — VEDLEGG“

Das Abkürzungsverzeichnis wird durch folgende drei Spalten ergänzt:

„— Abbreviations — Forkortelser — Forkortelser

People's Republic of China	Folkerepublikken Kina	Folkerepublikken China
North Vietnam	Nordvietnam	Nord-Vietnam
North Korea	Nordkorea	Nord-Korea
Mongolia	Den mongolske Folkerepublik	Mongolia“

Der Kopf der ersten Spalte der Tabelle erhält folgende Fassung:

„Warenbezeichnung
— Nr. des G.Z.T. —

Désignation des produits
— No du T.D.C. —

Designazione dei prodotti
— N. della T.D.C. —

Opgave van de produkten
— Nr. G.D.T. —

Description of product
— CCT No. —

Varebeskrivelse
— Pos. nr. i FTT —

Vareslag
— Pos. nr. i FTT —

8. Richtlinie Nr. 70/509/EWG des Rates vom 27. Oktober 1970

ABl. Nr. L 254/1 vom 23. November 1970

Die Anmerkung auf Seite 1 des Anhangs A erhält folgende Fassung:

„(1) Belgien: Office national du ducroire / Nationale Delcrederedienst
Dänemark: Eksportkreditrådet
Deutschland: Bundesrepublik Deutschland
Frankreich: Compagnie française d'assurance pour le commerce extérieur

Irland: The Minister for Industry and Commerce

Italien: Istituto nazionale delle assicurazioni

Luxemburg: Office du ducroire du Luxembourg

Niederlande: Nederlandsche Credietverzekering Maatschappij N.V.

Norwegen: Garanti-Instituttet for Eksportkredit

Vereinigtes Königreich: The Export Credits Guarantee Department.“

9. Richtlinie Nr. 70/510/EWG des Rates vom 27. Oktober 1970

ABl. Nr. L 254/26 vom 23. November 1970

Die Anmerkung auf Seite 1 des Anhangs A erhält folgende Fassung:

„(1) Belgien: Office national du ducroire / Nationale Delcrederedienst

Dänemark: Eksportkreditrådet

Deutschland: Bundesrepublik Deutschland

Frankreich: Compagnie française d'assurance pour le commerce extérieur

Irland: The Minister for Industry and Commerce

Italien: Istituto nazionale delle assicurazioni

Luxemburg: Office du ducroire du Luxembourg

Niederlande: Nederlandsche Credietverzekering Maatschappij N.V.

Norwegen: Garanti-Instituttet for Eksportkredit

Vereinigtes Königreich: The Export Credits Guarantee Department.“

IX. Sozialpolitik

1. Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971

ABl. Nr. L 149/2 vom 5. Juli 1971

Artikel 1 Buchstabe j erhält folgende Fassung:

„j) „Rechtsvorschriften“: in jedem Mitgliedstaat die bestehenden und künftigen Gesetze, Verordnungen, Satzungen und alle anderen Durchführungsvorschriften in bezug auf die in Artikel 4 Absätze 1 und 2 genannten Zweige und Systeme der sozialen Sicherheit.

Dieser Begriff umfaßt bestehende oder künftige tarifvertragliche Vereinbarungen nicht, selbst wenn eine behördliche Entscheidung sie für allgemein verbindlich erklärt oder ihren Geltungsbereich erweitert hat. Diese Einschränkung kann jedoch in bezug auf solche tarifvertraglichen Vereinbarungen,

i) die der Erfüllung einer Versicherungspflicht dienen, welche sich aus Gesetzen oder Verordnungen gemäß Unterabsatz 1 ergibt, oder

- ii) die ein System schaffen, dessen Verwaltung von dem Träger gewährleistet wird, der auch die aufgrund der Gesetze oder Verordnungen gemäß Unterabsatz 1 eingeführten Systeme verwaltet,

jederzeit durch eine Erklärung des betreffenden Mitgliedstaats aufgehoben werden, in der die Systeme dieser Art genannt sind, auf die diese Verordnung anwendbar ist. Diese Erklärung ist gemäß Artikel 96 zu notifizieren und zu veröffentlichen.

Unterabsatz 2 darf nicht bewirken, daß unter die Verordnung Nr. 3 fallende Regelungen aus dem Geltungsbereich der vorliegenden Verordnung ausgeschlossen werden."

In Artikel 1 wird an Buchstabe s folgender Buchstabe eingefügt:

- „s a) ‚Wohndauer‘: die Dauer, die nach den Rechtsvorschriften, unter denen sie zurückgelegt worden ist, als solche bestimmt oder anerkannt ist;“

Artikel 15 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

- „1. Artikel 13 und 14 gelten nicht für die freiwillige Versicherung und die freiwillige Weiterversicherung, es sei denn, in einem Mitgliedstaat gibt es für einen der in Artikel 4 genannten Zweige nur die freiwillige Versicherung.“

In Artikel 18 erhalten die Überschrift und Absatz 1 folgende Fassung:

„Zusammenrechnung der Versicherungszeiten
oder Beschäftigungszeiten

1. Der zuständige Träger eines Mitgliedstaats, nach dessen Rechtsvorschriften der Erwerb, die Aufrechterhaltung oder das Wiederaufleben des Leistungsanspruchs von der Zurücklegung von Versicherungszeiten oder Beschäftigungszeiten abhängig ist, berücksichtigt, soweit erforderlich, die Versicherungszeiten oder Beschäftigungszeiten nach den Rechtsvorschriften eines anderen Mitgliedstaats, als handelte es sich um Zeiten, die nach den für diesen Träger geltenden Rechtsvorschriften zurückgelegt worden sind.“

Artikel 19 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

- „2. Absatz 1 gilt entsprechend für Familienangehörige, die im Gebiet eines anderen als des zuständigen Mitgliedstaats wohnen, sofern sie nicht auf Grund der Rechtsvorschriften des Staates, in dessen Gebiet sie wohnen, Anspruch auf diese Leistungen haben.“

Artikel 20 erhält folgende Fassung:

„Artikel 20

Grenzgänger und deren Familienangehörige —
Sonderregelungen

Grenzgänger können die Leistungen auch im Gebiet des zuständigen Staates erhalten. Diese Leistungen werden vom zuständigen Träger nach den Rechtsvorschriften dieses Staates erbracht, als ob der Grenzgänger dort wohnte. Die Familienangehörigen eines Grenzgängers können unter den gleichen Voraussetzungen Leistungen erhalten; die Gewährung dieser Leistungen ist jedoch — außer in dringlichen Fällen — davon abhängig, daß zwischen den betreffenden Mitgliedstaaten oder zwischen den zuständigen Behörden dieser Staaten eine entsprechende Vereinbarung getroffen worden ist oder daß, in Ermangelung einer solchen Vereinbarung, der zuständige Träger vorher seine Genehmigung hierzu erteilt hat.“

Artikel 22 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

- „3. Die Absätze 1 und 2 finden entsprechend auf die Familienangehörigen Anwendung.“

Artikel 25 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

- „3. Erfüllt ein Arbeitsloser die in den Rechtsvorschriften des Mitgliedstaats, der die Leistungen bei Arbeitslosigkeit zu tragen hat, für den Anspruch auf Leistungen bei Krankheit und Mutterschaft geforderten Voraussetzungen — gegebenenfalls unter Berücksichtigung von Artikel 18 —, so erhalten seine Familienangehörigen in jedem Mitgliedstaat, in dessen Gebiet sie wohnen oder sich aufhalten, diese Leistungen. Diese Leistungen werden wie folgt gewährt:

- i) Sachleistungen werden vom Träger des Wohn- oder Aufenthaltsorts nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften für Rechnung des zuständigen Trägers des Mitgliedstaats gewährt, zu dessen Lasten die Leistungen bei Arbeitslosigkeit gehen;
- ii) Geldleistungen werden von dem zuständigen Träger des Mitgliedstaates, zu dessen Lasten die Leistungen bei Arbeitslosigkeit gehen, nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften gewährt.“

Artikel 27 erhält folgende Fassung:

„Artikel 27

Rentenanspruch auf Grund
der Rechtsvorschriften mehrerer Staaten,
falls ein Anspruch auf Leistungen
im Wohnland besteht

Ein Rentner, der nach den Rechtsvorschriften von zwei oder mehr Mitgliedstaaten zum Bezug von Rente berechtigt ist und — gegebenenfalls unter Berücksichtigung von Artikel 18 und Anhang V — nach den Rechtsvorschriften des Mitgliedstaats, in dessen Gebiet er wohnt, Anspruch auf Leistungen hat, sowie seine Familienangehörigen erhalten diese Leistungen vom Träger des Wohnorts und zu dessen Lasten, als ob der Rentner Anspruch auf Rente nach den Rechtsvorschriften nur dieses Mitgliedstaats hätte.“

In Artikel 28 erhalten die Überschrift und Absatz 1 folgende Fassung:

„Rentenanspruch auf Grund
der Rechtsvorschriften eines einzigen
oder mehrerer Staaten, falls ein Anspruch
auf Leistungen im Wohnland nicht besteht

1. Ein Rentner, der nach den Rechtsvorschriften eines oder mehrerer Mitgliedstaaten zum Bezug von Rente berechtigt ist und keinen Anspruch auf Leistungen nach den Rechtsvorschriften des Mitgliedstaats hat, in dessen Gebiet er wohnt, erhält dennoch diese Leistungen für sich und seine Familienangehörigen, sofern — gegebenenfalls unter Berücksichtigung von Artikel 18 und Anhang V — nach den Vorschriften des Staates, auf Grund deren die Rente geschuldet wird, oder zumindest eines der Mitgliedstaaten, nach deren Rechtsvorschriften eine Rente geschuldet wird, Anspruch auf Leistungen bestünde, wenn er im Gebiet des betreffenden Staates wohnte. Diese Leistungen werden wie folgt gewährt:

- a) Die Sachleistungen gewährt der Träger des Wohnorts für Rechnung des in Absatz 2 bezeichneten Trägers, als ob der Rentner nach den Rechtsvorschriften des Staates, in dessen Gebiet er wohnt, Anspruch auf Rente und auf Sachleistungen hätte;

- b) die Geldleistungen gewährt gegebenenfalls der gemäß Absatz 2 bestimmte zuständige Träger nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften. Im Einvernehmen zwischen dem zuständigen Träger und dem Träger des Wohnorts können diese Leistungen jedoch auch von diesem Träger nach den Rechtsvorschriften des zuständigen Staates für Rechnung des zuständigen Trägers gewährt werden."

Artikel 29 erhält folgende Fassung:

„Artikel 29

Familienangehörige eines Rentners,
die in einem anderen Staat als der betreffende Rentner
wohnen — Wohnortwechsel in den Staat,
in dem der Rentner wohnt

1. Familienangehörige eines zum Bezug von Rente nach den Rechtsvorschriften eines oder mehrerer Mitgliedstaaten berechtigten Rentners, die im Gebiet eines anderen Mitgliedstaats als der Rentner wohnen, erhalten Leistungen, als ob der Rentner im Gebiet des gleichen Staates wohnte, sofern er Anspruch auf die genannten Leistungen nach den Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaats hat. Die Leistungen werden gemäß den nachstehenden Bedingungen gewährt:

- a) Die Sachleistungen gewährt der Träger des Wohnorts der Familienangehörigen nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zu Lasten des Trägers des Wohnorts des Rentners;

- b) die Geldleistungen gewährt gegebenenfalls der gemäß Artikel 27 oder Artikel 28 Absatz 2 bestimmte zuständige Träger nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften. Im Einvernehmen zwischen dem zuständigen Träger und dem Träger des Wohnortes der Familienangehörigen können diese Leistungen jedoch auch von diesem Träger nach den Rechtsvorschriften des zuständigen Staates für Rechnung des zuständigen Trägers gewährt werden.

2. Die in Absatz 1 bezeichneten Familienangehörigen, die ihren Wohnort in dem Gebiet des Mitgliedstaates nehmen, in dem der Rentner wohnt, erhalten:

- a) Sachleistungen nach den Rechtsvorschriften dieses Staates, auch wenn sie bereits vor dem Wohnortwechsel für den gleichen Fall einer Krankheit oder Mutterschaft Leistungen erhalten haben;

- b) Geldleistungen, die gegebenenfalls der gemäß Artikel 27 oder Artikel 28 Absatz 2 bestimmte zuständige Träger nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften gewährt. Im Einvernehmen zwischen dem zuständigen Träger und dem Träger des Wohnortes des Rentners können diese Leistungen jedoch auch von diesem Träger nach den Rechtsvorschriften des zuständigen Staates für Rechnung des zuständigen Trägers gewährt werden."

Artikel 31 erhält folgende Fassung:

„Artikel 31

Aufenthalt des Rentners und/oder
der Familienangehörigen in einem anderen Staat
als dem, in dem sie wohnen

Der in Artikel 27 oder 28 bezeichnete Rentner sowie seine Familienangehörigen erhalten während eines Aufenthaltes im Gebiet eines anderen Mitgliedstaates als des Staates, in dem sie wohnen,

- a) Sachleistungen vom Träger des Aufenthaltsortes nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zu Lasten des Trägers des Wohnortes des Rentners;

- b) Geldleistungen, gegebenenfalls von dem gemäß Artikel 27 oder 28 Absatz 2 bestimmten zuständigen Träger nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften. Im Einvernehmen zwischen dem zuständigen Träger und dem Träger des Aufenthaltsortes können diese Leistungen jedoch auch von diesem Träger nach den Rechtsvorschriften des zuständigen Staates für Rechnung des zuständigen Trägers gewährt werden."

Artikel 33 erhält folgende Fassung:

„Artikel 33

Beiträge der Rentenberechtigten

Der Träger eines Mitgliedstaats, der eine Rente schuldet, darf, wenn die für ihn geltenden Rechtsvorschriften vorsehen, daß von dem Rentner zur Deckung der Leistungen bei Krankheit und Mutterschaft Beiträge einbehalten werden, diese Beiträge von der von ihm geschuldeten Rente in der nach den betreffenden Rechtsvorschriften berechneten Höhe einbehalten, wenn die Kosten der Leistungen aufgrund der Artikel 27, 28, 29, 31 und 32 zu Lasten eines Trägers des genannten Mitgliedstaats gehen."

Artikel 34 erhält folgende Fassung:

„Artikel 34

Allgemeine Vorschrift

Artikel 27 bis 33 gelten nicht für Rentner oder deren Familienangehörige, die nach den Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaats wegen Ausübung einer Erwerbstätigkeit Anspruch auf Leistungen haben. In diesem Fall gelten diese Personen bei der Anwendung dieses Kapitels als Arbeitnehmer oder als Familienangehörige von Arbeitnehmern."

Die Überschrift von Abschnitt 1 des Kapitels 2 von Titel III erhält folgende Fassung:

„Arbeitnehmer, für die ausschließlich
Rechtsvorschriften galten, nach denen die Höhe
der Leistungen bei Invalidität von der Versicherungs-
oder Wohndauer unabhängig ist"

In Artikel 37 erhält Absatz 1 folgende Fassung:

- „1. Ein Arbeitnehmer, für den nacheinander oder abwechselnd die Rechtsvorschriften von zwei oder mehr Mitgliedstaaten galten und welcher Versicherungs- oder Wohnzeiten ausschließlich unter solchen Rechtsvorschriften zurückgelegt hat, nach denen die Höhe der Leistungen bei Invalidität von der Versicherungs- oder Wohndauer unabhängig ist, erhält die Leistungen gemäß Artikel 39. Dieser Artikel findet keine Anwendung auf Kinderzuschüsse zu Renten, die nach Kapitel 8 zu gewähren sind."

In Artikel 38 erhalten die Überschrift und Absatz 1 folgende Fassung:

„Zusammenrechnung der Versicherungs-
oder Wohnzeiten

1. Der zuständige Träger eines Mitgliedstaats, nach dessen Rechtsvorschriften der Erwerb, die Aufrechterhaltung oder das Wiederaufleben des Leistungsanspruchs von der Zurücklegung von Versicherungs- oder Wohnzeiten abhängig ist, berücksichtigt, soweit erforderlich, die Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften eines anderen Mitgliedstaats sowie gegebenenfalls die nach dem

grundschulpflichtigen Alter zurückgelegten Wohnzeiten nach den Rechtsvorschriften eines anderen Mitgliedstaates, nach denen der Leistungsanspruch von der Zurücklegung von Wohnzeiten abhängig ist, als handelte es sich um Zeiten, die nach den für diesen Träger geltenden Rechtsvorschriften zurückgelegt worden sind."

Die Überschrift von Abschnitt 2 des Kapitels 2 von Titel III erhält folgende Fassung:

„Arbeitnehmer, für die ausschließlich Rechtsvorschriften, nach denen die Höhe der Leistungen bei Invalidität von der Versicherungs- oder Wohndauer abhängt, oder Rechtsvorschriften dieser und der in Abschnitt 1 genannten Art galten.“

In Artikel 45 erhalten die Überschrift und Absatz 1 folgende Fassung:

„Berücksichtigung der Versicherungs- oder Wohnzeiten, die nach Rechtsvorschriften zurückgelegt worden sind, die für den Arbeitnehmer im Hinblick auf den Erwerb, die Aufrechterhaltung oder das Wiederaufleben des Leistungsanspruchs galten

1. Der zuständige Träger eines Mitgliedstaats, nach dessen Rechtsvorschriften der Erwerb, die Aufrechterhaltung oder das Wiederaufleben des Leistungsanspruchs von der Zurücklegung von Versicherungs- oder Wohnzeiten abhängig ist, berücksichtigt, soweit erforderlich, die Versicherungszeiten, die nach den Rechtsvorschriften eines anderen Mitgliedstaats zurückgelegt wurden, sowie gegebenenfalls die nach dem grundschulpflichtigen Alter zurückgelegten Wohnzeiten nach den Rechtsvorschriften eines anderen Mitgliedstaates, nach denen der Leistungsanspruch von der Zurücklegung von Wohnzeiten abhängig ist, als handelte es sich um Zeiten, die nach den für diesen Träger geltenden Rechtsvorschriften zurückgelegt worden sind."

In Artikel 45 wird folgender Absatz eingefügt:

„4. Wenn in den Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaates die Gewährung von Leistungen davon abhängig ist, daß der Arbeitnehmer vor Eintritt des Versicherungsfalles während eines bestimmten Zeitraums im Gebiet dieses Mitgliedstaates gewohnt hat, so gilt diese Voraussetzung als erfüllt, wenn der Arbeitnehmer während des gleichen Zeitraums im Gebiet eines anderen Mitgliedstaates gewohnt hat und den Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaates unterworfen war oder eine Rente nach den Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaates erhalten hat.“

In Artikel 46 erhalten die Absätze 1 und 2 folgende Fassung:

1. Der zuständige Träger jedes Mitgliedstaats, dessen Rechtsvorschriften für den Arbeitnehmer galten, bestimmt, sofern dieser Arbeitnehmer die in diesen Rechtsvorschriften geforderten Voraussetzungen für den Leistungsanspruch auch ohne Anwendung von Artikel 45 erfüllt, nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften den Leistungsbetrag unter Zugrundelegung aller nach diesen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungs- oder Wohnzeiten.

Dieser Träger hat auch den Leistungsbetrag zu berechnen, der sich nach Absatz 2 Buchstabe a und b ergeben würde. Nur der höhere dieser beiden Beträge wird berücksichtigt.

2. Der zuständige Träger jedes Mitgliedstaats, dessen Rechtsvorschriften für den Arbeitnehmer galten, wendet, wenn der Arbeitnehmer nur nach Artikel 45 leistungsberechtigt ist, folgende Vorschriften an:

- a) Der Träger berechnet den theoretischen Betrag der Leistung, auf die der Versicherte Anspruch hätte, wenn alle nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten zurückgelegten Versicherungs- und Wohnzeiten nur in dem betreffenden Staat und nach den für diesen Träger zum Zeitpunkt der Feststellung der Leistung geltenden Rechtsvorschriften zurückgelegt worden wären. Ist nach diesen Rechtsvorschriften der Betrag der Leistung von den zurückgelegten Zeiten unabhängig, so gilt dieser Betrag als theoretischer Betrag;

- b) der Träger ermittelt sodann den tatsächlich geschuldeten Betrag auf der Grundlage des nach Buchstabe a errechneten theoretischen Betrages nach dem Verhältnis zwischen den nach seinen Rechtsvorschriften vor Eintritt des Versicherungsfalles zurückgelegten Versicherungs- oder Wohnzeiten und den gesamten nach den Rechtsvorschriften aller beteiligten Mitgliedstaaten vor Eintritt des Versicherungsfalles zurückgelegten Versicherungs- und Wohnzeiten;

- c) übersteigt die Gesamtdauer der vor Eintritt des Versicherungsfalles nach den Rechtsvorschriften aller beteiligten Mitgliedstaaten zurückgelegten Versicherungs- und Wohnzeiten die in den Rechtsvorschriften eines dieser Mitgliedstaaten für die Gewährung der vollen Leistung vorgeschriebene Höchstdauer, so berücksichtigt der zuständige Träger dieses Staates bei Anwendung dieses Absatzes diese Höchstdauer an Stelle der Gesamtdauer dieser Zeiten; diese Berechnungsmethode kann den betreffenden Versicherungsträger nicht zur Gewährung einer Leistung verpflichten, deren Betrag die volle nach seinen Rechtsvorschriften vorgesehene Leistung übersteigt;

- d) die Einzelheiten des Berechnungsverfahrens nach diesem Absatz für die Berücksichtigung der sich überschneidenden Zeiten werden in der in Artikel 97 vorgesehenen Durchführungsverordnung festgelegt."

In Artikel 47 erhalten Absatz 1 Buchstaben b, c und d sowie Absatz 2 folgende Fassung:

- b) Der zuständige Träger eines Mitgliedstaats, nach dessen Rechtsvorschriften bei der Berechnung von Leistungen die Höhe der Arbeitsentgelte, Beiträge oder Zuschläge zugrunde zu legen ist, ermittelt die Entgelte, Beiträge oder Zuschläge für die nach den Rechtsvorschriften anderer Mitgliedstaaten zurückgelegten Versicherungs- oder Wohnzeiten auf der Grundlage der Durchschnittsentgelte, -beiträge oder -zuschläge, die für die nach den Rechtsvorschriften des ersten Staates zurückgelegten Versicherungszeiten festgestellt worden sind.

- c) Der zuständige Träger eines Mitgliedstaats, nach dessen Rechtsvorschriften bei der Berechnung von Leistungen ein Pauschalentgelt oder -betrag zugrunde zu legen ist, berücksichtigt für die nach den Rechtsvorschriften anderer Mitgliedstaaten zurückgelegten Versicherungs- oder Wohnzeiten Entgelte oder Beträge in Höhe des Pauschalentgelts oder -betrags oder gegebenenfalls der durchschnittlichen Pauschalentgelte oder -beträge für nach den Rechtsvorschriften des ersten Staates zurückgelegte Versicherungszeiten

d) Der zuständige Träger eines Mitgliedstaats, nach dessen Rechtsvorschriften bei der Berechnung von Leistungen für bestimmte Zeiten die Höhe der Entgelte und für andere Zeiten ein Pauschalentgelt oder -betrag zugrunde zu legen ist, berücksichtigt für die nach den Rechtsvorschriften anderer Mitgliedstaaten zurückgelegten Versicherungs- oder Wohnzeiten die nach Buchstabe b oder c ermittelten Entgelte oder Beträge beziehungsweise den Durchschnitt dieser Entgelte oder Beträge; wird bei der Berechnung der Leistungen für sämtliche nach den Rechtsvorschriften des ersten Staates zurückgelegten Versicherungszeiten ein Pauschalentgelt oder -betrag zugrunde gelegt, so berücksichtigt der zuständige Träger dieses Staates für die nach den Rechtsvorschriften anderer Mitgliedstaaten zurückgelegten Versicherungs- oder Wohnzeiten ein fiktives Entgelt, das diesem Pauschalentgelt oder -betrag entspricht.

2. Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaats über die Anpassung der bei der Berechnung der Leistungsbeträge berücksichtigten Rentenanteile gelten gegebenenfalls für die vom zuständigen Träger dieses Staates gemäß Absatz 1 berücksichtigten Rentenanteile für Versicherungs- oder Wohnzeiten nach den Rechtsvorschriften anderer Mitgliedstaaten."

In Artikel 48 erhalten die Überschrift und Absatz 1 folgende Fassung:

„Versicherungs- oder Wohnzeiten von weniger als einem Jahr

1. Der Träger eines Mitgliedstaates ist unabhängig von Artikel 46 Absatz 2 nicht verpflichtet, Leistungen aus Zeiten zu gewähren, wenn die Gesamtdauer dieser nach den Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaates zurückgelegten Versicherungs- oder Wohnzeiten weniger als ein Jahr beträgt und nach diesen Rechtsvorschriften kein Leistungsanspruch ausschließlich aufgrund dieser Zeiten erworben worden ist."

Artikel 48 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„3. Führt die Anwendung von Absatz 1 zur Befreiung aller Träger der betreffenden Staaten von der Leistungspflicht, so werden die Leistungen ausschließlich nach den Rechtsvorschriften des letzten dieser Staaten gewährt, dessen Voraussetzungen erfüllt sind; dabei gelten alle zurückgelegten und gemäß Artikel 45 Absätze 1 und 2 angerechneten Versicherungs- und Wohnzeiten als nach den Rechtsvorschriften dieses Staates zurückgelegt."

Die Überschrift von Artikel 49 erhält folgende Fassung:

„Berechnung der Leistungen, wenn die betreffende Person nicht gleichzeitig die Voraussetzungen erfüllt, die nach sämtlichen Rechtsvorschriften, nach denen Versicherungs- oder Wohnzeiten zurückgelegt wurden, erforderlich sind"

In Artikel 49 erhält Absatz 1 Buchstabe b folgende Fassung:

„b) Dabei gelten jedoch folgende Bestimmungen:

i) Erfüllt die betreffende Person die Voraussetzungen nach den Rechtsvorschriften mindestens zweier Mitgliedstaaten, ohne daß Versicherungs- oder Wohnzeiten berücksichtigt werden müssen, die nach Rechtsvorschriften zurückgelegt wurden, deren Voraussetzungen nicht erfüllt sind, so bleiben diese Zeiten bei Anwendung des Artikels 46 Absatz 2 unberücksichtigt;

ii) erfüllt der Versicherte die Voraussetzungen nur nach den Rechtsvorschriften eines einzigen Mitgliedstaats, ohne daß die Versicherungs- oder Wohnzeiten berücksichtigt werden müssen, die nach den Rechtsvorschriften zurückgelegt wurden, deren Voraussetzungen nicht erfüllt sind, so wird der Betrag der geschuldeten Leistung ausschließlich nach den Rechtsvorschriften, deren Voraussetzungen erfüllt sind, und unter alleiniger Berücksichtigung der nach diesen Rechtsvorschriften zurückgelegten Zeiten berechnet."

Artikel 50 erhält folgende Fassung:

„Artikel 50

Gewährung einer Zulage, wenn die Summe der nach den Rechtsvorschriften der einzelnen Mitgliedstaaten geschuldeten Leistungen nicht den Mindestbetrag erreicht, der in den Rechtsvorschriften des Mitgliedstaats vorgesehen ist, in dessen Gebiet der Empfänger wohnt

Der Empfänger von Leistungen nach diesem Kapitel darf in dem Mitgliedstaat, in dessen Gebiet er wohnt und nach dessen Rechtsvorschriften ihm eine Leistung zusteht, keinen niedrigeren Leistungsbetrag als die Mindestleistung erhalten, die nach den Rechtsvorschriften dieses Mitgliedstaats für eine Versicherungs- oder Wohnzeit vorgesehen ist, welche den Zeiten insgesamt entspricht, die bei der Feststellung seiner Leistung gemäß den vorstehenden Artikeln angerechnet wurden. Der zuständige Träger dieses Staates zahlt dem Betreffenden gegebenenfalls während der gesamten Zeit, in der er im Gebiet dieses Staates wohnt, eine Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrags zwischen der Summe der nach diesem Kapitel geschuldeten Leistungen und dem Betrag der Mindestleistung."

Die Überschrift von Abschnitt 1 des Kapitels 4 von Titel III erhält folgende Fassung:

„Gemeinsame Bestimmung"

Nach diesem Titel wird der folgende Artikel eingefügt:

„Artikel 51 a

Zusammenrechnung der Versicherungs- und Beschäftigungszeiten

Der zuständige Träger eines Mitgliedstaates, nach dessen Rechtsvorschriften der Erwerb, die Aufrechterhaltung oder das Wiederaufleben des Leistungsanspruchs von der Zurücklegung von Beschäftigungszeiten abhängt, berücksichtigt, soweit erforderlich, auch Versicherungs- oder Beschäftigungszeiten, die nach den Rechtsvorschriften eines anderen Mitgliedstaats zurückgelegt wurden, als handelte es sich um Zeiten, die nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zurückgelegt worden sind."

Vor Artikel 52 erhält „Abschnitt 1" die Bezeichnung „Abschnitt 2".

Artikel 57 Absatz 3 Buchstabe c erhält folgende Fassung:

„c) die Aufwendungen für Geldleistungen, einschließlich Renten, werden von den zuständigen Trägern der Mitgliedstaaten, in deren Gebiet die betreffende Person eine Tätigkeit ausgeübt hat, die geeignet war, diese Krankheit zu verursachen, anteilig getragen. Die Teilung erfolgt nach dem Verhältnis zwischen der Dauer der nach den Rechtsvorschriften dieser Mitgliedstaaten zurückgelegten Altersversicherungszeiten oder der in Artikel 45 Absatz 1 genannten Wohnzeiten und der Gesamtdauer der nach den Rechtsvorschriften aller dieser

Mitgliedstaaten bis zum Zeitpunkt des Beginns dieser Leistungen in der Altersversicherung zurückgelegten Versicherungs- oder Wohnzeiten."

Vor Artikel 60 erhält „Abschnitt 2“ die Bezeichnung „Abschnitt 3“.

Vor Artikel 61 erhält „Abschnitt 3“ die Bezeichnung „Abschnitt 4“.

Vor Artikel 63 erhält „Abschnitt 4“ die Bezeichnung „Abschnitt 5“.

Artikel 72 erhält folgende Fassung:

„Artikel 72

Zusammenrechnung der Versicherungs- oder Beschäftigungszeiten

Der zuständige Träger eines Mitgliedstaats, nach dessen Rechtsvorschriften der Erwerb des Leistungsanspruchs von der Zurücklegung von Versicherungs- oder Beschäftigungszeiten abhängig ist, berücksichtigt, soweit erforderlich, auch Versicherungs- oder Beschäftigungszeiten in einem anderen Mitgliedstaat, als handelte es sich um Zeiten, die nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zurückgelegt worden sind."

Artikel 79 Absatz 1 Buchstabe a erhält folgende Fassung:

„a) hängt nach diesen Rechtsvorschriften der Erwerb, die Aufrechterhaltung oder das Wiederaufleben des Leistungsanspruchs von der Versicherungs-, Beschäftigungs- oder Wohndauer ab, so wird diese Dauer gegebenenfalls unter Berücksichtigung des Artikels 45 beziehungsweise des Artikels 72 ermittelt."

In Artikel 79 wird folgender Absatz angefügt:

„4. Bei der Anwendung von Absatz 2 sowie des Artikels 77 Absatz 2 Buchstabe b Ziffer ii und des Artikels 78 Absatz 2 Buchstabe b Ziffer ii gelten die Wohnzeiten, die nach der Grundsulpflicht gemäß Rechtsvorschriften zurückgelegt wurden, die den Leistungsanspruch von der Zurücklegung von Wohnzeiten abhängig machen, als Versicherungszeiten."

In Artikel 82 Absatz 1 wird das Wort „sechsdreißig“ durch das Wort „sechzig“ ersetzt.

In Artikel 94 erhalten die Absätze 1 bis 7 folgende Fassung:

„1. Diese Verordnung begründet keinen Anspruch für einen Zeitraum vor ihrem Inkrafttreten oder vor ihrer Anwendung im Gebiet des betreffenden Mitgliedstaates.

2. Für die Feststellung des Anspruchs auf Leistungen nach dieser Verordnung werden sämtliche Versicherungszeiten sowie gegebenenfalls auch alle Beschäftigungs- und Wohnzeiten berücksichtigt, die nach den Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaats vor Inkrafttreten dieser Verordnung oder vor ihrer Anwendung im Gebiet dieses Mitgliedstaates zurückgelegt worden sind.

3. Ein Leistungsanspruch wird auch für Ereignisse begründet, die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung oder vor ihrer Anwendung im Gebiet des betreffenden Mitgliedstaates liegen, soweit Absatz 1 nicht etwas anderes bestimmt.

4. Leistungen jeder Art, die wegen der Staatsangehörigkeit oder des Wohnorts einer Person nicht gestellt worden sind oder geruht haben, werden auf Antrag der betreffenden Person nach Inkraft-

treten dieser Verordnung oder nach Beginn ihrer Anwendung im Gebiet des betreffenden Mitgliedstaates festgestellt oder wieder gewährt, es sei denn, daß früher festgestellte Ansprüche durch Kapitalabfindung abgegolten worden sind.

5. Die Ansprüche von Personen, deren Rente vor Inkrafttreten dieser Verordnung oder vor ihrer Anwendung im Gebiet des betreffenden Mitgliedstaates festgestellt worden ist, können auf Antrag der betreffenden Personen unter Berücksichtigung dieser Verordnung neu festgestellt werden. Dies gilt auch für die sonstigen in Artikel 78 genannten Leistungen.

6. Wird der Antrag nach Absatz 4 oder Absatz 5 innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten dieser Verordnung oder nach Beginn ihrer Anwendung im Gebiet des betreffenden Mitgliedstaates gestellt, so werden die Ansprüche auf Grund dieser Verordnung mit Wirkung von diesem Zeitpunkt an erworben, ohne daß der betreffenden Person Ausschlussfristen oder Verjährungsvorschriften eines Mitgliedstaates entgegengehalten werden können.

7. Wird der Antrag nach Absatz 4 oder Absatz 5 erst nach Ablauf von zwei Jahren nach Inkrafttreten dieser Verordnung oder nach Beginn ihrer Anwendung im Gebiet des betreffenden Mitgliedstaates gestellt, so werden nicht ausgeschlossene oder verjährte Ansprüche — vorbehaltlich etwaiger günstigerer Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaats — vom Tag der Antragstellung an erworben."

Artikel 94 Absatz 9 erhält folgende Fassung:

„9. Die Anwendung des Artikels 73 Absatz 2 darf zu keiner Einschränkung der Ansprüche führen, die bei Inkrafttreten dieser Verordnung oder bei Beginn ihrer Anwendung im Gebiet des betreffenden Mitgliedstaates bestehen. Für Personen, denen zu diesem Zeitpunkt auf Grund von zweiseitigen Abkommen mit Frankreich höhere Leistungen zustehen, gelten diese Abkommen weiter, solange diese Personen den französischen Rechtsvorschriften unterliegen. Dabei werden Unterbrechungen von weniger als einem Monat sowie die Zeiten einer Leistungsgewährung wegen Krankheit und Arbeitslosigkeit außer acht gelassen. Die Einzelheiten der Durchführung dieser Vorschriften werden in der in Artikel 97 vorgesehenen Durchführungsverordnung festgelegt."

Anhang I erhält folgende Fassung:

„Anhang I
(Artikel 1 Buchstabe u der Verordnung)

Besondere Geburtsbeihilfen, die nach Artikel 1 Buchstabe u nicht in den Geltungsbereich der Verordnung fallen

a. Belgien

Die Geburtsbeihilfe

b. Dänemark

Keine

c. Deutschland

Keine

d. Frankreich

a) die vorgeburtlichen Beihilfen

b) die Geburtsbeihilfen nach dem Gesetzbuch der sozialen Sicherheit (Code de la sécurité sociale)

- e. Irland
Keine
- f. Italien
Keine
- g. Luxemburg
Die Geburtsbeihilfen
- h. Niederlande
Keine
- i. Norwegen
Keine
- j. Vereinigtes Königreich
Keine"

Die Teile A und B des Anhangs II erhalten folgende Fassung:

„A.

Bestimmungen aus Abkommen über soziale Sicherheit, die unbeschadet des Artikels 6 der Verordnung weiterhin gelten

(Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe c der Verordnung)

1. Belgien — Dänemark
Gegenstandslos
2. Belgien — Deutschland
 - a) Artikel 3 und 4 des Schlußprotokolls vom 7. Dezember 1957 zum Allgemeinen Abkommen vom gleichen Tage in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 10. November 1960
 - b) Dritte Zusatzvereinbarung vom 7. Dezember 1957 zum Allgemeinen Abkommen vom gleichen Tage in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 10. November 1960 (Zahlung von Renten für die Zeit vor dem Inkrafttreten des Abkommens)
3. Belgien — Frankreich
 - a) Artikel 13, 16 und 23 der Zusatzvereinbarung vom 17. Januar 1948 zum Allgemeinen Abkommen vom gleichen Tage (Arbeitnehmer der Bergwerke und gleichgestellten Unternehmen)
 - b) Briefwechsel vom 27. Februar 1953 (Anwendung des Artikels 4 Absatz 2 des Allgemeinen Abkommens vom 17. Januar 1948)
 - c) Briefwechsel vom 29. Juli 1953 betreffend die Beihilfen für alte Arbeitnehmer
4. Belgien — Irland
Gegenstandslos
5. Belgien — Italien
Artikel 29 des Abkommens vom 30. April 1948
6. Belgien — Luxemburg
Artikel 3, 4, 5, 6 und 7 des Abkommens vom 16. November 1959 in der Fassung des Abkommens vom 12. Februar 1964 (Grenzgänger)
7. Belgien — Niederlande
Keine
8. Belgien — Norwegen
Gegenstandslos
9. Belgien — Vereinigtes Königreich
Keine
10. Dänemark — Deutschland
 - a) Artikel 3 Absatz 4 des Abkommens über die Sozialversicherung vom 14. August 1953
 - b) Nummer 15 des Schlußprotokolls zu dem genannten Abkommen
 - c) Zusatzvereinbarung vom 14. August 1953 zu dem genannten Abkommen
11. Dänemark — Frankreich
Keine
12. Dänemark — Irland
Gegenstandslos
13. Dänemark — Italien
Gegenstandslos
14. Dänemark — Luxemburg
Gegenstandslos
15. Dänemark — Niederlande
Gegenstandslos
16. Dänemark — Norwegen
Keine
17. Dänemark — Vereinigtes Königreich
Keine
18. Deutschland — Frankreich
 - a) Artikel 11 Absatz 1, Artikel 16 Absatz 2 und Artikel 19 des Allgemeinen Abkommens vom 10. Juli 1950
 - b) Artikel 9 der Ersten Zusatzvereinbarung vom 10. Juli 1950 zum Allgemeinen Abkommen vom gleichen Tage (Arbeitnehmer der Bergwerke und gleichgestellten Unternehmen)
 - c) Vierte Zusatzvereinbarung vom 10. Juli 1950 zum Allgemeinen Abkommen vom gleichen Tage in der Fassung der Zweiten Ergänzungsvereinbarung vom 18. Juni 1955
 - d) Abschnitte I und III der Zweiten Ergänzungsvereinbarung vom 18. Juni 1955
 - e) Nummern 6, 7 und 8 des Allgemeinen Protokolls vom 10. Juli 1950 zum Allgemeinen Abkommen vom gleichen Tage
 - f) Abschnitte II, III und IV der Vereinbarung vom 20. Dezember 1963 (Soziale Sicherheit in bezug auf das Saarland)
19. Deutschland — Irland
Gegenstandslos
20. Deutschland — Italien
 - a) Artikel 3 Absatz 2, Artikel 23 Absatz 2, Artikel 26 und Artikel 36 Absatz 3 des Abkommens vom 5. Mai 1953 (Sozialversicherung)
 - b) Zusatzvereinbarung vom 12. Mai 1953 zum Abkommen vom 5. Mai 1953 (Gewährung von Renten für die Zeit vor dem Inkrafttreten des Abkommens)
21. Deutschland — Luxemburg
Artikel 4, 5, 6 und 7 des Vertrags vom 11. Juli 1959 (Ausgleichsvertrag) und Artikel 11 Absatz 2 Buchstabe b des Abkommens vom 14. Juli 1960 (Leistungen bei Krankheit und Mutterschaft an Personen, welche die Anwendung der Rechtsvorschriften der Herkunftslandes gewählt haben)
22. Deutschland — Niederlande
 - a) Artikel 3 Absatz 2 des Abkommens vom 29. März 1951
 - b) Artikel 2 und 3 der Vierten Zusatzvereinbarung vom 21. Dezember 1956 zum Abkommen vom 29. März 1951 (Regelung der Ansprüche, die von niederländischen Arbeitskräften zwischen dem 13. Mai 1940 und dem 1. September 1945 in der deutschen Sozialversicherung erworben worden sind)

23. Deutschland — Norwegen
Keine
24. Deutschland — Vereinigtes Königreich
a) Artikel 3 Absatz 6 und Artikel 7 Absätze 2 bis 6 des Abkommens über die soziale Sicherheit vom 20. April 1960
b) Artikel 2 bis 7 des Schlußprotokolls zum Abkommen über die soziale Sicherheit vom 20. April 1960
c) Artikel 2 Absatz 5 und Artikel 5 Absätze 2 bis 6 des Abkommens über die Arbeitslosenversicherung vom 20. April 1960
25. Frankreich — Irland
Gegenstandslos
26. Frankreich — Italien
a) Artikel 20 und 24 des Allgemeinen Abkommens vom 31. März 1948
b) Briefwechsel vom 3. März 1956 (Leistungen bei Krankheit für Saisonarbeiter in landwirtschaftlichen Berufen)
27. Frankreich — Luxemburg
Artikel 11 und 14 der Zusatzvereinbarung vom 12. November 1949 zum Allgemeinen Abkommen vom gleichen Tage (Arbeitnehmer der Bergwerke und gleichgestellten Unternehmen)
28. Frankreich — Niederlande
Artikel 11 der Zusatzvereinbarung vom 1. Juni 1954 zum Allgemeinen Abkommen vom 7. Januar 1950 (Arbeitnehmer der Bergwerke und gleichgestellten Unternehmen)
29. Frankreich — Norwegen
Keine
30. Frankreich — Vereinigtes Königreich
Notenaustausch vom 27. und 30. Juli 1970 über die Lage in bezug auf die soziale Sicherheit der Lehrkräfte des Vereinigten Königreichs, die im Rahmen des Kulturabkommens vom 2. März 1948 vorübergehend in Frankreich tätig sind
31. Irland — Italien
Gegenstandslos
32. Irland — Luxemburg
Gegenstandslos
33. Irland — Niederlande
Gegenstandslos
34. Irland — Norwegen
Gegenstandslos
35. Irland — Vereinigtes Königreich
Keine
36. Italien — Luxemburg
Artikel 18 Absatz 2 und Artikel 24 des Allgemeinen Abkommens vom 29. Mai 1951
37. Italien — Niederlande
Artikel 21 Absatz 2 des Allgemeinen Abkommens vom 28. Oktober 1952
38. Italien — Norwegen
Keine
39. Italien — Vereinigtes Königreich
Keine
40. Luxemburg — Niederlande
Keine
41. Luxemburg — Norwegen
Gegenstandslos
42. Luxemburg — Vereinigtes Königreich
Keine
43. Niederlande — Norwegen
Gegenstandslos
44. Niederlande — Vereinigtes Königreich
Keine
45. Norwegen — Vereinigtes Königreich
Keine
- B.
- Bestimmungen aus Abkommen,
deren Geltungsbereich nicht alle Personen umfaßt,
auf die die Verordnung anzuwenden ist
(Artikel 3 Absatz 3 der Verordnung)
1. Belgien — Dänemark
Gegenstandslos
2. Belgien — Deutschland
a) Artikel 3 und 4 des Schlußprotokolls vom 7. Dezember 1957 zum Allgemeinen Abkommen vom gleichen Tage in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 10. November 1960
b) Dritte Zusatzvereinbarung vom 7. Dezember 1957 zum Allgemeinen Abkommen vom gleichen Tage in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 10. November 1960 (Zahlung von Renten für die Zeit vor dem Inkrafttreten des Allgemeinen Abkommens)
3. Belgien — Frankreich
a) Briefwechsel vom 29. Juli 1953 betreffend die Beihilfe für alte Arbeitnehmer
b) Artikel 23 der Zusatzvereinbarung vom 17. Januar 1948 zum Allgemeinen Abkommen vom gleichen Tage (Arbeitnehmer der Bergwerke und gleichgestellten Unternehmen)
c) Briefwechsel vom 27. Februar 1953 (Anwendung des Artikels 4 Absatz 2 des Allgemeinen Abkommens vom 17. Januar 1948)
4. Belgien — Irland
Gegenstandslos
5. Belgien — Italien
Keine
6. Belgien — Luxemburg
Keine
7. Belgien — Niederlande
Keine
8. Belgien — Norwegen
Gegenstandslos
9. Belgien — Vereinigtes Königreich
Keine
10. Dänemark — Deutschland
a) Artikel 3 Absatz 4 des Abkommens über die Sozialversicherung vom 14. August 1953
b) Nummer 15 des Schlußprotokolls zu dem genannten Abkommen
c) Zusatzvereinbarung vom 14. August 1953 zu dem genannten Abkommen
11. Dänemark — Frankreich
Keine
12. Dänemark — Irland
Gegenstandslos

13. Dänemark — Italien
Gegenstandslos
14. Dänemark — Luxemburg
Gegenstandslos
15. Dänemark — Niederlande
Gegenstandslos
16. Dänemark — Norwegen
Keine
17. Dänemark — Vereinigtes Königreich
Keine
18. Deutschland — Frankreich
- Artikel 16 Absatz 2 und Artikel 19 des Allgemeinen Abkommens vom 10. Juli 1950
 - Vierte Zusatzvereinbarung vom 10. Juli 1950 zum Allgemeinen Abkommen vom gleichen Tage in der Fassung der Zweiten Ergänzungsvereinbarung vom 18. Juni 1955
 - Abschnitte I und III der Zweiten Ergänzungsvereinbarung vom 18. Juni 1955
 - Nummern 6, 7 und 8 des Allgemeinen Protokolls vom 10. Juli 1950 zum Allgemeinen Abkommen vom gleichen Tage
 - Abschnitte II, III und IV der Vereinbarung vom 20. Dezember 1963 (Soziale Sicherheit in bezug auf das Saarland)
19. Deutschland — Irland
Gegenstandslos
20. Deutschland — Italien
- Artikel 3 Absatz 2 und Artikel 26 des Abkommens vom 5. Mai 1953 (Sozialversicherung)
 - Zusatzvereinbarung vom 12. Mai 1953 zum Abkommen vom 5. Mai 1953 (Gewährung von Renten für die Zeit vor dem Inkrafttreten des Abkommens)
21. Deutschland — Luxemburg
Artikel 4, 5, 6 und 7 des Vertrages vom 11. Juli 1959 (Ausgleichsvertrag)
22. Deutschland — Niederlande
- Artikel 3 Absatz 2 des Abkommens vom 29. März 1951
 - Artikel 2 und 3 der Vierten Zusatzvereinbarung vom 21. Dezember 1956 zum Abkommen vom 29. März 1951 (Regelung der Ansprüche, die von niederländischen Arbeitskräften zwischen dem 13. Mai 1940 und dem 1. September 1945 in der deutschen Sozialversicherung erworben worden sind)
23. Deutschland — Norwegen
Keine
24. Deutschland — Vereinigtes Königreich
- Artikel 3 Absatz 6 und Artikel 7 Absätze 2 bis 6 des Abkommens über die soziale Sicherheit vom 20. April 1960
 - Artikel 2 Absatz 5 und Artikel 5 Absätze 2 bis 6 des Abkommens über die Arbeitslosenversicherung vom 20. April 1960
25. Frankreich — Irland
Gegenstandslos
26. Frankreich — Italien
- Artikel 20 und 24 des Allgemeinen Abkommens vom 31. März 1948
 - Briefwechsel vom 3. März 1956 (Leistungen bei Krankheit für Saisonarbeiter in landwirtschaftlichen Berufen)
27. Frankreich — Luxemburg
Keine
28. Frankreich — Niederlande
Keine
29. Frankreich — Norwegen
Keine
30. Frankreich — Vereinigtes Königreich
Notenwechsel vom 27. und 30. Juli 1970 über die soziale Sicherheit der Lehrkräfte des Vereinigten Königreichs, die im Rahmen des Kulturabkommens vom 2. März 1948 vorübergehend in Frankreich tätig sind
31. Irland — Italien
Gegenstandslos
32. Irland — Luxemburg
Gegenstandslos
33. Irland — Niederlande
Gegenstandslos
34. Irland — Norwegen
Gegenstandslos
35. Irland — Vereinigtes Königreich
Keine
36. Italien — Luxemburg
Keine
37. Italien — Niederlande
Keine
38. Italien — Norwegen
Keine
39. Italien — Vereinigtes Königreich
Keine
40. Luxemburg — Niederlande
Keine
41. Luxemburg — Norwegen
Gegenstandslos
42. Luxemburg — Vereinigtes Königreich
Keine
43. Niederlande — Norwegen
Gegenstandslos
44. Niederlande — Vereinigtes Königreich
Keine
45. Norwegen — Vereinigtes Königreich
Keine
- Anhang III wird ersetzt durch:
- „Anhang III
(Artikel 37 Absatz 2 der Verordnung)
- Rechtsvorschriften im Sinne von Artikel 37 Absatz 1 der Verordnung, nach denen die Höhe der Leistungen bei Invalidität nicht von der Versicherungs- oder Wohndauer abhängt
- A. Belgien
Die Rechtsvorschriften über die allgemeine Versicherung für den Fall der Invalidität, über das Sondersystem für den Fall der Invalidität der Bergarbeiter und über das Sondersystem für Seeleute der Handelsmarine
- B. Dänemark
Gesetz über die Invaliditätsrenten (verkündet am 15. April 1970)

C. Deutschland

Keine

D. Frankreich

Sämtliche Rechtsvorschriften über die Versicherung für den Fall der Invalidität, mit Ausnahme der Rechtsvorschriften über die Versicherung für den Fall der Invalidität im System der sozialen Sicherheit für Bergarbeiter

E. Irland

Abschnitt 6 des Gesetzes über die soziale Sicherheit und die Sozialhilfe (Social Welfare Act) vom 29. Juli 1970

F. Italien

Keine

G. Luxemburg

Keine

H. Niederlande

Gesetz vom 18. Februar 1966 über die Versicherung für den Fall der Arbeitsunfähigkeit

I. Norwegen

Keine

J. Vereinigtes Königreich

Gesetz über die Leistungen bei Invalidität vom 14. Juli 1971"

Anhang V wird wie folgt geändert und ergänzt:

„A. Belgien

... (unverändert)

B. Dänemark

1. Als Arbeitnehmer im Sinne von Artikel 1 Buchstabe a Ziffer ii der Verordnung gilt jede Person, die aufgrund der Ausübung einer nicht selbständigen Tätigkeit den Rechtsvorschriften über die Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten unterliegt.
2. Die Voraussetzung einer früheren Mitgliedschaft in einer Pflichtversicherung gegen das gleiche Risiko im Rahmen eines Versicherungssystems zu Gunsten der Arbeitnehmer des gleichen Mitgliedstaates, die in Artikel 1 Buchstabe a Ziffer iii der Verordnung vorgesehen ist, gilt nicht für Personen, die einer zugelassenen Arbeitslosenversicherungskasse angeschlossen sind.
3. Die in einem anderen Mitgliedstaat als Dänemark zurückgelegten Versicherungs- oder Beschäftigungszeiten werden für die Aufnahme als Mitglied einer zugelassenen Arbeitslosenversicherungskasse berücksichtigt, als handele es sich um in Dänemark zurückgelegte Beschäftigungszeiten.
4. Arbeitnehmer, Rentenantragsteller und Rentnerberechtigte sowie deren Familienangehörige, die gemäß Artikel 19, 22, 25 Absätze 1 und 3, sowie Artikel 26, 28, 29 und 31 der Verordnung Sachleistungen beanspruchen, erhalten diese Leistungen unter den gleichen in den dänischen Rechtsvorschriften für Mitglieder der Kategorie A vorgesehenen Voraussetzungen, wenn diese Leistungen zu Lasten des Trägers eines anderen Mitgliedstaates als Dänemark gehen.

5. Für die Anwendung des Titels III Kapitel 1 der Verordnung sind die Familienangehörigen, mit Ausnahme der Kinder bis zum 16. Lebensjahr,

a) eines Arbeitnehmers, der den dänischen Rechtsvorschriften unterliegt, oder

b) eines Rentners nach den dänischen Rechtsvorschriften, der seinen Wohnsitz in Dänemark hat,

deren Unterhalt hauptsächlich zu Lasten dieses Arbeitnehmers oder dieses Ruhegehalts- bzw. Versorgungsempfängers geht und die ihren Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat als in Dänemark haben, von Amts wegen unter denselben Voraussetzungen (angeschlossenes oder beitragszahlendes Mitglied, Kategorie A oder B) der Krankenkasse angeschlossen, der der betreffende Arbeitnehmer oder Rentner angeschlossen ist.

C. Deutschland

... (unverändert)

D. Frankreich

... (unverändert)

E. Irland

1. Als Arbeitnehmer im Sinne von Artikel 1 Buchstabe a Ziffer ii der Verordnung gilt jede Person, die gemäß Abschnitt 4 des Gesetzes von 1952 über die soziale Sicherheit und die Sozialhilfe (Social Welfare Act 1952) freiwillig versichert oder pflichtversichert ist.
2. Die Voraussetzung einer früheren Mitgliedschaft in einer Pflichtversicherung gegen das gleiche Risiko im Rahmen eines Versicherungssystems zugunsten der Arbeitnehmer des gleichen Mitgliedstaates, die in Artikel 1 Buchstabe a Ziffer iii der Verordnung vorgesehen ist, gilt nicht für Personen, die freiwillig den Systemen der Altersrenten- und Witwenrentenversicherung sowie dem Sterbegeldsystem angeschlossen sind.
3. Arbeitnehmern, Rentenantragstellern und Rentnerberechtigten, sowie deren Familienangehörigen, die gemäß Artikel 19, Artikel 22, Artikel 25 Absätze 1 und 3, Artikel 26, Artikel 28, Artikel 29 und Artikel 31 der Verordnung ärztliche Behandlung beanspruchen, wird die gesamte ärztliche Behandlung, die in den irländischen Rechtsvorschriften vorgesehen ist, ohne Selbstbeteiligung an den Kosten gewährt, wenn diese Leistungen zu Lasten des Trägers eines anderen Mitgliedstaates als Irland gehen.
4. Wird ein den irländischen Rechtsvorschriften unterliegender Arbeitnehmer Opfer eines Unfalls, nachdem er das Gebiet eines Mitgliedstaates verlassen hat, um sich im Laufe seiner Beschäftigung in das Gebiet eines anderen Mitgliedstaates zu begeben, aber dort noch nicht angekommen ist, so besteht sein Anspruch auf Leistungen für diesen Unfall,
 - a) als habe sich dieser Unfall im Gebiet Irlands ereignet und
 - b) ohne daß bei der Ermittlung, ob er aufgrund seiner Beschäftigung nach diesen Rechtsvorschriften versichert war, seine Abwesenheit vom Gebiet Irlands berücksichtigt wird.

F. Italien

... (unverändert)

G. Luxemburg

... (unverändert)

H. Niederlande

... (unverändert)

I. Norwegen

1. Als Arbeitnehmer im Sinne des Artikels 1 Buchstabe a Ziffer ii der Verordnung gilt eine Person, deren für die Rente berücksichtigtes Einkommen in die Kategorie der in Kapitel 6 Abschnitt 4 Absatz 1 des Gesetzes Nr. 12 vom 17. Juni 1966 über die staatliche Versicherung aufgeführten Einkommen fällt.
2. Die Übergangsbestimmungen für die Berechnung der Zusatzrenten nach Kapitel 7 Abschnitt 5 des Gesetzes Nr. 12 vom 17. Juni 1966 über die staatliche Versicherung gelten für die Personen, die unter die Verordnung fallen und die im Gebiet eines anderen Mitgliedstaats als Norwegen wohnen, unter der Voraussetzung, daß der Arbeitnehmer
 - a) mindestens fünf Jahre nach seinem 16. Geburtstag und vor dem 1. Januar 1967 und
 - b) mindestens zehn Jahre nach seinem 16. und vor seinem 70. Geburtstag oder vor seinem Tod, falls er vor dem letztgenannten Zeitpunkt stirbt, im Gebiet Norwegens wohnhaft war.
3. a) Die in Kapitel 12 Abschnitte 2 und 3 Absatz 2 des Gesetzes über die staatliche Versicherung Nr. 12 vom 17. Juni 1966 vorgesehenen Leistungen für ledige Mütter werden im Gebiet eines anderen Mitgliedstaats unter den im genannten Gesetz vorgesehenen Voraussetzungen erbracht, sofern die Betreffende am ersten Tag des 10. Monats vor dem voraussichtlichen Zeitpunkt der Entbindung im Gebiet Norwegens wohnhaft war.
- b) Die in Kapitel 12 Abschnitt 3 Absatz 1 des Gesetzes Nr. 12 vom 17. Juni 1966 über die staatliche Versicherung vorgesehenen Leistungen für ledige Mütter werden nur gewährt, wenn die Betreffende in Norwegen wohnhaft ist.

J. Vereinigtes Königreich

1. Als Arbeitnehmer im Sinne des Artikels 1 Buchstabe a Ziffer ii der Verordnung gilt jede Person, die zur Beitragszahlung als Arbeitnehmer verpflichtet ist.
2. Hat eine Person ihren gewöhnlichen Wohnsitz im Gebiet des Vereinigten Königreichs, oder war sie seit ihrer letzten Ankunft in diesem Gebiet zur Beitragszahlung nach den Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs als Arbeitnehmer verpflichtet und beantragt sie wegen Arbeitsunfähigkeit, Mutterschaft oder Arbeitslosigkeit Befreiung von der Beitragszahlung für einen bestimmten Zeitraum und werden für diesen Zeitraum ihrem Konto Beiträge gutgeschrieben, so gilt jede im Gebiet eines anderen Mitgliedstaates zurückgelegte Beschäftigungszeit im Hinblick auf diesen Antrag als im Gebiet des Vereinigten Königreichs zurückgelegte Beschäftigungszeit, für welche die betreffende Person Beiträge als Arbeitnehmer nach den Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs geleistet hat.
3. Für die Anwendung von Titel III Kapitel 3 der Verordnung, wenn eine Frau nach den Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs eine Altersrente beantragt
 - a) aufgrund der Versicherung ihres Ehemanns oder
 - b) aufgrund ihrer eigenen Versicherung, und wenn nach Beendigung ihrer Ehe durch den Tod ihres Ehemanns oder auf andere Weise die Beiträge des Ehemanns für die Ermittlung ihrer Rentenansprüche berücksichtigt werden, schließt für die Ermittlung der von ihrem Ehemann gezahlten oder seinem Konto gutgeschriebenen durchschnittlichen Jahresbeiträge jede Bezugnahme auf eine von ihr zurückgelegte Versicherungszeit die Bezugnahme auf eine von ihrem Ehegatten zurückgelegte Versicherungszeit ein.
4. Sofern die Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs den Anspruch auf Leistungen bei Arbeitslosigkeit von einer Voraussetzung in bezug auf den Wohnsitz abhängig machen, so wird davon ausgegangen, daß jeder Versicherte während des gesamten Zeitraums vor dem Tag der Antragstellung, während dem er im Gebiet eines anderen Mitgliedstaats wohnte oder Versicherungs- oder Beschäftigungszeiten zurückgelegt hat, im Gebiet des Vereinigten Königreichs wohnhaft war.
5. Sind nach Titel II der Verordnung die Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs auf einen Arbeitnehmer anwendbar, so wird er im Hinblick auf seinen Anspruch auf Familienbeihilfen behandelt,
 - a) als ob sein Geburtsort oder der Geburtsort seiner Kinder oder unterhaltsberechtigten Personen im Gebiet des Vereinigten Königreichs läge, wenn dieser Ort im Gebiet eines anderen Mitgliedstaates liegt, und
 - b) als ob er sich vor dem Tag der Antragstellung während der gesamten Versicherungszeit oder Beschäftigungszeit, die er im Gebiet oder nach den Rechtsvorschriften eines anderen Mitgliedstaates zurückgelegt hat, im Gebiet des Vereinigten Königreichs befunden hätte.
6. Sind nach Titel II der Verordnung die Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs auf einen Arbeitnehmer anwendbar, so wird er im Hinblick auf den Anspruch auf Pflegegeld (attendance allowance) behandelt,
 - a) als ob sein Geburtsort im Gebiet des Vereinigten Königreichs läge, wenn dieser im Gebiet eines anderen Mitgliedstaates liegt, und
 - b) als ob er gewöhnlich im Vereinigten Königreich wohnhaft wäre und sich während der gesamten Versicherungszeit oder Beschäftigungszeit, die er im Gebiet oder nach den Rechtsvorschriften eines anderen Mitgliedstaates zurückgelegt hat, dort befunden hätte.
7. Wird ein den Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs unterliegender Arbeitnehmer Opfer eines Unfalls, nachdem er das Gebiet eines Mitgliedstaates verlassen hat, um sich im Laufe seiner Beschäftigung in das Gebiet eines anderen Mitgliedstaates zu begeben, aber dort noch nicht angekommen ist, so besteht sein Anspruch auf Leistungen für diesen Unfall,
 - a) als habe sich dieser Unfall im Gebiet des Vereinigten Königreichs ereignet und

- b) ohne daß bei der Ermittlung, ob er aufgrund seiner Beschäftigung nach diesen Rechtsvorschriften versichert war, seine Abwesenheit vom Gebiet des Vereinigten Königreichs berücksichtigt wird.
8. Die Verordnung gilt nicht für die Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs zur Inkraftsetzung eines Abkommens über die soziale Sicherheit, das zwischen dem Vereinigten Königreich und einem Drittland geschlossen wurde.
9. Jedesmal, wenn es die Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs im Hinblick auf den Erwerb des Leistungsanspruchs erfordern, wird der in einem Drittland geborene Staatsangehörige eines Mitgliedstaates dem in einem Drittland geborenen Staatsangehörigen des Vereinigten Königreichs gleichgestellt.“
2. **Verordnung (EWG) Nr. 2396/71** des Rates vom 8. November 1971
 ABl. Nr. L 249/54 vom 10. November 1971
 Artikel 4 erhält folgende Fassung:
 „Zur Anwendung des Artikels 8 Absatz 2 des Beschlusses des Rates vom 1. Februar 1971 übermittelt jeder Mitgliedstaat der Kommission, die für die Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Sorge trägt, die Liste der öffentlichen Stellen, die von ihm ermächtigt sind, sich an Maßnahmen, die von Körperschaften oder sonstigen Einrichtungen des privaten Rechts (oder in den Mitgliedstaaten, die diesen Begriff nicht kennen, von gleichwertigen Stellen) durchgeführt werden, finanziell zu beteiligen und die ordnungsgemäße Durchführung der Maßnahmen zu garantieren.“
3. **Beschluß des Rates** vom 25. August 1960
 ABl. Nr. 56/1201 vom 31. August 1960
 geändert durch:
 Beschluß Nr. 68/188/EWG des Rates vom 9. April 1968
 ABl. Nr. L 91/25 vom 12. April 1968
 In Artikel 2 wird das Wort „sechsdreißig“ durch das Wort „sechzig“ und das Wort „sechs“ durch das Wort „zehn“ ersetzt.
4. **Beschluß Nr. 63/688/EWG** des Rates vom 18. Dezember 1963
 ABl. Nr. 190/3090 vom 30. Dezember 1963
 geändert durch:
 Beschluß Nr. 68/189/EWG des Rates vom 9. April 1968
 ABl. Nr. L 91/26 vom 12. April 1968
 In Artikel 1 wird die Zahl „36“ durch die Zahl „60“ ersetzt.
5. **Entscheidung vom 9. Juli 1957** der im Besonderen Ministerrat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten
 ABl. Nr. 487/57 vom 31. August 1957
 geändert durch:
 Entscheidung vom 11. März 1965 der im Besonderen Ministerrat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten
 ABl. Nr. 46/698 vom 22. März 1965
 In Artikel 3 der Anlage wird die Zahl „24“ durch die Zahl „40“ ersetzt.
 Artikel 5 der Anlage wird gestrichen (ebenfalls der Titel).
 In Artikel 9 der Anlage wird das Wort „drei“ durch das Wort „fünf“ ersetzt.

In Artikel 13 Absatz 3 der Anlage wird das Wort „vier“ durch das Wort „sieben“ ersetzt.

In Artikel 15 Absatz 1 der Anlage werden folgende Worte gestrichen: „sowie den Beobachtern des Vereinigten Königreichs“.

In Artikel 18 Absatz 1 der Anlage wird das Wort „sechzehn“ durch das Wort „sechszwanzig“ ersetzt.

In Artikel 18 Absatz 2 der Anlage wird das Wort „dreizehn“ durch das Wort „einundzwanzig“ ersetzt.

6. **Richtlinie Nr. 68/360/EWG** des Rates vom 15. Oktober 1968

ABl. Nr. L 257/13 vom 19. Oktober 1968

Die Anmerkung in der Anlage erhält folgende Fassung:

„(1) Je nach Ausstellungsland: belgischen, dänischen, deutschen, französischen, irländischen, italienischen, luxemburgischen, niederländischen, norwegischen, des Vereinigten Königreichs.“

X. Technische Handelshemmnisse

1. **Richtlinie Nr. 69/493/EWG** des Rates vom 15. Dezember 1969

ABl. Nr. L 326/36 vom 29. Dezember 1969

In Anhang I werden in Spalte b hinzugefügt

— zu Nr. 1 die Worte:

„full lead crystal	30 %
krystal	30 %
krystall	30 %

— zu Nr. 2 die Worte:

„lead crystal	24 %
krystal	24 %
krystall	24 %

— zu Nr. 3 die Worte:

„crystal glass, crystallin	
krystallin	
krystallin“	

— zu Nr. 4 die Worte:

„crystal glass, crystallin	
krystallin	
krystallin“	

2. **Richtlinie Nr. 70/156/EWG** des Rates vom 6. Februar 1970

ABl. Nr. L 42/1 vom 23. Februar 1970

Artikel 2 Buchstabe a erhält folgende Fassung:

„Im Sinne dieser Richtlinie ist zu verstehen unter:

- a) ‚Betriebserlaubnis mit nationaler Geltung‘ der wie folgt bezeichnete Verwaltungsakt:
- agréation par type/aanmeling, im belgischen Recht,
 - standardtypegodkendelse, im dänischen Recht
 - allgemeine Betriebserlaubnis, im deutschen Recht,

- réception par type, im französischen Recht,
- type approval, im irischen Recht,
- omologazione oder approvazione del tipo, im italienischen Recht,
- agréation, im luxemburgischen Recht,
- typegoedkeuring, im niederländischen Recht,
- typegodkjenning, im norwegischen Recht,
- type approval, im Recht des Vereinigten Königreichs."

Artikel 10 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„1. Mit dem Inkrafttreten dieser Richtlinie und nach Maßgabe des Inkrafttretens der für das EWG-Betriebserlaubnisverfahren erforderlichen Einzelrichtlinien

- werden in den Mitgliedstaaten, in denen die Fahrzeuge oder eine Gruppe von Fahrzeugen Gegenstand einer Betriebserlaubnis mit nationaler Geltung sind, auf Wunsch desjenigen, der dies beantragt, die harmonisierten technischen Gemeinschaftsvorschriften anstelle der entsprechenden einzelstaatlichen Vorschriften als Grundlage für diese Betriebserlaubnis angewandt;
- dürfen in den Mitgliedstaaten, in denen die Fahrzeuge oder eine Gruppe von Fahrzeugen nicht Gegenstand einer Betriebserlaubnis mit nationaler Geltung sind, der Verkauf, die Zulassung, die Inbetriebnahme oder die Benutzung dieser Fahrzeuge nicht aus dem Grund verweigert oder verboten werden, daß die harmonisierten technischen Vorschriften anstelle der entsprechenden einzelstaatlichen Vorschriften eingehalten wurden, wenn der Hersteller oder sein Beauftragter die zuständigen Behörden dieser Staaten davon unterrichtet hat;
- füllt jeder Mitgliedstaat auf Antrag des Herstellers oder seines Beauftragten nach Vorlage des in Artikel 3 vorgesehenen Beschreibungsbogens die Spalten des in Artikel 2 Buchstabe b vorgesehenen Betriebserlaubnisbogens aus. Eine Abschrift dieses Bogens wird dem Antragsteller ausgehändigt. Die übrigen Mitgliedstaaten erkennen für den gleichen Fahrzeugtyp dieses Dokument als Nachweis dafür an, daß die vorgesehenen Prüfungen bereits durchgeführt worden sind."

In Artikel 13 Absatz 2 wird das Wort „zwölf“ durch das Wort „dreiundvierzig“ ersetzt.

3. **Richtlinie Nr. 70/157/EWG** des Rates vom 6. Februar 1970

ABl. Nr. L 42/16 vom 23. Februar 1970

Nach Artikel 2 wird folgender Artikel eingefügt:

„Artikel 2 a

Die Mitgliedstaaten dürfen den Verkauf, die Zulassung, die Inbetriebnahme oder die Benutzung von Fahrzeugen nicht aus Gründen des zulässigen Geräuschpegels und der Auspuffvorrichtung verweigern oder verbieten, wenn diese den Vorschriften des Anhangs entsprechen."

4. **Richtlinie Nr. 70/220/EWG** des Rates vom 20. März 1970

ABl. Nr. L 76/1 vom 6. April 1970; berichtigt ABl. Nr. L 81/15

Nach Artikel 2 wird folgender Artikel eingefügt:

„Artikel 2 a

Die Mitgliedstaaten dürfen den Verkauf, die Zulassung, die Inbetriebnahme oder die Benutzung von Fahrzeugen nicht wegen der Verunreinigung der Luft durch Abgase von Kraftfahrzeugmotoren mit Fremdzündung verweigern oder verbieten, wenn dieses Fahrzeug den Vorschriften der Anhänge I, II, III, IV, V und VI genügt."

5. **Richtlinie Nr. 70/221/EWG** des Rates vom 20. März 1970

ABl. Nr. L 76/23 vom 6. April 1970

Nach Artikel 2 wird folgender Artikel eingefügt:

„Artikel 2 a

Die Mitgliedstaaten dürfen den Verkauf, die Zulassung, die Inbetriebnahme oder die Benutzung von Fahrzeugen nicht wegen der Behälter für flüssigen Kraftstoff oder wegen des Unterfahrschutzes verweigern oder verbieten, wenn diese den Vorschriften des Anhangs entsprechen."

6. **Richtlinie Nr. 70/222/EWG** des Rates vom 20. März 1970

ABl. Nr. L 76/25 vom 6. April 1970

Nach Artikel 2 wird folgender Artikel eingefügt:

„Artikel 2 a

Die Mitgliedstaaten dürfen den Verkauf, die Zulassung, die Inbetriebnahme oder die Benutzung von Fahrzeugen nicht aus Gründen der Anbringungsstellen und der Anbringung der amtlichen Kennzeichen an der Rückseite verweigern oder verbieten, wenn diese den Vorschriften des Anhangs entsprechen "

7. **Richtlinie Nr. 70/311/EWG** des Rates vom 8. Juni 1970

ABl. Nr. L 133/10 vom 18. Juni 1970; berichtigt ABl. Nr. L 196/14

Nach Artikel 2 wird folgender Artikel eingefügt:

„Artikel 2 a

Die Mitgliedstaaten dürfen den Verkauf, die Zulassung, die Inbetriebnahme oder die Benutzung der Kraftfahrzeuge nicht wegen der Lenkanlage verweigern oder verbieten, wenn diese den Vorschriften des Anhangs entspricht."

8. **Richtlinie Nr. 70/387/EWG** des Rates vom 27. Juli 1970

ABl. Nr. L 176/5 vom 10. August 1970

Nach Artikel 2 wird folgender Artikel eingefügt:

„Artikel 2 a

Die Mitgliedstaaten dürfen den Verkauf, die Zulassung, die Inbetriebnahme oder die Benutzung von Fahrzeugen nicht wegen der Türen verweigern oder verbieten, wenn diese den Vorschriften der Anhänge entsprechen."

9. **Richtlinie Nr. 70/388/EWG** des Rates vom 27. Juli 1970

ABl. Nr. L 176/12 vom 10. August 1970

Nach Artikel 7 wird folgender Artikel eingefügt:

„Artikel 7 a

Die Mitgliedstaaten dürfen den Verkauf, die Zulassung, die Inbetriebnahme oder die Benutzung von Fahrzeugen nicht wegen der Vorrichtung für Schallzeichen verweigern oder verbieten, wenn diese mit dem EWG-Prüfzeichen versehen und gemäß Anhang I Punkt 2 eingebaut ist."

Im Anhang I Punkt 1.4.1 werden in der 3. und 4. Zeile die Worte in Klammern wie folgt ersetzt:

„(1 für Deutschland, 2 für Frankreich, 3 für Italien, 4 für die Niederlande, 6 für Belgien, 11 für das Vereinigte Königreich, 12 für Luxemburg, die Buchstaben DK für Dänemark, die Buchstaben IRL für Irland und der Buchstabe N für Norwegen).“

10. Richtlinie Nr. 71/127/EWG des Rates vom 1. März 1971
ABl. Nr. L 68/1 vom 22. März 1971

Nach Artikel 7 wird folgender Artikel eingefügt:

„Artikel 7 a

Die Mitgliedstaaten dürfen den Verkauf, die Zulassung, die Inbetriebnahme oder den Gebrauch von Fahrzeugen nicht wegen ihrer Rückspiegel verweigern oder untersagen, wenn diese den Vorschriften der Anhänge entsprechen.“

Punkt 2.6.1 in Anhang I erhält folgende Fassung:

„2.6.1

Das Prüfzeichen besteht aus einem Rechteck, in dem der Buchstabe e gefolgt von der Kennzahl oder dem Kennbuchstaben des Landes, das die Bauartgenehmigung erteilt hat (1 für Deutschland, 2 für Frankreich, 3 für Italien, 4 für die Niederlande, 6 für Belgien, 11 für das Vereinigte Königreich, DK für Dänemark, IRL für Irland, L für Luxemburg und N für Norwegen), angebracht ist, und aus einer Bauartgenehmigungsnummer, die der Nummer des für die betreffende Bauart ausgestellten Bauartgenehmigungsbogens entspricht und an einer beliebigen Stelle in der Nähe des Rechtecks anzubringen ist.“

Punkt 3.2.1 in Anhang I erhält folgende Fassung:

„3.2.1.

Jedes Fahrzeug muß mit einem Innenspiegel und einem Außenspiegel ausgerüstet sein. Der Außenspiegel ist in Mitgliedstaaten mit Rechtsverkehr an der linken Fahrzeugseite, in Mitgliedstaaten mit Linksverkehr an der rechten Fahrzeugseite anzubringen.“

Punkt 3.2.2 in Anhang I erhält folgende Fassung:

„3.2.2

Sind die unter Punkt 3.5 festgesetzten Vorschriften über das Sichtfeld des Innenspiegels nicht erfüllt, so muß ein zusätzlicher Außenspiegel angebracht werden. Dieser zusätzliche Außenspiegel ist in Mitgliedstaaten mit Rechtsverkehr an der rechten Fahrzeugseite, in Mitgliedstaaten mit Linksverkehr an der linken Fahrzeugseite anzubringen.“

Punkt 3.3.2 in Anhang I erhält folgende Fassung:

„3.3.2

Außenspiegel müssen durch die vom Scheibenwischer überstrichene Fläche der Windschutzscheibe oder durch die Seitenfenster sichtbar sein. Diese Vorschrift gilt nicht für Außenspiegel, die in Mitgliedstaaten mit Rechtsverkehr an der rechten Seite oder in Mitgliedstaaten mit Linksverkehr an der linken Seite von Fahrzeugen der internationalen Klassen M₂ und M₃ im Sinne der Richtlinie des Rates zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Betriebslaubnis für Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger angebracht sind.“

Punkt 3.3.3 in Anhang I erhält folgende Fassung:

„3.3.3

Bei Fahrzeugen mit Linkslenkung in Mitgliedstaaten mit Rechtsverkehr und bei Fahrzeugen mit Rechtslenkung in Mitgliedstaaten mit Linksverkehr ist der vor-

geschriebene Außenspiegel auf der linken bzw. auf der rechten Fahrzeugseite so anzubringen, daß der Winkel zwischen der senkrechten Längsmittlebene des Fahrzeugs und der Vertikalebene, die durch die Mitte des Rückspiegels und die Mitte der beiden Augenpunkte des Fahrers verbindenden Strecke geht, nicht größer ist als 55°.“

Punkt 3.5.3 in Anhang I erhält folgende Fassung:

„3.5.3

Linker Außenspiegel

a) Mitgliedstaaten mit Rechtsverkehr:

Das Sichtfeld muß so beschaffen sein, daß der Fahrer mindestens einen ebenen und horizontalen Teil der Fahrbahn von 2,5 m Breite übersehen kann, dessen rechte Begrenzung durch eine zur senkrechten Längsmittlebene des Fahrzeugs parallele, durch den linken äußersten Punkt der Fahrzeugbreite verlaufende Ebene gegeben ist und der sich in 10 m Abstand hinter den Augenpunkten des Fahrers bis zum Horizont erstreckt (Abbildung 4).

b) Mitgliedstaaten mit Linksverkehr:

Das Sichtfeld muß so beschaffen sein, daß der Fahrer mindestens einen ebenen und horizontalen Teil der Fahrbahn von 3,5 m Breite übersehen kann, dessen rechte Begrenzung durch eine zur senkrechten Längsmittlebene des Fahrzeugs parallele, durch den linken äußersten Punkt der Fahrzeugbreite verlaufende Ebene gegeben ist und der sich in 30 m Entfernung hinter den Augenpunkten des Fahrers bis zum Horizont erstreckt.

Außerdem muß es dem Fahrer möglich sein, die Fahrbahn in einer Entfernung von 4 m hinter der durch die Augenpunkte des Fahrers gehenden Vertikalebene auf 0,75 m Breite einzusehen (Abbildung 5).“

Punkt 3.5.4 in Anhang I erhält folgende Fassung:

„3.5.4

Rechter Außenspiegel

a) Mitgliedstaaten mit Rechtsverkehr:

Das Sichtfeld muß so beschaffen sein, daß der Fahrer mindestens einen ebenen und horizontalen Teil der Fahrbahn von 3,5 m Breite übersehen kann, dessen linke Begrenzung durch eine zur senkrechten Längsmittlebene des Fahrzeugs parallele, durch den rechten äußersten Punkt der Fahrzeugbreite verlaufende Ebene gegeben ist und der sich in 30 m Entfernung hinter den Augenpunkten des Fahrers bis zum Horizont erstreckt.

Außerdem muß es dem Fahrer möglich sein, die Fahrbahn in einer Entfernung von 4 m hinter der durch die Augenpunkte des Fahrers gehenden Vertikalebene auf 0,75 m Breite einzusehen (Abbildung 4).

b) Mitgliedstaaten mit Linksverkehr:

Das Sichtfeld muß so beschaffen sein, daß der Fahrer mindestens einen ebenen und horizontalen Teil der Fahrbahn von 2,5 m Breite übersehen kann, dessen linke Begrenzung durch eine zur senkrechten Längsmittlebene des Fahrzeugs parallele, durch den äußersten rechten Punkt der Fahrzeugbreite verlaufende Ebene gegeben ist und der sich in 10 m Abstand hinter den Augenpunkten des Fahrers bis zum Horizont erstreckt (Abbildung 5).“

Die Abbildung 4 in Anhang I erhält folgenden Titel:

„Außenspiegel (Fahrzeuge im Rechtsverkehr).“

In Anhang I wird eine Abbildung 5 hinzugefügt. Das Schema dieser Abbildung ist horizontal seitengleich zu Abbildung 4. Der Titel zu Abbildung 5 lautet wie folgt:

„Außenspiegel (Fahrzeuge im Linksverkehr).“

11. **Richtlinie Nr. 71/307/EWG** des Rates vom 26. Juli 1971
ABl. Nr. L 185/16 vom 16. August 1971; berichtigt
ABl. Nr. L 244/80

In Artikel 5 Absatz 1 wird nach dem vierten Gedankenstrich folgendes eingefügt:

— „fleece wool“ oder „virgin wool“

Artikel 8 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„1. Textilerzeugnisse im Sinne dieser Richtlinie werden etikettiert oder gekennzeichnet, wenn sie zum Zwecke industrieller Verarbeitung oder zum Inverkehrbringen auf den Markt gelangen; Etikettierung und Kennzeichnung können durch Begleitpapiere (Handelsdokumente) ersetzt oder ergänzt werden, wenn die Erzeugnisse nicht zum Verkauf an den Endverbraucher angeboten werden oder wenn sie zur Erfüllung eines Auftrags des Staates oder einer sonstigen juristischen Person des öffentlichen Rechts oder in den Staaten, die diesen Begriff nicht kennen, eine gleichwertige Einrichtung geliefert werden.“

In Anhang I Spalte 2 werden nach „Guanako (n)“ (1) folgende Namen eingefügt:

„Biber (m), Fischotter (m).“

In Anhang I werden folgende drei Rubriken eingefügt:

„Nummer	Bezeichnung	Beschreibung der Fasern
16 a	Sunn	Faser aus dem Bast der <i>Crotalaria juncea</i>
16 b	Henequen	Faser aus dem Bast der <i>Agave Fourcroydes</i>
16 c	Maguey	Faser aus dem Bast der <i>Agave Cantala</i> “

In Anhang II werden folgende drei Zeilen eingefügt:

„Faser Nr.	Fasern	%
16a	Sunn	12
16b	Henequen	14
16c	Maguey	14“

In Anhang III werden folgende Rubriken eingefügt:

- „28. Topflappen und Topfhandschuhe
- 29. Eierwärmer
- 30. Kosmetiktäschchen
- 31. Tabakbeutel aus Gewebe
- 32. Futterale bzw. Etais für Brillen, Zigaretten und Zigarren, Feuerzeuge und Käämme, aus Gewebe
- 33. Schutzartikel für den Sport, ausgenommen Handschuhe
- 34. Toilettenbeutel
- 35 Schuhputzbeutel“

12. **Richtlinie Nr. 71/316/EWG** des Rates vom 26. Juli 1971
ABl. Nr. L 202/1 vom 6. September 1971

Anhang I Punkt 3.1. erster Gedankenstrich erhält folgende Fassung:

— im oberen Teil das Kennzeichen des die Zulassung erteilenden Staates (B für Belgien, DK für Dänemark, D für die Bundesrepublik Deutschland, F für Frankreich, IR für Irland, I für Italien,

L für Luxemburg, N für Norwegen, NL für die Niederlande und UK für das Vereinigte Königreich) sowie die zwei letzten Ziffern des Zulassungsjahres.“

Anhang II Punkt 3.1.1 Buchstabe a erster Gedankenstrich erhält folgende Fassung:

„— in der oberen Hälfte das Kennzeichen des Landes, in dem die Ersteinigung vorgenommen wurde (B für Belgien, DK für Dänemark, D für die Bundesrepublik Deutschland, F für Frankreich, IR für Irland, I für Italien, L für Luxemburg, N für Norwegen, NL für die Niederlande und UK für das Vereinigte Königreich), trägt sowie erforderlichenfalls eine oder zwei Ziffern, die auf eine gebietliche oder funktionelle Unterteilung hinweisen.“

In Artikel 19 Absatz 2 wird das Wort „zwölf“ durch das Wort „dreiundvierzig“ ersetzt.

13. **Richtlinie Nr. 71/320/EWG** des Rates vom 26. Juli 1971
ABl. L 202/37 vom 6. September 1971

Es wird folgender Artikel eingefügt:

„Artikel 2 a

„Die Mitgliedstaaten dürfen den Verkauf, die Zulassung, die Inbetriebnahme oder den Gebrauch von Fahrzeugen aus Gründen, die sich auf deren Bremsanlagen beziehen, weder verweigern noch untersagen, wenn dieses Fahrzeug mit den in den Anhängen I bis VIII vorgesehenen Anlagen ausgestattet ist und wenn diese Anlagen die Vorschriften der genannten Anhänge erfüllen.“

14. **Richtlinie Nr. 71/347/EWG** des Rates vom 12. Oktober 1971

ABl. Nr. L 239/1 vom 25. Oktober 1971

Artikel 1 Buchstabe a erhält folgende Fassung:

„a) die Begriffsbestimmung der Getreideeigenschaft, die als EWG-Schüttdichte (masse à l'hectolitre CEE, EEG-naturgewicht, peso ettolitrico CEE, EEC standard mass per storage volume, EØF-masse af hektoliter korn oder EØF-masse av hektoliter korn) bezeichnet wird.“

In Artikel 4 wird folgender Absatz angefügt:

„3. Während des gesamten Zeitraums, während dessen die im Vereinigten Königreich und in Irland zum Zeitpunkt des Beitritts gesetzlich festgelegte Maßeinheit (pounds per bushel) weiterhin zugelassen bleibt, kann die Bezeichnung „EWG-Schüttdichte“ verwendet werden, um eine Getreideeigenschaft zu bezeichnen, die im Vereinigten Königreich und in Irland mit Meßgeräten und entsprechend den Methoden gemessen wurde, die in diesen Ländern üblich sind. In diesem Fall werden die in pounds per bushel erhaltenen Maße in die EWG-Einheit „Schüttdichte“ umgerechnet, indem sie mit dem Faktor 1,25 multipliziert werden.“

15. **Richtlinie Nr. 71/348/EWG** des Rates vom 12. Oktober 1971

ABl. Nr. L 239/9 vom 25. Oktober 1971

In Kapitel IV des Anhangs werden am Ende von Punkt 4.8.1 folgende Gedankenstriche angefügt:

- „— 0,1 irische Penny
- 0,1 Penny Sterling
- 1 dänische Øre
- 1 norwegische Øre“

16. Richtlinie Nr. 71/354/EWG des Rates vom 18. Oktober 1971

ABl. Nr. L 243/29 vom 29. Oktober 1971

In Artikel 1 Absätze 1 und 2 wird das Wort „Anhang“ durch „Anhang I“ ersetzt.

Artikel 1 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„3. Der Anwendungszwang für die vorübergehend unter den Bedingungen der Kapitel II und III des Anhangs I und den Bedingungen des Anhangs II noch beibehaltenen Einheiten im Meßwesen darf nicht von den Mitgliedstaaten eingeführt werden, in denen diese Einheiten am Tage des Inkrafttretens der Richtlinie nicht zugelassen waren.“

In Artikel 1 wird folgender Absatz aufgenommen:

„4. Über die Einordnung der in Anhang II aufgeführten Einheiten im Meßwesen in Anhang I wird spätestens bis zum 31. August 1976 entschieden. Die Einheiten im Meßwesen, über die bis zum 31. August 1976 kein Beschluß gefaßt worden ist, müssen spätestens am 31. Dezember 1979 aufgegeben werden. Für einige dieser Einheiten kann eine angemessene Verlängerung dieser Frist beschlossen werden, wenn es aus besonderen Gründen gerechtfertigt erscheint.“

Der Anhang erhält die Bezeichnung „Anhang I“.

Es wird ein Anhang II mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

„Anhang II

Maßeinheiten des Empire-Systems, über deren Einordnung in Anhang I spätestens bis zum 31. August 1976 entschieden wird

Größe	Name der Einheit	Koeffizient: Empire-Einheit Si-Einheit
Länge Meter (m)	(Inch	$2,54 \cdot 10^{-2}$
	(Hand	0,1016
	(Foot	0,3048
	(Yard	0,9144
	(Fathom	1,829
	(Chain	20,12
	(Furlong	201,2
	(Nautical Mile (UK)	1853
Fläche Quadratmeter (m ²)	(Square Inch	$6,452 \cdot 10^{-4}$
	(Square Foot	$0,929 \cdot 10^{-1}$
	(Square Yard	0,8361
	(Rood	1012
	(Acre	4047
	(Square Mile	$2,59 \cdot 10^6$
Volumen Kubikmeter (m ³)	(Cubic Inch	$16,39 \cdot 10^{-6}$
	(Cubic Foot	0,0283
	(Cubic Yard	0,7646
	(Fluid Ounce	$28,41 \cdot 10^{-6}$
	(Gill	$0,1421 \cdot 10^{-3}$
	(Pint	$0,5682 \cdot 10^{-3}$
	(Quart	$1,136 \cdot 10^{-3}$
	(Gallon	$4,546 \cdot 10^{-3}$
	(Bushel	$36,37 \cdot 10^{-3}$
(Cran	$170,5 \cdot 10^{-3}$	
Masse Kilogramm (kg)	(Grain	$0,0648 \cdot 10^{-3}$
	(Dram	$1,772 \cdot 10^{-3}$
	(Ounce (avoirdupois)	$28,35 \cdot 10^{-3}$
	(Ounce Troy	$31,10 \cdot 10^{-3}$
	(Pound	0,4536
	(Stone	6,35
	(Quarter	12,70
	(Cental	45,36
	(Hundredweight	50,80
(Ton	1016	
Kraft Newton (N)	(Pound Force	4,448
	(Ton Force	$9,964 \cdot 10^3$
Druck Pascal (Pa)	(Inch Water Gauge	249,089
Energie Joule (J)	(British Thermal Unit	1055,06
	(Foot Pound Force	1,356
	(Therm	$105,506 \cdot 10^6$

Größe	Name der Einheit	Koeffizient: Empire-Einheit Si-Einheit
Leistung Watt (W)	(Horsepower)	745,7
Beleuchtungs- stärke Lux (lx)	(Foot Candle)	10,76
Temperatur Kelvin (K)	(Degree Fahrenheit)	$\frac{5}{9}$
Geschwindig- keit Meter je Sekunde (m/sec)	(Knot (UK))	0,51472"

XI. Lebensmittel

1. **Richtlinie des Rates** vom 23. Oktober 1962
ABl. Nr. 115/2645 vom 11. November 1962
geändert durch:
Richtlinie Nr. 65/469/EWG des Rates vom 25. Oktober 1965
ABl. Nr. 178/2793 vom 26. Oktober 1965
Richtlinie Nr. 67/653/EWG des Rates vom 24. Oktober 1967
ABl. Nr. 263/4 vom 30. Oktober 1967
Richtlinie Nr. 68/419/EWG des Rates vom 20. Dezember 1968
ABl. Nr. L 309/24 vom 24. Dezember 1968
Richtlinie Nr. 70/358/EWG des Rates vom 13. Juli 1970
ABl. Nr. L 157/36 vom 18. Juli 1970
Artikel 9 Absatz 2 erhält folgende Fassung:
„2. Wenn die in Absatz 1 vorgesehenen Angaben auf den Umschließungen oder Behältern vermerkt sind und wenn die Angaben gemäß Absatz 1 Buchstabe c in mindestens einer Amtssprache der Gemeinschaft abgefaßt sind, können die Mitgliedstaaten die Einfuhr der in Anhang I aufgezählten färbenden Stoffe nicht mit der Begründung ablehnen, daß sie die Kennzeichnung als unzureichend betrachten.
Jeder Bestimmungsmitgliedstaat kann jedoch verlangen, daß die letztgenannten Angaben in seiner Amtssprache oder in seinen Amtssprachen abgefaßt werden.“
2. **Richtlinie Nr. 64/54/EWG** des Rates vom 5. November 1963
ABl. Nr. 12/661 vom 27. Januar 1964; berichtigt ABl. S. 808/65
geändert durch:
Richtlinie Nr. 67/427/EWG des Rates vom 27. Juni 1967
ABl. Nr. 148/1 vom 11. Juli 1967
Richtlinie Nr. 68/420/EWG des Rates vom 20. Dezember 1968
ABl. Nr. L 309/25 vom 24. Dezember 1968

Richtlinie Nr. 70/359/EWG des Rates vom 13. Juli 1970
ABl. Nr. L 157/38 vom 18. Juli 1970

Richtlinie Nr. 71/160/EWG des Rates vom 30. März 1971
ABl. Nr. L 87/12 vom 17. April 1971

In Ziffer I des Anhangs werden folgende Angaben in die entsprechenden Spalten eingefügt:

„E 218 p-Hydroxybenzoesäuremethylester
E 227 Kalziumhydrogensulfit (Kalziumbisulfit)“

Artikel 9 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„2. Befinden sich die Angaben gemäß Absatz 1 auf den Verpackungen oder Behältnissen und sind die Angaben gemäß den Buchstaben b, c und d in mindestens einer Amtssprache der Gemeinschaft abgefaßt, so können die Mitgliedstaaten das Verbringen der in der Anlage aufgeführten konservierenden Stoffe in ihr Hoheitsgebiet und das Verbringen dieser Stoffe in den Verkehr nicht mit der Begründung ablehnen, daß sie deren Kennzeichnung als unzureichend betrachten.
Jeder Bestimmungsmitgliedstaat kann jedoch verlangen, daß die letztgenannten Angaben in seiner Amtssprache oder in seinen Amtssprachen abgefaßt werden.“

3. **Richtlinie Nr. 70/357/EWG** des Rates vom 13. Juli 1970
ABl. Nr. L 157/31 vom 18. Juli 1970

Artikel 8 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„2. Befinden sich die Angaben gemäß Absatz 1 auf den Verpackungen oder Behältnissen und sind die Angaben gemäß Absatz 1 Buchstaben b, c und d in mindestens einer Amtssprache der Gemeinschaft abgefaßt, so können die Mitgliedstaaten das Verbringen der im Anhang aufgeführten Stoffe in ihr Hoheitsgebiet und das Verbringen dieser Stoffe in den Verkehr nicht mit der Begründung ablehnen, daß sie deren Kennzeichnung als unzureichend betrachten.
Jeder Bestimmungsmitgliedstaat kann jedoch verlangen, daß die letztgenannten Angaben in seiner Amtssprache oder seinen Amtssprachen abgefaßt werden.“

XII. Energiepolitik

Entscheidung Nr. 68/416/EWG des Rates vom 20. Dezember 1968

ABl. Nr. L 308/19 vom 23. Dezember 1968

In Artikel 1 Absatz 1 wird nach den Worten „die Kommission“ folgendes eingefügt:

„Im Falle der neuen Mitgliedstaaten läuft diese Frist vom Zeitpunkt des Beitritts ab.“

XIII. Statistik

1. **Richtlinie Nr. 64/475/EWG** des Rates vom 30. Juli 1964

ABl. Nr. 131/2193 vom 13. August 1964

In Artikel 1 wird nach „... im Jahre 1965“ eingefügt:

„und im Falle der neuen Mitgliedstaaten die erste Erhebung für das Berichtsjahr 1973 im Jahre 1974“.

2. **Richtlinie Nr. 69/467/EWG** des Rates vom 8. Dezember 1969

ABl. Nr. L 323/7 vom 24. Dezember 1969

In Artikel 2 wird die Zahl „57“ durch „76“ ersetzt.

In Anhang II wird hinzugefügt:

„Dänemark

100 Vest for Storebaelt

101 Øst for Storebaelt ekskl. Storkøbenhavn

102 Storkøbenhavn

Irland

110 Ireland

Norwegen

120 Østre handelsfelt

121 Vestre handelsfelt

122 Midtre handelsfelt

123 Nordre handelsfelt

Vereinigtes Königreich

130 South West Region

131 South East Region

132 Wales and Monmouthshire

133 West Midlands

134 East Midlands

135 East Anglia

136 North West Region

137 Yorkshire and Humberside

138 Northern Region

139 Scotland

140 Northern Ireland.“

XIV. Verschiedenes

1. **Verordnung Nr. 1** des Rates vom 15. April 1958

ABl. Nr. 17/385 vom 6. Oktober 1958

Artikel 1 erhält folgende Fassung:

„Die Amtssprachen und die Arbeitssprachen der Organe der Gemeinschaft sind Dänisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Niederländisch und Norwegisch.“

In Artikel 4 wird das Wort „vier“ durch das Wort „sieben“ ersetzt.

In Artikel 5 wird das Wort „vier“ durch das Wort „sieben“ ersetzt.

2. **Beschluß der Räte der EWG und EAG** vom 15. Mai 1959

ABl. Nr. 861/59 vom 17. August 1959

In Artikel 2 wird das Wort „sechs“ durch das Wort „zehn“ ersetzt.

Anhang II

Liste zu Artikel 30 der Beitrittsakte

I. Zollrecht

Verordnung (EWG) Nr. 1769/68 der Kommission vom 6. November 1968

ABl. Nr. L 285/1 vom 25. November 1968

Der Anhang zu dieser Verordnung, in dem die Hundertsätze der in den Zollwert einzubeziehenden Luftfrachtkosten enthalten sind, ist entsprechend der Lage zu ändern, die sich aus der Definition des Zollgebiets der Gemeinschaft ergibt.

II. Landwirtschaft

A. Gemeinsame Marktorganisation

a) Obst und Gemüse

1. **Verordnung Nr. 80/63/EWG** der Kommission vom 31. Juli 1963

ABl. Nr. 121/2137 vom 3. August 1963

Der Anhang ist durch die Liste der von den einzelnen neuen Mitgliedstaaten mit der Durchführung der Kontrolle beauftragten Stellen zu ergänzen.

2. **Verordnung Nr. 41/66/EWG** des Rates vom 29. März 1966

ABl. Nr. 69/1013 vom 19. April 1966

In Anhang I/2 sind die gemeinsamen Qualitätsnormen für Rosenkohl durch eine zusätzliche Güteklasse zu ergänzen.

3. **Verordnung (EWG) Nr. 2638/69** der Kommission vom 24. Dezember 1969

ABl. Nr. L 327/33 vom 30. Dezember 1969

Anhang I ist durch die Liste der Versandgebiete der einzelnen neuen Mitgliedstaaten zu ergänzen.

4. **Verordnung (EWG) Nr. 496/70** der Kommission vom 17. März 1970

ABl. Nr. L 62/11 vom 18. März 1970

Anhang I ist durch die Liste der von den einzelnen neuen Mitgliedstaaten mit der Durchführung der Kontrolle beauftragten Stellen zu ergänzen.

5. **Verordnung (EWG) Nr. 1291/70** der Kommission vom 1. Juli 1970

ABl. Nr. L 144/10 vom 2. Juli 1970

Artikel 3 Absatz 2 ist durch die Liste der repräsentativen Märkte der neuen Mitgliedstaaten zu ergänzen.

6. **Verordnung (EWG) Nr. 1559/70** der Kommission vom 31. Juli 1970

ABl. Nr. L 169/55 vom 1. August 1970

Der Anhang ist durch die Liste der von den einzelnen neuen Mitgliedstaaten bezeichneten Stellen zu ergänzen.

7. **Verordnung (EWG) Nr. 1560/70** der Kommission vom 31. Juli 1970

ABl. Nr. L 169/59 vom 1. August 1970

Der Anhang ist durch die Liste der von den einzelnen neuen Mitgliedstaaten bezeichneten Stellen zu ergänzen.

8. **Verordnung (EWG) Nr. 1561/70** der Kommission vom 31. Juli 1970

ABl. Nr. L 169/63 vom 1. August 1970

Der Anhang ist durch die Liste der von den einzelnen neuen Mitgliedstaaten bezeichneten Stellen zu ergänzen.

9. **Verordnung (EWG) Nr. 1562/70** der Kommission vom 31. Juli 1970

ABl. Nr. L 169/67 vom 1. August 1970

Der Anhang ist durch die Liste der von den einzelnen neuen Mitgliedstaaten bezeichneten Stellen zu ergänzen.

10. **Verordnung (EWG) Nr. 604/71** der Kommission vom 23. März 1971

ABl. Nr. L 70/9 vom 24. März 1971

Die Anhänge I, II, V und VI sind durch die Märkte der neuen Mitgliedstaaten zu ergänzen.

b) Wein

Verordnung (EWG) Nr. 2005/70 der Kommission vom 6. Oktober 1970

ABl. Nr. L 224/1 vom 10. Oktober 1970

geändert durch:

— **Verordnung (EWG) Nr. 756/71** der Kommission vom 7. April 1971

ABl. Nr. L 83/48 vom 8. April 1971

— **Verordnung (EWG) Nr. 1985/71** der Kommission vom 14. September 1971

ABl. Nr. L 209/9 vom 15. September 1971

Der Anhang ist durch die in Irland und im Vereinigten Königreich zugelassenen oder empfohlenen Rebsorten zu ergänzen.

c) Schweinefleisch

1. **Verordnung Nr. 213/67/EWG** des Rates vom 27. Juni 1967

ABl. Nr. 135/2887 vom 30. Juni 1967

geändert durch:

— **Verordnung (EWG) Nr. 85/68** des Rates vom 23. Januar 1968

ABl. Nr. L 21/3 vom 25. Januar 1968

— **Verordnung (EWG) Nr. 1705/68** des Rates vom 30. Oktober 1968

ABl. Nr. L 267/1 vom 31. Oktober 1968

— **Verordnung (EWG) Nr. 2112/69** des Rates vom 28. Oktober 1969

ABl. Nr. L 271/1 vom 29. Oktober 1969

— **Verordnung (EWG) Nr. 2090/70** des Rates vom 20. Oktober 1970

ABl. Nr. L 232/1 vom 21. Oktober 1970

Der Anhang ist durch die Liste der repräsentativen Märkte der neuen Mitgliedstaaten zu ergänzen.

2. **Verordnung (EWG) Nr. 2108/70** des Rates vom 20. Oktober 1970

ABl. Nr. L 234/1 vom 23. Oktober 1970

Im Anhang I sind die Spalte 2 „Zweihälftengewicht“ und die Spalte 3 „Speckdicke“ gegebenenfalls zu ändern, um Handelsklassen für Schweine mit einem Gewicht zwischen 30 und 50 kg zu berücksichtigen.

d) Milcherzeugnisse

1. **Verordnung (EWG) Nr. 985/68** des Rates vom 15. Juli 1968

ABl. Nr. L 169/1 vom 18. Juli 1968; berichtigt ABl. Nr. L 233/6

geändert durch:

— Verordnung (EWG) Nr. 750/69 des Rates vom 22. April 1969

ABl. Nr. L 98/2 vom 25. April 1969

— Verordnung (EWG) Nr. 1211/69 des Rates vom 26. Juni 1969

ABl. Nr. L 155/13 vom 28. Juni 1969

— Verordnung (EWG) Nr. 1075/71 des Rates vom 25. Mai 1971

ABl. Nr. L 116/1 vom 28. Mai 1971

Artikel 1 Absatz 3 Buchstabe a und Artikel 8 Absatz 4 sind durch die Definition der Butter der einzelnen neuen Mitgliedstaaten, die für die Intervention in Frage kommt, zu ergänzen, und zwar so, daß die Merkmale dieser Butter den Merkmalen der gegenwärtig in der Gemeinschaft für die Intervention in Frage kommenden Butter entsprechen.

2. **Verordnung (EWG) Nr. 1053/68** der Kommission vom 23. Juli 1968

ABl. Nr. L 179/17 vom 25. Juli 1968

geändert durch:

— Verordnung (EWG) Nr. 196/69 der Kommission vom 31. Januar 1969

ABl. Nr. L 26/28 vom 1. Februar 1969; berichtigt ABl. Nr. L 143/15

— Verordnung (EWG) Nr. 2605/70 der Kommission vom 22. Dezember 1970

ABl. Nr. L 278/17 vom 23. Dezember 1970

— Verordnung (EWG) Nr. 2369/71 der Kommission vom 4. November 1971

ABl. Nr. L 246/27 vom 5. November 1971

Im Anhang sind die Muster der Bescheinigungen durch die einzelnen Angaben in den Sprachen der neuen Mitgliedstaaten zu ergänzen.

3. **Verordnung (EWG) Nr. 1324/68** der Kommission vom 29. August 1968

ABl. Nr. L 215/25 vom 30. August 1968

Anhang II ist durch die Angaben in den Sprachen der neuen Mitgliedstaaten zu ergänzen.

e) Rindfleisch

1. **Verordnung (EWG) Nr. 1024/68** der Kommission vom 22. Juli 1968

ABl. Nr. L 174/7 vom 23. Juli 1968

geändert durch:

— Verordnung (EWG) Nr. 863/69 der Kommission vom 8. Mai 1969

ABl. Nr. L 111/26 vom 9. Mai 1969

Diese Verordnung ist zwecks Berücksichtigung der Anpassung des Artikels 10 der Verordnung (EWG) Nr. 805/68 zu ändern.

2. **Verordnung (EWG) Nr. 1026/68** der Kommission vom 22. Juli 1968

ABl. Nr. L 174/12 vom 23. Juli 1968

Diese Verordnung ist zwecks Berücksichtigung der Anpassung des Artikels 10 der Verordnung (EWG) Nr. 805/68 zu ändern.

3. **Verordnung (EWG) Nr. 1027/68** der Kommission vom 22. Juli 1968

ABl. Nr. L 174/14 vom 23. Juli 1968

geändert durch:

— Verordnung (EWG) Nr. 705/71 der Kommission vom 31. März 1971

ABl. Nr. L 77/79 vom 1. April 1971

Artikel 9 ist gegebenenfalls anzupassen, um den etwaigen Änderungen an Artikel 6 der Verordnung (EWG) Nr. 1026/68 Rechnung zu tragen.

Anhang I b ist durch die neuen Koeffizienten der Mitgliedstaaten zu ergänzen.

Anhang II ist entsprechend den darin enthaltenen Angaben durch die für die neuen Mitgliedstaaten festzusetzenden Angaben zu ergänzen.

4. **Verordnung (EWG) Nr. 1097/68** der Kommission vom 27. Juli 1968

ABl. Nr. L 184/5 vom 29. Juli 1968

geändert durch:

— Verordnung (EWG) Nr. 1261/68 der Kommission vom 20. August 1968

ABl. Nr. L 208/7 vom 21. August 1968

— Verordnung (EWG) Nr. 1556/68 der Kommission vom 4. Oktober 1968

ABl. Nr. L 244/15 vom 5. Oktober 1968

— Verordnung (EWG) Nr. 1585/68 der Kommission vom 10. Oktober 1968

ABl. Nr. L 248/16 vom 11. Oktober 1968

— Verordnung (EWG) Nr. 1809/69 der Kommission vom 12. September 1969

ABl. Nr. L 232/6 vom 13. September 1969

— Verordnung (EWG) Nr. 1795/71 der Kommission vom 17. August 1971

ABl. Nr. L 187/5 vom 19. August 1971

Anhang I ist durch die in den neuen Mitgliedstaaten auf die Kaufpreise anwendbaren Koeffizienten zu ergänzen.

f) Fischerei

1. **Verordnung (EWG) Nr. 2518/70** der Kommission vom 10. Dezember 1970

ABl. Nr. L 271/15 vom 15. Dezember 1970

Der Anhang ist durch die repräsentativen Großhandelsmärkte und repräsentativen Häfen der neuen Mitgliedstaaten zu ergänzen.

2. **Verordnung (EWG) Nr. 1109/71** der Kommission vom 28. Mai 1971

ABl. Nr. L 117/18 vom 29. Mai 1971

Anhang II ist durch die repräsentativen Einfuhrmärkte und Einfuhrhäfen der neuen Mitgliedstaaten zu ergänzen.

B. Allgemeine Rechtsakte

1. **Verordnung (EWG) Nr. 1373/70** der Kommission vom 10. Juli 1970

ABl. Nr. L 158/1 vom 20. Juli 1970

geändert durch:

— Verordnung (EWG) Nr. 2638/70 der Kommission vom 23. Dezember 1970

ABl. Nr. L 283/34 vom 29. Dezember 1970

Im Anhang sind die Titel der Bescheinigungen durch die Bezeichnung „Einfuhrlizenz oder Vorausfestsetzungsbescheinigung“ in den Sprachen der neuen Mitgliedstaaten zu ergänzen.

2. **Verordnung (EWG) Nr. 729/70** des Rates vom 27. April 1970

ABl. Nr. L 94/13 vom 28. April 1970

Der in Artikel 6 Absätze 4 und 5 genannte jährliche Betrag von 285 Millionen Rechnungseinheiten ist entsprechend den Erfordernissen der Gemeinschaft nach dem Beitritt der neuen Mitgliedstaaten anzupassen.

C. Veterinärrecht

1. **Richtlinie Nr. 64/432/EWG** des Rates vom 26. Juni 1964
ABl. Nr. 121/1977 vom 29. Juli 1964; berichtigt ABl. S. 2799

geändert durch:

— **Richtlinie Nr. 66/600/EWG** des Rates vom 25. Oktober 1966

ABl. Nr. 192/3294 vom 27. Oktober 1966

— **Richtlinie Nr. 70/360/EWG** des Rates vom 13. Juli 1970

ABl. Nr. L 157/40 vom 18. Juli 1970

— **Richtlinie Nr. 71/285/EWG** des Rates vom 19. Juli 1971

ABl. Nr. L 179/1 vom 9. August 1971

1. In Anlage B ist Nummer 8 durch die mit der amtlichen Prüfung der Tuberkuline in jedem neuen Mitgliedstaat beauftragten staatlichen Institute zu ergänzen.
2. In Anlage C ist Nummer 9 durch die mit der amtlichen Prüfung der Antigene in jedem neuen Mitgliedstaat beauftragten staatlichen Institute zu ergänzen.
3. In Anhang F sind die nachstehenden Fußnoten für jeden neuen Mitgliedstaat durch die Dienststellung der für die Unterzeichnung der Bescheinigungen benannten Person zu ergänzen:
- Fußnote (3) der Bescheinigung Muster I,
 - Fußnote (5) der Bescheinigung Muster II,
 - Fußnote (3) der Bescheinigung Muster III,
 - Fußnote (5) der Bescheinigung Muster IV.

2. **Liste Nr. 66/340/EWG** vom 6. Mai 1966
ABl. Nr. 100/1604 vom 7. Juni 1966

Die Punkte A und B sind durch Namen, Staatsangehörigkeit, Anschrift und Telephonnummer der tierärztlichen Sachverständigen der neuen Mitgliedstaaten zu ergänzen.

3. **Entscheidung Nr. 69/100/EWG** der Kommission vom 18. März 1969

ABl. Nr. L 88/9 vom 11. April 1969

Artikel 1 ist durch Namen und Staatsangehörigkeit der tierärztlichen Sachverständigen der neuen Mitgliedstaaten zu ergänzen.

D. Agrarstatistiken

1. **Verordnung Nr. 79/65/EWG** des Rates vom 15. Juni 1965

ABl. Nr. 109/1859 vom 23. Juni 1965

Der Anhang ist durch die Liste der Gebiete der neuen Mitgliedstaaten zu ergänzen.

2. **Verordnung Nr. 91/66/EWG** der Kommission vom 29. Juni 1966

ABl. Nr. 121/2249 vom 4. Juli 1966

geändert durch:

— **Verordnung Nr. 349/67/EWG** der Kommission vom 25. Juli 1967

ABl. Nr. 171/1 vom 28. Juli 1967

— **Verordnung (EWG) Nr. 1696/68** der Kommission vom 28. Oktober 1968

ABl. Nr. L 266/4 vom 30. Oktober 1968

— **Verordnung (EWG) Nr. 1697/68** der Kommission vom 28. Oktober 1968

ABl. Nr. L 266/7 vom 30. Oktober 1968

Anhang III ist durch die Festsetzung der Anzahl der je Gebiet auszuwählenden Buchführungsbetriebe in den neuen Mitgliedstaaten zu ergänzen.

3. **Verordnung Nr. 184/66/EWG** der Kommission vom 21. November 1966

ABl. Nr. 213/3637 vom 23. November 1966

geändert durch:

— **Verordnung (EWG) Nr. 747/68** der Kommission vom 20. Juni 1968

ABl. Nr. L 140/13 vom 22. Juni 1968

Der zweite Teil des Anhangs ist durch die ergänzenden Bestimmungen betreffend die neuen Mitgliedstaaten zu vervollständigenden.

4. **Richtlinie Nr. 71/286/EWG** des Rates vom 26. Juli 1971
ABl. Nr. L 179/21 vom 9. August 1971

Der Anhang ist durch die Liste der Gebiete der einzelnen neuen Mitgliedstaaten zu ergänzen.

III. Gesellschaftsrecht

Richtlinie Nr. 68/151/EWG des Rates vom 9. März 1968

ABl. Nr. L 65/8 vom 14. März 1968

Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe f ist gegebenenfalls im Anschluß an die Prüfung der „aksjeselskap“ des norwegischen Rechts zu ändern.

IV. Verkehr

Richtlinie des Rates vom 23. Juli 1962

ABl. Nr. 70/2005 vom 6. August 1962

Die Richtlinie ist gegebenenfalls zu ändern, um die in dieser Richtlinie vorgesehene Liberalisierung des Straßenverkehrs in bezug auf den Straßenverkehr zwischen bestimmten durch das Meer getrennten Küstengebieten sicherzustellen.

V. Wettbewerb

Entscheidung Nr. 3/58 der Hohen Behörde vom 18. März 1958

ABl. Nr. 11/157 vom 29. März 1958

ergänzt durch:

— **Entscheidung Nr. 27/59** der Hohen Behörde vom 29. April 1959

ABl. Nr. 30/578 vom 1. Mai 1959

Artikel 2 Absatz 1 ist durch die Aufzählung des „National Coal Board“ (VK) und der großen Bergbauunternehmen der anderen neuen Mitgliedstaaten zu ergänzen.

Artikel 3 Absatz 2 ist durch die Aufzählung der Absatzgebiete der neuen Mitgliedstaaten zu ergänzen.

VI. Handelspolitik

Verordnung (EWG) Nr. 1025/70 des Rates vom 25. Mai 1970

ABl. Nr. L 124/6 vom 8. Juni 1970

geändert durch:

— **Verordnung (EWG) Nr. 1984/70** des Rates vom 29. September 1970

ABl. Nr. L 218/1 vom 3. Oktober 1970

— Verordnung (EWG) Nr. 724/71 des Rates vom 30. März 1971

ABl. Nr. L 80/3 vom 5. April 1971

— Verordnung (EWG) Nr. 1080/71 des Rates vom 25. Mai 1971

ABl. Nr. L 116/8 vom 28. Mai 1971

— Verordnung (EWG) Nr. 1429/71 des Rates vom 2. Juli 1971

ABl. Nr. L 151/8 vom 7. Juli 1971

— Verordnung (EWG) Nr. 2384/71 des Rates vom 8. November 1971

ABl. Nr. L 249/1 vom 10. November 1971

Das sich aus der Streichung GIBRALTARS in Anhang II ergebende Problem ist so zu lösen, daß sich Gibraltar in bezug auf die Regelung zur Liberalisierung der Einfuhr in die Gemeinschaft in der gleichen Lage wie vor dem Beitritt befindet.

VII. Sozialpolitik

1. **Verordnung (EWG) Nr. 1408/71** des Rates vom 14. Juni 1971

ABl. Nr. L 149/2 vom 5. Juli 1971

Die Verordnung ist zu ändern, soweit dies aufgrund von Änderungen an der dänischen Gesetzgebung erforderlich ist.

2. **Beschluß Nr. 70/532/EWG** des Rates vom 14. Dezember 1970

ABl. Nr. L 273/25 vom 17. Dezember 1970

Soweit die Entwicklung der Struktur der in diesem Beschluß genannten Organisationen der Sozialpartner dies erfordert, ist die Zahl der Vertreter dieser Organisationen im Ständigen Ausschuß für Beschäftigungsfragen gegebenenfalls zu ändern.

3. **Beschluß Nr. 63/326/EWG** der Kommission vom 17. Mai 1963

ABl. Nr. 80/1534 vom 29. Mai 1963

geändert durch:

— Beschluß Nr. 64/19/EWG der Kommission vom 19. Dezember 1963

ABl. Nr. 2/27 vom 10. Januar 1964; berichtigt ABl. S. 1176/64

— Beschluß Nr. 70/254/EWG der Kommission vom 15. April 1970

ABl. Nr. L 96/37 vom 30. April 1970

4. **Beschluß Nr. 65/362/EWG** der Kommission vom 5. Juli 1965

ABl. Nr. 130/2184 vom 16. Juli 1965

5. **Beschluß Nr. 67/745/EWG** der Kommission vom 28. November 1967

ABl. Nr. 297/13 vom 7. Dezember 1967

6. **Beschluß Nr. 68/252/EWG** der Kommission vom 7. Juni 1968

ABl. Nr. L 132/9 vom 14. Juni 1968

7. **Beschluß Nr. 71/122/EWG** der Kommission vom 19. Februar 1971

ABl. Nr. L 57/22 vom 10. März 1971

Soweit die Entwicklung der Struktur der in den vorstehenden fünf Beschlüssen genannten Organisationen der Sozialpartner dies erfordert, ist die Zahl der Vertreter der Organisationen in den Ausschüssen gegebenenfalls zu ändern.

VIII. Technische Hemmnisse

1. **Richtlinie Nr. 71/307/EWG** des Rates vom 26. Juli 1971

ABl. Nr. L 185/16 vom 16. August 1971; berichtigt ABl. Nr. L 244/80

Artikel 5 Absatz 1 dieser Richtlinie ist durch die Begriffe in dänischer und norwegischer Sprache zu ergänzen, die den in diesem Artikel verwendeten Begriffen entsprechen. Die betreffenden Begriffe dürfen weder „ny uld“ (dänisch) noch „ny ull“ (norwegisch) noch andere entsprechende Ausdrücke sein.

Anhang I dieser Richtlinie ist durch die Aufnahme von „Hibiscus species“ zu ergänzen.

2. **Richtlinie Nr. 71/316/EWG** des Rates vom 26. Juli 1971

ABl. Nr. L 202/1 vom 6. September 1971

Die in Punkt 3.2.1. des Anhangs II genannten Zeichnungen müssen durch die Buchstaben für die neuen Kennzeichen ergänzt werden: UK, IR, N und DK.

3. **Richtlinie Nr. 71/318/EWG** des Rates vom 26. Juli 1971

ABl. Nr. L 202/21 vom 6. September 1971

Es ist nachzuprüfen, ob die im Vereinigten Königreich gebräuchlichen Prüfmethode den in der Richtlinie vorgesehenen Methoden gleichwertig sind, bevor diese Richtlinie im Hinblick auf die Zulassung dieser Methoden in der Gemeinschaft geändert werden kann.

Punkt 5.2.4. in Kapitel I Abschnitt B des Anhangs ist gegebenenfalls zu ändern, um das photoelektrische Ablesen der Zahl der von der Zählertrommel zurückgelegten Umdrehungen zu gestatten.

Anhang III

Liste der Erzeugnisse im Sinne der Artikel 32, 36 und 39 der Beitrittsakte
(EURATOM)

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung
26.01	<p>Metallurgische Erze, auch angereichert; Schwefelkiesabbrände:</p> <p>C. Uranerze:</p> <p>I. Uranerze und Pechblende, mit einem Gehalt an Uran von mehr als 5 Gewichtshundertteilen</p> <p>D. Thoriumerze:</p> <p>I. Monazit; Uran-Thorianit und andere Thoriumerze mit einem Gehalt an Thorium von mehr als 20 Gewichtshundertteilen</p>
28.50	<p>Spaltbare chemische Elemente und spaltbare Isotope; andere radioaktive chemische Elemente und radioaktive Isotope; ihre anorganischen oder organischen Verbindungen, auch chemisch nicht einheitlich; Legierungen, Dispersionen und Cermets, die diese Elemente oder diese Isotope oder ihre anorganischen oder organischen Verbindungen enthalten:</p> <p>A. Spaltbare chemische Elemente und spaltbare Isotope; ihre Verbindungen, Legierungen, Dispersionen und Cermets, einschließlich der gebrauchten (bestrahlten) Brennstoffelemente von Kernreaktoren:</p> <p>I. natürliches Uran:</p> <p>a) roh; Bearbeitungsabfälle und Schrott</p> <p>b) verarbeitet:</p> <p>1. Stäbe (Stangen), Profile, Draht, Bleche, Blätter und Bänder</p> <p>2. anderes</p> <p>II. andere</p> <p>B. künstlich radioaktive Isotope und ihre Verbindungen</p>
28.51	<p>Isotope chemischer Elemente, soweit nicht in Tarifnr. 28.50 genannt; ihre anorganischen oder organischen Verbindungen, auch chemisch nicht einheitlich:</p> <p>A. Deuterium und seine Verbindungen (einschließlich schweres Wasser); deuteriumhaltige Mischungen und Lösungen, bei denen das zahlenmäßige Verhältnis der Deuteriumatome zu den Wasserstoffatomen größer als 1 : 5 000 ist</p>
28.52	<p>Anorganische oder organische Verbindungen des Thoriums, des an Uran 235 abgereicherten Urans und der Metalle der seltenen Erden, des Yttriums und des Scandiums, auch untereinander gemischt:</p> <p>A. des Thoriums, des an Uran 235 abgereicherten Urans, auch untereinander gemischt</p>
78.06	<p>Andere Waren aus Blei:</p> <p>A. Verpackungsmittel mit Abschirmung aus Blei gegen Strahlung zum Befördern oder Lagern radioaktiver Stoffe</p>
81.04	<p>Andere unedle Metalle, roh oder verarbeitet; Cermets, roh oder verarbeitet:</p> <p>N. Thorium:</p> <p>I. roh; Bearbeitungsabfälle und Schrott</p> <p>II. verarbeitet:</p> <p>a) Stäbe (Stangen), Profile, Draht, Bleche, Blätter und Bänder</p> <p>b) anderes</p>
84.14	<p>Industrie- und Laboratoriumsöfen, ausgenommen elektrische Öfen der Tarifnr. 85.11:</p> <p>A. ihrer Beschaffenheit nach zum Trennen bestrahlter Kernbrennstoffe, zum Behandeln radioaktiver Abfälle oder zum Aufbereiten bestrahlter Kernbrennstoffe zur Wiederverwendung bestimmt</p>

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung
84.17	<p>Apparate und Vorrichtungen, auch elektrisch beheizt, zum Behandeln von Stoffen durch auf einer Temperaturänderung beruhende Vorgänge, z. B. Heizen, Kochen, Rösten, Destillieren, Rektifizieren, Sterilisieren, Pasteurisieren, Dämpfen, Trocknen, Verdampfen, Kondensieren oder Kühlen, ausgenommen Haushaltsapparate; nichtelektrische Warmwasserbereiter und Badeöfen:</p> <p>A. Apparate zum Erzeugen von Waren der Tarifstelle 28.51 A</p> <p>B. Apparate, ihrer Beschaffenheit nach zum Trennen bestrahlter Kernbrennstoffe, zum Behandeln radioaktiver Abfälle oder zum Aufbereiten bestrahlter Kernbrennstoffe zur Wiederverwendung bestimmt</p>
84.18	<p>Zentrifugen; Apparate zum Filtrieren oder Reinigen von Flüssigkeiten oder Gasen:</p> <p>A. zum Trennen von Uran-Isotopen</p> <p>B. zum Erzeugen von Waren der Tarifstelle 28.51 A</p> <p>C. ihrer Beschaffenheit nach zum Trennen bestrahlter Kernbrennstoffe, zum Behandeln radioaktiver Abfälle oder zum Aufbereiten bestrahlter Kernbrennstoffe zur Wiederverwendung bestimmt</p>
84.22	<p>Maschinen, Apparate und Geräte zum Heben, Beladen, Entladen oder Fördern (z. B. Aufzüge, Fördermaschinen, Winden, Flaschenzüge, Krane, Stetigförderer, Seilschwebbahnen), ausgenommen Maschinen, Apparate und Geräte der Tarifnr. 84.23:</p> <p>A. ferngesteuerte mechanische Greifer, ortsfest oder beweglich, jedoch nicht mit der Hand führbar, ihrer Beschaffenheit nach zum Handhaben hochradioaktiver Stoffe bestimmt</p>
84.44	<p>Walzwerke und Walzenstraßen, für Metalle; Walzen hierfür:</p> <p>A. Walzwerke, ihrer Beschaffenheit nach zum Aufbereiten bestrahlter Kernbrennstoffe zur Wiederverwendung bestimmt</p>
84.45	<p>Werkzeugmaschinen zum Bearbeiten von Metallen oder Hartmetallen, ausgenommen Maschinen der Tarifnrn. 84.49 und 84.50:</p> <p>A. ihrer Beschaffenheit nach zum Aufbereiten bestrahlter Kernbrennstoffe zur Wiederverwendung (z. B. Ummanteln, Entfernen der Ummantelung, Verformen) bestimmt:</p> <p>I. durch Code-Angaben gesteuert</p> <p>II. andere</p>
84.59	<p>Maschinen, Apparate und mechanische Geräte, in Kapitel 84 anderweit weder genannt noch inbegriffen:</p> <p>A. zum Erzeugen von Waren der Tarifstelle 28.51 A</p> <p>B. Kernreaktoren:</p> <p>I. Reaktoren</p> <p>II. Teile:</p> <p>a) nicht bestrahlte Brennstoffelemente mit natürlichem Uran</p> <p>b) nicht bestrahlte Brennstoffelemente mit angereichertem Uran</p> <p>c) andere</p> <p>C. ihrer Beschaffenheit nach zum Aufbereiten bestrahlter Kernbrennstoffe zur Wiederverwendung (z. B. Sintern von radioaktiven Metalloxyden, Ummanteln) bestimmt</p>
85.11	<p>Elektrische Industrie- und Laboratoriumsöfen, einschließlich Einrichtungen zum Warmbehandeln von Stoffen mittels Induktion oder dielektrischer Erwärmung; Maschinen, Apparate und Geräte zum elektrischen Schweißen, Lötten oder Schneiden:</p> <p>A. Öfen, einschließlich Einrichtungen zum Warmbehandeln von Stoffen mittels Induktion oder dielektrischer Erwärmung:</p> <p>I. ihrer Beschaffenheit nach zum Trennen bestrahlter Kernbrennstoffe, zum Behandeln radioaktiver Abfälle oder zum Aufbereiten bestrahlter Kernbrennstoffe zur Wiederverwendung bestimmt</p>
85.22	<p>Elektrische Maschinen, Apparate und Geräte, in Kapitel 85 anderweit weder genannt noch inbegriffen:</p> <p>A. zum Erzeugen von Waren der Tarifstelle 28.51 A</p>

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung
86.07	<p>B. ihrer Beschaffenheit nach zum Trennen bestrahlter Kernbrennstoffe, zum Behandeln radioaktiver Abfälle oder zum Aufbereiten bestrahlter Kernbrennstoffe zur Wiederverwendung bestimmt</p> <p>Schienengebundene Güterwagen:</p> <p>A. ihrer Beschaffenheit nach zum Befördern von Waren mit starker Radioaktivität bestimmt</p>
86.08	<p>Warenbehälter (Container) für Beförderungsmittel jeder Art:</p> <p>A. mit Abschirmung aus Blei gegen Strahlung zum Befördern radioaktiver Stoffe</p>
87.02	<p>Kraftwagen zum Befördern von Personen oder Gütern (einschließlich Sport- und Rennwagen und Oberleitungsomnibusse):</p> <p>B. zum Befördern von Gütern:</p> <p>I. Lastkraftwagen, ihrer Beschaffenheit nach zum Befördern von Waren mit starker Radioaktivität bestimmt</p>
87.07	<p>Kraftkarren von einer Bauart, wie sie in Fabriken, Lagerhäusern, Häfen oder auf Flugplätzen zum Kurzstreckentransport oder zum Warenumschatz verwendet wird (z. B. Lastkraftkarren, Stapelkraftkarren, Portalkraftkarren); Zugkraftkarren von einer Bauart, wie sie auf Bahnhöfen verwendet wird; Teile davon:</p> <p>A. Kraftkarren, ihrer Beschaffenheit nach zum Befördern von Waren mit starker Radioaktivität bestimmt</p>
87.14	<p>Andere Fahrzeuge ohne maschinellen Fahrtrieb und Anhänger für Fahrzeuge jeder Art; Teile davon:</p> <p>B. Anhänger und Sattelanhänger:</p> <p>I. ihrer Beschaffenheit nach zum Befördern von Waren mit starker Radioaktivität bestimmt</p> <p>C. andere Fahrzeuge:</p> <p>I. ihrer Beschaffenheit nach zum Befördern von Waren mit starker Radioaktivität bestimmt</p>

Anhang IV

Liste der Erzeugnisse
im Sinne des Artikels 32 der Beitrittsakte
(Erzeugnisse des Commonwealth,
die im Vereinigten Königreich Gegenstand
vertraglicher Präferenzspannen sind)

Nummer des Zolltarifs des Vereinigten König- reichs am 1. 1. 1972	Warenbezeichnung
05.07	<p>Vogelbälge und andere Vogelteile mit ihren Federn oder Daunen, Federn und Teile von Federn (auch beschnitten), Daunen, roh oder nur gereinigt, desinfiziert oder zur Haltbarmachung behandelt; Mehl und Abfälle von Federn oder Federteilen:</p> <p>B. Federn in Ballen, Säcken oder ähnlichen Verpackungen, ohne Innenhülle; Daunen:</p> <p>1. gereinigt nach dem in Teil 12 Absatz 8 des British Standard 1425 beschriebenen Verfahren: 1960 (und Zusatz), mit den bis November 1967 vorgenommenen Änderungen</p> <p>D. andere</p>
05.08	<p>Knochen und Stirnbeinzapfen, roh, entfettet oder einfach bearbeitet (aber nicht zugeschnitten), mit Säure behandelt oder auch entleimt; Mehl und Abfälle dieser Stoffe:</p> <p>C. andere</p>
05.09	<p>Hörner, Geweihe, Hufe, Klauen, Krallen und Schnäbel, roh oder einfach bearbeitet, aber nicht zugeschnitten, einschließlich Abfälle und Mehl; Fischbein, roh oder einfach bearbeitet, aber nicht zugeschnitten, einschließlich Bartenfransen und Abfälle</p>
05.14	<p>Amber, Bibergeil, Zibet und Moschus; Kanthariden und Galle, auch getrocknet; tierische Stoffe, die zur Herstellung von Arzneiwaren verwendet werden, frisch, gekühlt, gefroren oder auf andere Weise vorläufig haltbar gemacht:</p> <p>B. andere</p>
13.01	<p>Pflanzliche Rohstoffe zum Färben oder Gerben:</p> <p>D. andere</p>
15.08	<p>Tierische und pflanzliche Öle, gekocht, oxidiert, dehydratisiert, geschwefelt, geblasen, durch Hitze im Vakuum oder in inertem Gas polymerisiert oder anders modifiziert:</p> <p>B. Rizinusöl</p> <p>C. Kokosöl; Erdnußöl; Leinöl; Rapsöl; Sesamöl; Sojaöl; Sonnenblumenöl; Safloröl</p> <p>D. andere</p>
15.14	<p>Walrat, roh, gepreßt oder raffiniert, auch gefärbt</p>
19.03	<p>Teigwaren</p>
19.05	<p>Lebensmittel, durch Aufblähen oder Rösten von Cetreide hergestellt (Puffreis, Corn Flakes und dergleichen)</p>
21.07	<p>Lebensmittelzubereitungen, anderweit weder genannt noch inbegriffen:</p> <p>H. andere:</p> <p>2. andere</p>
22.06	<p>Wermutwein und andere Weine aus frischen Weintrauben, mit Pflanzen oder anderen Stoffen aromatisiert</p>
25.19	<p>Natürliches Magnesiumkarbonat (Magnesit), auch gebrannt, ausgenommen reines Magnesiumoxid:</p> <p>A. totgebrannt</p>

Nummer des Zolltarifs des Vereinigten König- reichs am 1. 1. 1972	Warenbezeichnung
25.24	Asbest
27.13	Paraffin, Erdölwachs, Wachs aus bituminösen Mineralien, Ozokerit, Montanwachs, Torfwachs, paraffinische Rückstände (z. B. Gatsch, slack wax), auch gefärbt: C. Paraffin und Erdölwachs
32.01	Pflanzliche Gerbstoffauszüge: B. andere
33.01	Ätherische Öle (auch terpenfrei gemacht), flüssig oder fest (konkret); Resinoide: A. Ätherische Öle: 3. andere: a) nicht terpenfrei gemacht: (i) nachstehende Öle: Bayöl, Zitronellöl, Eukalyptusöl, Ingweröl, Ginger- grasöl, Lemongrasöl, Litseacubeba-Öl, Ninde-Öl, Zwiebelöl, Palmarosaöl, Pimentöl, Sandelholzöl b) terpenfrei
35.01	Kasein, Kaseinate und andere Kaseinderivate; Kaseinleime: B. andere
41.02	Rind- und Kalbleder (einschließlich Büffelleder), Roßleder und Leder von anderen Einhufnern, ausgenommen Leder der Tarifnrn. 41.06 bis 41.08
41.03	Schaf- und Lammlleder, ausgenommen Leder der Tarifnrn. 41.06 bis 41.08: A. zugerichtet: 2. anderes B. anderes
41.04	Ziegen- und Zickelleder, außer Leder der Nrn. 41.06 bis 41.08
41.05	Leder aus Häuten und Fellen anderer Tiere, außer Leder der Nrn. 41.06 bis 41.08
41.06	Sämischleder (Chamoisleder)
41.07	Pergament- und Rohhautleder
41.08	Lackleder und metallisiertes Leder
43.02	Gegerbte oder zugerichtete Pelzfelle, auch zu Platten, Säcken, Vierecken, Kreuzen oder ähnlichen Formen zusammengesetzt; Abfälle und Überreste davon, nicht genäht
55.05	Baumwollgarne, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf: B. andere
55.06	Baumwollgarne in Aufmachungen für den Einzelverkauf: B. andere
55.07	Drehergewebe aus Baumwolle
55.08	Schlingengewebe (Frottiergewebe) aus Baumwolle
55.09	Andere Baumwollgewebe
57.06	Jutegarne oder Garne aus anderen Bastspinnstoffen der Nr. 57.03: B. die keine Kunstfasern enthalten: 2. geglättete ungezwirnte Garne; ungeglättete oder geglättete gezwirnte Garne

Nummer des Zolltarifs des Vereinigten König- reichs am 1. 1. 1972	Warenbezeichnung
57.07	Garne aus anderen pflanzlichen Spinnstoffen: B. die keine Kunstfasern enthalten: 2. andere
57.10	Jutegewebe oder Gewebe aus anderen Bastspinnstoffen der Nr. 57.03: B. die keine Kunstfasern enthalten
58.01	Geknüpfteteppiche, auch fertigbearbeitet: A. handgearbeitete: 2. andere B. andere: 3. andere
58.02	Kelim, Sumak, Karamanie und ähnliche Teppiche, auch fertigbearbeitet; andere Teppiche, auch fertigbearbeitet: A. Kokosmatten, auch als Meterware B. andere: 3. andere
58.05	Bänder und schußlose Bänder aus parallel gelegten und geklebten Garnen oder Spinnstoffen (bolducs), ausgenommen Waren der Tarifnr. 58.06: B. weder Seide noch synthetische oder künstliche Spinnstoffe enthaltend
59.02	Filze und Waren daraus, auch getränkt oder bestrichen: B. Waren aus Filz: 2. andere
59.04	Bindfäden, Seile und Taue, auch geflochten: B. weder Seide noch synthetische oder künstliche Spinnstoffe enthaltend 3. andere
60.05	Oberbekleidung, Bekleidungszubehör und andere Wirkwaren, weder gummielastisch noch kautschutiert: B. andere Waren: 2. andere
61.05	Taschentücher und Ziertaschentücher: C. andere
61.06	Schals, Umschlagtücher, Halstücher, Kragenschoner, Kopftücher, Schleier und ähnliche Waren: C. andere
62.01	Decken: B. andere
62.02	Bettwäsche, Tischwäsche, Wäsche zur Körperpflege und andere Haushaltswäsche; Vorhänge, Gardinen und andere Gegenstände zur Innenausstattung: B. andere: B. 1. Bettgedecken und Steppdecken, Bettlaken, Bezüge für Kopfkissen und Keil- kissen, Überzüge für Matratzen sowie Hand- oder Badetücher, aus reiner Baum- wolle und ohne Stickereien, Netzstoffe, Spitzen oder Spitzennachahmungen 2. andere

Nummer des Zolltarifs des Vereinigten König- reichs am 1. 1. 1972	Warenbezeichnung
62.03	Säcke und Beutel zu Verpackungszwecken: B. andere: 2. andere: b) andere
62.05	Andere konfektionierte Waren aus Geweben, einschließlich Schnittmuster zum Her- stellen von Bekleidung: B. andere
67.01	Vogelbälge und andere Vogelteile mit ihren Federn oder Daunen, Federn, Teile von Federn, Daunen und Waren daraus (ausgenommen Waren der Tarifnr. 05.07 und bearbeitete Federspulen und -kiele)
68.01	Pflastersteine, Bordsteine und Pflasterplatten aus Naturstein (ausgenommen Schiefer): B. Pflasterplatten aus Granit
79.01	Rohzink; Bearbeitungsabfälle und Schrott, aus Zink: A. Zink, außer Zinklegierungen
97.06	Geräte für Freiluftspiele, Leichtathletik, Gymnastik und andere Sportarten, aus- genommen Waren der Tarifnr. 97.04: B. Tennisschläger mit einem Gewicht über 255 g C. Tennisschläger ohne Bespannung D. andere
97.07	Angelhaken, Angelgeräte; Handnetze zum Landen von Fischen, Schmetterlingsnetze; Lockvögel, Lerchenspiegel und ähnliche Jagdgeräte

Anhang V

Liste zu Artikel 107 der Beitrittsakte

A. Saat- und Pflanzgutrecht

1. **Richtlinie Nr. 66/400/EWG** des Rates vom 14. Juni 1966
ABl. Nr. 125/2290 vom 11. Juli 1966

geändert durch:

— Richtlinie Nr. 69/61/EWG des Rates vom 18. Februar 1969

ABl. Nr. L 48/4 vom 26. Februar 1969

— Richtlinie Nr. 71/162/EWG des Rates vom 30. März 1971

ABl. Nr. L 87/24 vom 17. April 1971

a) Auf die neuen Mitgliedstaaten finden bis zum 30. Juni 1977 gleiche Bestimmungen Anwendung, wie sie in Artikel 2 Absatz 2 der vorgenannten Richtlinie vorgesehen sind.

b) Im Falle der neuen Mitgliedstaaten sind die nach Maßgabe der genannten Richtlinie geänderten Rechts- und Verwaltungsvorschriften, mit Ausnahme der zur Durchführung von Artikel 14 Absatz 1 dieser Richtlinie erforderlichen, wie folgt anwendbar:

— die Vorschriften über Basissaatgut spätestens am 1. Juli 1974;

— die übrigen Vorschriften am 1. Juli 1976.

2. **Richtlinie Nr. 66/401/EWG** des Rates vom 14. Juni 1966
ABl. Nr. 125/2298 vom 11. Juli 1966

geändert durch:

— Richtlinie Nr. 69/63/EWG des Rates vom 18. Februar 1969

ABl. Nr. L 48/8 vom 26. Februar 1969

— Richtlinie Nr. 71/162/EWG des Rates vom 30. März 1971

ABl. Nr. L 87/24 vom 17. April 1971

a) Auf die neuen Mitgliedstaaten finden bis zum 30. Juni 1977 gleiche Bestimmungen Anwendung, wie sie in Artikel 2 Absatz 2 der vorgenannten Richtlinie vorgesehen sind.

b) Im Falle der neuen Mitgliedstaaten sind die nach Maßgabe der genannten Richtlinie geänderten Rechts- und Verwaltungsvorschriften, mit Ausnahme der zur Durchführung von Artikel 14 Absatz 1 dieser Richtlinie erforderlichen, wie folgt anwendbar:

— die Vorschriften über Basissaatgut spätestens am 1. Juli 1974;

— die übrigen Vorschriften am 1. Juli 1976.

3. **Richtlinie Nr. 66/402/EWG** des Rates vom 14. Juni 1966
ABl. Nr. 125/2309 vom 11. Juli 1966

geändert durch:

— Richtlinie Nr. 69/60/EWG des Rates vom 18. Februar 1969

ABl. Nr. L 48/1 vom 26. Februar 1969

— Richtlinie Nr. 71/162/EWG des Rates vom 30. März 1971

ABl. Nr. L 87/24 vom 17. April 1971

a) Auf die neuen Mitgliedstaaten finden bis zum 30. Juni 1976 gleiche Bestimmungen Anwendung, wie sie in Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe c der vorgenannten Richtlinie vorgesehen sind.

b) Im Falle der neuen Mitgliedstaaten sind die nach Maßgabe der genannten Richtlinie geänderten

Rechts- und Verwaltungsvorschriften, mit Ausnahme der zur Durchführung von Artikel 14 Absatz 1 dieser Richtlinie erforderlichen, wie folgt anwendbar:

— die Vorschriften über Basissaatgut spätestens am 1. Juli 1974;

— die übrigen Vorschriften am 1. Juli 1976.

4. **Richtlinie Nr. 66/403/EWG** des Rates vom 14. Juni 1966
ABl. Nr. 125/2320 vom 11. Juli 1966

geändert durch:

— Richtlinie Nr. 69/62/EWG des Rates vom 18. Februar 1969

ABl. Nr. L 48/7 vom 26. Februar 1969

— Richtlinie Nr. 71/162/EWG des Rates vom 30. März 1971

ABl. Nr. L 87/24 vom 17. April 1971

a) Auf die neuen Mitgliedstaaten finden bis zum 30. Juni 1975 gleiche Bestimmungen Anwendung, wie sie in Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe a der vorgenannten Richtlinie vorgesehen sind.

b) Im Falle der neuen Mitgliedstaaten sind die nach Maßgabe der genannten Richtlinie geänderten Rechts- und Verwaltungsvorschriften, mit Ausnahme der zur Durchführung von Artikel 13 Absatz 1 dieser Richtlinie erforderlichen, wie folgt anwendbar:

— die Vorschriften über Basispflanzgut spätestens am 1. Juli 1974;

— die übrigen Vorschriften am 1. Juli 1976.

5. **Richtlinie Nr. 69/208/EWG** des Rates vom 30. Juni 1969
ABl. Nr. L 169/3 vom 10. Juli 1969

geändert durch:

— Richtlinie Nr. 71/162/EWG des Rates vom 30. März 1971

ABl. Nr. L 87/24 vom 17. April 1971

a) Auf die neuen Mitgliedstaaten finden bis zum 30. Juni 1976 gleiche Bestimmungen Anwendung, wie sie in Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe a der vorgenannten Richtlinie vorgesehen sind.

b) Im Falle der neuen Mitgliedstaaten sind die nach Maßgabe der genannten Richtlinie geänderten Rechts- und Verwaltungsvorschriften, mit Ausnahme der zur Durchführung von Artikel 13 Absatz 1 dieser Richtlinie erforderlichen, wie folgt anwendbar:

— die Vorschriften über Basissaatgut spätestens am 1. Juli 1974;

— die übrigen Vorschriften am 1. Juli 1976.

6. **Richtlinie Nr. 70/458/EWG** des Rates vom 29. September 1970

ABl. Nr. L 225/7 vom 12. Oktober 1970

geändert durch:

— Richtlinie Nr. 71/162/EWG des Rates vom 30. März 1971

ABl. Nr. L 87/24 vom 17. April 1971

Auf die neuen Mitgliedstaaten finden bis zum 30. Juni 1976 gleiche Bestimmungen Anwendung, wie sie in Artikel 2 Absatz 2 der vorgenannten Richtlinie vorgesehen sind.

7. **Richtlinie Nr. 66/404/EWG** des Rates vom 14. Juni 1966
ABl. Nr. 125/2326 vom 11. Juli 1966

geändert durch:

— Richtlinie Nr. 69/64/EWG des Rates vom 18. Februar 1969

ABl. Nr. L 48/12 vom 26. Februar 1969

- a) Auf die neuen Mitgliedstaaten finden bis zum 1. Juli 1975 gleiche Bestimmungen Anwendung, wie sie in Artikel 18 Absatz 2 der vorgenannten Richtlinie vorgesehen sind.
- b) Auf die neuen Mitgliedstaaten finden bis zum 1. Juli 1977 gleiche Bestimmungen Anwendung, wie sie in Artikel 18 Absatz 3 der genannten Richtlinie vorgesehen sind.

B. Futtermittelrecht

Richtlinie Nr. 70/524/EWG des Rates vom 23. November 1970

ABl. Nr. L 270/1 vom 14. Dezember 1970

Die neuen Mitgliedstaaten können bis zum 31. Dezember 1977 die zum Zeitpunkt des Beitritts bestehenden einzelstaatlichen Regelungen beibehalten, nach denen bei der Tierernährung die Verwendung folgender Zusätze in Futtermitteln untersagt ist:

- E 701 Tetracyclin
- E 702 Chlortetracyclin
- E 703 Oxytetracyclin
- E 704 Oleandomyzin
- E 705 Penicillin G — Kalium
- E 706 Penicillin G — Natrium
- E 707 Penicillin G — Prokain
- E 708 Penicillin G — Benzathen
- E 709 Penicillin G — Streptomycin
- E 710 Spiramycin

E 711 Virginiamyzin

E 712 Flavophospholipol

Nach Ablauf dieser Frist ist die Verwendung dieser Zusätze unter den in der Richtlinie vorgesehenen Bedingungen gestattet, sofern nicht nach dem Verfahren der Artikel 43 und 100 des EWG-Vertrags ein Beschluß zur Berücksichtigung der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung gefaßt worden ist, wonach diese Zusätze von den Anhängen der Richtlinie ausgeschlossen werden.

Diese Ausnahmeregelung darf auf die Durchführung der Richtlinie keine sonstige Wirkung haben.

C. Strukturhebungen

Richtlinie Nr. 68/161/EWG des Rates vom 27. März 1968

ABl. Nr. L 76/13 vom 28. März 1968

berichtigt durch:

— Berichtigung zu der Richtlinie Nr. 68/161/EWG des Rates vom 27. März 1968

ABl. Nr. L 132/15 vom 14. Juni 1968

- a) Das Vereinigte Königreich kann bis zum 1. Dezember 1973 die Erhebungen über die Schweinebestände in Abständen von drei Monaten durchführen.
- b) Irland kann bis zum 1. Dezember 1973 Erhebungen über Schweine nach dem Alter durchführen.

D. Sonstiges

Verordnung (EWG) Nr. 2513/69 des Rates vom 9. Dezember 1969

ABl. Nr. L 318/6 vom 18. Dezember 1969

Das Vereinigte Königreich kann bis zum Ablauf der Geltungsdauer der in Artikel 115 der Beitrittsakte vorgesehenen Regelung die mengenmäßigen Beschränkungen für Pampelmusen aufrechterhalten, die es am 1. Januar 1972 anwandte.

Anhang VI

Liste

der Länder im Sinne des Artikels 109 der Beitrittsakte sowie des Protokolls Nr. 22

Barbados
Botsuana
Fidschi
Gambia
Ghana
Guyana
Jamaika
Kenia
Lesotho
Malawi

Mauritius
Nigeria
Sambia
Sierra Leone
Swasiland
Tansania
Tonga
Trinidad und Tobago
Uganda
West-Samoa

Anhang VII

Liste
zu Artikel 133 der Beitrittsakte

I. Zollrecht

1. **Richtlinie Nr. 69/73/EWG** des Rates vom 4. März 1969
ABl. Nr. L 58/1 vom 8. März 1969
 - a) Das Vereinigte Königreich trifft die erforderlichen Maßnahmen, um den Bestimmungen der Richtlinie, mit Ausnahme des Artikels 5 und der Artikel 15 bis 18, spätestens am 1. Januar 1975 nachzukommen.
 - b) Werden dadurch jedoch die Wettbewerbsbedingungen beeinträchtigt, und zwar insbesondere infolge unterschiedlicher Ausbeutesätze, so werden im Rahmen des in dieser Richtlinie vorgesehenen Verfahrens geeignete Maßnahmen getroffen, um Abhilfe zu schaffen.
2. **Richtlinie Nr. 69/76/EWG** des Rates vom 4. März 1969
ABl. Nr. L 58/14 vom 8. März 1969
Dänemark kann bis zum 31. Dezember 1974 von der gleichen Möglichkeit Gebrauch machen, wie sie in Artikel 2 Absatz 3 vorgesehen ist.
3. **Richtlinie Nr. 69/73/EWG** des Rates vom 4. März 1969
ABl. Nr. L 58/1 vom 8. März 1969
4. **Richtlinie Nr. 69/76/EWG** des Rates vom 4. März 1969
ABl. Nr. L 58/14 vom 8. März 1969
Diese Richtlinien finden in den neuen Mitgliedstaaten bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die in Artikel 38 Absatz 3 der Beitrittsakte vorgesehene Entscheidung der Kommission ergeht, nicht auf Finanzzölle Anwendung.

II. Arzneimittel

Richtlinie Nr. 65/65/EWG des Rates vom 26. Januar 1965
ABl. Nr. 22/369 vom 9. Februar 1965

Die neuen Mitgliedstaaten wenden schrittweise, spätestens jedoch am 1. Januar 1978, die in dieser Richtlinie vorgesehene Regelung auf Spezialitäten an, für die die Genehmigung für das Inverkehrbringen vor dem Beitritt erteilt wurde.

III. Verkehr

1. **Verordnung (EWG) Nr. 543/69** des Rates vom 25. März 1969
ABl. Nr. L 77/49 vom 29. März 1969
Die Anwendung dieser Verordnung auf den innerstaatlichen Verkehr in den neuen Mitgliedstaaten wird aufgeschoben bis zum
 1. Januar 1976 im Falle Dänemarks,
 1. Januar 1976 im Falle Irlands,
 1. Januar 1976 im Falle des Vereinigten Königreichs.
2. **Verordnung (EWG) Nr. 1191/69** des Rates vom 26. Juni 1969
ABl. Nr. L 156/1 vom 28. Juni 1969
Der in Artikel 6 Absatz 3 Unterabsatz 2 und in Artikel 9 Absatz 2 Unterabsatz 1 vorgesehene Anspruch auf Ausgleich besteht in Irland und im Vereinigten Königreich ab 1. Januar 1974.

3. **Verordnung (EWG) Nr. 1107/70** des Rates vom 4. Juni 1970
ABl. Nr. L 130/1 vom 15. Juni 1970
Im Falle Irlands und des Vereinigten Königreichs wird die Kommission über die in Artikel 5 Absatz 2 genannten Beihilfen zu Beginn des Jahres 1974 unterrichtet.
4. **Verordnung (EWG) Nr. 1463/70** des Rates vom 20. Juli 1970
ABl. Nr. L 164/1 vom 27. Juli 1970
Auf Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich finden ab 1. Januar 1976 gleiche Bestimmungen Anwendung, wie sie in Artikel 4 Absatz 1 vorgesehen sind.
5. **Entscheidung Nr. 70/108/EWG** des Rates vom 27. Januar 1970
ABl. Nr. L 23/24 vom 30. Januar 1970
Auf Dänemark finden ab 1. Januar 1974 gleiche Bestimmungen Anwendung, wie sie in Artikel 1 Absatz 5 vorgesehen sind.

IV. Wettbewerb

Verordnung (EWG) Nr. 1017/68 des Rates vom 19. Juli 1968
ABl. Nr. L 175/1 vom 23. Juli 1968
Im Falle des Vereinigten Königreichs gilt das Verbot des Artikels 2 dieser Verordnung ab 1. Juli 1973 für die zur Zeit des Beitritts bestehenden Vereinbarungen, Beschlüsse und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen, die infolge des Beitritts dem Verbot unterliegen.

V. Steuerrecht

1. **Richtlinie Nr. 69/169/EWG** des Rates vom 28. Mai 1969
ABl. Nr. L 133/6 vom 4. Juni 1969
 - a) Dänemark kann bis zum 31. Dezember 1975 folgende Waren von der Umsatz- und Sonderverbrauchssteuerfreiheit ausschließen:
 - Tabakwaren;
 - alkoholische Getränke: destillierte Getränke und Spirituosen mit einem Alkoholgehalt von mehr als 22°;
 - Bier bei einer Menge von mehr als 2 Litern.
 - b) Die Regeln, die Dänemark aufgrund dieser Möglichkeit im Reiseverkehr aus dritten Ländern anwendet, dürfen nicht günstiger sein als die Regeln im Reiseverkehr zwischen den Mitgliedstaaten.
 - c) Vor Ablauf der genannten Frist entscheidet der Rat nach dem Verfahren des Artikels 100 des EWG-Vertrags, ob und inwieweit eine Verlängerung dieser Ausnahmeregelung erforderlich ist; dabei werden der Stand der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion und insbesondere der Fortschritt der Steuerharmonisierung berücksichtigt.
 - d) Die vorstehenden Bestimmungen berühren nicht die Durchführung des Artikels 32 Absatz 2 Buchstabe c der Beitrittsakte.

2. **Richtlinie Nr. 69/335/EWG** des Rates vom 17. Juli 1969
ABl. Nr. L 249/25 vom 3. Oktober 1969

Für den Fall, daß die Arbeiten betreffend die Erweiterung des Anwendungsbereichs des Artikels 7 Absatz 1 Buchstabe b nicht vor dem Beitritt abgeschlossen sind, treffen Irland und das Vereinigte Königreich die erforderlichen Maßnahmen, um Artikel 7 Absatz 1 spätestens am 1. Januar 1974 nachzukommen.

VI. Handelspolitik

1. **Verordnung (EWG) Nr. 459/68** des Rates vom 5. April 1968

ABl. Nr. L 93/1 vom 17. April 1968

Auf Irland, Norwegen und das Vereinigte Königreich findet bis zum 30. Juni 1977 die gleiche Bestimmung Anwendung, wie sie in Artikel 26 vorgesehen ist.

2. **Verordnung (EWG) Nr. 2603/69** des Rates vom 20. Dezember 1969

ABl. Nr. L 324/25 vom 27. Dezember 1969

Vorbehaltlich der von der Gemeinschaft geschlossenen oder noch zu schließenden Abkommen hat Irland bis zum 30. Juni 1975 die Möglichkeit, gegenüber den Drittländern mengenmäßige Beschränkungen der irischen Ausfuhren für folgende Erzeugnisse beizubehalten:

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung
44.01	Brennholz in Form von Rundlingen, Scheiten, Zweigen oder Reisigbündeln; Holzabfälle, einschließlich Sägespäne
44.03	Rohholz, auch entrindet oder nur grob zugerichtet
44.04	Holz, vierseitig oder zweiseitig grob zugerichtet, aber nicht weiterbearbeitet
44.05	Holz, in der Längsrichtung gesägt, gemessert oder rundgeschält, aber nicht weiterbearbeitet, mit einer Dicke von mehr als 5 mm

3. **Verordnung (EWG) Nr. 109/70** des Rates vom 19. Dezember 1969

ABl. Nr. L 19/1 vom 26. Januar 1970

geändert durch:

Verordnung (EWG) Nr. 1492/70 des Rates vom 20. Juli 1970

ABl. Nr. L 166/1 vom 29. Juli 1970

Verordnung (EWG) Nr. 2172/70 des Rates vom 27. Oktober 1970

ABl. Nr. L 239/1 vom 30. Oktober 1970; berichtigt
ABl. Nr. L 248/38 und Nr. L 17/12/71

Verordnung (EWG) Nr. 2567/70 des Rates vom 14. Dezember 1970

ABl. Nr. L 276/1 vom 21. Dezember 1970

Verordnung (EWG) Nr. 532/71 des Rates vom 8. März 1971

ABl. Nr. L 60/1 vom 13. März 1971

Verordnung (EWG) Nr. 725/71 des Rates vom 30. März 1971

ABl. Nr. L 80/4 vom 5. April 1971

Verordnung (EWG) Nr. 1073/71 des Rates vom 25. Mai 1971

ABl. Nr. L 119/1 vom 1. Juni 1971

Verordnung (EWG) Nr. 1074/71 des Rates vom 25. Mai 1971

ABl. Nr. L 119/35 vom 1. Juni 1971

Verordnung (EWG) Nr. 2385/71 des Rates vom 8. November 1971

ABl. Nr. L 249/3 vom 10. November 1971

Verordnung (EWG) Nr. 2386/71 des Rates vom 8. November 1971

ABl. Nr. L 249/12 vom 10. November 1971

Verordnung (EWG) Nr. 2406/71 des Rates vom 9. November 1971

ABl. Nr. L 250/1 vom 11. November 1971

Verordnung (EWG) Nr. 2407/71 des Rates vom 9. November 1971

ABl. Nr. L 250/7 vom 11. November 1971; berichtigt
ABl. Nr. L 264/54

a) Vorbehaltlich der Bestimmungen des Systems allgemeiner Präferenzen der Gemeinschaft, welche die neuen Mitgliedstaaten ab 1. Januar 1974 anwenden, und vorbehaltlich der von der Gemeinschaft geschlossenen und noch zu schließenden Abkommen kann das Vereinigte Königreich bis zum 31. Dezember 1974 mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen für die nachstehend aufgeführten Erzeugnisse beibehalten:

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung
ex 52.01	Metallfäden in Verbindung mit Garnen aus Baumwolle (Metallgarne), einschließlich mit Metallfäden umspinnene Garne aus Baumwolle; metallisierte Garne aus Baumwolle
ex 52.02	Gewebe aus Metallfäden, Gewebe aus Metallgarnen oder aus metallisierten Garnen der Tarifnummer 52.01, in Verbindung mit Garnen aus Baumwolle, zur Bekleidung, Innenausstattung oder zu ähnlichen Zwecken
ex 59.09	Gewebe, teilweise oder ganz aus Baumwolle, geölt oder mit einem Überzug auf der Grundlage von Öl versehen

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung
ex 59.11	kautschutierte Gewebe, ausgenommen Gewirke, aus Baumwolle
ex 59.14	gewebte, geflochtene oder gewirkte Dochte aus Baumwolle für Lampen, Kocher, Kerzen und dergleichen
ex 59.15	Pumpenschläuche und ähnliche Schläuche, teilweise oder ganz aus Baumwolle
ex 59.17	technische Gewebe und Gegenstände des technischen Bedarfs, aus Baumwolle
ex 61.08	Kragen, Hemdeinsätze, Bluseneinsätze, Jabots, Manschetten und ähnliche Putzwaren für Ober- und Unterkleidung für Frauen und Mädchen, aus Baumwolle
ex 65.02	Hutstumpen oder Hutrohlinge, geflochten oder durch Verbindung geflochtener, gewebter oder anderer Streifen hergestellt, aus Stoffen aller Art, nicht geformt; außer Stumpen für Panamahüte
ex 65.04	Hüte und andere Kopfbedeckungen, geflochten oder durch Verbindung geflochtener, gewebter oder anderer Streifen hergestellt, aus Stoffen aller Art, ausgestattet oder nicht ausgestattet; außer Stumpen für Panamahüte
65.07	Bänder zur Innenausrüstung, Innenfutter, Bezüge, Gestelle (einschließlich Federgestelle für Klapphüte), Schirme und Kinnbänder, für Kopfbedeckungen

b) Vorbehaltlich der Bestimmungen des Systems allgemeiner Präferenzen der Gemeinschaft, welche die neuen Mitgliedstaaten ab 1. Januar 1974 anwenden, und vorbehaltlich der von der Gemeinschaft geschlossenen oder noch zu schließenden Abkommen

kann das Vereinigte Königreich bis spätestens 31. Dezember 1977 mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen für die nachstehend aufgeführten Erzeugnisse beibehalten:

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung
ex 39.07	Handschuhe aus Stoffen der Tarifnrn. 39.01 bis 39.06
ex 40.13	Handschuhe aus Weichkautschuk, zu allen Zwecken
ex 43.03	Handschuhe aus Pelzfellen
ex 43.04	Handschuhe aus künstlichem Pelzwerk

Es finden jedoch jährlich Konsultationen zwischen der Kommission und dem Vereinigten Königreich statt, um zu prüfen, ob die genannte Frist verkürzt werden kann.

c) Vorbehaltlich der Bestimmungen des Systems allgemeiner Präferenzen der Gemeinschaft, welche die

neuen Mitgliedstaaten ab 1. Januar 1974 anwenden, und vorbehaltlich der von der Gemeinschaft geschlossenen oder noch zu schließenden Abkommen können Irland und das Vereinigte Königreich bis spätestens 31. Dezember 1975 mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen für die nachstehend aufgeführten Erzeugnisse beibehalten:

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung
54.03	Leinengarne und Ramiegarne, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
54.04	Leinengarne und Ramiegarne, in Aufmachungen für den Einzelverkauf

Falls erforderlich, kann diese Frist vom Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission bis spätestens 31. Dezember 1977 verlängert werden.

d) Vorbehaltlich der Bestimmungen des Systems allgemeiner Präferenzen der Gemeinschaft, welche die neuen Mitgliedstaaten ab 1. Januar 1974 anwenden, und vorbehaltlich der von der Gemeinschaft geschlossenen oder noch zu schließenden Abkommen kann Irland gegenüber

der Tschechoslowakei
Rumänien
der Volksrepublik China
Ungarn
Bulgarien
Polen
der UdSSR

bis spätestens 30. Juni 1977 mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen für die nachstehend aufgeführten Erzeugnisse beibehalten:

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung
ex 59.09	Wachstuch und andere geölte oder mit einem Überzug auf der Grundlage von Öl versehene Gewebe: — Wachstuch und Ledertuch mit einer Breite von über 4" — andere Gewebe
ex 59.11	Kautschutierte Gewebe, ausgenommen Gewirke: — Ledertuch mit einer Breite von über 4" — bedruckte, bemalte oder geprägte Gewebe — andere Gewebe, mit einer Breite von mindestens 30 cm (außer Geweben, die mindestens 33⅓ Gewichtshundertteile Gummi enthalten, außer planenartigen Geweben) — andere, über 60 Gewichtshundertteile Baumwolle enthaltende Gewebe (außer Geweben, die mindestens 33⅓ Gewichtshundertteile Gummi enthalten, außer planenartigen Geweben)
ex 61.08	Kragen, Hemdeinsätze, Bluseneinsätze, Jabots, Manschetten und ähnliche Putzwaren für Ober- und Unterkleidung für Frauen und Mädchen, aus Baumwolle
ex 62.01	Decken, ausgenommen Reisedecken

Spätestens ab 1. Januar 1975 wird diese Frist jedoch bei jährlichen Konsultationen zwischen der Kommission und Irland geprüft und, falls möglich, verkürzt, wobei insbesondere die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen der Gemeinschaft und den Hauptlieferländern für die betreffenden Erzeugnisse berücksichtigt werden.

4. **Verordnung (EWG) Nr. 1025/70** des Rates vom 25. Mai 1970

ABl. Nr. L 124/6 vom 8. Juni 1970

geändert durch:

— **Verordnung (EWG) Nr. 1984/70** des Rates vom 29. September 1970

ABl. Nr. L 218/1 vom 3. Oktober 1970

— **Verordnung (EWG) Nr. 724/71** des Rates vom 30. März 1971

ABl. Nr. L 80/3 vom 5. April 1971

— **Verordnung (EWG) Nr. 1080/71** des Rates vom 25. Mai 1971

ABl. Nr. L 116/8 vom 28. Mai 1971

— **Verordnung (EWG) Nr. 1429/71** des Rates vom 2. Juli 1971

ABl. Nr. L 151/8 vom 7. Juli 1971

— **Verordnung (EWG) Nr. 2384/71** des Rates vom 8. November 1971

ABl. Nr. L 249/1 vom 10. November 1971

a) Bis zum Ablauf der in Artikel 115 der Beitrittsakte vorgesehenen Regelung kann das Vereinigte Königreich auf die nachstehend aufgeführten Erzeugnisse die mengenmäßigen Beschränkungen anwenden, die es am 1. Januar 1972 angewandt hat:

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung
08.02	Zitrusfrüchte, frisch oder getrocknet: D. Pampelmusen und Grapefruits
ex 20.03	Früchte, gefroren, mit Zusatz von Zucker: — Pampelmusen und Grapefruits
<p>b) Vorbehaltlich der Bestimmungen des Systems allgemeiner Präferenzen der Gemeinschaft, welche die neuen Mitgliedstaaten ab 1. Januar 1974 anwenden, und vorbehaltlich der von der Gemeinschaft geschlossenen oder noch zu schließenden Abkommen kann Irland gegenüber</p> <p>Japan Indien Malaysia</p>	<p>Macau Hongkong der Republik China (Formosa) Pakistan Jugoslawien</p> <p>bis spätestens 30. Juni 1977 mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen für die nachstehend aufgeführten Erzeugnisse beibehalten:</p>

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung
ex 51.01	Synthetische und künstliche Spinnfäden, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf, ausgenommen: — Spinnfäden ganz aus Viskose, Acetat oder Cupra — Spinnfäden, die nicht texturiert, gefärbt, gefacht, muliniert oder geschlichtet oder einer ähnlichen Bearbeitung unterzogen wurden und weder auf Spulen noch auf Kreuzspulen aufgerollt sind
54.05	Gewebe aus Flachs oder Ramie
55.05	Baumwollgarne, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf
55.06	Baumwollgarne, in Aufmachungen für den Einzelverkauf
55.07	Drehergewebe aus Baumwolle
ex 56.06	Garne aus synthetischen oder künstlichen Spinnfasern (oder aus Abfällen von synthetischen oder künstlichen Spinnstoffen), in Aufmachungen für den Einzelverkauf: — mit einem Anteil an Wolle, Tierhaaren, Baumwolle, Flachs oder Hanf
ex 57.06	Garne aus Jute oder anderen Textilien der Tarifnummer 57.03 — aus Jute
ex 59.07	Gewebe, mit Leim oder stärkehaltigen Zurichtestoffen bestrichen, Gewebe zum Einbinden von Büchern, zum Herstellen von Futteralen und anderen Kartonagen oder zu ähnlichen Zwecken; Pausleinwand; präparierte Malleinwand; Bougram und ähnliche Erzeugnisse für die Hutmacherei — Gewebe, ausgenommen gefärbtes Buchbinderleinen
ex 59.08	Gewebe, mit Zellosederivaten oder anderen Kunststoffen getränkt, bestrichen oder überzogen oder mit Lagen aus diesen Stoffen versehen: — Schrägbänder — andere, mit einer Breite von über 4"
ex 59.09	Wachstuch und andere geölte oder mit einem Überzug auf der Grundlage von Öl versehene Gewebe: — Wachstuch und Ledertuch mit einer Breite von über 4" — andere Gewebe
ex 59.11	Kautschutierte Gewebe, ausgenommen Gewirke: — Ledertuch mit einer Breite von über 4" — bedruckte, bemalte oder geprägte Gewebe — andere Gewebe mit einer Breite von mindestens 30 cm (ausgenommen Gewebe, die mindestens 33 1/3 Gewichtshundertteile Gummi enthalten, ausgenommen planenartige Gewebe) — andere, über 60 Gewichtshundertteile Baumwolle enthaltende Gewebe (ausgenommen Gewebe, die mindestens 33 1/3 Gewichtshundertteile Gummi enthalten, ausgenommen planenartige Gewebe)
ex 59.12	Andere Gewebe, getränkt oder bestrichen; bemalte Gewebe für Theaterdekorationen, Atelierhintergründe und dergleichen: — bedruckte, bemalte oder geprägte Gewebe (ausgenommen Gewirke) — Leinenbänder mit einer Breite von höchstens 2" und zwei echten Webekanten — Gewirke — andere Gewebe
ex 60.01	Gewirke als Meterware, weder gummielastisch noch kautschutiert, ausgenommen gehäkelte Stoffe
60.03	Strümpfe, Unterziehstrümpfe, Socken, Söckchen, Strumpfschoner und ähnliche Wirkwaren, weder gummielastisch noch kautschutiert
ex 60.04	Unterkleidung aus Gewirken, weder gummielastisch noch kautschutiert: — Strumpfhosen
ex 60.06	Gummielastische Gewirke und kautschutierte Gewirke, als Meterware, sowie Waren daraus (einschließlich Knieschützer und Gummistrümpfe), ausgenommen: — gummielastische Gewirke mit einer Breite von über 1" — kautschutierte Gewirke, gehäkelt — Waren aus gummielastischen oder kautschutierten Gewirken
61.07	Krawatten
61.08	Kragen, Hemdeinsätze, Bluseneinsätze, Jabots, Manschetten und ähnliche Putzwaren für Ober- und Unterkleidung für Frauen und Mädchen

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung
61.09	Korsette, Hüftgürtel, Mieder, Büstenhalter, Hosenträger, Strumpfhalter, Strumpfbänder, Sockenhalter und ähnliche Waren, aus Spinnstoffen, auch gewirkt, auch gummielastisch
61.10	Handschuhe, Strümpfe, Socken und Söckchen, nicht gewirkt
ex 61.11	Anderes konfektioniertes Bekleidungszubehör, z. B. Schweißblätter, Schulterpolster und andere Polster für Schneiderarbeiten, Gürtel, Muffe, Schutzärmel, ausgenommen Embleme, Abzeichen und Motive
62.01	Decken
ex 62.04	Planen, Segel, Markisen, Zelte und Zeltlagerausrüstungen: — Segel — Planen — Bodenplanen — Hängemattenhüllen — Markisen — Zelte — Schlafsäcke
ex 94.04	Sprungrahmen und Bettböden; Matratzen, ausgenommen aus Gummi; Sitzkissen; Kissen aus Polyurethan mit Schaum-, Schwamm- oder Zellstruktur; Steppdecken und Deckbetten; Bett- ausstattungen

Spätestens ab 1. Januar 1975 wird diese Frist jedoch bei jährlichen Konsultationen zwischen der Kommission und Irland geprüft und, falls möglich, verkürzt, wobei insbesondere die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen der Gemeinschaft und den Hauptlieferländern für die betreffenden Erzeugnisse berücksichtigt werden.

VII. Sozialpolitik

1. **Verordnung (EWG) Nr. 1612/68** des Rates vom 15. Oktober 1968
ABl. Nr. L 257/2 vom 19. Oktober 1968; berichtigt ABl. Nr. L 295/12
2. **Beschluß Nr. 68/359/EWG** des Rates vom 15. Oktober 1968
ABl. Nr. L 257/1 vom 19. Oktober 1968
3. **Richtlinie des Rates** vom 5. März 1962
ABl. Nr. 57/1650 vom 9. Juli 1962
4. **Richtlinie Nr. 68/360/EWG** des Rates vom 15. Oktober 1968
ABl. Nr. L 257/13 vom 19. Oktober 1968
Irland und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland können bis zum 31. Dezember 1977 die innerstaatlichen Bestimmungen beibehalten, wonach die Einwanderung von Staatsangehörigen der anderen Mitgliedstaaten nach Irland und Nordirland zur Ausübung einer unselbständigen Erwerbstätigkeit und/oder die Zulassung dieser Staatsangehörigen zu einer unselbständigen Erwerbstätigkeit in Irland und in Nordirland einer vorherigen Genehmigung bedarf.
5. **Verordnung (EWG) Nr. 1408/71** des Rates vom 14. Juni 1971
ABl. Nr. L 149/2 vom 5. Juli 1971
Irland kann während eines Zeitraums von längstens fünf Jahren nach dem Zeitpunkt, von dem ab diese Verordnung in Irland anwendbar ist, die Zahlung der Leistungen bei Arbeitslosigkeit und im Rahmen beitragsfreier Systeme, die Leistungen bei Alter, an Wit-

wen, an Waisen und an blinde Personen mit Wohnsitz im Hoheitsgebiet Irlands vorbehalten, sofern die genannten Leistungen unter Rechtsvorschriften über die in Artikel 4 Absatz 1 genannten Zweige der sozialen Sicherheit fallen und in diesem Zeitraum für die Staatsangehörigen der ursprünglichen Mitgliedstaaten und der übrigen neuen Mitgliedstaaten sowie für Flüchtlinge und Staatenlose in Irland die gleiche Behandlung gewährleistet ist.

VIII. Technische Handelshemmnisse

- Richtlinie Nr. 71/307/EWG** des Rates vom 26. Juli 1971
ABl. Nr. L 185/16 vom 16. August 1971; berichtigt ABl. Nr. L 244/80
- Dänemark und Norwegen wird eine Überleitungsfrist für die Einführung der neuen Bezeichnungen, die den Bezeichnungen in Artikel 5 Absatz 1 dieser Richtlinie entsprechen, eingeräumt; diese Frist endet am 31. Dezember 1974.
- ### IX. Lebensmittel
1. **Richtlinie des Rates** vom 23. Oktober 1962
ABl. Nr. 115/2645 vom 11. November 1962
geändert durch:
Richtlinie Nr. 65/469/EWG des Rates vom 25. Oktober 1965
ABl. Nr. 178/2793 vom 26. Oktober 1965
Richtlinie Nr. 67/653/EWG des Rates vom 24. Oktober 1967
ABl. Nr. 263/4 vom 30. Oktober 1967
Richtlinie Nr. 68/419/EWG des Rates vom 20. Dezember 1968
ABl. Nr. L 309/24 vom 24. Dezember 1968
Richtlinie Nr. 70/358/EWG des Rates vom 13. Juli 1970
ABl. Nr. L 157/36 vom 18. Juli 1970
 1. Die neuen Mitgliedstaaten können bis zum 31. Dezember 1977 die zum Zeitpunkt des Beitritts bestehenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften beibehalten, nach denen die Verwendung folgender Stoffe zulässig ist:

- a) der unter Nummer 2 aufgeführten färbenden Stoffe in Lebensmitteln;
- b) der folgenden Erzeugnisse zur Verdünnung oder Lösung färbender Stoffe:
 - Äthylazetat
 - Diäthylester
 - Glyzerinmonoazetat
 - Glyzerindiazetat
 - Glyzerintriazetat
 - Isopropylalkohol
 - Propylglykol (1,2 Propendiol)
 - Essigsäure
 - Natriumhydroxyd, Ammoniumhydroxyd

Der Rat kann vor dem 31. Dezember 1977 nach dem Verfahren des Artikels 100 des EWG-Vertrags über

einen Vorschlag entscheiden, der die Aufnahme folgender Stoffe vorsieht:

- a) der in Unterabsatz 1 Buchstabe a genannten Stoffe in die Liste des Anhangs I der betreffenden Richtlinie,
- b) der in Unterabsatz 1 Buchstabe b genannten Stoffe in die Liste des Artikels 6 dieser Richtlinie.

Die Aufnahme dieser Stoffe in die Listen des Anhangs I beziehungsweise des Artikels 6 kann nur beschlossen werden, wenn die wissenschaftliche Forschung ihre Unschädlichkeit für die menschliche Gesundheit nachgewiesen hat und wenn ihre Verwendung wirtschaftlich erforderlich ist.

- 2. Bei den färbenden Stoffen für die Färbung in der Masse und an der Oberfläche nach Absatz 1 Buchstabe a handelt es sich um folgende:

Übliche Bezeichnung	Schultz	C.I.	DFG	Chemische Bezeichnung oder Beschreibung
Violett, sauer 6 B	805	(697) 42.640		Mononatriumverbindung der 4— [4 — (N — Aethyl — p sulfobenzylamino)-phenyl] — [4 (N — Aethyl — p sulfoniumbenzylamino)-phenyl]-methylen (N,N — dimethyl — Δ 2,5-zyklohexadien — imins)
Braun FK				eine Mischung, die hauptsächlich die Dinatriumverbindung des 1,3-diamino-4,6-Di-(p-sulfophenylazo) benzens und die Natriumverbindung des 2,4-diamino-5-(p-sulfophenylazo) Toluols enthält
Schokoladenbraun FB				durch Kupplung der diazotierten Naphthionsäure mit einem Gemisch aus Morin (C. I. 75.660) und Machurin (C. I. 75.240) gewonnenes Erzeugnis
Schokoladenbraun HT	—	20.285		Dinatriumverbindung der 4,4' — [[2,4 — Dihydroxy — 5 — (hydroxymethyl) — m — phenylen] bis (AZO)] Di — 1 — naphthalensulfonsäure
Orange G	39	(27) 16.230		Dinatriumverbindung der Phenylazo — 1 naphthol — 2 disulfonsäure — 6,8
Orange RN (Croceinorange)	36	15.970		Mononatriumverbindung der Phenylazonaphthol — 2 disulfonsäure — 6,8
Rot 2 G	40	18.050		Dinatriumverbindung der Azetamido — 5 hydroxy — 4 (phenylazo) — 3 naphthalen — 2,7 disulfonsäure
Brilliantblau FCF	770	(671) 42.090		Dinatriumverbindung des 4 — [4 — (N — Aethyl — p — sulfobenzylamino)-phenyl] — (2 — sulfoniumphenyl) — methylen — [1 (N-aethyl-N-p-sulfobenzyl) — Δ 2,5 —] — zyklohexadienimin
Gelb 2 G		18.965		Dinatriumverbindung des 1 — (2,5 — Dichlor — 4 — sulfophenyl) — 5 — hydroxy — 3 — methyl — 4 — p — sulfophenylazopyrazol
Titanbioxyd (E 171)	1.418	(1.264) 77.891		
Eisenoxyde und -hydroxyde (E 172)	1.428 1.429 1.470	77.489 77.491 77.492 77.499		
Ultraminblau	1.435	(1.290) 77.007		Verbindung von Aluminium, Natrium, Kieselerde und Schwefel
Alkanna, Alkannin	1.382	(1.240) 75.520 75.530	140	Auszug aus der Wurzel von <i>Alcanna tinctoria</i>
Echtrot E	210	(182) 16.045		Dinatriumverbindung der (Sulfo — 4 naphthylazo-1) — 1 naphthol-2-sulfonsäure — 6

3. Die neuen Mitgliedstaaten können bis zum 31. Dezember 1975 die zum Zeitpunkt des Beitritts bestehenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften beibehalten, nach denen es verboten ist, Lebensmitteln folgende färbende Stoffe zuzusetzen:

E 103 Chrysoin S
 E 105 Echtgelb
 E 111 Orange GGN
 E 120 Cochenille
 E 121 Orseille, Orcein
 E 125 Scharlach GN
 E 126 Ponceau 6R

Nach Ablauf dieser Frist ist die Verwendung dieser Stoffe nach Maßgabe der Richtlinie zulässig, es sei denn, daß nach dem Verfahren des Artikels 100 des EWG-Vertrags ein Beschluß gefaßt worden ist, um der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung Rechnung zu tragen und diese Stoffe von Anhang I der Richtlinie auszuschließen.

4. Unbeschadet der vorgenannten Bestimmungen finden die gemäß dieser Richtlinie geänderten Rechtsvorschriften der neuen Mitgliedstaaten auf die in diesen Mitgliedstaaten an den Handel gelieferten Erzeugnisse spätestens am 1. Juli 1974 Anwendung.

2. **Richtlinie Nr. 64/54/EWG** des Rates vom 5. November 1963

ABl. Nr. 12/161 vom 27. Januar 1964; berichtigt ABl. S. 808/65

geändert durch:

Richtlinie Nr. 67/427/EWG des Rates vom 27. Juni 1967
 ABl. Nr. 148/1 vom 11. Juli 1967

Richtlinie Nr. 68/420/EWG des Rates vom 20. Dezember 1968

ABl. Nr. L 309/25 vom 24. Dezember 1968

Richtlinie Nr. 70/359/EWG des Rates vom 13. Juli 1970

ABl. Nr. L 157/38 vom 18. Juli 1970

Richtlinie Nr. 71/160/EWG des Rates vom 30. März 1971

ABl. Nr. L 87/12 vom 17. April 1971

1. Die neuen Mitgliedstaaten können bis zum 31. Dezember 1977 die zum Zeitpunkt des Beitritts bestehenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften für die Verwendung folgender Stoffe in Lebensmitteln beibehalten:

Ameisensäure
 Kaliumnitrit

Kaliumpropionat (Kaliumverbindung der Propionsäure)
 p-Hydroxybenzoesäure-n-methylester-Natriumverbindung
 und wäßrige Rauchlösung

Der Rat kann vor dem 31. Dezember 1977 nach dem Verfahren des Artikels 100 des EWG-Vertrags über einen Vorschlag entscheiden, der die Aufnahme der vorgenannten Stoffe in Artikel 3 der genannten Richtlinie vorsieht.

Die Aufnahme dieser Stoffe kann nur beschlossen werden, wenn die wissenschaftliche Forschung ihre Unschädlichkeit für die menschliche Gesundheit nachgewiesen hat und wenn ihre Verwendung wirtschaftlich erforderlich ist.

2. Unbeschadet der vorgenannten Bestimmungen finden die gemäß dieser Richtlinie geänderten Rechtsvorschriften der neuen Mitgliedstaaten auf die in diesen Mitgliedstaaten an den Handel gelieferten Erzeugnisse spätestens am 1. Juli 1974 Anwendung.

3. **Richtlinie Nr. 70/357/EWG** des Rates vom 13. Juli 1970
 ABl. Nr. L 157/31 vom 18. Juli 1970

1. Die neuen Mitgliedstaaten können bis zum 31. Dezember 1977 die zum Zeitpunkt des Beitritts bestehenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften für die Verwendung von Äthoxyquin, Natriumpyrophosphorsäure, Tetranatriumpyrophosphat, Kaliumpyrophosphat, Kalziumpyrophosphat, Natriumtripolyphosphat, Kaliumpolymetaphosphat, Natriummetaphosphat und Propylgallat in Lebensmitteln beibehalten.

Der Rat kann vor dem 31. Dezember 1977 nach dem Verfahren des Artikels 100 des EWG-Vertrags über einen Vorschlag entscheiden, der die Aufnahme der in Unterabsatz 1 genannten Stoffe in die Liste des Anhangs der betreffenden Richtlinie vorsieht.

Die Aufnahme dieser Stoffe in die Liste des Anhangs kann nur beschlossen werden, wenn die wissenschaftliche Forschung ihre Unschädlichkeit für die menschliche Gesundheit nachgewiesen hat und wenn ihre Verwendung wirtschaftlich erforderlich ist.

2. Unbeschadet der vorgenannten Bestimmungen finden die gemäß dieser Richtlinie geänderten Rechtsvorschriften der neuen Mitgliedstaaten auf die in diesen Mitgliedstaaten an den Handel gelieferten Erzeugnisse spätestens am 1. Juli 1974 Anwendung.

Anhang VIIIListe
zu Artikel 148 Absatz 1 der Beitrittsakte

- | | |
|--|---|
| <p>1. Ausschuß des Europäischen Sozialfonds
genannt in Artikel 124 des EWG-Vertrags</p> <p>2. Beratender Ausschuß für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer
eingesetzt durch die Verordnung Nr. 15 vom 16. August 1961
ABl. Nr. 57/1073 vom 26. August 1961
geändert durch:
— Verordnung Nr. 38/64 EWG des Rates vom 25. März 1964
ABl. Nr. 62/965 vom 17. April 1964
— Verordnung Nr. 1612/68/EWG des Rates vom 15. Oktober 1968
ABl. Nr. L 257/2 vom 19. Oktober 1968</p> | <p>3. Beratender Ausschuß für die Berufsausbildung
eingesetzt durch den Beschluß Nr. 63/266/EWG des Rates vom 2. April 1963
ABl. Nr. 63/1338 vom 20. April 1963</p> <p>4. Beratender Ausschuß für die soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer
eingesetzt durch die Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971
ABl. Nr. L 149/2 vom 5. Juli 1971</p> <p>5. Beirat der Versorgungsagentur
eingesetzt durch die Satzung der Agentur vom 6. November 1958
ABl. Nr. 27/534 vom 6. Dezember 1958</p> |
|--|---|

Anhang IXListe
zu Artikel 148 Absatz 2 der Beitrittsakte

- | | |
|--|---|
| <p>1. Paritätischer beratender Ausschuß für die sozialen Probleme der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer
eingesetzt durch den Beschluß Nr. 63/326/EWG der Kommission vom 7. Juni 1963
ABl. Nr. 80/1534 vom 29. Mai 1963</p> <p>2. Paritätischer beratender Ausschuß für die sozialen Probleme in der Seefischerei
eingesetzt durch den Beschluß Nr. 68/252/EWG der Kommission vom 7. Juni 1968
ABl. Nr. L 132/9 vom 14. Juni 1968</p> <p>3. Verkehrsausschuß
eingesetzt durch den Beschluß des Rates vom 15. September 1958
ABl. Nr. 25/509 vom 27. November 1958
geändert durch:
— Beschluß des Rates vom 22. Juni 1964
ABl. Nr. 102/1602 vom 29. Juni 1964</p> <p>4. Paritätischer beratender Ausschuß für die sozialen Probleme im Straßenverkehr
eingesetzt durch den Beschluß Nr. 65/362/EWG vom 5. Juli 1965
ABl. Nr. 130/2184 vom 16. Juli 1965</p> <p>5. Paritätischer beratender Ausschuß für die sozialen Probleme in der Binnenschifffahrt
eingesetzt durch den Beschluß Nr. 67/745/EWG der Kommission vom 28. November 1967
ABl. Nr. 297/13 vom 7. Dezember 1967</p> <p>6. Beratender Ausschuß für die sozialen Probleme im Eisenbahnverkehr (Dreierausschuß)</p> | <p>eingesetzt durch den Beschluß Nr. 71/122/EWG der Kommission vom 19. Februar 1971
ABl. Nr. L 57/22 vom 10. März 1971</p> <p>7. Schiedsausschuß
vorgesehen in Artikel 18 des EAG-Vertrags</p> <p>8. Beratender Ausschuß für Milch und Milcherzeugnisse
eingesetzt durch den Beschluß Nr. 64/435/EWG der Kommission vom 20. Juli 1964
ABl. Nr. 122/2049 vom 29. Juli 1964
geändert durch:
— Beschluß Nr. 70/290/EWG der Kommission vom 15. Mai 1970
ABl. Nr. L 121/24 vom 4. Juni 1970</p> <p>9. Beratender Ausschuß für Schweinefleisch
eingesetzt durch den Beschluß vom 18. Juli 1962
ABl. Nr. 72/2028 vom 8. August 1962
geändert durch:
— Beschluß Nr. 70/283/EWG der Kommission vom 15. Mai 1970
ABl. Nr. L 121/11 vom 4. Juni 1970</p> <p>10. Beratender Ausschuß für Rindfleisch
eingesetzt durch den Beschluß Nr. 64/434/EWG der Kommission vom 20. Juli 1964
ABl. Nr. 122/2047 vom 29. Juli 1964
geändert durch:
— Beschluß Nr. 70/288/EWG der Kommission vom 15. Mai 1970
ABl. Nr. L 121/20 vom 4. Juni 1970</p> |
|--|---|

11. Beratender Ausschuß für Geflügelfleisch und Eier

eingesetzt durch den Beschluß vom 18. Juli 1962
 ABl. Nr. 72/2030 vom 8. August 1962

geändert durch:

— Beschluß Nr. 70/291/EWG der Kommission vom
 15. Mai 1970
 ABl. Nr. L 121/26 vom 4. Juni 1970

12. Beratender Ausschuß für Getreide

eingesetzt durch den Beschluß vom 18. Juli 1962
 ABl. Nr. 72/2026 vom 8. August 1962

geändert durch:

— Beschluß Nr. 70/286/EWG der Kommission vom
 15. Mai 1970
 ABl. Nr. L 121/16 vom 4. Juni 1970

13. Fachgruppe „Reis“ des Beratenden Ausschusses für Getreide

eingesetzt durch den Beschluß Nr. 64/436/EWG der
 Kommission vom 20. Juli 1964
 ABl. Nr. 122/2051 vom 29. Juli 1964

geändert durch:

— Beschluß Nr. 70/285/EWG der Kommission vom
 15. Mai 1970
 ABl. Nr. L 121/14 vom 4. Juni 1970

14. Beratender Ausschuß für Fette

eingesetzt durch den Beschluß Nr. 67/388/EWG der
 Kommission vom 9. Juni 1967
 ABl. Nr. 119/2343 vom 20. Juni 1967

ersetzt durch:

— Beschluß Nr. 71/90/EWG der Kommission vom
 1. Februar 1971
 ABl. Nr. L 43/42 vom 22. Februar 1971

15. Beratender Ausschuß für Zucker

eingesetzt durch den Beschluß Nr. 69/146/EWG der
 Kommission vom 29. April 1969
 ABl. Nr. L 122/2 vom 22. Mai 1969

16. Beratender Ausschuß für Obst und Gemüse

eingesetzt durch den Beschluß vom 18. Juli 1962
 ABl. Nr. 72/2032 vom 8. August 1962

geändert durch:

— Beschluß Nr. 70/287/EWG der Kommission vom
 15. Mai 1970
 ABl. Nr. L 121/18 vom 4. Juni 1970

17. Beratender Ausschuß für Wein

eingesetzt durch den Beschluß vom 18. Juli 1962
 ABl. Nr. 72/2034 vom 8. August 1962

geändert durch:

— Beschluß Nr. 70/292/EWG der Kommission vom
 15. Mai 1970
 ABl. Nr. L 121/28 vom 4. Juni 1970

18. Beratender Ausschuß für lebende Pflanzen und Waren des Blumenhandels

eingesetzt durch den Beschluß Nr. 69/84/EWG der
 Kommission vom 25. Februar 1969
 ABl. Nr. L 68/8 vom 19. März 1969

geändert durch:

— Beschluß Nr. 70/289/EWG der Kommission vom
 15. Mai 1970
 ABl. Nr. L 121/22 vom 4. Juni 1970

19. Beratender Ausschuß für die Fischereiwirtschaft

eingesetzt durch den Beschluß Nr. 71/128/EWG der
 Kommission vom 25. Februar 1971
 ABl. Nr. L 68/18 vom 22. März 1971

20. Beratender Ausschuß für Rohtabak

eingesetzt durch den Beschluß Nr. 71/31/EWG der
 Kommission vom 22. Dezember 1970
 ABl. Nr. L 14/8 vom 18. Januar 1971

21. Beratender Ausschuß für Lein und Hanf

eingesetzt durch den Beschluß Nr. 71/32/EWG der
 Kommission vom 22. Dezember 1970
 ABl. Nr. L 14/11 vom 18. Januar 1971

22. Beratender Ausschuß für Fragen der landwirtschaftlichen Strukturpolitik

eingesetzt durch den Beschluß Nr. 64/488/EWG der
 Kommission vom 29. Juli 1964
 ABl. Nr. 134/2256 vom 20. August 1964; berichtigt
 ABl. S. 244/65

geändert durch:

— Beschluß Nr. 65/371/EWG der Kommission vom
 8. Juli 1965
 ABl. Nr. 132/2209 vom 20. Juli 1965

— Beschluß Nr. 71/79/EWG der Kommission vom
 26. Januar 1971
 ABl. Nr. L 32/15 vom 9. Februar 1971

23. Beratender Ausschuß für die sozialen Probleme der landwirtschaftlichen Betriebsleiter

eingesetzt durch den Beschluß Nr. 64/18/EWG der
 Kommission vom 19. Dezember 1963
 ABl. Nr. 2/25 vom 10. Januar 1964; berichtigt ABl.
 S. 1176/64

geändert durch:

— Beschluß Nr. 70/284/EWG der Kommission vom
 15. Mai 1970
 ABl. Nr. L 121/13 vom 4. Juni 1970

Anhang X

Liste
zu Artikel 150 der Beitrittsakte

I. Verkehr

1. **Verordnung Nr. 11** des Rates vom 27. Juni 1960
ABl. Nr. 52/1121 vom 16. August 1960
Irland: 1. Oktober 1973
Norwegen: 1. April 1973
Vereinigtes Königreich: 1. Oktober 1973
2. **Verordnung Nr. 141** des Rates vom 26. November 1962
ABl. Nr. 124/2751 vom 28. November 1962
Norwegen: 1. April 1973
3. **Verordnung Nr. 117/66/EWG** des Rates vom 28. Juli 1966
ABl. Nr. 147/2688 vom 9. August 1966
Irland: 1. Juli 1973
Norwegen: 1. April 1973
Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
4. **Verordnung (EWG) Nr. 1016/68** der Kommission vom 9. Juli 1968
ABl. Nr. L 173/8 vom 22. Juli 1968
Irland: 1. Juli 1973
Norwegen: 1. April 1973
Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
5. **Verordnung (EWG) Nr. 543/69** des Rates vom 25. März 1969
ABl. Nr. L 77/49 vom 29. März 1969
Irland: 1. April 1973
Norwegen: 1. April 1973
Vereinigtes Königreich: 1. April 1973
6. **Verordnung (EWG) Nr. 1191/69** des Rates vom 26. Juni 1969
ABl. Nr. L 156/1 vom 28. Juni 1969
Irland: 1. Januar 1974
Norwegen: 1. April 1973
Vereinigtes Königreich: 1. Januar 1974
7. **Verordnung (EWG) Nr. 1192/69** des Rates vom 26. Juni 1969
ABl. Nr. L 156/8 vom 28. Juni 1969
Irland: 1. Oktober 1973
Norwegen: 1. April 1973
Vereinigtes Königreich: 1. Oktober 1973
8. **Verordnung (EWG) Nr. 1107/70** des Rates vom 4. Juni 1970
ABl. Nr. L 130/1 vom 15. Juni 1970
Norwegen: 1. April 1973
9. **Verordnung (EWG) Nr. 1108/70** des Rates vom 4. Juni 1970
ABl. Nr. L 130/4 vom 15. Juni 1970
Dänemark: 1. Januar 1974
Irland: 1. Januar 1974
Norwegen: 1. April 1973
Vereinigtes Königreich: 1. Januar 1974
10. **Verordnung (EWG) Nr. 1463/70** des Rates vom 20. Juli 1970
ABl. Nr. L 164/1 vom 27. Juli 1970
Norwegen: 1. April 1973

11. **Verordnung (EWG) Nr. 2598/70** der Kommission vom 18. Dezember 1970
ABl. Nr. L 278/1 vom 23. Dezember 1970
Dänemark: 1. Januar 1974
Irland: 1. Januar 1974
Norwegen: 1. April 1973
Vereinigtes Königreich: 1. Januar 1974
12. **Verordnung (EWG) Nr. 281/71** der Kommission vom 9. Februar 1971
ABl. Nr. L 33/11 vom 10. Februar 1971
Dänemark: 1. Januar 1974
Norwegen: 1. April 1973
Vereinigtes Königreich: 1. Januar 1974

II. Handelspolitik

1. **Verordnung (EWG) Nr. 459/68** des Rates vom 5. April 1968
ABl. Nr. L 93/1 vom 17. April 1968
Norwegen: 1. April 1973
2. **Verordnung (EWG) Nr. 2603/69** des Rates vom 20. Dezember 1969
ABl. Nr. L 324/25 vom 27. Dezember 1969
Norwegen: 1. April 1973
3. **Verordnung (EWG) Nr. 109/70** des Rates vom 19. Dezember 1969
ABl. Nr. L 19/1 vom 26. Januar 1970
geändert durch:
— **Verordnung (EWG) Nr. 1492/70** des Rates vom 20. Juli 1970
ABl. Nr. L 166/1 vom 29. Juli 1970
— **Verordnung (EWG) Nr. 2172/70** des Rates vom 27. Oktober 1970
ABl. Nr. L 239/1 vom 30. Oktober 1970; berichtigt
ABl. Nr. L 248/38 und Nr. L 17/12/71
— **Verordnung (EWG) Nr. 2567/70** des Rates vom 14. Dezember 1970
ABl. Nr. L 276/1 vom 21. Dezember 1970
— **Verordnung (EWG) Nr. 532/71** des Rates vom 8. März 1971
ABl. Nr. L 60/1 vom 13. März 1971
— **Verordnung (EWG) Nr. 725/71** des Rates vom 30. März 1971
ABl. Nr. L 80/4 vom 5. April 1971
— **Verordnung (EWG) Nr. 1073/71** des Rates vom 25. Mai 1971
ABl. Nr. L 119/1 vom 1. Juni 1971
— **Verordnung (EWG) Nr. 1074/71** des Rates vom 25. Mai 1971
ABl. Nr. L 119/35 vom 1. Juni 1971
— **Verordnung (EWG) Nr. 2385/71** des Rates vom 8. November 1971
ABl. Nr. L 249/3 vom 10. November 1971
— **Verordnung (EWG) Nr. 2386/71** des Rates vom 8. November 1971
ABl. Nr. L 249/12 vom 10. November 1971
— **Verordnung (EWG) Nr. 2406/71** des Rates vom 9. November 1971
ABl. Nr. L 250/1 vom 11. November 1971

- Verordnung (EWG) Nr. 2407/71 des Rates vom 9. November 1971
 ABl. Nr. L 259/7 vom 11. November 1971; berichtigt
 ABl. Nr. L 264/54
- Norwegen: 1. April 1973
 Vereinigtes Königreich: 1. April 1973
4. **Verordnung (EWG) Nr. 1025/70** des Rates vom 25. Mai 1970
 ABl. Nr. L 124/6 vom 8. Juni 1970
- geändert durch:
 — Verordnung (EWG) Nr. 1984/70 des Rates vom 29. September 1970
 ABl. Nr. L 218/1 vom 3. Oktober 1970
- Verordnung (EWG) Nr. 724/71 des Rates vom 30. März 1971
 ABl. Nr. L 80/3 vom 5. April 1971
- Verordnung (EWG) Nr. 1080/71 des Rates vom 25. Mai 1971
 ABl. Nr. L 116/8 vom 28. Mai 1971
- Verordnung (EWG) Nr. 1429/71 des Rates vom 2. Juli 1971
 ABl. Nr. L 151/8 vom 7. Juli 1971
- Verordnung (EWG) Nr. 2384/71 des Rates vom 8. November 1971
 ABl. Nr. L 249/1 vom 10. November 1971
- Norwegen: 1. April 1973
 Vereinigtes Königreich: 1. April 1973
5. **Verordnung (EWG) Nr. 1023/70** des Rates vom 25. Mai 1970
 ABl. Nr. L 124/1 vom 8. Juni 1970
- Norwegen: 1. April 1973
 Vereinigtes Königreich: 1. April 1973
6. **Verordnung (EWG) Nr. 1471/70** des Rates vom 20. Juli 1970
 ABl. Nr. L 164/41 vom 27. Juli 1970
- Norwegen: 1. April 1973
7. **Beschluß vom 6. März 1953** der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen über das Ausfuhrverbot für Schrott
 Nicht veröffentlicht
- Norwegen: 1. April 1973
 Vereinigtes Königreich: 1. April 1973
8. **Beschluß vom 8. Oktober 1957** des Koordinierungsausschusses des Ministerrates über die Regelung für die Ausfuhr von wiederverwendbaren Erzeugnissen
 Nicht veröffentlicht
- Norwegen: 1. April 1973
 Vereinigtes Königreich: 1. April 1973
9. **Beschluß vom 18. Dezember 1958** des Koordinierungsausschusses des Ministerrates über die Regelung für die Ausfuhr von Schrott von legiertem Stahl
 Nicht veröffentlicht
- in Verbindung mit dem
10. **Beschluß vom 19. Dezember 1962** der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen über die Gleichstellung von Schrott von legiertem Stahl mit Bündeln von Abfall von legiertem Stahl der Tarifnummer 73.15 B I b 1 aa
 Nicht veröffentlicht
- Norwegen: 1. April 1973
 Vereinigtes Königreich: 1. April 1973
11. **Beschluß vom 2. März 1959** der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen über die Ausfuhr von Abwrackschrott
 Nicht veröffentlicht
- geändert durch:
 — Beschluß vom 15. Januar 1962 des Koordinierungsausschusses des Ministerrates
 Nicht veröffentlicht
- Norwegen: 1. April 1973
 Vereinigtes Königreich: 1. April 1973
12. **Beschluß vom 7. Oktober 1959** des Koordinierungsausschusses des Ministerrates betreffend die gemeinsame Liste der Erzeugnisse, auf die der Beschluß vom 8. Oktober 1957 der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen über die Regelung für die Ausfuhr von wiederverwendbaren Erzeugnissen anwendbar ist
 Nicht veröffentlicht
- Norwegen: 1. April 1973
 Vereinigtes Königreich: 1. April 1973
13. **Beschluß vom 26. Oktober 1961** der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen über die vom 1. Januar 1962 an anwendbare Regelung auf dem Gebiet der Ausfuhr von gebrauchten Schienen
 Nicht veröffentlicht
- Norwegen: 1. April 1973
 Vereinigtes Königreich: 1. April 1973

III. Sozialpolitik

1. **Verordnung (EWG) Nr. 1408/71** des Rates vom 14. Juni 1971
 ABl. Nr. L 149/2 vom 5. Juli 1971
- Dänemark: 1. April 1973
 Irland: 1. April 1973
 Norwegen: 1. April 1973
 Vereinigtes Königreich: 1. April 1973

IV. Euratom

1. **Beschluß des Rates vom 9. September 1961** über die Gewährung von Vorteilen an das gemeinsame Unternehmen „Société d'énergie nucléaire franco-belge des Ardennes (SENA)“ und über die Mitteilung von Kenntnissen durch dieses Unternehmen
 Nicht veröffentlicht
- Vereinigtes Königreich: 1. April 1973
2. **Beschluß des Rates vom 18. Juni 1963** über die Gewährung von Vorteilen an das gemeinsame Unternehmen „Kernkraftwerk RWE-Bayernwerk GmbH (KRB)“ und über die Mitteilung von Kenntnissen durch dieses Unternehmen
 Nicht veröffentlicht
- Vereinigtes Königreich: 1. April 1973
3. **Beschluß des Rates vom 12. Dezember 1964** über die Gewährung von Vorteilen an das gemeinsame Unternehmen „Kernkraftwerk Lingen GmbH“
 Nicht veröffentlicht
- Vereinigtes Königreich: 1. April 1973
4. **Beschluß des Rates vom 28. Juli 1966** über die Gewährung von Vorteilen an das gemeinsame Unternehmen „Kernkraftwerk Obrigheim GmbH“
 Nicht veröffentlicht
- Vereinigtes Königreich: 1. April 1973

Anhang XI

Liste
zu Artikel 152 der Beitrittsakte

I. Zollrecht

1. **Richtlinie Nr. 68/312/EWG** des Rates vom 30. Juli 1968
ABl. Nr. L 194/13 vom 6. August 1968
Norwegen: 1. Juli 1973
2. **Richtlinie Nr. 69/73/EWG** des Rates vom 4. März 1969
ABl. Nr. L 58/1 vom 8. März 1969
Norwegen: 1. Juli 1973
3. **Richtlinie Nr. 69/74/EWG** des Rates vom 4. März 1969
ABl. Nr. L 58/7 vom 8. März 1969
Norwegen: 1. Juli 1973
4. **Richtlinie Nr. 69/75/EWG** des Rates vom 4. März 1969
ABl. Nr. L 58/11 vom 8. März 1969
Norwegen: 1. Juli 1973
5. **Richtlinie Nr. 69/76/EWG** des Rates vom 4. März 1969
ABl. Nr. L 58/14 vom 8. März 1969
Norwegen: 1. Juli 1973

II. Landwirtschaft

A. Futtermittelrecht

1. **Richtlinie Nr. 70/373/EWG** des Rates vom 20. Juli 1970
ABl. Nr. L 170/2 vom 3. August 1970
Irland: 1. Juli 1973
Norwegen: 1. Juli 1973
Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
2. **Richtlinie Nr. 70/524/EWG** des Rates vom 23. November 1970
ABl. Nr. L 270/1 vom 14. Dezember 1970
Norwegen: 1. Juli 1973
Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
3. **Richtlinie Nr. 71/250/EWG** der Kommission vom 15. Juni 1971
ABl. Nr. L 155/13 vom 12. Juli 1971
Norwegen: 1. Juli 1973
Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973

B. Saatgut- und Pflanzgutrecht

1. **Richtlinie Nr. 66/400/EWG** des Rates vom 14. Juni 1966
ABl. Nr. 125/2290 vom 11. Juli 1966
geändert durch:
— Richtlinie Nr. 69/61/EWG des Rates vom 18. Februar 1969
ABl. Nr. L 48/4 vom 26. Februar 1969
— Richtlinie Nr. 71/162/EWG des Rates vom 30. März 1971
ABl. Nr. L 87/24 vom 17. April 1971
Dänemark: 1. Juli 1973
Irland: 1. Juli 1973
Norwegen: 1. Juli 1973
Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973

2. **Richtlinie Nr. 66/401/EWG** des Rates vom 14. Juni 1966
ABl. Nr. 125/2298 vom 11. Juli 1966
geändert durch:
— Richtlinie Nr. 69/63/EWG des Rates vom 18. Februar 1969
ABl. Nr. L 48/8 vom 26. Februar 1969
— Richtlinie Nr. 71/162/EWG des Rates vom 30. März 1971
ABl. Nr. L 87/24 vom 17. April 1971
Dänemark: 1. Juli 1973
Irland: 1. Juli 1973
Norwegen: 1. Juli 1973
Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
3. **Richtlinie Nr. 66/402/EWG** des Rates vom 14. Juni 1966
ABl. Nr. 125/2309 vom 11. Juli 1966
geändert durch:
— Richtlinie Nr. 69/60/EWG des Rates vom 18. Februar 1969
ABl. Nr. L 48/1 vom 26. Februar 1969
— Richtlinie Nr. 71/162/EWG des Rates vom 30. März 1971
ABl. Nr. L 87/24 vom 17. April 1971
Dänemark: 1. Juli 1973
Irland: 1. Juli 1973
Norwegen: 1. Juli 1973
Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
4. **Richtlinie Nr. 66/403/EWG** des Rates vom 14. Juni 1966
ABl. Nr. 125/2320 vom 11. Juli 1966
geändert durch:
— Richtlinie Nr. 69/62/EWG des Rates vom 18. Februar 1969
ABl. Nr. L 48/7 vom 26. Februar 1969
— Richtlinie Nr. 71/162/EWG des Rates vom 30. März 1971
ABl. Nr. L 87/24 vom 17. April 1971
Dänemark: 1. Juli 1973
Irland: 1. Juli 1973
Norwegen: 1. Juli 1973
Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
5. **Richtlinie Nr. 68/193/EWG** des Rates vom 9. April 1968
ABl. Nr. L 93/15 vom 17. April 1968
geändert durch:
— Richtlinie Nr. 71/140/EWG des Rates vom 22. März 1971
ABl. Nr. L 71/16 vom 25. März 1971
Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
6. **Richtlinie Nr. 69/208/EWG** des Rates vom 30. Juni 1969
ABl. Nr. L 169/3 vom 10. Juli 1969
geändert durch:
— Richtlinie Nr. 71/162/EWG des Rates vom 30. März 1971
ABl. Nr. L 87/24 vom 17. April 1971
Irland: 1. Juli 1973
Norwegen: 1. Juli 1973
Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973

7. Richtlinie Nr. 70/457/EWG des Rates vom 29. September 1970

ABl. Nr. L 225/1 vom 12. Oktober 1970

Dänemark: 1. Juli 1973
 Irland: 1. Juli 1973
 Norwegen: 1. Juli 1973
 Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973

8. Richtlinie Nr. 70/458/EWG des Rates vom 29. September 1970

ABl. Nr. L 225/7 vom 12. Oktober 1970

geändert durch:

— Richtlinie Nr. 71/162/EWG des Rates vom 30. März 1971

ABl. Nr. L 87/24 vom 17. April 1971

Dänemark: 1. Juli 1973
 Irland: 1. Juli 1973
 Norwegen: 1. Juli 1973
 Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973

C. Veterinärrecht**1. Richtlinie Nr. 64/432/EWG** des Rates vom 26. Juni 1964

ABl. Nr. 121/1977 vom 29. Juli 1964

geändert durch:

— Richtlinie Nr. 66/600/EWG des Rates vom 25. Oktober 1966

ABl. Nr. 192/3294 vom 27. Oktober 1966

— Richtlinie Nr. 70/360/EWG des Rates vom 13. Juli 1970

ABl. Nr. L 157/40 vom 18. Juli 1970

— Richtlinie Nr. 71/285/EWG des Rates vom 19. Juli 1971

ABl. Nr. L 179/1 vom 9. August 1971

Dänemark: 1. Juli 1973
 Norwegen: 1. Juli 1973
 Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973

2. Richtlinie Nr. 64/433/EWG des Rates vom 26. Juni 1964

ABl. Nr. 121/2012 vom 29. Juli 1964

geändert durch:

— Richtlinie Nr. 66/601/EWG des Rates vom 25. Oktober 1966

ABl. Nr. 192/3302 vom 27. Oktober 1966

— Richtlinie Nr. 69/349/EWG des Rates vom 6. Oktober 1969

ABl. Nr. L 256/5 vom 11. Oktober 1969

— Richtlinie Nr. 70/486/EWG des Rates vom 27. Oktober 1970

ABl. Nr. L 239/42 vom 30. Oktober 1970; berichtigt
ABl. Nr. L 245/35

Dänemark: 1. Juli 1973
 Norwegen: 1. Juli 1973
 Vereinigte Königreich: 1. Juli 1973

3. Richtlinie Nr. 65/276/EWG des Rates vom 13. Mai 1965

ABl. Nr. 93.1607 vom 29. Mai 1965

Norwegen: 1. Juli 1973
 Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973

4. Richtlinie Nr. 65/277/EWG der Kommission vom 13. Mai 1965

ABl. Nr. 93.1610 vom 29. Mai 1965

Norwegen: 1. Juli 1973
 Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973

5. Richtlinie Nr. 71/118/EWG des Rates vom 15. Februar 1971

ABl. Nr. L 55/23 vom 8. März 1971

Dänemark: 1. Juli 1973
 Irland: 1. Juli 1973
 Norwegen: 1. Juli 1973
 Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973

D. Pflanzenschutzrecht**1. Richtlinie Nr. 69/464/EWG** des Rates vom 8. Dezember 1969

ABl. Nr. L 323/1 vom 24. Dezember 1969

Irland: 1. Juli 1973
 Norwegen: 1. Juli 1973
 Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973

2. Richtlinie Nr. 69/465/EWG des Rates vom 8. Dezember 1969

ABl. Nr. L 323/3 vom 24. Dezember 1969

Irland: 1. Juli 1973
 Norwegen: 1. Juli 1973
 Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973

3. Richtlinie Nr. 69/466/EWG des Rates vom 8. Dezember 1969

ABl. Nr. L 323/5 vom 24. Dezember 1969

Irland: 1. Juli 1973
 Norwegen: 1. Juli 1973
 Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973

E. Forstrecht**1. Richtlinie Nr. 66/404/EWG** des Rates vom 14. Juni 1966

ABl. Nr. 125/2326 vom 11. Juli 1966

geändert durch:

— Richtlinie Nr. 69/64/EWG des Rates vom 18. Februar 1969

ABl. Nr. L 48/12 vom 26. Februar 1969

Dänemark: 1. Juli 1973
 Irland: 1. Juli 1973
 Norwegen: 1. Juli 1973
 Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973

2. Richtlinie Nr. 68/89/EWG des Rates vom 23. Januar 1968

ABl. Nr. L 32/12 vom 6. Februar 1968

Norwegen: 1. Juli 1973
 Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973

3. Richtlinie Nr. 71/161/EWG des Rates vom 30. März 1971

ABl. Nr. L 87/14 vom 17. April 1971

Norwegen: 1. Juli 1973
 Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973

F. Strukturhebungen**Richtlinie Nr. 68/161/EWG** des Rates vom 27. März 1968

ABl. Nr. L 76/13 vom 28. März 1968

Norwegen: 1. Juli 1973
 Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973

**III. Niederlassungsrecht,
freier Dienstleistungsverkehr****1. Richtlinie Nr. 63/261/EWG** des Rates vom 2. April 1963

ABl. Nr. 62/1323 vom 20. April 1963

Dänemark: 1. Januar 1978

2. Richtlinie Nr. 63/262/EWG des Rates vom 2. April 1963

ABl. Nr. 62/1326 vom 20. April 1963

Dänemark: 1. Januar 1978

3. **Richtlinie Nr. 64/220/EWG** des Rates vom 25. Februar 1964
ABl. Nr. 56/845 vom 4. April 1964
Dänemark: 1. Juli 1973
Norwegen: 1. Juli 1973
4. **Richtlinie Nr. 64/221/EWG** des Rates vom 25. Februar 1964
ABl. Nr. 56/850 vom 4. April 1964
Dänemark: 1. Juli 1973
Norwegen: 1. Juli 1973
5. **Richtlinie Nr. 64/222/EWG** des Rates vom 25. Februar 1964
ABl. Nr. 56/857 vom 4. April 1964
Norwegen: 1. Januar 1976
Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
6. **Richtlinie Nr. 64/223/EWG** des Rates vom 25. Februar 1964
ABl. Nr. 56/863 vom 4. April 1964
Norwegen: 1. Januar 1976
7. **Richtlinie Nr. 64/224/EWG** des Rates vom 25. Februar 1964
ABl. Nr. 56/869 vom 4. April 1964
Norwegen: 1. Januar 1976
8. **Richtlinie Nr. 64/427/EWG** des Rates vom 7. Juli 1964
ABl. Nr. 117/1863 vom 23. Juli 1964
Norwegen: 1. Januar 1976
Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
9. **Richtlinie Nr. 64/428/EWG** des Rates vom 7. Juli 1964
ABl. Nr. 117/1871 vom 23. Juli 1964
Norwegen: 1. Januar 1976
Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
10. **Richtlinie Nr. 64/429/EWG** des Rates vom 7. Juli 1964
ABl. Nr. 117/1880 vom 23. Juli 1964
Norwegen: 1. Januar 1976
11. **Richtlinie Nr. 65/264/EWG** des Rates vom 13. Mai 1965
ABl. Nr. 85/1437 vom 19. Mai 1965
Norwegen: 1. Juli 1973
Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
12. **Richtlinie Nr. 67/530/EWG** des Rates vom 25. Juli 1967
ABl. Nr. 190/1 vom 10. August 1967
Dänemark: 1. Januar 1978
13. **Richtlinie Nr. 67/531/EWG** des Rates vom 25. Juli 1967
ABl. Nr. 190/3 vom 10. August 1967
Dänemark: 1. Januar 1978
14. **Richtlinie Nr. 67/654/EWG** des Rates vom 24. Oktober 1967
ABl. Nr. 263/6 vom 30. Oktober 1967
Dänemark: 1. Januar 1978
15. **Richtlinie Nr. 68/151/EWG** des Rates vom 9. März 1968
ABl. Nr. L 65/8 vom 14. März 1968
Dänemark: 1. Juli 1973
Irland: 1. Juli 1973
Norwegen: 1. Juli 1973
Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
16. **Richtlinie Nr. 68/363/EWG** des Rates vom 15. Oktober 1968
ABl. Nr. L 260/1 vom 22. Oktober 1968; berichtigt ABl. Nr. L 297/15
Norwegen: 1. Januar 1976
17. **Richtlinie Nr. 68/364/EWG** des Rates vom 15. Oktober 1968
ABl. Nr. L 260/6 vom 22. Oktober 1968
Norwegen: 1. Januar 1976
Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
18. **Richtlinie Nr. 68/365/EWG** des Rates vom 15. Oktober 1968
ABl. Nr. L 260/9 vom 22. Oktober 1968
Norwegen: 1. Januar 1976
19. **Richtlinie Nr. 68/366/EWG** des Rates vom 15. Oktober 1968
ABl. Nr. L 260/12 vom 22. Oktober 1968
Norwegen: 1. Januar 1976
20. **Richtlinie Nr. 68/368/EWG** des Rates vom 15. Oktober 1968
ABl. Nr. L 260/19 vom 22. Oktober 1968
Norwegen: 1. Juli 1973
Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
21. **Richtlinie Nr. 69/77/EWG** des Rates vom 4. März 1969
ABl. Nr. L 59/8 vom 10. März 1969
Norwegen: 1. Juli 1973
Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
22. **Richtlinie Nr. 69/82/EWG** des Rates vom 13. März 1969
ABl. Nr. L 68/4 vom 19. März 1969
Norwegen: 1. Januar 1976
Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
23. **Richtlinie Nr. 70/451/EWG** des Rates vom 29. September 1970
ABl. Nr. L 218/37 vom 3. Oktober 1970
Norwegen: 1. Juli 1973
Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
24. **Richtlinie Nr. 70/523/EWG** des Rates vom 30. November 1970
ABl. Nr. L 267/18 vom 10. Dezember 1970
Norwegen: 1. Juli 1973
Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973

IV. Öffentliche Bauaufträge

- Richtlinie Nr. 71/305/EWG** des Rates vom 26. Juli 1971
ABl. Nr. L 185/5 vom 16. August 1971; berichtigt ABl. Nr. L 206/26
Dänemark: 1. Juli 1973
Irland: 1. Juli 1973
Norwegen: 1. Juli 1973
Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973

V. Verkehr

1. **Richtlinie des Rates** vom 23. Juli 1962
ABl. Nr. 70 2005 vom 6. August 1962
Irland: 1. Juli 1973
Norwegen: 1. Juli 1973
Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973

2. **Richtlinie Nr. 65/269/EWG** des Rates vom 13. Mai 1965
 ABl. Nr. 88/1469 vom 24. Mai 1965
 Norwegen: 1. Juli 1973
 Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
3. **Richtlinie Nr. 68/297/EWG** des Rates vom 19. Juli 1968
 ABl. Nr. L 175/15 vom 23. Juli 1968
 Norwegen: 1. Juli 1973
4. **Empfehlung Nr. 1/61** der Hohen Behörde der EKKS vom 1. März 1961 an die Regierungen der Mitgliedstaaten
 ABl. Nr. 18/469 vom 9. März 1961
 Dänemark: 1. Juli 1973
 Irland: 1. Juli 1973
 Norwegen: 1. Juli 1973
 Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973

VI. Steuerrecht

1. **Richtlinie Nr. 67/227/EWG** des Rates vom 11. April 1967
 ABl. Nr. 71/1301 vom 14. April 1967
 Irland: 1. Januar 1974
 Norwegen: 1. Juli 1973
 Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
2. **Richtlinie Nr. 67/228/EWG** des Rates vom 11. April 1967
 ABl. Nr. 71/1303 vom 14. April 1967
 Irland: 1. Januar 1974
 Norwegen: 1. Juli 1973
 Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
3. **Richtlinie Nr. 69/335/EWG** des Rates vom 17. Juli 1969
 ABl. Nr. L 249/25 vom 3. Oktober 1969
 Dänemark: 1. Juli 1973
 Norwegen: 1. Juli 1973
4. **Richtlinie Nr. 69/463/EWG** des Rates vom 9. Dezember 1969
 ABl. Nr. L 320/34 vom 20. Dezember 1969
 Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973

VII. Handelspolitik

1. **Richtlinie Nr. 70/509/EWG** des Rates vom 27. Oktober 1970
 ABl. Nr. L 254/1 vom 23. November 1970
 Dänemark: 1. Juli 1973
 Irland: 1. Januar 1974
 Norwegen: 1. Juli 1973
 Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
2. **Richtlinie Nr. 70/510/EWG** des Rates vom 27. Oktober 1970
 ABl. Nr. L 254/26 vom 23. November 1970
 Dänemark: 1. Juli 1973
 Irland: 1. Januar 1974
 Norwegen: 1. Juli 1973
 Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
3. **Richtlinie Nr. 71/86/EWG** des Rates vom 1. Februar 1971
 ABl. Nr. L 36/44 vom 13. Februar 1971
 Dänemark: 1. Juli 1973
 Irland: 1. Januar 1975
 Norwegen: 1. Juli 1973
 Vereinigtes Königreich: 1. Januar 1975

VIII. Sozialpolitik

- Richtlinie Nr. 68/360/EWG** des Rates vom 15. Oktober 1968
 ABl. Nr. L 257/13 vom 19. Oktober 1968
 Dänemark: 1. Juli 1973
 Norwegen: 1. Juli 1973

IX. Technische Handelshemmnisse

1. **Richtlinie Nr. 67/548/EWG** des Rates vom 27. Juni 1967
 ABl. Nr. 196/1 vom 16. August 1967
 geändert durch:
 — **Richtlinie Nr. 69/81/EWG** des Rates vom 13. März 1969
 ABl. Nr. L 68/1 vom 19. März 1969
 — **Richtlinie Nr. 71/144/EWG** des Rates vom 22. März 1971
 ABl. Nr. L 74/15 vom 29. März 1971
 Irland: 1. Januar 1975
2. **Richtlinie Nr. 69/493/EWG** des Rates vom 15. Dezember 1969
 ABl. Nr. L 326/36 vom 29. Dezember 1969
 Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
3. **Richtlinie Nr. 70/156/EWG** des Rates vom 6. Februar 1970
 ABl. Nr. L 42/1 vom 23. Februar 1970
 Irland: 1. Juli 1973
 Norwegen: 1. Juli 1973
 Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
4. **Richtlinie Nr. 70/157/EWG** des Rates vom 6. Februar 1970
 ABl. Nr. L 42/16 vom 23. Februar 1970
 Irland: 1. Juli 1973
 Norwegen: 1. Juli 1973
 Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
5. **Richtlinie Nr. 70/220/EWG** des Rates vom 20. März 1970
 ABl. Nr. L 76/1 vom 6. April 1970
 Irland: 1. Juli 1973
 Norwegen: 1. Juli 1973
 Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
6. **Richtlinie Nr. 70/221/EWG** des Rates vom 20. März 1970
 ABl. Nr. L 76/23 vom 6. April 1970
 Irland: 1. Juli 1973
 Norwegen: 1. Juli 1973
 Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
7. **Richtlinie Nr. 70/222/EWG** des Rates vom 20. März 1970
 ABl. Nr. L 76/25 vom 6. April 1970
 Irland: 1. Juli 1973
 Norwegen: 1. Juli 1973
 Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
8. **Richtlinie Nr. 70/311/EWG** des Rates vom 8. Juni 1970
 ABl. Nr. L 133/10 vom 18. Juni 1970
 Irland: 1. Juli 1973
 Norwegen: 1. Juli 1973
 Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973

9. **Richtlinie Nr. 70/387/EWG** des Rates vom 27. Juli 1970
ABl. Nr. L 176/5 vom 10. August 1970
- Irland: 1. Juli 1973
Norwegen: 1. Juli 1973
Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
10. **Richtlinie Nr. 70/388/EWG** des Rates vom 27. Juli 1970
ABl. Nr. L 176/12 vom 10. August 1970
- Irland: 1. Juli 1973
Norwegen: 1. Juli 1973
Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
11. **Richtlinie Nr. 71/127/EWG** des Rates vom 1. März 1971
ABl. Nr. L 68/1 vom 22. März 1971
- Irland: 1. Juli 1973
Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
12. **Richtlinie Nr. 71/307/EWG** des Rates vom 26. Juli 1971
ABl. Nr. L 185/16 vom 16. August 1971
- Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
13. **Richtlinie Nr. 71/316/EWG** des Rates vom 26. Juli 1971
ABl. Nr. L 202/1 vom 6. September 1971
- Dänemark: 1. Juli 1973
Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
14. **Richtlinie Nr. 71/317/EWG** des Rates vom 26. Juli 1971
ABl. Nr. L 202/14 vom 6. September 1971
- Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
15. **Richtlinie Nr. 71/318/EWG** des Rates vom 26. Juli 1971
ABl. Nr. L 202/21 vom 6. September 1971
- Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
16. **Richtlinie Nr. 71/319/EWG** des Rates vom 26. Juli 1971
ABl. Nr. L 202/32 vom 6. September 1971
- Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
17. **Richtlinie Nr. 71/320/EWG** des Rates vom 26. Juli 1971
ABl. Nr. L 202/37 vom 6. September 1971
- Irland: 1. Juli 1973
Norwegen: 1. Juli 1973
Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
18. **Richtlinie Nr. 71/347/EWG** des Rates vom 12. Oktober 1971
ABl. Nr. L 239/1 vom 25. Oktober 1971
- Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
19. **Richtlinie Nr. 71/348/EWG** des Rates vom 12. Oktober 1971
ABl. Nr. L 239/9 vom 25. Oktober 1971
- Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
20. **Richtlinie Nr. 71/349/EWG** des Rates vom 12. Oktober 1971
ABl. Nr. L 239/15 vom 25. Oktober 1971
- Dänemark: 1. Juli 1973
Norwegen: 1. Juli 1973
Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
21. **Richtlinie Nr. 71/354/EWG** des Rates vom 18. Oktober 1971
ABl. Nr. L 243/29 vom 29. Oktober 1971
- Dänemark: 1. Juli 1973

X. Lebensmittel

1. **Richtlinie des Rates** vom 23. Oktober 1962
ABl. Nr. 115/2645 vom 11. November 1962
- geändert durch:
- Richtlinie Nr. 65/469/EWG des Rates vom 25. Oktober 1965
ABl. Nr. 178/2793 vom 26. Oktober 1965
- Richtlinie Nr. 67/653/EWG des Rates vom 24. Oktober 1967
ABl. Nr. 263/4 vom 30. Oktober 1967
- Richtlinie Nr. 68/419/EWG des Rates vom 20. Dezember 1968
ABl. Nr. L 309/24 vom 24. Dezember 1968
- Richtlinie Nr. 70/358/EWG des Rates vom 13. Juli 1970
ABl. Nr. L 157/36 vom 18. Juli 1970
- Dänemark: 1. Juli 1973
Irland: 1. Juli 1973
Norwegen: 1. Juli 1973
Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
2. **Richtlinie Nr. 64/54/EWG** des Rates vom 5. November 1963
ABl. Nr. 12/161 vom 27. Januar 1964
- geändert durch:
- Richtlinie Nr. 67/427/EWG des Rates vom 27. Juni 1967
ABl. Nr. 148/1 vom 11. Juli 1967
- Richtlinie Nr. 68/420/EWG des Rates vom 20. Dezember 1968
ABl. Nr. L 309/25 vom 24. Dezember 1968
- Richtlinie Nr. 70/359/EWG des Rates vom 13. Juli 1970
ABl. Nr. L 157/38 vom 18. Juli 1970
- Richtlinie Nr. 71/160/EWG des Rates vom 30. März 1971
ABl. Nr. L 87/12 vom 17. April 1971
- Dänemark: 1. Juli 1973
Irland: 1. Juli 1973
Norwegen: 1. Juli 1973
Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
3. **Richtlinie Nr. 65/66/EWG** des Rates vom 26. Januar 1965
ABl. Nr. 22/22 vom 9. Februar 1965
- geändert durch:
- Richtlinie Nr. 67/428/EWG des Rates vom 27. Juni 1967
ABl. Nr. 148/10 vom 11. Juli 1967
- Dänemark: 1. Juli 1973
Irland: 1. Juli 1973
Norwegen: 1. Juli 1973
Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
4. **Richtlinie Nr. 67/427/EWG** des Rates vom 27. Juni 1967
ABl. Nr. 148/1 vom 11. Juli 1967
- Dänemark: 1. Juli 1973
Irland: 1. Juli 1973
Norwegen: 1. Juli 1973
Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973
5. **Richtlinie Nr. 70/357/EWG** des Rates vom 13. Juli 1970
ABl. Nr. L 157/31 vom 18. Juli 1970
- Dänemark: 1. Juli 1973
Irland: 1. Juli 1973
Norwegen: 1. Juli 1973
Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973

XI. Energiepolitik

Richtlinie Nr. 68/414/EWG des Rates vom 20. Dezember 1968

ABl. Nr. L 308/14 vom 23. Dezember 1968

Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973

XII. Statistik

1. **Richtlinie Nr. 64/475/EWG** des Rates vom 30. Juli 1964

ABl. Nr. 131/2193 vom 13. August 1964

Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973

2. **Richtlinie Nr. 69/467/EWG** des Rates vom 8. Dezember 1969

ABl. Nr. L 323/7 vom 24. Dezember 1969

Dänemark: 1. Juli 1973
 Irland: 1. Januar 1974
 Norwegen: 1. Juli 1973
 Vereinigtes Königreich: 1. Januar 1974

XIII. Euratom

Richtlinie des Rates vom 2. Februar 1959

ABl. Nr. 11/221 vom 20. Februar 1959

geändert durch:

— Richtlinie des Rates vom 5. März 1962
 ABl. Nr. 57/1633 vom 9. Juli 1962

— Richtlinie Nr. 66/45/EURATOM des Rates vom 27. Oktober 1966

ABl. Nr. 216/3693 vom 26. November 1966

Irland: 1. Januar 1974
 Vereinigtes Königreich: 1. Juli 1973

Protokolle
Protocols
Protocoles

**Protokoll Nr. 1
über die Satzung
der Europäischen Investitionsbank**

**Erster Teil
Anpassungen der Satzung
der Europäischen Investitionsbank**

A r t i k e l 1

Artikel 3 des Protokolls über die Satzung der Bank erhält folgende Fassung:

„Artikel 3

Nach Artikel 129 des Vertrags sind Mitglieder der Bank:

- das Königreich Belgien,
- das Königreich Dänemark,
- die Bundesrepublik Deutschland,
- die Französische Republik,
- Irland,
- die Italienische Republik,
- das Großherzogtum Luxemburg,
- das Königreich der Niederlande,
- das Königreich Norwegen,
- das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland.“

A r t i k e l 2

Artikel 4 Absatz 1 Unterabsatz 1 des Protokolls über die Satzung der Bank erhält folgende Fassung:

„1. Die Bank wird mit einem Kapital von zwei Milliarden siebenzig Millionen Rechnungseinheiten ausgestattet, das von den Mitgliedstaaten in folgender Höhe gezeichnet wird:

Deutschland	450 Millionen
Frankreich	450 Millionen
Vereinigtes Königreich	450 Millionen
Italien	360 Millionen
Belgien	118,5 Millionen
Niederlande	118,5 Millionen
Dänemark	60 Millionen
Norwegen	45 Millionen
Irland	15 Millionen
Luxemburg	3 Millionen“

A r t i k e l 3

Artikel 5 des Protokolls über die Satzung der Bank erhält folgende Fassung:

„Artikel 5

1. Das gezeichnete Kapital wird von den Mitgliedstaaten in Höhe von 20 v.H. der in Artikel 4 Absatz 1 festgesetzten Beträge eingezahlt.
2. Im Falle einer Erhöhung des gezeichneten Kapitals setzt der Rat der Gouverneure einstimmig den einzuzahlenden Hundertsatz sowie die Art und Weise der Einzahlung fest.
3. Der Verwaltungsrat kann die Zahlung des restlichen gezeichneten Kapitals verlangen, soweit dies erforderlich wird, um den Verpflichtungen der Bank gegenüber ihren Anleihegebern nachzukommen.

**Protocol No 1
on the Statute
of the European Investment Bank**

Part One

**Adjustments to the Statute
of the European Investment Bank**

Article 1

The following shall be substituted for Article 3 of the Protocol on the Statute of the Bank:

"Article 3

In accordance with Article 129 of this Treaty, the following shall be members of the Bank:

- the Kingdom of Belgium;
- the Kingdom of Denmark;
- the Federal Republik of Germany;
- the French Republic;
- Ireland;
- the Italian Republic;
- the Grand Duchy of Luxembourg;
- the Kingdom of the Netherlands;
- the Kingdom of Norway;
- the United Kingdom of Great Britain und Northern Ireland."

Article 2

The following shall be substituted for the first subparagraph of Article 4 (1) of the Protocol on the Statute of the Bank:

"1. The capital of the Bank shall be two thousand and seventy million units of account, subscribed by the Member States as follows:

Germany	450 million
France	450 million
United Kingdom	450 million
Italy	360 million
Belgium	118.5 million
Netherlands	118.5 million
Denmark	60 million
Norway	45 million
Ireland	15 million
Luxembourg	3 million."

Article 3

The following shall be substituted for Article 5 of the Protocol on the Statute of the Bank:

"Article 5

1. The subscribed capital shall be paid up by Member States to the extent of 20 % of the amounts laid down in Article 4 (1).
2. In the event of an increase in the subscribed capital, the Board of Governors, acting unanimously, shall fix the percentage to be paid up and the arrangements for payment.
3. The Board of Directors may require payment of the balance of the subscribed capital, to such extent as may be required for the Bank to meet its obligations towards those who have made loans to it.

**Protocole N° 1
concernant les statuts de la
Banque européenne d'investissement**

Première Partie

**Adaptations des statuts de la
Banque européenne d'investissement**

Article 1

L'article 3 du protocole sur les statuts de la Banque est remplacé par les dispositions suivantes:

« Article 3

Conformément à l'article 129 du traité, sont membres de la Banque:

- le Royaume de Belgique;
- le Royaume de Danemark;
- la République fédérale d'Allemagne;
- la République française;
- l'Irlande;
- la République italienne;
- le Grand-Duché de Luxembourg;
- le Royaume des Pays-Bas;
- le Royaume de Norvège;
- le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord. »

Article 2

L'article 4 paragraphe 1 premier alinéa du protocole sur les statuts de la Banque est remplacé par les dispositions suivantes:

- « 1. La Banque est dotée d'un capital de deux milliards soixante-dix millions d'unités de compte, souscrit par les Etats membres à concurrence des montants suivants:
- | | |
|-----------------------|----------------|
| Allemagne | 450 millions |
| France | 450 millions |
| Royaume-Uni | 450 millions |
| Italie | 360 millions |
| Belgique | 118,5 millions |
| Pays-Bas | 118,5 millions |
| Danemark | 60 millions |
| Norvège | 45 millions |
| Irlande | 15 millions |
| Luxembourg | 3 millions. » |

Article 3

L'article 5 du protocole sur les statuts de la Banque est remplacé par les dispositions suivantes:

« Article 5

1. Le capital souscrit est versé par les Etats membres à concurrence de 20 % des montants définis à l'article 4 paragraphe 1.
2. En cas d'augmentation du capital souscrit, le conseil des gouverneurs, statuant à l'unanimité, fixe le pourcentage qui doit être versé ainsi que les modalités de versement.
3. Le conseil d'administration peut exiger le versement du solde du capital souscrit pour autant que ce versement est rendu nécessaire pour faire face aux obligations de la Banque à l'égard de ses bailleurs de fonds.

Die Zahlung erfolgt im Verhältnis zu den Anteilen der Mitgliedstaaten am gezeichneten Kapital und in den Währungen, deren die Bank zur Erfüllung dieser Verpflichtungen bedarf."

Artikel 4

Artikel 9 Absatz 3 Buchstaben a und c des Protokolls über die Satzung der Bank erhält folgende Fassung:

- „a) er entscheidet über die Erhöhung des gezeichneten Kapitals gemäß Artikel 4 Absatz 3 und Artikel 5 Absatz 2,“
- „c) er übt die in den Artikeln 11 und 13 für die Ernennung und Amtsenthebung der Mitglieder des Verwaltungsrats und des Direktoriums sowie die in Artikel 13 Absatz 1 Unterabsatz 2 vorgesehenen Befugnisse aus;“

Artikel 5

Artikel 10 des Protokolls über die Satzung der Bank erhält folgende Fassung:

„Artikel 10

Soweit in dieser Satzung nichts Gegenteiliges bestimmt ist, werden die Entscheidungen des Rates der Gouverneure mit der Mehrheit seiner Mitglieder gefaßt. Diese Mehrheit muß mindestens 40 v. H. des gezeichneten Kapitals vertreten. Der Rat der Gouverneure stimmt nach den in Artikel 148 dieses Vertrags vorgesehenen Bestimmungen ab.“

Artikel 6

Artikel 11 Absatz 2 Unterabsätze 1 bis 5 des Protokolls über die Satzung der Bank erhält folgende Fassung:

- „2. Der Verwaltungsrat besteht aus 19 ordentlichen und 10 stellvertretenden Mitgliedern.

Die ordentlichen Mitglieder werden für fünf Jahre vom Rat der Gouverneure wie folgt bestellt:

3 ordentliche Mitglieder, die von der Bundesrepublik Deutschland benannt werden;

3 ordentliche Mitglieder, die von der Französischen Republik benannt werden;

3 ordentliche Mitglieder, die von der Italienischen Republik benannt werden;

3 ordentliche Mitglieder, die vom Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland benannt werden;

1 ordentliches Mitglied, das vom Königreich Belgien benannt wird;

1 ordentliches Mitglied, das vom Königreich Dänemark benannt wird;

1 ordentliches Mitglied, das von Irland benannt wird;

1 ordentliches Mitglied, das vom Großherzogtum Luxemburg benannt wird;

1 ordentliches Mitglied, das vom Königreich der Niederlande benannt wird;

1 ordentliches Mitglied, das vom Königreich Norwegen benannt wird;

1 ordentliches Mitglied, das von der Kommission benannt wird.

Die stellvertretenden Mitglieder werden für fünf Jahre vom Rat der Gouverneure wie folgt bestellt:

2 stellvertretende Mitglieder, die von der Bundesrepublik Deutschland benannt werden;

Each Member State shall make this payment in proportion to its share of the subscribed capital in the currencies required by the Bank to meet these obligations."

Article 4

The following shall be substituted for subparagraphs (a) and (c) of Article 9 (3) of the Protocol on the Statute of the Bank:

- "(a) decide whether to increase the subscribed capital in accordance with Article 4 (3) and Article 5 (2);"
- "(c) exercise the powers provided in Articles 11 and 13 in respect of the appointment and the compulsory retirement of the members of the Board of Directors and of the Management Committee, and those powers provided in the second subparagraph of Article 13 (1);"

Article 5

The following shall be substituted for Article 10 of the Protocol on the Statute of the Bank:

"Article 10

Save as otherwise provided in this Statute, decisions of the Board of Governors shall be taken by a majority of its members. This majority must represent at least 40% of the subscribed capital. Voting by the Board of Governors shall be in accordance with the provisions of Article 148 of this Treaty."

Article 6

The following shall be substituted for subparagraphs 1 to 5 of Article 11 (2) of the Protocol on the Statute of the Bank:

- „2. The Board of Directors shall consist of 19 directors and 10 alternates.
The directors shall be appointed by the Board of Governors for five years as shown below:
- 3 directors nominated by the Federal Republic of Germany;
 - 3 directors nominated by the French Republic;
 - 3 directors nominated by the Italian Republic;
 - 3 directors nominated by the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland;
 - 1 director nominated by the Kingdom of Belgium;
 - 1 director nominated by the Kingdom of Denmark;
 - 1 director nominated by Ireland;
 - 1 director nominated by the Grand Duchy of Luxembourg;
 - 1 director nominated by the Kingdom of the Netherlands;
 - 1 director nominated by the Kingdom of Norway;
 - 1 director nominated by the Commission.
- The alternates shall be appointed by the Board of Governors for five years as shown below:
- 2 alternates nominated by the Federal Republic of Germany;

Le versement est effectué par chaque Etat membre proportionnellement à sa quote-part du capital souscrit, dans les monnaies dont la Banque a besoin pour faire face à ces obligations.»

Article 4

L'article 9 paragraphe 3a) et c) du protocole sur les statuts de la Banque est remplacé par les dispositions suivantes:

- « a) décide de l'augmentation du capital souscrit, conformément à l'article 4 paragraphe 3 et à l'article 5 paragraphe 2;»
- « c) exerce les pouvoirs prévus par les articles 11 et 13 pour la nomination et la démission d'office des membres du conseil d'administration et du comité de direction, ainsi que ceux prévus par l'article 13 paragraphe 1 deuxième alinéa;»

Article 5

L'article 10 du protocole sur les statuts de la Banque est remplacé par les dispositions suivantes:

« Article 10

Sauf dispositions contraires des présents statuts, les décisions du conseil des gouverneurs sont prises à la majorité des membres qui le composent. Cette majorité doit représenter au moins 40% du capital souscrit. Les votes du conseil des gouverneurs sont régis par les dispositions de l'article 148 du traité.»

Article 6

L'article 11 paragraphe 2 alinéas 1 à 5 du protocole sur les statuts de la Banque est remplacé par les dispositions suivantes:

- « 2. Le conseil d'administration est composé de 19 administrateurs et 10 suppléants.
Les administrateurs sont nommés pour une période de cinq ans par le conseil des gouverneurs à raison de:
- 3 administrateurs désignés par la République fédérale d'Allemagne;
 - 3 administrateurs désignés par la République française;
 - 3 administrateurs désignés par la République italienne;
 - 3 administrateurs désignés par le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord;
 - 1 administrateur désigné par le Royaume de Belgique;
 - 1 administrateur désigné par le Royaume de Danemark;
 - 1 administrateur désigné par l'Irlande;
 - 1 administrateur désigné par le Grand-Duché de Luxembourg;
 - 1 administrateur désigné par le Royaume des Pays-Bas;
 - 1 administrateur désigné par le Royaume de Norvège;
 - 1 administrateur désigné par la Commission.
- Les suppléants sont nommés pour une période de cinq ans par le conseil des gouverneurs à raison de:
- 2 suppléants désignés par la République fédérale d'Allemagne;

- 2 stellvertretende Mitglieder, die von der Französi-
schen Republik benannt werden;
- 2 stellvertretende Mitglieder, die von der Itali-
schen Republik benannt werden;
- 2 stellvertretende Mitglieder, die vom Vereinigten
Königreich Großbritannien und Nordirland benannt
werden;
- 1 stellvertretendes Mitglied, das von den Beneluxlän-
dern im gegenseitigen Einvernehmen benannt wird;
- 1 stellvertretendes Mitglied, das von der Kommission
benannt wird.

Die Wiederbestellung der ordentlichen Mitglieder und
der stellvertretenden Mitglieder ist zulässig.

Die stellvertretenden Mitglieder können an den Sit-
zungen des Verwaltungsrats teilnehmen. Die von ei-
nem Staat oder von mehreren Staaten im gegensei-
tigen Einvernehmen oder von der Kommission be-
nannten stellvertretenden Mitglieder können die von
diesem Staat oder von einem dieser Staaten oder von
der Kommission benannten ordentlichen Mitglieder
vertreten. Sie sind stimmberechtigt, wenn sie ein oder
mehrere ordentliche Mitglieder vertreten oder wenn
ihnen das Stimmrecht hierzu nach Artikel 12 Absatz 1
übertragen worden ist."

Artikel 7

Artikel 12 Absatz 1 des Protokolls über die Satzung
der Bank erhält folgende Fassung:

- „1. Jedes ordentliche Mitglied verfügt im Verwaltungsrat
über eine Stimme. Es kann sein Stimmrecht ohne Ein-
schränkung gemäß den in der Geschäftsordnung der
Bank festzulegenden Regeln übertragen.“

Artikel 8

Artikel 12 Absatz 2 Satz 2 des Protokolls über die Sat-
zung der Bank erhält folgende Fassung:

„Für die qualifizierte Mehrheit sind dreizehn Stimmen
erforderlich.“

Artikel 9

Artikel 13 Absatz 1 des Protokolls über die Satzung
der Bank erhält folgende Fassung:

- „1. Das Direktorium besteht aus einem Präsidenten und
vier Vizepräsidenten, die vom Rat der Gouverneure
auf Vorschlag des Verwaltungsrats für sechs Jahre
bestellt werden. Ihre Wiederbestellung ist zulässig.

Der Rat der Gouverneure kann einstimmig die Zahl
der Mitglieder des Direktoriums ändern.“

Zweiter Teil

Sonstige Bestimmungen

Artikel 10

- 1. Die neuen Mitgliedstaaten leisten binnen zwei Mona-
ten nach dem Beitritt die in der durch Artikel 3 dieses
Protokolls geänderten Fassung des Artikels 5 Absatz 1
der Satzung der Bank vorgesehenen Einzahlungen. Diese
Einzahlungen erfolgen in Landeswährung. Sie werden zu
einem Fünftel in flüssigen Mitteln und zu vier Fünfteln
in Form von zinslosen Schatzanweisungen, die in vier
gleichen Raten jeweils neun, sechzehn, dreiundzwanzig

2 alternates nominated by the French Republic;
 2 alternates nominated by the Italian Republic;
 2 alternates nominated by the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland;
 1 alternate nominated by common accord of the Benelux countries;
 1 alternate nominated by the Commission.

The appointments of the directors and the alternates shall be renewable.

Alternates may take part in the meetings of the Board of Directors. Alternates nominated by a State, or by common accord of several States, or by the Commission, may replace directors nominated by that State, by one of those States or by the Commission respectively. Alternates shall have no right of vote except where they replace one director or more than one director or where they have been delegated for this purpose in accordance with Article 12 (1)."

Article 7

The following shall be substituted for Article 12 (1) of the Protocol on the Statute of the Bank:

"1. Each director shall have one vote on the Board of Directors. He may delegate his vote in all cases, according to procedures to be laid down in the rules of procedure of the Bank."

Article 8

The following sentence shall be substituted for the second sentence of Article 12 (2) of the Protocol on the Statute of the Bank:

"A qualified majority shall require thirteen votes in favour."

Article 9

The following shall be substituted for Article 13 (1) of the Protocol on the Statute of the Bank:

"1. The Management Committee shall consist of a President and four Vice-Presidents appointed for six years by the Board of Governors on a proposal from the Board of Directors. Their appointments shall be renewable.

The Board of Governors, acting unanimously, may vary the number of members on the Management Committee."

**Part Two
 Other Provisions**

Article 10

1. The new Member States shall, not later than two months from the date of accession, make the payments laid down in paragraph 1 of the amended Article 5 of the Statute of the Bank set out in Article 3 of this Protocol. These payments shall be made in their respective national currencies. One-fifth of the payment shall be in cash and four-fifths in the form of non-interest-bearing government notes, maturing in four equal instalments, nine months,

2 suppléants désignés par la République française;
 2 suppléants désignés par la République italienne;
 2 suppléants désignés par le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord;
 1 suppléant désigné d'un commun accord par les pays du Benelux;
 1 suppléant désigné par la Commission.

Le mandat des administrateurs et des suppléants est renouvelable.

Les suppléants peuvent participer aux séances du conseil d'administration. Les suppléants désignés par un Etat, ou d'un commun accord par plusieurs Etats, ou par la Commission, peuvent remplacer les titulaires respectivement désignés par cet Etat, par l'un de ces Etats ou par la Commission. Les suppléants n'ont pas le droit de vote, sauf s'ils remplacent un ou plusieurs titulaires ou s'ils ont reçu délégation à cet effet, conformément aux dispositions de l'article 12 paragraphe 1.»

Article 7

L'article 12 paragraphe 1 du protocole sur les statuts de la Banque est remplacé par les dispositions suivantes:

«1. Chaque administrateur dispose d'une voix au conseil d'administration. Il peut déléguer sa voix dans tous les cas, selon des modalités à déterminer dans le règlement intérieur de la Banque.»

Article 8

L'article 12 paragraphe 2 deuxième phrase du protocole sur les statuts de la Banque est remplacé par la phrase suivante:

«La majorité qualifiée requiert la réunion de treize voix.»

Article 9

L'article 13 paragraphe 1 du protocole sur les statuts de la Banque est remplacé par les dispositions suivantes:

«1. Le comité de direction se compose d'un président et de quatre vice-présidents nommés pour une période de six ans par le conseil des gouverneurs sur proposition du conseil d'administration. Leur mandat est renouvelable.

Le conseil des gouverneurs, statuant à l'unanimité, peut modifier le nombre des membres du comité de direction.»

**Deuxième Partie
 Autres dispositions**

Article 10

1. Les nouveaux Etats membres effectuent, au plus tard deux mois à partir de la date de l'adhésion, les versements prévus à l'article 5 paragraphe 1 des statuts de la Banque, tel qu'il a été modifié à l'article 3 du présent protocole. Ces versements doivent être effectués dans leur monnaie nationale respective. Un cinquième du versement doit être effectué en espèces et le solde en bons du trésor non productifs d'intérêts, venant à échéance

und dreißig Monate nach dem Beitritt fällig werden, geleistet. Diese Schatzanweisungen können nach Vereinbarung zwischen der Bank und dem betreffenden neuen Mitgliedstaat ganz oder teilweise vor dem Fälligkeitstermin eingelöst werden. Die Einzahlungen in flüssigen Mitteln und die Erlöse aus den eingelösten Schatzanweisungen müssen frei konvertierbar sein.

2. Artikel 7 der Satzung der Bank gilt für alle Einzahlungen, die von den neuen Mitgliedstaaten aufgrund dieses Artikels in ihrer Währung geleistet werden. Bei noch nicht eingelösten Schatzanweisungen erfolgt der Ausgleich zum Fälligkeitstermin oder zum Zeitpunkt der vorzeitigen Einlösung.

Artikel 11

1. Die neuen Mitgliedstaaten zahlen zu der satzungsmäßigen Reserve und zu den den Reserven gleichzusetzenden Rückstellungen, wie sie in der genehmigten Bilanz der Bank zum 31. Dezember des dem Beitritt vorausgehenden Jahres ausgewiesen werden, die den folgenden Hundertsätzen dieser Reserven entsprechenden Beträge ein:

Vereinigtes Königreich	30 v. H.
Dänemark	4 v. H.
Norwegen	3 v. H.
Irland	1 v. H.

2. Die Beträge der nach diesem Artikel zu leistenden Zahlungen werden nach der Genehmigung der Jahresbilanz der Bank für das dem Beitritt vorausgehende Jahr in Rechnungseinheiten berechnet.

3. Die Zahlung dieser Beträge erfolgt in fünf gleichen Raten spätestens zwei, neun, sechzehn, dreiundzwanzig und dreißig Monate nach dem Beitritt. Jede dieser fünf Raten wird von jedem neuen Mitgliedstaat in frei konvertierbarer Landeswährung gezahlt.

Artikel 12

1. Unmittelbar nach dem Beitritt ergänzt der Rat der Gouverneure die Zusammensetzung des Verwaltungsrats, indem er bestellt:

3 ordentliche Mitglieder, die vom Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland benannt werden;

1 ordentliches Mitglied, das vom Königreich Dänemark benannt wird;

1 ordentliches Mitglied, das von Irland benannt wird;

1 ordentliches Mitglied, das vom Großherzogtum Luxemburg benannt wird;

1 ordentliches Mitglied, das vom Königreich Norwegen benannt wird;

2 stellvertretende Mitglieder, die vom Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland benannt werden.

2. Die Amtszeit der so bestellten Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder endet mit Ablauf der Jahressitzung des Rates der Gouverneure, in der der Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1977 geprüft wird.

3. Mit Ablauf der Jahressitzung, in der der Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1972 geprüft wird, bestellt der Rat der Gouverneure für eine Amtszeit von fünf Jahren:

3 ordentliche Mitglieder, die von der Bundesrepublik Deutschland benannt werden;

3 ordentliche Mitglieder, die von der Französischen Republik benannt werden;

3 ordentliche Mitglieder, die von der Italienischen Republik benannt werden;

sixteen months, twenty-three months and thirty months respectively from the date of accession. Part or all of the government notes may be redeemed before their due date by agreement between the Bank and the new Member State concerned. The cash payments, and the proceeds of the government notes when repaid, shall be freely convertible.

2. Article 7 of the Statute of the Bank shall apply to all payments made by the new Member States in their reserves, as at 31 December of the year prior to accession, as stated in the Bank's approved balance sheet, the amounts corresponding to the following percentages of these reserves:

United Kingdom	30 %
Denmark	4 %
Norway	3 %
Ireland	1 %

2. The amounts of the payments under this Article shall be calculated in units of account after the Bank's annual balance sheet for the year prior to accession has been approved.

3. These amounts shall be paid in five equal instalments not later than two months, nine months, sixteen months, twenty-three months and thirty months after accession. Each of these five instalments shall be paid in the freely convertible national currency of each new Member State.

Article 12

1. Upon accession, the Board of Governors shall increase the Board of Directors by appointing:

3 directors nominated by the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland;

1 director nominated by the Kingdom of Denmark;

1 director nominated by Ireland;

1 director nominated by the Grand Duchy of Luxembourg;

1 director nominated by the Kingdom of Norway;

2 alternates nominated by the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland.

2. The terms of office of the directors and alternates thus appointed shall expire at the end of the annual meeting of the Board of Governors during which the annual report for the 1977 financial year is examined.

3. At the end of the annual meeting during which the annual report for the 1972 financial year is examined, the Board of Governors shall appoint for a term of office of five years:

3 directors nominated by the Federal Republic of Germany;

3 directors nominated by the French Republic;

3 directors nominated by the Italian Republic;

en quatre tranches égales, respectivement neuf mois, seize mois, vingt-trois mois et trente mois à partir de la date de l'adhésion. Ces bons du trésor peuvent être remboursés, en partie ou en totalité, avant leur échéance par accord entre la Banque et le nouvel Etat membre concerné. Les versements en espèces, ainsi que le produit provenant du remboursement des bons du trésor, doivent être librement convertibles.

2. Les dispositions de l'article 7 des statuts de la Banque sont applicables à tous les versements effectués par les nouveaux Etats membres dans leur monnaie nationale respective au titre du présent article. Tous les ajustements relatifs aux bons du trésor non encore remboursés doivent être faits à la date de l'échéance ou à la date de remboursement anticipé de ces bons.

Article 11

1. Les nouveaux Etats membres versent à la réserve statutaire et aux provisions équivalent à des réserves, établies au 31 décembre de l'année précédant l'adhésion, telles qu'elles figurent au bilan approuvé par la Banque, les montants correspondant aux pourcentages suivants de ces réserves:

Royaume-Uni	30 %
Danemark	4 %
Norvège	3 %
Irlande	1 %

2. Les montants des versements visés au présent article sont calculés en unités de compte après l'approbation du bilan annuel de la Banque pour l'année précédant l'adhésion.

3. Le versement de ces montants a lieu en cinq tranches égales au plus tard deux mois, neuf mois, seize mois, vingt-trois mois et trente mois après l'adhésion. Chacune de ces cinq tranches est versée en monnaie nationale librement convertible de chacun des nouveaux Etats membres.

Article 12

1. Dès l'adhésion, le conseil des gouverneurs complète la composition du conseil d'administration en nommant:

3 administrateurs désignés par le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord;

1 administrateur désigné par le Royaume de Danemark;

1 administrateur désigné par l'Irlande;

1 administrateur désigné par le Grand-Duché de Luxembourg;

1 administrateur désigné par le Royaume de Norvège;

2 suppléants désignés par le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord.

2. Le mandat des administrateurs et suppléants ainsi nommés expire à l'issue de la séance annuelle du conseil des gouverneurs au cours de laquelle est examiné le rapport annuel relatif à l'exercice 1977.

3. A l'issue de la séance annuelle au cours de laquelle est examiné le rapport annuel relatif à l'exercice 1972, le conseil des gouverneurs nomme pour un mandat de cinq ans:

3 administrateurs désignés par la République fédérale d'Allemagne;

3 administrateurs désignés par la République française;

3 administrateurs désignés par la République italienne;

- 1 ordentliches Mitglied, das vom Königreich Belgien benannt wird;
- 1 ordentliches Mitglied, das vom Königreich der Niederlande benannt wird;
- 1 ordentliches Mitglied, das von der Kommission benannt wird;
- 2 stellvertretende Mitglieder, die von der Bundesrepublik Deutschland benannt werden;
- 2 stellvertretende Mitglieder, die von der Französischen Republik benannt werden;
- 2 stellvertretende Mitglieder, die von der Italienischen Republik benannt werden;
- 1 stellvertretendes Mitglied, das von den Beneluxländern im gegenseitigen Einvernehmen benannt wird;
- 1 stellvertretendes Mitglied, das von der Kommission benannt wird.

Artikel 13

Unmittelbar nach dem Beitritt wird das Direktorium durch die Bestellung eines Vizepräsidenten ergänzt. Seine Amtszeit läuft zum gleichen Zeitpunkt ab wie diejenige der Mitglieder des Direktoriums, die sich zum Zeitpunkt des Beitritts im Amt befinden.

Protokoll Nr. 2 betreffend die Färöer

Artikel 1

Solange die dänische Regierung die in den Artikeln 25, 26 und 27 der Beitrittsakte genannten Erklärungen nicht abgegeben hat, längstens jedoch bis zum 31. Dezember 1975, ist eine Änderung der zum Zeitpunkt des Beitritts geltenden Zollregelung für die Einfuhr von Erzeugnissen mit Ursprung in und Herkunft von den Färöer in andere Gebiete Dänemarks nicht erforderlich.

Die von den Färöer nach der erwähnten Regelung in andere Gebiete Dänemarks eingeführten Erzeugnisse können nicht als in Dänemark im freien Verkehr im Sinne des Artikels 10 des EWG-Vertrags befindlich angesehen werden, wenn sie in einen anderen Mitgliedstaat wiederausgeführt werden.

Artikel 2

Gibt die dänische Regierung die in Artikel 1 genannten Erklärungen ab, so finden die Bestimmungen der Beitrittsakte auf die Färöer unter Berücksichtigung der nachstehenden Bestimmungen Anwendung:

- auf Einfuhren nach den Färöer werden die Zölle erhoben, die erhoben worden wären, wenn der Beitrittsvertrag und der Beitrittsbeschluß vom 1. Januar 1973 ab angewandt worden wären;
- die Organe der Gemeinschaft werden im Rahmen der gemeinsamen Marktorganisation für Fischereierzeugnisse nach geeigneten Lösungen für die besonderen Probleme der Färöer suchen;
- die Behörden der Färöer können unter Gemeinschaftskontrolle geeignete Maßnahmen beibehalten, um die Versorgung der Bevölkerung der Färöer mit Milch zu angemessenen Preisen sicherzustellen.

1 director nominated by the Kingdom of Belgium;
 1 director nominated by the Kingdom of the Netherlands;
 1 director nominated by the Commission;
 2 alternates nominated by the Federal Republic of Germany;
 2 alternates nominated by the French Republic;
 2 alternates nominated by the Italian Republic;
 1 alternate nominated by common accord of the Benelux countries;
 1 alternate nominated by the Commission.

Article 13

Upon accession, the membership of the Management Committee shall be increased by the appointment of an additional Vice-President. His term of office shall expire at the same time as those of the members of the Management Committee who hold office on the date of accession.

1 administrateur désigné par le Royaume de Belgique;
 1 administrateur désigné par le Royaume des Pays-Bas;
 1 administrateur désigné par la Commission;
 2 suppléants désignés par la République fédérale d'Allemagne;
 2 suppléants désignés par la République française;
 2 suppléants désignés par la République italienne;
 1 suppléant désigné d'un commun accord par les pays du Benelux;
 1 suppléant désigné par la Commission.

Article 13

Dès l'adhésion, le comité de direction est complété par la nomination d'un vice-président. Le mandat de ce dernier expire en même temps que celui des membres du comité de direction qui sont en fonctions au moment de l'adhésion.

Protocol No 2 on the Faroe Islands

Article 1

So long as the Danish Government has not made the declarations referred to in Articles 25, 26 and 27 of the Act of Accession and until 31 December 1975 at the latest, no alteration shall be required in the customs treatment applicable at the time of accession to imports of products originating in and coming from the Faroe Islands into the other regions of Denmark.

Products imported from the Faroe Islands into the other regions of Denmark under the abovementioned arrangement shall not be considered as being in free circulation in that State, within the meaning of Article 10 of the EEC Treaty, when they are re-exported to another Member State.

Article 2

If the Danish Government makes the declarations referred to in Article 1, the provisions of the Act of Accession shall apply to the Faroe Islands, taking into account the following provisions:

- imports into the Faroe Islands shall be subject to the customs duties which would have been applicable if the Treaty and Decision concerning the Accession had been applied from 1 January 1973;
- the institutions of the Community will seek, within the framework of the common organization of the market in fishery products, adequate solutions to the specific problems of the Faroe Islands;
- the authorities of the Faroe Islands may, under Community supervision, retain appropriate measures with a view to ensuring supplies of milk at reasonable prices to the Faroese population.

Protocole n° 2 concernant les îles Féroé

Article 1

Tant que le gouvernement danois n'a pas fait les déclarations visées aux articles 25, 26 et 27 de l'acte d'adhésion, et jusqu'au 31 décembre 1975 au plus tard, aucune modification du régime douanier applicable, à la date de l'adhésion, à l'importation dans les autres régions du Danemark de produits originaires et en provenance des îles Féroé n'est exigée.

Les produits importés des îles Féroé dans les autres régions du Danemark au bénéfice du régime visé ci-dessus ne peuvent être considérés comme étant en libre pratique dans cet Etat au sens de l'article 10 du traité CEE, lorsqu'ils sont réexportés dans un autre Etat membre.

Article 2

Si le gouvernement danois fait les déclarations visées à l'article 1, les dispositions de l'acte d'adhésion sont applicables aux îles Féroé, compte tenu des dispositions suivantes:

- les importations dans les îles Féroé sont soumises aux droits de douane qui auraient été applicables si le traité et la décision relatifs à l'adhésion avaient été appliqués à partir du 1^{er} janvier 1973;
- les institutions de la Communauté rechercheront, dans le cadre de l'organisation commune des marchés pour les produits de la pêche, des solutions adéquates aux problèmes spécifiques des îles Féroé;
- les autorités des îles Féroé peuvent maintenir, sous contrôle communautaire, des mesures appropriées en vue d'assurer l'approvisionnement en lait de la population des îles Féroé à des prix raisonnables.

Artikel 3

Teilt die dänische Regierung in dem in Artikel 1 genannten Zeitraum dem Rat im Anschluß an eine von der örtlichen Regierung der Färöer gefaßten Entschliebung mit, daß sie nicht in der Lage ist, die in Artikel 1 genannten Erklärungen abzugeben, so prüft der Rat auf Antrag der dänischen Regierung die dadurch entstandene Lage. Der Rat beschließt auf Vorschlag der Kommission die erforderlichen Regelungen zur Lösung der Probleme, die sich daraus für die Gemeinschaft und insbesondere für Dänemark und die Färöer ergeben könnten.

Artikel 4

Dänische Staatsangehörige, die auf den Färöer ansässig sind, werden erst von dem Zeitpunkt an, von dem ab die ursprünglichen Verträge auf die Inseln Anwendung finden, als Staatsangehörige eines Mitgliedstaats im Sinne der ursprünglichen Verträge angesehen.

Artikel 5

Die in Artikel 1 genannten Erklärungen sind gleichzeitig abzugeben und müssen die gleichzeitige Anwendung der ursprünglichen Verträge auf die Färöer zur Folge haben.

**Protokoll Nr. 3
betreffend die Kanalinseln und die Insel Man****Artikel 1**

1. Die Gemeinschaftsregelung für Zölle und mengenmäßige Beschränkungen, insbesondere die Regelung der Beitrittsakte, findet auf die Kanalinseln und auf die Insel Man in gleicher Weise wie auf das Vereinigte Königreich Anwendung. Insbesondere werden die Zölle und die Abgaben gleicher Wirkung zwischen diesen Gebieten und der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung sowie zwischen diesen Gebieten und den neuen Mitgliedstaaten nach dem in den Artikeln 32 und 36 der Beitrittsakte vorgesehenen Zeitplan schrittweise abgebaut. Der Gemeinsame Zolltarif und der vereinheitlichte EGKS-Tarif finden nach dem in den Artikeln 39 und 59 der Beitrittsakte vorgesehenen Zeitplan unter Berücksichtigung der Artikel 109, 110 und 119 der Beitrittsakte schrittweise Anwendung.

2. Bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen und landwirtschaftlichen Verarbeitungserzeugnissen, die unter eine besondere Handelsregelung fallen, werden gegenüber dritten Ländern die in der Gemeinschaftsregelung bei der Einfuhr vorgesehenen Abschöpfungen und anderen Maßnahmen, die für das Vereinigte Königreich gelten, angewandt.

Gleichermaßen anwendbar sind die Vorschriften der Gemeinschaftsregelung, insbesondere die der Beitrittsakte, die zur Gewährleistung des freien Warenverkehrs und der Einhaltung normaler Wettbewerbsbedingungen im Handel mit diesen Erzeugnissen erforderlich sind.

Der Rat legt mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission die Bedingungen fest, unter denen die in den Unterabsätzen 1 und 2 genannten Vorschriften auf diese Gebiete anwendbar sind.

Article 3

If, during the period referred to in Article 1, the Danish Government, following a resolution of the local Faroese Government, informs the Council that it cannot make the declarations referred to in Article 1, the Council shall, at the request of the Danish Government, examine the situation thus created. The Council shall, on a proposal from the Commission, decide the arrangements to be made for solving the problems which could arise out of this situation for the Community and especially for Denmark and the Faroe Islands.

Article 4

Danish nationals resident in the Faroe Islands shall be considered to be nationals of a Member State within the meaning of the original Treaties only from the date on which those original Treaties become applicable to those Islands.

Article 5

The declarations referred to in Article 1 must be made simultaneously and can only give rise to a simultaneous application of the original Treaties to the Faroe Islands.

Protocol No 3 on the Channel Islands and the Isle of Man

Article 1

1. The Community rules on customs matters and quantitative restrictions, in particular those of the Act of Accession, shall apply to the Channel Islands and the Isle of Man under the same conditions as they apply to the United Kingdom. In particular, customs duties and charges having equivalent effect between those territories and the Community as originally constituted and between those territories and the new Member States shall be progressively reduced in accordance with the timetable laid down in Articles 32 and 36 of the Act of Accession. The Common Customs Tariff and the ECSC unified tariff shall be progressively applied in accordance with the timetable laid down in Articles 39 and 59 of the Act of Accession, and account being taken of Articles 109, 110 and 119 of that Act.

2. In respect of agricultural products and products processed therefrom which are the subject of a special trade regime, the levies and other import measures laid down in Community rules and applicable by the United Kingdom shall be applied to third countries.

Such provisions of Community rules, in particular those of the Act of Accession, as are necessary to allow free movement and observance of normal conditions of competition in trade in these products shall also be applicable.

The Council, acting by a qualified majority on a proposal from the Commission, shall determine the conditions under which the provisions referred to in the preceding subparagraphs shall be applicable to these territories.

Article 3

Si, durant la période visée à l'article 1, le gouvernement danois informe le Conseil, à la suite d'une résolution prise par le gouvernement local des îles Féroé, qu'il n'est pas en mesure de faire les déclarations visées à l'article 1, le Conseil examine, à la demande du gouvernement danois, la situation ainsi créée. Le Conseil décide, sur proposition de la Commission, des arrangements à prévoir pour résoudre les problèmes que cette situation pourrait poser pour la Communauté et notamment pour le Danemark et les îles Féroé.

Article 4

Les ressortissants danois résidant aux îles Féroé ne sont considérés comme ressortissants d'un Etat membre au sens des traités originaires qu'à compter de la date à laquelle ces traités originaires deviendraient applicables à ces îles.

Article 5

Les déclarations visées à l'article 1 doivent être faites simultanément et ne peuvent donner lieu qu'à une application simultanée des traités originaires aux îles Féroé.

Protocole n° 3 concernant les îles anglo-normandes et l'île de Man

Article 1

1. La réglementation communautaire en matière douanière et en matière de restrictions quantitatives, et notamment celle de l'acte d'adhésion, s'applique aux îles anglo-normandes et à l'île de Man dans les mêmes conditions qu'au Royaume-Uni. En particulier les droits de douane et les taxes d'effet équivalent entre ces territoires et la Communauté dans sa composition originaires et entre ces territoires et les nouveaux Etats membres sont progressivement réduits, conformément au rythme prévu aux articles 32 et 36 de l'acte d'adhésion. Le tarif douanier commun et le tarif unifié CECA sont applicables progressivement conformément au rythme prévu aux articles 39 et 59 de l'acte d'adhésion, et en tenant compte des articles 109, 110 et 119 de cet acte.

2. Pour les produits agricoles et pour les produits issus de leur transformation qui font l'objet d'un régime d'échange spécial, sont appliqués à l'égard des pays tiers les prélèvements et autres mesures à l'importation prévus par la réglementation communautaire, applicables par le Royaume-Uni.

Sont également applicables celles des dispositions de la réglementation communautaire, et notamment celles de l'acte d'adhésion, qui sont nécessaires en vue de permettre la libre circulation et le respect de conditions normales de concurrence dans les échanges de ces produits.

Le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission, détermine les conditions d'application à ces territoires des dispositions visées aux alinéas précédents.

Artikel 2

Die Rechte, welche die Staatsangehörigen dieser Gebiete im Vereinigten Königreich genießen, werden durch die Beitrittsakte nicht berührt. Für sie gelten jedoch nicht die Gemeinschaftsbestimmungen über die Freizügigkeit und den freien Dienstleistungsverkehr.

Artikel 3

Die Bestimmungen des EAG-Vertrags, die für Personen oder Unternehmen im Sinne des Artikels 196 des EAG-Vertrags gelten, finden auf diese Personen oder Unternehmen Anwendung, soweit sie in den genannten Gebieten ansässig sind oder ihren Sitz haben.

Artikel 4

Die Behörden dieser Gebiete wenden auf alle natürlichen und juristischen Personen der Gemeinschaft die gleiche Behandlung an.

Artikel 5

Ergeben sich aus der Anwendung der in diesem Protokoll festgelegten Regelung in den Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und diesen Gebieten auf einer der beiden Seiten Schwierigkeiten, so schlägt die Kommission dem Rat unverzüglich die von ihr für notwendig erachteten Schutzmaßnahmen einschließlich der Bedingungen und Einzelheiten ihrer Durchführung vor.

Der Rat beschließt mit qualifizierter Mehrheit binnen einem Monat.

Artikel 6

Im Sinne dieses Protokolls gilt als Staatsangehöriger der Kanalinseln oder der Insel Man jeder Bürger des Vereinigten Königreichs und seiner Kolonien, der diese Staatsbürgerschaft aufgrund der Tatsache besitzt, daß er selbst oder ein Teil seiner Eltern oder Großeltern auf der betreffenden Insel geboren, adoptiert, naturalisiert oder in das Personenstandsregister eingetragen wurde; eine solche Person wird jedoch insoweit nicht als Staatsangehöriger dieser Gebiete betrachtet, wenn sie selbst oder ein Teil ihrer Eltern oder Großeltern im Vereinigten Königreich geboren, adoptiert, naturalisiert oder in das Personenstandsregister eingetragen wurde. Sie gilt auch nicht als Staatsangehöriger dieser Gebiete, wenn sie zu irgendeiner Zeit fünf Jahre lang ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Vereinigten Königreich hatte.

Die erforderlichen Verwaltungsbestimmungen zur Feststellung dieser Personen werden der Kommission mitgeteilt.

Article 2

The rights enjoyed by Channel Islanders or Manxmen in the United Kingdom shall not be affected by the Act of Accession. However, such persons shall not benefit from Community provisions relating to the free movement of persons and services.

Article 3

The provisions of the Euratom Treaty applicable to persons or undertakings within the meaning of Article 196 of that Treaty shall apply to those persons or undertakings when they are established in the aforementioned territories.

Article 4

The authorities of these territories shall apply the same treatment to all natural and legal persons of the Community.

Article 5

If, during the application of the arrangements defined in this Protocol, difficulties appear on either side in relations between the Community and these territories, the Commission shall without delay propose to the Council such safeguard measures as it believes necessary, specifying their terms and conditions of application.

The Council shall act by a qualified majority within one month.

Article 6

In this Protocol, Channel Islander or Manxman shall mean any citizen of the United Kingdom and Colonies who holds that citizenship by virtue of the fact that he, a parent or grandparent was born, adopted, naturalized or registered in the island in question; but such a person shall not for this purpose be regarded as a Channel Islander or Manxman if he, a parent or a grandparent was born, adopted, naturalized or registered in the United Kingdom. Nor shall he be so regarded if he has at any time been ordinarily resident in the United Kingdom for five years.

The administrative arrangements necessary to identify these persons will be notified to the Commission.

Article 2

Les droits dont bénéficient les ressortissants de ces territoires au Royaume-Uni ne sont pas affectés par l'acte d'adhésion. Toutefois, ceux-ci ne bénéficient pas des dispositions communautaires relatives à la libre circulation des personnes et des services.

Article 3

Les dispositions du traité CEEA applicables aux personnes ou entreprises au sens de l'article 196 de ce traité s'appliquent à ces personnes ou entreprises lorsqu'elles sont établies dans les territoires précités.

Article 4

Les autorités de ces territoires appliquent le même traitement à toutes les personnes physiques ou morales de la Communauté.

Article 5

Si, lors de l'application du régime défini au présent protocole, des difficultés apparaissent de part ou d'autre dans les relations entre la Communauté et ces territoires, la Commission propose au Conseil, sans délai, les mesures de sauvegarde qu'elle estime nécessaires, en précisant les conditions et les modalités d'application.

Le Conseil statue à la majorité qualifiée dans un délai d'un mois.

Article 6

Est considéré au sens du présent protocole comme ressortissant des îles anglo-normandes ou de l'île de Man, tout citoyen du Royaume-Uni et de ses colonies qui détient cette citoyenneté en vertu du fait que lui-même, l'un de ses parents ou l'un de ses grands-parents est né, a été adopté, naturalisé ou inscrit au registre de l'état civil dans l'une des îles en question; toutefois, une telle personne n'est pas considérée à cet égard comme ressortissant de ces territoires si elle-même, l'un de ses parents ou de ses grands-parents est né, a été adopté, naturalisé ou inscrit au registre de l'état civil au Royaume-Uni. Elle n'est pas davantage considérée comme tel si à une époque quelconque elle a résidé normalement au Royaume-Uni pendant cinq ans.

Les dispositions administratives nécessaires à son identification sont communiquées à la Commission.

Protokoll Nr. 4 betreffend Grönland

Artikel 1

Dänemark wird ermächtigt, die innerstaatlichen Bestimmungen beizubehalten, nach denen zur Erlangung einer Erlaubnis für den Zugang zu bestimmten kaufmännischen Tätigkeiten in Grönland eine Aufenthaltsdauer von sechs Monaten in diesem Gebiet erforderlich ist.

Der Rat kann nach dem in Artikel 57 des EWG-Vertrags vorgesehenen Verfahren eine Liberalisierung dieser Regelung beschließen.

Artikel 2

Die Organe der Gemeinschaft werden im Rahmen der gemeinsamen Marktorganisation für Fischereierzeugnisse nach geeigneten Lösungen für die besonderen Probleme Grönlands suchen.

Protokoll Nr. 5 betreffend Svalbard (Spitzbergen)

Artikel 1

Dem Königreich Norwegen steht es frei, die Ratifikation des Vertrags über den Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur Europäischen Atomgemeinschaft sowie die Hinterlegung der Urkunde über den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl nur für das Hoheitsgebiet des Königreichs unter Ausschluß von Svalbard vorzunehmen.

Artikel 2

Macht Norwegen von dieser Möglichkeit Gebrauch, so gelten folgende Bestimmungen:

- a) eine Änderung der Zollregelung für die Einfuhr von Waren mit Ursprung in und Herkunft aus Svalbard nach Norwegen ist nicht erforderlich;
- b) die Ausfuhr von Svalbard umfaßt gegenwärtig ausschließlich Kohle und wirft keine konkreten Probleme auf. Soweit sich diese Sachlage, insbesondere infolge von Beschlüssen, die gegebenenfalls im Rahmen der gemeinsamen Politik gefaßt werden, ändert, prüfen die Organe der Gemeinschaft diese Frage erneut, um den Auswirkungen Rechnung zu tragen, die eine solche Änderung für die auf Einfuhren aus Svalbard anwendbare Regelung haben könnte;
- c) die im Rahmen der unter Buchstabe a genannten Regelung nach Norwegen eingeführten Waren können nicht als in Norwegen im freien Verkehr im Sinne des Artikels 10 des EWG-Vertrags befindlich angesehen werden, wenn sie in einen anderen Mitgliedstaat wiederausgeführt werden.

**Protocol No 4
on Greenland**

Article 1

Denmark may retain its national provisions whereby a six-month period of residence in Greenland is required to obtain a licence for engaging in certain commercial activities in that territory.

The Council may, acting in accordance with the procedure laid down in Article 57 of the EEC Treaty, decide upon a liberalization of this system.

Article 2

The institutions of the Community will seek, within the framework of the common organization of the market in fishery products, adequate solutions to the specific problems of Greenland.

**Protocol No 5
on Svalbard (Spitzbergen)**

Article 1

The Kingdom of Norway shall have the right to ratify the Treaty concerning Accession to the European Economic Community and the European Atomic Energy Community and to deposit its instrument of accession to the European Coal and Steel Community for the territory of the Kingdom, with the exception of Svalbard.

Article 2

If Norway avails itself of this right, the following provisions shall apply:

- (a) no amendment of the customs treatment applicable to imports into Norway of goods originating in and coming from Svalbard shall be required;
- (b) present exports from Svalbard consist solely of coal and present no real problem. In so far as that situation might alter, particularly following decisions which could be taken within the framework of common policies, the institutions of the Community will re-examine the matter to take into account the consequences such an alteration could have with regard to the treatment applicable to imports from Svalbard;
- (c) goods imported into Norway which receive the treatment referred to in (a) may not be considered as being in free circulation in that State within the meaning of Article 10 of the EEC Treaty when they are re-exported to another Member State.

**Protocole n° 4
concernant le Groenland**

Article 1

Le Danemark est autorisé à maintenir les dispositions nationales aux termes desquelles une période de résidence de six mois au Groenland est exigée afin d'obtenir une licence pour l'accès à certaines activités commerciales dans cette région.

Le Conseil, statuant selon la procédure prévue à l'article 57 du traité CEE, peut décider une libéralisation de ce système.

Article 2

Les institutions de la Communauté rechercheront, dans le cadre de l'organisation commune des marchés pour les produits de la pêche, des solutions adéquates aux problèmes spécifiques du Groenland.

**Protocole n° 5
concernant le Svalbard (Spitzberg)**

Article 1

Le Royaume de Norvège a la faculté de ratifier le traité relatif à l'adhésion à la Communauté économique européenne et à la Communauté européenne de l'énergie atomique et de déposer son instrument d'adhésion à la Communauté européenne du charbon et de l'acier pour le territoire du Royaume, à l'exclusion du Svalbard.

Article 2

Si la Norvège utilise cette faculté, les dispositions suivantes sont applicables:

- a) aucune modification du régime douanier applicable à l'importation en Norvège de marchandises originaires et en provenance du Svalbard n'est exigée;
- b) les exportations actuelles du Svalbard sont représentées uniquement par du charbon et ne soulèvent aucun problème sur le plan concret. Dans la mesure où cette situation se trouverait modifiée, notamment à la suite de décisions qui pourraient être prises dans le cadre des politiques communes, les institutions de la Communauté réexamineront la question pour tenir compte des conséquences qu'une telle modification pourrait entraîner en ce qui concerne le régime applicable aux importations en provenance du Svalbard;
- c) les marchandises importées en Norvège au bénéfice du régime visé sous a) ne peuvent être considérées comme étant en libre pratique dans cet Etat au sens de l'article 10 du traité CEE lorsqu'elles sont réexportées dans un autre Etat membre.

Protokoll Nr. 6
über bestimmte mengenmäßige Beschränkungen
betreffend Irland und Norwegen

I. Irland

1. Die in Irland geltenden mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen für die nachstehend aufgeführten Waren werden schrittweise durch die Eröffnung folgender Globalkontingente beseitigt:

Zeitraum	Strümpfe (1) Nrn. ex 60.03 und ex 60.04 des GZT	Federn für Kraftfahrzeuge (2) Nr. ex 73.35 des GZT	Zündkerzen und Teile davon aus Metall Nr. ex 85.08 D des GZT	Besen und Bürsten im Wert von £ 1.50 oder mehr je Dutzend Nrn. ex 96.01 und ex 96.02 des GZT	Besen und Bürsten im Wert unter £ 1.50 je Dutzend Nrn. ex 96.01 und ex 96.02 des GZT
	Paar	£	Einheiten	Stück	Stück
1. Januar 1973 bis 30. Juni 1973	2 000 000	50 000	300 000	130 000	600 000
1. Juli 1973 bis 30. Juni 1974	5 000 000	150 000	900 000	460 000	1 600 000
1. Juli 1974 bis 30. Juni 1975	6 000 000	200 000	1 250 000	660 000	2 200 000

Diese Beschränkungen werden am 1. Juli 1975 beseitigt.

(1) Das Kontingent gilt für Strumpfhosen und Strümpfe außer Halbstrümpfen, ganz oder hauptsächlich aus Seide oder aus synthetischen oder künstlichen Spinnfasern hergestellt, im Werte von höchstens £ 2,50 je Dutzend Paar.

(2) Das Kontingent gilt für Federn und Federblätter aus Walzeisen oder Walzstahl, die für Kraftfahrzeuge bestimmt sind.

2. Irland wird ermächtigt, für Superphosphate der Tarifnr. 31.03 A I des Gemeinsamen Zolltarifs gegenüber anderen Ländern als dem Vereinigten Königreich ein Einfuhrkontingent beizubehalten. Das Volumen dieses Kontingents wird unter Zugrundelegung der irischen Produktion im Jahre 1970 festgesetzt auf

3 v. H. des Volumens dieser Produktion im Jahre 1973,
6 v. H. des Volumens dieser Produktion im Jahre 1974,
die Hälfte von 8 v. H. des Volumens dieser Produktion im ersten Halbjahr 1975.

Das Kontingent wird am 1. Juli 1975 abgeschafft.

**Protocol No 6
on certain quantitative restrictions
relating to Ireland and Norway**

I. Ireland

1. The quantitative restrictions on imports in force in Ireland for the following products shall be progressively abolished by the opening of the following global quotas:

Period	Stockings (1) CCT heading No ex 60.03 & ex 60.04	Springs for vehicles (2) CCT heading No ex 73.35	Sparkling plugs and metal component parts CCT heading No ex 85.08 D	Brushes and brooms of a value of not less than £1.50 per dozen CCT heading No ex 96.01 & ex 96.02	Brushes and brooms valued at less than £1.50 per dozen CCT heading No ex 96.01 & ex 96.02
	pairs	£	items	items	items
1 January 1973 to 30 June 1973	2,000,000	50,000	300,000	130,000	600,000
1 July 1973 to 30 June 1974	5,000,000	150,000	900,000	460,000	1,600,000
1 July 1974 to 30 June 1975	6,000,000	200,000	1,250,000	660,000	2,200,000

These restrictions shall be abolished on 1 July 1975.

(1) The quota is applicable to tights and stockings other than knee-length stockings entirely or mainly made of silk or man-made fibres, of a value of not more than £2.50 per dozen pairs.

(2) The quota is applicable to laminated springs of iron or steel, for use as parts of vehicles, and to leaves for these springs.

**Protocole n° 6
concernant certaines restrictions quantitatives
intéressant l'Irlande et la Norvège**

I. Irlande

1. Les restrictions quantitatives à l'importation en vigueur en Irlande, pour les produits énumérés ci-après, sont éliminées progressivement par l'ouverture des contingents globaux suivants:

Période	Bas. (1) pos. ex 60.03 et pos. ex 60.04 du TDC	Ressorts pour véhicules (2) pos. ex 73.35 du TDC	Bougies d'allumage et leurs parties et pièces détachées en métal pos. ex 85.08 D du TDC	Articles de brosse et balais d'une valeur de £ 1,50 ou plus par douzaine pos. ex 96.01 et pos. ex 96.02 du TDC	Articles de brosse et balais d'une valeur de moins de £ 1,50 par douzaine pos. ex 96.01 et pos. ex 96.02 du TDC
	paires	£	unités	pièces	pièces
1 ^{er} janvier 1973 au 30 juin 1973	2.000.000	50.000	300.000	130.000	600.000
1 ^{er} juillet 1973 au 30 juin 1974	5.000.000	150.000	900.000	460.000	1.600.000
1 ^{er} juillet 1974 au 30 juin 1975	6.000.000	200.000	1.250.000	660.000	2.200.000

Ces restrictions sont supprimées le 1^{er} juillet 1975.

(1) Le contingent est applicable aux collants et aux bas, autres que les mi-bas, entièrement ou essentiellement fabriqués en soie ou en fibres textiles synthétiques ou artificielles, d'une valeur ne dépassant pas £ 2,50 par douzaine de paires.

(2) Le contingent est applicable aux ressorts et lames de ressorts en fer ou en acier laminés, destinés à être utilisés comme pièces de véhicules.

2. Ireland is authorized to retain for superphosphates (CCT heading No 31.03 A I) an import quota for countries other than the United Kingdom. The volume of this quota shall be fixed with reference to Irish production recorded in 1970 at:

3% of this production volume in 1973,

6% of this production volume in 1974,

half of 8% of this production volume for the first half of 1975.

This quota shall be abolished on 1 July 1975.

2. L'Irlande est autorisée à maintenir à l'égard des pays autres que le Royaume-Uni un contingent à l'importation pour les superphosphates de la position 31.03 A I du tarif douanier commun. Le volume de ce contingent est fixé, en prenant pour référence la production irlandaise enregistrée en 1970:

à 3% du volume de cette production en 1973,

à 6% du volume de cette production en 1974,

à la moitié de 8% du volume de cette production pour le 1^{er} semestre de 1975.

Ce contingent est supprimé le 1^{er} juillet 1975.

3. Irland wird ermächtigt, die mengenmäßigen Beschränkungen für die Ausfuhr der nachstehend aufgeführten Erzeugnisse in die anderen Mitgliedstaaten bis zum 1. Juli 1975 beizubehalten:

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung
ex 41.01	Rohe Häute und Felle (frisch, gesalzen, getrocknet, geäschert oder gepickelt), einschließlich nicht enthaarter Felle von Schafen und Lämmern: — Rohe Häute und Felle von Schafen und Lämmern (frisch, gesalzen, getrocknet, geäschert oder gepickelt), einschließlich nicht enthaarter Felle von Schafen und Lämmern
44.01	Brennholz in Form von Rundlingen, Scheiten, Zweigen oder Reisigbündeln; Holzabfälle einschließlich Sägespäne
44.03	Rohholz, auch entrindet oder nur grob zugerichtet
44.04	Holz, vierseitig oder zweiseitig grob zugerichtet, aber nicht weiterbearbeitet
44.05	Holz, in der Längsrichtung gesägt, gemesert oder rundgeschält, aber nicht weiterbearbeitet, mit einer Dicke von mehr als 5 mm
ex 74.01	Kupfermatte; Rohkupfer (Kupfer zum Raffinieren und raffiniertes Kupfer); Bearbeitungsabfälle und Schrott, aus Kupfer: — Bearbeitungsabfälle und Schrott, aus Kupfer
ex 75.01	Nickelmatte, Nickelspeise und andere Zwischenerzeugnisse der Nickelherstellung; Rohnickel (ausgenommen Anoden der Tarifnr. 75.05); Bearbeitungsabfälle und Schrott, aus Nickel: — Bearbeitungsabfälle und Schrott, aus Nickel
76.01	Rohaluminium; Bearbeitungsabfälle und Schrott, aus Aluminium: B. Bearbeitungsabfälle und Schrott
78.01	Rohblei (auch silberhaltig); Bearbeitungsabfälle und Schrott, aus Blei: B. Bearbeitungsabfälle und Schrott
79.01	Rohzink; Bearbeitungsabfälle und Schrott, aus Zink: B. Bearbeitungsabfälle und Schrott

II. Norwegen

Norwegen wird ermächtigt, die mengenmäßigen Beschränkungen für die Ausfuhr der nachstehend aufgeführten Erzeugnisse in die anderen Mitgliedstaaten bis zum 31. Dezember 1974 beizubehalten:

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung
ex 74.01	Kupfermatte; Rohkupfer (Kupfer zum Raffinieren und raffiniertes Kupfer); Bearbeitungsabfälle und Schrott, aus Kupfer: — Bearbeitungsabfälle und Schrott, aus Kupfer

3. Ireland is authorized to retain until 1 July 1975 quantitative restrictions on exports of the following products to other Member States:

3. L'Irlande est autorisée à maintenir jusqu'au 1^{er} juillet 1975 les restrictions quantitatives à l'exportation des produits énumérés ci-après à destination des autres Etats membres:

CCT heading No	Description of goods	N° du tarif douanier commun	Désignation des marchandises
ex 41.01	Raw hides and skins (fresh, salted, dried, pickled or limed), whether or not split, including sheepskins in the wool: — Raw hides and skins of sheep (fresh, salted, dried, pickled or limed), whether or not split, including sheepskins in the wool	ex 41.01	Peaux brutes (fraîches, salées, séchées, chaulées, picklées), y compris les peaux d'ovins lainées: — Peaux brutes (fraîches, salées, séchées, chaulées, picklées) d'ovins, y compris les peaux d'ovins lainées
44.01	Fuel wood, in logs, in billets, in twigs or in faggots; wood waste, including sawdust	44.01	Bois de chauffage en rondins, bûches, ramilles ou fagots; déchets de bois, y compris les sciures
44.03	Wood in the rough, whether or not stripped of its bark or merely roughed down	44.03	Bois bruts, même écorcés ou simplement dégrossis
44.04	Wood, roughly squared or half-squared, but not further manufactured	44.04	Bois simplement équarris
44.05	Wood sawn lengthwise, sliced or peeled, but not further prepared, of a thickness exceeding 5 mm	44.05	Bois simplement sciés longitudinalement, tranchés ou déroulés, d'une épaisseur supérieure à 5 mm
ex 74.01	Copper matte; unwrought copper (refined or not); copper waste and scrap: Copper waste and scrap	ex 74.01	Mattes de cuivre; cuivre brut (cuivre pour affinage et cuivre affiné); déchets et débris de cuivre: — Déchets et débris de cuivre
ex 75.01	Nickel mattes, nickel speiss and other intermediate products of nickel metallurgy; unwrought nickel (excluding electro-plating anodes); nickel waste and scrap: Nickel waste and scrap	ex 75.01	Mattes, speiss et autres produits intermédiaires de la métallurgie du nickel; nickel brut (à l'exclusion des anodes du n° 75.05); déchets et débris de nickel: — Déchets et débris de nickel
76.01	Unwrought aluminium; aluminium waste and scrap: B. Waste and scrap	76.01	Aluminium brut; déchets et débris d'aluminium: B. Déchets et débris
78.01	Unwrought lead (including argentiferous lead); lead waste and scrap: B. Waste and scrap	78.01	Plomb brut (même argentifère); déchets et débris de plomb: B. Déchets et débris
79.01	Unwrought zinc; zinc waste and scrap: B. Waste and scrap	79.01	Zinc brut; déchets et débris de zinc: B. Déchets et débris

II. Norway

Norway is authorized to retain until 31 December 1974 quantitative restrictions on exports of the following products to other Member States:

II. Norvège

La Norvège est autorisée à maintenir jusqu'au 31 décembre 1974 les restrictions quantitatives à l'exportation des produits énumérés ci-après à destination des autres Etats membres:

CCT heading No	Description of goods	N° du tarif douanier commun	Désignation des marchandises
ex 74.01	Copper matte; unwrought copper (refined or not); copper waste and scrap: Copper waste and scrap	ex 74.01	Mattes de cuivre; cuivre brut (cuivre pour affinage et cuivre affiné); déchets et débris de cuivre: — Déchets et débris de cuivre

Protokoll Nr. 7
über die Einfuhr von Kraftfahrzeugen und die
Kraftfahrzeug-Montageindustrie in Irland

Artikel 1

Irland wird ermächtigt, die für die Kraftfahrzeugmontage und die Kraftfahrzeugeinfuhr geltende Regelung, im folgenden „Scheme“ genannt, die nach dem „Motor Vehicles (Registration of Importers) Act, 1968“, im folgenden „Act“ genannt, durchgeführt wird, bis zum 1. Januar 1985 beizubehalten.

Artikel 2

1. Vom Beitritt an sind alle im Rahmen des „Act“ eingetragenen und weiterhin die Eintragungsvoraussetzungen erfüllenden Einfuhr-/Montagebetriebe, die in der Gemeinschaft hergestellte Kraftfahrzeugmarken einführen und montieren, ermächtigt, bereits montierte Fahrzeuge von in anderen Mitgliedstaaten hergestellten Marken und mit Ursprung in diesen Mitgliedstaaten ohne Beschränkungen einzuführen.

2. Vom 1. Januar 1974 an wendet Irland im Rahmen der Zollherabsetzungen, die es nach Artikel 32 der Beitrittsakte durchführt, eine nichtdiskriminierende Zollregelung auf die Fahrzeuge an, die von den in Absatz 1 genannten Einfuhr-/Montagebetrieben eingeführt werden.

3. Irland hat weiterhin die Möglichkeit, die Steueranteile der Zölle, die auf Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugteile erhoben werden, durch inländische Abgaben zu ersetzen, die Artikel 95 des EWG-Vertrags und Artikel 38 der Beitrittsakte entsprechen. Diese Abgaben dürfen insbesondere nicht zu einer Diskriminierung zwischen den auf folgende Waren erhobenen Zöllen führen:

- Teile, die in Irland hergestellt werden, und Teile, die aus anderen Mitgliedstaaten eingeführt werden;
- Kraftfahrzeuge, die in Irland montiert werden, und montierte Kraftfahrzeuge, die aus anderen Mitgliedstaaten eingeführt werden;
- Teile, die in Irland hergestellt oder aus anderen Mitgliedstaaten eingeführt werden, und Kraftfahrzeuge, die in Irland montiert oder aus anderen Mitgliedstaaten eingeführt werden.

Artikel 3

1. Die in Artikel 2 Absatz 2 genannte Zollregelung gilt vom 1. Januar 1974 an auch für ein Globalkontingent, das Irland vom Beitritt an zugunsten der anderen Mitgliedstaaten für Kraftfahrzeuge mit Ursprung in der Gemeinschaft eröffnet, die nicht unter die Sonderregelung des „Scheme“ fallen.

2. Das Volumen dieses Kontingents wird jedes Jahr auf der Grundlage eines Hundertsatzes der Zahl der in Irland im vorausgegangenen Jahr montierten Kraftfahrzeuge festgesetzt. Dieser Hundertsatz beträgt für 1973 3 v. H.; er wird jährlich um einen Punkt bis auf 14 v. H. im Jahre 1984 erhöht.

Irland kann das Volumen dieses Kontingents auf die folgenden Kraftfahrzeuggruppen aufteilen:

- I. — Personenkraftfahrzeuge
 - a) mit einem Hubraum bis 1500 cm³
 - b) mit einem Hubraum über 1500 cm³

Protocol No 7
on imports of motor vehicles
and the motor vehicle assembly industry
in Ireland

Article 1

Ireland is authorized to retain, until 1 January 1985, the system applicable to assembly and import of motor vehicles (hereinafter referred to as the "Scheme") applied in accordance with the provisions of the Motor Vehicles (Registration of Importers) Act, 1968 (hereinafter referred to as the "Act").

Article 2

1. From the date of accession, all the importers-assemblers of makes of vehicles manufactured in the Community who have been registered under the Act, and who continue to fulfil the conditions of registration, shall be authorized to import from other Member States and without restriction fully built-up vehicles of makes manufactured in other Member States.

2. From 1 January 1974, Ireland shall, within the framework of the tariff reductions which it is to carry out in accordance with the provisions of Article 32 of the Act of Accession, apply non-discriminatory tariff treatment to the vehicles imported by the importers-assemblers referred to in paragraph 1.

3. Ireland shall retain the right to replace the fiscal element contained in the customs duties applied to motor vehicles and parts thereof by internal taxes in accordance with Article 95 of the EEC Treaty and Article 38 of the Act of Accession. In particular these taxes must not entail any discrimination between the rates applied to:

- parts manufactured in Ireland and parts imported from other Member States;
- vehicles assembled in Ireland and fully built-up vehicles imported from other Member States;
- parts manufactured in Ireland or imported from other Member States and vehicles assembled in Ireland or imported from other Member States.

Article 3

1. The tariff treatment referred to in Article 2 (2) shall, from 1 January 1974, also apply to a global quota which Ireland shall open, from the date of accession, to the other Member States in respect of vehicles originating in the Community other than those covered by special treatment under the Scheme.

2. This quota shall be fixed annually on the basis of a percentage of the number of vehicles assembled in Ireland during the previous year. This percentage is to be 3% in 1973 and shall increase each year by one point to reach 14% in 1984.

Ireland may allocate the amount of this quota between the following categories of vehicles:

- I. — Private vehicles
- (a) with a cylinder capacity less than or equal to 1,500 cc
 - (b) with a cylinder capacity greater than 1,500 cc.

Protocole n° 7
concernant l'importation de véhicules
à moteur et l'industrie du montage en Irlande

Article 1

L'Irlande est autorisée à maintenir, jusqu'au 1^{er} janvier 1985, le régime applicable au montage et à l'importation de véhicules à moteur, ci-après dénommé «Scheme», appliqué conformément aux dispositions du «Motor Vehicles (Registration of Importers) Act, 1968», ci-après dénommé «Act».

Article 2

1. Dès l'adhésion, tous les importateurs-assembleurs de véhicules des marques fabriquées dans la Communauté qui sont enregistrés dans le cadre de l'«Act» et qui continuent à remplir les conditions requises pour l'enregistrement, sont autorisés à importer sans restriction des véhicules déjà montés, originaires des autres Etats membres, des marques fabriquées dans ces Etats.

2. Dans le cadre des réductions tarifaires que l'Irlande effectue conformément aux dispositions de l'article 32 de l'acte d'adhésion, cet Etat applique, dès le 1^{er} janvier 1974, un régime tarifaire non discriminatoire aux véhicules importés par les importateurs-assembleurs visés au paragraphe 1.

3. L'Irlande conserve la faculté de remplacer les éléments fiscaux, contenus dans les droits de douane sur les véhicules à moteur et leurs pièces détachées, par des taxes intérieures conformes aux dispositions de l'article 95 du traité CEE et de l'article 38 de l'acte d'adhésion. En particulier, ces taxes ne doivent comporter aucune discrimination entre les taux frappant:

- les pièces détachées fabriquées en Irlande et les pièces détachées en provenance des autres Etats membres;
- les véhicules assemblés en Irlande et les véhicules assemblés en provenance des autres Etats membres;
- les pièces détachées fabriquées en Irlande ou en provenance des autres Etats membres et les véhicules assemblés en Irlande ou en provenance des autres Etats membres.

Article 3

1. Le régime tarifaire visé à l'article 2 paragraphe 2 s'applique également, à partir du 1^{er} janvier 1974, à un contingent global ouvert par l'Irlande aux autres Etats membres, dès l'adhésion, pour les véhicules originaires de la Communauté, autres que ceux couverts par le régime spécial découlant du «Scheme».

2. Le volume de ce contingent est fixé, chaque année, sur la base d'un pourcentage du nombre de véhicules assemblés en Irlande au cours de l'année précédente. Ce pourcentage est de 3% en 1973 et augmente chaque année d'un point pour atteindre 14% en 1984.

L'Irlande peut répartir le volume de ce contingent entre les catégories de véhicules suivants:

- I. — Voitures particulières
- a) d'une cylindrée inférieure ou égale à 1.500 cm³
 - b) d'une cylindrée supérieure à 1.500 cm³.

- II. — Nutzkraftfahrzeuge
 a) mit einem Leergewicht bis 3,5 t
 b) mit einem Leergewicht über 3,5 t

Das Leergewicht wird nach den Vorschriften für die Einteilung der Fahrzeuge für die Zwecke der Kraftfahrzeugbesteuerung in Irland festgestellt.

3. Innerhalb dieser Unterteilung kann Irland folgende Quoten zuteilen:

Gruppe I — Personenkraftfahrzeuge	85 v. H.
des Globalkontingents, unterteilt wie folgt:	
I. a) (bis 1500 cm ³)	75 v. H.
I. b) (über 1500 cm ³)	25 v. H.
Gruppe II — Nutzkraftfahrzeuge	15 v. H.
des Globalkontingents, unterteilt wie folgt:	
II. a) (bis 3,5 t)	75 v. H.
II. b) (über 3,5 t)	25 v. H.

4. Stellt sich bei der Anwendung der Kontingentregelung heraus, daß das Kontingent aus Gründen, die auf die Aufteilung nach den vorstehenden Bestimmungen zurückzuführen sind, nicht voll ausgeschöpft wird, so kann die Kommission nach Konsultierung der irischen Regierung geeignete Maßnahmen festlegen, die die irische Regierung zu treffen hat, um die volle Ausschöpfung des Globalkontingents zu erleichtern.

Artikel 4

Ergeben sich aus der Durchführung dieses Protokolls, insbesondere des Artikels 2 Absatz 1, zwischen in Irland ansässigen Einfuhr-/Montagebetrieben Wettbewerbsverzerrungen, die den schrittweisen Übergang von der beim Beitritt geltenden Regelung zu der Regelung nach dem EWG-Vertrag in Frage stellen könnten, so kann die Kommission die irische Regierung ermächtigen, geeignete Maßnahmen zur Wiederherstellung des Gleichgewichts zu treffen. Diese Maßnahmen dürfen den Endtermin der Abschaffung des „Scheme“ nicht in Frage stellen.

Artikel 5

Irland nimmt alle weiteren Anpassungen des „Scheme“ vor, die den Übergang von der beim Beitritt geltenden Regelung zu der Regelung nach dem EWG-Vertrag erleichtern.

II. — Commercial vehicles

- (a) with a tare weight less than or equal to 3.5 tons
 (b) with a tare weight greater than 3.5 tons.

The tare weight shall be established in accordance with the rules for the classification of vehicles for the purposes of the road tax in Ireland.

3. Within this allocation, Ireland may fix the quotas as follows:

Category I — Private vehicles	85 %
of the global quota, allocated as follows:	
I. (a) (up to 1,500 cc)	75 %
I. (b) (over 1,500 cc)	25 %
Category II — Commercial vehicles	15 %
of the global quota, allocated as follows:	
II. (a) (up to 3.5 tons)	75 %
II. (b) (over 3.5 tons)	25 %

4. If, during the period of application of the quota system, it becomes clear that this quota has not been used to the full, for reasons connected with its allocation in the manner described above, the Commission may, after consulting the Irish Government, determine the appropriate measures to be taken by the Irish Government in order to facilitate the full use of the global quota.

Article 4

Where the application of this Protocol, and of Article 2 (1) in particular, gives rise to distortions in competition between importers-assemblers established in Ireland likely to jeopardize a phased transition from the system applied at the time of accession to a system which is in accordance with the EEC Treaty, the Commission may authorize the Irish Government to take appropriate measures to redress the situation. These measures may not call into question the final date for the abolition of the "Scheme".

Article 5

Ireland shall carry out all additional adjustments to the scheme with a view to facilitating the transition from the system applied at the time of accession to a system which is in accordance with the EEC Treaty.

II. — Véhicules utilitaires

- a) d'un poids à vide inférieur ou égal à 3,5 tonnes
 b) d'un poids à vide supérieur à 3,5 tonnes.

Le poids à vide est établi conformément aux règles de classification des véhicules aux fins de taxation routière en Irlande.

3. Dans le cadre de cette répartition, l'Irlande peut fixer comme suit des quotes-parts:

Catégorie I — Voitures particulières	85 %
du contingent global, répartis comme suit:	
I. a) (jusqu'à 1.500 cm ³)	75 %
I. b) (au-dessus de 1.500 cm ³)	25 %
Catégorie II — Véhicules utilitaires	15 %
du contingent global, répartis comme suit:	
II. a) (jusqu'à 3,5 tonnes)	75 %
II. b) (au-dessus de 3,5 tonnes)	25 %

4. Si, au cours de l'application du système de contingent, il devient évident que le contingent n'est pas complètement utilisé pour des raisons tenant à la répartition du contingent selon les dispositions ci-dessus, la Commission peut déterminer, après consultation du gouvernement irlandais, les mesures appropriées que celui-ci devra prendre pour faciliter la pleine utilisation du contingent global.

Article 4

Si l'application du présent protocole, et notamment de son article 2 paragraphe 1, provoque entre les importateurs-assembleurs établis en Irlande, des distorsions de concurrence susceptibles de compromettre le passage progressif du régime appliqué à la date de l'adhésion au régime conforme au traité CEE, la Commission peut autoriser le gouvernement irlandais à prendre les mesures appropriées pour rééquilibrer la situation. Ces mesures ne peuvent remettre en cause la date finale de l'abolition du « Scheme ».

Article 5

L'Irlande apporte tous aménagements complémentaires au « Scheme » en vue de faciliter le passage du régime appliqué à la date de l'adhésion au régime conforme au traité CEE.

Protokoll Nr. 8
über Phosphor der Tarifstelle 28.04 C IV
des Gemeinsamen Zolltarifs

1. Das Vereinigte Königreich wird ermächtigt, vom 1. Januar 1974 bis zum 31. Dezember 1977 ein jährliches Zollkontingent für Phosphor der Tarifstelle 28.04 C IV des Gemeinsamen Zolltarifs in einem Umfang zu eröffnen, der dem Bedarf dieses Landes entspricht, aber 40 000 t jährlich nicht überschreitet.

2. In den Jahren 1974, 1975 und 1976 wird auf dieses Kontingent der Zollsatz Null angewandt.

Der Rat kann einstimmig eine Änderung des auf dieses Zollkontingent anzuwendenden Zollsatzes beschließen; er berücksichtigt dabei die Wettbewerbs-, Versorgungs- und Produktionslage auf dem Phosphormarkt.

3. Für 1977 entscheidet der Rat einstimmig über den Zollsatz für dieses Kontingent. Ist eine solche Entscheidung nicht ergangen, so wird auf das Kontingent ein Zollsatz in Höhe der Hälfte des Zollsatzes des Gemeinsamen Zolltarifs angewandt.

4. Ab 1. Januar 1978 wendet das Vereinigte Königreich den Zollsatz des Gemeinsamen Zolltarifs an.

5. Das Vereinigte Königreich wendet ab 1. April 1973 den Zollsatz Null bei der Einfuhr von Phosphor aus der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung an.

Protokoll Nr. 9
über Aluminiumoxid und -hydroxid
der Tarifstelle 28.20 A
des Gemeinsamen Zolltarifs

1. Der autonome Zollsatz des Gemeinsamen Zolltarifs für Aluminiumoxid und -hydroxid der Tarifstelle 28.20 A des Gemeinsamen Zolltarifs wird spätestens am 1. Januar 1975 auf unbestimmte Dauer bis auf 5,5 % ausgesetzt.

2. Die neuen Mitgliedstaaten führen die erste Annäherung ihrer Zollsätze an den Gemeinsamen Zolltarif für diese Ware am 1. Januar 1976 durch, indem sie zu diesem Zeitpunkt den Abstand zwischen dem Ausgangszollsatz und dem Zollsatz von 5,5 % um 50 v. H. verringern.

3. Die neuen Mitgliedstaaten wenden ab 1. Juli 1977 den Zollsatz von 5,5 % an.

4. Der Rat überprüft die Lage, wenn die Gemeinschaft auf die Einfuhr von Aluminiumoxid und -hydroxid aus den unabhängigen Entwicklungsländern des Commonwealth, insbesondere denen des karibischen Raums, den Zollsatz Null nicht anwendet oder wenn die besonderen Bedingungen der Aluminiumindustrie es erfordern.

**Protocol No 8
on phosphorus
(CCT subheading No 28.04 C IV)**

1. From 1 January 1974 and until 31 December 1977, the United Kingdom is authorized to open an annual tariff quota for phosphorus (CCT subheading No 28.04 C IV) of a volume corresponding to the needs of that country but not exceeding 40,000 metric tons per annum.

2. During 1974, 1975 and 1976, this quota shall carry a nil duty.

The Council may decide unanimously to alter the duty applicable to this tariff quota, taking account of the situation with regard to conditions of competition, supply and production on the phosphorus market.

3. For 1977, the Council shall by unanimous decision fix the duty to be applied to this quota. If no such decision is taken, the quota shall carry a duty equal to half the duty applicable under the Common Customs Tariff.

4. The Common Customs Tariff shall be applied by the United Kingdom from 1 January 1978.

5. The United Kingdom shall, from 1 April 1973, apply a nil duty on imports of phosphorus from the Community as originally constituted.

**Protocole n° 8
concernant le phosphore
de la sous-position 28.04 C IV
du tarif douanier commun**

1. A partir du 1^{er} janvier 1974 et jusqu'au 31 décembre 1977, le Royaume-Uni est autorisé à ouvrir un contingent tarifaire annuel pour le phosphore de la sous-position 28.04 C IV du tarif douanier commun d'un volume correspondant aux besoins de ce pays, mais ne dépassant pas 40.000 tonnes par an.

2. Pendant les années 1974, 1975 et 1976, ce contingent est assorti d'un droit nul.

Le Conseil peut décider à l'unanimité une modification du droit applicable à ce contingent tarifaire, compte tenu de la situation de la concurrence, de l'approvisionnement et de la production sur le marché du phosphore.

3. Pour l'année 1977, le Conseil fixe à l'unanimité le droit applicable à ce contingent. En l'absence d'une telle décision, le contingent est assorti d'un droit égal à la moitié du droit applicable du tarif douanier commun.

4. A partir du 1^{er} janvier 1978, le Royaume-Uni applique le droit du tarif douanier commun.

5. Le Royaume-Uni applique, à partir du 1^{er} avril 1973, un droit nul à l'importation de phosphore en provenance de la Communauté dans sa composition originaire.

**Protocol No 9
on aluminium oxide and hydroxide (alumina)
(CCT subheading No 28.20 A)**

1. From 1 January 1975 at the latest, the autonomous duty in the Common Customs Tariff on aluminium oxide and hydroxide (CCT subheading No 28.20 A) shall be suspended at a level of 5.5 % for an indefinite period.

2. The new Member States shall carry out the first move towards aligning their duties on this product with the Common Customs Tariff on 1 January 1976, by reducing on that date by 50 % the difference between the basic duty and the 5.5 % duty.

3. The new Member States shall apply the 5.5 % duty from 1 July 1977.

4. The Council shall re-examine the situation if a nil duty is not applied by the Community to imports of aluminium oxide and hydroxide from the independent developing Commonwealth countries, particularly from those in the Caribbean, or if the conditions peculiar to the aluminium industry so require.

**Protocole n° 9
concernant l'oxyde et l'hydroxyde
d'aluminium (alumine)
de la sous-position 28.20 A
du tarif douanier commun**

1. Au plus tard le 1^{er} janvier 1975, le droit autonome du tarif douanier commun pour l'oxyde et l'hydroxyde d'aluminium de la sous-position 28.20 A du tarif douanier commun est suspendu au niveau de 5,5 % pour une durée indéterminée.

2. Les nouveaux Etats membres effectuent le premier rapprochement de leurs droits vers le tarif douanier commun pour ce produit le 1^{er} janvier 1976, en réduisant à cette date de 50 % l'écart entre le droit de base et le droit de 5,5 %.

3. Les nouveaux Etats membres appliquent le droit de 5,5 % à partir du 1^{er} juillet 1977.

4. Le Conseil réexamine la situation, d'une part, au cas où un droit nul ne serait pas appliqué par la Communauté aux importations d'oxyde et d'hydroxyde d'aluminium en provenance des pays indépendants en voie de développement du Commonwealth et notamment de ceux situés dans les Antilles et, d'autre part, au cas où les conditions propres à l'industrie de l'aluminium l'exigeraient.

Protokoll Nr. 10
über Mimosa-Gerbstoffauszüge
der Tarifstelle 32.01 A
des Gemeinsamen Zolltarifs
und Kastanien-Gerbstoffauszüge
der Tarifstelle ex 32.01 C
des Gemeinsamen Zolltarifs

1. Der autonome Zollsatz des Gemeinsamen Zolltarifs für Mimosa-Gerbstoffauszüge der Tarifstelle 32.01 A des Gemeinsamen Zolltarifs wird spätestens am 1. Januar 1974 auf unbestimmte Dauer bis auf 3 % ausgesetzt.

2. Irland und das Vereinigte Königreich wenden ab 1. Juli 1973 auf Einfuhren von Mimosa-Gerbstoffauszügen der Tarifstelle 32.01 A des Gemeinsamen Zolltarifs und Kastanien-Gerbstoffauszügen der Tarifstelle ex 32.01 C des Gemeinsamen Zolltarifs aus der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung den Zollsatz Null an.

Protokoll Nr. 11
über Sperrholz
der Tarifstelle ex 44.15
des Gemeinsamen Zolltarifs

1. Für folgende Erzeugnisse

ex 44.15 Sperrholz aus Nadelholz, nicht in Verbindung mit anderen Stoffen, mit einer Dicke von mehr als 9 mm und mit vom Schälern rohen Oberflächen

ex 44.15 Sperrholz aus Nadelholz, nicht in Verbindung mit anderen Stoffen, geschliffen und mit einer Dicke von mehr als 18,5 mm

werden ab 1. Januar 1974 zwei autonome Gemeinschaftszollkontingente zum Zollsatz Null eröffnet. Über ihr Volumen wird jährlich entschieden, wenn festgestellt wird, daß alle Möglichkeiten einer Versorgung auf dem Binnenmarkt der Gemeinschaft während des Zeitraums, für den die Kontingente eröffnet wurden, ausgeschöpft sein werden.

2. Der Rat überprüft die Lage, wenn bei den zum Zollsatz Null getätigten Einfuhren von Sperrholz aus Finnland nach Irland und nach dem Vereinigten Königreich oder bei dem von der Gemeinschaft auf bestimmte Erzeugnisse mit Ursprung in Entwicklungsländern angewandten Präferenzsystem eine erhebliche Änderung eingetreten ist.

3. Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich wenden ab 1. April 1973 auf Einfuhren von Sperrholz aus der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung den Zollsatz Null an.

Protocol No 10
tanning extracts of wattle (mimosa)
(CCT subheading No 32.01 A)
and tanning extracts of chestnut
(CCT subheading No ex 32.01 C)

1. By 1 January 1974 at the latest, the autonomous duty in the Common Customs Tariff on tanning extracts of wattle (mimosa) (CCT subheading No 32.01 A) shall be suspended at a level of 3% for an indefinite period.

2. Ireland and the United Kingdom shall apply from 1 July 1973 a nil duty on imports of tanning extracts of wattle (mimosa) (CCT subheading No 32.01 A) and tanning extracts of chestnut (CCT subheading No ex 32.01 C) from the Community as originally constituted.

Protocol No 11
on plywood
(CCT heading No ex 44.15)

1. In respect of the following products:

ex 44.15 Plywood of coniferous species, without the addition of other substances, of a thickness greater than 9 mm, of which the faces are not further prepared than the peeling process,

ex 44.15 Plywood of coniferous species, without the addition of other substances, sanded, and of a thickness greater than 18.5 mm,

two autonomous nil duty Community tariff quotas shall be opened from 1 January 1974. The volume of these quotas shall be decided annually when it is established that all possibilities of supply on the internal market of the Community will be exhausted during the period for which the quotas are open.

2. The Council shall re-examine the situation in the event of a significant change occurring in nil duty imports of plywood into Ireland and the United Kingdom from Finland or in the system of tariff preferences applied by the Community to certain products originating in the developing countries.

3. Denmark, Ireland and the United Kingdom shall, from 1 April 1973, apply a nil duty to imports of plywood from the Community as originally constituted.

Protocole n° 10
concernant les extraits tannants de mimosa
de la sous-position 32.01 A
du tarif douanier commun et les extraits
tannants de châtaignier
de la sous-position ex 32.01 C
du tarif douanier commun

1. Au plus tard le 1^{er} janvier 1974, le droit autonome du tarif douanier commun sur les extraits tannants de mimosa de la sous-position 32.01 A du tarif douanier commun est suspendu au niveau de 3% pour une durée indéterminée.

2. L'Irlande et le Royaume-Uni appliquent, à partir du 1^{er} juillet 1973, un droit nul à l'importation en provenance de la Communauté dans sa composition originaire d'extraits tannants de mimosa de la sous-position 32.01 A du tarif douanier commun et d'extraits tannants de châtaignier de la sous-position ex 32.01 C du tarif douanier commun.

Protocole n° 11
concernant les bois contreplaqués
de la position ex 44.15
du tarif douanier commun

1. Pour les produits suivants:

ex 44.15 Bois contreplaqués de conifères, sans adjonction d'autres matières, d'une épaisseur supérieure à 9 mm, dont les faces sont brutes de déroulage

ex 44.15 Bois contreplaqués de conifères, sans adjonction d'autres matières, poncés et d'une épaisseur supérieure à 18,5 mm

deux contingents tarifaires communautaires autonomes à droit nul sont ouverts à partir du 1^{er} janvier 1974. Les volumes en sont décidés annuellement lorsqu'il est établi que toutes les possibilités d'approvisionnement sur le marché intérieur de la Communauté seront épuisées pendant la période pour laquelle les contingents sont ouverts.

2. Le Conseil réexamine la situation au cas où une modification importante serait apportée aux importations à droit nul des bois contreplaqués en provenance de Finlande en Irlande et au Royaume-Uni ou au régime des préférences tarifaires appliqué par la Communauté pour certains produits originaires de pays en voie de développement.

3. Le Danemark, l'Irlande et le Royaume-Uni appliquent, à partir du 1^{er} avril 1973, un droit nul à l'importation de bois contreplaqués en provenance de la Communauté dans sa composition originaire.

**Protokoll Nr. 12
über Halbstoffe
der Tarifstelle 47.01 A II
des Gemeinsamen Zolltarifs**

1. Der autonome Zollsatz des Gemeinsamen Zolltarifs für Halbstoffe der Tarifstelle 47.01 A II des Gemeinsamen Zolltarifs wird nach einem noch festzulegenden Zeitplan vollständig ausgesetzt.

2. Die Mitgliedstaaten werden ermächtigt, bis zum Zeitpunkt der vollständigen Aussetzung des genannten Zollsatzes für die in Absatz 1 genannten Erzeugnisse ein Zollkontingent zum Zollsatz Null zu eröffnen. Sie unterrichten davon die Kommission.

**Protokoll Nr. 13
über Zeitungsdruckpapier
der Tarifstelle 48.01 A
des Gemeinsamen Zolltarifs**

1. Die Bestimmung des Begriffs Zeitungsdruckpapier der Tarifstelle 48.01 A des Gemeinsamen Zolltarifs wird dahingehend geändert, daß die untere Gewichtsgrenze von 48 auf 40 Gramm je m² herabgesetzt wird.

2. Das Zollkontingent von 625 000 t zu dem im Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen konsolidierten Zollsatz Null wird verringert.

3. Alljährlich wird ein autonomes Gemeinschaftszollkontingent zum Zollsatz Null eröffnet, wenn festgestellt wird, daß alle Möglichkeiten einer Versorgung auf dem Binnenmarkt der Gemeinschaft während des Zeitraums, für den das Kontingent eröffnet wurde, ausgeschöpft sein werden.

**Protokoll Nr. 14
über Rohblei
der Tarifstelle 78.01 A
des Gemeinsamen Zolltarifs**

1. Für Werkblei, das wie folgt bestimmt wird:

78.01 A I Rohblei mit einem Gehalt an Silber von 0,02 Gewichtshundertteilen oder mehr, zum Raffinieren (Werkblei)

wird bis zum Inkrafttreten einer zeitlich unbestimmten, vollständigen Aussetzung des Zollsatzes ein Gemeinschaftszollkontingent zum Zollsatz Null eröffnet. Die neuen Mitgliedstaaten sind daran ab 1. Januar 1974 beteiligt. Das Jahresvolumen des Gemeinschaftszollkontingents wird in Höhe der Summe des von den interessierten Mitgliedstaaten angemeldeten Bedarfs zuzüglich einer Reserve festgesetzt.

**Protocol No 12
on wood pulp
(CCT subheading No 47.01 A II)**

1. The autonomous duty in the Common Customs Tariff on wood pulp (CCT subheading No 47.01 A II) shall be totally suspended according to a timetable to be determined.

2. Until the date of total suspension of the above-mentioned duty, the Member States are authorized to open nil duty tariff quotas in respect of products covered by paragraph 1. They shall inform the Commission thereof.

**Protocol No 13
on newsprint
(CCT subheading No 48.01 A)**

1. The definition of newsprint (CCT subheading No 48.01 A) shall be amended in such a way as to reduce the lower weight limit from 48 to 40 grammes per square metre.

2. The nil duty tariff quota of 625,000 metric tons bound under the General Agreement on Tariffs and Trade will be reduced.

3. Each year an autonomous nil duty Community tariff quota shall be opened when it has been established that all possibilities of supply on the internal market of the Community will be exhausted during the period for which the quota is opened.

**Protocol No 14
on unwrought lead
(CCT subheading No 78.01 A)**

1. In respect of argentiferous lead defined as follows:
78.01 A I Unwrought lead containing not less than 0.02% silver, intended for refining (argentiferous lead)

a nil duty Community tariff quota shall be opened until the entry into force of a total suspension, for an indefinite period, of the duty on argentiferous lead. The new Member States shall participate in this tariff quota from 1 January 1974. Its annual volume shall be equal to the total of the applications made by the Member States concerned, plus a reserve.

**Protocole n° 12
concernant les pâtes à papier
de la sous-position 47.01 A II
du tarif douanier commun**

1. Le droit autonome du tarif douanier commun pour les pâtes à papier de la sous-position 47.01 A II du tarif douanier commun est totalement suspendu selon un rythme à déterminer.

2. Jusqu'à la date de la suspension totale du droit mentionné ci-dessus, les Etats membres sont autorisés à ouvrir, pour les produits visés au paragraphe 1, des contingents tarifaires à droit nul. Ils en informent la Commission.

**Protocole n° 13
concernant le papier journal
de la sous-position 48.01 A
du tarif douanier commun**

1. La définition du papier journal de la sous-position 48.01 A du tarif douanier commun est modifiée de manière à abaisser de 48 à 40 grammes la limite inférieure du poids au m².

2. Le contingent tarifaire de 625.000 tonnes à droit nul consolidé dans le cadre de l'Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce sera réduit.

3. Chaque année, un contingent tarifaire communautaire autonome à droit nul est ouvert lorsqu'il est établi que toutes les possibilités d'approvisionnement sur le marché intérieur de la Communauté seront épuisées pendant la période pour laquelle le contingent est ouvert.

**Protocole n° 14
concernant le plomb brut
de la sous-position 78.01 A
du tarif douanier commun**

1. Pour le plomb d'œuvre ainsi défini:
78.01 A I Plomb brut contenant en poids 0,02% ou plus d'argent et destiné à être affiné (plomb d'œuvre)

un contingent tarifaire communautaire à droit nul est ouvert jusqu'à l'entrée en vigueur d'une suspension totale de durée indéterminée du droit sur le plomb d'œuvre. Les nouveaux Etats membres y participent à partir du 1^{er} janvier 1974. Son volume annuel est égal à la somme des demandes présentées par les Etats membres intéressés, plus une réserve

Die Verwaltung dieses Gemeinschaftszollkontingents erfolgt nach einem System, das gewährleistet, daß das so eingeführte Werkblei tatsächlich von dem Begünstigten raffiniert wird.

2. Für Werkblei gilt ein Wertzoll von 4,5 %.
3. Der autonome Zollsatz für Werkblei wird vom 1. Januar 1975 an bis auf 2 % ausgesetzt.
4. Der Rat prüft jährlich die Möglichkeit einer zeitlich unbestimmten vollständigen Aussetzung des autonomen Zollsatzes für Werkblei.
5. Auf Rohblei außer Werkblei werden folgende Maßnahmen angewandt:
 - a) der gegenwärtige Zollsatz von 1,32 RE/100 kg wird am 1. Januar 1974 in einen Wertzoll von 4,5 % umgewandelt, wobei mindestens 1,1 RE je 100 kg erhoben werden;
 - b) ab 1. Januar 1974 sind die neuen Mitgliedstaaten an dem Gemeinschaftszollkontingent von 55 000 t zum Zollsatz Null für Rohblei außer Werkblei beteiligt. Im Hinblick auf die Aufhebung des Kontingents am 31. Dezember 1977 ist das Volumen dieses Kontingents ab 1975 degressiv;
 - c) vor Aufhebung des Kontingents prüft der Rat die Lage, um gegebenenfalls eine Senkung des autonomen Zollsatzes für Rohblei außer Werkblei zu beschließen, wobei nach der Herabsetzung des Zollsatzes mindestens 1,1 RE je 100 kg erhoben werden.

**Protokoll Nr. 15
über Rohzink
der Tarifstelle 79.01 A
des Gemeinsamen Zolltarifs**

1. Ab 1. Januar 1974 wird auf Rohzink der Tarifstelle 79.01 A des Gemeinsamen Zolltarifs ein Zollsatz von 4,5 % angewandt, wobei mindestens 1,1 RE je 100 kg erhoben werden.

2. Vom gleichen Zeitpunkt an sind die neuen Mitgliedstaaten an dem jährlichen degressiven Gemeinschaftszollkontingent für Rohzink zum Zollsatz Null, dessen Anfangsvolumen 1971 30 000 t betrug, beteiligt. Das Zollkontingent für 1974 wird mit dem gleichen Volumen wie für 1973 festgesetzt. Das Volumen ist ab 1975 erneut degressiv, bis das Kontingent am 31. Dezember 1977 aufgehoben wird.

This Community tariff quota shall be administered according to a system which makes it possible to ensure that the argentiferous lead thus imported is in fact refined by those to whom it is allocated.

2. Argentiferous lead shall be subject to an ad valorem duty of 4.5%.

3. The autonomous duty on argentiferous lead shall be suspended at a level of 2% from 1 January 1975.

4. The Council shall review annually the possibility of a total suspension, for an indefinite period, of the autonomous duty on argentiferous lead.

5. With regard to unwrought lead other than argentiferous lead the following measures shall be applied:

- (a) on 1 January 1974, the present duty of 1.32 ua/100 kg shall be altered to an ad valorem duty of 4.5% with a minimum charge of 1.1 ua/100 kg;
- (b) from 1 January 1974, the new Member States shall participate in the nil duty Community tariff quota of 55,000 metric tons for unwrought lead other than argentiferous lead. From 1975 onwards, the volume will decrease in order to achieve the abolition of the quota by 31 December 1977;
- (c) before the quota is abolished, the Council shall examine the situation with a view to deciding on a possible reduction of the autonomous duty on unwrought lead other than argentiferous lead, it being understood that the duty thus reduced must include a minimum charge of 1.1 ua/100 kg.

La gestion du contingent tarifaire communautaire est effectuée selon un système permettant d'assurer que le plomb d'œuvre ainsi importé est effectivement affiné par le bénéficiaire.

2. Le plomb d'œuvre est soumis à un droit ad valorem de 4,5%.

3. Le droit autonome sur le plomb d'œuvre est suspendu au niveau de 2% à partir du 1^{er} janvier 1975.

4. Le Conseil procède à un examen annuel de la possibilité de suspendre totalement, pour une durée indéterminée, le droit autonome sur le plomb d'œuvre.

5. En ce qui concerne le plomb brut autre que le plomb d'œuvre, les mesures suivantes sont appliquées:

- a) le droit actuel de 1,32 UC/100 kg est transformé en un droit ad valorem de 4,5% avec une perception minimale de 1,1 UC/100 kg au 1^{er} janvier 1974;
- b) à partir du 1^{er} janvier 1974, les nouveaux Etats membres participent au contingent tarifaire communautaire de 55.000 tonnes à droit nul pour le plomb brut autre que le plomb d'œuvre. A partir de 1975, le volume est dégressif pour parvenir à la suppression du contingent le 31 décembre 1977;
- c) avant la suppression du contingent, le Conseil examine la situation, en vue de décider une réduction éventuelle du droit autonome sur le plomb brut autre que le plomb d'œuvre, étant entendu que le droit ainsi réduit doit comporter une perception minimale de 1,1 UC/100 kg.

**Protocol No 15
on unwrought zinc
(CCT subheading No 79.01 A)**

1. From 1 January 1974, unwrought zinc (CCT subheading No 79.01 A) shall be subject to a duty of 4.5% with a minimum charge of 1.1 ua/100 kg.

2. From the same date, the new Member States shall participate in the decreasing annual nil duty Community tariff quota in respect of unwrought zinc, the initial volume of which was 30,000 metric tons for 1971. The tariff quota for 1974 shall be fixed at a volume equal to that for 1973. The progressive reduction of the volume shall be resumed in 1975 until the quota is abolished on 31 December 1977.

**Protocole n° 15
concernant le zinc brut
de la sous-position 79.01 A
du tarif douanier commun**

1. A partir du 1^{er} janvier 1974, le zinc brut de la sous-position 79.01 A du tarif douanier commun est soumis à un droit de 4,5% avec une perception minimale de 1,1 UC/100 kg.

2. A partir de la même date, les nouveaux Etats membres participent au contingent tarifaire communautaire annuel dégressif à droit nul pour le zinc brut, dont le volume initial était de 30.000 tonnes en 1971. Le contingent tarifaire pour 1974 est fixé à un volume égal à celui de 1973. Le volume recommence à être dégressif dès 1975 jusqu'à la suppression du contingent le 31 décembre 1977.

Protokoll Nr. 16 über die Agrarmärkte und den Agrarhandel

1. Die Anwendung der gemeinschaftlichen Agrarregelung in Verbindung mit den im Vierten Teil Titel II der Beitrittsakte vorgesehenen Übergangsmaßnahmen durch die neuen Mitgliedstaaten hat mit ihrem Beginn die Ausdehnung der Gemeinschaftspräferenz für landwirtschaftliche Erzeugnisse auf die gesamte Gemeinschaft zur Folge.

2. Wesentliches Merkmal der Marktorganisation ist zu ermöglichen, daß der innergemeinschaftliche Handel sich unter Bedingungen entwickelt, die den Bedingungen auf einem Binnenmarkt vergleichbar sind.

3. Die geographische Ausdehnung der Gemeinschaft kann jedoch Probleme stellen, die es im Hinblick auf die Fluidität des Handels, insbesondere auf dem Getreide-sektor (Weizen und Reis), zu vermeiden gilt.

Die Organe der Gemeinschaft sorgen dafür, daß bei der Anwendung der Verordnungen über gemeinsame Marktorganisationen der freie Warenverkehr für alle Erzeugnisse im Einklang mit den im EWG-Vertrag und in den betreffenden Verordnungen niedergelegten Zielen gewährleistet bleibt.

4. Strukturveränderungen im internationalen Handel sind eine normale Auswirkung der Erweiterung der Gemeinschaft.

5. Unter Beachtung der Artikel 39 und 110 des EWG-Vertrags müßte es während des Anwendungszeitraums der Übergangsmaßnahmen möglich sein, zu gegebener Zeit den Problemen zu begegnen, die sich für bestimmte dritte Länder in bestimmten konkreten Fällen stellen können. (1)

Treten solche Probleme auf, so prüfen die Organe der Gemeinschaft die konkreten Fälle im Lichte aller hierfür erheblichen Gegebenheiten der dann bestehenden Lage, so wie sie es bisher in ähnlichen Fällen getan haben; sie müssen während des Anwendungszeitraums der Übergangsmaßnahmen soweit erforderlich und in Übereinstimmung mit den Grundsätzen und im Rahmen der Mechanismen der gemeinsamen Agrarpolitik die Maßnahmen treffen, die geeignet sind, diese Probleme zu lösen.

6. Zur Überwindung von Schwierigkeiten, die sich aus der Anwendung der Übergangsmechanismen auf den Märkten der Gemeinschaft ergeben könnten, stehen den Organen der Gemeinschaft aufgrund des EWG-Vertrags, der in Anwendung des EWG-Vertrags erlassenen Rechtsakte sowie der Beitrittsakte Mittel zur Verfügung, von denen sie gegebenenfalls Gebrauch machen.

(1) Die Konferenz der Europäischen Gemeinschaften mit den Staaten die ihren Beitritt zu diesen Gemeinschaften beantragt haben, hat auf den Tagungen am 11. und 12. Mai 1971 mit dem Vereinigten Königreich, am 7. Juni 1971 mit Irland, am 21. Juni 1971 mit Norwegen und am 12. Juli 1971 mit Dänemark festgestellt, daß diese konkreten Fälle „sich, soweit dies gegenwärtig voraussehbar ist, auf Butter, Zucker, Schinkenspeck und bestimmte Obst- und Gemüsearten beschränken werden“.

**Protocol No 16
on markets and trade
in agricultural products**

1. The application by the new Member States of the Community agricultural rules, combined with the transitional measures provided for in Title II of Part Four in the Act of Accession will, from the time of application of those provisions, result in the extension to the whole of the Community of Community preference for agricultural products.

2. The organization of the markets has as its essential feature to enable intra-Community trade to develop in conditions comparable with those existing on an internal market.

3. The geographical extension of the Community may, however, give rise to problems which should be avoided concerning fluidity of trade, particularly in the cereals sector (wheat and rice).

The institutions of the Community shall, on application of the regulations on the common organization of the markets, ensure that the free circulation of all products is guaranteed in accordance with the objectives set out in the EEC Treaty and in the regulations concerned.

4. Changes in the structure of international trade constitute a natural result of the enlargement of the Community.

5. While respecting the provisions of Articles 39 and 110 of the EEC Treaty, it should be possible during the period of application of the transitional measures to meet, when the time comes, problems which may arise for certain third countries and in certain specific cases (1).

If such problems do arise, the institutions will examine the specific cases in the light of all the factors relevant to the situation at the time, just as they have done hitherto in similar cases; and during the period of application of the transitional measures they will, in so far as is necessary, have to take measures likely to solve these problems, in accordance with the principles of the common agricultural policy and within the framework of its mechanisms.

6. In order to overcome difficulties which may arise on the Community markets from the application of the transitional mechanisms, the institutions of the Community have available and will, where necessary, make use of the various means of action stemming from the provisions of the EEC Treaty, from the acts taken in implementing that Treaty and from the provisions of this Act.

**Protocole n° 16
concernant les marchés et les échanges
de produits agricoles**

1. L'application par les nouveaux Etats membres de la réglementation agricole communautaire combinée avec les mesures transitoires prévues à la quatrième partie, titre II de l'acte d'adhésion, aboutira, dès la mise en application de ces dispositions, à l'extension de la préférence communautaire pour les produits agricoles à l'ensemble de la Communauté.

2. L'organisation des marchés a pour caractéristique essentielle de permettre aux échanges intracommunautaires de se développer dans des conditions comparables à celles existant sur un marché intérieur.

3. L'extension géographique de la Communauté peut cependant poser des problèmes qu'il convient d'éviter en ce qui concerne la fluidité des échanges notamment dans le secteur des céréales (blé et riz).

Les institutions de la Communauté veillent, lors de l'application des règlements portant organisation commune des marchés, à ce que la libre circulation de tous les produits reste assurée, conformément aux objectifs inscrits dans le traité CEE et dans les règlements en question.

4. Des changements de la structure des échanges internationaux constituent un effet normal de l'élargissement de la Communauté.

5. Dans le respect des dispositions des articles 39 et 110 du traité CEE, il devrait être possible, pendant la période d'application des mesures transitoires, d'aller à la rencontre, le moment venu, des problèmes qui peuvent se poser pour certains pays tiers et pour certains cas concrets (1).

Si de tels problèmes se posent, les institutions examineront les cas concrets en fonction de tous les éléments pertinents de la situation du moment, comme elles l'ont fait jusqu'à présent dans des cas analogues, et devront prendre pour autant que nécessaire, pendant la période d'application des mesures transitoires, les mesures susceptibles d'apporter des solutions à ces problèmes, en accord avec les principes de la politique agricole commune et dans le cadre des mécanismes de cette politique.

6. Pour surmonter des difficultés qui viendraient à se produire sur les marchés de la Communauté du fait de l'application des mécanismes transitoires, les institutions de la Communauté disposent et feront le cas échéant usage des divers moyens d'action qui résultent des dispositions du traité CEE, des actes pris en application de celui-ci et des dispositions du présent acte.

(1) The Conference between the European Communities and the States which applied for accession to these Communities noted, at its meetings with the United Kingdom on 11/12 May 1971, with Ireland on 7 June 1971, with Norway on 21 June 1971 and with Denmark on 12 July 1971, that these specific cases "in so far as can be foreseen at present will be confined to butter, sugar, bacon and certain fruit and vegetables".

(1) La Conférence entre les Communautés européennes et les Etats ayant demandé l'adhésion à ces Communautés a constaté, lors de ses sessions des 11 et 12 mai 1971 avec le Royaume-Uni, du 7 juin 1971 avec l'Irlande, du 21 juin 1971 avec la Norvège et du 12 juillet 1971 avec le Danemark, que ces cas concrets « pour autant que l'on puisse actuellement le prévoir se limiteront au beurre, au sucre, au bacon et à certains fruits et légumes ».

Protokoll Nr. 17
über die Zuckereinfuhr des Vereinigten
Königreichs aus den im Commonwealth-
Zuckerabkommen genannten Zucker
ausführenden Ländern und Gebieten

1. Das Vereinigte Königreich wird ermächtigt, bis zum 28. Februar 1975 unter den nachstehenden Bedingungen aus den im Commonwealth-Zuckerabkommen genannten Zucker ausführenden Ländern und Gebieten Zuckermengen einzuführen, die den im Rahmen dieses Abkommens festgesetzten Vertragspreiskontingenten entsprechen.

2. Auf diese Einfuhren wird erhoben

- a) eine Sonderabschöpfung in Höhe des Unterschieds zwischen dem vereinbarten Kaufpreis (cif) und dem Preis, zu dem der Zucker auf dem Markt des Vereinigten Königreichs abgesetzt wird. Artikel 55 Absatz 1 Buchstabe b der Beitrittsakte findet keine Anwendung;
- b) eine Abgabe, die auf der Grundlage des Unterschieds zwischen dem Weltmarktpreis (cif) für Rohzucker und dem vereinbarten Kaufpreis (cif) festgelegt wird; diese Abgabe dient der Finanzierung des Wiederverkaufs durch die Zuckerbehörde des Vereinigten Königreichs.

Liegt der Weltmarktpreis (cif) für Rohzucker jedoch über dem vereinbarten Kaufpreis (cif), so wird der Unterschiedsbetrag von der Zuckerbehörde an den Importeur gezahlt.

3. Der Preis, zu dem dieser Zucker auf dem Markt des Vereinigten Königreichs abgesetzt wird, wird so festgesetzt, daß es möglich ist, die betreffenden Mengen tatsächlich abzusetzen, ohne den Absatz des Zuckers aus der Gemeinschaft zu gefährden.

4. Abweichend von Artikel 15 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 766/68 zur Aufstellung allgemeiner Regeln für die Erstattungen bei der Ausfuhr auf dem Zuckersektor kann die im Vereinigten Königreich anwendbare Ausfuhrerstattung für Weißzucker gewährt werden, der aus gemäß diesem Protokoll eingeführtem Rohzucker hergestellt worden ist.

5. Der Rat erläßt mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission die erforderlichen Durchführungsbestimmungen zu diesem Protokoll, um ein reibungsloses Funktionieren der gemeinsamen Marktorganisation für Zucker und insbesondere die Einhaltung des Preises für den Verkauf dieses Zuckers auf dem Markt des Vereinigten Königreichs bei Anwendung des Absatzes 2 sicherzustellen.

Protocol No 17**on the import of sugar by the United Kingdom
from the exporting countries and territories
referred to in the Commonwealth
Sugar Agreement**

1. Until 28 February 1975, the United Kingdom is authorized to import from the exporting countries and territories referred to in the Commonwealth Sugar Agreement, on the following terms, quantities of sugar within the negotiated price quotas under that Agreement.

2. The following shall be charged at the time of importation:

- (a) a special levy, equal to the difference between the cif equivalent of the agreed purchase price and the price at which the sugar is marketed in the United Kingdom. Article 55 (1) (b) of the Act of Accession shall not apply;
- (b) a charge based on the difference between the world cif price of raw sugar and the cif equivalent of the agreed purchase price; this charge will be used to finance the costs involved in the re-selling of the sugar by the United Kingdom Sugar Board.

However, if the world cif price of raw sugar exceeds the cif equivalent of the agreed purchase price, the Board shall pay the difference to the importer.

3. The price at which the sugar in question is marketed in the United Kingdom shall be fixed at a level such as to allow the quantities in question effectively to be marketed without prejudicing the marketing of Community sugar.

4. Notwithstanding the provisions of Article 15 (1) of Regulation (EEC) No 766/68 laying down general rules for the grant of export refunds for sugar, the export refund applicable in the United Kingdom may be granted for white sugar produced from raw sugar imported under the terms of this Protocol.

5. The Council shall, acting by a qualified majority on a proposal from the Commission, adopt the measures necessary for implementing the provisions of this Protocol in such a way as to ensure the proper functioning of the common organization of the market in sugar and in particular to ensure that, in the application of the provisions laid down in paragraph 2, the price at which the sugar is marketed in the United Kingdom is respected.

Protocole n° 17**concernant l'importation au Royaume-Uni
du sucre en provenance des pays
et territoires exportateurs visés
dans l'accord du Commonwealth sur le sucre**

1. Jusqu'au 28 février 1975, le Royaume-Uni est autorisé à importer, aux conditions suivantes, en provenance des pays et territoires exportateurs visés dans l'accord du Commonwealth sur le sucre, des quantités de sucre correspondant aux quotas à prix convenu, fixés dans le cadre de cet accord.

2. Lors de ces importations, il est perçu:

- a) un prélèvement spécial égal à la différence entre le prix d'achat convenu, rendu CAF, et le prix auquel le sucre est écoulé sur le marché du Royaume-Uni. Les dispositions de l'article 55 paragraphe 1 b) de l'acte d'adhésion ne sont pas applicables;
- b) une taxe établie sur la base de la différence entre le prix pratiqué sur le marché mondial pour le sucre brut, rendu CAF, et le prix d'achat convenu, rendu CAF; cette taxe servira à financer les opérations de revente par l'Office du Sucre du Royaume-Uni.

Toutefois, au cas où le prix mondial CAF du sucre brut est supérieur au prix d'achat convenu, rendu CAF, la différence est versée par l'Office à l'importateur.

3. Le prix auquel le sucre en question est écoulé sur le marché du Royaume-Uni est fixé à un niveau permettant d'écouler effectivement les quantités concernées sans mettre en danger l'écoulement du sucre de la Communauté.

4. Par dérogation aux dispositions prévues à l'article 15 paragraphe 1 du règlement (CEE) n° 766/68 établissant les règles générales concernant l'octroi des restitutions à l'exportation de sucre, la restitution à l'exportation applicable au Royaume-Uni peut être accordée au sucre blanc produit à partir du sucre brut importé en vertu du présent protocole.

5. Le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission, arrête les mesures nécessaires à la mise en œuvre des dispositions du présent protocole de façon à assurer le bon fonctionnement de l'organisation commune des marchés dans le secteur du sucre et notamment le respect du prix d'écoulement de ces sucres sur le marché du Royaume-Uni lors de l'application des dispositions prévues au paragraphe 2.

Protokoll Nr. 18
über die Einfuhr von Butter und Käse aus
Neuseeland in das Vereinigte Königreich

Artikel 1

1. Das Vereinigte Königreich wird ermächtigt, vorübergehend aus Neuseeland bestimmte Butter- und Käsemengen unter den nachstehenden Bedingungen einzuführen.

2. Die in Absatz 1 erwähnten Mengen betragen

a) für Butter in den ersten fünf Jahren:

1973	165.811 t
1974	158 902 t
1975	151.994 t
1976	145.085 t
1977	138.176 t

b) für Käse:

1973	68.580 t
1974	60 960 t
1975	45.720 t
1976	30.480 t
1977	15.240 t

Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission im Verhältnis dieser Butter- und Käsemengen Anpassungen vornehmen, sofern die in Milchäquivalent ausgedrückte Menge gewahrt bleibt, die der für die beiden Erzeugnisse für das betreffende Jahr vorgesehenen Gesamtmenge entspricht.

3. Die in Absatz 2 genannten Butter- und Käsemengen werden in das Vereinigte Königreich zu einem Preis eingeführt, dessen Einhaltung zu cif-Bedingungen von Neuseeland garantiert werden muß. Dieser Preis wird auf einem Niveau festgesetzt, das es Neuseeland gestattet, einen Preis zu erzielen, der dem Preis entspricht, den dieses Land auf dem Markt des Vereinigten Königreichs in den Jahren 1969, 1970, 1971 und 1972 im Durchschnitt erzielt hat.

4. Die gemäß diesem Protokoll in das Vereinigte Königreich eingeführten Erzeugnisse dürfen nicht in den innergemeinschaftlichen Handel gebracht oder nach dritten Ländern wiederausgeführt werden.

Artikel 2

1. Bei der Einfuhr der in Artikel 1 genannten Butter- und Käsemengen in das Vereinigte Königreich werden Sonderabschöpfungen erhoben. Artikel 55 Absatz 1 Buchstabe b der Beitrittsakte findet keine Anwendung.

2. Die Sonderabschöpfungen werden auf der Grundlage des in Artikel 1 Absatz 3 genannten cif-Preises und des Marktpreises der betreffenden Erzeugnisse im Vereinigten Königreich auf einem Niveau festgesetzt, das es gestattet, die Butter- und Käsemengen tatsächlich abzusetzen, ohne den Absatz von Butter und Käse aus der Gemeinschaft zu gefährden.

Artikel 3

Der Rat erläßt mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission die erforderlichen Durchführungsbestimmungen zu den Artikeln 1 und 2.

**Protocol No 18
on the import of New Zealand
butter and cheese into the United Kingdom**

Article 1

1. The United Kingdom is authorized, as a transitional arrangement, to import from New Zealand certain quantities of butter and cheese, on the following terms.

2. The quantities referred to in paragraph 1 shall be:

(a) in respect of butter, for the first five years:

1973	165,811 metric tons
1974	158,902 metric tons
1975	151,994 metric tons
1976	145,085 metric tons
1977	138,176 metric tons

(b) in respect of cheese:

1973	68,580 metric tons
1974	60,960 metric tons
1975	45,720 metric tons
1976	30,480 metric tons
1977	15,240 metric tons

The Council, acting by a qualified majority on a proposal from the Commission, may make adjustments between those quantities of butter and cheese, provided that the tonnage expressed as milk equivalent corresponding to the total quantities laid down for those two products for the year in question remains unaltered.

3. The quantities of butter and cheese specified in paragraph 2 shall be imported into the United Kingdom at a price the observance of which must be guaranteed at the cif stage by New Zealand. That price shall be fixed at a level which enables New Zealand to realize a price representing the average price obtained by that country on the United Kingdom market during 1969, 1970, 1971 and 1972.

4. The products imported into the United Kingdom in accordance with the provisions of this Protocol may not become the subject of intra-Community trade or of re-exportation to third countries.

Article 2

1. Special levies shall be applied to imports into the United Kingdom of the quantities of butter and cheese specified in Article 1. Article 55 (1) (b) of the Act of Accession shall not be applicable.

2. The special levies shall be fixed on the basis of the cif price referred to in Article 1 (3) and of the market price of the products in question within the United Kingdom, at a level such as to allow the quantities of butter and cheese to be effectively marketed without prejudicing the marketing of Community butter and cheese.

Article 3

The Council, acting by a qualified majority on a proposal from the Commission, shall adopt the measures necessary for implementing Articles 1 and 2.

**Protocole n° 18
concernant l'importation au Royaume-Uni
de beurre et de fromage en provenance
de la Nouvelle-Zélande**

Article 1

1. Le Royaume-Uni est autorisé, aux conditions suivantes et à titre transitoire, à importer en provenance de la Nouvelle-Zélande certaines quantités de beurre et de fromage.

2. Les quantités visées au paragraphe 1 s'élèvent:

a) en ce qui concerne le beurre, pour les cinq premières années:

en 1973, à	165.811 tonnes
en 1974, à	158.902 tonnes
en 1975, à	151.994 tonnes
en 1976, à	145.085 tonnes
en 1977, à	138.176 tonnes

b) en ce qui concerne le fromage:

en 1973, à	68.580 tonnes
en 1974, à	60.960 tonnes
en 1975, à	45.720 tonnes
en 1976, à	30.480 tonnes
en 1977, à	15.240 tonnes

Le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission, peut opérer des ajustements entre ces quantités de beurre et de fromage, à condition de respecter le tonnage exprimé en équivalent lait correspondant au total des quantités prévues pour les deux produits pour l'année en cause.

3. Les quantités de beurre et de fromage visées au paragraphe 2 sont importées au Royaume-Uni à un prix dont le respect devra être garanti au stade CAF par la Nouvelle-Zélande. Ce prix est établi à un niveau permettant à la Nouvelle-Zélande de réaliser un prix correspondant à celui dont ce pays a bénéficié en moyenne sur le marché du Royaume-Uni au cours des années 1969, 1970, 1971 et 1972.

4. Les produits importés au Royaume-Uni conformément aux dispositions du présent protocole ne peuvent faire l'objet d'échanges intra-communautaires ou d'une réexportation vers les pays tiers.

Article 2

1. Lors de l'importation au Royaume-Uni des quantités de beurre et de fromage visées à l'article 1, des prélèvements spéciaux sont appliqués. L'article 55 paragraphe 1 b) de l'acte d'adhésion n'est pas applicable.

2. Les prélèvements spéciaux sont fixés sur la base du prix CAF visé à l'article 1 paragraphe 3 et du prix de marché des produits concernés au Royaume-Uni, à un niveau permettant d'écouler effectivement les quantités de beurre et de fromage, sans mettre en danger l'écoulement de beurre et de fromage de la Communauté.

Article 3

Le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission, arrête les mesures nécessaires à la mise en œuvre des dispositions des articles 1 et 2.

Artikel 4

Die Gemeinschaft wird weiterhin bestrebt sein, den Abschluß eines internationalen Übereinkommens über Milcherzeugnisse zu fördern, das geeignet ist, die auf dem Weltmarkt herrschenden Bedingungen so bald wie möglich zu verbessern.

Artikel 5

1. Im Laufe des Jahres 1975 prüft der Rat die Lage auf dem Buttermarkt im Lichte der Situation und der Entwicklung von Angebot und Nachfrage in den wichtigsten Erzeuger- und Verbraucherländern der Welt, insbesondere in der Gemeinschaft und in Neuseeland. Bei dieser Prüfung werden unter anderem folgende Faktoren berücksichtigt:

- a) die Fortschritte auf dem Wege zu einem wirksamen weltweiten Übereinkommen über Milcherzeugnisse, an dem die Gemeinschaft und die anderen wichtigen Erzeuger- und Verbraucherländer als Vertragsparteien teilnehmen würden;
- b) die Fortschritte, die Neuseeland bei der Diversifizierung seiner Wirtschaft und seiner Ausfuhren erzielt hat, wobei die Gemeinschaft bestrebt sein wird, eine Handelspolitik zu verfolgen, die diesen Bemühungen nicht zuwiderläuft.

2. Die Maßnahmen, die geeignet sind, die Aufrechterhaltung der Ausnahmeregelung für die Buttereinfuhren aus Neuseeland über den 31. Dezember 1977 hinaus sicherzustellen, sowie ihre Einzelheiten, werden vom Rat im Lichte dieser Prüfung einstimmig auf Vorschlag der Kommission festgelegt.

3. Die für die Käseeinfuhr vorgesehene Ausnahmeregelung kann über den 31. Dezember 1977 hinaus nicht beibehalten werden.

Protokoll Nr. 19**über alkoholische Getränke auf Getreidebasis**

1. Der Rat legt nach dem in Artikel 43 Absatz 2 des EWG-Vertrags vorgesehenen Verfahren die notwendigen Maßnahmen fest, um die Verwendung von Getreide aus der Gemeinschaft zur Herstellung alkoholischer Getränke auf Getreidebasis, insbesondere von Whisky, die nach dritten Ländern ausgeführt werden, zu erleichtern; diese Maßnahmen werden so festgelegt, daß sie rechtzeitig in Kraft treten können.

2. Diese Maßnahmen, die im Rahmen der Verordnung über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide oder der zu erlassenden Verordnung über die gemeinsame Marktorganisation für Alkohol getroffen werden können, müssen sich in den Rahmen der allgemeinen Zielsetzungen der Gemeinschaft in bezug auf Alkohol einfügen und jegliche Diskriminierung zwischen diesen Erzeugnissen und sonstigem Alkohol unter Berücksichtigung der Besonderheiten in jedem einzelnen Fall vermeiden.

Article 4

The Community shall continue its efforts to promote the conclusion of an international agreement on milk products so that, as soon as possible, conditions on the world market may be improved.

Article 4

La Communauté poursuivra ses efforts en vue de promouvoir la conclusion d'un accord international sur les produits laitiers de manière à améliorer aussitôt que possible les conditions régnant sur le marché mondial.

Article 5

1. The Council shall, during 1975, review the situation as regards butter in the light of prevailing conditions and of supply and demand developments in the major producing and consuming countries of the world, particularly in the Community and in New Zealand. During that review, among the considerations to be taken into account shall be the following:

- (a) progress towards an effective world agreement on milk products, to which the Community and other important producing and consuming countries would be parties;
- (b) the extent of New Zealand's progress towards diversification of its economy and exports, it being understood that the Community will strive to pursue a commercial policy which does not run counter to this progress.

2. Appropriate measures to ensure the maintenance after 31 December 1977 of exceptional arrangements in respect of imports of butter from New Zealand, including the details of such arrangements, shall be determined by the Council, acting unanimously on a proposal from the Commission, in the light of that review.

3. After 31 December 1977, the exceptional arrangements laid down for imports of cheese may no longer be retained.

Article 5

1. Dans le courant de l'année 1975, le Conseil examinera la situation pour le beurre à la lumière de la situation et de l'évolution de l'offre et de la demande dans les principaux pays producteurs et consommateurs dans le monde, en particulier dans la Communauté et en Nouvelle-Zélande. Seront pris en considération, lors de cet examen, entre autres, les éléments suivants:

- a) les progrès accomplis en vue d'aboutir à un accord mondial efficace relatif aux produits laitiers et dont la Communauté et les autres pays consommateurs et producteurs importants seraient parties;
- b) l'importance des progrès accomplis par la Nouvelle-Zélande en vue de diversifier son économie et ses exportations, étant entendu que la Communauté s'efforcera de poursuivre une politique commerciale qui évite de contrecarrer ces efforts.

2. Les mesures propres à assurer, au-delà du 31 décembre 1977, le maintien du régime dérogatoire pour les importations de beurre de la Nouvelle-Zélande, ainsi que leurs modalités, sont fixées, par le Conseil statuant à l'unanimité sur proposition de la Commission, à la lumière de cet examen.

3. Au-delà du 31 décembre 1977, le régime dérogatoire prévu pour l'importation de fromage ne pourra plus être maintenu.

Protocol No 19
on spirituous beverages
obtained from cereals

1. The Council, acting in accordance with the procedure provided for in Article 43 (2) of the EEC Treaty, shall decide the necessary measures to facilitate the use of Community cereals in the manufacture of spirituous beverages obtained from cereals, and in particular of whisky, exported to third countries, so that these measures may be applied in due time.

2. These measures, which may be taken within the framework of the Regulation on the common organization of the market in cereals or of the regulation to be adopted on the common organization of the market in alcohol must fit into the framework of the general Community policy for alcohol, avoiding any discrimination between these products and other alcohol, account being taken of the particular situations peculiar to each case.

Protocole n° 19
concernant les boissons spiritueuses
obtenues à partir de céréales

1. Le Conseil, statuant selon la procédure prévue à l'article 43 paragraphe 2 du traité CEE, arrête les mesures nécessaires afin de faciliter l'utilisation de céréales communautaires pour la fabrication de boissons spiritueuses obtenues à partir de céréales, et notamment de whisky, exportées vers les pays tiers, de telle sorte que ces mesures puissent être appliquées en temps utile.

2. Ces mesures, qui peuvent être prises dans le cadre du règlement d'organisation commune des marchés dans le secteur des céréales ou du règlement d'organisation commune des marchés à adopter dans le secteur de l'alcool, doivent s'insérer dans le cadre de la politique générale de la Communauté en matière d'alcool, en évitant toute discrimination entre ces produits et les autres alcools, compte tenu des situations particulières propres à chaque cas.

**Protokoll Nr. 20
über die norwegische Landwirtschaft**

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN —

IN DEM WUNSCH, die Probleme zu lösen, die der Beitritt Norwegens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für die Landwirte dieses Landes aufwirft,

IN ANBETRACHT der von der norwegischen Regierung vorgetragenen Bedenken, wonach die norwegische Landwirtschaft durch die geographische Lage und die Topographie des Landes hinsichtlich der Erzeugung benachteiligt ist, die gleichen Gegebenheiten für die besonderen demographischen Probleme Norwegens maßgebend sind und dadurch die landwirtschaftlichen Betriebe des Landes verhältnismäßig hohe Produktionskosten zu tragen haben, die ein allgemeines System von Stützungsmaßnahmen erforderlich gemacht haben, um eine ausgewogene Sozialstruktur und einen angemessenen Lebensstandard für die in der Landwirtschaft Beschäftigten aufrechtzuerhalten —

ERKENNEN die besonderen Probleme an, die durch den Beitritt Norwegens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für die Landwirte dieses Landes insbesondere dadurch aufgeworfen werden, daß eine einfache Angleichung der von den norwegischen Erzeugern erzielten Preise an die Preise der Gemeinschaft zu einer erheblichen Einkommenseinbuße mit ungünstigen Folgen in sozialer und demographischer Hinsicht führen würde;

ERKENNEN insbesondere an, daß die Übergangszeit diese Probleme nicht lösen könnte, daß also unter Beachtung der Regeln der gemeinsamen Agrarpolitik spezifische Vereinbarungen, die keinen Präzedenzfall schaffen dürfen, notwendig sind mit dem Ziel, den Lebensstandard der norwegischen Landwirte aufrechtzuerhalten —

SIND wie folgt ÜBEREINGEKOMMEN:

1. Die Regelung, die auf die norwegischen Subventionen angewandt wird, muß vorbehaltlich der in den folgenden Absätzen genannten zeitweiligen Abweichungen so gestaltet sein, daß sie das Funktionieren der gemeinsamen Agrarpolitik, insbesondere der gemeinsamen Marktorganisationen, im gesamten Gebiet der Gemeinschaft nicht in Frage stellt.

2. Norwegen wendet die Agrarregelungen der Gemeinschaft gemäß den einschlägigen Bestimmungen der Beitrittsakte an.

3. Das Problem der norwegischen Beihilfen zu den Beförderungskosten zum Ausgleich der besonders ungünstigen Auswirkungen der großen Entfernungen zwischen Erzeugungs- und natürlichen Absatzgebieten sowie der außerordentlich großen Streuung der landwirtschaftlichen Gebiete muß durch Anwendung der Bestimmungen des EWG-Vertrags auf angemessene Weise gelöst werden.

4. In Norwegen wird ein Stützungs-system eingeführt, das es ermöglichen muß, den Lebensstandard der Landwirte aufrechtzuerhalten. Die Stützung wird in dem zur Erreichung dieses Ziels erforderlichen Maß gewährt. Sie darf nicht an das verkaufte Erzeugnis gebunden sein, sie darf auch keine Erzeugerpreissubventionen umfassen — was die Umformung der derzeitigen norwegischen Stützungsmaßnahmen erfordert — und wird nach Gebieten und Landwirtgruppen differenziert sein. Die künftigen Maßnahmen werden den verschiedenen Produktionsformen angepaßt.

5. Norwegen kann für die Zeit bis zum 31. Dezember 1975 ausnahmsweise die derzeitigen Subventionen beibehalten. Die Erzeugerpreissubventionen werden um die Beträge gekürzt, die den Erhöhungen der Marktpreise entsprechen, die sich aus der Annäherung der Marktpreise an die gemeinsamen Preise ergeben.

**Protocol No 20
on Norwegian agriculture**

THE HIGH CONTRACTING PARTIES,

DESIRING to solve the problems which the accession of Norway to the European Economic Community creates for the farmers of that country;

TAKING INTO CONSIDERATION the anxieties expressed by the Norwegian Government concerning the fact that Norway's agriculture is at a disadvantage as regards production owing to the country's geographical position and configuration; that the same factors determine the particular demographic problems of Norway and involve, for the agricultural holdings of that country, relatively high production costs, which have necessitated a general system of support measures for the purpose of maintaining a balanced social structure, and an equitable standard of living for the agricultural population;

RECOGNIZE the particular problems which the accession of Norway to the European Economic Community creates for the farmers of that country, particularly in view of the fact that a simple alignment of the prices received by Norwegian producers with the level of Community prices would cause a substantial loss in earnings, with unfavourable consequences from the demographic and social point of view;

RECOGNIZE in particular that the transitional period could not solve these problems and that it is therefore necessary to envisage specific arrangements—which should not be regarded as constituting a precedent—with the object of maintaining the standard of living of Norwegian farmers, in compliance with the rules governing the common agricultural policy;

HAVE AGREED the following provisions:

1. Subject to the temporary derogations referred to in the following paragraphs, the system applied to Norwegian agriculture must be devised in such a way as not to compromise the functioning of the common agricultural policy, and particularly of the common organization of markets, throughout the Community.

2. Norway shall apply the Community's agricultural rules in accordance with the relevant provisions of the Act of Accession.

3. The problem of Norwegian subsidies for transport costs, which are intended to compensate for the particularly unfavourable effects of the long distances between production areas and natural outlets and the fact that agricultural regions are widely dispersed, must be adequately resolved by applying the provisions of the EEC Treaty.

4. A support system shall be introduced in Norway which should permit the maintenance of the farmers' standard of living. Support shall be given in so far as is necessary for achieving this objective. The support may not be linked with the product sold, nor include subsidies in respect of producer prices, and this will require changes in the support measures currently in force in Norway. The support shall be varied according to the regions and the categories of farmers concerned. The measures to be taken shall be adapted to the various types of production.

5. Norway shall have the option of maintaining until 31 December 1975, by way of derogation, the subsidies granted at present. Producer price subsidies shall be reduced by amounts corresponding to the increases in market prices resulting from the alignment of these market prices with the level of the common prices.

**Protocole n° 20
concernant l'agriculture norvégienne**

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES,

DÉSIRANT résoudre les problèmes que pose l'adhésion de la Norvège à la Communauté économique européenne pour les agriculteurs de ce pays,

PRENANT EN CONSIDÉRATION les préoccupations exprimées par le gouvernement norvégien au sujet du fait que l'agriculture norvégienne est désavantagée, en ce qui concerne la production, en raison de la situation géographique du pays et de sa configuration; que les mêmes facteurs déterminent les problèmes démographiques particuliers de la Norvège et entraînent pour les exploitations agricoles de ce pays des coûts de production relativement élevés, qui ont rendu nécessaire un système général de mesures de soutien en vue de maintenir une structure sociale équilibrée et un niveau de vie équitable pour la population occupée dans l'agriculture,

RECONNAISSENT les problèmes particuliers posés par l'adhésion de la Norvège à la Communauté économique européenne pour les agriculteurs de ce pays, notamment en raison du fait qu'un simple alignement des prix obtenus par les producteurs norvégiens sur le niveau des prix communautaires provoquerait une diminution substantielle des revenus, avec des conséquences défavorables du point de vue social et démographique;

RECONNAISSENT en particulier que la période de transition ne pourrait résoudre ces problèmes et qu'il est donc nécessaire de prévoir des arrangements spécifiques, qui ne sauraient constituer un précédent, ayant pour objectif de maintenir le niveau de vie des agriculteurs norvégiens, dans le respect des règles de la politique agricole commune;

SONT CONVENUES des dispositions ci-après:

1. Sous réserve des dérogations temporaires mentionnées aux paragraphes suivants, le régime appliqué à l'agriculture norvégienne devra être conçu de façon à ne pas compromettre le fonctionnement de la politique agricole commune, et notamment des organisations communes des marchés, sur l'ensemble du territoire de la Communauté.

2. La Norvège applique la réglementation agricole communautaire conformément aux dispositions prévues en la matière par l'acte d'adhésion.

3. La question des subventions norvégiennes aux frais de transport, destinées à compenser les répercussions particulièrement défavorables des longues distances entre les zones de production et les débouchés naturels et de la dispersion extrême des régions agricoles, doit trouver une solution adéquate par l'application des dispositions du traité CEE.

4. Il est instauré en Norvège un système de soutien qui doit permettre de maintenir le niveau de vie des agriculteurs. Le soutien est accordé dans la mesure nécessaire pour atteindre cet objectif. Il ne peut pas être lié au produit vendu, ni comporter de subventions de prix à la production, ce qui nécessitera une conversion des mesures de soutien actuellement appliquées en Norvège, et il est différencié selon les régions et les catégories d'agriculteurs. Les mesures à prendre sont adaptées aux différents types de production.

5. La Norvège a la faculté de maintenir à titre dérogatoire jusqu'au 31 décembre 1975 les subventions actuellement accordées. Les subventions de prix à la production sont réduites des montants correspondant aux augmentations des prix de marché résultant du rapprochement de ces derniers prix du niveau des prix communs.

6. In bezug auf Gartenbauerzeugnisse und Kartoffeln wird Norwegen ermächtigt, bis zum 31. Dezember 1977 ausnahmsweise die mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen durch Bestimmungen zu ersetzen, die es ermöglichen, bei bestimmten Erzeugnissen ein Preisniveau aufrechtzuerhalten, das dem des norwegischen Marktes vor dem Beitritt vergleichbar ist. Diese Bestimmungen bestehen in einem System auf dem norwegischen Markt festzusetzender Mindestpreise, bei deren Unterschreitung Ausgleichsabgaben auf Einfuhren jeder Herkunft erhoben werden können; bei der Einfuhr der gleichen, zur Verarbeitung bestimmten Erzeugnisse kann die Ausgleichsabgabe ausgesetzt werden, während bei der Lieferung einheimischer Erzeugnisse zum Zwecke der Verarbeitung eine Erstattung in Höhe der Ausgleichsabgabe gewährt werden kann. Die für die Zölle vereinbarten Übergangsbestimmungen bleiben anwendbar.

Der Rat beschließt mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission die zur Durchführung der in diesem Absatz vorgesehenen erforderlichen Maßnahmen.

7. Für die Erzeugnisse des Schweinefleisch-, Eier- und Geflügelsektors wird die bis zur ersten Herabsetzung bei der Einfuhr nach Norwegen erhobene Ausgleichsabgabe in Abweichung von den Artikeln 75, 77 und 79 der Beitrittsakte unter Zugrundelegung des Unterschieds zwischen den Preisen für geschlachtete Schweine, Eier in der Schale und geschlachtetes Geflügel auf dem Markt Norwegens einerseits und auf dem Markt der ursprünglichen Gemeinschaft und jedes der anderen neuen Mitgliedstaaten andererseits berechnet.

Die in Unterabsatz 1 genannte Ausgleichsabgabe wird am 1. November 1973, am 1. November 1974 und am 1. November 1975 jeweils um ein Viertel herabgesetzt und am 1. November 1976 beseitigt, und zwar unbeschadet der Anwendung der Artikel 75, 77 und 79 der Beitrittsakte nach diesem Zeitpunkt.

Der Rat beschließt mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission die zur Durchführung der in diesem Absatz vorgesehenen erforderlichen Maßnahmen.

8. Die Kommission unterbreitet dem Rat spätestens am 30. Juni 1974, in bezug auf Gartenbauerzeugnisse und Kartoffeln spätestens am 30. Juni 1976, Vorschläge — darunter gegebenenfalls Vorschläge betreffend die Ausgaben, die für eine Gemeinschaftsfinanzierung in Betracht kommen — in Übereinstimmung mit dem EWG-Vertrag mit dem Ziel, nach Ablauf der in den Absätzen 5 und 6 vorgesehenen Fristen gemäß Absatz 4 das Stützungssystem einzuführen.

9. Unbeschadet der Absätze 1 bis 8 werden in Norwegen unter Gemeinschaftskontrolle geeignete Maßnahmen für eine ausreichende Milchversorgung getroffen, damit der Trinkmilchverbrauch der Bevölkerung regelmäßig gedeckt und der derzeitige hohe Milchverbrauch nicht gefährdet wird. Der Rat erläßt nach dem Verfahren des Artikels 43 Absatz 2 des EWG-Vertrags die hierfür erforderlichen Bestimmungen, die Subventionen umfassen können.

10. Sollte die spätere Entwicklung der gemeinsamen Agrarpolitik oder der Politik der Gemeinschaft auf anderen Gebieten zu gemeinschaftlichen Maßnahmen führen, die eine vollständige oder teilweise Lösung der besonderen Probleme der norwegischen Landwirtschaft ermöglichen, so werden diese gemeinschaftlichen Maßnahmen und die sich gegebenenfalls daraus ergebende Gemeinschaftsfinanzierung an die Stelle der in Norwegen getroffenen spezifischen Maßnahmen treten.

11. Die Organe der Gemeinschaft prüfen in regelmäßigen Zeitabständen die Bedingungen und Einzelheiten der Durchführung der in Norwegen angewandten Regelung.

6. In the horticultural sector and for potatoes, Norway is authorized until 31 December 1977, by way of derogation, to replace quantitative restrictions on imports by provisions making it possible to maintain, for certain products, a price level comparable to the price ruling on the Norwegian market before accession. These provisions shall constitute a system of minimum prices to be fixed on the Norwegian market below which countervailing charges may be applied to imports from any source; as regards imports of these products intended for processing, the countervailing charge may be suspended, whereas for deliveries of home-grown products intended for processing a refund corresponding to the amount of this charge may be granted. The transitional provisions agreed for customs duties shall continue to apply.

The Council, acting by a qualified majority on a proposal from the Commission, shall adopt the measures necessary for implementing the provisions of this paragraph.

7. For products in the pigmeat, eggs and poultry sectors, the compensatory amount applicable to imports into Norway until the first reduction shall be calculated, notwithstanding Articles 75, 77, and 79 of the Act of Accession, on the basis of the difference between the prices for slaughtered pigs, eggs in shell and slaughtered poultry on the Norwegian market, on the one hand, and on the market of the Community as originally constituted and of each of the other new Member States, on the other.

The compensatory amount referred to in the first subparagraph shall be reduced by a quarter on 1 November 1973, a quarter on 1 November 1974, a quarter on 1 November 1975 and abolished on 1 November 1976, without prejudice to the application after this date of Articles 75, 77 and 79 of the Act of Accession.

The Council shall, acting by a qualified majority on a proposal from the Commission, adopt the measures necessary for implementing the provisions of this paragraph.

8. By 30 June 1974 at the latest, and in respect of horticulture and potatoes by 30 June 1976 at the latest, the Commission shall make proposals to the Council including, if appropriate, proposals on expenditure eligible for Community financing in accordance with the provisions of the EEC Treaty with a view to putting into operation, upon expiry of the periods provided for in paragraphs 5 and 6, the support system in accordance with paragraph 4.

9. Under Community supervision, and without prejudice to the provisions of paragraphs 1 to 8, appropriate measures shall be taken in Norway to ensure a supply of milk which is sufficient regularly to meet the liquid milk consumption of the population, and in such a way that the present high level of milk consumption is not endangered. The Council shall, according to the procedure of Article 43 (2) of the EEC Treaty, adopt the provisions necessary to this end, which may include subsidies.

10. If any subsequent development of the common agricultural policy or of other Community policies should include Community measures enabling a total or a partial solution of the special problems of Norwegian agriculture, those Community measures, and any possible Community financing, would replace the specific measures taken in Norway.

11. The institutions of the Community shall periodically review the conditions and procedures for implementing the arrangements applied in Norway.

6. Dans le secteur horticole et pour les pommes de terre, la Norvège est autorisée, à titre dérogatoire, jusqu'au 31 décembre 1977, à remplacer les restrictions quantitatives à l'importation par des dispositions permettant de maintenir, pour certains produits, un niveau de prix comparable à celui des prix pratiqués sur le marché norvégien avant l'adhésion. Ces dispositions consistent en un système de prix minima, à fixer sur le marché norvégien, au-dessous desquels des taxes compensatoires pourront être appliquées aux importations de toutes provenances; pour les importations des mêmes produits destinés à la transformation, la taxe compensatoire peut être suspendue tandis qu'à la livraison de produits indigènes pour la transformation une restitution correspondant au montant de la taxe peut être octroyée. Les dispositions transitoires convenues pour les droits de douane restent d'application.

Le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission, arrête les mesures nécessaires à la mise en œuvre des dispositions prévues au présent paragraphe.

7. Pour les produits relevant du secteur de la viande de porc, des œufs et de la volaille, le montant compensatoire applicable à l'importation en Norvège jusqu'à la première diminution est calculé, par dérogation aux articles 75, 77 et 79 de l'acte d'adhésion, sur la base de la différence entre les prix du porc abattu, des œufs en coquille et de la volaille abattue, sur le marché de la Norvège d'une part, et sur celui de la Communauté dans sa composition originaires et de chacun des autres nouveaux Etats membres d'autre part.

Le montant compensatoire visé à l'alinéa précédent est diminué d'un quart le 1^{er} novembre 1973, d'un quart le 1^{er} novembre 1974, d'un quart le 1^{er} novembre 1975 et supprimé le 1^{er} novembre 1976, sans préjudice de l'application après cette date des dispositions des articles 75, 77 et 79 de l'acte d'adhésion.

Le Conseil, statuant à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission, arrête les mesures nécessaires à la mise en œuvre des dispositions prévues au présent paragraphe.

8. Le 30 juin 1974 au plus tard, et pour le secteur horticole et pour les pommes de terre le 30 juin 1976 au plus tard, la Commission fait des propositions au Conseil, y compris le cas échéant des propositions concernant les dépenses éligibles pour un financement communautaire, conformément aux dispositions du traité CEE, en vue de la mise en œuvre, à l'expiration des délais prévus aux paragraphes 5 et 6, du système de soutien, conformément au paragraphe 4.

9. Sous contrôle communautaire, et sans préjudice des dispositions prévues aux paragraphes 1 à 8, des mesures appropriées assurant un approvisionnement de lait suffisant pour couvrir régulièrement la consommation de lait liquide par la population sont prises en Norvège, de manière à ne pas mettre en danger le niveau actuel élevé de consommation de lait. Le Conseil arrête, selon la procédure prévue à l'article 43 paragraphe 2 du traité CEE, les dispositions nécessaires à cet effet, qui pourront comporter des subventions.

10. Dans le cas où le développement ultérieur de la politique agricole commune ou d'autres politiques de la Communauté comporteraient des mesures communautaires permettant de résoudre en tout ou en partie les problèmes particuliers de l'agriculture norvégienne, ces mesures communautaires et l'éventuel financement communautaire qui en découlerait se substitueraient aux mesures spécifiques prises en Norvège.

11. Les institutions de la Communauté procèdent périodiquement à un examen des conditions et modalités d'application du régime appliqué en Norvège.

**Protokoll Nr. 21
über die Regelung der Fischereirechte
für Norwegen**

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN —

IN ANERKENNUNG der sehr großen Bedeutung des Fischfangs für Norwegen,

IN DER ERWAGUNG, daß der Fischfang und die damit verbundenen Industriezweige wegen der besonderen geographischen Lage Norwegens einen der Haupterwerbszweige der Bevölkerung eines großen Teils der Küstengebiete darstellen, in denen nur in begrenztem Umfang andere Beschäftigungsmöglichkeiten gegeben sind,

IN DEM BEWUSSTSEIN, daß es sowohl für Norwegen als auch für die Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit von Bedeutung ist, ein befriedigendes demographisches Gleichgewicht in den Gebieten Norwegens aufrechtzuerhalten, die in hohem Maße von der Küstenfischerei abhängig sind, sowie in Übereinstimmung mit den Zielen der norwegischen Regierung auf diesem Gebiet —

BESTÄTIGEN, daß Norwegen im Rahmen der Bestimmungen des Artikels 101 der Beitrittsakte ermächtigt wird, in den Gewässern, die seiner Hoheitsgewalt oder seiner Gerichtsbarkeit unterliegen, innerhalb einer Grenze von zwölf Seemeilen zwischen Egersund und der Grenze zwischen Norwegen und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken die Ausübung des Fischfangs zu beschränken,

KOMMEN ÜBEREIN, den Organen der Gemeinschaft zu empfehlen, bei der in Artikel 103 der Beitrittsakte vorgesehenen Prüfung in besonderer Weise die Probleme zu berücksichtigen, die sich auf dem Gebiet des Fischfangs für Norwegen sowohl in gesamtwirtschaftlicher Hinsicht als auch wegen der besonderen demographischen und sozialen Struktur dieses Landes ergeben, und dafür Sorge zu tragen, daß etwaige künftige Bestimmungen dementsprechend abgefaßt werden; diese Bestimmungen können unter anderem auch vorsehen, daß die Geltungsdauer der Ausnahmeregelung in angemessenem Umfang nach noch festzulegenden Regeln über den 31. Dezember 1982 hinaus verlängert wird.

**Protokoll Nr. 22
über die Beziehungen zwischen der
Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und
den assoziierten afrikanischen Staaten
und Madagaskar sowie den unabhängigen
Entwicklungsländern des Commonwealth
in Afrika, im Indischen Ozean, im Pazifischen
Ozean und im Karibischen Raum**

1

1. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft bietet den in Anhang VI der Beitrittsakte genannten unabhängigen Ländern des Commonwealth an, ihre Beziehungen zu ihr im Geiste der vom Rat auf der Tagung vom 1. und 2. April 1963 angenommenen Absichtserklärung nach einer der folgenden Formeln zu regeln:

— Beteiligung an dem Assoziierungsabkommen, das nach Ablauf der Geltungsdauer des am 29. Juli 1969 unterzeichneten Assoziierungsabkommens die Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und den assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar, die Unterzeichner des Abkommens sind, regelt;

**Protocol No 21
on the fisheries regime
for Norway**

THE HIGH CONTRACTING PARTIES,

RECOGNIZING the very great importance of the fishing industry for Norway,

CONSIDERING that, because of the special geographical situation of Norway, fisheries and the industries connected therewith constitute an essential activity for the population of a large part of the coastal areas where other possibilities of employment are limited,

CONSCIOUS of the importance, both for Norway and for the Community as a whole, of maintaining a satisfactory demographic balance in the areas of this country which are essentially dependent on inshore fishing, and sharing the objectives of the Norwegian Government in this field,

CONFIRM that, within the framework of Article 101 of the Act of Accession, Norway is authorized to limit fishing in those waters which come under its sovereignty or jurisdiction, situated within a limit of twelve nautical miles, between Egersund and the frontier between Norway and the Union of Soviet Socialist Republics,

AGREE to recommend the institutions of the Community to take particular account, during the examination provided for in Article 103 of the Act of Accession, of the problems facing Norway in the field of fisheries, both in the context of its general economy and for reasons stemming from the particular demographic and social structures of the country, and so to act that any provisions which may then be made are drawn up accordingly; these provisions may include among other measures, an extension of the derogations beyond 31 December 1982, to an appropriate degree and in accordance with rules to be determined.

**Protocol No 22
on relations between
the European Economic Community and the
Associated African and Malagasy States
and also the independent developing
Commonwealth countries situated in Africa,
the Indian Ocean, the Pacific Ocean
and the Caribbean**

I

1. The European Economic Community shall offer the independent Commonwealth countries listed in Annex VI to the Act of Accession the possibility of ordering their relations with the Community in the spirit of the Declaration of Intent adopted by the Council at its meeting held on 1/2 April 1963, according to one of the following formulae at their choice:

- participation in the Convention of Association which, upon the expiry of the Convention of Association signed on 29 July 1969, will govern relations between the Community and the Associated African and Malagasy States which signed the latter Convention;

**Protocole n° 21
concernant le régime de la pêche
pour la Norvège**

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES,

RECONNAISSANT la très grande importance que la pêche représente pour la Norvège,

CONSIDÉRANT que, en raison de la situation géographique particulière de la Norvège, la pêche et les industries qui s'y rattachent constituent une activité essentielle pour la population d'une grande partie des côtes où d'autres possibilités d'emploi sont limitées,

CONSCIENTES de l'importance, tant pour la Norvège que pour la Communauté dans son ensemble, de maintenir un équilibre démographique satisfaisant dans les régions de ce pays qui dépendent essentiellement de la pêche côtière, et partageant les objectifs du gouvernement norvégien dans ce domaine,

CONFIRMENT que, dans le cadre des dispositions de l'article 101 de l'acte d'adhésion, la Norvège est autorisée à limiter l'exercice de la pêche dans les eaux relevant de sa souveraineté ou de sa juridiction, situées en deçà d'une limite de douze milles marins, entre Egersund et la frontière entre la Norvège et l'Union des Républiques socialistes soviétiques,

CONVIENNENT de recommander aux institutions de la Communauté de tenir particulièrement compte, lors de l'examen prévu à l'article 103 de l'acte d'adhésion, des problèmes qui se posent à la Norvège dans le domaine de la pêche, tant dans le cadre de son économie générale que pour les raisons résultant des structures démographiques et sociales propres à ce pays, et de faire en sorte que les dispositions qui pourront être prises alors soient définies en conséquence, ces dispositions pouvant inclure, parmi d'autres mesures, une prorogation au-delà du 31 décembre 1982 du régime dérogatoire dans la mesure appropriée et selon des règles à déterminer.

**Protocole n° 22
concernant les relations entre la Communauté
économique européenne et les Etats africains et
malgache associés ainsi que les pays indépen-
dants en voie de développement du Common-
wealth situés en Afrique, dans l'Océan Indien,
dans l'Océan Pacifique et dans les Antilles**

I.

1. La Communauté économique européenne offre aux pays indépendants du Commonwealth visés à l'annexe VI de l'acte d'adhésion la possibilité de régler leurs relations avec elle dans l'esprit de la déclaration d'intention adoptée par le Conseil lors de la session des 1^{er} et 2 avril 1963, selon l'une des formules suivantes au choix:

- participation à la convention d'association qui régira, à l'expiration de la convention d'association signée le 29 juillet 1969, les relations entre la Communauté et les Etats africains et malgache associés signataires de cette convention;

Abschluß eines oder mehrerer besonderer Assoziierungsabkommen auf der Grundlage des Artikels 238 des EWG-Vertrags mit gegenseitigen Rechten und Pflichten, insbesondere auf dem Gebiet des Handels;

- Abschluß von Handelsabkommen zur Erleichterung und Entwicklung des Handels zwischen der Gemeinschaft und diesen Ländern.

2. Die Gemeinschaft wünscht aus praktischen Gründen, daß die unabhängigen Länder des Commonwealth, an die das Angebot der Gemeinschaft gerichtet ist, so bald wie möglich nach dem Beitritt zu dem Angebot Stellung nehmen.

Die Gemeinschaft schlägt den in Anhang VI der Beitrittsakte genannten unabhängigen Ländern des Commonwealth vor, die für den Abschluß der Abkommen nach einer der drei Formeln des Angebots vorgesehenen Verhandlungen ab 1. August 1973 aufzunehmen.

Die Gemeinschaft lädt daher diejenigen unabhängigen Länder des Commonwealth, welche sich für Verhandlungen im Rahmen der erstgenannten Formel entscheiden, ein, gemeinsam mit den assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar an der Aushandlung des Abkommens teilzunehmen, das auf das am 29. Juli 1969 unterzeichnete Abkommen folgen wird.

3. Entscheiden sich Botsuana, Lesotho oder Swasiland für eine der ersten zwei Formeln des Angebots, so

- müssen geeignete Lösungen gefunden werden, um die spezifischen Probleme zu regeln, die sich aus der besonderen Lage dieser mit einem dritten Land durch eine Zollunion verbundenen Länder ergeben;
- muß der Gemeinschaft im Hoheitsgebiet dieser Staaten eine ebenso günstige Zollbehandlung wie dem meistbegünstigten dritten Staat gewährt werden;
- müssen die Einzelheiten der angewandten Regelung, insbesondere die Ursprungsregeln, die Möglichkeit bieten, jede Gefahr einer die Gemeinschaft schädigenden Verkehrsverlagerung zu vermeiden, die sich aus der Teilnahme dieser Staaten an einer Zollunion mit einem dritten Land ergeben.

II

1. Hinsichtlich der nach Ablauf der Geltungsdauer des am 29. Juli 1969 unterzeichneten Assoziierungsabkommens vorzusehenden Assoziationsregelung ist die Gemeinschaft bereit, ihre Assoziierungspolitik sowohl gegenüber den assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar als auch gegenüber den unabhängigen Entwicklungsländern des Commonwealth, die Vertragsparteien dieser Assoziation sein werden, fortzuführen.

2. Der Beitritt der neuen Mitgliedstaaten zur Gemeinschaft und die etwaige Ausweitung der Assoziierungspolitik dürfen nicht zu einer Schwächung der Beziehungen der Gemeinschaft zu den assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar, die Vertragsparteien des am 29. Juli 1969 unterzeichneten Assoziierungsabkommens sind, führen.

Die Beziehungen der Gemeinschaft zu den assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar sichern diesen Staaten eine Gesamtheit von Vorteilen und beruhen auf Strukturen, die der Assoziation ihren eigenen Charakter auf den Gebieten der Handelsbeziehungen, der finanziellen und technischen Zusammenarbeit sowie der paritätischen Organe verleihen.

3. Ziel der Assoziierungspolitik der Gemeinschaft bleibt, den Bestand und die oben genannten wesentlichen Grundsätze zu wahren.

4. Die Einzelheiten dieser Assoziation werden in den in Abschnitt I Punkt 2 Unterabsatz 3 dieses Protokolls vor-

- the conclusion of one or more special conventions of association on the basis of Article 238 of the EEC Treaty comprising reciprocal rights and obligations, particularly in the field of trade;
- the conclusion of trade agreements with a view to facilitating and developing trade between the Community and those countries.

2. For practical reasons, the Community desires that the independent Commonwealth countries to which its offer is addressed, should take up a position with respect to this offer as soon as possible after accession.

The Community proposes to the independent Commonwealth countries listed in Annex VI to the Act of Accession that the negotiations envisaged for the conclusion of agreements based on one of the formulae contained in the offer should begin as from 1 August 1973.

The Community accordingly invites the independent Commonwealth countries which choose to negotiate within the framework of the first formula to participate side by side with the Associated African and Malagasy States in negotiating the new Convention to follow the Convention signed on 29 July 1969.

3. In the event of Botswana, Lesotho or Swaziland choosing one of the first two formulae contained in the offer:

- appropriate solutions must be found for the specific problems arising from the special circumstances of these countries, which are in a customs union with a third country;
- the Community must, in the territory of those States, enjoy tariff treatment not less favourable than that applied by those States to the most-favoured third country;
- the provisions of the system applied, and particularly the rules of origin must be such as to avoid any risk of trade deflection to the detriment of the Community resulting from the participation of those States in a customs union with a third country.

II

1. As regards the association arrangements to be made on the expiry of the Convention of Association signed on 29 July 1969, the Community is ready to pursue its policy of association both with regard to the Associated African and Malagasy States and with regard to the independent developing Commonwealth countries which become parties to the same association.

2. The accession of the new Member States to the Community and the possible extension of the policy of association should not be the source of any weakening in the Community's relations with the Associated African and Malagasy States which are parties to the Convention of Association signed on 29 July 1969.

The Community's relations with the Associated African and Malagasy States ensure for those States a range of advantages and are based on structures which give the Association its distinctive character in the fields of trade relations, financial and technical cooperation and joint institutions.

3. The Community's objective in its policy of association shall remain the safeguarding of what has been achieved and of the fundamental principles referred to above.

4. The provisions of this association, which will be defined during the negotiations referred to in the third

- conclusion d'une ou de plusieurs conventions d'association particulières sur la base de l'article 238 du traité CEE comportant des droits et des obligations réciproques, notamment dans le domaine des échanges commerciaux;
- conclusion d'accords commerciaux en vue de faciliter et de développer les échanges entre la Communauté et ces pays.

2. Pour des raisons pratiques, la Communauté souhaite que les pays indépendants du Commonwealth auxquels s'adresse l'offre de la Communauté prennent position sur cette offre aussitôt que possible après l'adhésion.

La Communauté propose aux pays indépendants du Commonwealth visés à l'annexe VI de l'acte d'adhésion que les négociations prévues pour la conclusion des accords sur l'une des trois formules de l'offre soient entamées à partir du 1^{er} août 1973.

La Communauté invite par conséquent ceux des pays indépendants du Commonwealth qui auront choisi de négocier dans le cadre de la première formule à participer aux côtés des Etats africains et malgache associés à la négociation de la convention qui fera suite à celle signée le 29 juillet 1969.

3. Si le Botswana, le Lesotho ou le Swaziland portent leur choix sur l'une des deux premières formules de l'offre:

- des solutions appropriées doivent être trouvées afin de régler les problèmes spécifiques que pose la situation spéciale de ces pays qui se trouvent en union douanière avec un pays tiers;
- la Communauté doit bénéficier sur le territoire de ces Etats d'un traitement tarifaire aussi favorable que celui appliqué par ceux-ci à l'Etat tiers le plus favorisé;
- les modalités du régime appliqué, et notamment les règles d'origine, doivent permettre d'éviter tout risque de détournement de trafic au détriment de la Communauté résultant de la participation de ces Etats à une union douanière avec un pays tiers.

II.

1. En ce qui concerne le régime d'association à prévoir, à l'expiration de la convention d'association signée le 29 juillet 1969, la Communauté est prête à poursuivre sa politique d'association tant à l'égard des Etats africains et malgache associés qu'à l'égard des pays indépendants en voie de développement du Commonwealth qui seront parties à la même association.

2. L'adhésion à la Communauté des nouveaux Etats membres et l'extension éventuelle de la politique d'association ne devraient pas être la source d'un affaiblissement des relations de la Communauté avec les Etats africains et malgache associés parties à la convention d'association signée le 29 juillet 1969.

Les relations de la Communauté avec les Etats africains et malgache associés assurent à ces Etats un ensemble d'avantages et reposent sur des structures qui confèrent à l'association son caractère propre dans les domaines des relations commerciales, de la coopération financière et technique et des institutions paritaires.

3. L'objectif de la Communauté dans sa politique d'association demeure de conserver l'acquis et les principes fondamentaux rappelés ci-dessus.

4. Les modalités de cette association, qui seront définies au cours de la négociation visée à la partie I point 2

gesehenen Verhandlungen festgelegt; sie müssen den besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen, die den unabhängigen Entwicklungsländern des Commonwealth in Afrika, im Indischen Ozean, im Pazifischen Ozean und im Karibischen Raum sowie den assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar gemeinsam sind, den Erfahrungen im Rahmen der Assoziation, den Wünschen der assoziierten Staaten und den Auswirkungen, die die Einführung des Systems allgemeiner Präferenzen für diese Staaten hat, entsprechend Rechnung tragen.

III

Die Gemeinschaft wird sich die Wahrung der Interessen aller Länder im Sinne dieses Protokolls, deren Wirtschaft in hohem Maße von der Ausfuhr von Grundstoffen, insbesondere Zucker, abhängt, angelegen sein lassen.

In diesem Rahmen wird die Zuckerfrage geregelt; dabei wird der Bedeutung Rechnung getragen, die dieses Erzeugnis hinsichtlich seiner Ausfuhr für die Volkswirtschaft mehrerer dieser Länder, insbesondere für Länder des Commonwealth, hat.

**Protokoll Nr. 23
über die Anwendung des von der
Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
angewandten Systems allgemeiner
Zollpräferenzen durch die neuen
Mitgliedstaaten**

1. Die neuen Mitgliedstaaten werden ermächtigt, die Anwendung des von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf Erzeugnisse mit Ursprung in Entwicklungsländern angewandten Systems allgemeiner Zollpräferenzen bis zum 1. Januar 1974 aufzuschieben.

2. Irland wird jedoch ermächtigt, auf Erzeugnisse im Sinne der Verordnungen (EWG) Nrn. 2796/71, 2797/71, 2798/71 und 2799/71 bis zum 31. Dezember 1975 gegenüber Ländern, denen allgemeine Präferenzen eingeräumt wurden, Zölle in Höhe der Zölle anzuwenden, die auf die gleichen Erzeugnisse gegenüber anderen Mitgliedstaaten außer dem Vereinigten Königreich angewandt werden.

**Protokoll Nr. 24
über die Beteiligung der neuen Mitgliedstaaten
am Vermögen der Europäischen Gemeinschaft
für Kohle und Stahl**

Die neuen Mitgliedstaaten leisten folgende Beiträge zum Vermögen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl:

Vereinigtes Königreich	57 000 000 RE
Norwegen	1 162 500 RE
Dänemark	635 500 RE
Irland	77 500 RE

Die Zahlung dieser Beiträge erfolgt in drei gleichen jährlichen Raten vom Beitritt an.

Diese Raten werden von jedem neuen Mitgliedstaat in frei konvertierbarer Landeswährung gezahlt.

subparagraph in Part I (2) of this Protocol, must similarly take account of the special economic conditions common to the independent developing Commonwealth countries situated in Africa, the Indian Ocean, the Pacific Ocean and the Caribbean, and the Associated African and Malagasy States, the experience acquired within the framework of association, the wishes of the Associated States and the consequences for those States of the introduction of the generalized preference scheme.

III

The Community will have as its firm purpose the safeguarding of the interests of all the countries referred to in this Protocol whose economies depend to a considerable extent on the export of primary products, and particularly of sugar.

The question of sugar will be settled within this framework, bearing in mind with regard to exports of sugar the importance of this product for the economies of several of these countries and of the Commonwealth countries in particular.

Protocol No 23
on the application
by the new Member States
of the generalized tariff preference scheme
applied by the European Economic Community

1. The new Member States are authorized to defer until 1 January 1974 the application of the generalized tariff preference scheme applied by the European Economic Community to products originating in the developing countries.

2. However, in respect of products falling under Regulations (EEC) Nos 2796/71, 2797/71, 2798/71 and 2799/71, Ireland is authorized until 31 December 1975 to apply, vis-à-vis countries benefiting from generalized preferences, customs duties equal to the duties applied in respect of the same products vis-à-vis Member States other than the United Kingdom.

Protocol No 24
on the participation
of the new Member States in the funds
of the European Coal and Steel Community

The contributions of the new Member States to the funds of the European Coal and Steel Community shall be fixed as follows:

United Kingdom	57,000,000 ua
Norway	1,162,500 ua
Denmark	635,500 ua
Ireland	77,500 ua

Payment of these contributions shall take place in three equal annual instalments beginning on accession.

Each instalment shall be paid in the freely convertible national currency of each new Member State.

troisième alinéa du présent protocole, doivent tenir compte de façon analogue des conditions économiques particulières communes aux pays indépendants en voie de développement du Commonwealth situés en Afrique, dans l'Océan Indien, dans l'Océan Pacifique et dans les Antilles et aux Etats africains et malgache associés, de l'expérience acquise dans le cadre de l'association, des souhaits des Etats associés, et des conséquences pour ces derniers de la mise en œuvre du système des préférences généralisées.

III.

La Communauté aura à cœur de sauvegarder les intérêts de l'ensemble des pays visés au présent protocole dont l'économie dépend dans une mesure considérable de l'exportation de produits de base, et notamment du sucre.

Le cas du sucre sera réglé dans ce cadre et en tenant compte, en ce qui concerne l'exportation de ce produit, de son importance pour l'économie de plusieurs de ces pays, notamment de ceux du Commonwealth.

Protocole n° 23
concernant l'application par les nouveaux Etats
membres du système des préférences tarifaires
généralisées appliqué par la Communauté
économique européenne

1. Les nouveaux Etats membres sont autorisés à différer jusqu'au 1^{er} janvier 1974 l'application du régime des préférences tarifaires généralisées appliqué par la Communauté économique européenne pour les produits originaires de pays en voie de développement.

2. Toutefois, pour les produits relevant des règlements (CEE) n° 2796/71, n° 2797/71, n° 2798/71 et n° 2799/71, l'Irlande est autorisée, jusqu'au 31 décembre 1975, à appliquer à l'égard des pays bénéficiaires de préférences généralisées des droits de douane égaux aux droits appliqués pour les mêmes produits à l'égard des Etats membres autres que le Royaume-Uni.

Protocole n° 24
concernant la participation
des nouveaux Etats membres aux fonds
de la Communauté européenne
du charbon et de l'acier

Les contributions des nouveaux Etats membres aux fonds de la Communauté européenne du charbon et de l'acier sont fixées comme suit:

Royaume-Uni	57.000.000 U.C.
Norvège	1.162.500 U.C.
Danemark	635.500 U.C.
Irlande	77.500 U.C.

Le versement de ces contributions a lieu, en trois tranches annuelles égales, à partir de l'adhésion.

Chacune de ces tranches est versée en monnaie nationale librement convertible de chacun des nouveaux Etats membres.

Protokoll Nr. 25
über den Austausch von Kenntnissen
auf dem Gebiet der Kernenergie mit Dänemark

Artikel 1

1. Unmittelbar nach dem Beitritt werden die Kenntnisse, die den Mitgliedstaaten, Personen und Unternehmen nach Artikel 13 des EAG-Vertrags mitgeteilt worden sind, Dänemark zur Verfügung gestellt, das sie in seinem Hoheitsgebiet in Übereinstimmung mit dem genannten Artikel nur beschränkt verbreitet.

2. Unmittelbar nach dem Beitritt stellt Dänemark der Europäischen Atomgemeinschaft Kenntnisse in gleichwertigem Umfang auf den nachstehend aufgeführten Gebieten zur Verfügung. Diese Kenntnisse werden in einem Dokument, das der Kommission übermittelt wird, im einzelnen dargelegt. Die Kommission teilt diese Kenntnisse den Unternehmen der Gemeinschaft in Übereinstimmung mit dem genannten Artikel mit.

3. Dänemark stellt der Gemeinschaft Informationen auf folgenden Gebieten zur Verfügung:

- schwerwassermoderierter und mit organischer Flüssigkeit gekühlter Reaktor D.O.R.;
- Schwerwasserreaktoren mit Druckbehälter DT-350 und DK-400;
- Hochtemperatur-Gaskreislauf;
- Instrumentierung und besondere elektronische Apparaturen;
- Zuverlässigkeit;
- Reaktorphysik, Reaktordynamik und Wärmeübertragung;
- Materialprüfversuche und reaktorinterne Ausrüstung.

4. Dänemark verpflichtet sich, der Gemeinschaft insbesondere bei Besuchen von Bediensteten der Gemeinschaft oder der Mitgliedstaaten im Forschungszentrum Risø alle ergänzenden Informationen zu den von ihm übermittelten Berichten unter Bedingungen zu erteilen, die von Fall zu Fall im gegenseitigen Einvernehmen festzulegen sind.

Artikel 2

1. Auf den Gebieten, auf denen Dänemark der Gemeinschaft Kenntnisse zur Verfügung stellt, gewähren die zuständigen Stellen, gegenwärtig die „Atomenergikommission“, den Mitgliedstaaten, Personen und Unternehmen der Gemeinschaft auf Antrag Lizenzen zu kommerziellen Bedingungen, soweit diese Stellen ausschließliche Rechte an in den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft angemeldeten Patenten besitzen und soweit sie gegenüber Dritten in keiner Weise verpflichtet sind, eine ausschließliche oder teilweise ausschließliche Lizenz an den Rechten dieser Patente zu gewähren oder anzubieten.

2. Ist eine ausschließliche oder teilweise ausschließliche Lizenz gewährt worden, so fördert und erleichtert Dänemark die Gewährung von Unterlizenzen an die Mitgliedstaaten, Personen und Unternehmen der Gemeinschaft zu kommerziellen Bedingungen durch die Inhaber solcher Lizenzen.

Die Gewährung solcher ausschließlichen oder teilweise ausschließlichen Lizenzen erfolgt auf normaler kommerzieller Basis.

**Protocol No 25
on the exchange of information with Denmark
in the field of nuclear energy**

Article 1

1. From the date of accession, such information as has been communicated to Member States, persons and undertakings, in accordance with Article 13 of the Euratom Treaty, shall be placed at the disposal of Denmark, which shall give it limited distribution within its territory under the conditions laid down in that Article.

2. From the date of accession, Denmark shall place at the disposal of the European Atomic Energy Community an equivalent volume of information in the sectors specified below. This information will be set forth in detail in a document transmitted to the Commission. The Commission shall communicate this information to Community undertakings under the conditions laid down in the abovementioned Article.

3. The sectors in which Denmark shall make information available to the Community are as follows:

- DOR heavy water moderated organic cooled reactor;
- DT-350, DK-400 heavy water pressure vessel reactors;
- high temperature gas loop;
- instrumentation systems and special electronic equipment;
- reliability;
- reactor physics, reactor dynamics and heat exchange;
- in-pile testing of materials and equipment.

4. Denmark shall undertake to supply the Community with any information complementary to the reports which it shall communicate, in particular during visits by Community personnel or personnel from the Member States to the Risø Centre, under conditions to be determined by mutual agreement in each case.

Article 2

1. In those sectors in which Denmark places information at the disposal of the Community, the competent authorities, at present the "Atomenergikommision", shall grant upon request licences on commercial terms to Member States, persons and undertakings of the Community where they possess exclusive rights to patents filed in Member States of the Community and in so far as they have no obligation or commitment in respect of third parties to grant or offer to grant an exclusive or partially exclusive licence to the rights in these patents.

2. Where an exclusive or partially exclusive licence has been granted, Denmark shall encourage and facilitate the granting of sublicences on commercial terms to Member States, persons and undertakings of the Community by the holders of such licences.

Such exclusive or partially exclusive licences shall be granted on a normal commercial basis.

**Protocole n° 25
concernant les échanges de connaissances
avec le Danemark dans le domaine
de l'énergie nucléaire**

Article 1

1. Dès l'adhésion, les connaissances communiquées aux Etats membres, aux personnes et aux entreprises, conformément à l'article 13 du traité CEEA, sont mises à la disposition du Danemark qui les soumet à diffusion restreinte sur son territoire, dans les conditions prévues à l'article précité.

2. Dès l'adhésion, le Danemark met à la disposition de la Communauté européenne de l'énergie atomique un volume équivalent de connaissances dans les secteurs précisés ci-après. L'exposé détaillé de ces connaissances fera l'objet d'un document remis à la Commission. Celle-ci communique ces connaissances aux entreprises de la Communauté, dans les conditions prévues à l'article mentionné ci-dessus.

3. Les secteurs dans lesquels le Danemark met des informations à la disposition de la Communauté sont les suivants:

- D.O.R. Réacteur modéré à eau lourde et refroidi au liquide organique;
- DT — 350, DK — 400 Réacteurs à eau lourde à cuve de pression;
- boucle à gaz à haute température;
- instrumentation et appareillage électronique spécial;
- fiabilité;
- physique des réacteurs, dynamique des réacteurs et transfert de chaleur;
- essais de matériaux et équipement en pile.

4. Le Danemark s'engage à fournir à la Communauté toute information complémentaire aux rapports qu'il communique, notamment au cours de visites d'agents de la Communauté ou des Etats membres au Centre de Risø, dans des conditions à déterminer d'un commun accord cas par cas.

Article 2

1. Dans les secteurs dans lesquels le Danemark met des connaissances à la disposition de la Communauté, les organismes compétents, actuellement l'« Atomenergikommision », concèdent, sur demande, des licences à des conditions commerciales aux Etats membres, personnes et entreprises de la Communauté, lorsqu'ils possèdent des droits exclusifs sur des brevets déposés dans les Etats membres de la Communauté et pour autant qu'ils n'aient, à l'égard de tiers, aucune obligation ou engagement de concéder ou de proposer la concession d'une licence exclusive ou partiellement exclusive sur les droits de ces brevets.

2. Si une licence exclusive ou partiellement exclusive a été concédée, le Danemark encourage et facilite la concession, à des conditions commerciales, de sous-licences aux Etats membres, personnes et entreprises de la Communauté, par les détenteurs de telles licences.

La concession de telles licences exclusives ou partiellement exclusives est effectuée sur une base commerciale normale.

Protokoll Nr. 26
über den Austausch von Kenntnissen
auf dem Gebiet der Kernenergie mit Irland

Artikel 1

1. Unmittelbar nach dem Beitritt werden die Kenntnisse, die den Mitgliedstaaten, Personen und Unternehmen nach Artikel 13 des EAG-Vertrags mitgeteilt worden sind, Irland zur Verfügung gestellt, das sie in seinem Hoheitsgebiet in Übereinstimmung mit dem genannten Artikel nur beschränkt verbreitet.

2. Unmittelbar nach dem Beitritt stellt Irland der Europäischen Atomgemeinschaft in Irland auf dem Kernenergiegebiet gewonnene, nur zu beschränkter Verbreitung bestimmte Kenntnisse zur Verfügung, soweit es sich nicht um rein kommerzielle Anwendungen handelt. Die Kommission teilt diese Kenntnisse den Unternehmen der Gemeinschaft in Übereinstimmung mit dem genannten Artikel mit.

3. Diese Informationen betreffen hauptsächlich die Untersuchungen zur Entwicklung eines Leistungsreaktors sowie die Arbeiten über Radioisotope und deren Anwendung in der Medizin, einschließlich der Probleme des Strahlenschutzes.

Artikel 2

1. Auf den Gebieten, auf denen Irland der Gemeinschaft Kenntnisse zur Verfügung stellt, gewähren die zuständigen Stellen den Mitgliedstaaten, Personen und Unternehmen der Gemeinschaft auf Antrag Lizenzen zu kommerziellen Bedingungen, soweit diese Stellen ausschließliche Rechte an in den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft angemeldeten Patenten besitzen und soweit sie gegenüber Dritten in keiner Weise verpflichtet sind, eine ausschließliche oder teilweise ausschließliche Lizenz an den Rechten dieser Patente zu gewähren oder anzubieten.

2. Ist eine ausschließliche oder teilweise ausschließliche Lizenz gewährt worden, so fördert und erleichtert Irland die Gewährung von Unterlizenzen an die Mitgliedstaaten, Personen und Unternehmen der Gemeinschaft zu kommerziellen Bedingungen durch die Inhaber solcher Lizenzen.

Die Gewährung solcher ausschließlichen oder teilweise ausschließlichen Lizenzen erfolgt auf normaler kommerzieller Basis.

Protocol No 26
on the exchange of information with Ireland
in the field of nuclear energy

Article 1

1. From the date of accession, such information as has been communicated to Member States, persons and undertakings, in accordance with Article 13 of the Euratom Treaty, shall be placed at the disposal of Ireland, which shall give it limited distribution within its territory under the conditions laid down in that Article.

2. From the date of accession, Ireland shall place at the disposal of the European Atomic Energy Community information obtained in the nuclear field in Ireland, which is given limited distribution, in so far as strictly commercial applications are not involved. The Commission shall communicate this information to Community undertakings under the conditions laid down in the abovementioned Article.

3. This information shall mainly concern studies for the development of a power reactor and work on radioisotopes and their application in medicine, including the problems of radiation protection.

Article 2

1. In those sectors in which Ireland places information at the disposal of the Community, the competent authorities shall grant upon request licences on commercial terms to Member States, persons and undertakings of the Community where they possess exclusive rights to patents filed in Member States of the Community and in so far as they have no obligation or commitment in respect of third parties to grant or offer to grant an exclusive or partially exclusive licence to the rights in these patents.

2. Where an exclusive or partially exclusive licence has been granted, Ireland shall encourage and facilitate the granting of sublicences on commercial terms to Member States, persons and undertakings of the Community by the holders of such licences.

Such exclusive or partially exclusive licences shall be granted on a normal commercial basis.

Protocole n° 26
concernant les échanges de connaissances
avec l'Irlande dans le domaine
de l'énergie nucléaire

Article 1

1. Dès l'adhésion, les connaissances communiquées aux Etats membres, aux personnes et aux entreprises, conformément à l'article 13 du traité CEEA, sont mises à la disposition de l'Irlande qui les soumet à diffusion restreinte sur son territoire, dans les conditions prévues à l'article précité.

2. Dès l'adhésion, l'Irlande met à la disposition de la Communauté européenne de l'énergie atomique des connaissances à diffusion restreinte obtenues dans le domaine nucléaire en Irlande pour autant qu'il ne s'agisse pas d'applications strictement commerciales. La Commission communique ces connaissances aux entreprises de la Communauté, dans les conditions prévues à l'article mentionné ci-dessus.

3. Ces informations concernent principalement les études de développement d'un réacteur de puissance et les travaux sur les radio-isotopes et leur application en médecine, y compris les problèmes de radioprotection.

Article 2

1. Dans les secteurs dans lesquels l'Irlande met des connaissances à la disposition de la Communauté, les organismes compétents concèdent, sur demande, des licences à des conditions commerciales aux Etats membres, personnes et entreprises de la Communauté, lorsqu'ils possèdent des droits exclusifs sur des brevets déposés dans les Etats membres de la Communauté et pour autant qu'ils n'aient, à l'égard de tiers, aucune obligation ou engagement de concéder ou de proposer la concession d'une licence exclusive ou partiellement exclusive sur les droits de ces brevets.

2. Si une licence exclusive ou partiellement exclusive a été concédée, l'Irlande encourage et facilite la concession, à des conditions commerciales, de sous-licences aux Etats membres, personnes et entreprises de la Communauté, par les détenteurs de telles licences.

La concession de telles licences exclusives ou partiellement exclusives est effectuée sur une base commerciale normale.

Protokoll Nr. 27
über den Austausch von Kenntnissen
auf dem Gebiet der Kernenergie mit Norwegen

Artikel 1

1. Unmittelbar nach dem Beitritt werden die Kenntnisse, die den Mitgliedstaaten, Personen und Unternehmen nach Artikel 13 des EAG-Vertrags mitgeteilt worden sind, Norwegen zur Verfügung gestellt, das sie in seinem Hoheitsgebiet in Übereinstimmung mit dem genannten Artikel nur beschränkt verbreitet.

2. Unmittelbar nach dem Beitritt stellt Norwegen der Europäischen Atomgemeinschaft Kenntnisse in gleichwertigem Umfang auf den nachstehend aufgeführten Gebieten zur Verfügung. Diese Kenntnisse werden in einem Dokument, das der Kommission übermittelt wird, im einzelnen dargelegt. Die Kommission teilt diese Kenntnisse den Unternehmen der Gemeinschaft in Übereinstimmung mit dem genannten Artikel mit.

3. Norwegen stellt der Gemeinschaft Informationen auf den folgenden Gebieten zur Verfügung:

- Reaktortechnik;
- Technologie der Brennstoffe und Werkstoffe;
- Dynamik der Reaktoren, Kontrolle und Instrumentierung;
- Nukleare Sicherheit;
- Technologie der Radioisotope;
- Chemie der Brennstoffaufarbeitung und Analysemethoden;
- Physikalische Grundlagenforschung;
- Schiffsantrieb;
- Verschiedenes (Zeitschriften, Tätigkeitsberichte usw.).

4. Norwegen verpflichtet sich, der Gemeinschaft insbesondere bei Besuchen von Bediensteten der Gemeinschaft oder der Mitgliedstaaten im „Institut for Atomenergi (IFA)“ alle ergänzenden Informationen zu den von ihm übermittelten Berichten unter Bedingungen zu erteilen, die von Fall zu Fall im gegenseitigen Einvernehmen festzulegen sind.

Artikel 2

1. Auf den Gebieten, auf denen Norwegen der Gemeinschaft Kenntnisse zur Verfügung stellt, gewähren die zuständigen Stellen, gegenwärtig das „Institut for Atomenergi“, den Mitgliedstaaten, Personen und Unternehmen der Gemeinschaft auf Antrag Lizenzen zu kommerziellen Bedingungen, soweit diese Stellen ausschließliche Rechte an in den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft angemeldeten Patenten besitzen und soweit sie gegenüber Dritten in keiner Weise verpflichtet sind, eine ausschließliche oder teilweise ausschließliche Lizenz an den Rechten dieser Patente zu gewähren oder anzubieten.

2. Ist eine ausschließliche oder teilweise ausschließliche Lizenz gewährt worden, so fördert und erleichtert Norwegen die Gewährung von Unterlizenzen an die Mitgliedstaaten, Personen und Unternehmen der Gemeinschaft zu kommerziellen Bedingungen durch die Inhaber solcher Lizenzen.

Die Gewährung solcher ausschließlichen oder teilweise ausschließlichen Lizenzen erfolgt auf normaler kommerzieller Basis.

Protocol No 27
on the exchange of information with Norway
in the field of nuclear energy

Article 1

1. From the date of accession, such information as has been communicated to Member States, persons and undertakings, in accordance with Article 13 of the Euratom Treaty, shall be placed at the disposal of Norway, which shall give it limited distribution within its territory under the conditions laid down in that Article.

2. From the date of accession, Norway shall place at the disposal of the European Atomic Energy Community an equivalent volume of information in the sectors specified below. This information will be set forth in detail in a document transmitted to the Commission. The Commission shall communicate this information to Community undertakings under the conditions laid down in the abovementioned Article.

3. The sectors in which Norway shall make information available to the Community are as follows:

- reactor technology;
- fuel and materials technology;
- reactor dynamics, control and instrumentation;
- nuclear safety;
- radioisotope technology;
- reprocessing chemistry and methods of analysis;
- fundamental physics research;
- marine propulsion;
- miscellaneous (reviews, activity reports, etc. . .).

4. Norway shall undertake to supply the Community with any information complementary to the reports which it shall communicate, in particular during visits by Community personnel or personnel from the Member States to the "Institut for Atomenergi (IFA)", under conditions to be determined by mutual agreement in each case.

Article 2

1. In those sectors in which Norway places information at the disposal of the Community, the competent authorities, at present the "Institut for Atomenergi", shall grant upon request licences on commercial terms to Member States, persons and undertakings of the Community where they possess exclusive rights to patents filed in Member States of the Community and in so far as they have no obligation or commitment in respect of third parties to grant or offer to grant an exclusive or partially exclusive licence to the rights in these patents.

2. Where an exclusive or partially exclusive licence has been granted, Norway shall encourage and facilitate the granting of sublicences on commercial terms to Member States, persons and undertakings of the Community by the holders of such licences.

Such exclusive or partially exclusive licences shall be granted on a normal commercial basis.

Protocole n° 27
concernant les échanges de connaissances
avec la Norvège dans le domaine
de l'énergie nucléaire

Article 1

1. Dès l'adhésion, les connaissances communiquées aux Etats membres, aux personnes et aux entreprises, conformément à l'article 13 du traité CEEA, sont mises à la disposition de la Norvège qui les soumet à diffusion restreinte sur son territoire, dans les conditions prévues à l'article précité.

2. Dès l'adhésion, la Norvège met à la disposition de la Communauté européenne de l'énergie atomique un volume équivalent de connaissances dans les secteurs précisés ci-après. L'exposé détaillé de ces connaissances fera l'objet d'un document remis à la Commission. Celle-ci communique ces connaissances aux entreprises de la Communauté, dans les conditions prévues à l'article mentionné ci-dessus.

3. Les secteurs dans lesquels la Norvège met des informations à la disposition de la Communauté sont les suivants:

- technologie des réacteurs;
- technologie des combustibles et matériaux;
- dynamique des réacteurs, contrôle et instrumentation;
- sécurité nucléaire;
- technologie des radio-isotopes;
- chimie du retraitement et méthodes d'analyse;
- recherche en physique fondamentale;
- propulsion navale;
- divers (revues, rapports d'activité, etc. . .).

4. La Norvège s'engage à fournir à la Communauté toute information complémentaire aux rapports qu'elle communique, notamment au cours de visites d'agents de la Communauté ou des Etats membres à l'«Institut for Atomenergi (IFA)» dans des conditions à déterminer d'un commun accord cas par cas.

Article 2

1. Dans les secteurs dans lesquels la Norvège met des connaissances à la disposition de la Communauté, les organismes compétents, actuellement l'«Institut for Atomenergi», concèdent, sur demande, des licences à des conditions commerciales aux Etats membres, personnes et entreprises de la Communauté, lorsqu'ils possèdent des droits exclusifs sur des brevets déposés dans les Etats membres de la Communauté et pour autant qu'ils n'aient, à l'égard de tiers, aucune obligation ou engagement de concéder ou de proposer la concession d'une licence exclusive ou partiellement exclusive sur les droits de ces brevets.

2. Si une licence exclusive ou partiellement exclusive a été concédée, la Norvège encourage et facilite la concession, à des conditions commerciales, de sous-licences aux Etats membres, personnes et entreprises de la Communauté, par les détenteurs de telles licences.

La concession de telles licences exclusives ou partiellement exclusives est effectuée sur une base commerciale normale.

Protokoll Nr. 28
über den Austausch von Kenntnissen
auf dem Gebiet der Kernenergie
mit dem Vereinigten Königreich

Artikel 1

1. Unmittelbar nach dem Beitritt werden die Kenntnisse, die den Mitgliedstaaten, Personen und Unternehmen nach Artikel 13 des EAG-Vertrags mitgeteilt worden sind, dem Vereinigten Königreich zur Verfügung gestellt, das sie in seinem Hoheitsgebiet in Übereinstimmung mit dem genannten Artikel nur beschränkt verbreitet.

2. Unmittelbar nach dem Beitritt stellt das Vereinigte Königreich der Europäischen Atomgemeinschaft Kenntnisse in gleichwertigem Umfang aus den in der beigefügten Liste genannten Bereichen zur Verfügung. Diese Kenntnisse werden in einem Dokument, das der Kommission übermittelt wird, im einzelnen dargelegt. Die Kommission teilt diese Kenntnisse den Unternehmen der Gemeinschaft in Übereinstimmung mit dem genannten Artikel mit.

3. Angesichts des besonderen Interesses der Gemeinschaft an bestimmten Gebieten sorgt das Vereinigte Königreich vor allem für die Übermittlung von Kenntnissen aus folgenden Bereichen:

- Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet schneller Reaktoren (einschließlich der Sicherheit);
- Basisforschung (auf die Reaktorreihen anwendbar);
- Sicherheit der nichtschnellen Reaktoren;
- Metallurgie, Stahl, Zirkoniumlegierungen und Beton;
- Verträglichkeit von Strukturmaterialien;
- Experimentelle Brennstoffherstellung;
- Thermohydrodynamik;
- Instrumentierung.

Artikel 2

1. Auf den Gebieten, auf denen das Vereinigte Königreich der Gemeinschaft Kenntnisse zur Verfügung stellt, gewähren die zuständigen Stellen, gegenwärtig die „United Kingdom Atomic Energy Authority“ und die „United Kingdom Generating Boards“, den Mitgliedstaaten, Personen und Unternehmen der Gemeinschaft auf Antrag Lizenzen zu kommerziellen Bedingungen, soweit diese Stellen ausschließliche Rechte an in den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft angemeldeten Patenten besitzen und soweit sie gegenüber Dritten in keiner Weise verpflichtet sind, eine ausschließliche oder teilweise ausschließliche Lizenz an den Rechten dieser Patente zu gewähren oder anzubieten.

2. Ist eine ausschließliche oder teilweise ausschließliche Lizenz gewährt worden, so fördert und erleichtert das Vereinigte Königreich die Gewährung von Unterlizenzen an die Mitgliedstaaten, Personen und Unternehmen der Gemeinschaft zu kommerziellen Bedingungen durch die Inhaber solcher Lizenzen.

Die Gewährung solcher ausschließlichen oder teilweise ausschließlichen Lizenzen erfolgt auf normaler kommerzieller Basis.

**Protocol No 28
on the exchange of information
with the United Kingdom
in the field of nuclear energy**

Article 1

1. From the date of accession, such information as has been communicated to Member States, persons and undertakings in accordance with Article 13 of the Euratom Treaty, shall be placed at the disposal of the United Kingdom, which shall give it limited distribution within its territory under the conditions laid down in that Article.

2. From the date of accession, the United Kingdom shall place at the disposal of the European Atomic Energy Community an equivalent volume of information in the sectors set out in the annexed list. This information will be set forth in detail in a document transmitted to the Commission. The Commission shall communicate this information to Community undertakings under the conditions laid down in the abovementioned Article.

3. In view of the Community's greater interest in certain sectors, the United Kingdom shall lay special emphasis on the transmission of information in the following sectors:

- fast reactor research and development (including safety);
- fundamental research (applicable to reactor types);
- reactor safety (other than fast reactors);
- metallurgy, steel, zirconium alloys and concrete;
- compatibility of structural materials;
- experimental fuel fabrication;
- thermohydrodynamics;
- instrumentation.

Article 2

1. In those fields in which the United Kingdom places information at the disposal of the Community, the competent authorities, at present the United Kingdom Atomic Energy Authority and the United Kingdom Generating Boards, shall grant upon request licences on commercial terms to Member States, persons and undertakings of the Community where they possess exclusive rights to patents filed in the Member States of the Community and in so far as they have no obligation or commitment in respect of third parties to grant or offer to grant an exclusive or partially exclusive licence to the rights in these patents.

2. Where an exclusive or partially exclusive licence has been granted, the United Kingdom shall encourage and facilitate the granting of sublicences on commercial terms to the Member States, persons and undertakings of the Community by the holders of such licences.

Such exclusive or partially exclusive licences shall be granted on a normal commercial basis.

**Protocole n° 28
concernant les échanges de connaissances
avec le Royaume-Uni dans le domaine
de l'énergie nucléaire**

Article 1

1. Dès l'adhésion, les connaissances communiquées aux Etats membres, aux personnes et aux entreprises, conformément à l'article 13 du traité CEEA, sont mises à la disposition du Royaume-Uni qui les soumet à diffusion restreinte sur son territoire, dans les conditions prévues à l'article précité.

2. Dès l'adhésion, le Royaume-Uni met à la disposition de la Communauté européenne de l'énergie atomique un volume équivalent de connaissances dans les secteurs dont la liste figure en annexe. L'exposé détaillé de ces connaissances fera l'objet d'un document remis à la Commission. Celle-ci communique ces connaissances aux entreprises de la Communauté, dans les conditions prévues à l'article mentionné ci-dessus.

3. Compte tenu de l'intérêt plus marqué de la Communauté pour certains secteurs, le Royaume-Uni met plus particulièrement l'accent sur la transmission de connaissances dans les secteurs suivants:

- recherche et développement en matière de réacteurs rapides (y compris sûreté);
- recherche de base (applicable aux filières de réacteurs);
- sécurité des réacteurs autres que rapides;
- métallurgie, aciers, alliages de zirconium et bétons;
- compatibilité de matériaux de structure;
- fabrication expérimentale de combustible;
- thermohydrodynamique;
- instrumentation.

Article 2

1. Dans les secteurs dans lesquels le Royaume-Uni met des connaissances à la disposition de la Communauté, les organismes compétents, actuellement la «United Kingdom Atomic Energy Authority» et les «United Kingdom Generating Boards», concèdent, sur demande, des licences à des conditions commerciales aux Etats membres, personnes et entreprises de la Communauté, lorsqu'ils possèdent des droits exclusifs sur des brevets déposés dans les Etats membres de la Communauté et pour autant qu'ils n'aient, à l'égard de tiers, aucune obligation ou engagement de concéder ou de proposer la concession d'une licence exclusive ou partiellement exclusive sur les droits de ces brevets.

2. Si une licence exclusive ou partiellement exclusive a été concédée, le Royaume-Uni encourage et facilite la concession, à des conditions commerciales, de sous-licences aux Etats membres, personnes et entreprises de la Communauté, par les détenteurs de telles licences.

La concession de telles licences exclusives ou partiellement exclusives est effectuée sur une base commerciale normale.

ANLAGE

Liste

der Bereiche im Sinne des Artikels 1 Absatz 2

I. Grundlagenforschung

- Reaktorphysik
- Grundlegende Arbeiten auf dem Gebiet der Metallurgie und der Chemie
- Arbeiten über Isotope
- Technische Chemie

II. Reaktoren

- a) Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Reaktorsysteme
- b) Betriebserfahrung mit Magnox-Reaktoren (einschließlich Untersuchungen über das Funktionieren der Reaktoren)
- c) Sicherheit der Reaktoren (ausgenommen schnelle Reaktoren)
- d) Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet schneller Reaktoren (einschließlich Sicherheit)
- e) Betriebserfahrungen mit Materialprüfreaktoren

III. Werkstoffe und Bauteile

- a) Graphit- und Kühlmittelchemie
- b) Verträglichkeit von Strukturmaterialien für Reaktoren
- c) Stahl und Beton (einschließlich Korrosion); Schweißen und Schweißversuche
- d) Experimentelle Herstellung von Brennelementen und Beurteilung ihrer Konstruktion und Leistung
- e) Wärmeaustausch
- f) Metallurgie

IV. Instrumentierung (einschließlich Gesundheitsschutz-Instrumentierung)**V. Strahlenbiologie****VI. Schiffsantrieb**

ANNEX

ANNEXE

- List**
of sectors referred to in Article 1 (2)
- I. Basic science**
- Reactor physics
 - Basic work in metallurgy and chemistry
 - Work on isotopes
 - Chemical engineering
- II. Reactors**
- (a) Research and development on reactor systems
 - (b) Operating experience with Magnox reactors (including research on reactor operation)
 - (c) Reactor safety (except fast reactors)
 - (d) Fast reactor research and development (including safety)
 - (e) Operating experience with materials-testing reactors.
- III. Materials and components**
- (a) Graphite and coolant chemistry
 - (b) Compatibility of structural materials for reactors
 - (c) Steel and concrete (including corrosion): welding and weld tests
 - (d) Experimental fuel fabrication and evaluation of fuel design and performance
 - (e) Heat exchange
 - (f) Metallurgy
- IV. Instrumentation**
(including health physics instrumentation)
- V. Radiobiology**
- VI. Marine propulsion**

- Liste**
des secteurs visés à l'article 1 paragraphe 2
- I. Science fondamentale**
- Physique des réacteurs
 - Travaux de base en métallurgie, en chimie
 - Travaux sur les isotopes
 - Génie chimique
- II. Réacteurs**
- a) Recherche et développement en matière de systèmes de réacteurs
 - b) Expérience opérationnelle en matière de réacteurs Magnox (y compris recherche sur le fonctionnement des réacteurs)
 - c) Sécurité des réacteurs (à l'exclusion des réacteurs rapides)
 - d) Recherche et développement en matière de réacteurs rapides (y compris la sécurité)
 - e) Expériences opérationnelles sur réacteurs d'essai des matériaux.
- III. Matériaux et éléments constitutifs**
- a) Chimie du graphite et du réfrigérant
 - b) Compatibilité des matériaux de structure pour réacteurs
 - c) Acier et béton (y compris corrosion); soudure et essais de soudage
 - d) Fabrication expérimentale d'éléments combustibles et évaluation de leur conception et de leur performance
 - e) Echange de chaleur
 - f) Métallurgie
- IV. Instrumentation (y compris instrumentation sanitaire)**
- V. Radiobiologie**
- VI. Propulsion navale**

Protokoll Nr. 29
über das Abkommen mit der
Internationalen Atomenergieorganisation

Das Königreich Dänemark, Irland und das Königreich Norwegen verpflichten sich, dem zwischen einigen ursprünglichen Mitgliedstaaten zusammen mit der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und der Internationalen Atomenergieorganisation andererseits zu schließenden Abkommen über die Anwendung der im Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vorgesehenen Sicherungsmaßnahmen in den Hoheitsgebieten einiger Mitgliedstaaten der Gemeinschaft unter den in dem Abkommen festzulegenden Bedingungen beizutreten.

Protokoll Nr. 30
betreffend Irland

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN —

VON DEM WUNSCH GELEITET, einige besondere Probleme betreffend Irland zu regeln,

EINIG über die folgenden Bestimmungen —

WEISEN DARAUF HIN, daß die stetige Besserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen der Völker der Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und die harmonische Entwicklung ihrer Volkswirtschaften durch eine Verringerung des Abstands zwischen den einzelnen Gebieten und des Rückstands weniger begünstigter Gebiete zu den grundlegenden Zielen der Gemeinschaft gehören;

NEHMEN ZUR KENNTNIS, daß die irische Regierung die Verwirklichung einer Politik der Industrialisierung und der wirtschaftlichen Entwicklung mit dem Ziel verfolgt, den Lebensstandard in Irland demjenigen in den übrigen europäischen Nationen anzugleichen, die Unterbeschäftigung zu beseitigen und dabei schrittweise regionale Entwicklungsunterschiede auszugleichen;

ERKENNEN AN, daß die Erreichung der Ziele dieser Politik in ihrem gemeinsamen Interesse liegt;

KOMMEN ÜBEREIN, zu diesem Zweck den Organen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft die Anwendung aller im EWG-Vertrag vorgesehenen Mittel und Verfahren zu empfehlen, insbesondere eine angemessene Verwendung der zur Verwirklichung der oben genannten Ziele der Gemeinschaft zur Verfügung stehenden Gemeinschaftsmittel;

ERKENNEN insbesondere an, daß im Falle der Anwendung der Artikel 92 und 93 des EWG-Vertrags die Ziele der wirtschaftlichen Ausweitung und der Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung zu berücksichtigen sind.

**Protocol No 29
on the Agreement
with the International Atomic Energy Agency**

The Kingdom of Denmark, Ireland and the Kingdom of Norway undertake to accede, under conditions to be established therein, to the Agreement between certain original Member States jointly with the European Atomic Energy Community, on the one hand, and the International Atomic Energy Agency, on the other hand, on the application in the territories of certain Member States of the Community of the guarantees provided for in the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons.

**Protocole n° 29
concernant l'accord avec
l'Agence internationale de l'énergie atomique**

Le Royaume de Danemark, l'Irlande et le Royaume de Norvège s'engagent à adhérer, dans les conditions qui y seront fixées, à l'accord entre, d'une part, certains Etats membres originaires conjointement avec la Communauté européenne de l'énergie atomique et, d'autre part, l'Agence internationale de l'énergie atomique, pour l'application sur les territoires de certains Etats membres de la Communauté des garanties prévues au traité de non-prolifération des armes nucléaires.

**Protocol No 30
on Ireland**

THE HIGH CONTRACTING PARTIES,

DESIRING to settle certain special problems of concern to Ireland, and

HAVING AGREED the following provisions,

RECALL that the fundamental objectives of the European Economic Community include the steady improvement of the living standards and working conditions of the peoples of the Member States and the harmonious development of their economies by reducing the differences existing between the various regions and the backwardness of the less-favoured regions;

TAKE NOTE of the fact that the Irish Government has embarked upon the implementation of a policy of industrialization and economic development designed to align the standards of living in Ireland with those of the other European nations and to eliminate under-employment while progressively evening out regional differences in levels of development;

RECOGNIZE it to be in their common interest that the objectives of this policy be so attained;

AGREE to recommend to this end that the Community institutions implement all the means and procedures laid down by the EEC Treaty, particularly by making adequate use of the Community resources intended for the realization of the Community's abovementioned objectives;

RECOGNIZE in particular that, in the application of Articles 92 and 93 of the EEC Treaty, it will be necessary to take into account the objectives of economic expansion and the raising of the standard of living of the population.

**Protocole n° 30
concernant l'Irlande**

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES,

DÉSIRANT régler certains problèmes particuliers intéressant l'Irlande,

ÉTANT CONVENUES des dispositions ci-après,

RAPPELLENT que les objectifs fondamentaux de la Communauté économique européenne comportent l'amélioration constante des conditions de vie et d'emploi des peuples des Etats membres, ainsi que le développement harmonieux de leurs économies en réduisant l'écart entre les différentes régions et le retard des moins favorisées;

PRENNENT ACTE du fait que le gouvernement irlandais est engagé dans la mise en exécution d'une politique d'industrialisation et de développement économique qui a pour but de rapprocher le niveau de vie en Irlande de celui des autres nations européennes et d'éliminer le sous-emploi, tout en absorbant progressivement les différences régionales de niveau de développement;

RECONNAISSENT qu'il est de leur intérêt commun que les finalités de cette politique soient atteintes;

CONVIENNENT de recommander à cet effet aux institutions de la Communauté de mettre en œuvre tous les moyens et procédures prévus par le traité CEE, en recourant notamment à un emploi adéquat des ressources communautaires destinées à la réalisation des objectifs de la Communauté, mentionnés ci-dessus;

RECONNAISSENT en particulier que, dans le cas d'application des articles 92 et 93 du traité CEE, il faudra tenir compte des objectifs d'expansion économique et de relèvement du niveau de vie de la population.

Briefwechsel über Währungsfragen

Brüssel, den 22. Januar 1972

Exzellenz!

1. Auf der Ministertagung der Konferenz vom 7. Juni 1971 ist vereinbart worden, daß die Erklärung, die ich auf dieser Tagung zu Währungsfragen abgegeben habe, Gegenstand eines Briefwechsels sein wird, welcher der Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge beigefügt wird. Daher darf ich nunmehr bestätigen, daß ich auf jener Tagung folgende Erklärung abgegeben habe:

- a) Wir sind bereit, einen geregelten und schrittweisen Abbau der offiziellen Sterlingguthaben nach unserem Beitritt in Aussicht zu nehmen.
- b) Nach unserem Beitritt zu den Gemeinschaften werden wir bereit sein, geeignete Maßnahmen zu erörtern, um eine schrittweise Angleichung der externen Charakteristika und Praktiken in bezug auf das Pfund Sterling an diejenigen der anderen Währungen der Gemeinschaft im Rahmen der Fortschritte auf dem Wege zur Wirtschafts- und Währungsunion in der erweiterten Gemeinschaft zu erreichen; wir sind überzeugt, daß das offizielle Pfund Sterling (*) so gehandhabt werden kann, daß wir in vollem Umfang an diesen Fortschritten teilnehmen können.
- c) In der Zwischenzeit werden wir unsere Politik im Hinblick auf eine Stabilisierung der offiziellen Sterlingguthaben in Übereinstimmung mit diesen längerfristigen Zielen gestalten.
- d) Ich hoffe, daß die Gemeinschaft der Auffassung sein wird, daß diese Erklärung dem Sterlingproblem und den damit zusammenhängenden Fragen in zufriedenstellender Weise gerecht wird, so daß in den Verhandlungen nur noch zu regeln ist, wie das Vereinigte Königreich den Richtlinien über den Kapitalverkehr gemäß dem Rom-Vertrag entsprechen kann."

2. Auf derselben Tagung am 7. Juni hat sich die Delegation der Gemeinschaft mit der vorstehenden Erklärung einverstanden erklärt.

3. Ich glaube zu wissen, daß die Delegationen des Königreichs Dänemark, Irlands und des Königreichs Norwegen sich ebenfalls mit der vorstehenden Erklärung, wie sie in diesem Schreiben bestätigt wird, einverstanden erklärt haben.

4. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir den Eingang dieses Schreibens und die Zustimmung der Regierungen der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft sowie der Regierungen des Königreichs Dänemark, Irlands und des Königreichs Norwegen zu der vorstehenden Erklärung bestätigen würden.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Geoffrey Rippon

Chancellor of the Duchy of Lancaster

Herrn G. Thorn
Minister für Auswärtige Angelegenheiten
des Großherzogtums Luxemburg

(*) Unter „offiziellem Pfund Sterling“ sind „offizielle Sterlingguthaben“ zu verstehen.

Exchange of Letters on Monetary Questions

Brussels, 22 January 1972

Your Excellency,

1. At the Ministerial Meeting of the Conference on 7 June 1971, it was agreed that the declaration on monetary questions which I made at the Meeting should form the subject of an exchange of letters annexed to the Act concerning the Conditions of Accession and the Adjustments to the Treaties. I therefore now have the honour to confirm that at that Meeting I made the following declaration:

- “(a) We are prepared to envisage an orderly and gradual run-down of official sterling balances after our accession.
- (b) We shall be ready to discuss after our entry into the Communities what measures might be appropriate to achieve a progressive alignment of the external characteristics and practices in relation to sterling with those of other currencies in the Community in the context of progress towards economic and monetary union in the enlarged Community, and we are confident that official sterling*) can be handled in a way which will enable us to take our full part in that progress.
- (c) In the meantime we shall manage our policies with a view to stabilizing the official sterling balances in a way which would be consistent with these longer term objectives.
- (d) I hope that the Community will regard this statement as disposing satisfactorily of the question of sterling and associated matters, leaving only the arrangements for UK compliance with the Directives relating to capital movements under the Treaty of Rome to be settled in the course of the negotiations.”

2. At the same meeting on 7 June, the above declaration was agreed by the Community delegation.

3. I understand that the delegations of the Kingdom of Denmark, Ireland and the Kingdom of Norway have also signified their agreement to the abovementioned declaration as confirmed by the present letter.

4. I would be grateful if you would kindly acknowledge receipt of this letter and confirm the agreement of the Governments of the Member States of the Community and of the Governments of the Kingdom of Denmark, Ireland and the Kingdom of Norway to the abovementioned declaration.

Please accept, Your Excellency, the assurance of my highest consideration.

Geoffrey Rippon
Chancellor of the Duchy of Lancaster

Mr. G. Thorn
Minister of Foreign Affairs
of the Grand Duchy
of Luxembourg

*) "Official sterling" means "official sterling balances".

Echange de lettres concernant les questions monétaires

Bruxelles, le 22 janvier 1972

Excellence,

1. Lors de la session ministérielle de la Conférence du 7 juin 1971, il a été convenu que la déclaration que j'ai faite au cours de cette session au sujet de questions monétaires ferait l'objet d'un échange de lettres annexé à l'acte relatif aux conditions d'adhésion et aux adaptations des traités. C'est pourquoi j'ai maintenant l'honneur de confirmer qu'au cours de cette session, j'ai fait la déclaration suivante:

- « a) Nous sommes disposés à envisager une réduction ordonnée et graduelle des balances sterling officielles après notre adhésion.
- b) Après notre adhésion aux Communautés, nous serons prêts à discuter des mesures appropriées pour réaliser un alignement progressif des caractéristiques et des pratiques extérieures relatives à la livre sterling sur celles des autres monnaies de la Communauté, dans le cadre des progrès vers la réalisation de l'union économique et monétaire au sein de la Communauté élargie et nous sommes convaincus que le sterling officiel (*) pourra être traité d'une manière qui nous mettra en mesure de prendre pleinement part à la réalisation de ces progrès.
- c) Entre-temps, nous mènerons nos politiques en vue de stabiliser les balances sterling officielles d'une manière qui soit compatible avec ces objectifs à long terme.
- d) J'espère que la Communauté considérera cette déclaration comme réglant d'une manière satisfaisante la question de la livre sterling et des problèmes qui s'y rattachent, de sorte qu'au cours des négociations il n'y ait donc plus à régler que les arrangements permettant au Royaume-Uni de se conformer aux directives concernant les mouvements de capitaux arrêtées conformément au traité de Rome. »

2. Lors de cette même session du 7 juin, la délégation de la Communauté a marqué son accord sur la déclaration précitée.

3. Je crois savoir que les délégations du Royaume de Danemark, de l'Irlande et du Royaume de Norvège ont également marqué leur accord sur la déclaration précitée, telle que confirmée par la présente lettre.

4. Je vous saurais gré de bien vouloir accuser réception de la présente lettre et de me confirmer l'accord des gouvernements des Etats membres de la Communauté ainsi que des gouvernements du Royaume de Danemark, de l'Irlande et du Royaume de Norvège, sur la déclaration précitée.

Veillez agréer, Excellence, les assurances de ma très haute considération.

Geoffrey Rippon
Chancellor of the Duchy of Lancaster

M. G. Thorn
Ministre des Affaires
étrangères du Grand-Duché
du Luxembourg

(*) Par « sterling officiel » on entend « balances sterling officielles »

Brüssel, den 22. Januar 1972

Exzellenz!

Mit Ihrem heutigen Schreiben haben Sie mir folgende Mitteilung übermittelt:

„1. Auf der Ministertagung der Konferenz am 7. Juni 1971 ist vereinbart worden, daß die Erklärung, die ich auf dieser Tagung zu Währungsfragen abgegeben habe, Gegenstand eines Briefwechsels sein wird, welcher der Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge beigelegt wird. Daher darf ich nunmehr bestätigen, daß ich auf jener Tagung folgende Erklärung abgegeben habe:

- a) Wir sind bereit, einen geregelten und schrittweisen Abbau der offiziellen Sterlingsguthaben nach unserem Beitritt in Aussicht zu nehmen.
- b) Nach unserem Beitritt zu den Gemeinschaften werden wir bereit sein, geeignete Maßnahmen zu erörtern, um eine schrittweise Angleichung der externen Charakteristika und Praktiken in bezug auf das Pfund Sterling an diejenigen der anderen Währungen der Gemeinschaft im Rahmen der Fortschritte auf dem Wege zur Wirtschafts- und Währungsunion in der erweiterten Gemeinschaft zu erreichen; wir sind überzeugt, daß das offizielle Pfund Sterling (*) so gehandhabt werden kann, daß wir in vollem Umfang an diesen Fortschritten teilnehmen können.
- c) In der Zwischenzeit werden wir unsere Politik im Hinblick auf eine Stabilisierung der offiziellen Sterlingsguthaben in Übereinstimmung mit diesen längerfristigen Zielen gestalten.
- d) Ich hoffe, daß die Gemeinschaft der Auffassung sein wird, daß diese Erklärung dem Sterlingproblem und den damit zusammenhängenden Fragen in zufriedenstellender Weise gerecht wird, so daß in den Verhandlungen nur noch zu regeln ist, wie das Vereinigte Königreich den Richtlinien über den Kapitalverkehr gemäß dem Rom-Vertrag entsprechen kann.“

2. Auf derselben Tagung am 7. Juni hat sich die Delegation der Gemeinschaft mit der vorstehenden Erklärung einverstanden erklärt.

3. Ich glaube zu wissen, daß die Delegationen des Königreichs Dänemark, Irlands und des Königreichs Norwegen sich ebenfalls mit der vorstehenden Erklärung, wie sie in diesem Schreiben bestätigt wird, einverstanden erklärt haben.

4. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir den Eingang dieses Schreibens und die Zustimmung der Regierungen der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft sowie der Regierungen des Königreichs Dänemark, Irlands und des Königreichs Norwegen zu der vorstehenden Erklärung bestätigen würden.“

Ich beehre mich, den Eingang dieser Mitteilung und die Zustimmung der Regierungen der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft sowie der Regierungen des Königreichs Dänemark, Irlands und des Königreichs Norwegen zu der Erklärung in Absatz 1 Ihres Schreibens zu bestätigen.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Gaston Thorn

Ministre des Affaires Etrangères
du Grand Duché du Luxembourg

Mr. G. Rippon
Chancellor of the
Duchy of Lancaster

(*) Unter „offiziellem Pfund Sterling“ sind „offizielle Sterlingsguthaben“ zu verstehen.

Brussels 22 January 1972

Bruxelles, le 22 janvier 1972

Your Excellency,

You were good enough to make the following communication to me in your letter of today's date:

"1. At the Ministerial Meeting of the Conference on 7 June 1971, it was agreed that the declaration on monetary questions which I made at the Meeting should form the subject of an exchange of letters annexed to the Act concerning the Conditions of Accession and the Adjustments to the Treaties. I therefore now have the honour to confirm that at that Meeting I made the following declaration:

- (a) We are prepared to envisage an orderly and gradual run-down of official sterling balances after our accession.
- (b) We shall be ready to discuss after our entry into the Communities what measures might be appropriate to achieve a progressive alignment of the external characteristics and practices in relation to sterling with those of other currencies in the Community in the context of progress towards economic and monetary union in the enlarged Community, and we are confident that official sterling*) can be handled in a way which will enable us to take our full part in that progress.
- (c) In the meantime we shall manage our policies with a view to stabilizing the official sterling balances in a way which would be consistent with these longer term objectives.
- (d) I hope that the Community will regard this statement as disposing satisfactorily of the question of sterling and associated matters, leaving only the arrangements for UK compliance with the Directives relating to capital movements under the Treaty of Rome to be settled in the course of the negotiations.

2. At the same meeting on 7 June, the above declaration was agreed by the Community delegation.

3. I understand that the delegations of the Kingdom of Denmark, Ireland and the Kingdom of Norway have also signified their agreement to the abovementioned declaration as confirmed by the present letter.

4. I would be grateful if you would kindly acknowledge receipt of this letter and confirm the agreement of the Governments of the Member States of the Community and of the Governments of the Kingdom of Denmark, Ireland and the Kingdom of Norway to the abovementioned declaration."

I have the honour to acknowledge receipt of this communication and to confirm the agreement of the Governments of the Member States of the Community and of the Governments of the Kingdom of Denmark, Ireland and the Kingdom of Norway to the declaration contained in paragraph 1 of your letter.

Please accept, Your Excellency, the assurance of my highest consideration.

G. Thorn
Ministre des Affaires étrangères
du Grand Duché du Luxembourg

Mr. G. Rippon
Chancellor of the Duchy
of Lancaster

*) "Official sterling" means "official sterling balances".

Excellence,

Par votre lettre de ce jour, vous avez bien voulu me faire la communication suivante:

« 1. Lors de la session ministérielle de la Conférence du 7 juin 1971, il a été convenu que la déclaration que j'ai faite au cours de cette session au sujet de questions monétaires ferait l'objet d'un échange de lettres annexé à l'acte relatif aux conditions d'adhésion et aux adaptations des traités. C'est pourquoi j'ai maintenant l'honneur de confirmer qu'au cours de cette session, j'ai fait la déclaration suivante:

- a) Nous sommes disposés à envisager une réduction ordonnée et graduelle des balances sterling officielles après notre adhésion.
- b) Après notre adhésion aux Communautés, nous serons prêts à discuter des mesures appropriées pour réaliser un alignement progressif des caractéristiques et des pratiques extérieures relatives à la livre sterling, sur celles des autres monnaies de la Communauté, dans le cadre des progrès vers la réalisation de l'union économique et monétaire au sein de la Communauté élargie et nous sommes convaincus que le sterling officiel (*) pourra être traité d'une manière qui nous mettra en mesure de prendre pleinement part à la réalisation de ces progrès.
- c) Entre-temps, nous mènerons nos politiques en vue de stabiliser les balances sterling officielles d'une manière qui soit compatible avec ces objectifs à long terme.
- d) J'espère que la Communauté considérera cette déclaration comme réglant d'une manière satisfaisante la question de la livre sterling et des problèmes qui s'y rattachent, de sorte que, au cours des négociations, il n'y ait donc plus à régler que les arrangements permettant au Royaume-Uni de se conformer aux directives concernant les mouvements de capitaux arrêtées conformément au traité de Rome.

2. Lors de cette même session du 7 juin, la délégation de la Communauté a marqué son accord sur la déclaration précitée.

3. Je crois savoir que les délégations du Royaume de Danemark, de l'Irlande et du Royaume de Norvège ont également marqué leur accord sur la déclaration précitée, telle que confirmée par la présente lettre.

4. Je vous saurais gré de bien vouloir accuser réception de la présente lettre et de me confirmer l'accord des gouvernements des Etats membres de la Communauté ainsi que des gouvernements du Royaume de Danemark, de l'Irlande et du Royaume de Norvège, sur la déclaration précitée.»

J'ai l'honneur d'accuser réception de cette communication et de vous confirmer l'accord des gouvernements des Etats membres de la Communauté ainsi que des gouvernements du Royaume de Danemark, de l'Irlande et du Royaume de Norvège sur la déclaration figurant au paragraphe 1 de votre lettre.

Veillez agréer Excellence, les assurances de ma très haute considération.

G. Thorn
Ministre des Affaires étrangères
du Grand Duché du Luxembourg

Mr. G. Rippon
Chancellor of the Duchy
of Lancaster

(*) Par «sterling officiel» on entend «balances sterling officielles».

P. Harmel

Ministre des Affaires Etrangères du Royaume de Belgique
Minister van Buitenlandse Zaken
van het Koninkrijk België

Ivar Nørgaard

Kongeriget Danmarks udenrigsøkonomiminister

Walter Scheel

Bundesminister des Auswärtigen
der Bundesrepublik Deutschland

Maurice Schumann

Ministre des Affaires Etrangères
de la République française

Pádraig Ó hÍrighile

Aire Gnóthaí Eachtracha na hÉireann

Aldo Moro

Ministro per gli Affari Esteri della Repubblica Italiana

N. Schmelzer

Minister van Buitenlandse Zaken
van het Koninkrijk der Nederlanden

Andreas Cappelen

Kongeriket Norges utenriksminister

P. Harmel

**Ministre des Affaires étrangères
du Royaume de Belgique
Minister van Buitenlandse Zaken
van het Koninkrijk België**

Ivar Nørgaard

**Kongeriget Danmarks
udenrigsøkonomiminister**

Walter Scheel

**Bundesminister des Auswärtigen
der Bundesrepublik Deutschland**

Maurice Schumann

**Ministre des Affaires étrangères
de la République française**

Pádraig Ó hÍrighile

Aire Gnóthai Eachtracha na hÉireann

Aldo Moro

**Ministro per gli Affari Esteri
della Repubblica Italiana**

N. Schmelzer

**Minister van Buitenlandse Zaken
van het Koninkrijk der Nederlanden**

Andreas Cappelen

Kongeriket Norges utenriksminister

Schlußakte

Die Bevollmächtigten

Seiner Majestät des Königs der Belgier,
Ihrer Majestät der Königin von Dänemark,
des Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland,
des Präsidenten der Französischen Republik,
des Präsidenten Irlands,
des Präsidenten der Italienischen Republik,
Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs von Luxemburg,
Ihrer Majestät der Königin der Niederlande,
Seiner Majestät des Königs von Norwegen,
Ihrer Majestät der Königin des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland
und der Rat der Europäischen Gemeinschaften, vertreten durch seinen Präsidenten,

die am zweiundzwanzigsten Januar neunzehnhundertzweiundsiebzig in Brüssel anlässlich der Unterzeichnung des Vertrags über den Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands, des Königreichs Norwegen und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur Europäischen Atomgemeinschaft zusammengetreten sind,

haben festgestellt, daß die folgenden Texte im Rahmen der Konferenz der Europäischen Gemeinschaften und der Staaten, die den Beitritt zu diesen Gemeinschaften beantragt haben, abgefaßt und festgelegt worden sind:

- I. Vertrag über den Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands, des Königreichs Norwegen und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur Europäischen Atomgemeinschaft;
- II. Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge;
- III. Die nachstehend aufgeführten und der Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge beigefügten Texte:

A. Anhang I

Liste zu Artikel 29 der Beitrittsakte,

Anhang II

Liste zu Artikel 30 der Beitrittsakte,

Anhang III

Liste der Erzeugnisse im Sinne der Artikel 32, 36 und 39 der Beitrittsakte (Euratom),

Anhang IV

Liste der Erzeugnisse im Sinne des Artikels 32 der Beitrittsakte (Erzeugnisse des Commonwealth, die im Vereinigten Königreich Gegenstand vertraglicher Präferenzspannen sind),

Anhang V

Liste zu Artikel 107 der Beitrittsakte,

Anhang VI

Liste der Länder im Sinne des Artikels 109 der Beitrittsakte sowie des Protokolls Nr. 22,

Anhang VII

Liste zu Artikel 133 der Beitrittsakte,

Anhang VIII

Liste zu Artikel 148 Absatz 1 der Beitrittsakte,

Final Act**Acte final**

The Plenipotentiaries of

His Majesty the King of the Belgians,
Her Majesty the Queen of Denmark,
The President of the Federal Republic of Germany,
The President of the French Republic,
The President of Ireland,
The President of the Italian Republic,
His Royal Highness the Grand Duke of Luxembourg,
Her Majesty the Queen of the Netherlands,
His Majesty the King of Norway,
Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland,
and the Council of the European Communities represented by its President,

assembled at Brussels on the twenty-second day of January one thousand nine hundred and seventy-two on the occasion of the signature of the Treaty relating to the accession of the Kingdom of Denmark, Ireland, the Kingdom of Norway and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland to the European Economic Community and the European Atomic Energy Community,

have placed on record the fact that the following texts have been drawn up and adopted within the Conference between the European Communities and the States which have applied for accession to those Communities:

- I. the Treaty concerning the accession of the Kingdom of Denmark, Ireland, the Kingdom of Norway and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland to the European Economic Community and to the European Atomic Energy Community;
- II. the Act concerning the Conditions of Accession and the Adjustments to the Treaties;
- III. the texts listed below which are annexed to the Act concerning the Conditions of Accession and the Adjustments to the Treaties:

A. Annex I

List referred to in Article 29 of the Act of Accession,

Annex II

List referred to in Article 30 of the Act of Accession,

Annex III

List of products referred to in Articles 32, 36 and 39 of the Act of Accession (Euratom),

Annex IV

List of products referred to in Article 32 of the Act of Accession (Commonwealth products which are subject to contractual margins of preference in the United Kingdom),

Annex V

List referred to in Article 107 of the Act of Accession,

Annex VI

List of countries referred to in Article 109 of the Act of Accession and in Protocol No 22,

Annex VII

List referred to in Article 133 of the Act of Accession,

Annex VIII

List referred to in Article 148 (1) of the Act of Accession,

Les plénipotentiaires

de Sa Majesté le Roi des belges,
de Sa Majesté la Reine de Danemark,
du Président de la République fédérale d'Allemagne,
du Président de la République française,
du Président d'Irlande,
du Président de la République italienne,
de Son Altesse Royale le Grand-Duc de Luxembourg,
de Sa Majesté la Reine des Pays-Bas,
de Sa Majesté le Roi de Norvège,
de Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord
et le Conseil des Communautés européennes représenté par son président,

réunis à Bruxelles, le vingt deux janvier mil neuf cent soixante-douze, à l'occasion de la signature du traité relatif à l'adhésion à la Communauté économique européenne et à la Communauté européenne de l'énergie atomique du Royaume de Danemark, de l'Irlande, du Royaume de Norvège et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord,

ont constaté que les textes ci-après ont été établis et arrêtés au sein de la Conférence entre les Communautés européennes et les Etats ayant demandé l'adhésion à ces Communautés:

- I. le traité relatif à l'adhésion à la Communauté économique européenne et à la Communauté européenne de l'énergie atomique du Royaume de Danemark, de l'Irlande, du Royaume de Norvège et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord;
- II. l'acte relatif aux conditions d'adhésion et aux adaptations des traités;
- III. les textes énumérés ci-après qui sont annexés à l'acte relatif aux conditions d'adhésion et aux adaptations des traités:

A. Annexe I

Liste prévue à l'article 29 de l'acte d'adhésion.

Annexe II

Liste prévue à l'article 30 de l'acte d'adhésion.

Annexe III

Liste des produits visés aux articles 32, 36 et 39 de l'acte d'adhésion (EURATOM),

Annexe IV

Liste des produits visés à l'article 32 de l'acte d'adhésion (produits du Commonwealth qui font l'objet de marges de préférences conventionnelles au Royaume-Uni),

Annexe V

Liste prévue à l'article 107 de l'acte d'adhésion.

Annexe VI

Liste des pays visés à l'article 109 de l'acte d'adhésion et au protocole n° 22,

Annexe VII

Liste prévue à l'article 133 de l'acte d'adhésion,

Annexe VIII

Liste prévue à l'article 148 paragraphe 1 de l'acte d'adhésion,

Anhang IX

Liste zu Artikel 148 Absatz 2 der Beitrittsakte,

Anhang X

Liste zu Artikel 150 der Beitrittsakte,

Anhang XI

Liste zu Artikel 152 der Beitrittsakte;

B. Protokoll Nr. 1

über die Satzung der Europäischen Investitionsbank,

Protokoll Nr. 2

betreffend die Färöer,

Protokoll Nr. 3

betreffend die Kanalinseln und die Insel Man,

Protokoll Nr. 4

betreffend Grönland,

Protokoll Nr. 5

betreffend Svalbard (Spitzbergen),

Protokoll Nr. 6

über bestimmte mengenmäßige Beschränkungen betreffend Irland und Norwegen,

Protokoll Nr. 7

über die Einfuhr von Kraftfahrzeugen und die Kraftfahrzeug-Montageindustrie in Irland,

Protokoll Nr. 8

über Phosphor der Tarifstelle 28.04 C IV des Gemeinsamen Zolltarifs,

Protokoll Nr. 9

über Aluminiumoxid und -hydroxid der Tarifstelle 28.20 A des Gemeinsamen Zolltarifs,

Protokoll Nr. 10

über Mimosa-Gerbstoffauszüge der Tarifstelle 32.01 A des Gemeinsamen Zolltarifs und Kastanien-Gerbstoffauszüge der Tarifstelle ex 32.01 C des Gemeinsamen Zolltarifs,

Protokoll Nr. 11

über Sperrholz der Tarifnummer 44.15 des Gemeinsamen Zolltarifs,

Protokoll Nr. 12

über Halbstoffe der Tarifstelle 47.01 A II des Gemeinsamen Zolltarifs,

Protokoll Nr. 13

über Zeitungsdruckpapier der Tarifstelle 48.01 A des Gemeinsamen Zolltarifs,

Protokoll Nr. 14

über Rohblei der Tarifstelle 78.01 A des Gemeinsamen Zolltarifs,

Protokoll Nr. 15

über Rohzink der Tarifstelle 79.01 A des Gemeinsamen Zolltarifs,

Protokoll Nr. 16

über die Agrarmärkte und den Agrarhandel,

Protokoll Nr. 17

über die Zuckereinfuhr des Vereinigten Königreichs aus den im Commonwealth-Zuckerabkommen genannten Zucker ausführenden Ländern und Gebieten,

Annex IX

List referred to in Article 148 (2) of the Act of Accession,

Annex X

List referred to in Article 150 of the Act of Accession,

Annex XI

List referred to in Article 152 of the Act of Accession.

B. Protocol No 1

on the Statute of the European Investment Bank,

Protocol No 2

on the Faroe Islands,

Protocol No 3

on the Channel Islands and the Isle of Man,

Protocol No 4

on Greenland,

Protocol No 5

on Svalbard (Spitzbergen),

Protocol No 6

on certain quantitative restrictions relating to Ireland and Norway,

Protocol No 7

on imports of motor vehicles and the motor vehicle assembly industry in Ireland,

Protocol No 8

on phosphorus (CCT subheading No 28.04 C IV),

Protocol No 9

on aluminium oxide and hydroxide (alumina) (CCT subheading No 28.20 A),

Protocol No 10

on tanning extracts of wattle (mimosa) (CCT subheading No 32.01 A) and tanning extracts of chestnut (CCT subheading No 32.01 C),

Protocol No 11

on plywood (CCT heading No 44.15),

Protocol No 12

on wood pulp (CCT subheading No 47.01 A II),

Protocol No 13

on newsprint (CCT subheading No 48.01 A),

Protocol No 14

on unwrought lead (CCT subheading No 78.01 A),

Protocol No 15

on unwrought zinc (CCT subheading No 79.01 A),

Protocol No 16

on markets and trade in agricultural products,

Protocol No 17

on the import of sugar by the United Kingdom from the exporting countries and territories referred to in the Commonwealth Sugar Agreement,

Annexe IX

Liste prévue à l'article 148 paragraphe 2 de l'acte d'adhésion,

Annexe X

Liste prévue à l'article 150 de l'acte d'adhésion,

Annexe XI

Liste prévue à l'article 152 de l'acte d'adhésion;

B. Protocole n° 1

concernant les statuts de la Banque européenne d'investissement,

Protocole n° 2

concernant les îles Féroé,

Protocole n° 3

concernant les îles anglo-normandes et l'île de Man,

Protocole n° 4

concernant le Groenland,

Protocole n° 5

concernant le Svalbard (Spitzberg),

Protocole n° 6

concernant certaines restrictions quantitatives intéressant l'Irlande et la Norvège,

Protocole n° 7

concernant l'importation de véhicules à moteur et l'industrie du montage en Irlande,

Protocole n° 8

concernant le phosphore de la sous-position 28.04 C IV du tarif douanier commun,

Protocole n° 9

concernant l'oxyde et l'hydroxyde d'aluminium (alumine) de la sous-position 28.20 A du tarif douanier commun,

Protocole n° 10

concernant les extraits tannants de mimosa de la sous-position 32.01 A du tarif douanier commun et les extraits tannants de châtaignier de la sous-position ex 32.01 C du tarif douanier commun,

Protocole n° 11

concernant les bois contreplaqués de la position ex 44.15 du tarif douanier commun,

Protocole n° 12

concernant les pâtes à papier de la sous-position 47.01 A II du tarif douanier commun,

Protocole n° 13

concernant le papier journal de la sous-position 48.01 A du tarif douanier commun,

Protocole n° 14

concernant le plomb brut de la sous-position 78.01 A du tarif douanier commun,

Protocole n° 15

concernant le zinc brut de la sous-position 79.01 A du tarif douanier commun,

Protocole n° 16

concernant les marchés et les échanges de produits agricoles,

Protocole n° 17

concernant l'importation au Royaume-Uni du sucre en provenance des pays et territoires exportateurs visés dans l'accord du Commonwealth sur le sucre,

Protokoll Nr. 18

über die Einfuhr von Butter und Käse aus Neuseeland in das Vereinigte Königreich,

Protokoll Nr. 19

über alkoholische Getränke auf Getreidebasis,

Protokoll Nr. 20

über die norwegische Landwirtschaft,

Protokoll Nr. 21

über die Regelung der Fischereirechte für Norwegen,

Protokoll Nr. 22

über die Beziehungen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar sowie den unabhängigen Entwicklungsländern des Commonwealth in Afrika, im Indischen Ozean, im Pazifischen Ozean und im Karibischen Raum,

Protokoll Nr. 23

über die Anwendung des von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft angewandten Systems allgemeiner Zollpräferenzen durch die neuen Mitgliedstaaten,

Protokoll Nr. 24

über die Beteiligung der neuen Mitgliedstaaten am Vermögen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl,

Protokoll Nr. 25

über den Austausch von Kenntnissen auf dem Gebiet der Kernenergie mit Dänemark,

Protokoll Nr. 26

über den Austausch von Kenntnissen auf dem Gebiet der Kernenergie mit Irland,

Protokoll Nr. 27

über den Austausch von Kenntnissen auf dem Gebiet der Kernenergie mit Norwegen,

Protokoll Nr. 28

über den Austausch von Kenntnissen auf dem Gebiet der Kernenergie mit dem Vereinigten Königreich,

Protokoll Nr. 29

über das Abkommen mit der Internationalen Atomenergieorganisation,

Protokoll Nr. 30

betreffend Irland;

C. Briefwechsel über Währungsfragen;

D. Wortlaute des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft sowie der Verträge, durch die sie geändert oder ergänzt worden sind, in englischer, dänischer, irischer und norwegischer Sprache.

Die Bevollmächtigten haben den Beschluß des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 22. Januar 1972 über den Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands, des Königreichs Norwegen und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zur Kenntnis genommen.

Protocol No 18
on the import of New Zealand butter and cheese into the United Kingdom,

Protocol No 19
on spirituous beverages obtained from cereals,

Protocol No 20
on Norwegian agriculture,

Protocol No 21
on the fisheries regime for Norway,

Protocol No 22
on relations between the European Economic Community and the Associated African and Malagasy States and also the independent developing Commonwealth countries situated in Africa, the Indian Ocean, the Pacific Ocean and the Caribbean,

Protocol No 23
on the application by the new Member States of the generalized tariff preference scheme applied by the European Economic Community,

Protocol No 24
on the participation of the new Member States in the funds of the European Coal and Steel Community,

Protocol No 25
on the exchange of information with Denmark in the field of nuclear energy,

Protocol No 26
on the exchange of information with Ireland in the field of nuclear energy,

Protocol No 27
on the exchange of information with Norway in the field of nuclear energy,

Protocol No 28
on the exchange of information with the United Kingdom in the field of nuclear energy,

Protocol No 29
on the Agreement with the International Atomic Energy Agency,

Protocol No 30
on Ireland;

C. Exchange of Letters on Monetary Questions;

D. The texts of the Treaty establishing the European Economic Community and of the Treaty establishing the European Atomic Energy Community, together with the Treaties amending or supplementing them, in the Danish, English, Irish and Norwegian languages.

The Plenipotentiaries have taken note of the Decision of the Council of the European Communities of 22 January 1972 concerning the accession of the Kingdom of Denmark, Ireland, the Kingdom of Norway and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland to the European Coal and Steel Community.

Protocole n° 18
concernant l'importation au Royaume-Uni de beurre et de fromage en provenance de la Nouvelle-Zélande,

Protocole n° 19
concernant les boissons spiritueuses obtenues à partir de céréales,

Protocole n° 20
concernant l'agriculture norvégienne,

Protocole n° 21
concernant le régime de la pêche pour la Norvège,

Protocole n° 22
concernant les relations entre la Communauté économique européenne et les Etats africains et malgache associés ainsi que les pays indépendants en voie de développement du Commonwealth situés en Afrique, dans l'Océan Indien, dans l'Océan Pacifique et dans les Antilles,

Protocole n° 23
concernant l'application par les nouveaux Etats membres du système des préférences tarifaires généralisées appliqué par la Communauté économique européenne,

Protocole n° 24
concernant la participation des nouveaux Etats membres aux fonds de la Communauté européenne du charbon et de l'acier,

Protocole n° 25
concernant les échanges de connaissances avec le Danemark dans le domaine de l'énergie nucléaire,

Protocole n° 26
concernant les échanges de connaissances avec l'Irlande dans le domaine de l'énergie nucléaire,

Protocole n° 27
concernant les échanges de connaissances avec la Norvège dans le domaine de l'énergie nucléaire,

Protocole n° 28
concernant les échanges de connaissances avec le Royaume-Uni dans le domaine de l'énergie nucléaire,

Protocole n° 29
concernant l'accord avec l'Agence internationale de l'énergie atomique,

Protocole n° 30
concernant l'Irlande;

C. Echange de lettres relatif aux questions monétaires;

D. Les textes du traité instituant la Communauté économique européenne et du traité instituant la Communauté européenne de l'énergie atomique ainsi que des traités qui les ont modifiés ou complétés en langues anglaise, danoise, irlandaise et norvégienne.

Les plénipotentiaires ont pris acte de la décision du Conseil des Communautés européennes du 22 janvier 1972 relative à l'adhésion à la Communauté européenne du charbon et de l'acier du Royaume de Danemark, de l'Irlande, du Royaume de Norvège et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord.

Die Bevollmächtigten und der Rat haben ferner die nachstehend aufgeführten und dieser Schlußakte beigefügten Erklärungen angenommen:

1. Gemeinsame Erklärung betreffend den Gerichtshof,
2. Gemeinsame Erklärung betreffend die Hoheitszonen des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland auf Zypern,
3. Gemeinsame Erklärung betreffend Fischereifragen,
4. Gemeinsame Absichtserklärung betreffend die Entwicklung der Handelsbeziehungen mit Ceylon, Indien, Malaysia, Pakistan und Singapur,
5. Gemeinsame Erklärung betreffend die Freizügigkeit der Arbeitnehmer.

Die Bevollmächtigten und der Rat haben gleichfalls folgende, dieser Akte beigefügte Erklärung zur Kenntnis genommen:

Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Geltung des Beschlusses über den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und des Vertrags über den Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur Europäischen Atomgemeinschaft für Berlin.

Die Bevollmächtigten und der Rat haben ebenfalls die dieser Schlußakte beigefügte Vereinbarung über das Verfahren zur Annahme bestimmter Beschlüsse und sonstige Maßnahmen in der Zeit vor dem Beitritt zur Kenntnis genommen; diese Vereinbarung ist auf der Konferenz der Europäischen Gemeinschaften und der Staaten, die den Beitritt zu diesen Gemeinschaften beantragt haben, getroffen worden.

Schließlich sind die nachstehend aufgeführten Erklärungen abgegeben und dieser Schlußakte beigefügt worden:

1. Erklärung der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland über die Bestimmung des Begriffs „Staatsangehörige“,
2. Erklärungen betreffend die wirtschaftliche und industrielle Entwicklung Irlands,
3. Erklärungen betreffend flüssige Milch, Schweinefleisch und Eier,
4. Erklärung betreffend das System zur Festsetzung der Agrarpreise der Gemeinschaft,
5. Erklärungen betreffend die Landwirtschaft in Hügelgebieten.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschriften unter diese Schlußakte gesetzt.

GESCHEHEN zu Brüssel am zweiundzwanzigsten Januar neunzehnhundertzweiundsiebzig.

G. Eyskens

P. Harmel

J. van der Meulen

Jens Otto Krag

Ivar Nørgaard

Furthermore, the Plenipotentiaries and the Council have adopted the Declarations listed below and annexed to this Final Act:

1. Joint Declaration on the Court of Justice,
2. Joint Declaration on the Sovereign Base Areas of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland in Cyprus,
3. Joint Declaration on the fisheries sector,
4. Joint Declaration of Intent on the development of trade relations with Ceylon, India, Malaysia, Pakistan and Singapore,
5. Joint Declaration on the free movement of workers.

The Plenipotentiaries and the Council have also taken note of the following Declaration to this Final Act:

Declaration by the Government of the Federal Republic of Germany on the application to Berlin of the Decision concerning Accession to the European Coal and Steel Community and of the Treaty of Accession to the European Economic Community and to the European Atomic Energy Community.

The Plenipotentiaries and the Council have also taken note of the arrangement regarding the procedure for adopting certain decisions and other measures to be taken during the period preceding accession which has been reached within the Conference between the European Communities and the States which have applied for accession to those Communities and which is annexed to this Final Act.

Finally, the following declarations have been made and are annexed to this Final Act:

1. Declaration by the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland on the definition of the term "nationals",
2. Declarations on the economic and industrial development of Ireland,
3. Declarations on liquid milk, pigmeat and eggs,
4. Declaration on the system for fixing Community farm prices,
5. Declarations on hill farming.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned Plenipotentiaries have signed this Final Act.

DONE at Brussels this twenty-second day of January in the year one thousand nine hundred and seventy-two.

En outre, les plénipotentiaires et le Conseil ont adopté les déclarations énumérées ci-après et annexées au présent acte final:

1. Déclaration commune concernant la Cour de justice,
2. Déclaration commune concernant les zones de souveraineté du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord à Chypre,
3. Déclaration commune concernant le secteur de la pêche,
4. Déclaration commune d'intention concernant le développement des relations commerciales avec Ceylan, l'Inde, la Malaysia, le Pakistan et Singapour,
5. Déclaration commune concernant la libre circulation des travailleurs.

Les plénipotentiaires et le Conseil ont également pris acte de la déclaration suivante annexée au présent acte final:

Déclaration du gouvernement de la République fédérale d'Allemagne concernant l'application à Berlin de la décision relative à l'adhésion à la Communauté européenne du charbon et de l'acier et du traité relatif à l'adhésion à la Communauté économique européenne et à la Communauté européenne de l'énergie atomique.

Les plénipotentiaires et le Conseil ont de même pris acte de l'accord concernant la procédure d'adoption de certaines décisions et autres mesures à prendre pendant la période précédant l'adhésion qui est intervenu au sein de la Conférence entre les Communautés européennes et les Etats ayant demandé l'adhésion à ces Communautés et qui est annexé au présent acte final.

Enfin, les déclarations suivantes ont été faites et sont annexées au présent acte final:

1. Déclaration du gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord concernant la définition du terme « ressortissants »,
2. Déclarations concernant le développement économique et industriel de l'Irlande,
3. Déclarations concernant le lait liquide, la viande porcine et les œufs,
4. Déclaration concernant le système communautaire de fixation des prix agricoles de la Communauté,
5. Déclarations concernant les activités agricoles dans les régions de collines.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires soussignés ont apposé leurs signatures en bas du présent acte final.

FAIT à Bruxelles, le vingt-deux janvier mil neuf cent soixante-douze.

G. Eyskens

P. Harmel

J. van der Meulen

Jens Otto Krag

Ivor Nørgaard

Jens Christensen

Walter Scheel

H. G. Sachs

Maurice Schumann

J.-M. Boegner

Pádraig Ó hRíghile

Seán Ó Loinsigh

Colombo

Aldo Moro

Bombassei de Vettor

Gaston Thorn

J. Dondelinger

N. Schmelzer

Th. Westerterp

Sassen

Trygve Bratteli

Andreas Cappelen

S. Chr. Sommerfelt

Edward Heath

Alec Douglas-Home

Geoffrey Rippon

Gaston Thorn

Jens Christensen

Walter Scheel

H. G. Sachs

Maurice Schumann

J.-M. Boegner

Pádraig Ó hIrighile

Seán Ó Loinsigh

Colombo

Aldo Moro

Bombassei de Vettor

Gaston Thorn

J. Dondelinger

N. Schmelzer

Th. Westerterp

Sassen

Trygve Bratteli

Andreas Cappelen

S. Chr. Sommerfelt

Edward Heath

Alec Douglas-Home

Geoffrey Rippon

Gaston Thorn

**Gemeinsame Erklärung
betreffend den Gerichtshof**

Die ergänzenden Maßnahmen, die infolge des Beitritts der neuen Mitgliedstaaten erforderlich werden können, müßten vom Rat getroffen werden, der auf Antrag des Gerichtshofs die Anzahl der Generalanwälte auf vier erhöhen und Artikel 32 Absatz 3 des EGKS-Vertrags, Artikel 165 Absatz 3 des EWG-Vertrags und Artikel 137 Absatz 3 des EAG-Vertrags anpassen könnte.

**Gemeinsame Erklärung
betreffend die Hoheitszonen des
Vereinigten Königreichs Großbritannien
und Nordirland auf Zypern**

Die Regelung der Beziehungen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den Hoheitszonen des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland auf Zypern wird im Rahmen einer etwaigen Vereinbarung zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Zypern festgelegt.

**Gemeinsame Erklärung
betreffend Fischereifragen**

1. Die Organe der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft prüfen die Fragen betreffend Fischmehl und Fischöl, um Maßnahmen zu treffen, die sich auf diesem Sektor in bezug auf die verwendeten Rohstoffe als erforderlich erweisen könnten. Diese Maßnahmen müssen den Erfordernissen des Schutzes und der rationellen Nutzung der biologischen Schätze des Meeres Rechnung tragen und zugleich verhindern, daß unzureichend rentable Produktionseinheiten geschaffen oder beibehalten werden.

2. Die Anwendung der gemeinsamen Vermarktungsnormen für bestimmte frische oder gekühlte Fische darf nicht zur Ausschließung irgendeiner Vermarktungsmethode führen, noch darf eine Vermarktungsmethode die Anwendung der genannten Normen behindern; in diesem Geiste können auftretende Probleme zu gegebener Zeit von den Organen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft geregelt werden.

3. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ist sich der Bedeutung der norwegischen Ausfuhr von Fischereierzeugnissen nach dritten Ländern, die wie die übrige Ausfuhr der Gemeinschaft der Verordnung (EWG) Nr. 2142/70 unterliegt, bewußt.

4. Es wird davon ausgegangen, daß das norwegische Gesetz über die „Vermarktung von Fisch aus Verarbeitungsbetrieben“ vom 18. Dezember 1970 so bald wie möglich eingehend mit dem Ziel geprüft wird, die Bedingungen zu untersuchen, unter denen es unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Gemeinschaftsrechts angewandt werden kann.

**Joint Declaration
on the Court of Justice**

Such additional measures as may prove necessary following the accession of the new Member States should be taken by the Council which, at the request of the Court, may increase the number of Advocates-General to four and adjust the provisions of the third paragraph of Article 32 of the ECSC Treaty, the third paragraph of Article 165 of the EEC Treaty and the third paragraph of Article 137 of the Euratom Treaty accordingly.

**Déclaration commune
concernant la Cour de justice**

Les mesures complémentaires qui pourraient s'avérer nécessaires à la suite de l'adhésion des nouveaux Etats membres devraient être prises par le Conseil qui, à la demande de la Cour, pourrait porter à quatre le nombre des avocats généraux et adapter les dispositions de l'article 32 troisième alinéa du traité CECA, de l'article 165 troisième alinéa du traité CEE et de l'article 137 troisième alinéa du traité CEEA.

**Joint Declaration
on the Sovereign Base Areas
of the United Kingdom of Great Britain
and Northern Ireland in Cyprus**

The arrangements applicable to relations between the European Economic Community and the Sovereign Base Areas of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland in Cyprus will be defined within the context of any agreement between that Community and the Republic of Cyprus.

**Déclaration commune
concernant les zones de souveraineté
du Royaume-Uni de Grande-Bretagne
et d'Irlande du Nord à Chypre**

Le régime applicable aux relations entre la Communauté économique européenne et les zones de souveraineté du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord à Chypre sera défini dans le contexte d'un éventuel arrangement entre cette Communauté et la République de Chypre.

**Joint Declaration
on the fisheries sector**

1. The institutions of the European Economic Community will examine the problems of the fish meal and fish oils sector with a view to adopting measures which might prove necessary in that sector in respect to the raw material used. These measures should meet the need for protection and rational use of the sea's biological resources while avoiding the creation or retention of insufficiently profitable production units.

2. The application of common marketing standards for certain fresh or chilled fish must not have the effect of excluding any marketing method and, conversely, no marketing method should hinder the application of the said standards; it is in this spirit that the problems which could arise may be settled when the time comes by the institutions of the European Economic Community.

3. The European Economic Community is aware of the importance of Norwegian exports of fish products to third countries, which are subject like other Community exports to Regulation (EEC) No 2142/70.

4. It is understood that the Norwegian law on "the marketing of fish coming from processing industries" of 18 December 1970 will be the subject, as soon as possible, of a detailed study with a view to examining the conditions under which it might be applied, having regard to the provisions of Community law.

**Déclaration commune
concernant le secteur de la pêche**

1. Les institutions de la Communauté économique européenne examineront les problèmes du secteur des farines et huiles de poissons en vue d'adopter des mesures qui pourraient s'avérer nécessaires dans ce secteur en ce qui concerne la matière première utilisée. Ces mesures devront répondre aux exigences de la protection et d'une exploitation rationnelle des ressources biologiques de la mer tout en évitant la création ou le maintien d'unités de production insuffisamment rentables.

2. L'application des normes communes de commercialisation pour certains poissons frais ou réfrigérés ne doit avoir pour effet d'exclure aucune méthode de commercialisation et, inversement, aucune méthode ne doit faire obstacle à l'application desdites normes; c'est dans cet esprit que les problèmes qui viendraient à se poser pourront être réglés le moment venu par les institutions de la Communauté économique européenne.

3. La Communauté économique européenne est consciente de l'importance des exportations norvégiennes de produits de la pêche vers des pays tiers, qui sont soumises comme les autres exportations de la Communauté aux dispositions du règlement (CEE) n° 2142/70.

4. Il est entendu que la loi norvégienne sur « la commercialisation du poisson provenant des industries de transformation » en date du 18 décembre 1970 fera l'objet, dans les meilleurs délais, d'une étude approfondie, en vue d'examiner les conditions dans lesquelles elle pourra être appliquée, eu égard aux dispositions du droit communautaire.

**Gemeinsame Absichtserklärung
betreffend die Entwicklung der Handelsbeziehungen
mit Ceylon, Indien, Malaysia, Pakistan und Singapur**

In dem Willen, die Handelsbeziehungen zu den unabhängigen Entwicklungsländern des Commonwealth in Asien (Ceylon, Indien, Malaysia, Pakistan und Singapur) auszuweiten und zu festigen, ist die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft bereit, nach dem Beitritt Fragen, die sich auf dem Gebiet des Handels erheben könnten, mit diesen Ländern zu prüfen, um nach geeigneten Lösungen zu suchen, die der Tragweite des Systems der allgemeinen Zollpräferenzen sowie der Lage der Entwicklungsländer in diesem geographischen Raum Rechnung tragen.

Die Frage der Zuckerausfuhr aus Indien in die Gemeinschaft nach Ablauf der Geltungsdauer des Commonwealth-Zuckerabkommens am 31. Dezember 1974 muß von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Lichte dieser Absichtserklärung unter Berücksichtigung der Bestimmungen geregelt werden, die für die Zuckereinfuhr aus den im Protokoll Nr. 22 über die Beziehungen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar und den unabhängigen Entwicklungsländern des Commonwealth in Afrika, im Indischen Ozean, im Pazifischen Ozean und im Karibischen Raum erwähnten unabhängigen Ländern des Commonwealth getroffen werden können.

**Gemeinsame Erklärung
betreffend die Freizügigkeit der Arbeitnehmer**

Die Erweiterung der Gemeinschaft könnte bei Anwendung der Bestimmungen über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer in einem oder mehreren Mitgliedstaaten zu sozialen Schwierigkeiten führen.

Die Mitgliedstaaten erklären, daß sie sich vorbehalten, bei Auftreten derartiger Schwierigkeiten die Organe der Gemeinschaft zu ersuchen, dieses Problem in Übereinstimmung mit den Verträgen zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften und den in Anwendung dieser Verträge erlassenen Vorschriften zu lösen.

**Erklärung
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
über die Geltung des Beschlusses über den Beitritt
zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
und des Vertrags über den Beitritt zur
Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur
Europäischen Atomgemeinschaft
für Berlin**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland behält sich vor, bei Wirksamwerden des Beitritts des Königreichs Dänemark, Irlands, des Königreichs Norwegen und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und bei der Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunde zum Vertrag über den Beitritt der genannten Staaten zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur Europäischen Atomgemeinschaft zu erklären, daß der Beschluß des Rates vom 22. Januar 1972 über den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der genannte Beitrittsvertrag für das Land Berlin gelten.

**Joint Declaration of Intent
on the development of trade relations
with Ceylon, India, Malaysia, Pakistan
and Singapore**

Inspired by the will to extend and strengthen the trade relations with the developing independent Commonwealth countries in Asia (Ceylon, India, Malaysia, Pakistan and Singapore), the European Economic Community is ready, from the date of accession, to examine with these countries such problems as may arise in the field of trade with a view to seeking appropriate solutions, taking into account the effect of the generalized tariff preference scheme and the situation of the other developing countries in the same geographical area.

The question of exports of sugar from India to the Community after the expiry of the Commonwealth Sugar Agreement on 31 December 1974 must be settled by the Community in the light of this Declaration of Intent, taking account of the provisions which may be adopted as regards imports of sugar from the independent Commonwealth countries listed in Protocol No 22 on relations between the European Economic Community and the Associated African and Malagasy States and also the independent developing Commonwealth countries situated in Africa, the Indian Ocean, the Pacific Ocean and the Caribbean.

**Joint Declaration
on the free movement of workers**

The enlargement of the Community could give rise to certain difficulties for the social situation in one or more Member States as regards the application of the provisions relating to the free movement of workers.

The Member States declare that they reserve the right, should difficulties of that nature arise, to bring the matter before the institutions of the Community in order to obtain a solution to this problem in accordance with the provisions of the Treaties establishing the European Communities and the provisions adopted in application thereof.

**Declaration
by the Government of the Federal Republic
of Germany on the application to Berlin
of the Decision concerning Accession
to the European Coal and Steel Community
and of the Treaty of Accession
to the European Economic Community
and to the European Atomic Energy Community**

The Government of the Federal Republic of Germany reserve the right to declare, when the accession of the Kingdom of Denmark, Ireland, the Kingdom of Norway and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland to the European Coal and Steel Community takes effect and upon depositing its instrument of ratification of the Treaty concerning the accession of the above-mentioned countries to the European Economic Community and to the European Atomic Energy Community, that the Decision of the Council of 22 January 1972 concerning accession to the European Coal and Steel Community and the Treaty referred to above shall equally apply to Land Berlin.

**Déclaration commune d'intention
concernant le développement
des relations commerciales avec
Ceylan, l'Inde, la Malaysia, le Pakistan
et Singapour**

Inspirée par la volonté d'étendre et de renforcer les relations commerciales avec les pays indépendants en voie de développement du Commonwealth situés en Asie (Ceylan, Inde, Malaysia, Pakistan et Singapour), la Communauté économique européenne est prête, dès l'adhésion, à examiner avec ces pays les problèmes qui pourraient se poser dans le domaine commercial pour rechercher des solutions appropriées prenant en considération la portée du système des préférences tarifaires généralisées ainsi que la situation des pays en voie de développement situés dans la même région géographique.

La question des exportations de sucre de l'Inde vers la Communauté après l'expiration, le 31 décembre 1974, de la validité de l'accord du Commonwealth sur le sucre, devra être réglée par la Communauté à la lumière de la présente déclaration d'intention et en tenant compte des dispositions qui pourront être adoptées en ce qui concerne les importations de sucre en provenance des pays indépendants du Commonwealth visés au protocole n° 22 concernant les relations entre la Communauté économique européenne et les Etats africains et malgache associés ainsi que les pays indépendants en voie de développement du Commonwealth situés en Afrique, dans l'Océan Indien, dans l'Océan Pacifique et dans les Antilles.

**Déclaration commune
concernant la libre circulation des travailleurs**

L'élargissement de la Communauté pourrait comporter certaines difficultés pour la situation sociale dans un ou plusieurs Etats membres en ce qui concerne l'application des dispositions relatives à la libre circulation des travailleurs.

Les Etats membres déclarent se réserver, au cas où des difficultés de cette nature se présenteraient, de saisir les institutions de la Communauté afin d'obtenir une solution de ce problème en conformité avec les dispositions des traités instituant les Communautés européennes et avec les dispositions prises en application de ceux-ci.

**Déclaration
du gouvernement de la République fédérale d'Alle-
magne concernant l'application à Berlin de la dé-
cision relative à l'adhésion à la Communauté euro-
péenne du charbon et de l'acier et du traité relatif à
l'adhésion à la Communauté économique européenne
et à la Communauté européenne
de l'énergie atomique**

Le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne se réserve le droit de déclarer, lors de la prise d'effet de l'adhésion à la Communauté européenne du charbon et de l'acier du Royaume de Danemark, de l'Irlande, du Royaume de Norvège et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, et lors du dépôt de son instrument de ratification du traité relatif à l'adhésion des pays précités à la Communauté économique européenne et à la Communauté européenne de l'énergie atomique, que la décision du Conseil du 22 janvier 1972 relative à l'adhésion à la Communauté européenne du charbon et de l'acier et le traité susvisé s'appliquent également au Land de Berlin.

**Erklärung
der Regierung des Vereinigten Königreichs
Großbritannien und Nordirland über die
Bestimmung des Begriffs „Staatsangehörige“**

Bei der Unterzeichnung des Beitrittsvertrags gibt die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland folgende Erklärung ab:

„In bezug auf das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland ist unter den Begriffen „Staatsangehörige“, „Staatsangehörige von Mitgliedstaaten“ oder „Staatsangehörige von Mitgliedstaaten und überseeischen Ländern und Gebieten“, wo immer sie in dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft oder dem Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl oder in einem der sich von diesen Verträgen herleitenden Rechtsakte der Gemeinschaft verwendet werden, folgendes zu verstehen:

- a) Personen, die Bürger des Vereinigten Königreichs und der Kolonien sind oder die britische Untertanen sind, ohne diese Staatsbürgerschaft oder die Staatsbürgerschaft eines anderen Landes oder Gebiets des Commonwealth zu besitzen und die im einen wie im anderen Fall das Aufenthaltsrecht im Vereinigten Königreich besitzen und aufgrund dieser Tatsache von der Einwanderungskontrolle des Vereinigten Königreichs befreit sind;
- b) Personen, die Bürger des Vereinigten Königreichs und der Kolonien sind, weil sie in Gibraltar geboren oder in das Personenstandsregister eingetragen oder naturalisiert wurden oder deren Vater in Gibraltar geboren oder in das Personenstandsregister eingetragen oder naturalisiert wurde.“

**Erklärungen
betreffend die wirtschaftliche
und industrielle Entwicklung Irlands**

Auf der 6. Ministertagung im Rahmen der Verhandlungen zwischen der Gemeinschaft und Irland am 19. Oktober 1971 hat der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Italienischen Republik, Herr A. MORO, im Namen der Delegation der Gemeinschaft die in Abschnitt I enthaltene Erklärung abgegeben.

Der Minister für Auswärtige Angelegenheiten Irlands, Herr P. J. HILLERY, hat im Namen der irischen Delegation mit der in Abschnitt II enthaltenen Erklärung geantwortet.

- I. Erklärung, die der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Italienischen Republik, Herr A. MORO, im Namen der Delegation der Gemeinschaft abgegeben hat**

I.

1. Die irische Delegation hat darauf hingewiesen, daß die irische Regierung erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichten regionaler und struktureller Art gegenübersteht. Die irische Delegation hat erklärt, daß diese Ungleichgewichte beseitigt werden müßten, damit eine Harmonisierung erreicht werde, die mit den

**Declaration
by the Government of the United Kingdom
of Great Britain and Northern Ireland
on the definition of the term "nationals"**

At the time of signature of the Treaty of Accession, the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland make the following Declaration:

"As to the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, the terms "nationals", "nationals of Member States" or "nationals of Member States and overseas countries and territories" wherever used in the Treaty establishing the European Economic Community, the Treaty establishing the European Atomic Energy Community or the Treaty establishing the European Coal and Steel Community or in any of the Community acts deriving from those Treaties, are to be understood to refer to:

- (a) persons who are citizens of the United Kingdom and Colonies or British subjects not possessing that citizenship or the citizenship of any other Commonwealth country or territory, who, in either case, have the right of abode in the United Kingdom, and are therefore exempt from United Kingdom immigration control;
- (b) persons who are citizens of the United Kingdom and Colonies by birth or by registration or naturalization in Gibraltar, or whose father was so born, registered or naturalized."

**Declarations
on the economic and industrial development
of Ireland**

At the 6th Ministerial Meeting in the negotiations between the Community and Ireland, held on 19 October 1971, Mr A. MORO, Minister of Foreign Affairs of the Italian Republic, made, on behalf of the Community delegation, the declaration appearing under I hereinafter.

Mr P. J. HILLERY, Minister for Foreign Affairs of Ireland, replied, on behalf of the Irish delegation, with the declaration appearing under II hereinafter.

I. Declaration made by Mr A. MORO, Minister of Foreign Affairs of the Italian Republic on behalf of the Community delegation

I.

1. The Irish delegation has stressed that the Irish Government is faced with serious economic and social imbalances of a regional and structural nature. This delegation has stated that these imbalances should be remedied in order to achieve a degree of harmonization consistent with the objectives of the Community and

**Déclaration
du gouvernement du Royaume-Uni
de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord
concernant la définition du terme
« ressortissants »**

À l'occasion de la signature du traité d'adhésion, le gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord fait la déclaration suivante:

« En ce qui concerne le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, les termes « ressortissants », « ressortissants des Etats membres » ou « ressortissants des Etats membres et des pays et territoires d'outre-mer », lorsqu'ils sont utilisés dans le traité instituant la Communauté économique européenne, le traité instituant la Communauté européenne de l'énergie atomique ou le traité instituant la Communauté européenne du charbon et de l'acier ou dans tout acte communautaire découlant de ces traités, doivent être compris comme se référant aux:

- a) personnes qui sont des citoyens du Royaume-Uni et des colonies, ou personnes qui sont des sujets britanniques ne possédant pas cette citoyenneté ou la citoyenneté d'un autre pays ou territoire du Commonwealth, et qui, dans l'un et l'autre de ces cas, possèdent le droit de résidence au Royaume-Uni et sont de ce fait dispensées du contrôle d'immigration du Royaume-Uni;
- b) personnes qui sont des citoyens du Royaume-Uni et des colonies parce qu'elles sont nées, ou ont été inscrites au registre de l'état-civil ou naturalisées à Gibraltar, ou dont le père est né, ou a été inscrit au registre de l'état-civil ou naturalisé à Gibraltar. »

**Déclarations
concernant le développement économique
et industriel de l'Irlande**

Lors de la 6^{me} session ministérielle des négociations entre la Communauté et l'Irlande, tenue le 19 octobre 1971, M. A. MORO, Ministre des Affaires étrangères de la République italienne, a fait, au nom de la délégation de la Communauté, la déclaration figurant ci-après sous I.

M. P. J. HILLERY, Ministre des Affaires étrangères de l'Irlande, a répondu, au nom de la délégation irlandaise, par la déclaration figurant ci-après sous II.

I. Déclaration faite par M. A. MORO, Ministre des Affaires étrangères de la République italienne, au nom de la délégation de la Communauté

I.

1. La délégation irlandaise a souligné que le gouvernement irlandais est confronté à de graves déséquilibres économiques et sociaux de caractère régional et structurel. Cette délégation a déclaré qu'il faudrait remédier à ces déséquilibres pour atteindre un degré d'harmonisation compatible avec les objectifs de la Communauté, et

Zielen der Gemeinschaft und insbesondere mit der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion vereinbar sei. Die irische Delegation hat die Gemeinschaft gebeten, die Verpflichtung zu übernehmen, mit ihren Mitteln die Programme der irischen Regierung zur Beseitigung dieser Ungleichgewichte zu unterstützen und die besonderen Probleme Irlands auf diesem Gebiet bei der weiteren Entwicklung einer umfassenden Regionalpolitik der Gemeinschaft in vollem Umfang zu berücksichtigen.

2. Die irische Delegation hat der Delegation der Gemeinschaft Unterlagen unterbreitet, aus denen die Zielsetzung und die Mittel der irischen Regionalprogramme hervorgehen. Die irische Delegation hat ferner dargelegt, wie die irische Exportindustrie durch Steuererleichterungen unterstützt wird. Es handelt sich hier ebenfalls um Maßnahmen, die auf eine Beseitigung der sozialen und wirtschaftlichen Ungleichgewichte durch einen Ausbau der Industrie abzielen.

II.

1. Die Delegation der Gemeinschaft weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß — wie aus der Präambel des Vertrags von Rom hervorgeht — die stetige Besserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen der Völker der Mitgliedstaaten sowie die harmonische Entwicklung der Volkswirtschaften dieser Länder durch Verringerung des Abstandes zwischen einzelnen Gebieten und des Rückstandes weniger begünstigter Gebiete zu den grundlegenden Zielen der Gemeinschaft gehören.

2. Die gemeinsame Politik und die verschiedenen Instrumente, welche die Gemeinschaft auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet geschaffen hat, stellen eine konkrete Verwirklichung dieser Ziele dar; sie sollen außerdem weiterentwickelt werden. Der Europäische Sozialfonds hat eine neue Ausrichtung erhalten. Die Europäische Investitionsbank erweitert ständig ihren Tätigkeitsbereich. Gegenwärtig beraten die Gemeinschaftsorgane darüber, welche Gemeinschaftsinstrumente zur Verwirklichung der regionalpolitischen Ziele eingesetzt werden können und wie dies geschehen kann.

Die staatlichen Beihilfen, einschließlich der in Form von Steuerbefreiungen gewährten Beihilfen, sind in den Artikeln 92 bis 94 des EWG-Vertrags geregelt. Bezüglich der staatlichen Beihilfen mit regionalpolitischem Zweck ist darauf hinzuweisen, daß nach Artikel 92 Absatz 3 Buchstabe a „Beihilfen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung von Gebieten, in denen die Lebenshaltung außergewöhnlich niedrig ist oder eine erhebliche Unterbeschäftigung herrscht“ als mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar angesehen werden können. Wie die Erfahrung zeigt, ist diese Bestimmung so elastisch, daß die Gemeinschaftsorgane den besonderen Erfordernissen weniger entwickelter Gebiete Rechnung tragen können.

Die Steuerbefreiungen — wie alle übrigen zum Zeitpunkt des Beitritts in Irland bestehenden Beihilfen — werden von der Kommission im üblichen Rahmen der ständigen Überprüfung der Beihilfen untersucht werden. Sollte sich dabei zeigen, daß diese oder jene Beihilfe nicht in der derzeitigen Form beibehalten werden kann, so ist es Aufgabe der Kommission, im Einklang mit dem Vertrag angemessene Fristen und Modalitäten für die Überleitung festzulegen.

3. In Anbetracht der oben dargelegten besonderen Probleme, denen Irland gegenübersteht, schlägt die Delegation der Gemeinschaft vor, daß in den Anhang der Beitrittsakte ein Protokoll über die wirtschaftliche und industrielle Entwicklung Irlands aufgenommen wird.

particularly with the realization of economic and monetary union. The Irish delegation has asked the Community to undertake to employ its means to support the Irish Government's programmes aimed at eliminating these imbalances and to take full account of Ireland's special problems in this field in the development of a major Community regional policy at a later date.

2. The Irish delegation has submitted documents to the Community delegation indicating the general direction and the instruments of the Irish regional programmes. The Irish delegation has also explained how the Irish exporting industries are supported by tax relief. In this respect it is also a question of measures the aim of which is to do away with economic and social imbalances by the development of industry.

II.

1. The Community delegation emphasizes in this connection that—as follows from the Preamble to the Treaty of Rome—the essential objectives of the Community consist in the constant improvement of the living and working conditions of the peoples of the Member States, and the harmonious development of the economies of these States by reducing the differences existing between the various regions and the backwardness of the less-favoured regions.

2. The common policies and the various instruments created by the Community in the economic and social sectors are a positive realization of the abovementioned objectives and are furthermore likely to develop. The European Social Fund has been directed along new lines. The European Investment Bank is constantly expanding the field of its activities. At the present time, the institutions of the Community are engaged in discussions to decide the Community instruments, which it is possible to introduce, and according to what procedures, in order to achieve the objectives of the regional policy.

The aids granted by the States, including those granted by way of tax exemptions, are subject to the rules laid down in Articles 92 to 94 of the EEC Treaty. With regard to State aids for regional purposes it should be stressed that, under the terms of Article 92 (3) (a) "aid to promote the economic development of areas where the standard of living is abnormally low or where there is serious under-employment" may be considered to be compatible with the common market. Experience shows that this provision is flexible enough for the Community authorities to be able to take into consideration the special requirements of the under-developed regions.

Tax exemptions—in common with all other aids existing in Ireland at the time of accession—will be studied by the Commission in the normal framework of the permanent examination of existing aids. If this examination were to reveal that it would not be possible to retain any particular aid in its existing form, it will fall to the Commission under the rules of the Treaty to establish the appropriate time limits and transitional procedures.

3. Having regard to the abovementioned special problems with which Ireland is confronted, the Community delegation proposes to annex to the Act of Accession a protocol on the economic and industrial development of Ireland.

notamment avec la réalisation de l'union économique et monétaire. La délégation irlandaise a demandé à la Communauté de s'engager à soutenir par ses moyens les programmes du gouvernement irlandais visant à l'élimination de ces déséquilibres et de tenir pleinement compte des problèmes particuliers de l'Irlande dans ce domaine lors du développement ultérieur d'une politique régionale d'envergure de la Communauté.

2. La délégation irlandaise a soumis à la délégation de la Communauté des documents qui indiquent l'orientation et les instruments des programmes régionaux irlandais. La délégation irlandaise a également exposé comment les industries exportatrices irlandaises sont soutenues au moyen d'allègements fiscaux. Il s'agit également à cet égard de mesures dont l'objectif est d'éliminer les déséquilibres sociaux et économiques par le développement de l'industrie.

II.

1. La délégation de la Communauté souligne à cet égard que — comme il résulte du préambule du traité de Rome — les objectifs fondamentaux de la Communauté comportent l'amélioration constante des conditions de vie et d'emploi des peuples des Etats membres, ainsi que le développement harmonieux de leurs économies en réduisant l'écart entre les différentes régions et le retard des moins favorisées.

2. Les politiques communes et les divers instruments que la Communauté a créés dans les domaines économiques et social concrétisent les objectifs mentionnés ci-dessus et sont par ailleurs appelés à ce développer. Le Fonds social européen a reçu une orientation nouvelle. La Banque européenne d'investissement élargit sans cesse son champ d'activité. A l'heure actuelle, les institutions de la Communauté délibèrent afin de déterminer les instruments communautaires pouvant être mis en œuvre et selon quelles modalités, pour réaliser les objectifs de la politique régionale.

Les aides accordées par les Etats, y compris celles accordées par le biais d'exonérations fiscales, sont soumises aux règles prévues aux articles 92 à 94 du traité CEE. En ce qui concerne les aides d'Etat à finalité régionale, il y a lieu de souligner qu'aux termes de l'article 92 paragraphe 3a) « les aides destinées à favoriser de développement économique de régions dans lesquelles le niveau de vie est anormalement bas ou dans lesquelles sévit un grave sous-emploi » peuvent être considérées comme compatibles avec le marché commun. L'expérience démontre que cette disposition est assez souple pour que les instances communautaires puissent tenir compte des exigences particulières des régions sous-développées.

Les exonérations fiscales — de même que les autres aides existant en Irlande au moment de l'adhésion — seront étudiées par la Commission dans le cadre normal de l'examen permanent des aides existantes. Si cet examen révélait que telle ou telle aide ne pourrait être maintenue sous sa forme existante, il appartiendra à la Commission, dans le respect des règles du traité, de fixer les délais et les modalités de transition appropriés.

3. Vu les problèmes particuliers évoqués ci-dessus auxquels se trouve confrontée l'Irlande, la délégation de la Communauté propose d'annexer à l'acte d'adhésion un protocole concernant le développement économique et industriel de l'Irlande.

II. Erklärung, die der Minister für Auswärtige Angelegenheiten Irlands, Herr P. J. HILLERY, im Namen der irischen Delegation abgegeben hat

Ich freue mich, mitteilen zu können, daß die irische Delegation den Wortlaut des vorgeschlagenen Protokolls betreffend Irland akzeptiert; es ist von unseren beiden Delegationen erörtert worden, und die Beweggründe dafür sind in Ihrer einleitenden Erklärung klar dargelegt worden. Der angenommene Wortlaut wird es der irischen Regierung ermöglichen, mit der Durchführung ihrer Pläne für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in dem Bewußtsein fortzufahren, daß die Gemeinschaft bereit ist, mit Hilfe ihrer Organe und Einrichtungen gemeinsam mit uns die Ziele zu verfolgen, die wir uns gesetzt haben.

Bei den Verhandlungen habe ich wiederholt auf die Probleme hingewiesen, die ein unterschiedlicher Stand der wirtschaftlichen Entwicklung in einem Verband wie der erweiterten Gemeinschaft aufwirft. Ich habe ferner versucht, Ihnen die Schwierigkeiten darzulegen, die ein Land wie Irland, das an der Peripherie der erweiterten Gemeinschaft liegt, überwinden muß, um den Stand seiner wirtschaftlichen Entwicklung dem der anderen Mitgliedstaaten anzunähern. Ich bin mir voll bewußt, daß die Gemeinschaft gewillt und entschlossen ist, die im EWG-Vertrag genannten Ziele zu verwirklichen, d. h. die stetige Besserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen der Völker der Mitgliedstaaten und die harmonische Entwicklung ihrer Volkswirtschaften zu gewährleisten. Das Protokoll, über das wir heute Einvernehmen erzielt haben, ist ein überzeugender Beweis für die Entschlossenheit der Gemeinschaft, diesen grundlegenden Zielen einen echten Inhalt zu verleihen. Dieses Protokoll wird ein Instrument von praktischem Wert darstellen, da es meinem Land die Möglichkeit gibt, sich innerhalb der erweiterten Gemeinschaft an der Verwirklichung dieser Ziele in vollem Umfang zu beteiligen. Die Entwicklung einer umfassenden Regionalpolitik der Gemeinschaft wird die Wirksamkeit dieses Instruments in dieser Hinsicht noch erheblich steigern. In diesem Zusammenhang darf ich sagen, daß mich die Bemühungen, dieses wichtige Problem im Rahmen der Entwicklung der Gemeinschaft zu behandeln, ermutigen.

Bezogen auf die Verhältnisse in Irland ist die Wirksamkeit von Entwicklungsmaßnahmen auf einzelstaatlicher Ebene oder auf Gemeinschaftsebene danach zu beurteilen, welche Fortschritte bei der Verringerung von Arbeitslosigkeit und Auswanderung sowie bei der Hebung des Lebensstandards erzielt werden. Es geht hauptsächlich darum, für unsere wachsende Anzahl von Arbeitskräften die erforderlichen Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, ohne die ein wesentlicher Teil unserer wertvollsten Wirtschaftskraft ungenutzt bleibt oder durch Auswanderung verlorengeht und das Wirtschaftswachstum verlangsamt wird.

Meine Regierung wird erfreut sein, daß, wie unsere heutigen Erörterungen gezeigt haben, der Beitritt Irlands zur Gemeinschaft ihr die Möglichkeit bieten wird, die Bemühungen um die Verwirklichung ihrer im Protokoll dargelegten Ziele fortzuführen. Ich denke insbesondere an das stetige Wachstum der Industrie, das unter unseren allgemeinen Zielen der Wirtschaftsexpansion mit an erster Stelle steht. Es ist von wesentlicher Bedeutung für uns, durch wirksame Maßnahmen der industriellen Förderung weitere Fortschritte auf diesem Gebiet zu erzielen. Ich gehe davon aus, daß unser Industrieförderungsprogramm wie alle anderen Förderungssysteme nach unserem Beitritt gemäß den Vorschriften der Gemeinschaft geprüft werden. Ich nehme mit Befriedigung zur Kenntnis, daß Sie die Notwendigkeit einer Förderungspolitik in Irland anerkennen, daß aber die besonderen Formen,

II. Declaration made by Mr P. J. HILLERY, Minister for Foreign Affairs of Ireland, on behalf of the Irish delegation

I am pleased to record the Irish delegation's acceptance of the text of the proposed Protocol concerning Ireland which has been the subject of discussions between our two delegations and the background to which has been so clearly set out in your introductory statement. The text adopted will enable the Irish Government to proceed with their plans for economic and social development in the knowledge that the Community, through its institutions and agencies, will be ready to cooperate with us in the pursuit of the objectives which we have set ourselves.

I have on a number of occasions in the course of the negotiations, drawn attention to the problems posed by differences in the level of economic development in an entity such as the enlarged Community. I have endeavoured also to explain to you the difficulties which a country such as Ireland, situated on the periphery of the enlarged Community, must overcome in order to approximate its level of economic development to that of the other Member States. I am fully aware of the Community's will and purpose to achieve the aims set out in the EEC Treaty of ensuring the constant improvement of the living and working conditions of the peoples of the Member States and the harmonious development of their economies. The Protocol on which we have reached agreement today is a convincing demonstration of the Community's determination to give real content to these fundamental aims. This Protocol will be an instrument of practical value in enabling my country to play a full part within the enlarged Community in achieving these aims. Its effectiveness for this purpose will be greatly enhanced by the development of a comprehensive Community regional policy. In this connection may I say that I am heartened by the efforts being made to deal with this important issue as part of the evolution of the Community.

In Irish circumstances, the effectiveness of development measures, whether at the national or at Community level, must be judged by progress in the reduction of unemployment and emigration and the raising of living standards. This is essentially a matter of providing for our growing work force the necessary job opportunities without which a substantial proportion of our most valuable economic resource will remain unused or be lost through emigration and the pace of economic development will be retarded.

My Government will be gratified that our discussions today have shown that Ireland's accession to the Community will enable them to maintain the drive towards the realization of their aims as recited in the Protocol. I have particularly in mind here the continuing growth of industry which is central to our general aim of economic expansion. It is of vital importance to us that progress in this area be maintained through the application of effective measures of industrial promotion. I understand that, like any other incentive scheme, our industrial incentives will come up for examination under Community rules after accession. I note with satisfaction that you recognize the necessity for an incentive policy in Ireland but that questions may arise about the par-

II. Déclaration faite par M. P. J. HILLERY, Ministre des Affaires étrangères de l'Irlande, au nom de la délégation de l'Irlande

Je suis heureux de marquer l'acceptation par la délégation irlandaise du texte du protocole proposé relatif à l'Irlande qui a fait l'objet de discussions entre nos deux délégations et dont les données de base ont été exposées avec tant de clarté dans votre déclaration d'ouverture. Le texte adopté permettra au gouvernement irlandais de poursuivre la réalisation de ses plans de développement économique et social en sachant que la Communauté, par l'intermédiaire de ses institutions et de ses agences, sera prête à coopérer avec nous à la réalisation des objectifs que nous nous sommes fixés.

Au cours des négociations, j'ai attiré l'attention à maintes reprises sur les problèmes posés par les différences entre les divers niveaux de développement économique d'une entité telle que la Communauté élargie. Je me suis efforcé également de vous expliquer les difficultés qu'un pays tel que l'Irlande, situé à la périphérie de la Communauté élargie, doit surmonter afin de rapprocher son niveau de développement économique de celui des autres Etats membres. Je suis parfaitement conscient de la volonté et de l'intention de la Communauté d'atteindre les objectifs énoncés dans le traité CEE consistant à assurer l'amélioration constante des conditions de vie et de travail des peuples des Etats membres et le développement harmonieux de leurs économies. Le protocole sur lequel nous sommes mis d'accord aujourd'hui constitue une démonstration convaincante de la détermination de la Communauté de donner un contenu réel à ces objectifs fondamentaux. Ce protocole sera un instrument présentant une valeur pratique, car il permettra à mon pays de jouer un rôle à part entière dans la réalisation de ces objectifs au sein de la Communauté élargie. Son efficacité en ce qui concerne la réalisation de ces objectifs sera considérablement renforcée par la mise au point d'une politique régionale communautaire globale. A ce propos, je me permets de déclarer que je suis encouragé par les efforts que l'on accomplit actuellement pour régler cette question importante dans le contexte de l'évolution de la Communauté.

Dans la situation où se trouve l'Irlande, l'efficacité des mesures prises en matière de développement, tant sur le plan national qu'au niveau communautaire, doit être appréciée d'après les progrès accomplis en ce qui concerne la réduction du chômage et de l'émigration ainsi que le relèvement du niveau de vie. Il s'agit essentiellement de fournir à notre main-d'œuvre croissante les emplois nécessaires sans lesquels une proportion considérable de notre ressource économique la plus précieuse restera inutilisée ou se perdra du fait de l'émigration et sans lesquels le rythme de développement économique sera ralenti.

Mon gouvernement se félicitera de ce que nos discussions d'aujourd'hui auront montré que l'adhésion de l'Irlande à la Communauté lui permettra de poursuivre l'action menée en vue de la réalisation de ses objectifs tels qu'ils sont énoncés dans le protocole. Je pense en particulier au développement constant de l'industrie qui occupe une position dominante dans nos objectifs généraux en matière d'expansion économique. Il est absolument essentiel pour nous de continuer à progresser dans ce domaine grâce à l'application de mesures efficaces de promotion industrielle. Je comprends que comme tout autre système d'encouragements, les encouragements qui sont octroyés à notre industrie seront examinés à la lumière des règles communautaires après notre adhésion.

die unser Förderungssystem erhalten hat, als wir noch nicht der Gemeinschaft angehört, Fragen aufwerfen können.

Ich möchte darauf hinweisen, daß sich in diesem Zusammenhang die Frage der Verpflichtungen stellen könnte, die wir vorher eingegangen sind. Wir werden diesen Verpflichtungen natürlich nachkommen müssen; wir sind aber bereit, den Übergang zu jedem neuen Förderungssystem, das festgelegt werden könnte, unter allen Gesichtspunkten zu erörtern, und werden dazu beitragen, diese Probleme in geeigneter Weise zu lösen.

Was Sie über den elastischen Charakter der einschlägigen Vertragsbestimmung gesagt haben, überzeugt mich voll davon, daß die Organe der Gemeinschaft bei der Prüfung unseres Förderungssystems unsere besonderen Probleme in vollem Umfange berücksichtigen werden. Angesichts der Übereinstimmung der von der irischen Regierung verfolgten Ziele mit den von der Gemeinschaft verfolgten Zielen bin ich ferner davon überzeugt, daß die irische Regierung, wenn unser Förderungssystem angepaßt werden muß, das Wachstum der irischen Industrie aufrechterhalten und eine stetige Verbesserung des Beschäftigungsstandes und des Lebensstandards erreichen kann.

Abschließend möchte ich noch sagen, daß ich es zu schätzen weiß, mit welchem Wohlwollen und welchem Verständnis die Gemeinschaft an unsere Regionalprobleme und die Fragen der Förderung der Industrie, die für mein Land von größter Bedeutung sind, herangegangen ist und sie geprüft hat. Das Einvernehmen, das wir erzielt haben, ist ein gutes Vorzeichen für unsere künftige Zusammenarbeit in der erweiterten Gemeinschaft zur Verwirklichung der grundlegenden Ziele des Vertrags. Ich sehe in dieser künftigen Zusammenarbeit für uns in Irland das beste Mittel, unsere binnenwirtschaftlichen Ziele zu erreichen.

Erklärungen betreffend flüssige Milch, Schweinefleisch und Eier

Auf der zweiten Ministertagung im Rahmen der Verhandlungen zwischen der Gemeinschaft und dem Vereinigten Königreich am 27. Oktober 1970 haben der Kanzler des Herzogtums Lancaster, Herr G. RIPPON, im Namen der Delegation des Vereinigten Königreichs und der Bundesminister des Auswärtigen der Bundesrepublik Deutschland, Herr W. SCHEEL, im Namen der Delegation der Gemeinschaft die nachstehenden zwei Erklärungen abgegeben.

Abschließend haben die beiden Delegationen festgestellt, daß auf der Grundlage dieser zwei Erklärungen Einvernehmen erzielt worden ist.

I. Erklärung, die der Kanzler des Herzogtums Lancaster, Herr G. RIPPON, im Namen der Delegation des Vereinigten Königreichs abgegeben hat

1. Mein Vorgänger hat auf der ersten Ministertagung am 21. Juli erklärt, daß das Vereinigte Königreich bereit sei, die gemeinsame Agrarpolitik innerhalb einer erweiterten Gemeinschaft zu übernehmen. Er hat jedoch hinzugefügt, daß wir eine Reihe von Punkten sorgfältig prüfen müßten, unter anderem die Auswirkungen der Gemeinschaftsregelungen für Milch, Schweinefleisch und Eier auf Erzeugung, Vermarktung und Verbrauch im Vereinigten Königreich.

ticular forms our scheme of incentives has taken while we have been outside the Community.

I would like to draw your attention to the fact that the question would arise in this connection of the commitments which we had previously entered into. We shall, of course, have to honour these commitments but we shall be ready to discuss in all its aspects the change-over to whatever new incentive system is devised and we shall collaborate in solving these problems in an appropriate way.

I am fully satisfied from what you have said about the flexible nature of the relevant Treaty provisions that in the examination of our incentives the Community institutions will take full account of our special problems. I am also satisfied in the light of the identity of aims of both the Irish government and the Community that if adjustment of these incentives is called for, the Irish government will be able to maintain the growth of Irish industry, and achieve a continuous improvement in the level of employment and living standards.

Finally, may I say in conclusion that I appreciate the sympathy and understanding which the Community has shown in its approach to and examination of the questions of our regional problems and industrial incentives which are of the greatest importance to my country. The agreement which we have reached augurs well for our future cooperation within the enlarged Community in pursuit of the fundamental aims of the Treaty. I see in this future cooperation the means by which we in Ireland can best achieve our national economic objectives.

Declarations on liquid milk, pigmeat and eggs

At the 2nd Ministerial Meeting in the negotiations between the Community and the United Kingdom held on 27 October 1970, Mr G. RIPPON, Chancellor of the Duchy of Lancaster, speaking on behalf of the United Kingdom delegation, and MR W. SCHEEL, Minister of Foreign Affairs of the Federal Republic of Germany, speaking on behalf of the Community delegation, made the two following statements.

In conclusion, the two delegations noted that agreement had been reached on the basis of these two statements.

I. Statement made by Mr G. RIPPON, Chancellor of the Duchy of Lancaster, on behalf of the United Kingdom delegation

1. At the 1st Ministerial Meeting on 21 July my predecessor said that the United Kingdom was ready to adopt the common agricultural policy within an enlarged Community. He added, however, that we should need to consider carefully a number of points, including the production, marketing and consumption implications for the United Kingdom of the Community's regimes for milk, pigmeat and eggs.

Je suis heureux de pouvoir constater que vous reconnaissez la nécessité que soit pratiquée en Irlande une politique d'encouragements, mais que des questions pourront se poser en ce qui concerne les aspects particuliers qu'a pris notre système d'encouragements alors que nous étions en dehors de la Communauté.

Je voudrais attirer votre attention sur le fait qu'à cet égard se poserait la question des engagements que nous avons contractés antérieurement. Bien entendu, nous devrions respecter ces engagements, mais nous serons disposés à discuter de tous les aspects du passage à tout nouveau système d'encouragements qui sera établi et nous apporterons notre collaboration pour résoudre ces problèmes de manière appropriée.

A l'audition de ce que vous avez dit à propos de la souplesse caractérisant les dispositions y afférentes du traité, je suis pleinement convaincu que les institutions communautaires tiendront pleinement compte de nos problèmes particuliers lors de l'examen de notre système d'encouragements. Etant donné l'identité des objectifs poursuivis par le gouvernement irlandais et par la Communauté, je suis également convaincu que, si l'adaptation de ce système d'encouragements s'impose, le gouvernement irlandais sera en mesure de maintenir le rythme de l'expansion industrielle en Irlande et d'assurer une amélioration constante du niveau de l'emploi ainsi que du niveau de vie.

Enfin, je me permets de déclarer en conclusion que j'apprécie la sympathie et la compréhension dont la Communauté a fait preuve dans son approche et son examen des questions relatives à nos problèmes régionaux et aux encouragements à l'industrie qui revêtent la plus grande importance pour mon pays. L'accord auquel nous sommes parvenus augure bien de notre future coopération au sein de la Communauté élargie en vue de réaliser les objectifs fondamentaux du traité. Je vois dans cette coopération future le moyen par lequel nous, en Irlande, pouvons le mieux réaliser nos objectifs nationaux en matière économique.

Déclaration concernant le lait liquide, la viande porcine et les œufs

Lors de la 2^{ème} session ministérielle des négociations entre la Communauté et le Royaume-Uni, tenue le 27 octobre 1970, M. G. RIPPON, Chancelier du Duché de Lancaster, au nom de la délégation du Royaume-Uni, et M. W. SCHEEL, Ministre des Affaires étrangères de la République fédérale d'Allemagne, au nom de la délégation de la Communauté, ont fait les deux déclarations ci-après.

En conclusion, les deux délégations ont constaté qu'un accord s'était dégagé sur la base de ces deux déclarations.

I. Déclaration faite par M. G. RIPPON, Chancelier du Duché de Lancaster, au nom de la délégation du Royaume-Uni

1. Lors de la 1^{ère} session ministérielle tenue le 21 juillet, mon prédécesseur a déclaré que le Royaume-Uni était disposé à adopter la politique agricole commune au sein d'une Communauté élargie. Il a néanmoins précisé qu'il nous serait nécessaire d'examiner attentivement un certain nombre de points, notamment l'incidence qu'auraient sur la production, la commercialisation et la consommation britanniques les régimes communautaires applicables au lait, à la viande porcine et aux œufs.

2. Seitdem hat eine Vielzahl von Sondierungsgesprächen und Erörterungen, sowohl mit der Kommission auf technischer Ebene als auch in allgemeinerer Form auf den Tagungen der Stellvertreter, stattgefunden. Uns selbst ging es dabei um die Beantwortung der Frage, ob mit ernsthaften Problemen zu rechnen ist und wie diese gegebenenfalls am besten vermieden werden könnten. Ich freue mich, feststellen zu können, daß wir in beträchtlichem Umfang Verständnis bei der Gemeinschaft gefunden und Erläuterungen von ihr erhalten haben, was beträchtlich zur Klärung der Fragen beigetragen hat und mich hoffen läßt, daß wir eine Einigung über diese Fragen erzielen und sie somit von der künftigen Tagesordnung absetzen können.

Milch

Wir halten es sowohl im Interesse der Gemeinschaft als auch im Interesse des Vereinigten Königreichs für wichtig, daß wir uns in ausreichendem Umfang mit flüssiger Milch versorgen können, um den Bedarf der Verbraucher im ganzen Land das ganze Jahr hindurch zu decken. Aufgrund der Bestätigung, die wir von der Gemeinschaft zu unserer Auffassung von Umfang und Art der gegenwärtigen und der vorgeschlagenen Regelungen erhalten haben, glauben wir, daß dies möglich sein wird. Ich halte es daher für wichtig, die Hauptpunkte dieser Auffassung wie folgt festzuhalten:

- i) eines der Ziele der gemeinsamen Politik ist es, in der Gemeinschaft soviel Milch wie möglich dem Verbrauch in flüssiger Form zuzuführen; die gemeinsame Politik sollte daher nicht so angewendet werden, daß die Erreichung dieses Ziels behindert wird;
- ii) der in der Entschließung des Rates vom 24. Juli 1966 vorgesehene Unterschied zwischen dem Preis für Verarbeitungsmilch und dem Preis für Milch, die zum Verbrauch in flüssiger Form bestimmt ist, ist nicht verbindlich; an die Stelle dieser Entschließung wird zu gegebener Zeit eine Milchverordnung der Gemeinschaft treten; die Mitgliedstaaten können die Einzelhandelspreise für Milch, die zum Verbrauch in flüssiger Form bestimmt ist, im Einklang mit den geltenden Bestimmungen festsetzen, sind dazu aber nicht verpflichtet;
- iii) die Verordnung (EWG) Nr. 804/68 verweist lediglich auf einzelstaatliche Maßnahmen, die einen Ausgleich zwischen den Preisen ermöglichen; demgemäß kann eine nichtstaatliche Erzeugerorganisation — sofern sie im Rahmen des EWG-Vertrags und des abgeleiteten Rechts handelt — nach eigenem Ermessen bestimmen, wo die Milch abgesetzt wird, um für ihre Mitglieder den bestmöglichen Erlös zu erzielen, die Einnahmen in einem Fonds zusammenzufassen und die Vergütungen an ihre Mitglieder nach eigenen Vorstellungen auszuzahlen.

Schweinefleisch

Unseres Erachtens liegt es auch im Interesse einer erweiterten Gemeinschaft, die ihren Bedarf an Schweinefleisch wohl mehr als decken kann, eine angemessene Marktstabilität, einschließlich der Stabilität auf dem Schinkenspeckmarkt des Vereinigten Königreichs, zu sichern. Im jetzigen System der Gemeinschaft wurde dieser wichtige Markt, der jährlich etwa 640 000 t Schinkenspeck im Werte von über 1 Milliarde RE aufnimmt, verständlicherweise nicht berücksichtigt. Dieser Markt könnte jedoch zur Stabilisierung viel beitragen, und zwar nicht nur im Interesse der unmittelbar betroffenen Schinkenspeckerzeuger des Vereinigten Königreichs und anderer Länder, sondern auch im Interesse aller Schweineerzeuger in der erweiterten Gemeinschaft.

Unsere Diskussionen haben uns nicht zu dem Schluß geführt, daß die bestehenden Gemeinschaftsregelungen

2. There has been a considerable amount of exploration and discussion since then, both with the Commission at a technical level and more generally at meetings of the Deputies. On our side the aim has been to see whether any serious problems were likely to arise and, if so, how they might best be avoided. I am pleased to be able to say that we have had a good deal of elucidation and understanding from the Community, which has helped to clarify matters considerably and leads me to hope that we may be successful in reaching agreement on these matters and thus removing them from our future agenda.

Milk

We consider it important in the interests of the Community as well as the United Kingdom that we should be able to provide adequate supplies of liquid milk to meet consumer demand throughout the country and throughout the year. We believe this will be possible in the light of the confirmation we have received from the Community about our understanding of the scope and nature of the current and proposed arrangements. It is, therefore, important that I should record the main heads of that understanding, namely:

- (i) it is one of the objectives of the common policy to use as much milk as possible for liquid consumption throughout the Community, and the policy should not be applied so as to impede this aim;
- (ii) the price differential between milk sent for processing and milk for liquid consumption contained in Council Resolution of 24 July 1966 has no legally binding effect; it will in due time be superseded by a Community milk regulation; and, under the existing regulations, Member States are free to fix retail prices for milk for liquid consumption, but are not obliged to do so;
- (iii) Regulation (EEC) No 804/68 refers only to measures by national governments permitting price equalization, and accordingly a non-governmental producer organization, provided it acts within the provisions of the EEC Treaty and of secondary legislation deriving from it, is free by its own decisions to consign milk wherever it chooses in order to get the best return for its members, to pool its financial returns and to remunerate its members as it wishes.

Pigmeat

We consider it also in the interest of an enlarged Community, expected to be more than self-sufficient in pigmeat, to ensure adequate market stability, including stability on the United Kingdom bacon market. The Community's present system, naturally enough, took no account of this important market—absorbing annually some 640,000 tons of bacon worth over 1,000 million units of account. But it could make a great contribution to stability, not only for the United Kingdom and other bacon producers who are directly affected, but to all pig producers in the enlarged Community.

We have not concluded from our discussions that the Community's existing arrangements for pigmeat will

2. Depuis lors, un grand nombre de discussions exploratoires et d'entretiens ont eu lieu sur le plan technique avec la Commission et, plus généralement, au cours des réunions des Suppléants. Notre objectif était de déterminer si de graves difficultés risquaient de se présenter et, dans l'affirmative, d'examiner les meilleurs moyens de les prévenir. Je suis heureux de pouvoir déclarer que la Communauté nous a fourni de nombreuses précisions et qu'elle a fait preuve de compréhension, ce qui a contribué à clarifier sensiblement la situation et ce qui me permet d'espérer que nous pourrions parvenir à un accord sur ces questions et à les éliminer ainsi de notre futur ordre du jour.

Lait

Nous estimons que, dans l'intérêt de la Communauté et du Royaume-Uni, il importe que nous soyons en mesure d'assurer un approvisionnement adéquat en lait liquide pour satisfaire la demande des consommateurs de tout le pays et pendant toute l'année. Nous pensons que cela sera possible à la lumière de la confirmation que nous avons reçue de la Communauté quant à notre interprétation de la portée et de la nature des arrangements actuels et des arrangements proposés. Il importe donc que je rappelle les principaux points de cette interprétation, à savoir:

- i) l'un des objectifs de la politique agricole commune est d'utiliser le lait autant que possible pour être consommé à l'état liquide dans toute la Communauté; cette politique ne devrait donc pas être pratiquée de façon à entraver cet objectif;
- ii) la différence de prix entre le lait livré pour la transformation et le lait destiné à être consommé à l'état liquide, contenue dans la résolution du Conseil du 24 juillet 1966, n'a aucune force obligatoire; cette résolution sera remplacée en temps voulu par un règlement de la Communauté sur le lait; aux termes des dispositions en vigueur à l'heure actuelle, les Etats membres sont libres de fixer des prix de détail pour le lait destiné à être consommé à l'état liquide, mais ils ne sont pas tenus de le faire;
- iii) le règlement (CEE) n° 804/68 ne vise que les mesures prises par les gouvernements des Etats membres en vue de procéder à une péréquation des prix; en conséquence, une organisation non gouvernementale de producteurs est libre, à condition qu'elle s'en tienne aux dispositions du traité CEE et du droit dérivé, de livrer, de son propre chef, du lait à l'endroit choisi par elle afin d'en obtenir le meilleur rendement pour ses membres, de mettre en commun les bénéfices et de rémunérer ses membres comme elle l'entend.

Viande porcine

Nous estimons donc qu'il est de l'intérêt d'une Communauté élargie, dont la production devrait excéder les besoins en viande porcine, d'assurer une stabilité satisfaisante du marché y compris la stabilité du marché britannique de bacon. Il va de soi que le système actuel de la Communauté n'a tenu aucun compte de cet important marché qui absorbe annuellement quelque 640.000 tonnes de bacon d'une valeur dépassant un milliard d'U.C. Mais ce marché pourrait contribuer dans une large mesure à la stabilité souhaitée, et cela non seulement dans l'intérêt des producteurs de bacon du Royaume-Uni et d'autres pays, qui sont directement intéressés, mais de tous les producteurs de viande porcine de la Communauté élargie.

Nous n'avons pas conclu, à la suite de nos discussions, que les règles communautaires actuelles relatives à la

für Schweinefleisch für die neue Situation, die sich aus der Erweiterung ergeben wird, zwangsläufig unzulänglich oder ungeeignet sein werden.

Wir halten es jedoch für notwendig, uns zu versichern, daß Sie die grundlegende Bedeutung des Schinkenspeckmarkts in einer erweiterten Gemeinschaft, die Vorteile, die seine anhaltende Stabilität unter lauterer Wettbewerbsbedingungen für die Schweineproduktion in der ganzen Gemeinschaft mit sich bringen würde, und somit die Notwendigkeit einer sorgfältigen Überprüfung dieser Lage während der Übergangszeit und danach anerkennen.

Eier

Die erweiterte Gemeinschaft wird mit Eiern aus eigener Erzeugung ausreichend versorgt sein, so daß die Preise wahrscheinlich eher durch innergemeinschaftliche Marktfaktoren als durch Maßnahmen an der Grenze bestimmt werden. Da dies für die derzeitige Gemeinschaft und für das Vereinigte Königreich zutrifft, wird der Markt der erweiterten Gemeinschaft möglicherweise Preisschwankungen unterworfen sein, die vielleicht etwas stärker sein werden als die derzeitigen Schwankungen auf den einzelnen Märkten, sich aber sonst nicht von ihnen unterscheiden werden. Andererseits dürften die Tendenz, die Produktion bei einigen spezialisierten Erzeugern zu konzentrieren, und eine gleichlaufende Entwicklung bei der Vermarktung auf längere Sicht zu größerer Stabilität führen. Ich glaube daher, daß wir uns den Gemeinschaftsregelungen werden anpassen können.

3. Wenn Sie uns jetzt förmlich bestätigen können, daß wir die für uns bestehenden Möglichkeiten auf dem Milchsektor richtig eingeschätzt haben, wenn Sie den von mir geäußerten Ansichten über die Bedeutung und die besonderen Merkmale des Schinkenspeckmarktes in einer erweiterten Gemeinschaft zustimmen und anerkennen können, daß Stabilität auf dem Schweinefleisch- und Eiermarkt wünschenswert ist, dann können wir unsererseits davon absehen, bei den Verhandlungen — außer im allgemeinen Zusammenhang der Übergangsregelungen — weitere Fragen hierzu aufzuwerfen.

II. Erklärung, die der Bundesminister des Auswärtigen der Bundesrepublik Deutschland, Herr W. SCHEEL, im Namen der Gemeinschaft abgegeben hat

Die Delegation der Gemeinschaft stimmt der Analyse zu, die Sie in bezug auf die Zielsetzung der gemeinsamen Politik auf dem Milchsektor und die derzeitigen Möglichkeiten für eine Festsetzung des Einzelhandelspreises für Trinkmilch sowie hinsichtlich der Tätigkeiten der nicht-staatlichen Erzeugerorganisationen vorgenommen haben. Sie möchte, sofern dies notwendig sein sollte, darauf hinweisen, daß das in der Verordnung (EWG) Nr. 804/68 vorgesehene Verbot einzelstaatlicher Maßnahmen für einen Preisausgleich bei den verschiedenen Milcherzeugnissen sich auch auf alle einzelstaatlichen Rechtsvorschriften erstreckt, mit denen ein solcher Ausgleich erreicht werden soll.

Die Delegation der Gemeinschaft kann Ihrer Erklärung in bezug auf die Bedeutung und die besonderen Merkmale des Marktes für Schinkenspeck in einer erweiterten Gemeinschaft zustimmen. In Anbetracht der mit der gemeinsamen Politik bei Schweinefleisch und Eiern verfolgten Ziele teilt sie Ihren Wunsch nach Wahrung der Stabilität bei diesen Erzeugnissen.

Die Delegation der Gemeinschaft nimmt die Erklärung der Delegation des Vereinigten Königreichs zur Kenntnis und stellt mit Genugtuung fest, daß es nicht notwendig ist, die für die drei genannten Erzeugnisse geltenden Regelungen zu ändern, um den Anliegen der Delegation des Vereinigten Königreichs gerecht zu werden.

necessarily be inadequate or unsuited for the new situation emerging from enlargement.

We do consider it essential, however, to secure your recognition of the intrinsic importance of the bacon market in an enlarged Community; of the benefits that its continued stability under conditions of fair competition would bring to pig production throughout the whole Community; and of the need, therefore, to keep this situation under careful review during the transitional period and thereafter.

Eggs

The enlarged Community will be self-sufficient in eggs so that prices are likely to be determined by internal market forces rather than by the operation of measures at the frontiers. Since that is already true both of the existing Community and of the United Kingdom, the market of the enlarged Community may be subject to price fluctuation no different in kind, although possibly a little greater in degree, than obtains in the individual markets today. On the other hand, the trend towards the concentration of production in the hands of specialist producers and parallel developments in marketing should reduce instability in the longer term. I therefore believe that we shall be able to adapt to the Community's arrangements.

3. If you are now able formally to confirm that our understanding of the possibilities open to us for milk is correct; that you can accept the views I have expressed on the importance and characteristics of the bacon market in an enlarged Community and recognize the desirability of stability for pigmeat and eggs, we for our part can agree that we need raise no further points on these items during the negotiations, except in the general context of transitional arrangements.

II. Statement made by Mr W. SCHEEL, Minister of Foreign Affairs of the Federal Republic of Germany, on behalf of the Community delegation

The Community delegation subscribes to your analysis of the objectives of the common policy in the milk sector, and of existing possibilities as regards retail price fixing for liquid milk and the activities of non-governmental producer organisations. It recalls, in so far as it may be necessary, that the prohibition of national measures permitting an equalization of prices for the various milk products stipulated in Regulation (EEC) No 804/68 applies equally to all national legislation aimed at achieving such equalization.

The Community delegation can accept your statement on the importance and characteristics of the bacon market in an enlarged Community. In the light of the objectives pursued by the common policy in the pigmeat and eggs sectors it shares your concern for stability in these sectors.

Noting the statement by the United Kingdom delegation, the Community delegation notes with satisfaction that the existing regulations concerning the three abovementioned sectors will not have to be amended to take into account the anxieties expressed by the United Kingdom delegation.

viande porcine seront nécessairement inadéquates ou qu'elles ne permettront pas de faire face à la nouvelle situation issue de l'élargissement.

Toutefois, nous estimons qu'il est essentiel de nous assurer que vous reconnaissez l'importance intrinsèque du marché du bacon dans une Communauté élargie ainsi que les avantages qu'il pourrait apporter à la production porcine de toute la Communauté si sa stabilité est maintenue dans des conditions de concurrence loyale et, par conséquent, la nécessité d'examiner soigneusement cette situation pendant la période transitoire et dans la suite.

Oeufs

La Communauté élargie sera à même de pourvoir à ses besoins en œufs de sorte que les prix seront probablement déterminés par les forces régissant le marché intérieur plutôt que par l'application de mesures relatives aux importations. Etant donné que cette situation existe déjà dans la Communauté et au Royaume-Uni, le marché de la Communauté élargie peut être soumis à des fluctuations de prix de même nature, quoique peut-être un peu plus importantes que celles auxquelles sont actuellement soumis les marchés individuels. D'autre part, la tendance à la concentration de la production en faveur de producteurs spécialisés et les développements parallèles de la commercialisation devraient modérer l'instabilité à plus long terme. C'est pourquoi je pense que nous serons à même de nous adapter aux règles communautaires.

3. Si vous pouvez maintenant nous confirmer de façon formelle que nous avons bien compris quelles possibilités nous étaient ouvertes en ce qui concerne le lait, que vous pouvez accepter les idées que j'ai exprimées à propos de l'importance et des caractéristiques du marché du bacon dans une Communauté élargie et reconnaître le souci de stabilité pour la viande porcine et les œufs, nous pouvons vous assurer, pour notre part, que nous n'éprouverons plus le besoin de soulever d'autres questions relatives à ces produits au cours des négociations, excepté dans le cadre général des arrangements transitoires.

II. Déclaration faite par M. W. SCHEEL, Ministre des Affaires étrangères de la République fédérale d'Allemagne au nom de la délégation de la Communauté

La délégation de la Communauté partage l'analyse que vous avez faite en ce qui concerne les objectifs de la politique commune dans le secteur des produits laitiers, des possibilités actuelles dans le domaine de la fixation de prix de détail pour le lait de consommation et dans le domaine des activités des organisations non gouvernementales de producteurs. Elle rappelle, pour autant que de besoin, que l'interdiction des mesures nationales permettant une péréquation entre les prix des différents produits laitiers stipulée dans le règlement (CEE) n° 804/68 vise également toute législation nationale ayant pour but une telle péréquation.

La délégation de la Communauté peut accepter votre déclaration relative à l'importance et aux caractéristiques du marché du bacon dans une Communauté élargie. A la lumière des objectifs poursuivis par la politique commune dans le secteur de la viande de porc et des œufs, elle partage votre souci de stabilité en ce qui concerne ces secteurs.

En prenant acte de la déclaration de la délégation du Royaume-Uni, la délégation de la Communauté constate avec satisfaction que les réglementations existantes concernant les trois secteurs mentionnés n'auront pas à être modifiées pour tenir compte des préoccupations exprimées par la délégation du Royaume-Uni.

Erklärung
betreffend das System zur Festsetzung
der Agrarpreise der Gemeinschaft

Auf der zweiten Ministertagung im Rahmen der Verhandlungen zwischen der Gemeinschaft und dem Vereinigten Königreich am 27. Oktober 1970 hat der Bundesminister des Auswärtigen der Bundesrepublik Deutschland, Herr W. SCHEEL, im Namen der Delegation der Gemeinschaft eine Erklärung über das System zur Festsetzung der Agrarpreise der Gemeinschaft abgegeben.

Der Kanzler des Herzogtums Lancaster, Herr G. RIP-PON, hat im Namen der Delegation des Vereinigten Königreichs dieser Erklärung zugestimmt. Er fügte hinzu, er hege keinen Zweifel daran, daß diese Überprüfung der Situation der Landwirtschaft und die Absicht, enge und wirksame Kontakte mit den Erzeugerorganisationen auf Gemeinschaftsebene zu unterhalten, für alle wichtig seien.

Abschließend haben die beiden Delegationen festgestellt, daß auf der Grundlage der nachstehenden Erklärung von Herrn W. SCHEEL Einvernehmen erzielt worden ist.

„1. Seit den Erörterungen im Jahre 1962 über diese Frage ist eine jährliche Überprüfung der Situation der Landwirtschaft und der Agrarmärkte in der Gemeinschaft eingeführt worden, die im Rahmen des Verfahrens zur Festsetzung der Gemeinschaftspreise erfolgt.

Dieses Verfahren weist folgende Merkmale auf:

In den verschiedenen Agrarverordnungen ist im allgemeinen festgelegt, daß der Rat jedes Jahr auf Vorschlag der Kommission vor dem 1. August für das im nächsten Jahr beginnende Wirtschaftsjahr sämtliche Agrarpreise festsetzt, bei denen eine solche Preisfestsetzung aufgrund der gemeinsamen Marktorganisation erforderlich ist.

Bei der Vorlage ihrer Vorschläge übermittelt die Kommission einen Jahresbericht über die Lage der Landwirtschaft und der Agrarmärkte. Die Übermittlung dieses Jahresberichts entspricht rechtlichen Pflichten und Verpflichtungen, die die Kommission eingegangen ist.

Dieser Bericht wird von der Kommission ausgearbeitet und basiert auf geeigneten statistischen und rechnerischen Daten aus allen verfügbaren einzelstaatlichen und gemeinschaftlichen Quellen.

Die in dem Bericht durchgeführte Analyse umfaßt die Prüfung

- der wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft und ihrer Gesamtentwicklung auf einzelstaatlicher und gemeinschaftlicher Ebene sowie im Rahmen der Gesamtwirtschaft;
- des Marktes nach Erzeugnissen oder Erzeugnisgruppen zwecks Ausarbeitung einer Übersicht über die Lage des Marktes und die Entwicklung seiner Merkmale.

Die von der Kommission durchgeführte Prüfung der Daten umfaßt insbesondere Angaben über die Preis- und Kostentendenzen, die Beschäftigung, die Produktivität und die Einkommen in der Landwirtschaft.

Die Agrarpreise werden nach dem in Artikel 43 Absatz 2 des EWG-Vertrags vorgesehenen Verfahren festgesetzt; dies bedeutet, daß die Versammlung angehört werden muß.

Hierzu werden dieser die Vorschläge der Kommission zusammen mit dem Jahresbericht zugeleitet; sie geben Anlaß zu einer allgemeinen Aussprache über die gemeinsame Agrarpolitik.

**Declaration
on the system for fixing
Community farm prices**

At the 2nd Ministerial Meeting in the negotiations between the Community and the United Kingdom, held on 27 October 1970, Mr W. SCHEEL, Minister of foreign Affairs of the Federal Republic of Germany, on behalf of the Community delegation, made a statement on the system for fixing Community farm prices.

Mr G. RIPPON, Chancellor of the Duchy of Lancaster, on behalf of the United Kingdom delegation, recorded his agreement to this statement. He added that he had no doubt as to the importance to all concerned of these agricultural reviews and of the intention to have effective and meaningful contacts in particular with producer organizations operating at Community level.

In conclusion, the two delegations noted that an agreement had been reached in the terms contained in the following statement made by Mr W. SCHEEL:

"1. Since the discussions held on this subject in 1962, an annual review on the condition of agriculture and agricultural markets has been established within the Community. This comes under the procedure for fixing Community prices.

This procedure may be described as follows:

As a general rule, the various agricultural regulations stipulate that the Council, on a proposal from the Commission, shall fix for the Community each year, before 1 August, for the marketing year starting the following year, all the agricultural prices which, under the common organization of the markets, must be fixed.

When submitting its proposals, the Commission at the same time submits an annual report on the condition of agriculture and agricultural markets. This report is submitted in accordance with the legal obligations of and the undertakings made by the Commission.

The Commission draws up this report on the basis of the relevant statistical and accounting data from all available national and Community sources.

The analysis made in the report comprises the following:

- examination of the economic condition of agriculture and of its overall development, both at national and at Community level, as well as in the general economic context;
- examination of the market by products or groups of products, in order to provide an outline of the situation and of its characteristic trends.

The review of the data undertaken by the Commission includes, in particular, information about trends in prices and costs, employment, productivity and farm incomes.

Agricultural prices are fixed in accordance with the procedure laid down in Article 43 (2) of the EEC Treaty, which means that the Assembly must be consulted.

To this end, the Commission's proposals, together with the annual report, are referred to the Assembly, where a general debate is held on the common agricultural policy.

**Déclaration
concernant le système communautaire
de fixation des prix agricoles
de la Communauté**

Lors de la 2^{ème} session ministérielle des négociations entre la Communauté et le Royaume-Uni, tenue le 27 octobre 1970, Monsieur W. SCHEEL, Ministre des Affaires étrangères de la République fédérale d'Allemagne, a fait, au nom de la délégation de la Communauté, une déclaration concernant le système de fixation des prix agricoles de la Communauté.

Monsieur G. RIPPON, Chancelier du Duché de Lancaster, a marqué, au nom de la délégation du Royaume-Uni, son accord sur cette déclaration. Il a ajouté qu'il ne doutait pas de l'importance pour tous de ces examens dans le domaine agricole et de l'intention d'entretenir des contacts substantiels et efficaces notamment avec les organisations professionnelles de producteurs organisés au niveau communautaire.

En conclusion, les deux délégations ont constaté qu'un accord était intervenu dans les termes repris dans la déclaration suivante faite par Monsieur W. SCHEEL:

« 1. Depuis les discussions qui ont eu lieu en 1962 à ce sujet, une revue annuelle de la situation de l'agriculture et des marchés agricoles a été instaurée dans la Communauté. Elle se place dans le cadre de la procédure de fixation des prix communautaires.

Cette procédure présente les caractéristiques suivantes:

En règle générale, les différents règlements agricoles stipulent que le Conseil, sur proposition de la Commission, fixe chaque année pour la Communauté avant le 1^{er} août, pour la campagne de commercialisation débutant l'année suivante, l'ensemble des prix agricoles pour lesquels l'organisation commune de marchés impose cette fixation de prix.

Lors de la présentation de ses propositions, la Commission remet un rapport annuel concernant la situation de l'agriculture et des marchés agricoles. La remise de ce rapport annuel répond à des obligations juridiques et à des engagements pris par la Commission.

Ce rapport est élaboré par la Commission et se fonde sur les données statistiques et comptables appropriées de toutes sources disponibles, tant nationales que communautaires.

L'analyse qui y est faite comporte l'examen:

- de la situation économique de l'agriculture et de son développement dans son ensemble, aux niveaux national et communautaire, ainsi que dans le contexte de l'économie générale;
- du marché par produits ou groupes de produits, afin de donner un aperçu de la situation et de l'évolution des caractéristiques de celui-ci.

L'examen des données entrepris par la Commission comporte notamment des renseignements concernant les tendances des prix et des coûts, l'emploi, la productivité et les revenus agricoles.

Les prix agricoles sont arrêtés selon la procédure prévue à l'article 43 paragraphe 2 du traité CEE, ce qui implique la consultation de l'Assemblée.

A cette fin, les propositions de la Commission, accompagnées du rapport annuel, lui sont envoyées et donnent lieu à un débat général sur la politique agricole commune.

Ferner wird der Wirtschafts- und Sozialausschuß, der sich aus Vertretern der verschiedenen Gruppen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens zusammensetzt, regelmäßig zu diesen Vorschlägen und diesem Bericht gehört. Hinsichtlich der von diesem Ausschuß zu erfüllenden Aufgaben sieht Artikel 47 des EWG-Vertrags vor, daß die Gruppe Landwirtschaft der Kommission zur Verfügung steht, um nach Maßgabe der Artikel 197 und 198 des EWG-Vertrags die Beratungen dieses Ausschusses vorzubereiten.

Vor, während und nach der Ausarbeitung des jährlichen Berichts und der Preisvorschläge durch die Kommission finden Kontakte mit den auf Gemeinschaftsebene bestehenden berufsständischen landwirtschaftlichen Organisationen statt. Bei diesen Kontakten werden die statistischen und anderen Angaben erörtert, die sich auf die wirtschaftliche Lage und die wirtschaftlichen Aussichten in der Landwirtschaft auswirken und die die Kommission in ihrem Bericht an den Rat berücksichtigt.

Die Art der im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik festgesetzten Preise hat die Kommission veranlaßt, diese Kontakte nicht auf die landwirtschaftlichen Kreise zu beschränken, sondern auch mit Industrie-, Handels- und Gewerkschaftskreisen sowie mit den Verbrauchern Fühlung zu halten.

Bei diesen Kontakten können alle interessierten Kreise ihre Bemerkungen oder Forderungen vortragen. Andererseits ermöglichen diese Kontakte der Kommission, in Kenntnis des Standpunktes der Betroffenen ihren jährlichen Bericht über die Lage der Landwirtschaft und ihre Preisvorschläge auszuarbeiten.

Die Anhörung der Versammlung und des Wirtschafts- und Sozialausschusses während des Prozesses der politischen Willensbildung, der zum endgültigen Beschluß des Rates führt, sowie die ständigen direkten Kontakte zwischen dem mit der Ausarbeitung des Berichts und der Vorschläge beauftragten Organ und den Organisationen der betreffenden Kreise bieten ausreichende Garantien dafür, daß die Interessen aller derjenigen, die von diesen Beschlüssen betroffen werden, in angemessener Weise berücksichtigt werden.

2. Dieses Verfahren schließt natürlich nicht aus, daß auch die Mitgliedstaaten in Verbindung mit den betreffenden berufsständischen Organisationen die Lage ihrer Landwirtschaft gemäß ihren nationalen Verfahren einer jährlichen Prüfung unterziehen.

3. Die Delegation der Gemeinschaft schlägt folgendes vor:

- Die Konferenz stellt fest, daß die gemeinschaftlichen Verfahren und Praktiken zusammen mit den bestehenden einzelstaatlichen Verfahren und Praktiken entsprechende Kontakte mit den betreffenden berufsständischen Organisationen vorsehen werden.
- Die Konferenz nimmt außerdem zur Kenntnis, daß die Organe der Gemeinschaft die Absicht haben, die in Absatz 1 beschriebenen Praktiken und Verfahren auf die erweiterte Gemeinschaft auszudehnen.
- Die Konferenz ist der Ansicht, daß die Durchführung der beiden voraufgehenden Absätze in der erweiterten Gemeinschaft ein System garantiert, das eine Überprüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Aussichten in der Landwirtschaft sowie die Aufrechterhaltung der entsprechenden Kontakte mit den berufsständischen Organisationen der Erzeuger und mit den anderen interessierten Organisationen und Kreisen ermöglicht."

In addition, the Economic and Social Committee, composed of representatives of the various economic and social sectors, is regularly consulted on the proposals and the report. As regards the duties of this Committee, Article 47 of the EEC Treaty lays down that its Agricultural Section shall have as its task that of holding itself at the service of the Commission for the purpose of preparing the discussions of the Committee, in accordance with the provisions of Articles 197 and 198 of the EEC Treaty.

Before, during and after the drawing up by the Commission of the annual report and the price proposals, contacts take place with the professional agricultural organizations organized at Community level. These contacts include a discussion of the statistical and other data bearing on the economic conditions and prospects of agriculture, which the Commission takes into account in its report to the Council.

Because of the nature of the prices fixed under the common agricultural policy, the Commission has decided not to limit these contacts to the agricultural sectors alone, but to maintain them also with industrial, commercial and trade union circles and with consumers.

These contacts provide an opportunity for all the interested parties to make known their views or claims. They also allow the Commission to draw up its annual report on the condition of agriculture and its proposals with regard to prices in full knowledge of the position of the interested parties.

The consultations of the Assembly and the Economic and Social Committee, during the policy-making process leading towards a final decision of the Council, combined with continual and direct contacts between the institution responsible for drawing up the report and the proposals and the organizations of the interested parties, are a sufficient guarantee that the interests of all those concerned by the decisions in question are given fair consideration.

2. It is understood that, notwithstanding this procedure, the Member States may themselves carry out annual reviews of their own agriculture, in contact with the professional organizations concerned and in accordance with their national procedures.

3. The Community delegation proposes that the Conference take formal note of the following:

- the procedures and practices within the Community, as well as in the Member States, will provide for appropriate contacts with the professional organizations concerned;
- the institutions of the Community intend to extend the practices and procedures described in paragraph 1 above to the enlarged Community;
- the application of the two preceding subparagraphs will ensure a system within the enlarged Community whereby it will be possible to review the economic conditions and prospects of agriculture and to maintain appropriate contacts with the professional producer organizations and with other interested organizations and parties."

D'autre part, le Comité économique et social, composé de représentants des différentes catégories de la vie économique et sociale, est régulièrement consulté sur les propositions et le rapport en question. En ce qui concerne les fonctions à accomplir par ce Comité, l'article 47 du traité CEE prévoit que la Section de l'agriculture a pour mission de se tenir à la disposition de la Commission en vue de préparer les délibérations du Comité conformément aux dispositions des articles 197 et 198 du traité CEE.

Avant, pendant et après l'établissement par la Commission du rapport annuel et des propositions de prix, des contacts ont lieu avec les organisations professionnelles agricoles, organisées au niveau de la Communauté. Ces contacts comportent une discussion des données statistiques et autres ayant une incidence sur la situation et sur les perspectives économiques de l'agriculture que la Commission prend en considération dans son rapport au Conseil.

C'est la nature des prix arrêtés dans le cadre de la politique agricole commune qui a conduit la Commission à ne pas limiter ces contacts aux seuls secteurs agricoles, mais à les entretenir également avec les milieux industriels, commerciaux et syndicaux et avec les consommateurs.

Ces contacts donnent l'occasion à tous les milieux intéressés de faire part de leurs observations ou revendications. D'autre part, ils permettent à la Commission d'établir son rapport annuel sur la situation de l'agriculture ainsi que ses propositions en matière de prix, en pleine connaissance de la position des intéressés.

Les consultations de l'Assemblée et du Comité économique et social, lors du processus de formation de la volonté politique qui conduira à la décision finale du Conseil, combinées avec les contacts suivis et directs entre l'institution chargée de l'élaboration du rapport et des propositions et les organisations des milieux intéressés, offrent les garanties adéquates d'une prise en considération équilibrée des intérêts de tous ceux qui sont concernés par les décisions en cause.

2. Il est entendu que cette procédure n'exclut pas que les Etats membres procèdent, eux aussi, à des examens annuels de la situation de leur agriculture propre, en contact avec les organisations professionnelles intéressées et selon leurs procédures nationales.

3. La délégation de la Communauté propose:

- que la Conférence constate que les procédures et les pratiques communautaires, ainsi que les procédures et pratiques nationales existantes, prévoieront des contacts appropriés avec les organismes professionnels intéressés;
- que la Conférence prenne, également, acte de l'intention des Institutions de la Communauté d'étendre à la Communauté élargie les pratiques et procédures décrites au premier paragraphe ci-dessus;
- que la Conférence considère que par application des deux alinéas précédents sera assuré dans la Communauté élargie un système permettant de passer en revue les conditions économiques et les perspectives de l'agriculture et de maintenir les contacts appropriés avec les organisations professionnelles de producteurs ainsi qu'avec les autres organisations et milieux intéressés.»

Erklärungen betreffend die Landwirtschaft in Hügellgebieten

Auf der 8. Ministertagung im Rahmen der Verhandlungen zwischen der Gemeinschaft und dem Vereinigten Königreich am 21., 22. und 23. Juni 1971 hat der Kanzler des Herzogtums Lancaster, Herr G. RIPPON, im Namen der Delegation des Vereinigten Königreichs die Erklärung abgegeben, die unter Ziffer I wiedergegeben ist.

Der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Französischen Republik, Herr M. SCHUMANN, hat im Namen der Delegation der Gemeinschaft mit der Erklärung geantwortet, die unter Ziffer II wiedergegeben ist.

I. Erklärung, die der Kanzler des Herzogtums Lancaster, Herr G. RIPPON, im Namen der Delegation des Vereinigten Königreichs abgegeben hat

In seiner Eröffnungserklärung auf der Konferenz am 30. Juni 1970 sprach Herr BARBER unter anderen Agrarfragen auch die Probleme der Landwirtschaft in Hügellgebieten an. Teile von Schottland, Wales und Nordirland sowie im Norden und Südwesten Englands sind Hügellgebiete, die wegen ihres Klimas, ihrer Bodenstruktur und ihrer geographischen Lage nur für die extensive Viehzucht geeignet sind.

Die landwirtschaftlichen Betriebe in diesen Gebieten haben nur begrenzte Bewirtschaftungsmöglichkeiten und hängen naturgemäß in besonderem Maße von den Marktbedingungen ab, so daß hohe Endpreise allein nicht ausreichen, um ihre Lebensfähigkeit zu ermöglichen. Sie erhalten daher nach unserem derzeitigen System im Rahmen sowohl unserer allgemeinen Wirtschafts- und Sozialpolitik als auch unserer Agrarpolitik Hilfe. In vielen ursprünglichen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft gibt es gewiß Gebiete mit ähnlichen Problemen; wir werden unsere Probleme selbstverständlich, wie Sie selbst es bereits tun, im Einklang mit dem Vertrag und mit der gemeinsamen Agrarpolitik behandeln. Ich wäre dankbar, wenn die Gemeinschaft meine Ansicht bestätigte, daß alle Mitgliedstaaten der erweiterten Gemeinschaft, in denen vergleichbare Verhältnisse bestehen, die Frage der Aufrechterhaltung eines angemessenen Einkommens der Landwirte solcher Gebiete regeln müssen.

II. Erklärung, die der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Französischen Republik, Herr M. SCHUMANN, im Namen der Delegation der Gemeinschaft abgegeben hat

Die Delegation der Gemeinschaft hat die Erklärung der Delegation des Vereinigten Königreichs zur Landwirtschaft in den Hügellgebieten des Vereinigten Königreichs und zu den zu ihren Gunsten getroffenen Maßnahmen aufmerksam zur Kenntnis genommen.

In Beantwortung dieser Erklärung kann die Delegation der Gemeinschaft folgende Mitteilung machen:

Der Gemeinschaft ist bewußt, daß in der Landwirtschaft in Hügellgebieten im Vergleich zu den übrigen Gebieten des Vereinigten Königreichs besondere Bedingungen herrschen und daß im übrigen Unterschiede, in vielen Fällen große Unterschiede, zwischen den einzelnen Gebieten der Mitgliedstaaten der derzeitigen Gemeinschaft bestehen.

Die besonderen Bedingungen bestimmter Gebiete der erweiterten Gemeinschaft können in der Tat Maßnahmen mit dem Ziel erfordern, die durch diese besonderen Bedingungen aufgeworfenen Probleme zu lösen, um insbesondere den Landwirten dieser Gebiete ein angemessenes Einkommen zu erhalten.

Solche Maßnahmen müssen selbstverständlich, wie Sie schon sagten, mit dem Vertrag und der gemeinsamen Agrarpolitik vereinbar sein.

Declarations on hill farming

At the 8th Ministerial Meeting in the negotiations between the Community and the United Kingdom, held on 21, 22 and 23 June, Mr G. RIPPON, Chancellor of the Duchy of Lancaster, on behalf of the United Kingdom delegation, made the statement appearing under I below.

Mr M. SCHUMANN, Minister of Foreign Affairs of the French Republic, on behalf of the Community delegation, replied with the statement appearing under II below.

I. Statement made by Mr G. RIPPON, Chancellor of the Duchy of Lancaster, on behalf of the United Kingdom delegation

In his opening statement to the Conference of 30 June 1970 Mr BARBER referred, amongst other agricultural issues, to the problems of hill farming areas. Parts of Scotland, Wales, Northern Ireland and of the North and South-West of England consist of hill regions, which because of climate, soil structure and geography are suitable only for extensive livestock rearing.

Farming enterprises in these areas are limited in scope and are bound to be particularly vulnerable to market conditions, so that high end-prices alone will not enable them to remain viable. Under our present system, they receive assistance, therefore, both as a part of our general economic and social policies and as part of our agricultural policies. Many of the existing members of the Community certainly have areas with similar problems and we shall of course deal with them, as you yourselves already do, in conformity with the Treaty and the common agricultural policy. I should be grateful for the Community's confirmation of my understanding that it is necessary for all members of the enlarged Community who face situations of this kind to deal with the problem of maintaining reasonable incomes of farmers in such areas.

II. Statement made by Mr M. SCHUMANN, Minister of Foreign Affairs of the French Republic, on behalf of the Community delegation

The Community delegation has taken careful note of the United Kingdom delegation's statement on hill farming in the United Kingdom and measures taken to support it.

In reply to this statement, the Community delegation is in a position to make the following communication:

The Community is aware of the special conditions obtaining to hill farming areas as compared with other areas of the United Kingdom, as it is, moreover, of the differences, at times very marked, between areas in the Member States of the present Community.

The special conditions obtaining in certain areas of the enlarged Community may indeed require action with a view to attempting to resolve the problems raised by these special conditions and, in particular, to preserve reasonable incomes for farmers in such areas.

Such action must, of course, as you have just said, be in conformity with the provisions of the Treaty and the common agricultural policy.

Déclarations concernant les activités agricoles dans les régions de collines

Lors de la 8^{ème} session ministérielle des négociations entre la Communauté et le Royaume-Uni, tenue les 21/22 et 23 juin 1971, Monsieur G. RIPPON, Chancelier du Duché de Lancaster, a fait, au nom de la délégation du Royaume-Uni, la déclaration figurant ci-après sous I.

Monsieur M. SCHUMANN, Ministre des Affaires étrangères de la République française, a répondu, au nom de la délégation de la Communauté, par la déclaration figurant ci-après sous II.

I. Déclaration faite par Monsieur G. RIPPON, Chancelier du Duché de Lancaster, au nom de la délégation du Royaume-Uni.

Dans la déclaration d'ouverture qu'il a prononcée au cours de la Conférence du 30 juin 1970, M. BARBER a mentionné, parmi d'autres questions agricoles, les problèmes que posent les régions de collines consacrées à l'agriculture. Certaines parties de l'Ecosse, du Pays de Galles, de l'Irlande du Nord, ainsi que du nord et du sud-ouest de l'Angleterre, sont des régions de collines qui, en raison du climat, de la nature du sol et de la géographie, ne conviennent qu'à l'élevage extensif du bétail.

Dans ces régions, les exploitations agricoles ont un champ d'activités limité et sont, par la force des choses, particulièrement sensibles aux conditions du marché, si bien qu'à eux seuls, des prix finals élevés ne leur permettraient pas de demeurer viables. Aussi reçoivent-elles, selon notre système actuel, une aide, aussi bien au titre de notre politique générale, économique et sociale, qu'au titre de notre politique agricole. Plusieurs membres de la Communauté actuelle ont certainement des régions qui connaissent des problèmes analogues et, bien entendu, nous réglerons nos problèmes, comme vous le faites déjà vous-mêmes, conformément au traité et à la politique agricole commune. Je saurais gré à la Communauté de bien vouloir confirmer mon point de vue, selon lequel il est nécessaire pour tous les membres de la Communauté élargie, ayant à faire face à des situations de ce genre, de régler le problème de conserver aux agriculteurs de ces régions des revenus raisonnables.

II. Déclaration faite par Monsieur M. SCHUMANN, Ministre des Affaires étrangères de la République française, au nom de la délégation de la Communauté.

La délégation de la Communauté a pris note avec attention de la déclaration de la délégation du Royaume-Uni au sujet des activités agricoles dans les régions de collines au Royaume-Uni et des mesures prises en leur faveur.

En réponse à cette déclaration, la délégation de la Communauté est en mesure de faire la communication suivante:

La Communauté est consciente des conditions particulières des régions d'agriculture de collines par rapport aux autres régions du Royaume-Uni, comme d'ailleurs des différences, parfois très notables, entre régions dans les Etats membres de la Communauté actuelle.

Les conditions particulières de certaines régions de la Communauté élargie peuvent en effet requérir des actions en vue de chercher à résoudre les problèmes posés par ces conditions particulières, notamment pour conserver aux agriculteurs de ces régions des revenus raisonnables.

Bien entendu, de telles actions doivent être, comme vous venez de le dire, conformes aux dispositions du traité et de la politique agricole commune.

Verfahren zur Annahme bestimmter Beschlüsse und sonstige Maßnahmen in der Zeit vor dem Beitritt

I.

Informations- und Konsultationsverfahren für die Annahme bestimmter Beschlüsse

1. Damit eine angemessene Unterrichtung des Königreichs Dänemark, Irlands, des Königreichs Norwegen und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (im folgenden beitretende Staaten genannt) gewährleistet ist, werden alle Vorschläge oder Mitteilungen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, die zu Beschlüssen des Rates der Gemeinschaften führen können, nach ihrer Übermittlung an den Rat den beitretenden Staaten zur Kenntnis gebracht.

2. Die Konsultationen finden auf begründeten Antrag eines beitretenden Staates statt, der darin seine Interessen als künftiges Mitglied der Gemeinschaften ausdrücklich darlegt und seine Bemerkungen vorbringt.

3. Verwaltungsbeschlüsse sind im allgemeinen nicht Gegenstand von Konsultationen.

4. Die Konsultationen finden in einem Interimsausschuß statt, der sich aus Vertretern der Gemeinschaften und der beitretenden Staaten zusammensetzt.

5. Mitglieder des Interimsausschusses sind auf seiten der Gemeinschaften die Mitglieder des Ausschusses der Ständigen Vertreter oder die hierfür von ihnen benannten Personen, in der Regel ihre Stellvertreter. Die Kommission wird gebeten, zu diesen Arbeiten Vertreter zu entsenden.

6. Der Interimsausschuß wird von einem Sekretariat, und zwar dem Konferenzsekretariat, unterstützt, das zu diesem Zweck bestehen bleibt.

7. Die Konsultationen finden in der Regel statt, sobald bei den Vorarbeiten auf seiten der Gemeinschaften gemeinsame Leitlinien im Hinblick auf die Annahme von Beschlüssen durch den Rat ausgearbeitet worden sind, welche die Aufnahme solcher Konsultationen als sinnvoll erscheinen lassen.

8. Bestehen nach den Konsultationen noch ernste Schwierigkeiten, so kann die Frage auf Antrag eines beitretenden Staates auf Ministerebene erörtert werden.

9. Das in den Absätzen 1 bis 8 vorgesehene Verfahren gilt auch für alle künftigen Beschlüsse der beitretenden Staaten, welche sich auf die Verpflichtungen auswirken könnten, die sich aus ihrer Eigenschaft als künftige Mitglieder der Gemeinschaften ergeben.

II.

Das Königreich Dänemark, Irland, das Königreich Norwegen und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland treffen die erforderlichen Maßnahmen, damit ihr Beitritt zu den Abkommen und Übereinkommen im Sinne der Artikel 3 Absatz 2 und Artikel 4 Absatz 2 der Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge nach Möglichkeit gleichzeitig mit dem Inkrafttreten des Beitrittsvertrags unter den in der Akte vorgesehenen Bedingungen erfolgt.

Soweit Abkommen und Übereinkommen im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 zwischen den Mitgliedstaaten erst im Entwurf bestehen, noch nicht unterzeichnet sind und wahrscheinlich auch vor dem Beitritt nicht mehr unterzeichnet werden können, werden die beitretenden Staaten eingeladen, nach der Unterzeichnung des Beitrittsvertrags in geeigneten Verfahren posi-

**Procedure for the Adoption of Certain Decisions
and other Measures to be taken
during the Period Preceding Accession**

I.

**Information and consultation procedure for the adoption
of certain decisions**

1. In order to ensure that the Kingdom of Denmark, Ireland, the Kingdom of Norway and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, hereinafter referred to as the "acceding States" are kept adequately informed, any proposal or communication from the Commission of the European Communities which might lead to decisions by the Council of these Communities shall be brought to the knowledge of the acceding States after being transmitted to the Council.

2. Consultations shall take place pursuant to a reasoned request by an acceding State, which shall set out expressly therein its interests as a future member of the Communities and its observations.

3. Administrative decisions shall not, as a general rule, give rise to consultations.

4. Consultations shall take place within an Interim Committee composed of representatives of the Communities and of the acceding States.

5. On the Community side, the members of the Interim Committee shall be the members of the Committee of Permanent Representatives or persons designated by them for this purpose, who shall, as a general rule, be their deputies. The Commission shall be invited to be represented in this work.

6. The Interim Committee shall be assisted by a Secretariat which shall be that of the Conference, continued for this purpose.

7. Consultations shall normally take place as soon as the preparatory work carried out at Community level with a view to the adoption of decisions by the Council has produced common guidelines enabling such consultations to be usefully arranged.

8. If serious difficulties remain after consultations, the matter may be raised at Ministerial level at the request of an acceding State.

9. The procedure laid down in the above paragraphs shall also apply to any decision to be taken by the acceding States which might affect the commitments resulting from their position as future members of the Communities.

II.

The Kingdom of Denmark, Ireland, the Kingdom of Norway and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland shall take the necessary measures to ensure that their accession to the agreements or conventions referred to in Articles 3 (2) and 4 (2) of the Act concerning the Conditions of Accession and the Adjustments to the Treaties coincides so far as possible, and under the conditions laid down in that Act, with the entry into force of the Treaty of Accession.

In so far as the agreements or conventions between the Member States, referred to in the second sentence of Article 3 (1) and in Article 3 (2), exist only in draft, have not yet been signed, and probably cannot be signed in the period before accession, the acceding States will be invited to be associated, after the signature of the Treaty of Accession and in accordance with appropriate

**Procédure d'adoption de certaines décisions
et autres mesures à prendre pendant la période
précédant l'adhésion**

I.

**Procédure d'information et de consultation pour l'adop-
tion de certaines décisions**

1. Afin d'assurer l'information adéquate du Royaume de Danemark, de l'Irlande, du Royaume de Norvège et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, ci-après dénommés Etats adhérents, toute proposition ou communication de la Commission des Communautés européennes pouvant conduire à des décisions du Conseil de ces Communautés, est portée à la connaissance des Etats adhérents après avoir été transmise au Conseil.

2. Les consultations ont lieu à la demande motivée d'un Etat adhérent, qui y fait explicitement état de ses intérêts en tant que futur membre des Communautés et y présente ses observations.

3. Les décisions de gestion ne doivent pas, d'une façon générale, donner lieu à des consultations.

4. Les consultations ont lieu au sein d'un Comité intérimaire composé de représentants des Communautés et des Etats adhérents.

5. Du côté des Communautés, les membres du Comité intérimaire sont les membres du Comité des Représentants Permanents ou ceux qu'ils désignent à cet effet et qui, en règle générale, sont leurs adjoints. La Commission est invitée à se faire représenter à ces travaux.

6. Le Comité intérimaire est assisté d'un Secrétariat, qui est celui de la Conférence, reconduit à cet effet.

7. Les consultations interviennent normalement dès que les travaux préparatoires menés sur le plan des Communautés en vue de l'adoption de décisions par le Conseil ont dégagé des orientations communes permettant de prévoir utilement de telles consultations.

8. Si les consultations laissent subsister des difficultés sérieuses, la question peut être évoquée au niveau ministériel, à la demande d'un Etat adhérent.

9. La procédure prévue aux paragraphes ci-dessus s'applique également à toute décision à prendre par les Etats adhérents qui pourrait avoir une incidence sur les engagements résultant de leur qualité de futurs membres des Communautés.

II.

Le Royaume de Danemark, l'Irlande, le Royaume de Norvège et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord prennent les mesures nécessaires pour que leur adhésion aux accords ou conventions visés à l'article 3 paragraphe 2 et à l'article 4 paragraphe 2 de l'acte relatif aux conditions d'adhésion et aux adaptations des traités intervienne dans la mesure du possible, et dans les conditions prévues dans cet acte, en même temps que l'entrée en vigueur du traité d'adhésion.

Pour autant que des accords et conventions entre les Etats membres, visés à l'article 3 paragraphe 1 deuxième phrase et paragraphe 2 n'existent qu'à l'état de projets, ne sont pas encore signés et ne pourront probablement plus l'être au cours de la période précédant l'adhésion, les Etats adhérents seront invités à s'associer, après la signature du traité relatif à l'adhésion et suivant des

tiv an der Ausarbeitung dieser Entwürfe mitzuwirken, um den Abschluß der betreffenden Abkommen und Übereinkommen zu fördern.

III.

Zu den Verhandlungen über die geplanten Abkommen mit den EFTA-Staaten, die nicht den Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften beantragt haben, und zu den Verhandlungen über bestimmte Anpassungen der Präferenzabkommen, die aufgrund der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften geschlossen worden sind, werden die Vertreter der beitretenden Staaten als Beobachter an der Seite der Vertreter der ursprünglichen Mitgliedstaaten hinzugezogen.

Bestimmte, von der Gemeinschaft geschlossene nicht-präferenzielle Abkommen, deren Geltungsdauer über den 1. Januar 1973 hinausgeht, können angepaßt oder geändert werden, um der Erweiterung der Gemeinschaft Rechnung zu tragen. Diese Anpassungen oder Änderungen werden von der Gemeinschaft ausgehandelt; die Vertreter der beitretenden Staaten werden nach dem im vorstehenden Absatz vorgesehenen Verfahren hinzugezogen.

IV.

Bezüglich des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen koordinieren das Königreich Dänemark, Irland und das Königreich Norwegen ihre Haltung mit der Europäischen Atomgemeinschaft bei der Aushandlung eines Verifikationsabkommens mit der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO). Bei den Kontrollabkommen, die sie gegebenenfalls mit der IAEO schließen, beantragen sie die Aufnahme einer Klausel, die es ihnen ermöglicht, diese Abkommen innerhalb kürzester Frist nach dem Beitritt durch das von der Gemeinschaft mit dieser Organisation geschlossene Verifikationsabkommen zu ersetzen.

Das Vereinigte Königreich und die Gemeinschaft nehmen in der Zeit vor dem Beitritt Konsultationen auf, die sich daraus ergeben, daß das Vereinigte Königreich das aufgrund des Abkommens zwischen mehreren Mitgliedstaaten und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und der IAEO andererseits angewandte Kontroll- und Inspektionssystem annehmen wird.

V.

Die in Artikel 120 Absatz 2 der Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge vorgesehenen Konsultationen zwischen den beitretenden Staaten und der Kommission finden schon vor dem Beitritt statt.

VI.

Die beitretenden Staaten verpflichten sich, die in Artikel 2 der Protokolle Nrn. 25 bis 28 über den Austausch von Kenntnissen auf dem Gebiet der Kernenergie vorgesehene Gewährung von Lizenzen vor dem Beitritt nicht bewußt zu beschleunigen, um die Tragweite der in diesen Protokollen enthaltenen Verpflichtungen nicht zu mindern.

VII.

Die Organe der Gemeinschaften legen rechtzeitig die in Artikel 153 der Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge vorgesehenen Texte fest.

VIII.

Die Gemeinschaft trifft die erforderlichen Vorkehrungen, damit die im Protokoll Nr. 19 über alkoholische Getränke auf Getreidebasis vorgesehenen Maßnahmen zum Zeitpunkt des Beitritts in Kraft treten.

procedures, in the preparation of those drafts in a positive spirit and in such manner as to facilitate their conclusion.

III.

With regard to the negotiation of the agreements envisaged with the EFTA States which have not applied for membership of the European Communities, and the negotiation of certain adjustments to the preferential agreements concluded under the Treaties establishing the European Communities, the representatives of the acceding States shall be associated with the work as observers, side by side with the representatives of the original Member States.

Certain non-preferential agreements concluded by the Community which remain in force after 1 January 1973 may be the subject of adaptations or adjustments in order to take account of the enlargement of the Community. These adaptations or adjustments will be negotiated by the Community in association with the representatives of the acceding States in accordance with the procedure under the preceding paragraph.

IV.

With regard to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons, the Kingdom of Denmark, Ireland and the Kingdom of Norway shall coordinate their positions with that of the European Atomic Energy Community when negotiating a verification agreement with the International Atomic Energy Agency. With regard to the control agreements which they might conclude with the Agency, they shall ask for the inclusion in these agreements of a clause allowing them to replace these agreements as soon as possible after accession by the verification agreement which the Community may conclude with the Agency.

In the period preceding accession the United Kingdom and the Community shall enter into consultations occasioned by the fact that the control and inspection system applicable under the agreement between several Member States and the European Atomic Energy Community on the one hand and the International Atomic Energy Agency on the other hand will be accepted by the United Kingdom.

V.

The consultations between the acceding States and the Commission provided for in Article 120 (2) of the Act concerning the Conditions of Accession and the Adjustments to the Treaties shall take place before accession.

VI.

The acceding States undertake that the granting of the licences referred to in Article 2 of Protocols Nos 25 to 28 on the exchange of information in the field of nuclear energy shall not be deliberately accelerated before accession with a view to reducing the scope of the commitments contained in those Protocols.

VII.

The institutions of the Community shall, in due course, draw up the texts referred to in Article 153 of the Act concerning the Conditions of Accession and the Adjustments to the Treaties.

VIII.

The Community shall adopt the necessary provisions to ensure that the measures provided for in Protocol No 19 on spirituous beverages obtained from cereals shall enter into force on accession.

procédures appropriées, à l'élaboration de ces projets dans un esprit positif et de manière à en favoriser la conclusion.

III.

En ce qui concerne la négociation des accords envisagés avec les Etats de l'AELE qui n'ont pas demandé à devenir membres des Communautés européennes ainsi que la négociation de certaines adaptations des accords préférentiels conclus au titre des traités instituant les Communautés européennes, les représentants des Etats adhérents sont associés aux travaux en tant qu'observateurs, aux côtés des représentants des Etats membres originaires.

Certains des accords non préférentiels conclus par la Communauté et dont la durée de validité dépasse le 1^{er} janvier 1973 pourront faire l'objet d'adaptations ou d'aménagements pour tenir compte de l'élargissement de la Communauté. Ces adaptations ou aménagements seront négociés par la Communauté en y associant les représentants des Etats adhérents selon la procédure visée à l'alinéa précédent.

IV.

En ce qui concerne le traité de non-prolifération des armes nucléaires, le Royaume de Danemark, l'Irlande et le Royaume de Norvège coordonnent leurs positions avec celle de la Communauté européenne de l'énergie atomique lors de la négociation d'un accord de vérification avec l'Agence internationale de l'énergie atomique (AIEA). En ce qui concerne les accords de contrôle qu'ils pourraient conclure avec l'AIEA, ils demandent l'inclusion dans ces accords d'une clause leur permettant de remplacer ces accords dans les plus brefs délais après l'adhésion par l'accord de vérification que la Communauté aurait conclu avec l'Agence.

Pendant la période précédant l'adhésion, le Royaume-Uni et la Communauté entament les consultations résultant du fait que le système de contrôle et d'inspection applicable en vertu de l'accord entre plusieurs Etats membres et la Communauté européenne de l'énergie atomique d'une part et l'AIEA d'autre part sera accepté par le Royaume-Uni.

V.

Les consultations entre les Etats adhérents et la Commission prévues à l'article 120 paragraphe 2 de l'acte relatif aux conditions d'adhésion et aux adaptations des traités, ont lieu dès avant l'adhésion.

VI.

Les Etats adhérents s'engagent à ce que la concession des licences visée aux articles 2 des protocoles n^{os} 25 à 28 concernant les échanges de connaissances dans le domaine de l'énergie nucléaire ne soit pas délibérément accélérée avant l'adhésion en vue de réduire la portée des engagements contenus dans ces protocoles.

VII.

Les institutions des Communautés établissent en temps utile les textes visés à l'article 153 de l'acte relatif aux conditions d'adhésion et aux adaptations des traités.

VIII.

La Communauté prend les dispositions nécessaires pour que les mesures visées au protocole n^o 19 concernant les boissons spiritueuses obtenues à partir de céréales entrent en vigueur dès l'adhésion.

Fundstellennachweis A

Bundesrecht ohne völkerrechtliche Vereinbarungen

Abgeschlossen am 31. Dezember 1971 — Format DIN A 4 — Umfang 244 Seiten und Nachtrag, abgeschlossen am 30. Juni 1972.

Der Fundstellennachweis A enthält — von völkerrechtlichen Vereinbarungen abgesehen — alle nach dem 31. Dezember 1963 im Bundesgesetzblatt Teil I und II sowie im Bundesanzeiger verkündeten Vorschriften und die im Bundesgesetzblatt Teil III aufgeführten und noch geltenden Vorschriften mit den inzwischen eingetretenen Änderungen.

Fundstellennachweis B

Völkerrechtliche Vereinbarungen

Abgeschlossen am 31. Dezember 1971 — Format DIN A 4 — Umfang 320 Seiten

Der Fundstellennachweis B enthält die von der Bundesrepublik Deutschland und ihren Rechtsgängern abgeschlossenen völkerrechtlichen Vereinbarungen, die im Bundesgesetzblatt, Bundesanzeiger und ihren Vorgängern veröffentlicht wurden und die — soweit ersichtlich — noch in Kraft sind oder sonst noch praktische Bedeutung haben können.

Einzelstücke können zum Preise von je 7,— DM zuzüglich je 0,90 DM Porto und Verpackungsspesen gegen Voreinsendung des Betrages auf Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt“ Köln 399 bezogen werden.

Im Bezugspreis ist Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz — Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges. m. b. H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn
Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie für Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:
Bundesgesetzblatt, 53 Bonn 1, Postfach 624, Telefon 22 40 86 — 88.

Das Bundesgesetzblatt erscheint in drei Teilen. In Teil I und II werden die Gesetze und Verordnungen in zeitlicher Reihenfolge nach ihrer Ausfertigung verkündet. Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. beim Verlag vorliegen. Im Teil III wird das als fortgeltend festgestellte Bundesrecht auf Grund des Gesetzes über Sammlung des Bundesrechts vom 10. Juli 1958 (BGBl. I S. 437) nach Sachgebieten geordnet veröffentlicht. Der Teil III kann nur als Verlagsabonnement bezogen werden.
Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 31,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 0,85 DM. Dieser Preis gilt auch für die Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1972 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt, Köln 399 oder gegen Vorausrechnung bzw. gegen Nachnahme.
Preis dieser Ausgabe 17,— DM zuzüglich Versandgebühr 0,70 DM, bei Lieferung gegen Vorausrechnung zuzüglich Portokosten für die Vorausrechnung.
Im Bezugspreis ist Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.